C 21734 D

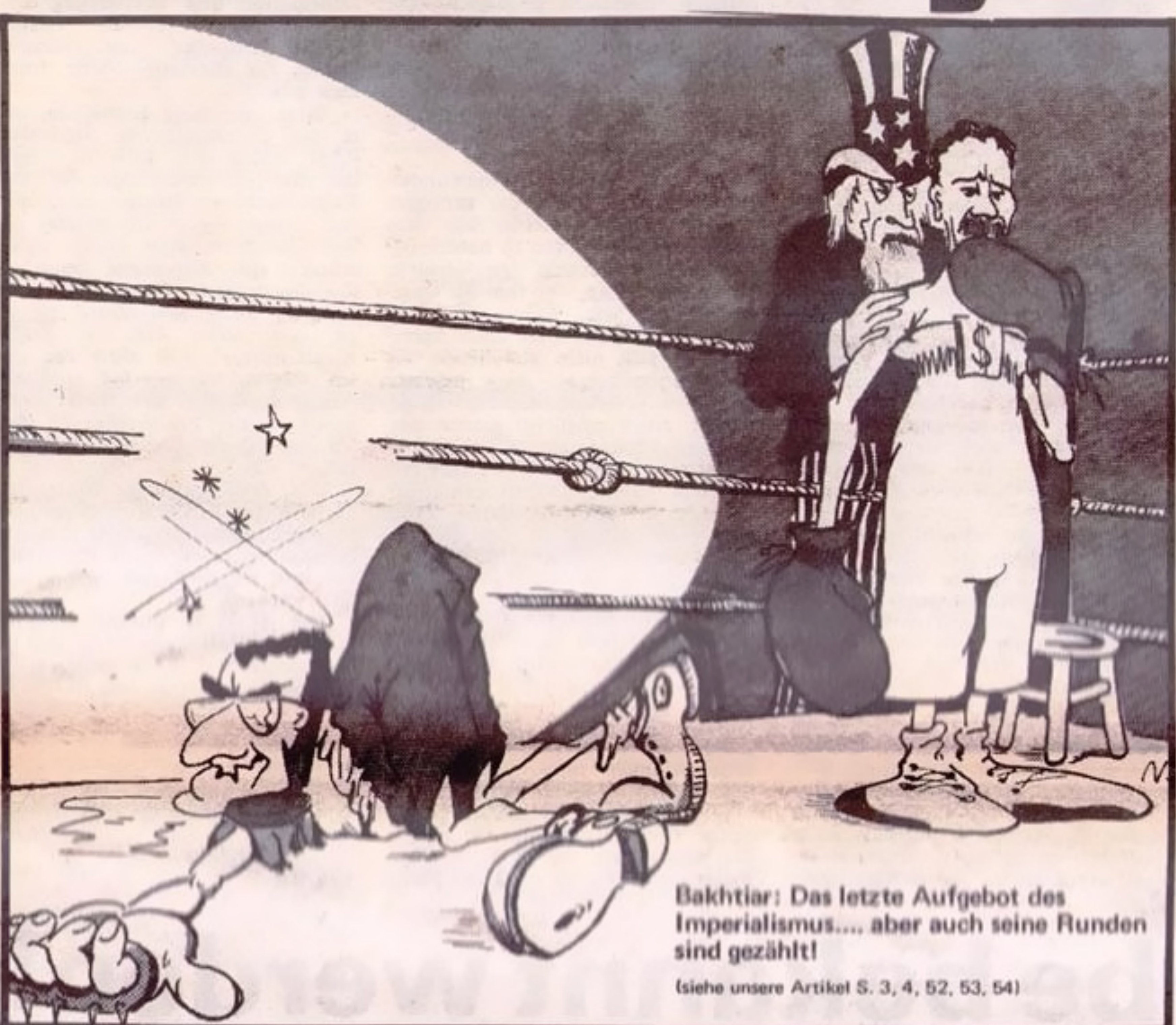


1979 – Das Jahr des Kindes? S. 36

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 145 8.1.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Endlich! Der Schah geht



Bakhtiar: Das letzte Aufgebot des Imperialismus.... aber auch seine Runden sind gezählt!

(siehe unsere Artikel S. 3, 4, 52, 53, 54)

Stahltarifrunde: NEIN zu dem faulen »Kompromiß«!

6 Wochen haben die Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens und Bremens für ihre Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung gestreikt und sind ausgesperrt. Immer wieder hat es Ringen um einen Kompromiß gegeben. Jetzt haben sich die Verhandlungskommissionen der IG Metall und der Stahlunternehmer auf einen Abschluß geeinigt. Ergebnis der Nacht vom 6. auf den 7. 1.:

1. **4% mehr Lohn bei einer Laufzeit von 15 Monaten, das sind im Jahr nur knapp 3,2% mehr Lohn!**
2. **4 Freischichten 1979 und 2 weitere 1981 für alle Arbeiter, die in Nachtschicht arbeiten (das gilt für alle Drei-Schichtler und Conti-Schichtler). Von dieser Regelung profitiert nur die Hälfte aller in der Stahlindustrie Beschäftigten!**
3. **Für alle Beschäftigten über 50 Lebensjahre gibt es 1979 zusätzlich 2 Tage "Altersfreizeit", 1981 einen weiteren Tag.**
4. **1979 erhalten alle Beschäftigten 2 Tage Urlaub zusätzlich, 1980 einen weiteren, ab 1982 gilt für alle Beschäftigten 6 Wochen Jahresurlaub.**

Und jetzt die dicksten Hämmer: der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl betont in einer Presseerklärung triumphierend, daß das Ergebnis nur deshalb akzeptabel sei, da *"die regelmäßige Wochenarbeitszeit 40 Stunden bleibt"!* Das eigentliche Streikziel, den Einstieg in die 35-Stundenwoche vertraglich festzuhalten, ist damit nicht erreicht.

Weiter: die Laufzeit für die Urlaubsregelung und die Freischichtenregelung (Manteltarifvertrag) beträgt 5 Jahre. **Das bedeutet: erst 1984 kann wieder über weitere Arbeitszeitverkürzung verhandelt werden, die 35-Stundenwoche rückt in weite Ferne!** Der Mannesmann-Vertrauenskörper in Duisburg Huckingen hatte bereits am 19.12. in einer Resolution zu einem ähnlichen Vorschlag von Arbeitsminister Farthmann geschrieben: **"4 Freischichten jetzt, und 2,5 im Jahre 1980 – das ist ein Vorgehen, das der Arbeitsplatzvernichtung hinterherläuft. Damit werden keinerlei Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen verhindert. Bis 1980 sollen weitere 50.000 Arbeitsplätze vernichtet werden, aber gleichzeitig würden wir bei dem vorgeschlagenen Einstieg überhaupt erst die 39-Stunden-Woche erreichen. Den allerersten Schritt – wohingegen der vorgesehene Arbeitsplatzabbau aber bereits über die Bühne ist. Wann werden wir dann die 35-Stundenwoche durchgesetzt haben? Und wer von uns ist dann überhaupt noch in der Stahlindustrie beschäftigt?"**

Ein Hohn dieses Ergebnis, bedenkt man, daß mit der Arbeitszeitverkürzung der Arbeitsplätzeabbau gestoppt werden sollte. Ein Hohn auch, bedenkt man, daß die Kampfkraft der Stahlarbeiter überhaupt nicht ausgereizt wurde.

Für dieses Ergebnis haben die Stahlarbeiter nicht 6 Wochen gestreikt!

Deshalb: NEIN! zu diesem faulen Kompromiß!

(Siehe Seiten 38 bis 40)

2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals

Trotz aller Versuche der bürgerlichen Presse, dem 3. Russel-Tribunal den Tod anzusagen, wurde auch die 2. Sitzungsperiode zu einem wichtigen Erfolg. Untersucht wurden diesmal Zensur, Verteidigungsrechte einschließlich der Haftbedingungen der politischen Gefangenen machte diese Sitzung teilweise noch spannender und brisanter, als die vorhergehende zu den Berufsverboten war. Es bestätigte sich damit, daß dieses Tribunal einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Kampf in der BRD leistet. (Wir berichten ausführlich auf Seite 16 ff.)

Solidarität mit Jürgen Reents und Kai Ehlers!

Am 12. Januar beginnt vor dem Hamburger Amtsgericht der Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents. Ursprünglich war als Prozeßtermin bereits der 1. Dezember festgesetzt, dann jedoch auf Antrag der Verteidigung verlegt worden.

Angeklagt wegen „Staatsverunglimpfung" (§ 90a) ist die Herausgabe des Russell-Buch Nr. 5 mit dem Titel „Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo". In diesem Buch wird eine reichhaltig mit Dokumenten belegte Warnung vor der polizeistaatlichen Entwicklung in der BRD ausgesprochen, die beängstigende Erinnerungen an die Perfektion staatlicher Verfolgung und staatlichen Terrors unter der Nazi-Herrschaft wachruft. Im einzelnen befaßt sich das Buch

- mit dem Aufbau von polizeilichen Sonderkommandos, die außerhalb jeglicher öffentlichen Kontrolle operieren;
- mit den anwachsenden Todesschüssen, die auf das Konto dieser Sonderkommandos gehen;
- mit der (Wieder-) Verschmelzung von Geheimdiensten und Polizei, die angesichts der tragischen Erfahrungen mit der faschistischen GeStaPo durch das Potsdamer Abkommen ursprünglich verboten war;
- und mit den weiteren Plänen zum Ausbau polizeilicher und geheimdienstlicher Allmacht im Rahmen des sog. „Offensiv-Konzepts".

Das laut Anklageschrift allein schon die namentliche Nennung von Alt-Nazis in führenden Positionen des Polizeiapparates als „Staatsverunglimpfung" verurteilt werden soll, beleuchtet die weitreichende Bedrohung, die dieser Prozeß - neben einer Reihe anderer 90a- Prozesse - für die Presse- und Meinungsfreiheit in unserem Land darstellt. Und was belegt schließlich deutlicher den Grad an „Polizeistaats-Mentalität" in dieser Anklage selbst, als die Liste derjenigen, die die Kritik und den Protest an i h r e n Praktiken als P o l i z e i o r g a n e mit einer „Verunglimpfung" des S t a a t e s selbst gleichsetzen: es sind

- der Präsident des Bundeskriminalamts,
- der Polizeipräsident von Hamburg,
- der Polizeipräsident von Westberlin

(und als Beleidigungs-Kläger zusätzlich CSU-Chef Strauß)!

Dieser Prozeß sollte die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit finden:

Freitag, 12. Januar, 8.30 Uhr
Strafjustizgebäude Hamburg (Sievekingplatz), Raum 297

Kambodscha: Befreiung oder Okkupation?

Wie die letzten Meldungen nach Redaktionsschluß aus Kambodscha bestätigen, wurde das reaktionäre Pol Pot-Regime gestürzt. Weite Teile des Landes sind von den Kräften der kambodschanischen Befreiungsfront (CNUFNS) eingenommen worden. Am 7.1. marschierten sie in die Hauptstadt Phnom Penh ein. Die bisher Herrschenden sollen geflohen sein. Seit Monaten versuchte das reaktionäre Pol Pot-Regime von den inneren Schwierigkeiten abzulenken, indem weltweit die Lüge einer Invasion Vietnams verbreitet wurde. Dies geschah mit tatkräftiger Unterstützung der chinesischen Regierung, die als einer der Hauptdrahtzieher des abenteuerlichen Kurses der bisherigen kambodschanischen Machthaber gelten kann. Jedoch konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich immer mehr Menschen der CNUFNS (nationale Front) angeschlossen und sich gegen das Regime stellten. Nur so ist es zu erklären, daß der Sieg in so kurzer Zeit erreicht werden konnte. Wir begrüßen diese Entwicklung, weil sie Schluß macht mit den provokatorischen und blutigen Überfällen des kambodschanischen Heeres auf die vietnamesische Bevölkerung und weil sie dem kambodschanischen Volk die Möglichkeit eröffnet, endlich in Frieden und Demokratie zu leben. Wir begrüßen dies insbesondere, weil damit mit einem Regime Schluß ist, das den Sozialismus in aller Welt diskreditiert hat.

Siehe unseren Artikel auf Seite 57

1. Kongreß des KB für 1979 beschlossen

(Siehe Artikel Seite 63)

Verfassungsschutz finanziert politische Organisationen

Kampf der VS-Organisation RCDS!

Aus einem geheimen Etat des Verfassungsschutzes erhalten parteigebundene Stiftungen, der Christliche Gewerkschaftsbund, verschiedene konfessionelle Gruppen und einige Hochschulorganisationen seit 1951 finanzielle Unterstützung. Eine stattliche Summe von je 160.000 Mark bekamen RCDS, SLH und der LHV im vergangenen Jahr aus dieser Quelle zugewiesen. Auch die Jusos haben indirekt auf dem Umweg über die Friedrich-Ebert-Stiftung Geld aus diesem Etat erhalten.

Zweck dieser großzügigen Zuwendungen: *„die Förderung der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus"*. (1) Finanziert wurden aus diesem Fond, der zwei Millionen Mark jährlich umfaßt, konkrete Projekte, insbesondere Veranstaltungen, *„die dazu beitragen, bei den Teilnehmern Verständnis, Verantwortungsbewußtsein und Einsatzbereitschaft für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu festigen und sie zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Extremismus befähigen"*. (1)

Wieder einmal offenbart sich die Vielfältigkeit der Arbeit des Verfassungsschutzes, dessen Funktion von Politikern in ihren schwungvollen Reden für diesen „Rechtsstaat" so gern auf die eines reinen Beobachters reduziert wird. In der Praxis, das erweist sich hier nicht zum ersten Mal, ist dieser Verfassungsschutz ein **aktiv handelnder Geheimdienst**, der rege in das politische Leben dieses Landes eingreift.

Die Geheimhaltung – nur ein haushaltstechnischer Trick?

Mit der Veröffentlichung dieses Tatbestandes scheint die „Frankfurter Rundschau" eine empfindliche Stelle getroffen zu haben. Denn nicht ohne Grund waren Bundesinnenministerium und Verfassungsschutz bemüht, diesen Etat geheimzuhalten. Zwar wurden die Mittel für politische Stiftungen und andere Gruppierungen normal überwiesen, bei sämtlichen studentischen Organisationen erfolgte die Auszahlung allerdings nur unter sehr konspirativen Umständen: nach Vorlage der quittierten Originalrechnung wurde eine entsprechende Abschlagszahlung von der extra dafür eingerichteten „Auszahlungsstelle der Abteilung Z" im Bundesinnenministerium bar ausgezahlt. „Z" steht für eine ominöse „Zentralabteilung".

Grundsätzlich durfte keinerlei Schriftverkehr über diese Gelder geführt werden. Diese Geheimhaltung wird offiziell damit begründet, *„daß die Glaubwürdigkeit der empfangenden Organisationen an den Universitäten Schaden litte, wenn die Herkunft der Gelder bekannt würde"*. (1)

Diese Bedenken sind absolut berechtigt. Denn welcher demokratisch gesinnte Student würde noch an die demokratische Zielsetzung einer Organisation glauben, die sich finanzieren läßt vom zentralen Spitzeldienst der Bourgeoisie, der besonders aufmerksam jungen kritischen Menschen hinterherschnüffelt, um „Beweismaterial" für ihr Berufsverbot heranzuschaffen?!

Doch nun, wo alles heraus ist, halten es die Verantwortlichen anscheinend für das Klügste, die Angelegenheit zu verharmlosen. Es handele sich sowieso nur um einen *„haushaltstechnischen Trick"* (2) und man habe schon lange geplant, diesen Geheimetat in einen öffentlichen zu verwandeln, insofern sei das Bundesinnenministerium auch *„keineswegs unglücklich"* über diese Enthüllung. (3) Warum das, was noch vor kurzem als zu *„riskant"* eingeschätzt worden war, nämlich eine öffentliche Mittelvergabe, heute plötzlich möglich und gut sein soll, hat niemand versucht zu erklären.

LHV-Vorstand – nichts gewußt?

Nicht zufällig haben sich die Verfassungsschützer gerade die genannten Organisationen herausgesucht. Über die CDU-Filialen RCDS und SLH ist schon seit langem bekannt, daß ihre Zusammenarbeit mit den Hütern dieses Staates hervorragend klappt. Von einer Zusammenarbeit der Jusos oder des LHV mit dem Verfassungsschutz kann man natürlich nicht sprechen, aber auch sie haben bezüglich des Schutzes dieser Verfassung und dieser Gesellschaftsordnung ihre bestimmte objektive Funktion, nämlich kritische, unzufriedene junge Menschen (wieder) in dieses System zu integrieren. Deshalb ist es keineswegs verwunderlich, daß auch ihnen diese besondere finanzielle Unterstützung zukommt, obwohl ihre politischen Ziele sich nicht mit denen des Innenministeriums decken.

Die Jungsozialisten betonen in ihrer Stellungnahme, die Quelle der Gelder, die sie über die Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten haben, sei ihnen unbekannt gewesen. Sie fordern die sofortige Auflösung aller derartiger *„Reptilienfonds"*. (4)

Auch der LHV erklärte unverzüglich, er habe *„keine Finanzmittel des Verfassungsschutzes wissend in Anspruch genommen"*. (5) Wir gehen sicher davon aus, daß die Mitglieder des LHV nicht informiert waren, aber es mutet merkwürdig an, daß nicht mal einige führende Kräfte im Bilde gewesen sein sollen. Denn:

- Warum sollte das Bundesinnenminiserium, dem sehr viel daran liegen muß, die betreffenden Gruppierungen durch diese Affäre nicht in schlechten Ruf kommen zu lassen, zugeben, einigen Vorstandsmitgliedern des LHV sei die Geldquelle bekannt gewesen?
- Auch dem Finanzreferenten des LHV sind die besonders konspirativen Auszahlungsbedingungen aufgefallen. Er schreibt: *„Gegen diese Form der Auszahlung hat sich der LHV immer wieder ausgesprochen und auf bargeldlose Mittelvergabe gedrängt."* (5) Ist der LHV-Vorstand dem Grund dieser Geheimniskrämerei nie weiter nachgegangen? Sollten diese Vermutungen (!) zutreffen, es wäre ehrlicher und nützlicher für den LHV, dies zuzugeben und selbstkritisch dazu Stellung zu nehmen!

Obwohl nun bekannt ist, aus welcher Hand dieses Geld, das der LHV jahrelang bekommen hat, stammt, schreibt er noch heute: *„Der LHV begrüßt die darin zum Ausdruck kommende finanzielle Unterstützung s e i n e r* (Hervorh. vom Verf.) *politischen Ziele."* (5) Daran, daß der Verfassungsschutz auf verschiedensten Wegen, nicht nur wie in diesem Fall durch materielle Zuwendungen, versucht, sich Einfluß zu verschaffen auf politische Organisationen, gibt es absolut nichts zu begrüßen! Der LHV begrüßt weiter *„die Ankündigung von Staatssekretär von Schoeler, die Förderung der Studentenverbände in Zukunft innerhalb der Zuschüsse für politische Bildung durchzuführen."* Bei aller „Freude" über diese Mittel sollte man doch nicht vergessen, einmal näher zu betrachten, für welchen Zweck Schoeler dieses Geld zu verteilen gedenkt: *„zur offensiven, positiven Werbung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung"!* (1)

Es ist bekannt, daß eine derartige „Werbung" in diesem Staat nichts anderes bedeutet als Werbung für den Polizeistaat, für Berufsverbote und Zensur gegen Linke, für schärfere „Anti-Terror-Gesetze" usw. Eine finanzielle Unterstützung z u d i e s e m Z w e c k lehnen wir grundsätzlich ab, ob das Geld nun direkt vom Verfassungsschutz oder von irgendeinem Ministerium kommt! Der LHV sollte sich dazu erklären, inwieweit er diesen Verwendungszweck für vereinbar hält mit seinen l i b e r a l e n Grundsätzen.

RCDS – Handlanger des Verfassungsschutzes!

Der RCDS gibt es unumwunden zu und findet nicht das geringste dabei, regelmäßig Gelder aus dem besagten Etat erhalten zu haben. (6) Er macht keineswegs den Versuch, zu verheimlichen, daß ihm die Quelle bekannt war. Warum sollte er auch? Seine politischen Ziele unterschieden sich nicht von denen des Verfassungsschutzes, seine gesamte politische Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, einen möglichst großen Beitrag „zum Schutze dieser Verfassung" zu leisten. Der größte Teil seiner Propaganda besteht aus antikommunistischer und Terroristen-Hetze, kaum eine Veranstaltung, die nicht die „unmenschliche kommunistische Diktatur in der Sowjet-Union" o.ä. zum Thema hätte.

Direkte Spitzeldienste für den Verfassungsschutz sind ebenso ein Bestandteil seiner Politik. Wo es noch an Beweismaterial fehlt, um einen Linken seiner Verfassungsfeindlichkeit zu überführen – der RCDS beschafft es er archiviert die „Vergehen" linker Jungsozialisten, um dem SPD-Vorstand Parteiausschlüsse zu erleichtern; RCDS'ler provozieren Streikposten, um sie hinterher anzuzeigen; sie beobachten genauestens, wann ein AStA das politische Mandat wahrnimmt, um ihn vor Gericht zu zerren... Man kann sicher davon ausgehen, daß diese vielfältigen Aufgaben nicht nur durch diesen Etat, sondern auch anderweitig entsprechend honoriert werden.

Und nicht nur der Verfassungsschutz finanziert diese Tätigkeiten des RCDS. Durch seine regelmäßigen Spendenaufrufe an Unternehmer, in denen er diese kräftig gegen die Linksextremisten an den Hochschulen aufwiegelt, bettelt er sich beträchtliche Summen zusammen.

Auch mit Faschisten steht der RCDS in Verbindung und erhält von ihnen materielle Unterstützung. So wurde z.B. die RCDS-Plakette „Sei keine Duckmaus – aktiv gegen Kommunisten und andere Faschisten!" von der „Studiengesellschaft für Information und Fortbildung e.V., International Christian Leadership-Spätaussiedler", ein Sammelbecken für ehemalige SS'ler, finanziert. (7)

Diese neuerliche Enthüllung sollte der demokratischen Studentenschaft Anlaß sein, dafür zu sorgen, daß sich die Befürchtungen der CDU-Kultusministerin Laurien bewahrheiten: *„Ganz sicher werde jetzt von den Linksextremisten an den Hochschulen eine Kampagne gegen die demokratischen Studentengruppen gestartet unter dem Motto, sie seien ‚verlängerter Arm des Verfassungsschutzes'. Vor allem den ‚vielen nicht informierten, politisch trägen Studenten der Mitte' werde damit bei den bevorstehenden Wahlen die falsche Entscheidung nahegelegt."* (2)

Das demokratische Mäntelchen, das sich der RCDS trotz allem noch so gerne umhängt, gehört ihm endgültig ausgezogen, seine Hintermänner und Verbindungen müssen entlarvt werden.

Der RCDS ist direkter Handlanger des Verfassungsschutzes und des Staatsapparates! Keine Stimme den Verfassungsschützern vom RCDS!

Anm.:
(1) „FR", 4.1.79
(2) „Welt", 5.1.79
(3) „FAZ", 5.1.79
(4) „FR", 5.1.79
(5) Presseerklärung des LHV, 1/79
(6) „Welt", 6.1.79
(7) „Rote Blätter", 12/78

SSB/HH

Jetzt muß Farbe bekannt werden!

Zielstrebig steuert die SPD auf eine Beendigung der von ihr selbst initiierten Berufsverbotedebatte hin. Mit dem Bundesparteitag wurde ein vorläufiger Schlußpunkt gesetzt, der nur noch wenig von den radikalen Tönen Kloses übrig läßt. Ein weiteres wird das Bundeskabinett am 17.1. besorgen, wenn neue Verfahrensgrundsätze beschlossen werden, denen sich die SPD/FDP-regierten Länder dann anschließen werden. Schon jetzt ist von Regierungsstellen klar gemacht worden, daß als einzige Änderung an einen Wegfall der Regelüberprüfung gedacht ist (siehe Artikel in diesem AK).

Mehrere Monate konnte die SPD-Führung den Gang der Diskussion bestimmen, weil sie mit radikalen Worten massiv Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung der Berufsverbotepraxis schürte. Von Anfang an gab es im Lager der Gegner der Berufsverbote große Differenzen darüber, wie ernsthaft es der SPD-Führung mit dem Versprechen der Abschaffung des Radikalenerlasses ist. Jetzt kommt die Zeit, da sich in der P r a x i s beweist, was von den radikalen Worten übrig bleibt. **Dies ist gleichzeitig der Zeitpunkt, an dem die Berufsverbotegegner zum agierenden Teil gegenüber der SPD werden müssen.**

Die Jusos stellen in einer ersten Stellungnahme die SPD-Beschlüsse als *„Fortschritt"* dar, den sie *„innerhalb der Partei ... durchgesetzt"* haben. „Fortschritte" sehen sie darin, daß *„die SPD von der vermuteten Verfassungstreue der Bürger ausgeht"* und ein Berufsverbot nur gegen d e n ausgesprochen werden könne, *„der durch aktive Betätigung ‚nachweislich' die bundesrepublikanischen Verfassungsgrundsätze...bekämpfe."* Weiterhin i n t e r p r e t i e r e n die Jusos den SPD-Beschluß dahingehend, daß Mitgliedschaft kein Grund für ein Berufsverbot sein dürfe, obwohl der SPD-Beschluß nur davon spricht, daß diese a l l e i n kein Ablehnungsgrund sein dürfe. Wohlweislich beziehen sie sich dabei sogar n u r auf die SPD-Parteitagsbeschlüsse und nicht auf die von der SPD-Regierung vorgeschlagene Regelung, nach der Mitgliedschaft nach wie vor ausdrücklich ein Indiz für „Verfassungsfeindlichkeit" ist!

Kein Wort schreiben die Jusos darüber, daß nach diesen Beschlüssen die Berufsverbote p r a x i s in gleicher Qualität weiterexistieren wird. Es ist wohl nicht nur Bescheidenheit, sondern ein höchstes Maß an Opportunität und Anpassung gegenüber der SPD-Führung, wenn dann noch von „Fortschritten" geredet wird.

Die Jusos wollen jetzt *„alle Verantwortlichen, die Sozialdemokraten sind, ...unnachgiebig auf diesen Beschluß festlegen"*. Daß die Jusos einmal von der g e n e r e l l e n Ablehnung a l l e r Berufsverbote ausgegangen sind, ist anscheinend schon vergessen. Die SPD-Führer sollen also auf die von ihnen s e l b s t bestimmten Verfahrensregeln „festgelegt" werden. Halten sie sich daran, sind das „erlaubte" Berufsverbote, halten sie sich nicht daran, darf Protest geäußert werden. Gerade hierin drückt sich eine gefährliche Kehrtwendung in der Argumentation der Jusos aus; **denn noch vor einigen Monaten argumentierten sie damit, daß sich die Regierungen an die V e r f a s s u n g zu halten hätten, die ihrer Ansicht nach k e i n e Berufsverbote zuläßt.** Das Gebelle und Geknurre der Jusos („unnachgiebig ...festlegen") soll davon ablenken, daß man wieder einmal „bei Fuß" gekuscht hat.

Vergeblich sucht man bei den Jusos eine Bereitschaft, zusammen mit anderen Berufsverbotegegnern den Druck auf die SPD zu verstärken, um die Berufsverbote w i r k l i c h abzuschaffen. Stattdessen werden alle Jusos vom Bundesvorstand aufgefordert, „in **der öffentlichen Diskussion immer wieder darauf hinzuweisen, daß der jetzt erreichte Beschluß zeigt, daß beharrliche Arbeit außerhalb und innerhalb der Partei durchaus dazu führt, wichtige Fortschritte zu erreichen"**.

Noch haben wir im Ohr, daß Klose seine Kampagne gerade mit dem Hinweis begann, daß ein zu großer Teil der Jugend aus dem Einflußbereich der SPD abdriftet. In diesem Sinne muß auch die zitierte Aussage des Juso-Bundesvorstands gesehen werden, dem es offenbar ausschließlich darauf ankommt, die „verlorenen Schäfchen" wieder in den Schoß der SPD zurückzuholen und der deshalb noch die allermieseste Regelung als „echten Fortschritt" zu feiern bereit ist.

Ein weiterer Teil der Berufsverbotegegner, die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" und die DKP, plant für Ende Januar eine internationale Konferenz gegen die Berufsverbote. Ihrer Ansicht nach **„ist eine Situation entstanden, in der bessere Möglichkeiten als je zuvor bestehen, die Berufsverbotepolitik entscheidend zurückzudrängen"**. Sie rufen deshalb *„alle Gegner der Berufsverbote im In -und Ausland auf, sich an der internationalen Konferenz"* zu beteiligen.

Wenn es so wäre, daß tatsächlich a l l e Gegner der Berufsverbote eingeladen wären, könnte dies sicherlich ein entscheidender Schritt für die demokratischen Kräfte sein. Aber natürlich sind hier keineswegs alle gern gesehen. Nach wie vor gilt für diese Kräfte die berüchtigte „These 41", der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen links.

Nicht zufällig hat diese Initiative ihre Konferenz kurz nach Abschluß des Russell-Tribunals gesetzt (das von ihr bekämpft wird!), und nicht zufällig ist der Themenbereich dieser Konferenz erstmals allgemeiner auf „Grund- und Menschenrechtsverletzungen" ausgedehnt worden. Es geht offenbar um Konkurrenz, statt um größtmögliche Zusammenarbeit.

Die von der SPD-Führung initiierte Debatte um die Berufsverbote hat gezeigt, daß erhebliche Teile der demokratischen Bewegung, vor allem in der Jugend, bei einer weiteren Verschärfung der Repression nicht mehr von der SPD zu halten sind. Deshalb dieses Integrationsmanöver. Aber dieses Manöver hatte noch einen ganz speziellen Aspekt: **die Spaltung der Front der Berufsverbotegegner.**

Wenn heute die Jusos dazu übergehen, die SPD als den e n t s c h e i d e n d e n Faktor zur Beseitigung der Berufsverbote zu propagieren, dann hat dieses Spaltungsmanöver schon funktioniert.

Gleichzeitig haben die SPD-Führer jedoch deutlich gemacht, daß sie h e u t e n i c h t bereit sind, wesentliche Änderungen der Berufsverbotepraxis vorzunehmen.

Für die Berufsverbotegegner ist es deshalb heute mehr denn je eine Notwendigkeit, eine g e m e i n s a m e Front gegen die Regierungspolitik aufzubauen, wenn überhaupt ernsthafte Erfolge errungen werden sollen. Dabei wird die Forderung nach vollständiger Beseitigung der Berufsverbote und die Überprüfung der Praxis eine wichtige Rolle spielen.

Der KB hat vor einigen Wochen einen Vorschlag veröffentlicht, anläßlich der Vereinheitlichung der Berufsverbotepraxis auf der Innenministerkonferenz im Februar eine Demonstration a l l e r Gegner der Berufsverbote zu organisieren. Bisher hat sich keine Organisation zu diesem Vorschlag geäußert.

Wir halten an unserem Vorschlag zum gemeinsamen Handeln fest, konkret an der Organisierung einer gemeinsamen Demonstration. An dem Willen zum gemeinsamen Handeln müssen alle Verbände, Organisationen und Einzelpersonen gemessen werden. Nur so haben die Berufsverbotegegner eine wirkliche Chance.

Also doch: China kauft AKWs!

Wie von der bürgerlichen Presse gemeldet, hat die VR China mit Frankreich den Kauf von Anlagen für zwei Atomkraftwerke vereinbart. Diese Meldung wurde von Deng Hsiao-ping ausdrücklich bestätigt (siehe "Peking Rundschau" Nr. 50/1978, S. 6).

Es sei daran erinnert, daß noch vor ein paar Monaten chinesische Funktionäre gegenüber "ML"-Touristen versicherten, China beabsichtige derzeit n i c h t , westliche AKWs zu importieren. (siehe "Rote Fahne" der "KPD", 19.10.78). In blindem Vertrauen auf dieses Versprechen hat beispielsweise die "KPD" bis in allerletzte Zeit erklärt, daß heute n i r g e n d w o auf der Welt die AKW-Technik ausgereift genug für den praktischen Einsatz sei. Dies wird man nunmehr korrigieren müssen: AKWs aus der Zweiten Welt in der Hand chinesischer Experten sind sicher genug. China hat eben, seit die "Viererbande" nicht mehr den wirtschaftlichen und technischen Aufschwung drosselt, einen großen Sprung nach vorn gemacht...

Es soll allerdings auch in der "KPD" ein paar Genoss(inn)en geben, denen diese Sprünge, die zwangsläufig jedesmal von ihrer Partei mitgemacht werden müssen, schon etwas allzu groß geworden sind. Sie könnten ruhig mal etwas lauter protestieren als bisher.

Freiheit für Werner Hoppe

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Gutachter Prof. Dr. Meyer: W. Hoppe muß freigelassen werden

In einer weiteren ärztlichen Stellungnahme vom 3.1.1979 hat der Gutachter und behandelnde Arzt von Werner Hoppe aufgrund einer "rückblickenden Zusammenschau der bisherigen Ergebnisse der vier Monate Behandlung im AK Altona" festgestellt, daß Werner Hoppes Zustand sich nicht wesentlich gebessert hat.

"Damit befindet sich Herr Hoppe in einem ernsten, wenn auch nicht akut lebensbedrohlichen Zustand von Unterernährung. Zum einen können bei einer über Monate oder gar Jahre anhaltenden Unterernährung dieses Ausmaßes schließlich organische Schäden (Dystrophie) entstehen."

In der Stellungnahme heißt es weiter:

"Aus diesen Gründen scheint mir jetzt, daß nur unter den Bedingungen einer Haftaussetzung eine medizinische Behandlung mit einiger Aussicht auf Erfolg durchführbar ist.

Diese Behandlung wird anfänglich noch stationär durchgeführt werden müssen und erst danach ambulant."

Der Gutachter hält jedoch die Behandlungsmöglichkeiten bei befristeter Haftentlassung und der damit drohenden Rückverlegung für begrenzt:

"Aus medizinischer Sicht ist deswegen eine Haftaussetzung zur Bewährung wünschenswert ...".

Prof. Dr. Meyer schließt sich damit ausdrücklich Prof. Dr. Rasch an, der bereits in seinem Gutachten vom 25.10.1978 ausgeführt hatte:

"Im Übrigen kann man davon ausgehen, daß die bei Hoppe bereits eingetretenen seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen nicht mehr durch eine Veränderung seiner Haftbedingungen redressiert werden können."

In Kenntnis dieses Urteils werden wir deshalb neben unserem Antrag vom 4.9.1978 auf unbedingte Haftentlassung nunmehr weiterhin beantragen, Werner Hoppe auf Bewährung aus der Strafhaft zu entlassen.

Uwe Maeffert
Hartmut Scharmer
Rechtsanwälte
Bahrenfelder Str. 93
2000 Hamburg 50
Tel. 39 16 15/14
GK 115

Scharmer
Maeffert

Terroranschlag auf Konsulat

Terroranschlag auf Konsulat

Antijugoslawische Terrorwelle

– Am Abend des 15.12. wurde von „Unbekannten" ein Brandanschlag auf das jugoslawische Konsulat in Freiburg verübt, gleichzeitig wurde das Gebäude beschossen.

– Am 11.11. wurde in Koblenz der jugoslawische Angestellte Radomir Gazija ermordet, zwei weitere Jugoslawen überfallen und verletzt. (Gazija hielt sich in der BRD auf, um seinen Bruder zu besuchen).

– Auf den jugoslawischen Arbeiterverein in Villingen - Schwenningen wurden zwei Brandanschläge verübt.

Dies sind nur einige Vorfälle aus einer ganzen Reihe von Anschlägen auf jugoslawische Kollegen und Einrichtungen im bayerischen Raum im letzten Jahr. Natürlich „ermittelt" die Polizei wegen dem Anschlag auf das Konsulat und ebenso natürlich gibt es „keine Erkenntnisse über die Täter " ... Und das, obwohl die Polizei über die Täter von Konstanz recht gut Bescheid weiß:

„*Wie die westdeutsche Polizei bekanntgab, wurde der 35jährige Gazija von Ivan Andabak und zwei weiteren Terroristen der faschistisch-terroristischen Untergrundbewegung getötet*"(„Tanjug", 17.11.78).

Die staatliche Nachrichtenagentur Jugoslawiens, „Tanjug", sieht den Mord an Gazija als Bestandteil der „antijugoslawischen Ausschreitungen" in der BRD. Ferner meldete „Tanjug", daß Regierungssprecher Grünewald zugestanden habe, daß die BRD „*bisher weder alle Möglichkeiten für eine Beendigung des antijugoslawischen Terrors genutzt noch ausgeschöpft habe*". (ebenda)

Wiederholt weist „Tanjug" darauf hin, daß der Ustasha-Terror vom Staatsapparat der BRD gedeckt wird: „*Leider haben sich in der Zeit zwischen 1961 bis 1977 in den verschiedenen westlichen Ländern über 200 terroristische Akte übelster Art ereignet, davon über 40 % auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland oder von diesem Land ausgehend*"(„Tanjug", 24.11.78).

Die „Halbherzigkeit" der BRD in Sachen Ustasha–Verfolgung führt die jugoslawische Propaganda allerdings auf den Druck der „mächtigen Opposition" (gemeint ist die CDU/CSU) zurück.

Jugoslawien vergleicht die Haltung der BRD gegenüber den Ustasha-Faschisten mit den Drohungen Bonns nach der Freilassung der vier westdeutschen „Terroristen" in Jugoslawien und spricht von einem „Doppelspiel Bonns im Kampf gegen den Terrorismus" („Tanjug", 27.11.78).

Die Unterstützung durch den westdeutschen Staat genießt die Ustasha schon seit Jahrzehnten; seit 1945 ist die BRD wichtigstes Aktionsfeld und Ausgangspunkt des Ustasha-Terrors.

Im Januar soll die Hauptverhandlung gegen die exilkroatischen Faschistenführer Stjepan und Ivan Bilandzic beginnen. Die Anklage leutet auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz.Stjepan Bilandzic gehört übrigens zu den Acht, deren Auslieferung Jugoslawien seit dem Sommer fordert. Damals hatten faschistische Exilkroaten auf Demonstrationen in der BRD Terroranschläge für den Fall seiner Auslieferung angekündigt.

Aber wie gesagt: Über die Täter liegen „keine Erkenntnisse" vor ...

Wir fordern die sofortige Auslieferung der Ustasha-Faschisten an Jugoslawien!

KB Freiburg und RGW-Kommission/ Hamburg

(Informationen nach: „Monitor-Dienst", „Badische Zeitung" vom 20. 12. und „FAZ" vom 28.12.).

Aus Belgrad erreichte uns mit Datum 18.12.78 ein Brief mit der Bitte um Abdruck, den die Unterzeichner (24 Unterschriften) auch an andere BRD-Zeitungen geschickt haben. Hier der Text:

"An die Botschaft der BRD in Belgrad, an das Parlament, an die Regierung und den Bundeskanzler der BR Deutschland, Helmut Schmidt, Bonn, BRD:

Wir, unten unterzeichnenden Studenten, Jugendlichen und Bürger/Einwohner von Belgrad, der Hauptstadt unseres Landes, der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, protestieren energisch gegen den unlängst verübten Mord auf einen ehrlichen jugoslawischen Bürger, Radomir Gazija, in Konstanz, BRD, am 11.11.1978, seitens der Anhänger der anti-jugoslawischen pro-ustasha faschistisch-terroristischen Untergrundbewegung, wobei noch zwei weitere jugoslawische friedliche Bürger provoziert und danach tückisch angefallen und verletzt wurden. Wir verlangen harte und beispielhafte Strafen für die Schuldigen an diesem Verbrechen, für die pro- Ustasha Verbrecher und für die Terroristen: Stjepan Vidovic, Ivan Andabak und Malden Perisic, und zugleich fordern wir energischere und effektvollere Gesetze und Präventivmaßnahmen der Polizei und der staatlichen Sicherheitsorgane sowie der Organe des Rechtswesens der BRD gegen die Arbeit der extremen anti-jugoslawischen, terroristischen politischen Emigration überhaupt auf dem Gebiet der BRD".

Als Kontaktaddresse ist

Markovic Vladimir
Vukasoviceva 21.
11090 Rakovica
Beograd/Jugoslawien

angegeben.

Endlich! Der Schah geht

Der Schah geht ins Ausland – und hoffentlich nicht nur auf eine lang ausgedehnte „Urlaubsreise". Unmittelbar nach Einsetzung der Zivilregierung unter Ministerpräsident Bakhtiar, der gleichzeitig auch Innenminister ist, hat der Schah nun selbst seine „Urlaubs"pläne verkündet.

Zwei Monate war die Militärregierung an der Macht, dann mußte sie selbst zugeben, daß sie ihr Ziel, „Ruhe und Ordnung" für die ungestörte Ausbeutung durch die US-Imperialisten und die einheimischen Spekulanten im Iran wiederherzustellen, nicht erreicht hatte. Im Gegenteil, das brutale Vorgehen der Militärs hatte den Widerstand der Bevölkerung nur erhöht und ihren Willen gestärkt, den Mörder Schah endgültig davonzujagen.

Die im ganzen Land seit Monaten streikenden Arbeiter und Angestellten hatten die Wirtschaft vollständig lahmgelegt und waren auch nicht mit Waffengewalt zu bewegen, die Arbeit wiederaufzunehmen. Die Massen forderten auf riesigen, kämpferischen Demonstrationen den Tod des Schah und die Verjagung der imperialistischen Agenten und Ausbeuter. Vor dem Hintergrund der kämpfenden Massen wagten immer mehr Soldaten und untere Offiziere Schießbefehle zu verweigern, zu desertieren oder die Waffen auf ihre Vorgesetzten zu richten.

Der Rücktritt der Militärs und die Einsetzung der Zivilregierung, sowie die dadurch möglich gewordene

Einsetzung der Zivilregierung, sowie die dadurch möglich gewordene

„Urlaubsreise" des Schah haben die Massen dem US-Imperialismus und dem von ihm an der Macht gehaltenen Schah-Regime abgerungen. Der US-Imperialismus sah sich angesichts der Entschlossenheit der Massen gezwungen, den Weg taktischer Zugeständnisse zu gehen, wollte er nicht das Risiko eines zweiten Vietnams bei einer Intervention eingehen.

Die Einsetzung der Zivilregierung Bakhtiar und die „Urlaubsreise" des Schah sind ein geschickter Schachzug des in Bedrängnis geratenen Imperialismus, sie sind der Versuch, mit möglichst wenig Zugeständnissen davonzukommen und den Aufstand der Bevölkerung doch noch in den Griff zu kriegen. Unter einer Regierung Bakhtiar könnte die weitere Entwicklung abgewartet werden, es bestünde die Möglichkeit, zu versuchen, die Monarchie vorläufig beizubehalten, Wahlen durchzuführen, die mit großer Wahrscheinlichkeit die Nationalfront an die Regierung bringen würden und so im Iran kontrolliert eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters zu installieren.

Sowohl Khomeiny als auch die Nationalfront signalisieren trotz der verbalen Verurteilung Bakhtiars als „Verräter" immer häufiger, daß ihnen eben solche Demokratie vorschwebt, allerdings nach einem Sturz des Schahs. Ob sich allerdings das iranische Volk auf diese Weise von vorneherein um die Früchte seines Kampfes betrügen lassen wird, ist mehr als zweifelhaft. Dies haben z.B. die Parolen und Aktionen der Massen am Aschura-Tag gezeigt. Dies deutet sich in den Beschlüssen des neugebildeten Arbeiterrates der Ölarbeiter an. Sie wollen die Ölförderung – entgegen der regimetreuen Zweckpropaganda und den Aufforderungen durch Politiker der Nationalfront – auch für den Inlandsverbrauch erst dann wieder aufnehmen, wenn der Schah gestürzt und eine vom Volk gewählte Regierung die Macht hat.

Die Regierung Bakhtiar

Nach dem mißglückten Versuch des Schah-Regimes und des US-Imperialismus unter dem ehemaligen Mossadegh-Minister Sadighi eine zivile Regierung zu bilden, wurde jetzt einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalfront und Mitglied der Iran-Partei, Shapour Bakhtiar, mit der Regierungsbildung beauftragt. Seit dem 6.1. ist die Regierung im Amt, der Kriegsminister ist wieder ein Offizier. Nicht nur diese Tatsache deutet darauf hin, daß sich unter einer Regierung Bakhtiar nicht viel ändern wird.

Bakhtiar verkündete zwar bei der Vorstellung des Kabinetts, daß die Pressezensur sofort aufgehoben und die politische Abteilung des Geheimdienstes SAVAK „reorganisiert" werde, er wolle aber an der Monarchie festhalten. In einer Fernsehrede bat Bakhtiar um eine „vernünftige Frist", um das Land zu „retten". Er versprach, alle politischen Gefangenen freizulassen und das herrschende Kriegsrecht abzubauen. Streiks und Unruhen seien das direkte Ergebnis vergangener „*Ungerechtigkeiten und verantwortungslosen Handelns*". Die Industrie sei zum „*Nutzen einiger weniger mißbraucht*", die Landwirtschaft in den vergangenen 25 Jahren von einer „*korrupten Herrschaft*" zerstört worden (die Erwähnung der „korrupten Herrschaft" war übrigens der Anlaß für einige Abgeordnete, nicht für diesen Herren zu stimmen). Er betonte, daß alle in der Verfassung verbrieften Rechte eingehalten würden, daß der Islam und alle anderen Religionsgemeinschaften geschützt werden und daß er gegen den Separatismus (!) (d.h. schon vorbeugend werden die starken Minderheiten, z.B. Kurden, Aserbeidschaner, gewarnt, ja nicht nationale Selbstständigkeit zu fordern) kämpfen wolle („Frankfurter Rundschau", „FR", 3.1.79).

In anderen Gesprächen wurde Bakhtiar deutlicher. Die Tudeh-Partei werde selbstverständlich nicht zugelassen, legal könnten nur die Parteien sein, die an „*Iran und Religion*" glauben. Das bedeutet nichts weiter, als daß die politischen Verfolgungen weiter gehen werden. Das Militär würde nicht auf den Straßen (!) bleiben, „*falls aber jemand die französische Botschaft anzündet, wird die Armee sie verteidigen.*" Die Imperialisten sollen sich also weiter zu Hause fühlen! Außerdem würden Personen, die während der Unruhen wegen Mordes, Brandstiftungen und anderer schwerer Verbrechen (!!) festgenommen wurden, vor Gericht gestellt.

Mordes, Brandstiftungen und anderer schwerer Verbrechen (!!) festgenommen wurden, vor Gericht gestellt.

A l l e politischen Gefangenen werden also auf keinen Fall freigelassen („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 5.1.79).

Angesichts dieser unverhüllten Drohungen gegen die Bevölkerung ist es besonders interessant, daß unmittelbar vor Rücktritt der Militärregierung der Innenminister General Abbas Karim Gharabageni zum neuen Generalstabschef ernannt wurde („Welt", 5.1.79), der Kriegsminister kommt weiterhin aus dem Militär. Im übrigen hat Bakhtiar seine Regierungsführung schon im voraus als sozialdemokratisch charakterisiert, er tritt für die Fortsetzung der „guten Beziehungen" (!) zwischen den USA und dem Iran ein.

Bakhtiar wurde unmittelbar nach seinem Entschluß, unter dem Schah eine Regierung zu bilden, aus der Nationalfront ausgeschlossen. Die Iran-Partei, der er innerhalb der Nationalfront angehört, verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg eine sozialistische Entwicklung und arbeitete mit der Tudeh-Partei zusammen, später mit Mossadegh. Nach dem Putsch entwickelte sich die Iran-Partei immer mehr nach rechts und gilt heute als rechte sozialdemokratische Partei.

Neue Taktik der US-Imperialisten

Die USA hatten sich im Fall Iran ganz offensichtlich verrechnet. Die viel zu lang dauernde, bedingungslose Unterstützung des faschistischen Schahregimes hatte die US-Imperialisten bei der iranischen Bevölkerung nur umso verhaßter gemacht. Außerdem erschwert diese Unterstützung der grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten bereiten Nationalfront bei einem Regierungswechsel die Hinwendung zur USA. Andere imperialistische Mächte (v.a. wohl EG) könnten daher künftig die Chance haben, stärker im Iran zum Zuge zu kommen. Auch Khomeiny hat sich jüngst zur Zusammenarbeit mit dem Westen bereit erklärt, wenn dieser das Schah-Regime fallen läßt (Tagesschau, ARD, 20 Uhr 15, 6.1.79).

Anfang Dezember empfahl der eigens zu diesem Zweck in den Iran geschickte Beauftragte der US-Regierung, George Ball, in einer Studie die Übergabe der Regierungsgewalt in die Hände einer Zivilregierung. Die US-Regierung erklärte sich bereit, rückreisewilligen Amerikanern den Rückflug aus dem Iran zu bezahlen („FR", 9.12.78).

Mitte Dezember, unmittelbar nach den großen Demonstrationen an den beiden wichtigsten Trauertagen des Monats Moharram, die von der Opposition als Volksabstimmung gegen die Monarchie bezeichnet wurden, „befaßte" sich der Schah laut Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI mit einem „Kompromißplan", ausgearbeitet von einer Gruppe iranischer (?) Politiker. Danach soll ein Kronrat gebildet werden, dem acht iranische Persönlichkeiten und zwei Militärs angehören sollen. Der Kronrat soll alle Machtfunktionen erhalten, die jetzt der Schah innehat, während der Schah mit einem „symbolischen Titel" den Thron behält, bis zur Inthronisation seines Sohnes in zwei Jahren. Der Kronrat bildet unterdessen eine Zivilregierung und bereitet Wahlen für den Juni vor („Le Monde", 16.12.78).

Die jetzt durchgeführte Lösung gleicht diesem „Kompromiß" auf's Haar, geht der Schah jetzt ins Ausland, so würde sowieso nach spätestens drei Monaten ein Kronrat eingesetzt. Auf diese Art würde möglicherweise der Regierung Bakhtiar das „Verdienst " zukommen, den endgültigen Sturz der Pahlevi-Dynastie verhindert zu haben. Die USA jedenfalls haben der Regierung Bakhtiar ihre volle Unterstützung zugesagt und wollen es dem Schah überlassen, selbst zu entscheiden, was sein nächster Schritt sei. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte jedenfalls, daß die USA die Rolle eines konstitutionellen Monarchen beim Übergang von einer Militärregierung zu einer Zivilregierung für das Beste halten („Welt", 6.1. 79).

Sicherlich wird sich das iranische Volk die Empfehlungen der US-imperialisten für „ihren" neuen Regierungschef gut merken und sich daran erinnern, daß die USA beispielsweise in fast dem gesamten Lateinamerika blutige Militärdiktaturen für „das Beste" halten, und warum sollte das ausgerechnet im strategisch

teinamerika blutige Militärdiktaturen für „das Beste" halten, und warum sollte das ausgerechnet im strategisch

so wichtigen und an natürlichen Ressourcen so reichen Iran anders sein? Wenn die US-Imperialisten nur könnten!

Ob die Rechnung überhaupt aufgehen wird, scheint sehr zweifelhaft. Schon nachdem Bakhtiar die Bereitschaft erklärt hatte, unter dem Schah eine Regierung zu bilden, fanden empörte Demonstrationen in Teheran und der Nachbarstadt Karaj gegen den „Verräter" Bakhtiar statt. Auch am Tag der Vorstellung der neuen Regierung kam es in Qom zu einer großen Protestdemonstration. Schon vorher hatte die Nationalfront Bakhtiar wegen Zusammenarbeit mit einem „illegalen Regime" ausgeschlossen (wozu sie allerdings vor gar nicht langer Zeit selbst bereit war). Khomeiny hat dazu aufgerufen, der Regierung jede Unterstützung zu versagen und keinerlei Rechnungen an die staatlichen Dienstleistungsbetriebe (Gas, Strom, Wasser , Telefon) zu zahlen.

Das Volk will den Sturz des Schah-Regimes

Die Absage der Nationalfront an jede Regierung unter dem Schah ist auf den Druck der Massen zurückzuführen. Besonders die außerordentlich kämpferischen Demonstrationen am Aschura-Tag haben deutlich gemacht, daß die Aufrufe der religiösen und bürgerlichen Oppositionspolitiker zur „Mäßigung" nicht beachtet werden.

In den ersten Tagen des Trauermonats Moharram fanden im ganzen Iran trotz ausdrücklichen Verbotes durch die Militärregierung riesige Demonstrationen statt. Jedesmal richtete das Militär Blutbäder an. Die Entschlossenheit der Massen zwang das Militär, eine andere Taktik einzuschlagen. Für den 10. und 11.12., den beiden wichtigsten Trauertagen, wurden die Demonstrationen erlaubt. Ein weiteres Massaker hätte mit Sicherheit die Massen weiter radikalisiert und den Sturz des Schah-Regimes beschleunigt.

Rechtzeitig vor diesen beiden Tagen wurde der Führer der Nationalfront, Sandjabi, aus mehrwöchiger Haft entlassen, in der er allerdings mit Vertretern des Regimes und dem Schah selbst verhandelt hatte. Khomeiny und Sandjabi waren in Paris übereingekommen, die Demonstrationen an diesen beiden Tagen als Volksabstimmung gegen die Monarchie durchzuführen. Nach dem Willen der Oppositionsführer, die am ersten Tag Demonstrationszüge anführten, sollten die Demonstrationen friedlich und schweigend (!) durchgeführt werden. Dies konnte am ersten Tag – zumindest in Teheran, wo mindestens zwei Millionen Menschen auf der Straße waren – auch durchgesetzt werden. Die Oppositionsführer lösten allerdings noch vor der Kundgebung mit der Ausrede, es seien nicht genügend Lautsprecher da, die Demonstrationen auf. Im ganzen Iran gingen mindestens zwölf Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung, auf die Straße.

In einer 17-Punkte-Erklärung der Oppositionsführer wurde noch einmal betont, daß Ayatollah Khomeiny *„unser Führer"* sei, daß bis zum Ende *„des derzeitigen tyrannischen Regimes"* gekämpft werde, daß die religiösen Minderheiten geachtet würden, ebenso die im Iran lebenden Ausländer. Die Firmen müßten allerdings von Persern geleitet werden, die Förderung von Ausweisung aller Ausländer stamme von Provokateuren (!). Die Fortsetzung des Wirtschaftsstreiks gegen die Regierung, nicht aber gegen das Volk, wurde befürwortet. In der Erklärung war allerdings nicht von der vollen Gleichberechtigung für die Frau die Rede, es



Weinend beugt sich ein Vater im Krankenhaus von Ghom über seine vierjährige Tochter, die erschossen wurde

hieß, daß *„die wahre Freiheit, die Würde und die Achtung der Frauen, die vollständig vom Islam anerkannt seien, ebenso wie ihre sozialen Rechte und die notwendigen Bedingungen ihrer Entwicklung, ihnen verliehen werden müßten"* („LM", 13.12.78). Die Beziehungen zu allen Ländern
werden müßten" („LM", 13.12.78). Die Beziehungen zu allen Ländern
sollten gleichberechtigt sein, eine Armee, die auf ihre Landsleute schieße, sei eine Verräterarmee. Wie schon so oft wurden die *„Brandstiftungen"* an Banken und *„anderen Gebäuden"* Provokateuren der Regierung zugeschrieben, d.h. militante Aktionen sollen damit bei der Bevölkerung in Mißkredit gebracht werden („FR", „NZZ", 12.12.78).

Allerdings griff nur in Teheran das Militär nicht ein. In vielen Städten, vor allem in Meshed und Isfahan, startete das Militär unglaubliche Provokationen.

Am zweiten Tag, dem Aschura-Tag, gingen die Menschen noch massiver auf die Straße. In Teheran versuchten die Oppositionsführer immer wieder per Lautsprecherwagen (!) die Menschen aufzufordern, das Parolenrufen zu unterlassen und schweigend zu marschieren. Die Rufe *„Tod dem Schah"* wurden Provokateuren angelastet! Mit diesen Beschwichtigungsversuchen konnten sich die Oppositionsführer allerdings nicht durchsetzen. Die Parolen wurden von Millionen geschrien und wurden immer kämpferischer. *„Der Schah ist ein Mörder", „Der Kampf geht weiter bis zum Tod des Schah", „Khomeiny hat gesagt, der Schah muß hingerichtet werden, zu Tode, zu Tode!", „Tod der ganzen Dynastie Pahlevi", „Der Schah hat das Kino von Abadan und die Moschee von Kerman in Brand gesetzt, Schande über den Schah!", „Schah, wir werden Dich töten, wie Du unsere Väter getötet hast!", „Khomeiny oder Tod", „Iran ist wie Palästina".* Besonders Parolen des bewaffneten Kampfes waren vertreten. Die Bilder der Begründer der Modjahedin wurden sehr zahlreich getragen. Die Männer riefen: *„Gruß an die Schwestern Modjahedin"*, die Frauen riefen: *„Gruß an die Brüder Modjahedin". „Der einzige Weg, der zur Freiheit führt, ist der Kampf der Modjahedin", „Die Märtyrer, die getötet worden sind, sind wie Hussein, die, die leben, werden sich erheben und kämpfen wie Zinab"* (Zinab war die Frau Husseins, des Enkel Mohammeds, dessen Ermordung am Aschura-Tag betrauert wird).

Die Universität Aryamehr wurde umgetauft auf den Namen eines der Chefs der Modjahedin, Daneckah-Chariti, der 1975 getötet wurde. (Besonders im Norden Irans, vor allem in Amol und Babol, waren die Demonstrationen von den Volksfedayin bestimmt.).

Immer, wenn Hubschrauber über die Menge flogen, wurde *„Tod dem Schah"* gerufen. Bewegte sich der Zug an Militärschulen, Kasernen und Polizeistationen vorbei, erklang der Ruf *„Gott ist groß", „Die muslimischen Soldaten schießen nicht auf's Volk", „Die muslimischen Soldaten gehorchen nicht mehr dem Schah".*

Und auf die Lüge des damaligen Ministerpräsidenten Azhari gemünzt, der behauptet hatte, auf den Dächern der Stadt wären von einigen wenigen Kassettenrecorder installiert gewesen, die Anti-Schah-Parolen abspielten, um den Anschein zu erwecken, die Bevölkerung sei gegen den Schah: *„Azhari, Du kannst nicht sagen, alle diese Menschen seien Kassetten. Kassetten haben keine Füße"* („LM", 13.12.78).

In Isfahan griff das Militär am Ashura-Tag die eine Million Demonstranten an, das sind doppelt so viele, wie Isfahan Einwohner hat. Die Demonstranten hatten Statuen des
wie Isfahan Einwohner hat. Die Demonstranten hatten Statuen des
Schahs vom Sockel gestoßen und versucht, das Hauptquartier der SAVAK zu stürmen. Von Hubschraubern aus wurde in die Menge geschossen. Am folgenden Tag „organisierten" Militär und Polizei in Isfahan eine Pro-Schah-Demonstration, indem sie Autofahrer zwangen, statt der Bilder Khomeinys Schah-Bilder an der

> Im nächsten Arbeiterkampf erscheint ein Interview mit einem iranischen Hochschullehrer und Dichter
>
> **Saeed Soltanpour.**
>
> Soltanpour ist Sympathisant der Volksfedayin und lebt seit einem halben Jahr in Westberlin im Exil.

Windschutzscheibe zu befestigen und hupend durch die Stadt zu fahren. Schaufensterscheiben, hinter denen das Bild Khomeinys zu sehen war, wurden eingeworfen. Jeder Passant wurde gezwungen, Hochrufe auf den Schah auszustoßen, andernfalls wurde er verprügelt oder erschossen, wie ein 17jähriger Junge, der ein Auto wusch und den Schah nicht Hochleben lassen wollte.

Ebenso wütete das Militär in Najafabad, einer Stadt von 15.000 Einwohnern in der Nähe von Isfahan. Mindestens hundert Menschen wurden in dieser Stadt getötet, tausend verletzt. Das Militär verlud die Toten auf einen Wagen, um sie auf dem Lande zu verbrennen. Das Krankenhaus wurde vom Militär angegriffen, viele Ärzte verletzt, Häuser von Ärzten, die Demonstranten geholfen hatten, angezündet („LM", 15.12.78 und 19.12.78).

In Meshed überfiel das Militär ebenfalls das Krankenhaus Charivar, Ärzte, Schwestern und kleine Kinder wurden dabei ermordet. Nach diesen Vorfällen wuchsen nicht nur in Meshed, Isfahan und Teheran die Prostestaktionen und Demonstrationen gewaltig an. Tagelang wurde demonstriert. Das Militär richtete immer neue Massaker an, zuletzt in Meshed, wo nach Angaben des Ayatollah Shirazi 700 Menschen am 31.12.78 ermordet wurden.

Militär und Polizei wüteten, während die Zivilregierung in Vorbereitung war, umso grausamer. Ein Vorgeschmack, wozu große Teile des Militärs fähig sein werden, je mehr das faschistische Regime durch die Bevölkerung in die Enge getrieben wird.

Ärzte gegen das Schah-Regime

Die steigenden Übergriffe des Militärs auf Krankenhäuser und behandelnde Ärzte, die wachsende Anzahl verstümmelter und grausam verletzter Menschen, die jeden Tag auf's neue in die Krankenhäuser eingeliefert werden, hat zu einer riesigen Protestwelle unter Ärzten und Krankenhauspersonal, der Revolte im „weißen Kittel", geführt. 700 Mediziner aus Meshed haben sich an die Vereinten Nationen um Hilfe gewandt. In Teheran fand die erste Versammlung von mehr als 3.000 Medizinern aus Shiraz, Meshed, Teheran, Ahwaz und Isfahan statt. Die
Medizinern aus Shiraz, Meshed, Teheran, Ahwaz und Isfahan statt. Die
Sitzung wurde mit folgender Rede eröffnet: *„An jedem Tag tötet der Schah in allen Städten und Dörfern Menschen. In jeder Minute fallen Schüsse. Das Regime berücksichtigt keinerlei Menschenrechte. Die Moscheen, die heiligen Stätten, die Krankenhäuser, die Universitäten werden vom Militär angegriffen. Wir fordern das Ende der Diktatur. Das Volk hat sich entschieden, aber die Diktatur drängt sich auf und tötet. Das Volk will Freiheit. Der Augenblick ist da, die Demokratie wiederherzustellen. Wir werden weiter kämpfen, bis der Schah geht."* Alle Anwesenden riefen *„Tod dem Schah"*. („LM", 19.12.78).

Inzwischen behandeln die Ärzte die Bevölkerung kostenlos, während Militärangehörige bar bezahlen müssen. Nicht einmal ihre Krankenscheine werden anerkannt („FR", 30.12. '78).

Militante Aktionen und Sabotageakte

Am 10.12. erschoß ein Soldat in Hamadan den Provinzgouverneur, den Polizeichef und den Leiter der Militärverwaltung („FR", 12.12.78).

Mitte Dezember töteten in der Lavizan-Kaserne vier Soldaten eine Reihe junger Offiziere („NZZ", 16. 12.78).

Vor allem aus Täbriz sind viele Sabotageakte bekanntgeworden. Mitte Dezember wurden auf dem Militärflughafen zwischen sieben und zwanzig F-5-Düsenjäger durch Zerschneiden der elektrischen Verdrahtungen unschädlich gemacht („SZ", 16./17.12.78). An den großen Demonstrationen sollen sich nach Zeugenaussagen 2.000 Soldaten mit ihren Fahrzeugen beteiligt haben („The Guardian", 19.12.78). Umgehend wurden Eliteeinheiten nach Täbriz geschickt. Ende Dezember wurde im Informationszentrum der Luftwaffe in Täbriz der Computer vollständig durcheinandergebracht. Immer, wenn eine Information abgefordert wurde, gab er „Yankee go home" heraus.

In Meshed gingen nach dem Massaker vom 31.12.78 die Pepsi-Cola-Fabrik, das Haus eines Obersten der US-Armee und das britische Konsulat in Flammen auf. Anschließend wurden drei SAVAK-Autos verbrannt, die Insassen aufgehenkt („LM", 2.1.).

Im Südiran wurden in der Stadt Firuzabad das SAVAK-Hauptquartier gestürmt und die Gefangenen befreit („FR", 3.1.79).

In Teheran stürmte die Bevölkerung das Haus eines pensionierten Oberst der SAVAK und räumte den privaten Folterkeller des Herrn aus, in dem sich alle bekannten Foltergeräte und eine Foto-Dokumentarsammlung befanden („NZZ", 4.1. 79).

Anlaß für die großen antiamerikanischen Demonstrationen in Teheran war die Hinrichtung des stellvertretenden Direktors des internationalen Ölkonsortiums OSCO, Paul Grimm, in Ahwaz. Einige Tage vor seiner Hinrichtung war er gewarnt worden: *„Man hat Ihnen gesagt, Sie sollen in Ihr Land zurückkehren. Es wird keine weitere Warnung mehr geben."* Sechs Wochen zuvor war der Direktor der Gesellschaft, Georges Link, einem Anschlag knapp entronnen und hatte sich in die USA begeben. Inzwischen kursiert in Ahwaz ein Flugblatt mit einer Liste von 22 hohen amerikanischen Erdölangestellten, *„die zu töten seien, wenn sie nicht unverzüglich das Land verlassen"* („LM", 26.12.78).

Künstliche Verknappung von Öl und Grundnahrungsmitteln

Im Augenblick versucht das iranische Regime durch die künstliche Verknappung von Öl und Grundnahrungsmitteln, besonders Brot, die Streikfront aufzubrechen. In der Diskussion um die teilweise Wiederaufnahme der Arbeit auf den Ölfeldern hat sich herausgestellt, daß in Abadan die Vorratstanks so voll sind, daß gar nicht weitergefördert werden kann, bevor nicht ein Teil abgeholt werden würde („FR", 6.1. 79). Außerdem wurde wiederholt beobachtet, daß Tankwagen von den Tankstellen das Öl wieder abholten und daß viele Tankstellen geschlossen wurden („FR", 30.12. 78).

Die Ölarbeiter sollen gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen – für den Export. So versuchte es zuerst der Militärgouverneur der Erdölprovinz Khuzestan mit dem Versprechen, alle verhafteten Beschäftigten der Erdölindustrie freizulassen und die Sicherheit der Anlagen wieder in die Hände der Arbeiter zu legen („FR", 2.1.79). Als die Arbeiter sich darauf nicht einließen, folgte umgehend der militärische Druck. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion holten Militärkommandos in der Gegend von Abadan und Ahwaz die Ölarbeiter ab, um sie zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen. Außerdem sollen sollen Pakistanis aus Kuhweit und Bahrein zwecks Streikbruch-Arbeiten nach Iran verschleppt worden sein. Die Bildung des Arbeiterrates und seine konsequenten Beschlüsse deuten allerdings darauf hin, daß die Ölarbeiter sich immer besser organisieren und sich nicht so leicht in die Knie zwingen lassen werden.

Es ziehen die Lemuren, mit wütendem Geheul...

Nachdem die Mitarbeiter der Nationalbank schon Ende letzten Jahres bekanntgemacht hatten, daß General Azhari mehrere Millionen Dollar ins Ausland gebracht hatte („FR", 30.1.78), wurde jetzt bekannt, daß der Schah insgesamt Devisen im Wert von 4 Mrd. DM sowie die gesamten Kronjuwelen, auf denen sich z.T. die persische Währung stützt, ins Ausland gebracht hat. Vor zwei Tagen erhielt man deshalb nur noch 38 bis 39 Rial für eine DM, vorher 100!

Anfang Januar wurde der Teheraner Flughafen für einen Tag besetzt und die letzten Familienangehörigen des Schah außer Landes gebracht. In den USA hatte die Schwester des Schahs vorher vier riesige Villen im Wert von 20 Mio. Dollar gekauft. Man kann nur wünschen, daß das Beispiel von Beverly Hills Schule macht und die Schah-Familie nirgends sicher ist.

Noch vor dem Schah hat sich der wohl blutrünstigste aller iranischen Generäle aus dem Staub gemacht. General Oveissi, verantwortlich für das Massaker am blutigen Freitag in Teheran und für das Massaker 1963, begab sich zu einem 6-monatigen Kur-Aufenthalt in die USA. Oveissi hatte vor dem Aschuratag gefordert, die Demonstration nicht zuzulassen, sondern Luftangriffe gegen die Demonstranten fliegen zu lassen, seiner Meinung nach hätte es dann 100.000 Tote gegeben, aber es hätte Ruhe geherrscht.

Nieder mit dem Schah-Regime!
Bestrafung aller Mörder des iranischen Volkes!

Nahost-Kommission

Siehe unsere Berichterstattung auf den Nahost-Seiten 52–54

Siehe unsere Berichterstattung auf den Nahost-Seiten 52–54





Mehr als 2.000 Schah-Gegner versuchten in Beverly Hills (USA) die Villa der Schah-Verwandten zu stürmen. Schwer bewaffnete amerikanische Bullen zerschlugen diesen Angriff mit Hilfe von SAVAK-Agenten (siehe rechtes Bild). Polizeiautos fuhren in die Demonstrantenmenge, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden (siehe oben).

Iran-Solidarität in Hamburg — trotz Polizeiterror

Nach dem brutalen Vorgehen der Hamburger Polizei gegen Teilnehmer und Passanten der verbotenen Anti-Schah-Demonstration am 9.12. (siehe AK 144) meldete die „Bunte Liste" für Samstag, den 16.12. wieder eine Anti-Schah-Demonstration durch die Hamburger Innenstadt an. Auch diese Demonstration wurde mit der provokativen Begründung verboten, daß „Ausschreitungen" wie bei den Demonstrationen am 25.11.78 in Frankfurt und am 9.12. in Hamburg befürchtet werden. Die „Bunte Liste", der KB, die CISNU und andere antifaschistische Gruppen und Menschen waren trotzdem am 16.12. in der Hamburger Innenstadt, um mit Zeitungen, Flugblättern, Parolen etc. über das Mörderregime des Schah aufzuklären. Ein starkes Polizeiaufgebot versuchte diese Agitationsarbeit von ca. 1200 Menschen zu verhindern. Flugblattverteiler wurden mit der Begründung verhaftet, das Flugblatt (des KB) sei von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden (worüber der presserechtlich Verantwortliche bis heute noch keinen Bescheid hat!). Willkürlich festgenommen wurden Personen, die Parolen riefen, die gegen die Verhaftungen anderer protestierten, die die Polizeieinsätze fotografierten und auch völlig unbeteiligte Passanten.

Insgesamt sind 126 Festnahmen bekannt geworden, darunter zwei Vorstandsmitglieder der „Bunten Liste". Die Festgenommenen wurden in die Polizeikaserne Wandsbek gebracht und dort teilweise bis in den späten Abend festgehalten. 7 Festgenommene wurden erkennungsdienstlich behandelt. Allen Festgenommenen wird zumindest „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" vorgeworfen, was schon von daher absurd ist, da es zum Zeitpunkt des allergrößten Teils der Festnahmen nicht einmal den Versuch einer Demo gegeben hat. Gut organisiert und für die Polizei völlig überraschend kam um 15 Uhr 30 eine spontane Protestdemonstration zwischen Alsterhaus und Gänsemarkt mit ca. 500 Beteiligten zustande. Diese Demo löste sich noch vor Eintreffen der Polizeikräfte auf, sodaß hier niemand festgenommen wurde!

Aufgrund der massiven Polizeiübergriffe vom 9. und 16.12. forderte die „Bunte Liste" in einer Presseerklärung die Einsetzung eines „parlamentarischen Untersuchungsausschusses", der die tatsächlichen Vorgänge (z.B. Zusammenknüppeln zahlreicher „Demonstranten" und auch völlig unbeteiligter Passanten) mit den Darstellungen der Polizeiführung konfrontieren und die Öffentlichkeit darüber umfassend informieren soll. Unabhängig vom Zustandekommen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses will die „Bunte Liste" – auch für die Vorbereitung eventuell folgender Prozesse – selbst einen Ermittlungsausschuß einsetzen.



2.500 demonstrierten am 20.12.

Da die Demonstrationen vom 9. und 16.12. auch mit der Begründung des „verkaufsoffenen Sonnabends" verboten worden waren, meldete die „Bunte Liste" für Mittwoch, den 20.12., wieder eine Anti-Schah-Demonstration an, um auch den Menschen eine Gelegenheit zum öffentlichen Protest zu geben, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht bereit sind „illegal" zu demonstrieren.

Daß 2.500 Menschen zu dieser Demonstration kamen, also 1.000 mehr als an den beiden Sonnabenden, zeigt die Richtigkeit dieser Überlegung. Die Demonstration, zu der Bunte Liste und CISNU aufgerufen hatten, führte durch die Hamburger Innenstadt und endete mit einer fast einstündigen Abschlußkundgebung auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz. Als erster Redner hielt der oppositionelle iranische Schriftsteller und Mitglied der CISNU, Bahman Nirumand, eine mitreißende Rede über die Situation im Iran, die Strategie des Imperialismus und das Verhalten der Linken (siehe Abdruck in diesem AK). Nach dem Bunten-Liste-Vorstandsmitglied Christel Hellmann sprach noch Wolf Biermann zu den Versammelten und stellte dabei fest, daß es beschämend sei, daß in einer 2 Millionen-Stadt wie Hamburg nur 2.500 bereit sind, sich sichtbar mit den Volkskämpfen im Iran zu solidarisieren. Mit der Bemerkung ‚es ist gut, daß wenigstens wir da sind', stimmte er sein Lied „Ermutigung" an.

Für Samstag, den 23.12., hatte eine Aktionseinheit aus KBW, „KPD" und Spontis auch eine Anti-Schah-Demo angemeldet, die wiederum verboten wurde. Wie schon am Sonnabend davor versuchte ein massives Polizeiaufgebot (in der gesamten Innenstadt patroullierten Polizeitrupps, die sich ständig Flugblattverteiler oder Parolenrufer herausgriffen) jeglichen Protest im Keim zu ersticken. Insgesamt soll es laut „Welt" 77 Festnahmen gegeben haben.

Die Vorgänge vom 9., 16. und 23.12. in Hamburg haben erschreckend deutlich gezeigt, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung in diesem Land willkürlich außer Kraft und mit massiver Polizei-Gewalt unterdrückt wird. *„Daß sich diese Dinge ausgerechnet zu einem Zeitpunkt abspielen, wo Bürgermeister Klose mit ‚Liberalisierungs'- oder gar, Stamokap'-Sprüchen vor allem bei der Jugend ein besseres Profil für die SPD zu gewinnen versucht, ist sehr lehrreich: Immer, wenn die herrschenden Parteien ein ‚neues Demokratieverständnis' zur Schau stellen, werden in der Praxis nur umso rigoroser demokratische Rechte und Freiheiten abgebaut"* aus einer Pressemitteilung der „Bunten Liste" vom 16.12.78).



Demonstration am 20.12.78 in Hamburg (Bild unten). Nur wenige Tage zuvor (am 16.12.) wurde das Vorstandsmitglied der „Bunten Liste" J. Reents „verhaftet" (Bild oben).

Frankfurt

Seit den Ereignissen in der Innenstadt sind besonders vom linkssozialdemokratischen Lager mehrere kleinere Veranstaltungen organisiert worden. Fast 200 Besucher kamen zu einer Veranstaltung der Falken. Hauptsächlich mobilisiert wurde von Persern, DKP und dem Falken-Ortsverband Frankfurt-Industrie. Das SPD-MdB Coppik aus Offenbach forderte die Bundesregierung auf, die Unterstützung des Schah einzustellen und die Opposition zu unterstützen.

Zwei weitere kleinere Veranstaltungen wurden von den Jusos und dem SB getragen. Eine Veranstaltung widmete sich den aktuellen Ereignissen im Iran. Die andere hatte die religiöse Bewegung zum Thema. Der neben anderen auf dem Podium sitzende Karsten Voigt erklärte, er würde sich nur dann gegen ein Verbot der CISNU aussprechen, wenn diese auf gewalttätige Auseinandersetzungen à la Frankfurt verzichtet.

Verschiedene Sponti-Linke planen für den 18.1. eine Veranstaltung unter dem Motto: Revolution und Konterrevolution in Persien — und die Haltung der westdeutschen Linken zum Internationalismus. Zur Vorbereitung sind AE-Gespräche geplant.

Zu erwähnen ist noch eine Unterschrifteninitiative des Iran-Komitees an der FHS. Unter der Überschrift „Ausweisung = Todesurteil" unterzeichneten über hundert Einzelpersonen und Gruppen aus der südhessischen Region eine Resolution, die sich gegen die drohenden Ausweisungen richtet. Die „Frankfurter Rundschau" lehnte diese als Anzeige geplante Veröffentlichung mit der Begründung ab, die Aussage „Ausweisung = Todesurteil" sei sachlich falsch.

Nach Berichten aus Frankfurt

Bremen: Breite Unterstützung für Iran-Demonstration

Etwa 2.000 Teilnehmer nahmen in Bremen an der Iran-Solidaritätsdemonstration teil. Der Aufruf wurde von einem sehr breiten Unterstützerkreis getragen, zu dem u.a. zahlreiche Ausländergruppen, Frauengruppen, die Falken, die Judos, der KB, der Delegiertenrat der BBA gehörten, zuletzt hatte sich auch der AStA der Uni Bremen (getragen von MSB, SHB und Jusos) zu einer Beteiligung entschlossen.

Mit zu der breiten Mobilisierung hat die Tatsache beigetragen, daß ein Ausweisungsverfahren gegen den Bremer Studenten Ahmad Tavakkoli bis zur Demonstration vom Gericht über drei Tage verschleppt worden war. Der iranische Genosse Ahmad war von der Polizei während der Frankfurter Demonstration festgenommen worden, dies so, daß er sich dabei eine Schädelprellung zuzog. Es wird ihm vorgeworfen, daß er mit Steinen geworfen habe. Ohne diese Vorwürfe, die er selbst bestreitet, gerichtlich untersuchen zu lassen, wurde die sofortige Ausweisung verfügt. Dazu heißt es in der Verfügung vom Stadt- und Polizeiamt: *„Die BRD kann nicht zulassen, daß Konflikte in anderen Ländern auf ihrem Boden mit gewaltsamen Mitteln ausgetragen werden ... Außerdem soll Ihre Ausweisung andere Ausländer davor warnen, bei Demonstrationen Gewalt anzuwenden, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, ebenfalls ausgewiesen zu werden. Dieser generalpräventive Zweck unserer Maßnahme ist für den Ablauf künftiger Demonstrationen von großer Bedeutung."* Bislang wurde die Abschiebung noch nicht vollzogen, als Grund werden „ungeklärte politische Verhältnisse im Iran" angegeben.

Geplant ist jetzt der Aufbau eines Iran-Solidaritäts-Komitees, ein Aufruf dazu soll an alle Unterstützer der Demonstration gehen.

Nach Berichten aus Bremen

Marburg

Auch diese Stadt gehört mit zu den Zentren der Iransolidarität in der BRD. Bis zu den Ferien gab es einen regelmäßig arbeitendes Iran-Komitee, an dem sich im Durchschnitt 50 Leute beteiligten. Auf Initiative des Komitees wurde auf einer Uni-VV (die dritte zum Thema Iran) versucht, eine Resolution unter den politischen Gruppen zu vereinheitlichen. Vor allem auch bei denen, die im Iran-Komitee nicht mitarbeiten (Jusos, MSB, SHB, MG). Die Resolution wendete sich gegen die praktizierte Einschränkung des Demonstrationsrechts und die drohende Verschärfung des Ausländerrechts. Erst nachdem die Jusos die Resolution unterstützten, schlossen sich die Revis an, so daß sie einstimmig von über 1.000 Teilnehmern angenommen wurde. Gleichzeitig wurde eine weitere Demonstration beschlossen zu der 700 Personen kamen. Dabei mobilisierte das Iran-Komitee über die Hälfte der Demonstranten.

Auf der Abschlußkundgebung distanzierte sich der MSB von den „Provokationen" einiger Gruppen auf der Demonstration in Frankfurt. Ebenso verteidigte er in einer Stellungnahme den Wirtschaftshandel der Ostblockländer mit dem Schah-Regime als konsequent antiimperialistische Tat und stellte gegenüber Kritikern der sowjetischen Außenpolitik die alt bekannte These auf, daß „Antisowjetismus nicht dem iranischen Volk nützt".

Nach einem Bericht aus Marburg

Iran-Solidarität in Bochum

Mitte Dezember lud die ESG-Bochum zu Aktionseinheitsverhandlungen für eine Iran-Demonstration ein. In dem Einladungsschreiben hieß es u.a.: *„Tausende von Toten, die in den letzten Wochen bei Demonstrationen im Iran erschossen wurden, rufen in der BRD zur Zeit wenig sichtbare Empörung hervor, noch weniger ist vorhandene Empörung bisher praktisch sichtbar geworden in aktiver Solidaritätsarbeit, sieht man einmal von der Frankfurter-Iran-Demonstration ab. Der Mangel ist erschreckend. Es scheint, als seien Ihr Einsichten, die schon 1967 bei den Anti-Schah-Demonstrationen Allgemeingut waren — daß nämlich Unterdrückung und Ausbeutung im Iran unmittelbar mit imperialistischer Politik, speziell mit der Politik der Bundesregierung zu tun haben — wieder verlorengegangen. Mindestens sind diese Einsichten und damit praktische Konsequenzen weitgehend überlagert von Resignation und mangelnder Zuversicht in die Wirkungsmöglichkeit internationaler Solidarität.*

Das Regime von Schah und Militär ist reif zum Sturz — und trotz aller Schwierigkeiten sind wir der Meinung, daß in dieser Situation Demonstrationen und Aktionen in den imperialistischen Ländern nicht völlig unnütz sind: ..."

Auf dem Treffen wurde beschlossen, am 13.1.79 eine Demonstration in der Bochumer Innenstadt durchzuführen. Die Demonstration ist bereits von der ESG angemeldet. Zur Zeit wird die Demonstration getragen von:

Conföderation Iranischer Studenten
Basisgruppen
Evangelische Studentengemeinde
Süd-Ost-Asien-Gruppe in der ESG
Generalunion Arabischer Studenten
Studentenföderation der Türkei in der BRD
Arbeiterföderation der Türkei in der BRD
Mir Chile
Kommunistischer Bund
Kommunistische Gruppe Bochum/Essen
KPD/ML und Rote Garde
Kommunistischer Bund Westdeutschland
KB-Genossin aus Bochum

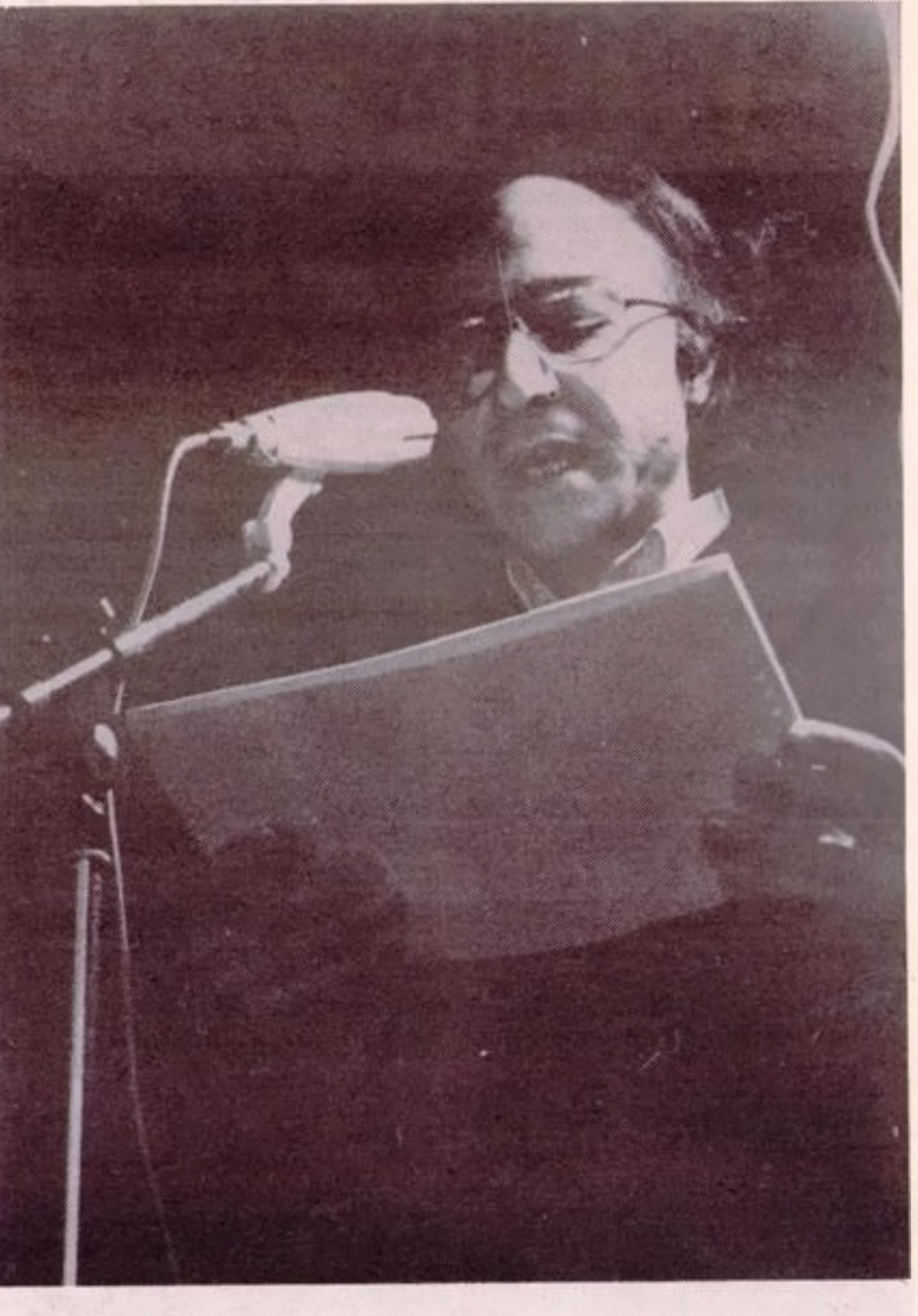
West-Berlin

Mit am weitesten entwickelt ist die Iransolidarität in Westberlin. Nach einem mißglückten Versuch am 10.12.78 beteiligten sich am 17.12. gut 6.000 Personen an einer Anti-Schah-Demonstration. Diese von der CISNU angemeldete Demonstration konnte ohne Auflagen durch die Innenstadt geführt werden. Dies war die seit Jahren größte Internationalismus-Demonstration in Westberlin. Etwas magerer dagegen fiel ein Fest anläßlich des 11. Jahrestages der PFLP aus (etwa 500 Besucher). Dieses Fest stand unter dem besonderen Zeichen der Iransolidarität.

Im Gegensatz zu anderen Städten, in denen die Solidaritätsarbeit nach einzelnen Aktionen vorübergehend zum Stillstand gekommen ist, hat sich in Westberlin ein Koordinationskomitee „Solidarität mit dem iranischen Volk" gebildet. Neben der CISNU, Einzelpersonen, Spontis, Anarchos, Langer Marsch beteiligten sich auch KB, KBW, KAB,„D" an diesen Treffen. Die Vorstellungen des Komitees sind sehr vielseitig. So gibt es eine AG Öffentlichkeit, welche Iran-Infos herausgibt und derzeit eine Anzeige mit entsprechender Unterschriftenkampagne für die „Frankfurter Rundschau" vorbereitet. Ende Januar ist eine Solidaritätswoche mit einem Wochenendseminar zur Diskussion weitergehender Fragen geplant. An dieser Solidaritätswoche will sich auch eine iranische Frauengruppe beteiligen.

Schon auf einer früheren Veranstaltung wurde von einem FU-Professor der Vorschlag eines zu bildenden Iran-Tribunals gemacht. Zwecks Verbreiterung dieses Vorschlages will sich das Komitee an die Russell-Peace-Foundation wenden. Vom Schriftsteller Baham Nirumand wird diese Idee unterstützt.

Rede von Bahman Nirumand am 20.12.78 in Hamburg



„...Es ist aber ein Irrtum, wenn die kritische Linke hier glaubt, bei ihrem nationalen Kampf auf internationale Aspekte verzichten zu können; ebenso ist es ein Irrtum zu glauben, daß die Unterstützung des Kampfes anderer Völker gegen Tyrannei und Despotie ohne Belang wäre. Für uns bedeutet jeder auch selbst nur geringe Protest nicht nur eine Ermutigung der Opposition im In- und Ausland; er dient auch real zur Schwächung des Schahregimes auf internationaler Ebene. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß das Schahregime sich nur noch durch die Hilfe von außen halten kann, dann bedeutet jede Schwächung dieser Hilfe zugleich einen direkten Schlag gegen das Regime ... "

Als der Schah von Amerikas Gnaden 1963 die sogenannte „Weiße Revolution" ankündigte, legte er sich den Nimbus eines Volkskaisers zu. Plakate zeigten ihn nun nicht mehr in der mit Orden besäten Galauniform des Oberbefehlshabers der Armee, sondern in Zivil, mit einer brennenden Fackel in der Hand, gleichsam aus den Wolken zu den armen iranischen Bauern herabsteigend. Die Bilder des Kaisers und seiner heiligen Familie schmückten sämtliche Amtsstuben, Schulen, Universitäten, Kasernen und die meisten Geschäfte des Landes. Über diesen Bildern standen die Worte Gott, Kaiser, Vaterland, wobei das Wort Kaiser zwischen den beiden anderen Worten und über ihnen stehend, die Bedeutung des Königs der Könige, Sonne der Arier, seine Autorität und seine uneingeschränkte Macht über Millionen Untertanen unterstreichen sollte. Auf den wichtigsten öffentlichen Plätzen der Städte standen seine Statuen in der Pose des alles beherrschenden Regenten.

Bilder und Plakate sind inzwischen verbrannt, die Statuen vom Sockel gerissen. Die Sonne der Arier steht kurz vor ihrem Untergang. Die Schreckensherrschaft des übermächtigen Kaisers ist zusammengebrochen. Hubschrauber und Maschinengewehre können die bereits verlorene Macht des Despoten nicht mehr zurückgewinnen. Der Ruf Morg bar Schah, Tod dem Schah, hallt durch das ganze Land bis in die entlegendsten Dörfer. Das Maß ist voll, Millionen fordern den Sturz dieses korrupten Henkerregimes.

Was im Iran in den letzten Monaten und vor allem seit dem Beginn

Was im Iran in den letzten Monaten und vor allem seit dem Beginn
des Trauermonats sich ereignet hat, ist ohne Beispiel. Dieser Befreiungskampf läßt sich mit keinen bisher bekannten Revolutionskonzepten vereinbaren. Obwohl die Massen, die 25 Jahre lang unter einer faschistischen Diktatur zu leben hatten, kaum über Kampferfahrungen verfügen, politisch nicht geschult sind, und der überragende Teil von ihnen unorganisiert ist, sind ihre Forderungen so durchdacht, ihre Aktionen so phantasiereich und ihre Kampfdemonstrationen so diszipliniert, daß sie jede straff organisierte Partei vor Neid erblassen lassen. Es ist z.B. unvorstellbar, wie die Bevölkerung, trotz der seit Monaten andauernden Streiks und Schließung des Bazars und der Geschäfte, die Versorgung organisiert. An einigen Orten spielt das Geld keine Rolle mehr. Bewohner verschiedener Stadtteile haben gemeinsame Kassen und Lebensmittellager eingerichtet. Um die Verletzten nicht in staatliche Krankenhäuser einzuliefern, wo sie leicht von SAVAK-Beamten identifiziert werden könnten, sind in Privathäusern provisorische Krankenlager eingerichtet worden. Hier arbeiten streikende Ärzte und Krankenschwestern. Im Norden des Landes, wo sich drei kleinere Städte gänzlich in der Hand der Bevölkerung befinden, untersteht das gesamte öffentliche Leben, die Aus- und Einfuhr von Personen und Waren der Selbstkontrolle der Bevölkerung. Die auf diese Weise zunehmende Solidarität der Bürger untereinander stärkt umso mehr den Kampfwillen des Einzelnen. Und gerade diese Entschlossenheit ist die unzerstörbare Waffe, die das Volk den Panzern und Maschinengewehren des Schahs entgegensetzt.

Mit der Einberufung der Militärregierung am 5. November und der Drohung des Oberbefehlshabers der Armee, ohne Vorwarnung auf jeden Demonstranten zu schießen, glaubte der Schah, das Volk zum Nachgeben zwingen und die lang ersehnte Friedhofsruhe wiederherstellen zu können. In Teheran besetzten die Militärs alle strategisch wichtigen Plätze und Gebäude, Rundfunk und Fernsehen wurden von Offizieren übernommen. Die totale Zensur der Presse wurde wieder eingeführt, nachdem sie einige Tage lang unter dem Druck streikender Journalisten halbherzig aufgehoben worden war. Der Schah, der 25 Jahre lang dem Volk seine brutale Diktatur aufgezwungen, die Wirtschaft ruiniert und das Land in totale Abhängigkeit vom Ausland gebracht hatte, behauptete in seiner Fernsehansprache vom 6. November, er werde von nun an gemeinsam mit dem Volk gegen die Diktatur, Korruption und Mißwirtschaft kämpfen und das Land vom Einfluß ausländischer Mächte befreien! Dieser Anbiederungsversuch hinderte ihn jedoch nicht daran, den bereits vor Jahren erklärten Krieg gegen das iranische Volk umso massiver fortzusetzen. Das Volk ließ sich aber davon nicht abschrecken. Die Streiks in den Fabriken und allen voran in der Ölindustrie wurden auch nach der Einberufung der Militärregierung fortgesetzt, in den meisten Städten und in vielen Dörfern blieben weiterhin die Geschäfte geschlossen. Untere Beamte der Verwaltung und Angestellte privater Gesellschaften verweigerten den Dienst. Trotz des massiven Drucks konnte die Militärregierung nur einige Schulen für zwei Tage wieder öffnen. Da aber der Unterricht mangels Lehrer und Schüler nicht stattfinden konnte, oder einige Schulen sich zu zusätzlichen Kampfplätzen gegen das Regime verwandelt hatten, erklärte die Regierung – angeblich aus Sorge um das Leben der Kinder und Jugendlichen – sämtliche Schulen für die nächsten drei Wochen für geschlossen. Der Lehrbetrieb an den Universitäten ist ohnehin aufgrund des Streiks der Studenten, Professoren und Angestellten seit mehreren Monaten eingestellt. Der Streik der Eisenbahner und des Flughafenpersonals hat den gesamten Verkehr lahmgelegt. Die militanten Aktionen bewaffneter Organisatio-

Flughafenpersonals hat den gesamten Verkehr lahmgelegt. Die militanten Aktionen bewaffneter Organisatio-
nen und Gruppen versetzen dem Regime und vor allem seinen Militär- und Polizeikräften empfindliche Schläge.

Mit dem Beginn des Trauermonats hat nun der Volksaufstand seinen Höhepunkt erreicht, und die Bewegung ist in ihre entscheidende Phase eingetreten. Als die Regierung die seit dem 8. September bestehende Ausgangssperre um 3 Stunden, d.h. von 9 Uhr abends bis fünf Uhr morgens verlängerte, verließen am Freitag, dem 1. Dezember Zehntausende in Teheran und einigen anderen Städten ihre Häuser. Gleichzeitig erklärten die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke, sie würden bei dem ersten Schuß auf die Bevölkerung in Streik treten. Als die Armee, ungeachtet dieser Drohung, ihren Angriff auf die Demonstranten startete, gingen in Teheran, Isfahan und einigen anderenStädten die Lichter aus. Eine tiefe Dunkelheit beherrschte die Städte. Von allen Dächern, Strassen und Gassen war der Ruf, 'Tod dem Schah', zu hören. Panzer und Maschinengewehre schossen blind durch die Gegend. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Das amerikanische Fernsehen hat von 30 000, der Teheraner Rundfunk von sieben Toten gesprochen.

Am 10. und 11. Dezember haben die Führer der iranischen Opposition die Bevölkerung zu einer Volksabstimmung über das weitere Schicksal des Landes aufgerufen. In einer 4 1/2 Millionen Stadt wie Teheran kamen über zwei Millionen auf die Straße, im ganzen Land waren es über 15 Millionen, die einstimmig und mit aller Entschlossenheit den Sturz des dem Volk aufgezwungenen Regimes und die freie Wahl einer Volksregierung forderten. Wenn man dabei berücksichtigt, daß etwa 40 % der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist, und all die Bewohner entlegener Landgebiete und ältere Menschen ohnehin nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten, und wenn man bedenkt, daß die Teilnahme an dieser Volksabstimmung unter Lebensgefahr erfolgte, dann muß man feststellen, daß es sich hier um die Praktizierung einer Demokratie gehandelt hat, von der all die Länder, die sich demokratisch nennen, nur träumen können. Aber der Demokrat und Menschenfreund Carter nennt diese Millionen Schurken. Man muß fragen, wer eigentlich der Schurke ist? Etwa diejenigen, die gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung aufgestanden sind, oder die, die sich auch nach dieser Willensbehandlung des iranischen Volkes hinter den Henker von Teheran stellen. Wo die Interessen einer Handvoll Kapitalisten im Spiel sind, da hören offenbar die verbalen Bekenntnisse zu Demokratie und Menschenrechten auf, da tritt die Verlogenheit und Scheinheiligkeit offen zu Tage. Das ewige Grinsen erstarrt auf den Lippen des Erdnußverkäufers, ein tausendfacher Mörder wird zum Menschenfreund erklärt und Millionen Menschen, die beim Einsatz ihres Lebens ihre elementarsten Rechte wahrnehmen wollen, werden als Schurken bezeichnet. Woher nimmt sich dieser Präsident eigentlich das Recht zu bestimmen, wer unser Land regieren soll? Ist das die Bedeutung dessen, was die sogenannte freie Welt unter Demokratie versteht?

Es wird behauptet, daß es sich bei dem Volksaufstand im Iran um reaktionäre Moslems handelt, die, wie es heißt, das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Dabei verschweigt man wider besseres Wissen, um wen es sich bei den Aufständischen handelt. Es sind Bauern, die durch die sogenannte Landreform ruiniert worden sind, Arbeiter, die mit einem Hungerlohn ihr Dasein fristen müssen, Slum-Bewohner, die aus ihren Dörfern vertrieben worden sind, Händler und Kleinproduzenten, die durch Einfuhr ausländischer Waren ihre Existenz bedroht sehen, untere Beamte, Lehrer, Studenten und Schüler, die durch die alles beherrschende Diktatur nicht nur ökonomisch ausgebeutet, sondern auch politisch unterdrückt werden, und

schende Diktatur nicht nur ökonomisch ausgebeutet, sondern auch politisch unterdrückt werden, und
es sind schließlich Schriftsteller, Journalisten und Künstler, die unter der totalen Zensur der Meinungsäußerung und Berichterstattung zu leiden haben. Das Volk wehrt sich gegen den Ausverkauf des Landes an das internationale Monopolkapital, gegen die Vergeudung und Verschwendung der Rohstoffe und nationalen Reichtümer, gegen den Kauf von Waffen in Milliardenhöhe, gegen den unsinnigen Bau von Atomkraftwerken, in einem Land, das täglich 6 Millionen Barrel Öl ausführt.

Wer unter den Millionen, die gegen Unterdrückung, Unrecht und Ausbeutung aufgestanden sind, will nun eigentlich das Rad der Geschichte zurückdrehen? Wenn die Religion hier eine Rolle spielt, und sie spielt tatsächlich eine wichtige Rolle – so, wie sie in Lateinamerika eine sehr wichtige Funktion hat – dann sind es ihre sozialen und politischen Aspekte, die den unzufriedenen, ruinierten, erniedrigten und beleidigten Massen als Argument gegen die Mißwirtschaft dienen. Die Religion ist eben das geistige und kulturelle Instrument, das großen Teilen der Bevölkerung zur Verfügung steht, mit dem sie ihren Klassenkampf führen. Je länger dieser Kampf gegen Despotie, Unterdrückung und Ausbeutung geführt wird, desto schneller wird die religiöse Schale und Sprache einer deutlicheren und direkteren Sprache der Klasseninteressen Platz machen. Sicherlich gibt es unter dem religiös orientierten Teil der Bewegung konservative Strömungen und reaktionäre religiöse Führer, die auf dem Feuer der iranischen Revolution ihr Süppchen kochen wollen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei der Bewegung im Iran trotz der religiösen Schale um einen Klassenkampf handelt, der nach dem Sturz des Regimes in- und außerhalb der religiös orientierten Bewegung fortgesetzt wird. Bewußt oder unbewußt ist die Religion für die Massen in erster Linie ein Gewand, unter dem sich ihre sozialen und politischen Interessen verbergen. Vor allem nach dem Beginn der Streiks der Arbeiter und Angestellten wird kein Beobachter der iranischen Szene daran zweifeln, daß es sich bei dem Volksaufstand nicht um einen Glaubenskrieg handelt. Anders wären die Forderungen der kämpfenden Massen nicht zu verstehen.

Ist das religiöser Fanatismus, wenn der Sturz eines korrupten Henker-Regimes, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Presse und Rede, Auflösung des nicht vom Volk gewählten Parlaments, Auflösung des mörderischen Geheimdienstes SAVAK, Freilassung aller politischen Gefangenen u.a.m. gefordert werden?

Es wird u.a. behauptet, daß sich die Bewegung gegen die Emanzipation der Frauen richte. Tatsache ist, daß noch nie in der iranischen Geschichte so viele Frauen am politischen Kampf und an der Bestimmung des Schicksals ihres eigenen Volkes teilgenommen haben. Allein in Teheran waren am 7. September

mung des Schicksals ihres eigenen Volkes teilgenommen haben. Allein in Teheran waren am 7. September
mehr als 200.000 Frauen an der Demonstration beteiligt. Warum, fragt man sich, sind auf einmal so viele verschleierte Frauen auf den Straßen zu sehen?

Der Vater des jetzigen Schah hatte den Frauen den Schleier mit Gewalt vom Kopf reißen lassen. Was wurde nun dieser traditionellen Kleidung entgegengesetzt?

Das den Iranern zur Selbstidentifikation vorgesetzte Bild spiegelt in aufdringlichen, oberflächlichen und verführerischen Farben nicht die aus der eigenen Tradition entwickelten, sondern importierte europäisch-amerikanische Züge. Die Physiognomie taucht nicht nur hinter bläulichen Scheiben auf den Rücksitzen amerikanischer Straßenkreuzer auf, grinst nicht nur als Scheriff und Mannequin über Leinwand und Mattscheibe oder als Strip-Star durch die Morgenstunden dämmrig-feudaler Enklaven der Geldaristokratie, sondern sie liegt wie eine giftige Dunstglocke über dem ganzen Land und zieht als tödlicher Tumor in das Bewußtsein der Massen ein. Es entsteht allmählich ein heterogenes Bewußtsein, das – außerstande, sich selbst zu erkennen, zu den angebotenen Waren greift und in der von der Reklame, den Kinos und Massenmedien propagierten Scheinwelt Zuflucht sucht. In eben dieser Scheinwelt wird den Frauen ihre Rolle zugewiesen. Hübsch herausgeputzt sollen sie als tüchtige Hausfrauen, Lustobjekte und Konsumenten der Kosmetik- und Textilindustrie fungieren. Die Reise in diese Scheinwelt ist der direkte Gang zum falschen Bewußtsein, einem Bewußtsein, das den Willen zum Kampf lähmt. Sie ist die Droge, die in den unterentwickelt gehaltenen Ländern den Massen verabreicht wird, damit sie für die neuen und intensiveren Formen imperialistischer Ausbeutung gefügig werden.

Gewiß deutet der Schleier auf eine Tradition, die sich mit der industrialisierten Welt nicht vereinbaren läßt. Irgendwann werden die Frauen, nicht durch Gewalt der Herrschenden, sondern aufgrund ihres veränderten Bewußtseins ihn ablegen müssen. Wenn der Schleier aber die Absage an die importierte Scheinwelt und die Besinnung auf die eigene Geschichte symbolisiert, in deren Kontinuität ja nur eine wirkliche Emanzipation erfolgen kann, und wenn der Inhalt dieser Kontinuität aus dem Kampf gegen jene Mächte besteht, die sich gerade dieser Emanzipation entgegenstellen, dann können nicht wir, sondern nur die Imperialisten und andere Feinde unseres Volkes darüber Zeter und Mordio schreien. Die Abertausende von Frauen, die dem Regime den Kampf angesagt haben, sind zum größten Teil Lohnabhängige und Frauen, die aus den armen Schichten der Bevölkerung stammen, und – ob mit oder ohne Schleier – sie gehören zu einer entscheidenden Kraft der iranischen Revolution.

Abgesehen von alle dem hat der Schleier auch für diejenigen, die ihn sonst nicht tragen, handfeste Vorzü-

iranischen Revolution.

Abgesehen von alle dem hat der Schleier auch für diejenigen, die ihn sonst nicht tragen, handfeste Vorzü-
ge. Unter dem Schleier lassen sich nicht nur Menschen, sondern auch Flugblätter, Bücher, Photoapparate, Filmkameras und nicht zuletzt Waffen vor den Augen des Geheimdienstes verbergen. Es waren zumeist Frauen, die die Kampfdemonstrationen des Volkes und Brutalitäten der Schaharmee auf Photos und Bildern dokumentiert haben. Im ganzen Land verteilen Frauen täglich Abertausende von Flugblättern. Viele bewaffnete Aktionen wären ohne Frauen undenkbar. Ich meine, daß dieser Kampf den eigentlichen Prozeß der Emanzipation bildet und nicht die Nachahmung der importierten, imperialistischen Zivilisation.

Es ist also eine Lüge, wenn der mutige Kampf eines Volkes gegen ein faschistisches Regime, der Kampf um politische und soziale Emanzipation, als religiöser Fanatismus dargestellt wird.

Und diesem Kampf konnte weder durch das Blutbad vom 8. September, noch durch die Einberufung einer Militärregierung und den Mord an tausenden von unschuldigen Menschen Einhalt geboten werden.

Auch wenn der „Menschenfreund" Carter den Schah als den „besten aller USA-Freunde" bezeichnet, bei dem es sich lohne, Ratschläge zur Verteidigung der 'Menschenrechte einzuholen, und ihm am Tag nach dem Massaker in einem Telefongespräch offen seine Unterstützung anbietet, auch wenn der chinesische Vorsitzende Hua-Kuo-Feng zu einem Bittgang vor dem Pfauenthron kniet und in einem persönlichen Telegramm an den Schah ihm zu seiner Heldentat vom 8. September beglückwünscht, auch wenn die Schwester des Schahs, die 1953 den CIA-Putsch gegen Mossadegh mitinszeniert hat, in den kritischen Tagen nach Moskau reist, um sich der sowjetischen Unterstützung bei dem Völkermord im Iran rückzuversichern, auch wenn Herr Honecker dem Henker von Teheran eine freundliche Einladung schickt, um als Stellvertreter für den Ostblock ihm Schützenhilfe zu leisten, wenn auch der Schah die Ehrendoktorwürde in der CSSR erhält und wenn auch die bundesrepublikanischen und japanischen Imperialisten mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln versuchen, das

Fortsetzung auf Seite 7

Schahregime am Leben zu erhalten – das Schicksal des Regimes wird letztendes nicht in Washington, Moskau, Peking, Bonn oder Ostberlin entschieden, sondern in Teheran, Ghom, Täbriz und Abadan.

Bürger von Hamburg, Genossinnen und Genossen,

während das Massaker im Iran den Beifall der Herrschenden in Ost und West gefunden hat, löste es unter den Demokraten und Antifaschisten in aller Welt eine Welle von Protesten aus. Jedoch haben diese Proteste noch nicht jene Heftigkeit und Schärfe erreicht, die notwendig wäre, um die Regierenden in den imperialistsichen Ländern zu einer anderen Politik zu zwingen. In der Bundesrepublik beginnt allmählich, wenigstens unter den Linken, das Engagement, das in diesen für unser Volk so wichtigen Momenten, zur Unterstützung des Befreiungskampfes im Iran notwendig wäre. Jedoch ist eine aktive Solidarität, die wir im Juni 1967 beim Schah-Besuch in der BRD und Westberlin erfahren haben, eine Solidarität, die uns alle damals und in den Jahren danach eine breite Front gegen den Faschismus und Imperialismus bilden ließ, noch nicht erreicht. Die berechtigte Kritik an den abstrakten Momenten der damals aktuellen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern, die durchaus legitime Rückbesinnung auf persönliche und nationale Probleme und die Sorge um die eigene Umwelt, scheinen noch bei vielen die nach wie vor notwendige Solidarität mit dem Kampf anderer Völker hinweggewischt und in Vergessenheit gebracht zu haben. Es ist aber ein Irrtum, wenn die kritische Linke hier glaubt, bei ihrem nationalen Kampf auf internationale Aspekte verzichten zu können; ebenso ist es ein Irrtum, zu glauben, daß die Unterstützung des Kampfes anderer Völker gegen Tyrannei und Despotie ohne Belang wäre. Für uns bedeutet jeder auch selbst nur geringe Protest nicht nur eine Ermutigung der Opposition im In- und Ausland; er dient auch real zur Schwächung des Schahregimes auf internationaler Ebene. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß das Schahregime sich nur noch durch die Hilfe von außen halten kann, dann bedeutet jede Schwächung dieser Hilfe zugleich einen direkten Schlag gegen das Regime.

Es ist kein Zufall, daß keine der ernstzunehmenden Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkanstalten in Frank-

tigt, daß das Schahregime sich nur noch durch die Hilfe von außen halten kann, dann bedeutet jede Schwächung dieser Hilfe zugleich einen direkten Schlag gegen das Regime.
Es ist kein Zufall, daß keine der ernstzunehmenden Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkanstalten in Frank-

reich, Italien und in den USA, in den skandinavischen Ländern und anderswo, in denen die schmale Basis der bürgerlichen Freiheit der Presse und Meinungsäußerung halbwegs vorhanden ist, es sich erlaubt, den Schah uneingeschränkt zu verteidigen und die Opposition als religiösen Mob zu bezeichnen. In der BRD und Westberlin werden aber, mit wenigen Ausnahmen, dieselben Lügen verbreitet, die das Regime im Iran verlautbaren läßt. Übrigens kommt die deutsche Gründlichkeit in der DDR noch besser zum Zug. Die offizielle Presseagentur „ADN" und das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" zensieren sogar noch die offiziellen Nachrichten der iranischen Presseagentur.

Es ist auch kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen, nachdem die Bundesregierung durch den Grafen Lambsdorff sich voll hinter den Faschisten Pahlawi gestellt hat, die FAZ, hinter der nach eigenen Angaben ein kluger Kopf steckt, die Ausweisung von „nicht nur zehn oder zwanzig, sondern mindestens von Hunderten" Iranern und das Verbot der CIS/NU verlangt.

Und es ist schließlich kein Zufall, daß der Präsident der TU Berlin sich als Richter aufspielend, der iranischen Opposition im Ausland die elementarsten demokratischen Rechte, das Recht der Meinungsäußerung und der Versammlung abspricht, unter dem Vorwand, dort könnten gesetzeswidrige Parolen wie „Nieder mit dem Schahregime" laut werden. Sind die Herrschenden in der Bundesrepublik und Westberlin schon so weit, daß nicht nur die Justiz und Polizei, sondern sogar der Präsident einer Universität die Forderung nach dem Sturz eines faschistischen Regimes als gesetzeswidrig ansehen? Meinen etwa die Demokraten und Antifaschisten hierzulande, daß dies immer noch eine Angelegenheit der Iraner wäre? Besteht da ein Unterschied zwischen dem Kampf gegen das Verbot der CIS/NU, die Ausweisung iranischer Oppositioneller, Demonstrationsverbote und dem Kampf gegen die Berufsverbote und für die Verteidigung demokratischer Rechte in der Bundesrepublik? Ist etwa der Kampf gegen die Waffenlieferungen der BRD an das Schahregime, die Unterstützung eines Faschisten durch die Bundesregierung immer noch abstrakter Internationalismus? Ich meine, daß es höchste Zeit ist, diese Probleme neu in die Diskussion aufzunehmen.

Baden-Württemberg: Bürgerkriegsmanöver der Polizei gegen Iran-Solidarität

„Das polizeiliche Einsatzkonzept hatte vom Tag der Ankündigung der Anti-Schah-Demonstration an festgestanden: Man wollte Straßenschlachten nach Frankfurter Muster im Ansatz verhindern. ... Dem dort erhobenen Vorwurf, die Polizei sei zu schwach gewesen, wirkte die Mannheimer Einsatzleitung mit der Anforderung mehrerer auswärtiger Hundertschaften, Wasserwerfer, gepanzerter Sonderwagen, Spezialkommandos und Gefangenentransportern in Busformat entgegen" („Mannheimer Morgen", 4.12.

Bürgerkriegsöhnliches Szenario in Heidelbergs Innenstadt

78). Nach diesem Konzept wurde in Baden-Württemberg nach unseren Informationen gegen sämtliche Iran-Solidaritätsaktionen verfahren.

Auftakt war MANNHEIM (wir berichteten im letzten AK ausführlich), es gab 49 Festnahmen. Dabei kam es auch zu Festnahmen von Personen, die offenbar „polizeilich" bekannt waren! (Wie? Wodurch? Bespitzelt?) So schreibt der „Mannheimer Morgen" vom 4.12.: *„Wenig später erkannte eine Kripo-Streife am Rande des Wochenmarktes einen ihr als ‚Drahtzieher' bekannten jungen Mann, der am Abend zuvor heftig für die Durchführung der Demonstration trotz Verbot geworben haben soll."*

In KARLSRUHE wurde die Demon-

Wochenmarktes einen ihr als ‚Drahtzieher' bekannten jungen Mann, der am Abend zuvor heftig für die Durchführung der Demonstration trotz Verbot geworben haben soll."
In KARLSRUHE wurde die Demon-

stration ebenfalls verboten. Dazu aus der Begründung: *„Demonstrationen gleicher Zielrichtung in anderen Städten der BRD in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß die Anti-Schah-Demonstrationen den radikalen Kreisen zuzuordnen sind, die weder vor Sachbeschädigungen noch vor schwersten Körperverletzungen von Polizeibeamten und unbeteiligten Dritten zurückschrecken, sie gehen sogar das Risiko ein, Menschenleben zu gefährden."* Damit wird massivst versucht, jegliche Solidarität mit dem iranischen Volk vorab zu kriminalisieren. Mörder, das sollen jetzt diejenigen sein, die gegen den Massenmord protestieren.

Auch hier war der Platz, wo die Demonstration losgehen sollte, schon vorher von Bullen abgeriegelt. Dazu die „Badische Neueste Nachrichten" vom 21.12.: *„Über die genaue Stärke ihrer Einsatzkräfte ließ die Polizei nichts Genaues verlauten, aber die Karlsruher kamen mit dem Zählen der Einsatzfahrzeuge schier nicht mehr nach."*

Trotzdem hatten sich etwa 50 Antiimperialisten versammelt, die zwei Stunden lang durch die Stadt zogen, sich an verschiedenen Stellen kurz formierten und Sprechchöre riefen. Nach wenigen Minuten waren sofort die Grünen da, die dann aber niemanden mehr fanden. Aus Diskussions-

imperialisten versammelt, die zwei Stunden lang durch die Stadt zogen, sich an verschiedenen Stellen kurz formierten und Sprechchöre riefen. Nach wenigen Minuten waren sofort die Grünen da, die dann aber niemanden mehr fanden. Aus Diskussions-

gruppen wurden etwa zehn bis zwanzig verhaftet, alle wurden zum Polizeirevier gebracht und ED-behandelt.

„Im Keim erstickten sieben Hundertschaften Polizei aus allen Teilen des Landes Baden-Württemberg ... eine nicht genehmigte Anti-Schah-Demonstration in der Innenstadt HEIDELBERGS ...", so schreibt das „Heidelberger Tageblatt" vom 18.12., außerdem spricht es von einem „eher bürgerkriegsähnlichen Szenario" anstatt von einer „vorweihnachtlichen Atmosphäre". Die vom KBW und von der CISNU organisierte Demonstration war von Oberbürgermeister Zundel verboten worden.

Auch hier ging die Polizei davon aus, daß ihr die Rädelsführer längst bekannt sind. So waren an allen wichtigen Zufahrtsstraßen und an sonstigen „strategisch" wichtigen Punkten Polizisten postiert.

„Alle polizeibekannten KBW-Mitglieder, die als Rädelsführer angesehen werden mußten, wurden von Greiftrupps der Polizei gefaßt und in Polizeigewahrsam genommen, um die Bildung von Demonstrationsgruppen von vornherein zu vereiteln" („HD Tageblatt" vom 18.12.).

Insgesamt wurden 61 Personen festgenommen. Laut „ID" vom 22.12.

werden mußten, wurden von Greiftrupps der Polizei gefaßt und in Polizeigewahrsam genommen, um die Bildung von Demonstrationsgruppen von vornherein zu vereiteln" („HD Tageblatt" vom 18.12.).
Insgesamt wurden 61 Personen festgenommen. Laut „ID" vom 22.12.

fand dann doch noch eine friedliche Demonstration statt, weil die Bullen, die bis 14.30 Uhr die Stadt besetzt hatten, dann abzogen.

Am 21.12. versammelten sich etwa 200 Menschen in der FREIBURGER Innenstadt, um gegen das faschistische Schah-Regime zu protestieren. Eine angemeldete Kundgebung war verboten worden — aus der Verbotsbegründung: *„Die am 21.12. vorgesehene Versammlung ist Teil einer konzertierten Aktion, die bundesweit gesteuert ist und gewalttätige Ausschreitungen beabsichtigt. ... Bei der Kundgebung ... muß mit gewalttätigen Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet gerechnet werden. Vor allem wird der für die gewalttätigen Demonstrationen in anderen Städten verantwortliche Kern der Randalierer auch in Freiburg ausgerüstet mit unfriedlichen Demonstrationsmitteln anwesend sein."* Die Polizei hatte mehrere Hundertschaften aufgeboten und insbesondere das KBW-Büro (Anmelder der Kundgebung) hermetisch abgeriegelt.

Als Sprechchöre gegen den Schah gerufen wurden, griffen die Bullen ein. Insgesamt wurden 15 Menschen festgenommen, weil die Bullen sie für „Rädelsführer" hielten oder sie aus „Prozessen" kannten. Die Verhafteten wurden auf die vor der Stadt gelegene Landespolizeidirektion gefahren und dort ohne jede Begründung in Einzelkabinen ca. drei Stunden festgehalten. Die Verhaftung der Anti-Imperialisten erfolgte fast ausschließlich auf Grundlage des baden-württembergischen Polizeigesetzes, wonach eine „Ingewahrsamnahme" bis zu 48 Stunden zur Feststellung der Personalien ohne Angabe von Gründen, ohne das Recht, einen Anwalt zu benachrichtigen, möglich ist. Dieser Passus ist übrigens auch im bundesweiten einheitlichen Polizeigesetz. In Baden-Württemberg wird heute das praktiziert, was bald für das gesamte Bundesgebiet gelten soll.

Trotzkismus Nein danke!

Nachdem es in Hamburg am 9. Dezember erstmals zu einem Demonstrationsverbot (Iran) und zu Protestversuchen

Trotzkismus Nein danke!
Nachdem es in Hamburg am 9. Dezember erstmals zu einem Demonstrationsverbot (Iran) und zu Protestversuchen

trotz Polizei-Aufmarsch gekommen war, wehklagte die trotzkistische GIM in ihrer Zeitschrift „was tun" (14.12.78): *„Natürlich ist in diesem Fall offensichtlicher denn je, wer hier provoziert, wer sich auf Gewalttätigkeit vorbereitet und wer hier geprügelt hat. Dennoch ist es angebracht, Kritik an den Teilnehmern der Aktionen am 9.12. zu üben. Die Taktik gegenüber einem ausgesprochenen Demonstrationsverbot bestimmt sich nach einer einfachen Fragestellung: Kann das Verbot praktisch durchgesetzt werden oder ist das politische Kräfteverhältnis so günstig, daß das Verbot durchbrochen werden kann, ohne daß der eigentliche Sinn und Zweck der Demonstration dabei verloren geht. Der Ablauf des vergangenen Samstag hat eindeutig gezeigt, daß das Verbot in der Tat durchgesetzt werden konnte. Dies war vorhersehbar und man hätte darauf eingestellt sein müssen. Wurde doch damit schon fast ein Ende gesetzt, bevor eine aktive, kontinuierliche und ernsthafte Iran-Solidaritätsarbeit in Hamburg außerhalb der Iran-Exil-Gruppen entwickelt werden konnte: eine frustierende Niederlage, ein perspektivloser Aktionismus, eine unvermittelte Entlarvung von westdeutschem Polizeiterror statt konkreter Solidaritätsarbeit".*

Gezeter dieser Art ist durchaus t y p i s c h für die Reaktion der GIM auf reale Bewegungen — man denke nur an Brokdorf oder an die Bunte Liste. Unfähig, selbst den kleinsten praktischen Beitrag leisten zu können (das ist der GIM nicht einmal vorzuwerfen, sie ist einfach zu winzig), liebt die GIM die Geste des warnend geschwungenen Zeigefingers. Vollständig außerhalb der Iran-Solidaritäts-Aktionen stehend, greint sie darüber, daß die reale Bewegung angeblich perspektivlosen Aktionismus s t a t t Solidaritätsarbeit betreibt. Ihre Phantasie im Aufspüren vorgeblicher Gefahren und aller Arten vermuteter Splitter in den Augen anderer ist schier unerschöpflich.

Der Vollständigkeit halber sei es noch erwähnt: Nicht bloß am 9.12., sondern auch am 16.12. und sogar am 23.12. gab es in Hamburg Iran-Solidaritätsaktionen. Und am 20.12. folgten rund 2.500 Menschen einem Demonstrationsaufruf der Bunten Liste und der CISNU. Die reale Bewegung stirbt nicht an Druckerschwärze — und an der „was tun" schon gar nicht!

Göttinger Jusos haben vorantreibende Rolle in der Iran-Solidarität

Nach der Demonstration am 6.12. (wir berichteten ausführlich in AK 144 darüber), fand in Göttingen ein weiteres AE-Gespräch zur Fortführung der Iran-Solidarität statt. Vereinbart wurde ein Aktionstag mit Kundgebung in der Innenstadt, außerdem ein Teach-In mit dem Film „Nah beim Schah". Zu dem Teach-In kamen etwa 250 Teilnehmer. Darüber hinaus wurde die Bildung eines Iran-Komitees vorgeschlagen. Dies stieß insgesamt auf Zustimmung, die genaueren Vorstellungen sind aber noch nicht ausdiskutiert.

Erfreulich ist, daß die Jusos bei den Aktivitäten eine insgesamt vorantreibende Rolle spielen. Dazu ihre „Selbstkritik" aus der Zeitung der Juso-Hochschulgruppe Göttingen: zunächst mal gehen sie darauf ein, daß die Linke bislang zum Iran nicht viel gesagt oder getan hat: *„Wir schließen uns ausdrücklich in diese Kritik ein. Gerade die Jungsozialisten hätten als Teil der Sozialdemokratie die Aufgabe, innerhalb der Regierungspartei SPD, deren Ministeriale keine Bedenken gegen die Kooperation BRD-Schah hegen, massiv auf einen Kurswechsel zu drängen, dazu beizutragen, daß der BRD-Imperialismus gezwungen wird, seine Marionette Schah unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit fallenzulassen."* Und weiter: *„Die Jungsozialisten sind aufgerufen, die Solidarität mit dem Kampf der iranischen Völker verstärkt zu unterstützen. Daß uns dabei die Solidarität der Bundesregierung mit dem Mörder Schah besonders interessieren muß, ist klar. Sozialdemokraten dürfen nicht dulden, daß mit Argumenten ‚Sicherung der Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum etc.' eine SPD-geführte Bundesregierung das Regime im Iran stützt. Wir als Jusos werden deshalb nicht nur in dem bestehenden Bündnis an der Hochschule, im AStA die Solidarität mit dem Iran weiter unterstützen, sondern uns auch bemühen, in der SPD und bei den Gewerkschaften Unterstützung zu finden."*

So soll es sein!

Nach Berichten aus Göttingen

Leserbrief eines Ausländers in der BRD

2.12.1978, Samstag, 11.30 Uhr, Mannheim.

Ich gehe in Richtung Paradeplatz. Etwas was jeden beeindruckt, was aber in letzter Zeit oft passiert, ist, daß an jeder Ecke, so alle zehn Meter, behelmte Polizisten stehen, die bewaffnet und mit Schlagstöcken ausgerüstet sind. Ein gutdenkender Mensch fragt sich, was heute los ist. Hat es aufgehört, eine Demokratie zu geben, wie man uns das Gegenteil sagt, oder befinden wir uns in einem neuen 1939? In dem Augenblick, wo man Polizisten sieht, die jeden Bürger verhaften, weil er ihnen verdächtig ist, oder weil er bloß eine Fotokamera dabei hat und die seltsamen Dinge fotografiert, die er sieht, und wehe, wenn er Ausländer ist, man nimmt ihm den Film ab, mit einer Gemeinheit und mit einer Unbildung, die das Benehmen der Polizei in Frage stellt.

Ich habe meine Fotokamera, wie so viele andere, und knipse Bilder zur Erinnerung, wenn ich in meine Heimat zurückkehre. Genau in diesem Augenblick, wie Hunde, die den Wolf anfallen, wenn er sich dem Zaun mit den Schafen nähert, umzingeln sie mich und meine Familie. Man verlangt von mir meine Personalien ohne Begründung, und weiter verlangen sie, daß ich ihnen den Film gebe. Sie fragen mich, welcher Nationalität ich angehöre, und als sie sich vergewissert hatten, daß ich ein Fremder war, wurden sie noch barbarischer. Die Leute, die die Szene beobachteten und vor allem junge Leute, ärgerten sich und mißbilligten das.

Es ist natürlich, daß ich mich weigere, den Film zu geben, weil er mein Eigentum ist und weil so viele noch das selbe aufnehmen. Außerdem gibt es keine Tabelle oder Schild, wo draufsteht, daß fotografieren verboten sei. Und weil ich den Film nicht geben will, stoßen sie mit Gewalt meinen Sohn, meine Frau und mich zu ihrem Wagen.

Bevor ich den Film rausrücke, verlange ich eine Rechtsanwalt, damit ich sehe, mit welchen Paragraphen (Gesetzen) die Polizei meinen Film wegnehmen kann. In diesem Augenblick ruft einer dieser höheren Herren ein paar Namen und es versammeln sich ein Dutzend Polizisten um mich und stoßen mich und meinen Sohn mit Gewalt, damit wir zum Wagen gehen. So zwingen sie mich, den Film zu geben, sagen aber, daß sie ihn wieder zurückgeben werden. Sie fingen an, mich zu fragen, warum ich hier in Deutschland bin und nicht in meiner Heimat. Meinen Sohn fragten sie, was er tue, und als er ihnen sagte, er wolle studieren, sagten sie ihm, warum ausgerechnet in Deutschland und nicht woanders. Mein Sohn erwiderte ihnen, da er Europäer ist, habe er das Recht, überall zu studieren, ohne sie vorher zu fragen.

Ich sagte ihnen, daß wir immer zu hören bekämen, daß es in der DDR keine Freiheit gäbe, wobei es hier doch viel schlimmer sei. Darauf erwiderten sie, ich solle doch nach drüben gehen.

Für einen freien Bürger, der über 17 Jahre in der BRD lebt, und mit seiner Kraft für ihren Aufbau mitgeholfen hat, wie so viele Millionen andere Ausländer, habe ich das Recht und den Mut, zu sagen, daß ich mich schäme, in dem Augenblick, wo die Zeit naht für ein vereinigtes Europa (europäisches Parlament).

Die BRD hat es geschafft, so ein Polizeiorgan zu schaffen, daß sich der Bürger fürchtet und kein Vertrauen mehr hat.

Nachdem man mir den Film genommen hat, ließ man uns gehen, und sie sagten mir noch, ich solle in meine Heimat gehen.

Mit diesem Brief danke ich der Zeitung für den Abdruck und seine Veröffentlichung. Den Verantwortlichen in diesem Land möchte ich sagen, daß wir dieses Verhalten uns gegenüber, wie Menschen zweiter oder dritter Klasse, nicht vergessen und daß das Blut noch frisch ist. Wir kommen aus gebildeten Ländern und sie können noch viel von uns lernen. Und wenn wir eines Tages zurückkehren, wir drei Millionen, werdet Ihr keinen einzigen Freund haben, sondern nur Feinde, mit diesem Benehmen jeden Tag, als ob wir nur Würmer wären.

Alternative Liste Westberlin: Gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet

Am 11. Dezember hat die Alternative Liste Westberlin nach zwei Gründungskongressen und fünf Mitgliedervollversammlungen ein gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet und die knapp 80 Kandidat(inn)en in 12 Bezirken nominiert. Zur Zeit werden die benötigten 6400 Unterschriften gesammelt, um bis zum 9.1.79 auch die rechtlichen Voraussetzungen zur Beteiligung an den Abgeordnetenhauswahlen am 18. März zu erfüllen. Seit dem ersten Gründungskongreß Anfang Oktober sind der AL inzwischen rund 1100 Mitglieder beigetreten, die in den Bereichen und Bezirksgruppen mitarbeiten. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den letzten Wochen vor allem die „sozialistische Linke" wie das SB, das AK/FU und der „Lange Marsch" die AL verlassen haben.

Andere Kräfte der „unabhängigen Linken" stellten noch Mitte Dezember Anträge, n i c h t zu den Wahlen 1979 zu kandidieren, das Wahlbündnis aber fortbestehen zu lassen. Der Bereich Schwule schied aus der AL aus, weil die Schwulen ihre Forderung nach gleichberechtigter Behandlung innerhalb der AL nicht durchsetzbar sahen. Erfreulich ist hingegen, daß anscheinend keine weitere „grüne" Liste – weder die GAZ, noch verschiedene bezirkliche Wählergemeinschaften wie in Kreuzberg, Spandau usw. – kandidieren wollen. Diese Gruppierungen scheiterten mangels Masse. Nur die „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger" (WUB) in Zehlendorf, die bereits vor drei Jahren zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Zehlendorf kandidierte und auf Anhieb ca. 13 % der Stimmen bekam, stellt sich auf Bezirksebene zur Wahl. Die AL hat darauf verzichtet, in diesem Bezirk gegen die WUB zur Bezirksverordnetenversammlung zu kandidieren.

Das „kleinere Übel" zieht immer noch

Zur Zeit ist „die Breite des Bündnisses dahin" (Dirk Schneider von der Zeitschrift „Radikal" auf einer MV am 11.12.). Das Bündnis besteht in der Tat zu einem wesentlichen Teil aus Mitgliedern und Sympathisanten der „KPD", einem Großteil unorganisierter Linker sowie dem KB.

Die anderen politischen Strömungen haben sich aus unterschiedlichen Gründen aus der AL zurückgezogen. Noch v o r der eigentlichen Programmdebatte gab es auf dem ersten
gen haben sich aus unterschiedlichen Gründen aus der AL zurückgezogen. Noch v o r der eigentlichen Programmdebatte gab es auf dem ersten
Gründungskongreß am 5.10. Versuche von bestimmten Kreisen (Geheimtreffen um den RA Otto Schily, dem „Langen Marsch", einigen BI-Vertretern), einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „KPD" durchzusetzen. Der gefährliche Poker mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, an dem sich damals leider auch Genoss(inn)en unserer Organisation beteiligten, führte dazu, daß sich die AL von a l l e n „Parteien oder parteiähnlichen Organisationen" abgrenzte.

Damit gaben sich jedoch Teile der „sozialistischen Linken", einige BI-Vertreter und RA Schily nicht zufrieden, sondern verließen die AL wegen „KPD"-Lastigkeit. Das Westberliner SB, das noch auf der Gründungsveranstaltung am 5.10. durch Prof. Altvater erklären ließ, man wolle nun verstärkt die inhaltliche Auseinandersetzung um Programmpositionen mit der „KPD" führen, zog sich – ohne öffentliche Erklärungen – klammheimlich aus der AL zurück. Nur eine kleine Minderheit der SBler unterstützt nach wie vor aktiv die AL und war auch maßgeblich an den Diskussionen um die heikle „Berlin-Frage" und die „Entspannungspolitik" beteiligt. Der „Lange Marsch" hat inzwischen die Aufgabe übernommen, die AL offen zu bekämpfen („*Mit den Stalinisten ins Abgeordnetenhaus?*"); für diese Leute ist die AL eine „KPD"-Liste, die nur der Rechten nützt – deshalb spricht sich der „Lange Marsch" offen für die Wahl des „kleineren Übels", der SPD, aus.

Nicht ganz so deutlich mochte sich RA Ströbele äußern. Allerdings erklärte er, daß die AL ihre Wahlbeteiligung an die „Tolerierung" einer SPD-Koalition in Westberlin binden müsse; andernfalls wäre eine AL „unglaubwürdig". Ströbeles Position spiegelt eine bedeutende Strömung innerhalb der reformistischen Linken wider, die zusätzlichen Auftrieb durch das schlechte Abschneiden der „Grünen" in Bayern und Hessen erhalten hat. Auch die Furze des Bürgermeister Klose und der „links" aufgepeppte Wahlkampf in Schleswig-Holstein hinterlassen in diesem Zusammenhang ihre Spuren und binden wiederum Kräfte der Linken an die SPD.

Die Programmdiskussion

Das vorliegende Wahlprogramm enthält neben einer einführenden Präambel Aussagen zur Berlin-Politik, zum Abbau demokratischer Rechte, zum Umwelt- und Naturschutz, zur Atomkraft- und Energiepolitik, zu den Arbeitsplätzen und Arbeisbedingungen, zur Situation der Frauen, zu den Lebensbedingungen (Wohnen, Verkehr, Kultur, Sport), zur Situation der Kinder und der Jugend, zur Situation der alten Menschen, zum Gesundheitswesen und zur langfristigen Arbeit. Die erwähnten Themen sind von den verschiedenen Arbeitsbereichen der AL erarbeitet worden. Politische Auseinandersetzungen, vor allem mit der „KPD", gab es an folgenden Punkten:

1. über die Abgrenzung zur SEW;
2. über die „besondere Rolle" Westberlins, woran die „KPD" gern noch die „Unterdrückung in der DDR" hängen wollte;
3. über die damit zusammenhängende Haltung zur „Entspannungspolitik";
4. über die Einbeziehung Westberlins in die EG und eine Beteiligung der AL an den Europawahlen;
5. über den Export atomarer Technologie, verbunden mit der These, daß über diesen Weg die BRD die Möglichkeit erhält, eigene Atomwaffen zu produzieren.

Die Auseinandersetzung um diese fünf genannten Punkte nahm 4 Mitgliedervollversammlungen, die im Schnitt von ca. 500 – 1000 Menschen besucht wurden, in Anspruch. Diese Kontroversen führten fast zur Spaltung des Wahlbündnisses. Sie führten aber auch zu offenen Widersprüchen innerhalb der „KPD" selbst. Zwei grundlegende Fragen, die „Entspannungspolitik" und die EG/Europawahlen, wurden wegen prinzipieller Differenzen ganz „ausgeklammert". Bei der „Entspannungspolitik" reichten die Positionen von einer unbedingten Befürwortung und kritiklosen Übernahme der bundesdeutschen „Entspannungspolitik" bis zur Ablehnung seitens der „KPD" als „Beschwichtigungspolitik". In der Frage der EG/Europawahlen gab es im wesentlichen drei unterschiedliche Auffassungen: Die „KPD" war erklärtermaßen für eine engere Einbeziehung Westberlins in die EG, da Westberlin zunehmend vom „Sozialimperialismus" bedroht sei.
ziehung Westberlins in die EG, da Westberlin zunehmend vom „Sozialimperialismus" bedroht sei.

Auch linke Sozialdemokraten und Kräfte um Roland Vogt (BBU) befürworteten zwar eine Kandidatur zu den Europawahlen, sprachen sich aber ausdrücklich für ein „nicht-nukleares Europa" aus. Schließlich gab es eine weitere Strömung, die sowohl eine Einbeziehung Westberlins in die EG als auch eine Wahlbeteiligung am europäischen Parlament ablehnte.

Der erste größere Sprengsatz war eine Passage in der Präambel des Programmentwurfs, in dem die AL „*politische Unterdrückung, fehlende demokratische Rechte in allen Ländern der Welt gleichermaßen*" verurteilt. In diesem Zusammenhang wird als Beispiel die DDR angeführt: „*So empfinden wir es z.B. als unsere Pflicht, die demokratische und sozialistische Opposition in der DDR zu unterstützen und für alle Menschen einzutreten, die das Recht auf freie politische Meinungsäußerung für sich in Anspruch nehmen (z.B. Rudolf Bahro, Rudolf Mainz, Nico Hübner)*". Dieser Passus wurde nach der Drohung einiger bekannter Linker, das Bündnis zu verlassen, aus der Präambel entfernt und stattdessen unverändert in den Teil „Berlin-Politik" verlagert.

Eine weitere heftige Debatte entzündete sich daran, wie sich die AL von der SEW abgrenzen sollte. Viele Linke hatten in den Diskussionen der AL Wert darauf gelegt, der SEW nicht alle Türen zur Zusammenarbeit zu verbauen. Angenommen wurde schließlich ein Passus, die SEW sei „*nicht wählbar*", weil „*sie genau wie die anderen etablierten Parteien von Demokratie und Umweltschutz nur redet, aber die politische Unterdrückung und den Bau von AKWs in der DDR und anderen osteuropäischen Staaten befürwortet*".

Durch diesen Passus sind die bündnispolitischen Möglichkeiten gegenüber der SEW-Basis mit dem Ziel, auch im revisionistischen Umfeld Einbrüche zugunsten der AL zu erzielen, weiter gesunken.

Zur „Berlin-Politik"

An diesem Punkt gab es die heißesten Debatten mit der „KPD", die mit einem Kompromiß endeten. Im verabschiedeten Programm wird die „*politische Realität*" Westberlins, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg entstanden ist, anerkannt und zum „*Ausgangspunkt des politischen Handelns*" erklärt. Die „*Anerkennung dieser Realität heißt jedoch nicht*", daß sich „*langfristig mit dem status quo zufrieden gegeben*" werde. Die „*besondere Lage Berlins*" und die „*Teilung Deutschlands*" brächten „*offene und ungelöste Probleme*".

Ausdrücklich abgegrenzt wird sich von „*Provokationen, die vom Boden Westberlins ausgehen*". Als „Provokation" werden dann explizit benannt die offiziellen Demonstrationen von „*Verbundenheit zwischen der BRD und Westberlin*" und das „*Dulden der Tätigkeit reaktionärer oder faschistischer Organisationen oder Geheimbünde, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirken wollen*". Während diese Passagen der „KPD" kaum schmecken dürften, haben sie wiederum durchsetzen können, daß „*Militärparaden... in Ost- und Westberlin*" „*Belästigung der Berliner Bürger*" seien. Es folgt dann ein weiterer umstrittener Passus, der die Unterstützung der „*demokratischen und sozialistischen Opposition in der DDR*" enthält und als Kompromiß von der Präambel in den Teil über die „Berlin-Politik" verlagert wurde. Die Alternative Liste setzt sicht auch „*für volle Freizügigkeit und freien Reiseverkehr zwischen BRD, Westberlin und DDR ein*". Die „*Erweiterung der Beziehung zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten einschließlich Westberlins*" wird für „*dringend notwendig*" gehalten. Ebenfalls wurde ein Zusatzantrag von W. Kaiser („KPD"), der „*den ungehinderten Austausch von Informationen und Meinungen, von Zeitungen, Büchern und anderen Publikationen*" vorsieht, angenommen. Abgeschwächt wurde diese Forderung durch einen Nachsatz-Antrag, der sich gegen „*die Bevorzugung der Springer-Presse*" im Rahmen des „Austauschs von Informationen" ausspricht. Anschließend werden in diesem Teil des Programms Forderungen hinsichtlich der Erleichterung von Passierscheinregelungen, Erleichterungen im Reiseverkehr usw. erhoben.

Eine Abfuhr erteilte die Linke der „KPD", indem sie sich im Programm „entschieden gegen jeden Versuch einsetzen in Westberlin Produktions-
Eine Abfuhr erteilte die Linke der „KPD", indem sie sich im Programm „*entschieden gegen jeden Versuch einsetzen, in Westberlin Produktionsstätten für Rüstungsgüter oder atomare Anlagen aufzubauen*". An diesem Punkt war die Linke besonders sensibilisiert, weil ein Artikel in der theoretischen Zeitschrift der „KPD", „Theorie und Praxis", sich f ü r Rüstungsproduktion und f ü r den Bau von Atomanlagen ausgesprochen hatte.

Zwei „weitergehende" Anträge von W. Kaiser („KPD"), die sich zum einen „*gegen die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa und die amerikanische im Westen*" richteten, zum anderen für eine Verstärkung der Beziehungen Westberlins zur EG eintraten, wurden abgelehnt.

Legt man/frau das derzeitige Kräfteverhältnis in der AL zugrunde („*Jetzt geht nichts mehr ohne die KPD*", so D. Schneider, „Radikal"), so ist der in der „Berlin-Frage" zustandegekommene Kompromiß für die „KPD" äußerst mager ausgefallen. Das liegt nicht so sehr an den realen Mehrheitsverhältnissen, sondern daran, daß die „KPD" von sich aus Abstriche machte und z.T. bei Abstimmungen sogar ihre Anhänger zurückpfiff, um bündnisfähig zu bleiben.

Zu fragen bleibt, ob solche Ausführungen der AL im Wahlkampf tatsächlich mehr Stimmen bringen, wie die „KPD" behauptet. Zwar spielte die Berlin-Problematik, die „Entspannungspolitik", die Einbeziehung Westberlins in die EG innerhalb der AL eine übergeordnete Rolle, weil die „KPD" in Richtung „antihegemonistisches Bündnis" vorankommen wollte. Es wäre aber für die AL geradezu t ö d l i c h, diese Punkte auch in den Mittelpunkt des W a h l k a m p f e s zu stellen. Entscheidend wird vielmehr sein, im nun beginnenden Wahlkampf die S t ä r k e n der AL auszuspielen, die eben n i c h t in den Aussagen zur „Berlin-Frage" (die nicht wesentlich von denen der etablierten Parteien abweichen) zu finden sind, sondern in den Fragen des Abbaus demokratischer Rechte, den Aussagen zum Umweltschutz, Verkehr, der Lage der Jugendlichen, der Frauen. Genau an d i e s e n Fragen bestand innerhalb der AL voller Konsens und anhand d i e s e r Probleme können auch neue Menschen für die AL gewonnen werden!

Kampf dem Atom-Programm

Am 11.12., der letzten Mitgliedervollversammlung, stand die AL noch einmal auf der Kippe; es ging um den Programm-Teil, der sich mit AKWs, Atomexporten usw. auseinandersetzt. Hierbei traten auch die Widersprüche innerhalb der „KPD" deutlich zutage. Gegen die „KPD" – aber z.T. mit den Stimmen von „KPD"-nahen Kräften – sprach sich die AL „*gegen Atomkraftwerke sowohl in den westlichen Ländern als auch allen anderen Ländern der Welt*" aus. Noch mehr Magenschmerzen bereitete es der „KPD", daß sich die AL „*entschieden gegen den Atomtechnologieexport der Atom-Konzerne aus Westberlin z.B. KWU und der Bundesrepublik*" wendet. Die Gegnerschaft zum Export atomarer Technologie ist nach Ansicht der „KPD" eine „*chauvinistische Position*", die Position der „Supermächte". Während sich also die „KPD" für eine Verbreitung von atomarer Technologie ausspricht, angeblich um damit das Atomwaffenmonopol der beiden „Supermächte" zu brechen, behauptet sie, daß die Kriegsgefahr dadurch vermindert werde. Sieht man/frau sich aber an, welche Länder dafür überhaupt in Betracht kommen – nämlich Israel, Südafrika, Brasilien usw. – so bedeutet dies natürlich gerade umgekehrt eine Erhöhung der Kriegsgefahr, eine Steigerung der imperialistischen Kriegsrüstung. Daß die oben zitierte generelle Ablehnung des Exports atomarer Technologie von den Linken durchgesetzt werden konnte, liegt auch an den Stimmen aus dem Umfeld der „KPD". So mußte die „Rote Fahne" vom 21.12. zu diesem Punkt eingestehen, daß „*das wechselhafte Abstimmungsverhalten – und zwar querdurch alle politischen Richtungen, die dort vertreten waren – zeigt*", daß „*dieses Thema keineswegs klar und eindeutig behandelt und entschieden wurde*". Die „KPD" konstatierte, daß die „*Abstimmungen und Mehrheiten... sich teilweise gegen politische Auffassungen unserer Partei*" richteten.

Die Alternative Liste hat eine Chance!

Die Alternative Liste hat eine Chance!

Die dargestellten, zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, die die „KPD" der AL aufgezwungen hatte („Entspannung", „Berlin-Frage" u.a.) haben zu Verschleiß- und Ermüdungserscheinungen bei vielen Aktiven geführt. Bisher beschränkte sich die AL ausschließlich darauf, in relativ internem Kreise die Auseinandersetzungen um ein gemeinsames Programm zu führen und vernachlässigte die außerparlamentarische Arbeit, die Herstellung von Öffentlichkeit. Die mangelnde Breite des Bündnisses und das weitere Abbröckeln veranlaßte auch bisher sehr engagierte Mitglieder der AL wie etwa Roland Vogt oder Cornelia Krieg, auf Distanz zur AL zu gehen. Andere Kräfte wie etwa D. Schneider (Zeitschrift „Radikal") wollten zwar das Bündnis bestehen lassen, aber auf eine Kandidatur zum 18. März 1979 verzichten, da eine „*breite demokratische Diskussionsbewegung für die Verabschiedung eines überzeugenden Programms bis zu dem Termin im März nicht zu Ende geführt werden kann*" (Redebeitrag D. Schneiders am 11.12.78). Inzwischen haben diese Tendenzen nachgelassen, denn im Grunde genommen bedeutete dieser Antrag die Auflösung der AL, die sich ja gerade zum Zweck einer gemeinsamen Kandidatur gebildet hatte. Dennoch ist zur Zeit die Meinung ziemlich verbreitet, daß die Bündnisbreite dahin sei und die „KPD" dominiere. Diese resignative Strömung reicht hinein bis in die Westberliner Ortsgruppe des KB, wo eine Minderheit eine Mitarbeit in der AL ebenfalls ablehnt. Die derzeitige Schwäche der AL stärkt ebenso die Tendenz der reformistischen Linken, doch wieder zum „kleineren Übel" zu greifen, wie auch die Position des Wahlboykotts.

Alles in allem gesehen bietet das verabschiedete Programm der AL eine brauchbare Grundlage, mit der Entfaltung eines „bunten" Wahlkampfes nun endlich an die Öffentlichkeit zu treten, um neue Menschen zu gewinnen, sich bekannt zu machen und noch auf „kritische Distanz" zur AL stehende Linke zu gewinnen.

Ein Westberliner Genosse

Stellungnahme zur Alternativen Liste

„Langer Marsch": Eine Alternative Liste sei nur dann „*glaubwürdig, ... wenn sie unzweideutig erklärt, daß sie mit Inhalten und Formen einer Politik, wie sie vornehmlich die KPD vertritt, nichts gemein hat*". Neben einer klaren Distanzierung von der „KPD" — der „Lange Marsch" hatte u.a. einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefordert — wird aber auch die „*Unfähigkeit der demokratischen Linken*" bemängelt, „*sich über ein gemeinsames Vorgehen und über eine gemeinsame Politik zu einigen*". Nach Meinung des „LM" ist der „*Zug der ... alternativen Liste ... abgefahren*". Und: „*Die SPD wäre dann unverdientermaßen auch gegenüber dieser Liste das kleinere alternative Übel*". („Langer Marsch" Nr. 37). Im „Langen Marsch" Nr. 39 wird die Skepsis aufrechterhalten, eine umfassendere Stellungnahme zu Präambel und Programm wird angekündigt. Hierauf darf man gespannt sein, da der „Lange Marsch" vor allem inhaltliche Positionen der AL als Beurteilungskriterium angibt!

„Radikal" Nr. 50/51: „*Die Abstimmungen ... machen deutlich, nichts geht mehr ohne die KPD ...*". Es wird festgestellt, daß „*der breite Bündnischarakter der AL ... heute nicht mehr überzeugend behauptet werden kann*". „Radikal" konstatiert weiter: „*Die Stärke der KPD ist die Schwäche der Unorganisierten*" und am Ende wird ein Antrag von Dirk Schneider zur Diskussion gestellt, n i c h t zu kandidieren, aber das Bündnis aufrecht zu erhalten. Inwischen kandidiert d r Antragsteller selbst. Nicht alle „Unorganisierten" sind schwach ...

„Traumstadt" (der Name dieser Westberliner Zeitung läßt sich durchaus mit gewissen Sponti-Kreisen in Verbindung bringen): Es gebe „*zwei Interessengruppen*", die „*die Bürgerinitiativen*
durchaus mit gewissen Sponti-Kreisen in Verbindung bringen): Es gebe „zwei Interessengruppen", die „die Bürgerinitiativen
vor außen her für Wahlbeteiligungsaktivitäten ... zu instrumentalisieren suchen ....: ... karrieresüchtige Individuen ... und auf der anderen Seite die K-Gruppen". Gemeint ist damit, daß die „K-Gruppen" sowie Kräfte um die GAZ ihre Machtspielchen mit den Bürgerinitiativen treiben würden. Es gehe „*nicht um Kreativität und Phantasie, ... sondern allein um Macht und Herrschaft*". Die „*Wahlbeteiligungsaktivitäten haben so eine tiefe Schneise in den Bürgerinitiativen-Wald geschlagen*". (Traumstadt" Nr. 4)

Roland Vogt (BBU): Er bescheinigt der AL ein gewisses „Formtief", bezeichnet das Programm der AL als eine „*anerkennenswerte Leistung*" und bestreitet „*entschieden*", daß sich die „KPD" „*demokratisch verhalten*" hätte. Dennoch: „*Eine gewisse Chance der AL liegt darin, daß die aus den politischen Kämpfen der realen Bevölkerung gewonnenen Programmpunkte auch tatsächlich ‚ins Volk' getragen werden ... Ich will nicht ausschließen, daß dies in der Zeit der Unterschriftensammlung und des eigentlichen Wahlkampfes gelingen könnte. Vor allem auf Jungwähler dürfte ... die AL eine gewisse Anziehungskraft ausüben*". („Zitty", 29.12.78).

Christian Ströbele: Es bringe nichts, über „*die KPD zu jammern*". Vielleicht — so Ströbele — „*wäre es richtiger gewesen, die Unorganisierten hätten sich erst mal zu einem gemeinsamen Minimalprogramm ... zusammengerauft ... Erst danach hätte mit eigenem festen Standpunkt mit den Kaderparteien KPD, KBW über ein Bündnis und eine gemeisame Wahlliste verhandelt werden sollen. Jedenfalls sollte da weitergemacht werden. Aber die AL s o ist keine Alternative für die Wahl*". (aus: „Radikal" 50/51).

Zur Entwicklung der alternativen Wahldiskussion in Bremen

QUO VADIS?

Als vor einigen Monaten, noch vor den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen, in Bremen ebenfalls die Diskussion um den Aufbau einer alternativen »Grünen« oder »Bunten« Liste eröffnet wurde, war für die Bremer Linke die Welt noch in Ordnung. Erstmals zeichnete sich die Möglichkeit ab, in einem Bündnis von noch nie dagewesener Breite dem etablierten (und in Bremen fest im Sattel sitzenden) Parteiensystem entgegenzutreten. Gleichberechtigt saßen in diesem Diskussionskreis Linke (darunter der KB und später auch die „KPD"), eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, die gewillt waren, mit ihrer Mutterpartei zu brechen sowie zahlreiche Mitglieder aus traditionellen Umweltschutzparteien und -organisationen. In diesem Kreis wurden programmatische Fragen diskutiert, deren Ergebnisse weit über einen engen, ökologisch ausgerichteten Rahmen hinausgingen und z.T. eine Reihe fortschrittlicher Forderungen enthielten. So hieß es z.B. in einem Arbeitspapier zum Bereich »Justiz/Inneres«: *»Die Entwicklung der letzten Jahre zeigte einen Abbau der Grundrechte der Menschen. Es gibt heute Berufsverbote, Radikalenerlaß, Unterdrückung von Minderheiten, Umweltvergiftung aller Art, Bespitzelungen und Aufbau des Polizeistaates. ... Unsere Sicherheit ist gefährdet durch unfähige Politiker, ständiges Aufrüsten der Polizei, des Grenzschutzes und der Bundeswehr.«*

Parallel dazu wurden Grundsätze des Aufbaus einer alternativen Liste entwickelt, Fragen des Parlamentarismus und basisdemokratische Prinzipien diskutiert. In einem ersten Selbstverständnispapier wurde z.B. folgende klare Einschätzung zur Funktion der bürgerlichen Parlamente vertreten: *»Das Parlament hat lediglich noch den Auftrag, im Verein mit denen durch Parteien und Geld kontrollierten Massenmedien, den Schein einer Volksvertretung zu wahren. Tatsächlich ist das Parlament zu einem Vertretungsorgan ohne Volk geworden.«*

Einen deutlichen Aufwind brachten dann die Wahlergebnisse der »Bunten Liste« in Hamburg und der »Grünen Liste Umweltschutz« in Niedersachsen. Aus dem lockeren Diskussionszusammenhang bildete sich der »Initiativkreis für eine Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven«, der seinem Selbstverständnis nach einen organisatorischen Ansatz für eine alternative Liste darstellte. Eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern bürgerlicher Parteien (u.a. Gesundheitssenator Brückner, SPD) und alternativer Listen in der Bremer Stadthalle mit gut 500 Teilnehmern brachte das breite Interesse an diesen Fragen zum Ausdruck. Weiterhin wurde ein Info herausgegeben, in dem ein großer Teil der vorliegenden Diskussionspapiere und Stellungnahmen veröffentlicht wurden. Als wesentlicher, weiterer Schritt wurden 5 Prinzipien festgelegt, die in Abgrenzung zu »Grünen« Parteiansätzen eindeutig demokratische Grundsätze festlegen. Diese Prinzipien lauteten:

»1. Aufbau der Wählergemeinschaft über Initiativendiskussion statt eines Parteiaufbaus von oben
2. Entwicklung programmatischer Aussagen über die Initiativendiskussion
3. der Aufbau soll dezentral und basisdemokratisch erfolgen, die Initiativen sollen ihre Selbständigkeit behalten
4. Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir ab
5. die außerparlamentarische Arbeit bleibt in jedem Fall die Grundlage unseres Handelns.«

Bereits vor den Sommerferien zeichnete sich dann auf dem Plenum des »Initiativkreises« eine gegenläufige Tendenz ab: Die Mitarbeit der „KPD" wurde zum Anlaß genommen, eine Unvereinbarkeit der Positionen zu konstruieren. Zwei Punkte wurden dabei benannt:

- Prinzipielle Wachstumskritik der Ökologisten stehe im Gegensatz zum Technologieverständnis der Kommunisten
- die Forderung nach Dezentralisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen stehe im Widerspruch zum Organisationsprinzip der Kommunisten (Demokratischer Zentralismus)

An beiden Punkten wird deutlich, daß hier nicht die „KPD" mit ihren teilweise verlogenen Positionen alleine gemeint war (Atom-Export des BRD-Imperialismus zum Schaden der »Supermächte«, »Demokratieverständnis der „KPD" usw.), sondern p r i n z i p i e l l ein Bündnis von Marxisten mit Angängern ökologischer Theorien in Frage gestellt wurde. Die Linken im »Initiativkreis« wiesen diese Versuche, eine Spaltung anzulegen, relativ geschlossen ab. Doch der Konflikt war mit diesem ersten Vorstoß vorprogrammiert.

Auf den beiden Plena nach den Sommerferien verschärften sich die Gegensätze. Am ersten waren noch fast alle bisher an der Diskussion beteiligten politischen Strömungen repräsentiert, die Diskussion um den Charakter der Liste — eingeengt auf ökologistische Positionen oder nicht — brachte aber bereits Ansätze begünender »Blockbildung« zum Ausdruck. Auf dem nächsten Plenum »fehlten« die sozialdemokratischen Kräfte, die anderen »Traditionellen« (WSL u.a.) waren nur in kleiner Besetzung erschienen. In dieser Situation entstand dann der Vorschlag, auf einem Arbeitswochenende in Form von Arbeitsgruppen Sachfragen zu diskutieren, um so abzustecken, inwieweit es möglich ist, auf dieser Ebene Übereinstimmung zu erreichen. Auf einem Plenum zum Abschluß des Wochenendes sollten dann auf diesrer Grundlage Diskussionen über die Strukturfragen (Listenaufbau, Organisationsmodell usw.) fortgesetzt werden. Aber es kam anders.

Die „Fraktion" schert aus

Die „Fraktion" schert aus

Am 12.11., zwei Wochen vor dem geplanten Arbeitswochenende, fand ein Treffen ausgewählter Einzelpersonen statt. Auch wenn dort z.T. sehr unterschiedliche Leute zusammensaßen — eines war ihnen gemeinsam: Sie kamen zusammen, um ohne die Linken zu diskutieren. Politisch ging das Spektrum von (damals) Noch-Mitgliedern der SPD über AUD, WSL bis zu Leuten aus der »Partei Freier Bürger« (PFB, hervorgegangen aus einer Rechts-Abspaltung von CDU-Mitgliedern, kandidierte 1975 zu den Bürgerschaftswahlen). Ob hier schon das politische Spektrum aufhörte, ist uns nicht bekannt.

Auf einem Treffen am 15.11., angesetzt zur Vorbereitung des Arbeitswochenendes, wurden die wesentlichen Ergebnisse des »Fraktionstreffens« den anwesenden Linken erläutert:

- zur Hauptdifferenz wurde erklärt, daß die »Fraktion« forhat, die 5%-Hürde zu überwinden, die Linken angeblich andere Zielehaben (Parlamentarismuskritik, Parteiladen stärken usw.)
- wer die 5% ernsthaft überspringen wolle, so die Vertreter der »Fraktion«, muß daraus verschiedene Konsequenzen ziehen:
  1. Wir müssen uns zum Grundgesetz bekennen
  2. Wir müssen uns zur absoluten Gewaltfreiheit bekennen
  3. Wir müssen uns vom »Extremismus« abgrenzen.
- als organisatorische Konsequenz wurde ein Modell vorgestellt, nach dem sich die Liste aufbauen sollte und das sämtlichen demokratischen Gepflogenheiten total widerspricht: Eine »Gruppe der 100« soll als Träger der parlamentarischen Arbeit stellvertretend für die Basisinitiativen auftreten, die Initiativen (bzw. sonstige Interessierte) können ihre Interessen in einem lockeren Zusammenschluß einbringen (Arbeitstitel: Grünes Dach). Die »Gruppe der 100« soll aus »integren Persönlichkeiten« bestehen, die sich dann parteimäßig konstituieren. W i e diese »Gruppe der 100« entsteht, wie sie zu kontrollieren ist usw. bleibt unklar, klar ist nur, daß sie nicht demokratisch gewählt werden soll. Das »Grüne Dach« soll lediglich ein Vorschlagsrecht haben.
- Ein erster Programmentwurf wurde vorgelegt, der zu diesem Zeitpunkt innerhalb der »Fraktion« noch nicht vereinheitlicht war, mit dem aber bereits Unterstützer geworben wurden.

Auf diesem und einem weiteren Treffen konnte keine wirkliche Klärung der aufgeworfenen Fragen erreicht werden, die Linken brachten lediglich ihre Ablehnung dieser Vorstellungen zum Ausdruck, weitere Diskussionen und Entscheidungen wurden auf das Arbeitswochenende verwiesen. Der KB kündigte eine schriftliche Erklärung an (siehe Abdruck an AK 143).

Das Arbeitswochenende 25./26.11.78

Der erste Tag des Arbeitswochenendes (geplant: Diskussion von Sachaussagen), war für fast alle Mitglieder der »Fraktion« offensichtlich uninteressant. Erschienen waren ca. 50 Leute, nur ein einziger »Fraktioneller«! Verständlich, daß die Empörung der andern Anwesenden sehr groß war, viele von ihnen erfuhren zu diesem Zeitpunkt erst durch die KB-Erklärung von der Entwicklung. So war dieser Tag gefüllt mit Fragen, wie die »Fraktion« entstanden ist (die Rede war von 53 Bürgerinitiativen und Gruppen und sogar ca. 80 Interessierten, die sich der »Fraktion« bzw. deren politischen Zielen verbunden fühlen, vertreten war diese »enorme« Breite auf dem Fraktionstreffen allerdings durch weit weniger Personen!); wie sie gedenkt, sich in Zukunft zu verhalten, ob sie im Alleingang zu den Wahlen antreten will. Die Antworten darauf waren alles andere als zufriedenstellend, bis heute ist übrigens der »breite« Unterstützerkreis nicht offengelegt worden! Der anwesende »Fraktions«-Vertreter kündigte für den folgenden Tag dann eine ausführlichere Erklärung an, in den Arbeitsgruppen wurden programmatische Fragen dann nur noch andiskutiert, die Debatte um die aktuellen Ereignisse stand meistens im Vordergrund.

Am nachfolgenden Sonntag war der Kreis der Anwesenden um runde 15 Mitglieder der »Fraktion« erweitert, die Auseinandersetzung konnte beginnen. Die angekündigte ausführlichere Erklärung war allerdings für die meisten enttäuschend. Das Zustandekommen der »Fraktion« wurde damit begründet, daß sich im »Initiativkreis« zunächst nur Leute aus Bürgerinitiativen getroffen hätten. Dann wäre die „KPD" gekommen, erst als »Komitee Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben«, dann aber als Partei. Dann hätte sich auch der KB unter dem Kennzeichen seiner Organisation eine Erklärung herausgegeben, der schöne »Initiativkreis« hätte sich so zu einem Forum von »Mini-Parteien« entwickelt. Dann wären einige Leute weggeblieben, die zu diesen ganzen abstrakten Diskussionen keine Lust mehr hätten. Jetzt hätten sich eben diese Leute in der »Fraktion« getroffenen, wobei das Kritierium für die Teilnahme gewesen sei:

- entweder Nichtmitglieder von Parteien
- oder Leute, die erklärt hätten, daß sie aus ihrer Partei austreten, wenn eine »Grüne Liste« zustande komme.

warum dann unabhängige Initiativler und unorganisierte Linke n i c h t eingeladen worden sind, blieb allerdings ebenso offen, wie die Antwort auf die wiederholte Frage, aus w e l c h e n Initiativen denn die Leute aus der »Fraktion« kommen.

Die anschließende Diskussion über Ziele, Grundsätze und das Vorgehen der »Fraktion« brachte keine nennenswerte Klärung und zeigte ebenfalls kaum Ansätze von Gemeinsamkeiten auf. Aus dem Verhalten einiger Mitglieder dieses Kreises konnte der aufmerksame Beobachter allerdings nur einen Schluß ziehen: Ihnen wäre wohl ganz recht gewesen, wenn die Linken, die an diesem Tag eindeutig in der Mehrzahl waren, die Unvereinbarkeit der Positionen festgestellt und die ganze Sache hätten platzen lassen. Damit wäre es dann möglich gewesen, die Linken für den Vollzug der Spaltung verantwortlich zu machen. Daß es an diesem Sonntag noch nicht zur Spaltung kam, war eindeutig das Verdienst der Linken, die folgenden Kompromiß anboten:

- Es wird eine paritätisch besetzte Kommission gebildet, die versucht, die strittigen Punkte herauszuarbeiten und gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten (u.a. Grundgesetz, Unvereinbarkeitsbeschlüsse);
- Es werden Arbeitsgruppen zu zentralen Fragen gebildet, die die Erarbeitung von Sachaussagen für eine Gründungserklärung übernehmen;
- Auf einem weiteren Plenum am 9.12. wird nochmals versucht, auf der Grundlage der Ergebnisse der Kommission und der Arbeitsgruppen einen Kompromiß zu finden.

Voraussetzung für dieses Angebot sollte allerdings sein, daß sich führende Vertreter der »Fraktion« zur Mitarbeit in der Kommission bereit erklären. Obwohl diese Voraussetzung nur zur Hälfte erfüllt war, wurde dieser Antrag zur Abstimmung gestellt und mit überwältigender Mehrheit angenommen. Interessant war dabei, daß nur 2 (zwei!) Mitglieder der »Fraktion« dafür stimmten, der Rest enthielt sich der Stimme! Diese Uneinigkeit in den eigenen Reihen sorgte noch einmal für ein kleines Durcheinander: Wie sollte sich die »Fraktion« nun verhalten, sollte sie erst tagen und dann eventuell Vertreter delegieren, sollten sofort einzelne bestimmt werden? Diese Frage wurde an diesem Sonntag nicht eindeutig geklärt, es blieb der »Fraktion« überlassen, sich zu verhalten. Festgelegt wurde nur ein Termin, an dem die Kommission sich treffen sollte. Die abschließende Erläuterung des vorgelegten Strukturmodells der »Fraktion« stieß dann nur noch auf geringes Interesse, die Debatte darüber wurde auf das nächste Plenum verschoben.

Kompromiß oder Spaltung?

Das uneinheitliche Vorgehen der »Fraktion« führte in den folgenden Tagen noch zu einigen Verwirrungen: Nachdem zunächst verschiedene Mitglieder aus der »Fraktion« (insgesamt neun) als mögliche Vertreter für die Kommission im Gespräch waren, kam zwei Tage vor dem vereinbarten Termin die Absage. Einige hätten keine Zeit, andere würden keinen Sinn mehr in diesen Gesprächen sehen, einer blieb übrig, aber der fühlte sich nicht »kompetent«. Nachdem die Linken gegenüber Vertretern der »Fraktion« klargestellt hatten, daß sie ein Scheitern der Gespräche als Vollzug der Spaltung werten würden, was in der Folge zu z w e i Listen führen könnte, kam das Gespräch doch zustande. In verschiedenen Fragen (Grundgesetz, Berufsverbote, UVBs) konnten auf dieser Ebene (nicht verbindliche) Kompromißformulierungen gefunden werden, ein weiterer Termin wurde vereinbart, an dem der Entwurf einer »Präambel« unter Einbeziehung der gefundenen Kompromißformulierungen diskutiert und — wenn möglich — als gemeinsamer Vorschlag dem Plenum vorgestellt werden sollte. Ferner war geplant, die Frage des Organisationsmodells zu diskutieren, um festzustellen, ob auch hier ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiß zu finden ist.

Der Verlauf dieses zweiten Gesprächs hat allerdings noch einmal in aller Schärfe die Differenzen zutage gefördert: Nicht mehr die »Präambel« stand zur Diskussion (»Ist ja nur ein Stück Papier«), stattdessen stellte Olaf Dinee eine Konzeption von »Grüner Partei« vor, die jedem Linken die Haare zu Berge stehen lassen mußte:

Da die Ablösung von der SPD insbesondere unter den Arbeitern noch äußerst gering sei, und sich das »Protestpotential« nach bürgerlichen Meinungsforschern aus ganz jungen und ganz alten Menschen zusammensetzt, ferner aus der »Oberen Mittelschicht« und der »unteren Unterschicht« müsse sich eine solche Liste stärker bürgerlich ausrichten, um Stimmen zu bekommen. Ein zentrales Problem der »Fraktion« scheint dabei zu sein, die Leute der Kriegsgeneration erreichen zu wollen, die mit dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs ihre Illusionen zusammenstürzen sahen, und damit nicht fertig geworden sind. Keine Juden-Mörder natürlich, aber die einfachen NSDAP-Mitglieder, die heute von ihren Kindern und Enkeln gefragt werden: Warum habt Ihr nichts dagegen gemacht? Deshalb soll eine der zentralen Parolen ihrer Liste »Friede mit den Eltern« sein!

Von realen gesellschaftlichen Bewegungen, von Problemen der Jugendlichen, der Frauen usw., eben von den Dingen, die ein wirkliches P r o t e s t p o t e n t i a l interessieren, war nicht mehr die Rede.

Da nur ca. eine Stunde zur Verfügung stand, wurden andere wesentliche Fragen gar nicht mehr angesprochen, die »Fraktion« schien entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das Plenum am 9.12. bestätigte von seiner Zusammensetzung her diese Einschätzung: Von dem eigentlichen Kreis der »Fraktion« war niemand anwesend, bis auf drei Leute, die Kontakt zur Fraktion haben, sich aber z.T. vehement für das Zustandekommen einer einheitlichen alternativen Liste einsetzen. So wurde auf diesem Treffen konstruktiv und inhaltlich gearbeitet, der Präambelvorschlag wurde als zu eng kritisiert, wesentliche Probleme waren nicht angeschnitten worden. Auch die Diskussion über zentrale Auseinandersetzungspunkte wie »Festlegung auf Gewaltfreiheit« und »Wie stehen wir zum technischen Fortschritt/Wachstum« wurde weitergeführt. Einigkeit wurde über einen Zeitplan erzielt, der vorsieht:

- ein weiteres Arbeitswochenende Anfang Januar (13./14.). Hier sollen die Präambel und die Rohentwürfe der Bereichsplattformen diskutiert und zu einer Gründungserklärung zusammengefaßt werden;
- eine breite Veröffentlichung dieser Arbeitsergebnisse zur offenen Diskussion und Kritik;
- die Gründung der Liste für Ende Januar/Anfang Februar vorzubereiten.

Es liegt allerdings auf der Hand, daß diese Planung davon abhängig ist, wieweit sich die Kräfte, die sich in der »Fraktion« zusammengefunden haben, nun wieder einem gemeinsamen Diskussionprozeß stellen, oder ob sie tatsächlich im Alleingang ihre Liste zusammenstellen.

Wohin geht die alternative Wahldiskussion in Bremen?

Wir halten es für keinen Zufall, daß sich in dem Kreis der Fraktion anscheinend die Ausrichtung auf eher rechtsbürgerliche Kräfte durchgesetzt hat. Von der Zusammensetzung her besteht die »Fraktion«

— aus (ehemaligen) Sozialdemokraten, deren Hoffnungen auf den Ansatz einer sozialistischen Alternative durch das Abschneiden der alternativen Listen (speziell in Hessen die GLH) nicht gerade Auftrieb bekommen haben. Dazu dürfte bei einigen von ihnen die Ausrichtung auf r e i n ökologistisches Gedankengut mit seiner rückschrittlichen Technologiekritik dazu führen, sich kleinbürgerlicher Mittelstandsideologie anzunähern;

— aus Mitgliedern der traditionellen Umweltschutzorganisationen, die z.T. schon seit Jahren reaktionäres Gedankengut im Kopf und in der Tasche tragen, z.T. aber auch aus falsch verstandenen Humanitätsgedanken so weit gehen, z.B. für eine Organisation wie die »Stille Hilfe« zu werben, die die Entführung des Kriegsverbrechers Kappler aus einem italienischen Gefängnis finanzierte;

— aus Mitglieder reaktionärer Gruppierungen und Parteien, wie der schon erwähnten PFB. Um den Charakter dieser Gruppierung zu kennzeichnen, dürften folgende Zitate reichen:

»Hinzu kommen der zunehmende Zerfall von Sitte und Moral, Ordnung und Sicherheit nach innen und außen sowie eine irrationale und völlig fehlgeleitete Politik. Inflation und Wirtschaftsverfall als Ergebnis einer abwegigen Reformpolitik machen sich im Wirtschaftsleben genauso deutlich bemerkbar wie Arbeitslosigkeit und steigende Wachstumsraten bei Konkursen. Überzogene Machtansprüche von Verbänden, Interessengruppen sowie Gewerkschaften und deren Funktionären leisten ihr übriges, den gestörten Zustand der Volkswirtschaft zu vertiefen.«

»Außenpolitisch sind wir von der Wiedervereinigung weiter entfernt denn je. Ein unterdrückter Freiheitsbegriff, mangelndes Rechtsempfinden und falsch verstandenes Prestigedenken führten zu den fragwürdigen Ostverträgen, die noch Generationen belasten dürften. Sie bedeuten die Anerkennung von Unrecht, und belasten, ja gefährden Gegenwart und Zukunft«.

»Staat und Gesellschaft sind vor Übergriffen zu schützen. Verbrechen und Terror sind entschiedener zu bekämpfen als bisher. Notwendig ist, daß die einschlägigen Gesetze und Verordnungen (...) zum Teil geändert bzw. versch ärft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Inhaftnahme von kriminellen und politischen Serientätern, bei denen eine Wiederholungsgefahr nicht ausgeschlossen werden kann«!

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Dies sind Auszüge aus dem Programm der PFB! Und mit mindestens einem Vorstandsmitglied bzw. ehemaligen Vorstandsmitglied ist dieser Verein in der »Fraktion« vertreten. Was d i e s e Leute unter der Parole »Friede mit den Eltern« verstehen, dürfte wohl klar sein.

Die sozialdemokratischen Kräfte haben sich damit auf das gefährliche Gleis begeben, den beginnenden Unmut innerhalb der Bevölkerung über das etablierte Parteiensystem zu kanalisieren und — unabhängig vom subjektiven Wunsch des einzelnen — wieder zu integrieren.

Ebenfalls dürfte klar sein, daß eine Abschottung nach links den eher rechts stehenden Kräften, die sich bisher in der Wahldiskussion fast vollständig zurückhalten verhalten haben, eine Aufwertung bringt, die immer weitere Konzessionen in politischen Aussagen nach sich ziehen wird.

Wir meinen, wenn eine solche Liste tatsächlich zustande kommt, wird sie der Wind, der in Bremen des öfteren von links weht, sehr leicht ins Abseits pusten. Mit einer a l t e r n a t i v e n Kandidatur hätte diese Liste jedenfalls nichts mehr zu tun.

Die Bremer Linke wird u.E. in der nächsten Zeit verstärkt die Aufgabe haben, diese Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit zu tragen, um ihrerseits ein Gegengewicht zu schaffen. Wir können uns nicht vorstellen, daß nennenswerte Teile der für eine wirklich alternative demokratische Liste gewinnbaren Teile enttäuschter Sozialdemokraten bei diesen Manövern mitziehen, wenn sie deren Charakter durchschauen u n d eine reale Alternative sehen. Das Arbeitswochenende am 13./14. Januar dürfte hier bereits einige Vorentscheidungen bringen.

Wahlausschuß
KB/Gruppe Bremen

• • •

27 SPD-Mitglieder in Bremen ausgetreten

Ein nicht unerwartetes Weihnachtsgeschenk präsentierten 27 Mitglieder der SPD dem Bremer Parteivorstand. Sie traten am 19.12.78 aus der Partei aus. U.a. begründeten sie in ihrer „Weihnachtserklärung" (siehe nebenstehenden Abdruck) ihren Austritt folgendermaßen:

- Die Bundesregierung und damit auch die SPD – betreibe eine Politik wirtschaftlichen Wachstums, die erkennbar in die Katastrophe führen müsse
- das Festhalten der SPD am Atomprogramm trotz Widerstand der Bevölkerung
- die „beängstigende Tendenz zur Enddemokratisierung"
- die Milliardeninvestitionen des Bremer Senats für die Industrieansiedlung von Daimler Benz
- die faktische Unterstützung der Bremer SPD für das AKW Esenshamm und der SPD für den „Schnellen Brüter" in Kalkar.

Bei den Ausgetretenen handelt es sich größtenteils um ehemalige Funktionsträger in der Partei:

- 3 waren Ortsvereinsvorsitzende
- 2 Stadtkreisvorsitzende
- 2 Mitglieder in Stadtkreisvorständen
- 1 Parteisekretär im Unterbezirk Bremen
- 9 Delegierte für die Unterbezirksversammlungen
- 3 Ortsvereinsvorsitzende
- 4 Verbandskassierer
- 3 sind – jetzt parteilos – Stadtteilbeiräte (entspricht den Bezirksabgeordneten)
- 1 ehemalige Gemeinderätin
- 1 ehemalige Stadträtin
- 1 Delegierter der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

Der Bremer SPD-Landesvorstand reagierte mit einer Erklärung, die sich bemüht, die Tatsache des Gruppenaustritts aktiver Parteimitglieder bewußt herunterzuspielen (siehe nebenstehende Erklärung). Das hat aber nicht verhindern können, daß der Austritt großes Aufsehen nicht nur in Bremen sondern bundesweit erregt hat und die Diskussion um Alternativen zur SPD angeregt hat.

Wir haben für den ARBEITERKAMPF ein Interview mit Mitgliedern der Gruppe gemacht, in dem die Austrittsmotive und Perspektiven eines Teils der „Dissidenten" erläutert werden. Zu kurz gekommen ist dabei die Behandlung der Frauenfrage, wir hatten dazu uns um eine ausgetretene Frau bemüht, leider klappte ihre Teilnahme am Interview nicht. Wir zitieren dafür aus einer Erklärung, die Hedda Mahnhardt – ehemaliges Stadtkreisvorstandsmitglied – auf der Pressekonferenz dazu abgab. Sie wies darauf hin, daß nicht zufällig über die Hälfte der Ausgetretenen Frauen sind. Die Frauen in der SPD seien unwahrscheinlich unzufrieden über die Behandlung des § 218, die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die Frauen betreffende Probleme. Die Mitarbeit in der ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) sei die wohlwollend geduldete Beschäftigung für Frauen in der SPD – eine Spielwiese ohne Einfluß, von den Männern belächelt.

Wahlausschuß
KB/Gruppe Bremen



16 der 27 ausgetretenen SPD-Mitglieder aus Bremen

reagierte mit einer Erklärung, die sich

Richtigstellung

Richtigstellung

Die »Erklärung der KB/Gruppe Bremen und Bremerhaven zur Situation in der alternativen Wahldiskussion« (siehe AK 143) enthält einen Verständnisfehler. Wir schrieben dort: »Die Forderung „Weg mit dem § 218" wurde gestrichen, dafür als e i n z i g e r Punkt zur Frauenfrage überhaupt (!) ein Satz eingefügt, den Christa Mewes für das GAZ-Programm hätte schreiben können „Säuglinge müssen bei ihren Müttern bleiben können, statt wie lästiges Fleisch behandelt zu werden!" HAUSFRAU-UND-MUTTER-IDEOLOGIE im Programm einer alternativen Liste? NEIN DANKE!« Mittlerweile sind wir darauf hingewiesen worden, daß dieser Satz aus dem »Programmentwurf« von uns mißverstanden worden ist. Gemeint ist »rooming in«: Säuglinge sollen nach der Geburt bei ihren Müttern im Krankenhauszimmer bleiben können.

Das Mißverständnis ist darauf zurückzuführen, daß dieser Satz im »Programmentwurf« zum einen ziemlich isoliert in einer Reihe steht mit »Werbung für Alkohol, Tabak, Psychodrogen«, »Experimenten mit unaufgeklärten Pateienten«, »radioaktiven Großversuchen« sowie »dezentralen, kleinen Versorgungseinheiten«, zum anderen tatsächlich die einzige Aussage zur Frauenfrage darstellt.

Wahlausschuß
KB/Gruppe Bremen

Interview mit zwei ausgetretenen SPD-Mitgliedern aus Bremen:

„Was wir unterstützen, ist eine emanzipatorische Politik, die den Bürgern Möglichkeiten zur Selbstorganisation gibt"

Zwei Mitglieder der Gruppe der Ausgetretenen waren bereit, dem ARBEITERKAMPF ein Interview zu geben. Sie taten dies nicht als Sprecher der Gruppe, sondern als Einzelpersonen. Es handelt sich um: **Peter Willers**, ehemaliges Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, Stadtkreisvorsitzender und 2. Ortsvereinsvorsitzender der SPD, SPD-Betriebsgruppenvorsitzender, Mitglied im Fraktionsausschuß der Bremer SPD für Gesundheit und Umweltschutz;
Olaf Dinne, Mitglied im Stadtteilbeirat Mitte (Bezirksabgeordneter), jetzt als Parteiloser und ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender.

Beide sind aktive Mitglieder der Bürgeraktion Küste und sind an vorderster Stelle im Kampf gegen das AKW Esenshamm engagiert.

Es ist besonders zu begrüßen, daß die beiden sich sehr offen zu den Differenzen in der Bremer Wahlauseinandersetzung geäußert haben. Wir empfehlen den AK-Leser den Artikel dazu in dieser Nummer unserer Zeitung zu lesen.

Wahlausschuß
KB/Gruppe Bremen

AK: Ihr seid am 19. Dezember aus der SPD ausgetreten. Könntet Ihr kurz darstellen, welche Gründe Euch zu diesem Schritt veranlaßt haben?

Peter Willers: Es ist festzustellen, daß es so gut wie unmöglich ist, in der SPD, so wie sie sich heute darstellt, eine fortschrittliche Politik zu machen, eine Politik die Zukunftsperspektiven hat, das heißt für mich, der ich unter anderem in der Umweltschutzbewegung arbeite, daß erkennbare Veränderungen erreicht werden um die Umweltzerstörung aufzuhalten.

Olaf Dinne: Also ich bin aus der SPD ausgetreten, weil ich glaube, daß Politik machen heißt, daß man sich in irgendwelchen gesellschaftlichen Strömungen wiederfindet, und gleichzeitig aktiv dazu beiträgt, diese zu organisieren. Eine Zeitlang hatte ich und andere durchaus den Eindruck, daß das in der SPD möglich war, das kann man auch an den kommunalpolitischen Sachen ablesen, die in den letzten zehn Jahren in Bremen abgelaufen sind. Das erstaunliche war nur, daß die Parteiführung bzw. das Parteimanagement – man könnte auch sagen: die Parteibonzen – daß die, als eine echte demokratische Bewegung begann, sich von unten her durchzusetzen, daß die mit organisatorischen bis hin zu rechtswidrigen Tricks ihren Laden dichtgemacht haben (z.B. die Teilung des großen Bremer Unterbezirks usw.), so daß die Mehrheit der Partei nicht mehr zu ihrem Recht kommen konnte. Da die gesellschaftlichen Strömungen ja irgendwie weitergehen und nicht alleine von der SPD bzw. deren Mißmanagment abhängig sind, hat sich uns und vielen anderen, die ihre Augen offenhalten, aufgedrängt, daß interessante Strömungen und wahrscheinlich auch für unsere politischen Ziele wichtigere Strömungen einfach woanders lang laufen und mit denen haben wir uns seit längerer Zeit befaßt und mit denen werden wir uns zunehmend befassen.

AK: Ihr habt auf Eurer Pressekonferenz gesagt, daß Ihr die Hoffnung aufgegeben habt, innerhalb der SPD politische Veränderungen zu erreichen, und Interessen der Bevölkerung über die Partei durchzusetzen. Könnt Ihr an einem Beispiel verdeutlichen wo Ihr versucht habt, in diesem Sinne Euch in der SPD durchzusetzen, und wie Ihr damit gescheitert seid?

P.W.: Anfang der 70er Jahre gab es durchaus in der SPD und auch in der Bremer SPD Möglichkeiten oder schien es Möglichkeiten zu geben, bestimmte politische Veränderungen zu erreichen. Das war auch der Zeitpunkt der größten Aktivitäten der Jusos in Bremen und auch gewisser kommunalpolitischer Erfolge, die von linken Kräften in der SPD erzielt werden konnten. Kommunalpolitische Erfolge wie z.B. das Verhindern der Mozarttrasse, die Festschreibung der Einwohnerzahl auf 550.000 usw.. Nach der schon zitierten Teilung des Unterbezirks-Bremen und der Etablierung von Sozialdemokraten, die sich als „linke Sozialdemokraten" verstehen und die heute wesentliche Posten in Bremen besetzt halten, ist eine fortschrittliche Politik in Bremen zu machen fast unmöglich geworden, vielleicht schwieriger, als in anderen Bezirken, die sich mehr konservativ verstehen, weil hier in Bremen „linke" Politik immer von den jetzt Etablierten proklamiert wird, d.h. man ist in Bremen „links" und links davon gibt es nichts mehr. Man kann dann natürlich immer auf fortschrittliche Beschlüsse verweisen, die die Bremer SPD in großer Zahl gefaßt hat. Nur unterscheiden die sich von dem, was dann an realer Politik gemacht wird, ganz erheblich. Das ist einer der entscheidenden Punkte: die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Papier und Realpolitik.

AK: Euer Austritt kommt zu einem Zeitpunkt, bei dem die innerparteilichen Auseinandersetzungen z.B. mit den Jusos weitestgehend abgeschlossen sind. Auch die Debatte um die Haltung der SPD zum Atomprogramm ist mit dem Hamburger Parteitag von oben her beendet worden. Warum erfolgte Euer Austritt nun gerade zu diesem Zeitpunkt, was die innerparteilichen Auseinandersetzungen angeht, doch ziemlich spät?

O.D.: Zum Zeitpunkt unseres Austritts ist zu sagen, daß es ein Mißverständnis wäre, wenn wir in diese Auseinandersetzung mit den Jusos auf Bundesebene mit reingeraten würden, weil es da eigentlich um eine ganz andere Sache gegangen ist. Da ist es um die Stamokap-Auseinandersetzung mit der Partei gegangen und die Frage des Kernenergiebeschlusses bzw. des Parteitags in Hamburg ist auch nur in indirektem Zusammenhang mit unserem gewählten Zeitpunkt zu sehen. Dieser Hamburger Parteitag war eigentlich nur ein Fixpunkt dafür, daß die Partei nicht in der Lage war, Bevölkerungs- bzw. Mehrheitsmeinungen aufzunehmen. Es ist ja mittlerweile klar, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung gegen die Nutzung der Kernenergie ist (siehe „Stern"-Umfrage). Jedenfalls war die Partei auf ihrem Parteitag nicht in der Lage, Bevölkerungsmeinungen irgendwie Ausdruck zu verleihen. Das hat eigentlich für uns nur noch ein weiteres Faß zum Überlaufen gebracht.

Aber diese Auseinandersetzung, die mit den Jusos gelaufen ist, über die Stamokap-Sache, ist eigentlich eine Frage, mit der wir geschichtlich schon früher zu tun hatten. 1971/72 war nämlich die Auseinandersetzung zur Zeit der Juso-Bundeskongresse, auf denen die Auseinandersetzungen zwischen der Stamokap-Fraktion und z.B. auch den Leuten, die von Bremen aus an dem kommunalpolitischen Papier der Jusos mitgearbeitet haben, gelaufen sind. Da war es ja noch so, daß wir uns gegen die Stamokap-Leute durchgesetzt haben. Die Stamokap-Leute haben ein ganz anderes Verhältnis zum Staat, als wir, da ist eigentlich eine starke Auseinandersetzungslinie gelaufen, und insofern haben wir uns an dem Streit zwischen Stamokap und Parteiführung eigentlich wenig beteiligt und sehen deshalb auch keinen zeitlichen Zusammenhang zu unserer Aktion. Genauso wie wir davon ausgehen, daß die Stamokaps sich an unserer Sache wenig interessiert zeigen werden.

Zu der genauen Frage: warum nun jetzt dieser Austritt? Eigentlich kann man dazu nur sagen, daß das im Rahmen einer ausgetüftelten Strategie abläuft, was wir in Zukunft machen wollen. Und da war dieser Zeitpunkt u.a. notwendig im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen, aber auch im Hinblick auf die diversen Einigungsbemühungen der verschiedenen Alternativbewegungen in der BRD. Da erschien uns dieser Zeitpunkt geeignet und wie das Presseecho zeigt, haben wir eigentlich auch den Eindruck, daß er ganz gut gewählt war.

AK: In der Presse seid Ihr des öfteren als „linke Dissidenten" dargestellt worden. Wo seht Ihr Euren politischen Standort, versteht Ihr Euch als linke Sozialdemokraten?

P.W.: Links von der SPD zu stehen und von der Presse als „Linker" bezeichnet zu werden, ist keine große Kunst. Mit dem Begriff „links" kann ich so, wie er in der Frage formuliert

ist, nicht viel anfangen, das bedürfte einer längeren Debatte, was denn „links" ist. Wir haben in der Vergangenheit sowohl in den Bürgerinitiativen als auch in der kommunalpolitischen Arbeit immer eine sehr bevölkerungsnahe Politik gemacht, sehr sachbezogen und bevölkerungsnah versucht zu arbeiten. Wenn das „links" ist, dann sind wir sicherlich „Linke". Ich würde in der täglichen politischen Arbeit versuchen, einen solchen Begriff zu vermeiden, weil er nur falsche Vorurteile weckt, und der Presse Vorwände gibt zu Diffamierungen und einer Politik des In-die-Ecke-Stellens.

O.D.: Also ich habe genau wie der Peter zunehmend Schwierigkeiten mit dem Begriff „Links", obwohl die Bremer Lokalpresse mich ja schon seit Jahren als „Links-Außen" deklariert. Deshalb müßte ich ja eigentlich wissen, was das ist. Aber wie man sieht, ist das trotzdem nicht klar geworden. Ich will mal ein paar Beispiele nennen:

Thomas von der Vring – der Herr hab ihn seelig – seinerzeit Gründungsrektor der Bremer Universität, hat ja in Bremen mit einer Karriere begonnen unter dem Motto: Man muß ganz links unten anfangen, um ganz rechts oben rauszukommen. Also, als ich das gehört habe, habe ich mich das erste Mal gefragt, wo ich mich eigentlich selbst wiederzufinden hätte.

Dann ist es so, daß die Gruppe um Henning Scherf, die ja in Bremen die Macht in den Händen hält, daß die sich eigentlich auch als „Parteilinke" versteht im Gegensatz zu den „Parteirechten", die sie nun langsam von den Parteikrippen verdrängt hat.

Und das dritte Beispiel ist, daß ich im Stadtteilbeirat Mitte, dessen Mitglied ich ja noch bin und auch erstmal bleiben werde, gelernt habe, daß wir mit den Leuten beispielsweise der CDU, ständig von oben auseinanderdividiert werden sollen, indem es heißt: „Was? Ihr Linke arbeitet mit den Rechten zusammen?" und wir uns eigentlich immer im Ergebnis mit Leuten von der CDU im Beirat, die Sozialarbeiter und anderes waren, einig waren, daß bestimmte Sachen einstimmig durchgezogen werden mußten. Da haben wir natürlich auch begonnen uns zu fragen: ist das alte Schema „Links gegen Rechts" eigentlich nicht nur dafür da, daß wir aus-
einandergehalten werden sollten, damit eben die „Linken" und „Rech-
einandergehalten werden sollten, damit eben die „Linken" und „Rechten" sich umso besser einigen könnten. Der Bausenator Seifritz hat beispielsweise nie Schwierigkeiten gehabt, sich mit den Bausprechern der CDU sehr schnell zu einigen. Und so sind wir dann zu der These gekommen, daß es nicht heißen müßte „Links gegen Rechts", was immer das also heißen mag, sonder – was viel wirkungsvoller ist – „Unten gegen Oben" und möglichst das „vereinigte Unten gegen das vereinigte Oben."

AK: Wie schätzt Ihr die Wirkung Eures Austritts auf andere oppositionelle Kreise in der SPD ein, einmal in Bremen, aber auch auf Bundesebene? Hofft Ihr, daß Euer Beispiel Nachfolger finden wird?

O.D.: Ich will erst mal etwas bescheidener in Bremen anfangen. Ich glaube, daß die Wirkung unseres Austritts in Bremen insofern vielleicht eine bestimmte Rolle spielt, als es tatsächlich so gewesen ist, daß die SPD sich zwar gegen unsere politischen Auffassungen in den letzten zwei oder drei Jahren wirkungsvoll abgeschottet hat – innerhalb der Partei, außerhalb war ihr das ja nicht möglich, wie man am Beispiel Hillmann-Hochhaus, Trinkwasserskandal usw. sehen kann – auf der anderen Seite aber doch immer uns nach links rausgehängt hat, so unter dem Motto: „Ihr seht ja, selbst diese Leute finden bei uns ihre politische Heimat und arbeiten konstruktiv mit, also wo bleibt denn da überhaupt noch irgend etwas außer uns SPD". Ich glaube, daß das auch dazu beigetragen hat, daß in Bremen eine Alternative langsamer auf die Beine kommt, als woanders, und ich glaube auch, daß das jetzt vorbei ist. Insofern hat unser Austritt schon eine bestimmte Wirkung sowohl innerhalb der SPD als auch auf die Opposition innerhalb der SPD.

Auf Bundesebene kann man sich eigentlich nur angucken, wie die Presse reagiert hat und da ist es eigentlich mehr so, daß wir zu einem Signal vermarktet werden dafür, daß eben die Unzufriedenheit mit den Parteien aber auch speziell mit der SPD groß und offensichtlich im wachsenden Zustand begriffen ist und daß das nun irgendwie offenbar wurde. Das konnte man so der Presse entnehmen. Was weitere Austritte anbelangt, da ist ja viel gerätselt worden und wir werden immer wieder danach gefragt. Also aus meiner persönlichen Sicht – das ist allerdings umstritten, auch in unserer eigenen Gruppe – bin ich gar nicht so scharf darauf, daß sehr viele Nachfolger weitere Austritte vornehmen werden, sondern ich fände ei-



Interviewpartner Peter Willers (links) und Olaf Dinne

gentlich gut, wenn wirklich die mit den uns sehr zugetanen Kreisen der Partei stattgefundene Absprache zum Wirken kommen würde, daß wir mit starken Kräften in der SPD nach wie vor gut zusammenarbeiten, aus den verschiedensten Gründen, wie jeder sich denken kann. Und da wäre es gar nicht so gut, wenn jetzt alle austreten würden und damit weitgehend alle Brücken zur Partei und auch zu dem, was die Partei an Möglichkeiten mit sich bringt, abgebrochen würden.

P.W.: Ich glaube schon, daß wir alle darauf Wert legen, und das wäre ja auch dumm, wenn wir das nicht täten, daß wir auch Kontakte in die Partei hinein und zu den Genossinnen und Genossen in den Verwaltungen und Schaltstellen behalten. Damit erhalten wir uns die Möglichkeit, Informationen zu bekommen, die wir einfach brauchen, wenn wir eine alternative Kommunalpolitik machen wollen. Das schließt ja nicht aus, daß noch eine ganze Reihe weiterer Genossen austreten und soweit wir wissen, ist das teilweise auch schon passiert, auch hier in Bremen.
Wir kennen auch Äußerungen aus dem Bundesgebiet von Leuten, die
Wir kennen auch Äußerungen aus dem Bundesgebiet von Leuten, die ähnliches angekündigt haben, vielleicht nicht in dieser Form, aber zumindestens haben sie Austritte angekündigt. Vor allem haben wir aber auch eine breite Reaktion von Nicht-Sozialdemokraten, von engagierten Leuten aus Bürgerinitiativen, die uns beglückwünscht haben zu diesem Schritt und ihn als längst überfällig betrachtet haben in Anbetracht der Tatsache, daß man einerseits in Bürgerinitiativen z.B. gegen Atomkraftwerke kämpft und andererseits in solch einer Partei ist, die so vehement sich für die Atomenergie verwendet.

AK: Schon seit Jahren wird innerhalb der Linken in der Bundesrepublik die Frage diskutiert, eine linkssozialdemokratische oder sozialistische Partei zu gründen. Wie steht Ihr zu solchen Projekten?

P.W.: Wie schon richtig gesagt, gibt es in der bundesrepublikanischen Linken eine jahrelange Diskussion um diese Frage und die Diskussion ist teilweise ja unheimlich frustrierend für alle Beteiligten gewesen. Einige von uns sind auch gelegentlich in diese Diskussion einbezogen worden. Das Ergebnis oder besser Nicht-Ergebnis dieser ganzen Diskussion zeigt den leider total desolaten Zustand der bundesrepublikanischen Linken und mir scheint manchmal, daß so eine Art Masochismus dabei eine Rolle spielt, denn an sich müßte es in der gegenwärtigen politischen Situation in der BRD möglich sein, zu einheitlichen Formen der politischen Darstellung der Linken zu kommen. Daß das nicht geschieht, ist wirklich ein Trauerspiel. Auf die Frage, wie wir zu solchen Projekten stehen, kann ich nur für mich sagen, das ist z.Zt. keine Debatte, weil ich sehe, wie das bisher gelaufen ist, weil ich überhaupt keine Chance sehe, daß es zu einem einheitlichen Handeln der bundesrepublikanischen Linken kommt. Andererseits sehe ich aber, daß es so etwas gibt wie eine Bürgerbewegung, die sich durch das Prinzip „Betroffenheit" mobilisiert hat, und die versucht, neue Wege auch der politischen Organisation zu finden, einer alternativen politischen Organisation. Mir scheint, daß diese aufkommenden Fragen z.Zt. viel eher interessant und verfolgenswert sind, als die fruchtlose Debatte nur innerhalb der Linken.

O.D.: Ich möchte noch ergänzen, daß ich eine einheitliche linkssozialdemokratische oder sozialistische Alternative aus dem Grunde nur schwer sehe, weil ich glaube, daß – wenn wir jetzt doch einfach mal das Wort „links" gebrauchen und mit „oppositionell" übersetzen – eben alles, was gegen den bisherigen SPD-Kurs Opposition macht, in zwei Lager zerfällt. Und deshalb wird es schwierig sein, diese entgegengesetzten Lager auf einen Nenner zu bringen. Das eine Lager ist das, was sein Heil in „mehr Staat" sucht, indem eben mehr staatliche Sozialleistungen und mehr Absicherung und meinetwegen auch mehr unternehmerisches Risiko auch vom Staat übernommen wird. Die andere Gruppe ist der Meinung, daß, je mehr Staat reingebracht wird in das ganze Spiel, desto mächtiger wird der Apparat, der beispielsweise der Industrie oder der ganzen Wirtschaft zum Mißbrauch in die Hand gegeben wird.

Letzteres hat ja die Geschichte bewiesen, obwohl die Hoffnungen ja nicht die gewesen sind, wo es im Moment hinläuft. Und über dieser Frage scheint sich mir die ganze Linksopposition in zwei Lager zu spalten. Ich glaube, ich verrate kaum ein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir mehr zum letzteren Lager gehören.

P.W.: Was wir versuchen würden zu

P.W.: Was wir versuchen würden zu unterstützen ist eine emanzipatorische Politik, die den Bürger Möglichkeiten zur Selbstorganisation gibt. Und das schließt auf der anderen Seite einen übermächtigen Staat, der über alle Mittel und Möglichkeiten verfügt, aus. Anders gesagt heißt das, man muß dem Staat bestimmte Funktionen entziehen, um überhaupt wieder Spielraum für die Basis zu ermöglichen. Konkret an einem Beispiel entwickelt, ginge es im kommunalpolitischen Bereich darum, daß der Staat nicht irgendwo riesige Bürgerhäuser hinklotzt, die dann doch letzten Endes nur der Neuen Heimat oder ähnlichen Unternehmen weitere Gewinne verschaffen. Natürlich soll der Staat gewisse Möglichkeiten zur Verfügung stellen, aber die Organisation solcher sozialen Bedürfnisse müßte weitgehend von der Bevölkerung selbst vorgenommen werden. Und so könnte auch ein politisch emanzipatorischer Prozeß eingeleitet werden, der dann schließlich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen Auswirkungen haben kann.

O.D.: Um das noch mal zu vervollständigen: Ich habe an konkreten Beispielen, z.B. am Robinsönchen-Spielplatz im Ostertor gelernt, daß, als wir dort Selbstorganisation vorgeschlagen und dann schließlich auch durchgedrückt haben, was ein harter Kampf war, daß also gerade die SPD-Verwaltung davor eine unheimliche Angst hatte. Das ging uns zunächst überhaupt nicht ein, wieso eigentlich? Denn es war doch so, daß die Leute von unserer Elterninitiative, die dort den Dienst und die Aufsicht gemacht haben, für den halben Preis dessen gearbeitet haben, was eine staatliche Kraft gekostet hätte. Aber nur um unsere Selbstorganisation abzuwehren, hat die SPD noch und noch Angebote gemacht, dort staatliche Bedienstete hinzuschicken, die die Aufsicht usw. machen sollten. Tatsache ist nur, daß die SPD weiß, daß sich um eine solche Selbstorganisation natürlich eine politische Kraft bildet, und um diese politische Kraft sich vom Leib zu halten, ist sie willens und teilweise auch in der Lage, alles durch staatliche Kräfte zu binden. Denn diese kann sie durch Karriereversprechungen bzw. Kurzhalten mit Gehalt oder Aufsteigsmöglichkeiten immer gefügig halten. Wir wissen ja, wie so etwas im Öffentlichen Dienst gemacht wird. Also dieses Versprechen, daß durch mehr Staat, mehr soziale Leistungen kommen, dem ist nicht so, daß kann ich schon mal sagen. Das hat der Peter schon am Beispiel der Bürgerhäuser deutlich gemacht, die tatsächlich nur Konjunktursteuerungsaufträge für die Neue Heimat sind. Insgesamt habe ich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit gelernt, daß es nichts Gutes gibt, daß nicht in sein Gegenteil verdreht werden könnte.

AK: Wie stellt Ihr Euch Euer weiteres politisches Wirken vor, wollt Ihr als Gruppe der Ausgetretenen weiter zusammenarbeiten?

P.W.: Die meisten von uns haben ohnehin nicht alleine in der SPD gearbeitet, sondern schon seit langem in verschiedenen anderen Gruppen, Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und im Beirat. Und diese Arbeit setzt sich zunächst einmal fort. Ob wir als Gruppe weiter zusammenarbeiten, kann ich wohl verneinen. Diese Gruppe versteht sich nicht als geschlossene Gruppe, die ein näher definiertes und
kann ich wohl verneinen. Diese Gruppe versteht sich nicht als geschlossene Gruppe, die ein näher definiertes und
nur ihr eigenes Ziel verfolgt, sonder es ist wohl so, daß die meisten der 27 sich über das, was sie sonst schon tun hinaus, an einer alternativen Bürgerliste in Bremen beteiligen werden.

AK: Einige von Euch haben bereits in den letzten Monaten an der Diskussion um eine alternative Wahlbeteiligung in Bremen teilgenommen. Welchen Stellenwert hat für Euch eine alternative Kandidatur im Rahmen Eurer politischen Zielvorstellungen?

O.D.: ‚Wenn man anfängt, sich selbst zu organisieren, um seine Interessen gemeinsam selbst wahrzunehmen, dann braucht man einfach verschiedene und möglichst vielfältige Ebenen, auf denen man seine Interessen, möglichst in koordinierter Abstimmung dieser Wege untereinander, wahrnehmen kann. Beispielsweise in der Kernenergiefrage sind wir immer dafür eingetreten, durch Demonstrationen unsere Stärke zu zeigen. Diese Stärke nimmt ja in der letzten Zeit ab, deshalb sollte man sie vielleicht weniger zeigen. Dann geht es aber auch darum, auf dem Rechtsweg zu zeigen, daß die Herrschenden wie z.B.. auch die SPD-Regierung, Schwierigkeiten haben, ihre Atomprogramme und umweltzerstörenden Aktionen überhaupt gegen das Grundgesetz zu legitimieren. Mal ganz abgesehen davon, daß man damit so ein Ding wie das AKW-Esenshamm fast zwei Jahre aufhalten konnte und erreicht hat, daß die Abgabewerte auf 10 % reduziert worden sind, das ist ja auch immerhin etwas, auch wenn es darum alleine sicherlich nicht gegangen ist. Dann gibt es natürlich auch noch alle möglichen Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Hier sind der Phantasie fast keine Grenzen gesetzt. Und dann sollten wir aber auch den parlamentarischen Weg in den Möglichkeiten, die einem noch offen sind, ausschöpfen. Ich habe den Eindruck, daß wir im Stadtteilbeirat Mitte durchaus sinnvoll gearbeitet haben. Man kann sich sicher darüber streiten, ob da hätte noch mehr rauskommen können. Aber, summa summarum, wird doch wohl kaum einer bestreiten, daß im Stadtteilbeirat Mitte eine Politik vertreten worden ist, die der SPD manchmal doch die Faust unter die Nase gehalten hat. Und so kann ich mir auch vorstellen, muß im Parlament was passieren, weil parlamentarische Arbeit ja nicht immer von dem Irrtum ausgehen muß, daß man nun einen Zipfel Macht in den Händen hielte und damit das Rad der Weltgeschichte wer weiß wie weit beeinflussen könnte. Da gibt es aber eben auch Informationen, da gibt es über die Medien besser die Möglichkeit, an die Bevölkerung heranzukommen und da gibt es noch viele andere Möglichkeiten. Und als eine der vielen vorhin geschilderten Möglichkeiten, politisch zu wirken, sehe ich die Kandidatur für die verschiedenen parlamentarischen Ebenen.

P.W.: Wir machen uns durchaus keine Illusionen über die Durchsetzungsmöglichkeiten alternativer Politik in der Bürgerschaft und wir würden das im Falle einer Listenbildung auch den Wählern sagen, daß es eben erhebliche Vorbehalte gibt. Nur sollte man jede Möglichkeit nutzen, die man hat, unter reduziertem Anspruch natürlich und unter der Erkenntnis der Möglichkeiten, die man hat oder nicht hat. Aber warum soll-
spruch natürlich und unter der Erkenntnis der Möglichkeiten, die man hat oder nicht hat. Aber warum soll-
te man solche Möglichkeiten außer Acht lassen, wo man alle anderen Möglichkeiten ja auch nutzt. Es darf nur nicht zu Einem führen: Daß da Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllbar sind. D. h. die außerparlamentarische Bürgerbewegung muß das tragende Element einer solchen Sache bleiben.

AK: Wenn es in Bremen zu einer alternativen Liste kommt, welche gesellschaftlichen Bereiche sollte sie Eurer Meinung nach umfassen, sollte sie über einen engen ökologisch orientierten Rahmen hinausgehen und z.B. Fragen des demokratischen Kampfes u.ä. beinhalten?

P.W.: Die Diskussion bei uns um eine alternative Liste ist jetzt an folgendem Punkt: Wir wollen kurz gesagt, drei Prinzipien zum Tragen bringen, die sich in wirklich allzu verkürzter Form vielleicht so darstellen lassen: demokratisch, dezentral und basisorientiert. Soweit gehen wir, glaube ich auch, mit allen, die bisher an der Diskussion beteiligt waren, überein. Wo es jetzt beginnt auseinanderzulaufen ist die Frage der Organisation einer solchen Alternative und damit natürlich auch wieder ihrer Inhalte. Wir sind nicht für ein Bündnis à la Bunte Liste in Hamburg, sondern wir vertreten eine Art Agentur-Modell, d.h. nach dem, was wir vorhin gesagt haben, sollten unter einem reduzierten Anspruch aus der Bürgerbewegung Abgeordnete ins Parlament geschickt werden, die auf geeignete Weise rückgekoppelt und angebunden werden müßten. Aber die ganze Organisation dessen sollte nicht als Bündnis „fortschrittlicher Organisationen" aufgestellt werden, was nach unseren Erfahrungen zur Folge hätte, daß es fast ausschließlich ein Bündnis wäre, was der Bremer Linken die Möglichkeit gäbe, sich selbst zu wählen. Wir wollen in breitere Bevölkerungsschichten hinein, d.h. wir wollen auch die klassischen und konservativen Bürgerinitiativen mit erfassen, wir wollen überhaupt in den bürgerlichen Bereich möglichst weit hinein. Es geht uns darum, deren Bedürfnisse, deren Interessen und deren Betroffenheit mit aufzunehmen und zu artikulieren. Da wir aufgrund unserer bisherigen Diskussion in den Bürgerinitiativen zu der Ansicht gekommen sind, daß sehr viele Fehler in unserer Gesellschaft durch die Zentralisierung von wirtschaftlicher und politischer Macht entstanden sind, durch Zentralisierung, Monopolisierung usw., verfolgen wir eine Politik der Dezentralisierung auch in der politischen Organisation, und das setzt uns

Leserbrief

Betrifft: Der Wahlkampf der SPD-SH AK 144, S. 36f

Zu Eurem Artikel über den Wahlkampf der SPD ist ein klärendes Wort nötig, weil er den Eindruck hinterläßt, der AK-Brokdorf hätte auf dem letzten Parteitag in Segeberg Anträge zur Abstimmung stellen können. Das ist nicht der Fall gewesen.

Richtig ist zwar, Jansen hatte das Angebot gemacht. Unser entsprechendes Schreiben vom 14.11.78 (Anlage) ist den Delegierten aber wider Erwarten n i c h t vorgelegt worden. Da nun im wesentlichen dort beschlossen wurde, was der AK-Brokdorf kritisiert hatte, kommt diesem Parteitag für meine Einschätzung der Stellung der SPD besondere Bedeutung zu, weil ich die Beschlüsse über die Atomenergie für einen wichtigen Maßstab aktueller Politik halte. Der Parteitag der SPD-SH in Segeberg schien mir das grundsätzliche Einschwenken auf einen Pro-Kernenergiekurs zu signalisieren. Dies wird heute gerade dadurch bestätigt, daß die einzigen Bundestagsabgeordneten, die sich gegen Kalkar stemmten, nicht die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten sind, die einst kühn in dieser Frage gegen Matthöfer antraten ...

Ich war (als Gast des Parteitages) schon zwei Stunden vor der Abstimmung über den Brunsbüttel-Antrag, der die Wiederinbetriebnahme unter einer SPD-Regierung ermöglicht, davon überzeugt, daß der Antrag auf endgültige Stillegung keine Chance hätte — es war ein Abhakparteitag ohne politische Diskussion. Tatsächlich hörte auch kaum einer der Delegierten zu, als die Segeberger Kollegen sich intensiv für ihren Antrag einsetzten. Überraschend, daß dennoch dieser hoffnungslose Antrag eine sonst nicht gesehene Reihe prominenter Widersacher fand: Jansen, Überhorst, Matthiesen, Klingner, Gansel, Stohjan und zu guterletzt Bahr. Nun ist die Option Kernenergie in SH offengehalten, auf die Gnade von Matthiesen, der die Politik evtl. bestimmen wird, angewiesen.

Mir wird nun verständlich, warum auch in Sachen Brokdorf nicht unserem Vorschlag einer eindeutigen Ablehnung gefolgt wurde. Da der Wiederinbetriebnahme Brunsbüttels grundsätzlich zugestimmt wurde, kommt der Formulierung ‚Brokdorf s o l l nicht gebaut werden' eine andere Bedeutung als bisher zu, als Jansen noch Garant für diese Formel schien. Der Parteitag hätte vermutlich auch Brokdorf nicht abgelehnt und wird es auch im Ernstfall kaum tun. Selbst von den Steinburger Delegierten stimmte nur einer für ‚Segeberg'!

14.12.78 Lars Hennings

„Weihnachtserklärung" Bremer SPD-Mitglieder 19. Dez. 1978

Der Tenor der Parteioberen wird sein:
„Enttäuschte Romantiker!"
Wir sagen: „Macht man weiter so!"

Wir sind heute aus der SPD ausgetreten.
Wir haben lange Jahre in der Partei gearbeitet und dort verschiedene Funktionen ausgeübt. Wir haben unsere Arbeit immer als einen Beitrag zur politischen Weiterentwicklung verstanden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
- Demokratie nicht nur als lästige Pflichtübung verstanden, sondern mit dem Ziel der Selbstbestimmung der Menschen praktiziert wird,
- der ökonomische Nutzen nicht mehr das Maß aller Dinge ist,
- wir uns wieder als Teil einer Umwelt verstehen können, die nicht ausgebeutet und vergewaltigt wird.

Weder die SPD noch sonst eine der bestehenden Parteien macht ein Realpolitik, die uns diesen Zielen näher bringt – im Gegenteil.
Für unseren Austritt sind besonders folgende Gründe maßgebend:
1. Die Bundesregierung – und damit auch die SPD – betreibt eine Politik wirtschaftlichen Wachstums, die erkennbar in eine Katastrophe führen wird.
2. Im Zusammenhang damit verfolgt sie eine Energiepolitik, mit der Rohstoffe verschleudert und erhebliche Gesundheits- und Lebensgefährdungen zugunsten wirtschaftlichen Nutzens bewußt in Kauf genommen werden. Trotz allen Widerstandes aus der Bevölkerung wird am Atomprogramm festgehalten. Obwohl nicht einmal die Entsorgungsfrage geklärt ist, nimmt ein Atomkraftwerk nach dem anderen den Betrieb auf.
3. Die SPD forciert technische Entwicklungen, die ein wachsendes Heer von Arbeitslosen zur Folge hat (z.B. durch Automation mit Mikroprozessoren usw.). Die sozialen Folgeschäden werden völlig außer Betracht gelassen.
4. Die Bundesregierung treibt eine Entwicklungspolitik, die die Perversion einer angemessenen Hilfe für die Dritte Welt ist (z.B. Atomkraftwerke nach Brasilien, Persien usw.).
5. Wie in der Wirtschaft zentralisiert sich auch in den Staatsapparaten immer mehr Macht. Wichtige Entscheidungen werden ohne Beteiligung von Parlament und Bevölkerung gefällt.
6. Insgesamt ist eine beängstigende Tendenz zur Entdemokratisierung und zum Überwachungsstaat festzustellen. Staatsschutzorgane erhalten Funktionen, die ihren verfassungsmäßigen Auftrag weit überschreiten.

Wir verlassen die Bremer SPD,
- die Entscheidungen über den Bremer Staatshaushalt Großkonzernen wie Daimler-Benz überläßt (der nach der Verfassung dafür vorgesehenen Bürgerschaft bleibt lediglich das Absegnen).
- die für die Finanzierung des Daimler-Benz-Abenteuers etwa 1 Mrd. DM an öffentlichen Geldern aufwendet und dies durch erhöhte Staatsschulden und Abstriche an anderen Haushaltmitteln zu finanzieren versucht.
- die behauptet, mit Daimler-Benz Arbeitsplätze zu schaffen (für die es keine verbindlichen Zusagen gibt), tatsächlich aber zulasten von Klein- und Mittelbetrieben zur weiteren Konzentration der Wirtschaft beiträgt. Dadurch wiederum steigert sie selbst den erpresserischen Druck auf die Regierung.
- die mit vom Steuerzahler finanzierten Anzeigen behauptet, sie schaffe das wohnliche Bremen. In Wahrheit aber schafft sie das wohnliche Bremen ab, indem sie leichtfertig auswärtigen Großkonzernen die Bremische Stadtplanung in die Hand gibt: Hamburg-Mannheimer (Hillmann-
Bremen ab, indem sie leichtfertig auswärtigen Großkonzernen die Bremische Stadtplanung in die Hand gibt: Hamburg-Mannheimer (Hillmann-
Hochhaus), Neue Heimat (Mozart-Trasse, Bauhof, Hollerland, Osterholz-Tenever etc.), Daimler-Benz (Umpflügen des gesamten Bremer Ostens) usw.
- die nach wie vor ein Verkehrskonzept verfolgt, das dem Auto und dem Straßenbau Vorrang vor öffentlichen Verkehrsmitteln einräumt, obwohl auch sie genau weiß, daß dies eines Tages den Zusammenbruch unserer Stadt bedeutet.
- die mit lauen Worten die Kernenergie ablehnt, aber nichts gegen das Kernkraftwerk Unterweser vor den Toren Bremerhavens und gegen den Schnellen Brüter bei Kalkar tut.
- die unter dem Anspruch der „Chancengleichheit" Lernfabriken installiert, die unsere Kinder körperlich und seelisch kaputt machen.
- die eine fortschrittliche Hochschule etabliert und die Reformen noch in ihrer Aufbauphase mit der Zustimmung zum Hochschulrahmengesetz zunichte macht.
- die Industriebetrieben wie Klöckner Konzessionen bei der Verschmutzung der Umwelt macht, für die jeder Bürger mit Gefängnis oder hohen Strafen zu rechnen hätte.
- die entgegen einem Urteil Bundesverfassungsgerichts die Direktwahl der Stadtteilbeiräte verhindert aus dem einzigen Grund, ihre unpopuläre Kommunalpolitik könne zu regionalen Wahlniederlagen führen.
- die Lehrern lieber Arbeitslosengeld zahlen läßt, statt sie für fast das gleiche Geld einzustellen und damit endlich Klassengröße, Stundenausfall und Stress zu senken.
- die sich von den höheren, bei USA-Reisen gewonnenen Erkenntnissen ihres großen Manitou leiten läßt und dem Ausverkauf eines der letzten Bremer Naherholungsgebiets, der Garlstedter Heide, nahezu tatenlos zusieht.
- die ihren Oberen zusammen mit der CDU die Bürgerschaftsdiäten auf versteckte ca. DM 7.000 erhöht.

Wir sind es leid, daß in den oberen Etagen der Partei lediglich Management statt Politik betrieben und eine kritische Parteibasis zum Wohlverhalten gezwungen wird. Machterhaltung ist die Devise, selbst um den Preis der Identität der Partei. Wer kann angesichts des Trauerspiels um den Schnellen Brüter am letzten Donnerstag im Bundestag noch von einem „freien Spiel politischer Kräfte" reden? Diese Art ignoranter Machtpolitik, geleitet von sogenannten übergeordneten Interessen kann für sich nicht mehr in Anspruch nehmen, sich Politik im Interesse der Bevölkerung zu nennen. Wir werden diesen perspektivlosen Kurs nicht mehr mitverantworten. Unser Schritt ist ein neuer Anfang aus der bisherigen Machtlosigkeit und Resignation, wir werden politisch weiterarbeiten. Von unseren Freunden in der Partei erwarten wir Verständnis und Zusammenarbeit in der Sache.

Unterschriften:

Anny Ahrens, eh. UB-Delegierte, Jürgen Ahrens, Hiltrud Burwitz, ehem. Stadtkreisvorsitzende, Christine Bernbacher, eh. Stadträtin, Jutta Draub, eh. UB-Delegierte und Kassiererin, Lore Dinne, ehm. UB-Delegierte u. Kassiererin, Olaf Dinne, Beiratsmitglied, eh. OV-Vorsitzer, Marion Herrmann, eh. UB-Delegierte u. Kass., Erhard Kröger, Hedda Mahnhardt, ehm. Stadtkreisvorstandsmitglied, Karsten Schwerdtfeger, Beiratsmitglied, ehm. OV-Vorsitzer, Uwe Martin, Beiratsmitglied, eh. oV-Vorsitzer u. Parteisekretär UB-Bremen, Jochen Tholen, ehm. Bezirksdelegierter Hbg., Inge Tholen, ehm. UB-Delegierte u. Kassiererin, Wilfried Stümer, ehm. AfA-Delegierter, Peter Willers, ehm. Stadtkreisvorsitzender, 2. OV-Vorsitzer, Betriegsgr. Vorsitzer, Mitglied Fraktionsausschuß Gesundheit und Umweltschutz, Jutta Willers, ehm. Gemeinderätin u. UB-Deleg., Antje Steinberg, ehm. UB-Delegierte, Marleen Schrader, Siegfried Schwebel, Wilhelm Eberwein, Hans Kemmer, ehm. UB-Delegierter u. Mitglied UB-Schiedskommission, Jochen Hertrampf, Jutta Schwerdtfeger, ehm. UB-Delegierte, Schriftführerin u. Stadtkreisvorstandsmitglied, Dieter Strahtmann, Gudrun Bockhofer, Eva Rodenbarg

in einen gewissen Widerspruch zu den Gruppen, die bisher an der Wahldiskussion in Bremen beteiligt waren und die ein mehr „demokratisch zentralistisches" Verständnis von Politik haben, z.B. auch dem KB.

O.D.: Ich möchte das noch mal unterstreichen, was der Peter gesagt hat, und vielleicht einen Kernsatz noch mal klar rausarbeiten und zwar: Politik ist die Kunst des Erzeugens von gesellschaftlichem Druck. Alles übrige kann man nennen wie man will, aber deshalb ist es eben nicht besonders hilfreich, wenn wir nur uns alle selber wählen, weil dieser Druck ja bereits vorhanden ist. Wenn wir in irgendeiner Weise den gesellschaftlichen Druck verstärken wollen, um unsere Ziele durchzudrücken, dann müssen wir wirklich in Kreise rein, die uns dann auch unterstützen und die uns bisher verschlossen waren. Also diese Frage, daß gesellschaftlicher Druck über den bisher bestehenden hinaus organisiert werden muß, das ist die Hauptfrage, die mich beschäftigt.

P.W.: Vielleicht noch ein Beispiel zur Verdeutlichung: Wir haben in der Vorbereitung der Auseinandersetzung um Gorleben ja auch sehr intensiv über eine zentrale Demonstration geredet. Ein Argument zur Unterstützung einer solchen zentralen Demonstration war auch immer, daß es sehr viele Leute gibt, die aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage sind, sich permanent in Bürgerinitiativen zu engagieren und dort mitzuarbeiten und von daher schon die „richtigen" AKW-Gegner zu sein, aber die auch gegen Gorleben sind, die das nur nicht permanent ausdrücken können, die aber auch eine Chance haben müssen, einmal Flagge zu zeigen. Darum haben wir immer eine zentrale Demonstration in Gorleben unterstützt.

Übertragen auf die Frage einer alternativen Liste heißt das, daß wir auch den Leuten, die nicht ewig und immer und jetzt schon politisch organisiert und voll informiert sein können, eine Chance geben müssen, ihren Unwillen mit den bestehenden Verhältnissen auszudrücken, und wenn es zunächst auch nur durch ein Kreuz ist.

AK: Heißt das, daß sich das Spektrum derer, die Ihr erreichen wollt, soweit nach rechts verschiebt, daß die in Bremen nicht unbedeutende Linke dadurch unter den Tisch fällt?

P.W.: Das ist sicher nicht so, wir ha-
Linke dadurch unter den Tisch fällt?
P.W.: Das ist sicher nicht so, wir ha-
ben ja bis jetzt in der fast einjährigen Debatte um diese Liste praktisch mit allen interessierten Linken zusammengearbeitet, eigentlich immer sehr einvernehmlich, d.h. wir haben alle Sachprobleme, die in Bremen anstehen, im größten Einvernehmen geklärt. Ich sehe also gar keinen Grund dafür, daß sich da das Spektrum verschoben haben könnte, das müßte geöffnet werden, es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß wir auch bürgerliche Kräfte erreichen. Eine solche alternative Liste in Bremen sollte sich m.E. von dem, was bisher auf diesem Sektor woanders gelaufen ist, dadurch unterscheiden, daß sie sich sehr viel konkreter und kommunalbezogener der Probleme annimmt. Es geht weniger darum, große Weltpolitik neu zu ordnen, als hier nach dem alten Prinzip der Betroffenheit Bürger anzusprechen und zu versuchen, ihre Probleme in irgendeiner Weise aufzugreifen und angemessen zu lösen. Das heißt natürlich nicht, daß wir uns nicht gegen Berufsverbote z.B. aussprechen, Berufsverbote spielen auch in Bremen eine Rolle und diese gesamte Berufsverbotepraxis ist eine perverse Angelegenheit. Und ich glaube auch nicht, daß es da irgendeinen Dissens gibt, auch nicht bei den bürgerlichen Leuten, daß so ein Radikalenerlaß fallen muß. Also solche Fragen werden sicherlich mitbehandelt, das ist überhaupt keine Frage.

O.D.: Dazu habe ich prinzipiell zwei Sachen zu sagen:
1. ist, glaube ich klar, daß wenn man eine alternative politische Bewegung aufbauen und sich daran beteiligen will, sich nicht „nur" auf Umweltschutz oder ein anderes spezielles Gebiet beschränken kann, sondern es ist tatsächlich nur dann eine Alternative, wenn alle Lebens- oder meinetwegen auch Ressortbereiche erfaßt werden. Das muß erst einmal klar sein.
2. Was jetzt die Frage des demokratischen Kampfes betrifft, damit ist ja die Frage der Berufsverbote usw. gemeint. Ich habe vorhin schon gesagt, daß mit zunehmendem Erfolg, den wir seinerzeit in der SPD hatten, die Reaktion der Parteiführung das Abwürgen dieser ‚demokratischen Bewegung von unten her' mit allen Mitteln, auch mit rechtswidrigen Praktiken war. Zu einer solchen rechtswidrigen Praktik gehört auch das Berufsverbot. Ich bin eigentlich der Meinung, daß jeder, der sich engagiert, von vornherein damit rechnen muß, daß er mit Repressalien aller Art – mit Berufsverboten usw. – bedroht wird. Und wenn er diese Fragen in den Vordergrund stellt, dann heißt das meiner Meinung nach, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen. Denn das sind Fragen, die eigentlich die Aktiven betreffen, während ich vorhin davon gesprochen habe, daß wir in Bereiche reinmüssen, wo auch die weniger Aktiven eine Ausdrucksmöglichkeit haben müssen. Also, wer die Berufsverbote als erstes politisches Thema anbringt und im übrigen zu den weiteren Fragen nicht so ganz viel zu sagen weiß, der zeichnet sich in meinen Augen aus als jemand, der weinerlich nur seine eigene Psyche berieseln will und der eigentlich nicht sieht, daß wenn er sich für eine alternative Politik einsetzt und mithilft, diese zum Erfolg zu führen, daß dann solche – wie der Peter sie nannte – Perversitäten wie die Berufsverbote ganz von selber fallen. Hier ist eine Verkennung der politischen Akzente ganz deutlich zu sehen.

P.W.: Das Berufsverbot ist ein Symp-
hen.
P.W.: Das Berufsverbot ist ein Symp-
tom und keine Ursache. Und uns geht es darum, gegen die Ursachen anzugehen und natürlich auch die Symptome bei der Gelegenheit zu heilen, aber man muß da einen Unterschied zwischen Wirkung und Ursache machen.

AK: Wie ist Eure Stellung zur organisierten und unorganisierten Linken, seht Ihr hier Möglichkeiten und Ansatzpunkte, in bestimmten Fragen zusammenzuarbeiten?

O.D.: Zu dieser Frage kann ich nur ganz lakonisch ja sagen, natürlich sehe ich Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit. Aber ich finde diese Frage suggestiv. Zur organisierten wie zur unorganisierten Linken haben wir immer beste Kontakte gehabt und mit ihnen auch zusammengearbeitet. Nur wenn das in reiner Selbstbeweinung sich erschöpft, dann muß man da einfach drüber hinweggehen, so sehe ich das.

P.W.: Ergänzend nochmal, wenn diese Frage im Zusammenhang mit der Wählerliste gemeint ist, so habe ich schon gesagt, daß wir uns eine Bremer Wählerliste vorstellen, in die keine Vorverständnisse von Parteien eingehen, die keinen Bündnis-Charakter von Parteiorganisationen hat, sondern wo wir versuchen, mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten, die wie wir versuchen einen neuen Weg zu finden. Wir meinen nicht, alle Antworten bereits parat zu haben. Was wir in unserer bisherigen politischen Arbeit festgestellt haben, ist gerade, daß es nicht immer lupenreine Antworten auf alle Fragen gibt, sondern, daß die Weiterentwicklung der Gesellschaft ständig neue Fragen aufwirft und man mit den alten Antworten oft nicht mehr zurecht kommt. Das ist also eine Absage an die Dogmatiker.

AK: Heißt das für Euch, daß Ihr nicht bereit seid, mit Linken zusammenzuarbeiten, die organisiert sind und das auch bleiben wollen?

O.D.: Wir können ja mal von unserer SPD-Mitgliedschaft ausgehen. Ich hätte es für mich für unmöglich gehalten, und deshalb habe ich mich auch an diesem Schritt des Austritts beteiligt, in der SPD zu sein und gleichzeitig an einer alternativen Politik zur SPD mich zu beteiligen. Das sprengt meine Denkgesetzlichkeitsgrenzen, die ich im Kopf verspüre, also komme ich da nicht drüber hinaus. Und ich bin der Meinung, daß jeder andere, der in irgendwelchen politischen Organisationen ist, das eigentlich auch so sehen müßte, daß, wenn er sich an einer alternativen Sache beteiligt, die alten Schiffe, mit denen er über die Weltmeere erfolglos gesegelt ist, nicht weiterbenutzen kann. Der KBW oder die KPD ist angetreten zu den Wahlen und hat die Anhängerschaft hinter sich gekriegt, die wir alle kennen. Dann hat es doch keinen Sinn, wenn die KPD jetzt sagt, gut, wir beteiligen uns mal an der alternativen Bewegung in der Hoffnung, daß das unverdächtiger ist und sie aus diesem Grund vielleicht mehr Leute hinter sich kriegt, gleichzeitig mit dem Ziel, die Führung in dieser Bewegung zu übernehmen. Diese Naivität hatten wir vielleicht mal vor 15 Jahren, als wir in die SPD eingetreten sind. Aber von solchen Schelmenstreichen lassen wir uns nicht mehr überraschen.

AK: Damit ist unsere Frage aber noch nicht ganz beantwortet. Es mag Euch aus Eurer Praxis oder Eurer politischen Vergangenheit in der SPD als unmöglich erscheinen, zugleich in der SPD und in einer alternativen Liste mitzumachen. Auch ich würde da
als unmöglich erscheinen, zugleich in der SPD und in einer alternativen Liste mitzumachen. Auch ich würde da
einen gewaltigen Widerspruch sehen. Die Frage ist aber die, ob ihr verlangen würdet, daß Organisierte, wenn sie mit Euch gemeinsam eine Wählergemeinschaft aufbauen wollen, aus ihrer Organisation austreten müßten, sie andernfalls dann eben nicht mitmachen könnten.

O.D.: Laßt es uns doch mal etwas pathetisch sagen. Aber zunächst mal vorweg, es ist für mich praktisch überhaupt keine Unmöglichkeit gewesen, in der SPD zu sein und vernünftige Arbeit in Bürgerinitiativen zu leisten. Ich glaube, das ist bekannt. Aber jetzt mal zu dem Pathetischen: Alle von uns merken doch, daß ein Aufbruch zu neuen Ufern in der Luft liegt, notwendig ist und dafür auch eine bestimmte Basis vorhanden zu sein scheint. Das merken alle, die sich mit diesen Fragen befassen. Und wenn wir schon zu neuen Ufern aufbrechen wollen, dann ist es doch unmöglich oder geradezu hinderlich, wenn da Leute mitmachen, die bisher auch schon Dinge vertreten haben, die völlig erfolglos waren und die zu nichts führten. Und wenn die diesen Ballast, der bisher zu nichts geführt hat, mitnehmen wollen, den wollen wir in das Schiff, das zu neuen Ufern aufgebrochen ist, nicht mit hineinnehmen. An einem Schiffbruch, wie ihn die „München" gerade erlitten hat, beteilige ich mich nicht, das will ich nochmals sagen.

P.W.: Diese Position vertreten nicht nur wir, sondern sie wird auch in den bisher weniger politischen Bürgerkreisen vertreten, die ihre politischen Interessen bisher nicht so genau artikulieren konnten, die aber mehr oder weniger das Gefühl haben, daß etwas neues passieren muß. Und wovor die einen Horror haben ist, sich jetzt schon wieder auf eine bestimmte Linie festlegen zu lassen. Und das ist beileibe kein Antikommunismus oder so etwas, sondern ganz einfach die Angst, in eine neue Falle zu lauffen.

AK: In der Folge der Hessen-Wahlen ist es auf Bundesebene zu verstärkten Einigungsanstrengungen in der Grünen und Bunten Bewegung gekommen. Wie steht Ihr zu solchen Bestrebungen, welche Kräfte sollte Eurer Meinung nach eine solche „Grüne Einheit" umfassen?

P.W.: Sofern eine alternative Bewegung überhaupt Sinn haben soll, kann es in meinen Augen nur eine Basisbewegung sein. Und Basisbewegung heißt für mich erst einmal Arbeit vor Ort, außerparlamentarisch, dann möglicherweise auch parlamenta-

Stellungnahme des SPD-Vorstand – Pressemitteilung:

Obwohl der Bremer SPD-Geschäftsstelle bis Montagnachmittag kein einziger Austritt bekanntgegeben worden ist, möchten wir zu dem angekündigten Austritt der angeblich 25 Mitglieder aus unserer Partei wie folgt Stellung nehmen:

Der Austritt der 25 Mitglieder um Olaf Dinne war längst überfällig, von uns lange erwartet und stellt keine Überraschung dar. Es bleibt jedem Bürger unserer Staates freigestellt, wie und mit wem er seine politischen Ziele durchsetzen will. Wir sehen jedoch voraus, daß sich die 25 Mitglieder durch ihren Austritt ins politische Abseits begeben, anstatt in der Bremer SPD konstruktiv an Umweltschutzfragen und anderen dringenden Fragen, z.B. in der Kommunalpolitik, mitzuarbeiten. Der vorhersehbare Niedergang einer Gruppierung, wie er von den ausgeschiedenen Mitgliedern geplant ist, wird insbesondere durch das Schicksal der niedersächsischen und hessischen Grünen Listen bestätigt.

Die Politik von Partei, Fraktion und Senat in Sachen Umweltschutz und insbesondere die ablehnende Haltung der Bremer SPD zur Kernenergie hat in den letzten drei Jahren bewiesen, daß innerhalb der SPD Umweltschutzinteressen am wirkungsvollsten vertreten werden kann. Insbesondere die erfolgreiche Tätigkeit des Umweltsenators Herbert Brückner belegt dies nachdrücklich. Die inhaltlichen Forderungen der 25 Mitglieder sind zum großen Teil in dem kürzlich veröffentlichten Entwurf des Bremen-Planes der SPD nachzulesen. Leider haben sich die 25 Mitglieder jedoch jahrelang nicht mehr an der Umweltschutz- und Kommunalpolitik der Bremer SPD beteiligt, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatten.

Die Wortführer der Gruppe um Olaf Dinne haben bei der Kandidatenaufstellung 1975 als Ersatz für ihre fehlende Sachpolitik durch spektakuläre personalpolitische Aktionen die Partei an den Rand einer Krise gebracht. Auch anschließend hat die Dinne-Gruppe es bedauerlicherweise versäumt, durch Sachpolitik in der SPD ihr angebliches Interesse an den Problemen der Bevölkerung zu belegen.

Klaus Wedemeyer
UB-Vorsitzender
19.12.78

Konrad Kunick
Landesvorsitzender

risch. Wir haben klargemacht,unter welchen Vorbehalten. Ich habe den Eindruck, daß alle Bemühungen, die z.Zt. laufen zu einer „Grünen Einheit" zu kommen, auf welchen Ebenen auch immer und wer da auch zusammenkommt, ein Ausweichen gegenüber dieser knallharten und kräftezehrenden Basisarbeit ist. Und es scheint als wenn die Leute, die sich da auf „oberen Ebenen" zusammenfinden, sich in vielen Fällen noch nicht den Notwendigkeiten gestellt haben, nämlich praktisch vor Ort, dort wo sie wohnen und wo sie „verankert" sind, etwas zu tun und nun stattdessen von Einheit faseln, wofür erst einmal Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dadurch, daß es etwas zu vereinheitlichen gibt. Ich habe nichts dagegen, wenn sich verschiedene Gruppen oder Parteien zusammenfinden, um zu den Europawahlen zu kandidieren, weil mich das nicht interessiert, weil es eben nichts bringt. Ich hätte aber schon etwas dagegen, wenn solche Organisationen, wie immer sie auch aussehen würden, sich hier in Bremen auftun würden, ohne Legitimation und ohne hier in Bremen jemals etwas für die Dinge getan zu haben, um die es geht. Für mich legitimiert sich eine solche Sache aus einer vorhandenen Basisbewegung und ich habe so meine Zweifel daran, ob solche Einigungsbestrebungen sich immer auf solche Basisbewegungen stützen können, mir scheint das in den meisten Fällen relativ abgehoben zu sein.

O.D.: Ich erinnere mich dunkel daran, daß ich in der Schule einen Spruch gelernt haben: „Hic Rhodos, hic salta", wenn du tanzen kannst, dann tanze hier. Das heißt für uns konkret in Bremen, nur wer hier in Bremen tanzen kann, wer also politisch hier Kleinarbeit geleistet hat, und die auch mit einem gewissen Erfolg zum Abschluß brachte, der kann sich überhaupt über Tanzen, in diesem Fall über Politik, äußern. Es hat keinen Zweck, daß ich zu auswärtigen, überregionalen und womöglich internationalen Tanzkongressen hinfahre und noch nicht mal weiß, was ein Dreivierteltakt ist. Und ich hab so ein bißchen den Eindruck, daß die Leute, die sich da immer so überregional treffen, daß die alle vom Tanzen reden, und wohl sonst mehr mit Holzbeinen behaftet sind. Ich habe auch den Eindruck, daß die Bevölkerung sich sehr genau anguckt, wer denn die Ziele durchdrücken will, die dort nun verwirklicht werden sollen. Und da gibt es noch ein anderes Sprichwort: „Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg". Und es gehört dazu, wenn man für bestimmte Ziele eintritt, daß man erstens sagen kann, wie man sie durchdrücken will und zweitens, daß man auch schon ein bißchen gezeigt hat, daß man in der Lage dazu ist und nicht nur Sprüche macht.

Laßt mich noch eine abschließende Bemerkung machen, Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, daß wir die ganze Sache mit den Wahlen nicht zu tierisch ernst nehmen. Für uns ist das allein jetzt die Frage des richtigen Zeitpunktes. Wenn sich herausstellen sollte, daß die Bevölkerung den Weg, den SPD, FDP und CDU gemeinsam vorschlagen, weitergehen will, ist das o.k. Aber wenn die Bevölkerung in einer ernstzunehmenden Anzahl sagt, also so geht es nicht weiter, weil das in den Abgrund führen muß, dann sind wir bereit, in der ganzen Sache weiter mitzuarbeiten. Die Wahl muß man sich vorstellen, wie Frau Noelle-Neumann, die hier auftaucht und ihr Thermometer in die Bremer Bevölkerung taucht. Und so wollen wir auch mal wissen, was eigentlich Sache ist. Denn man kann viel über Politik reden, aber man muß den geschichtlich richtigen Zeitpunkt erwischen. Das wollen wir einfach ausloten, ob der jetzt ist. Wenn er nicht da ist, so nehmen wir uns auch nicht das Leben. Und wenn er doch da sein sollte, ob wir dann glücklich sind über das, was dann an Arbeit auf uns zu kommt, darüber könnten wir uns noch lange streiten.

P.W.: Vielleicht noch eine Zusatzbemerkung. Wir haben auch nicht vor, so einen bierernsten Wahlkampf zu führen, und so verbissen, wie andere Parteien, sondern diese Sache soll möglichst allen Beteiligten auch ein bißchen Spaß machen.

AK: Wir danken Euch für dieses Interview ...

Nochmals zur Kasseler Konferenz

Wie im AK 144 (S. 2) berichtet, fand am 3.12. in Kassel ein Bundestreffen alternativer Wahllisten u.ä. statt, auf dem über eine größere Vereinheitlichung und Zusammenschluß gesprochen werden sollte. Auf diesem Arbeitstreffen legte der KB eine Stellungnahme vor, deren Abdruck in AK 144 beabsichtigt war, dann aber schlicht vergessen wurde. Das soll nunmehr nachgeholt werden.

Erklärung des KB zur Kasseler Konferenz

ver Listen halten wir vor diesem Hintergrund folgende Punkte für wesentlich:

1. Das Programm muß einen grundlegenden demokratischen Charakter haben. Es muß allen Teilen der demokratischen Bewegung, der Umweltschutzorganisationen und der bestehenden alternativen und grünen Listen die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit ohne Diskriminierung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen demokratische Kräfte bieten.
2. Als Kernpunkte eines solchen Programms verstehen wir alle demokrati-

Nochmals zur Kasseler Konferenz

Wie im AK 144 (S. 2) berichtet, fand am 3.12. in Kassel ein Bundestreffen alternativer Wahllisten u.ä. statt, auf dem über eine größere Vereinheitlichung und Zusammenschluß gesprochen werden sollte. Auf diesem Arbeitstreffen legte der KB eine Stellungnahme vor, deren Abdruck in AK 144 beabsichtigt war, dann aber schlicht vergessen wurde. Das soll nunmehr nachgeholt werden.

Erklärung des KB zur Kasseler Konferenz

Das heutige Treffen stellt den Anspruch, den in Troisdorf zwischen verschiedenen demokratischen und Umweltschutzorganisationen und den alternativen bzw. grünen Listen begonnenen Dialog weiterzuführen und auf die Frage gemeinsamer Wahllisten auszuweiten. Nach den enttäuschenden Ergebnissen in Hessen und Bayern wird die Frage der Zusammenarbeit und Einheit neu aufgeworfen. Wir begrüßen diesen Schritt und erklären unsere Bereitschaft zur solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit.

Gerade in den letzten Monaten ist deutlich geworden, daß eine große Zahl von Bürgern mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD unzufrieden ist und die Frage nach einer Alternative zur Politik von CDU/CSU, SPD und FDP stellt. So hat der Protest gegen die Berufsverbote deutlich an Resonanz gewonnen. So haben in vielen Betrieben fortschrittliche Kollegenlisten bei den Betriebsratswahlen gute Ergebnissse erzielt. So zeigt sich nach der Abstimmung über Zwentendorf in Österreich, daß auch in der BRD immer mehr Menschen die Bedrohungen durch die Atomenergie erkennen und sich gegen die Atompolitik von Staat, Industrie und etablierten Parteien wenden.

Alternative Listen, die sich auf die berechtigten Forderungen der Bevölkerung stützen, haben auch Chancen für Wahlerfolge, wenn sie eine konsequente demokratische Interessenvertretung in den Mittelpunkt ihres Programms und ihrer Praxis stellen. Dazu gehört aber auch eine deutliche Abgrenzung von allen rechtsradikalen und faschistischen Tendenzen, die die Verbrechen und Greuel des Faschismus nicht zur Kenntnis nehmen wollen oder sogar verherrlichen.

Für die gemeinsame Diskussion über Programm und Politik alternativer Listen halten wir vor diesem Hintergrund folgende Punkte für wesentlich:

1. Das Programm muß einen grundlegenden demokratischen Charakter haben. Es muß allen Teilen der demokratischen Bewegung, der Umweltschutzorganisationen und der bestehenden alternativen und grünen Listen die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit ohne Diskriminierung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen demokratische Kräfte bieten.
2. Als Kernpunkte eines solchen Programms verstehen wir alle demokratischen Forderungen, die sich gegen Atomstaat und Abbau politischer Rechte wenden, alle Forderungen der Frauen, die auf Gleichberechtigung und Abbau aller Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen abzielen, alle Forderungen, die sich gegen die Zerstörung der Umwelt und die damit verbundenen Gefahren für die Menschen wenden, alle Forderungen, die auf die Verwirklichung der Menschenrechte und die Erhaltung des Friedens abzielen. Schließlich gehören dazu alle Forderungen der Arbeiter und der Werktätigen gegen Abbau ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Rechte, ihr Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit und für die materielle Verbesserung von Einkommen und Arbeitssituation.

Gerade die weitgehende Vernachlässigung der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen bei den bisherigen alternativen Listen hat sich als ein starker Mangel herausgestellt, der verhindert hat, das vorhandene Protestpotential unter den Werktätigen für alternative Listen zu erschließen. Der Beteiligung gewerkschaftlicher Gruppen und die vorrangige Aufnahme ihrer Forderungen in die Politik alternativer Listen wird einer der entschiedenen Punkte sein, über die weiter diskutiert werden muß. Dies gilt in erster Linie für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, für die heute schon tausende Metallarbeiter streiken. Dies gilt für die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen. Dies gilt aber ebenso für die Anwendung des Umweltschutz- und Lebensschutzgedankens auf alle Bereiche der industriellen Produktion — bei 1,2 Mio. krebsgefährdeter Arbeiter und Angestellten durch menschen- und umweltverseuchende Produktionsweisen eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Neues von den Fahndungslisten des BGS

Im Sommer 1978 war bekannt geworden, daß beim Bundesgrenzschutz umfangreiche Bildbände verwandt wurden, die mehrere hundert Personen, tatsächliche oder vermeintliche Linke, umfaßten. Wie der in diesen — illegal angelegten — Listen erfaßte Genosse Kai Ehlers (damals Presseverantwortlicher des KB) anhand der Veröffentlichung seines Fotos aus diesen Listen in der Zeitschrift „Quick" nachweisen konnte, handelt es sich bei seinem Foto um eines, das er zur Ausstellung eines Reisepasses an das zuständige Paßamt gegeben hatte. Genosse Ehlers hat inzwischen deswegen juristische Schritte eingeleitet.

In einem Antwort-Schreiben an den Genossen Ehlers läßt nun das Bundesinnenministerium weitere Einzelheiten dieses Skandals ans Licht der Öffentlichkeit:

Der Innenminister sei für die ganze Angelegenheit nicht verantwortlich zu machen, da er von diesen Bänden nichts gewußt habe; ebenso sei die Veröffentlichung in der „Quick" nur auf eine *„von der Bundesregierung nicht zu vertretende Indiskretion zurückzuführen"*. Außerdem sei der Genosse „nur" in der Ausgabe von 1974 abgelichtet worden (was wir gerne überprüfen würden) und die Bände seien ja inzwischen eingezogen worden und „unter Verschluß" — jederzeit abrufbar sozusagen! ...

Die Sache kann noch interessant werden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DER BUNDESMINISTER DES INNERN
Gesch.-Z. IS 2 - 601 040 - 1/1
Bei allen Antwortschreiben wird um Angabe des obigen Geschäftszeichens gebeten.

53 BONN 7, den 15. Dezember 1978
Postfach
Rheindorfer Straße 198
Fernruf: (02221) 76 37 69
oder 781 (Vermittlung)

Der Bundesminister des Innern - 53 Bonn 7 - Postfach

Herrn
Rechtsanwalt Helmuth Jipp
Rentzelstraße 7
2000 Hamburg 13

EINGEGANGEN 27. DEZ. RA. JIPP

Betr.: Aufnahme Ihres Mandanten Kai Ehlers in die Lichtbildbände des Bundesgrenzschutzes

Bezug: a) Ihr Schreiben vom 17. Oktober 1978 - j-e -
b) Ihr Telefonat mit Herrn Ministerialdirigent von Loewenich am 24.10.1978

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

In Ihrem Schreiben vom 17. Oktober 1978 fordern Sie im Auftrag Ihres Mandanten Kai Ehlers, die weitere Verwendung seines Fotos und seiner persönlichen Daten in Überwachungslisten des Bundesgrenzschutzes und die Weitergabe der in den Listen enthaltenen persönlichen Angaben an Dritte, insbesondere an Publikationsorgane, zu unterlassen. Zu Ihren Ausführungen bemerke ich unter Bezug auf das o.g. Telefonat folgendes:

Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wurden der Grenzschutzdirektion erstmals im Juli 1963 Lichtbildbände mit Fotos, Personalien und Personenbeschreibungen von Funktionären der vom Bundesverfassungsgericht aufgelösten und verbotenen KPD übersandt, damit deren Reisebewegungen festgestellt und gemeldet werden konnten. In den Jahren 1974 und 1977 wurden die Lichtbildbände jeweils überarbeitet. Es wurden neben Funktionären der illegalen KPD auch leitende Funktionäre sowie Funktionäre in besonderen Schlüsselpositionen sonstiger linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen aufgenommen. Diese Bildbände wurden den Grenzschutzdienststellen ohne Unterrichtung und Billigung des Bundesinnenministeriums zugeleitet. Sie waren ausschließlich für den internen Dienstgebrauch bestimmt und sollten die Gewinnung von Erkenntnissen im Rahmen der "Sonderanweisung über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle" (So-GK) erleichtern. Daß die Lichtbildbände den Massenmedien zugänglich gemacht und somit in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, ist auf eine von der Bundesregierung nicht zu vertretende Indiskretion zurückzuführen.

In Ihrem Schreiben vom 17. Oktober 1978 fordern Sie im Auftrag Ihres Mandanten Kai Ehlers, die weitere Verwendung seines Fotos und seiner persönlichen Daten in Überwachungslisten des Bundesgrenzschutzes und die Weitergabe der in den Listen enthaltenen persönlichen Angaben an Dritte, insbesondere an Publikationsorgane, zu unterlassen. Zu Ihren Ausführungen bemerke ich unter Bezug auf das o.g. Telefonat folgendes:

Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wurden der Grenzschutzdirektion erstmals im Juli 1963 Lichtbildbände mit Fotos, Personalien und Personenbeschreibungen von Funktionären der vom Bundesverfassungsgericht aufgelösten und verbotenen KPD übersandt, damit deren Reisebewegungen festgestellt und gemeldet werden konnten. In den Jahren 1974 und 1977 wurden die Lichtbildbände jeweils überarbeitet. Es wurden neben Funktionären der illegalen KPD auch leitende Funktionäre sowie Funktionäre in besonderen Schlüsselpositionen sonstiger linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen aufgenommen. Diese Bildbände wurden den Grenzschutzdienststellen ohne Unterrichtung und Billigung des Bundesinnenministeriums zugeleitet. Sie waren ausschließlich für den internen Dienstgebrauch bestimmt und sollten die Gewinnung von Erkenntnissen im Rahmen der "Sonderanweisung über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle" (So-GK) erleichtern. Daß die Lichtbildbände den Massenmedien zugänglich gemacht und somit in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, ist auf eine von der Bundesregierung nicht zu vertretende Indiskretion zurückzuführen.

Der Bundesminister des Innern hat im Juli d.J., nachdem er über den Sachverhalt informiert worden war, die Grenzschutzämter angewiesen, die Bildbände einzuziehen und unter Verschluß zu nehmen.

Im Rahmen der aufgrund Ihres Schreibens vom 17. Oktober 1978 von mir eingeleiteten Überprüfung habe ich außerdem festgestellt, daß Foto und Personalien Ihres Mandanten bereits in di[e] ab September 1977 neuaufgelegten und inzwischen eingezogenen Lichtbildbände nicht mehr aufgenommen worden waren. Bei den in der Zeitschrift "Quick" veröffentlichten Fotos dürfte es sich um Auszüge aus den überholten Lichtbildbänden des Jahres 1974 handeln, die bei den Grenzschutzdienststellen schon vor der Entscheidung des Bundesministeriums des Innern nicht mehr verwendet wurden.

Ich sehe unter diesen Umständen keinen Anlaß für Ihren Mandanten, gegen den Bundesminister des Innern vorzugehen. Es dürfte zudem an Rechtsschutzinteresse fehlen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Dr. Köhler

Erfreulich: Das Sozialistische Büro bietet Hilfe an

Mit Datum vom 18.12.78 teilten uns das Sozialistische Büro (SB) und der Verlag 2000 mit, daß sie sich der Protestresolution gegen die Zensur-Prozesse gegen uns anschließen. Das SB fügte ergänzend dazu an, daß ihnen eine frühere Unterzeichnung nicht möglich war, weil ihr Arbeitsausschuß erst Mitte Dezember wieder getagt hat. In dem SB-Schreiben heißt es weiter: „**Sollte es erforderlich sein, eure Kampagne gegen die Zensur-Prozesse auch finanziell zu unterstützen, wären wir bereit, uns im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten auch finanziell zu beteiligen.**

Mit solidarischem Gruß Klaus Vack"

Für dieses Angebot möchten wir uns herzlich bedanken und nehmen es gerne an. Eine Möglichkeit ist, daß das SB unser Spendenkonto zur Prozeßunterstützung in seiner Presse veröffentlicht.

Irrwege ‚linker Solidarität'

Im Mai 1978 erschien unser Buch „**Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo**". Am 23.5. wurde das Buch (vorübergehend) beschlagnahmt.

Die Zeitschrift „**Konkret**" bekam das Buch zugeschickt und wurde von der Beschlagnahmung unterrichtet, in der Hoffnung, daß darüber berichtet würde.

Im Heft 7/78 brachte „konkret" stattdessen – anerkennenswerterweise – eigene Enthüllungen über die Pläne und Praktiken der BRD-„Sicherheitsbehörden", in denen die Zeitschrift vor dem Aufbau einer neuen GeStaPo warnte. (Im einleitenden Satz des Vortextes hieß es: „**Im Schutz einer desinteressierten Bürgerpresse und eines schlafenden Parlaments entsteht in der Bundesrepublik eine geheime Staatspolizei**").

Nach dieser Veröffentlichung sprach ich (Kai Ehlers) mit Chef-Redakteur Gremlitza und mit „konkret"-Autor Hartmut Schulze. Vereinbart wurde, daß „konkret" in der Nr.8/78 über die Beschlagnahmung berichten wollte. Als ich dann die Nr.8/78 aufschlug, war davon jedoch nichts zu finden!Inzwischen (seit 2.8.) lag die Anklage gegen unser Buch vor. Auf Grundlage der Anklage wurde – erneut in mündlichem Gespräch! – vereinbart, daß „konkret" nun endlich über die Sache berichten wollte. Dazu wurde „konkret" eine umfangreiche Materialmappe übergeben. Half aber nichts: In 9/78 erschien trotzdem wieder nichts! Angeblich Platzmangel ... Nun wurde „aber ganz fest" vereinbart, daß „konkret" einen Artikel bringen würde.

Chef-Redakteur Gremlitza wollte sich dafür persönlich einsetzen. Es erschien aber auch in Nr.10/78 nichts! – Immerhin trafen sich im selben Monat (Oktober) Gremelitza, Cobler, Broder und ich auf einer Bielefelder Russell-Veranstaltung unter dem Thema: „Überwachungsstaat?" als Podiumsredner. Dort stimmte Gremlitza zu, daß die im AK an „konkret" geübte Kritik wegen den bisherigen Verschleppungen wohl berechtigt sei...

Jetzt erklärte sich die Gerichtsreporterin und „konkret"-Mitarbeiterin Peggy Parnass bereit, ein Interview mit mir über die gegen den KB anstehenden Prozesse zu machen. Dies fand Gremlitza „an sich ganz gut", aber „im Sinne der strafferen sachlichen Darstellung" empfahl er mir, doch lieber selbst einen Artikel zu machen, den „konkret" dann veröffentlichen könne. Dieser Artikel wurde von mir für die Nr.12/78 (Erscheinen Ende November) geschrieben und der Redaktion reingereicht. Es war verabredet, evtl. Änderungen abzusprechen und sich bei Änderungen der Planung bei mir zu melden.

Russell-Veranstaltung unter dem Thema: „Überwachungsstaat?" als Podiumsredner. Dort stimmte Gremlitza zu, daß die im AK an „konkret" geübte Kritik wegen den bisherigen Verschleppungen wohl berechtigt sei...

Jetzt erklärte sich die Gerichtsreporterin und „konkret"-Mitarbeiterin Peggy Parnass bereit, ein Interview mit mir über die gegen den KB anstehenden Prozesse zu machen. Dies fand Gremlitza „an sich ganz gut", aber „im Sinne der strafferen sachlichen Darstellung" empfahl er mir, doch lieber selbst einen Artikel zu machen, den „konkret" dann veröffentlichen könne. Dieser Artikel wurde von mir für die Nr.12/78 (Erscheinen Ende November) geschrieben und der Redaktion reingereicht. Es war verabredet, evtl. Änderungen abzusprechen und sich bei Änderungen der Planung bei mir zu melden.

Es wurde ferner vereinbart, das übliche Autorenhonorar auf unser Prozeß-Konto zu überweisen.

Der Artikel erschien in 12/78 jedoch nicht! Auf Anfrage behauptete Hartmut Schulze, das Manu sei „verlegt" worden und nicht auffindbar gewesen. Im zweiten Anlauf gab er an, mein Artikel habe in der vorliegenden Form nicht übernommen werden können. Auf meinen Hinweis, daß man ja über evtl. Änderungen hätte sprechen können (was auch vereinbart war!), behauptete Schulze, weder ich noch Verlag/Redaktion seien telefonisch erreichbar gewesen. Auf meine Kritik an diesen dummen Ausreden deutete H. Schulze an, er könne ja auch die Unterschrift unter unsere Protesterklärung zurückziehen. H. Schulze erklärte dann, sie würden im Heft 1/79 eine Sache darüber bringen – im Magazin-Teil, so bedeutend sei die Sache ja auch nicht, daß man darüber eine ganze Seite machen müsse ...

Im Heft 1/79 erschien tatsächlich eine 35-Zeilen Meldung über den am 12.1. bevorstehenden Prozeß gegen unser Buch – freilich ohne die versprochene Ankündigung, wie das Buch lieferbar ist. Dafür hatte man aber in die kümmerlichen 35 Zeilen auch noch die dümmliche Distanzierung eingebaut: „**.... mag man zu solch abenteuerlicher und geschichtsloser Analyse, die hier und heute eine neue GeStaPo entdeckt, stehen wie man will ...**". Dümmlich und dreist, weil ja eben dies (Aufbau einer 'geheimen Staatspolizei') explizit auch in „konkret" Nr.7/78 behauptet worden war! Es ist schon toll, mit welch vollständigem Mangel an Ernsthaftigkeit und sachlichen Argumenten heute in der linken Szene oft operiert wird. In der Tat, man mag zur These von der 'neuen GeStaPo'

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

stehen wie man will – aber dann doch bitte wenigstens mit A r g u m e n t e n!

Welch handfeste politische Motive wir nunmehr hinter dem hier geschilderten makabren Spiel von Gremlitza und Schulze vermuten, werden die beiden sich denken können. Oder sollte es etwa doch noch zu einer Diskussion über solche Methoden kommen können ?! ...

Kai Ehlers

Weitere Veröffentlichungen zum Russell-5-Prozeß

Unter der Überschrift *„Was verboten ist, das macht uns gerade scharf"* haben wir kürzlich einen längeren Informationsartikel über die 90a-Anklage gegen das „Russel-Buch Nr. 5" breit an die Alternativpresse verschickt. Dieser Artikel wurde jetzt abgedruckt in der

- Dez./Jan.-Ausgabe der **Bremer Alternativzeitung „Schnürschuh"**,
- Dez./Jan.-Ausgabe der **Stuttgarter Stadtzeitung „s'Blättle"** und
- Nr. 18 der österreichischen **„Zeitung"** („Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit").

Die **„Lateinamerika-Nachrichten"** haben den Flugblatttext *„Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents"* in ihrer Nr. 65, Ausgabe vom 23.11.78, nachgedruckt.

Eigene Informationen über den bevorstehenden Russel-5-Prozeß brachten mittlerweile außerdem

- die Hamburger Sponti-Zeitung **„Große Freiheit"** in ihrer Dezember-Ausgabe,
- der **„Klüngelkerl"** (**„Dortmunger Volksblatt"**) ebenfalls in der Dezember-Ausgabe,
- die **„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"** des **„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"** in ihrer Ausgabe vom 12.12.78,
- und die trotzkistische **„Revolution"**, Zeitung der **„Kommunistischen Liga"** in ihrer Dez./Jan.-Ausgabe.

Im Ausland erschienen inzwischen weitere Artikel in

- **„Big Flame"** (Dezember-Ausgabe), Zeitung der gleichnamigen englischen Organisation,
- **„Permanente Revolution"** Nr. 23, Zeitung der österreichischen **„Internationalen Kommunistischen Liga"** (IKL, Trotzkisten),
- **„Sozialstische Aktion"** (Dez./Jan.-Ausgabe), Österreich
- und als Titlbericht in der Nr. 8/78 von **„rooie berichten"**, Niederlande (die Redaktion von „rb" schickte zusätzlich ein kurzes Protestschreiben an das Gericht, das wir nebenstehend abdrucken).

Spenden

Spenden

Zur Unterstützung der „Staatsverleumdungs"- Prozesse gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers sind weitere Spenden eingegangen von:

Bezirkszelle Steilshoop	1.255,00
Bezirk Wandsbek	14,50
4 Doppelkopf-Spieler	16,90
R.B., Baden-Baden	20,00
B.L., Hamburg	50,00
Schichtkollegen, E.R., HH	150,00
Filminitiative, Hamburg	120,00
F.G., Aurich	50,00
F.M., Aurich	50,00
T.C., Spendensammlung Bonn	50,00
Druck-Kollegen, Westberlin	60,00
BI Hamm	75,00
B.W., Bremen	50,00
Chaoten-Mau-Mau, Gen. aus Westberlin und Hamburg	55,00
D.R., Bremerhaven	20,00
N.G., Aachen	100,00
H.P.G., Gießen	100,00
W.S., Oldenburg	200,00
U.H., Heidelberg	50,00
F.S., Kassel	50,00
U.K., Hamburg	42,50
BI Atomtransport, Hamburg	80,00
W.F., Hamburg	100,00
H.D., Hamburg	50,00
R.G., Bochum	50,00
	2.858,90

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit **3.743,90**

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse und die sie begleitende Öffentlichkeitsarbeit aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk **„Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung"** eintragen.

Solidarität mit Jürgen Reents und Kai Ehlers!

850 Unterzeichner fordern Aufhebung der Anklagen

Auf der Internationalen Frankfurter Buchmesse vor rund drei Monaten wurde eine Erklärung rumgereicht, mit der die sofortige Aufhebung der „Staatsverleumdungs"-Anklagen gegen den Verlag J. Reents und gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF, Kai Ehlers, gefordert wurde. Als Erstunterzeichner konnten u.a. die Buchmessen-Vertretungen einiger grosser französischer und italienischer Verlage (wie Grasset, Payot, Seuil, Feltrinelli und Savelli) gewonnen werden. Inzwischen trägt diese Erklärung rund 850 Unterschriften aus dem In- und Ausland: von Einzelpersonen ebenso wie von Verlagen, Buchhandlungen, Redaktionen, Organisationen, Interessensvertretungen und Arbeitsgruppen. Kurz vor Prozeßbeginn drucken wir hier nochmals den Text der Erklärung und einen Auszug aus der Unterzeichnerliste (ca. die Hälfte) ab. Wir möchten dabei ausdrücklich betonen, daß die Unterschriftensammlung damit nicht abgeschlossen ist, sondern auch w ä h r e n d des Prozesses weiter läuft.

ERKLÄRUNG

Die Unterzeichner protestieren gegen die jüngsten nach § 90a („Staatsverleumdung") eingeleiteten Zensur-Prozesse gegen den J. Reents-Verlag/Hamburg.

- Dem Reents-Verlag soll die Verbreitung des Buches „Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5/ Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD
- Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" verboten werden. Dieses Buch verleumde die BRD, da es die heutigen Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit" mit der Politik des Nationalsozialismus vergleicht.
- In einem inhaltlichen Zusammenhang damit steht eine Anklage gegen die vom Reents-Verlag herausgegebene Zeitung des Kommunistischen Bundes, „Arbeiterkampf".
  Der „Arbeiterkampf" hatte vor einem Jahr öffentlich angezweifelt, ob es sich beim Tod der Stammheimer Gefangenen um „Selbstmord" gehandelt hat.

Diese Anklagen stellen einen schwerwiegenden Angriff auf die Pressefreiheit dar: antifaschistische Informationsarbeit, Kritik an polizeistaatlicher Entwicklung, ja sogar die Infragestellung unbewiesener Behauptungen von Staatsorganen sollen kriminalisiert werden.

Die gegen den Reents-Verlag eingeleiteten Prozesse stellen gleichzeitig eine deutliche Drohung gegen weitere Presseorgane dar, die ebenfalls auf „Tendenzen zum Aufbau einer neuen GeStaPo" hingewiesen haben. Eine exemplarische Verurteilung würde es dem Staatsschutz erleichtern, als nächstes gegen Alternativzeitungen, gegen „konkret", „Extradienst" und letzlich auch gegen den „stern" vorzugehen.

Aber nicht nur Verlage und Redaktionen, auch einzelne Journalisten und Autoren sind in ihrer Meinungsfreiheit bedroht.

Wir schließen uns den Ausführungen H.M. Broders an, die er in der „Frankfurter Rundschau" (15.8.78) machte. „Die Beschlagnahme des KB-Buches kann zu einem schlimmen Präzedenzfall werden. Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist".

Wir verlangen die sofortige Einstellung der Anklagen.

Niederlande

Drs. R. Bökkerink, Dozent, Nijmegen
Gyuszi Fleuren, Orthopädagoge, Nijmegen
Jens Gehret f. d. Schriftenreihe „Beiträge zur Freien Literatur", Amsterdam
C.H.T. Heesbee, Physiker, Nijmegen
Theo Hoebers, Lehrer, Velden
Rudie Kagie, Journalist, Amsterdam
Michiel van de Kasteleen, internationaler Sekretär der Politieke Partij Radikalen im Namen der Parteiführung der PPR,
Jan Keltjens, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Nijmegen
M.v. d. Laar, Mikrobiologe, Nijmegen
Bram van der Lek, ehemaliges Mitglied der Zweiten Kammer(niederl.Parlament)
Lolle Nauta, Hochschullehrer, Groningen
C. van Noord, Krankenschwester, Nijmegen
Lotteke Peeck, Sozialberaterin, Amsterdam
Dick van Sas, Biochemiker, Nijmegen
Fred van der Spek, Mitglied der Zweiten Kammer (niederl. Parlament)
Redaktion „De Krik", Rotterdam
Buchhandlung und Verlag, „De Uitbuyt", Wageningen
Druckerei und Vertrieb Ordeman, Rotterdam
Rood Verzetsfront, Hoogevesen
Buchhandlung und Verlag, „De Uitbuyt", Wageningen
Druckerei und Vertrieb Ordeman, Rotterdam
Rood Verzetsfront, Hoogevesen
21 Teilnehmer von Veranstaltungen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) am 2.11.78 in Kerkrade und am 3.11.78 in Vaals

Norwegen

Agot Berger, stellv. Vorsitzender der Socialistisk Venstre Parti
Bernd Eggen, Schriftsteller
Arvid Ekrene, Geschäftsführer von FMK, Organisation der Kriegsdienstgegner
Trygve Johansen, ehem. Häftling im KZ Sachsenhausen
Anne Nilsen, Redaktionssektretärin der FMK-Zeitung „Ikkevold"
Jürgen Wierzoch, Mitarbeiter von „Ikkevold"

Österreich

Dr. Uwe Bolius, Schriftsteller, Wien
Harald Irnberger, Chefredakteur des „Extrablatt", Wien
Ottwald John, Schauspieler, Wien
Hoj Kolisch, Buchhändler, Wien
Günther Nenning, Journalist, Wien
Dr. Martin Pollack, Redakteur beim „Wiener Tageblatt"
Joachim Riedl, Redakteur von „Profil", Wien
Michael Siegert, geschäftsf. Redakteur beim „Neuen Forum", Wien
Rockgruppe Schmetterlinge: Willi Resetarits, Herbert Tampier, Beatrix Neundlinger, Erich Meixner, Georg Herrnstadt
Sozialistische Aktion (SOAK)

Portugal

Maria Amalia Baniga, Schriftstellerin, Lissabon
Angelo S. Barreto, Übersetzer, Lissabon
Bruno da Ponte, Journalist, Lissabon
José Antunes Ribeiro, Verleger, Lissabon
Filipe Rosas, Arzt, Lissabon

Schweden

Björn Grip, freier Journalist, Stockholm
Redaktion der „Zenit", Lund
Förlaget Barrikanden (Verlag)
Internationales Sekretariat des Förbundet Komunist (FK)

Schweiz

Lenos–Presse, Basel

BRD und Westberlin

Einzelpersonen

Jan Ahlers, Assistenz-Professor, Westberlin
Uwe Ahrens, Wissenschaftlicher Aissistent an der PH Braunschweig
Gerd Aschoff, Redakteur, Göttingen
Wolfgang Barthel, Journalist beim „stern", Hamburg
Dietmar Behnke, Buchhändler, Lüneburg
Sepp Beranek, Kriminalkommissar i.R., Selb/Bayern
Hermann Bergengruen, Pastor, Hannover
Gräfin Elisabeth v. Bernstorff, Hamburg
Dieter Berthmann, Rechtsanwalt, Nürnberg
Werner Beyer, Buchhändler, Würzburg
Wolf Biermann, Liedermacher, Hamburg
Harald Breuer, Journalist, Hamburg
Prof. Dr. Klaus Briegleb, Hochschullehrer, Hamburg
Henryk M. Broder, Autor, Köln
Peter Chotjewitz, Autor, Kruspis/Hessen
Wolfgang Clasen, Töpfer, Hamburg
Stephan Claus, Rechtswanwalt, Kiel
Norbert Cobabus, Betriebsrat bei der Deutschen Bibliothek, Frankfurt
Dr. Kai Dieckmann, Dipl.-Politologe, Westberlin
Ursula Dieckmann, Buchhändlerin, Nürnberg
Wolfgang Endler, Dipl.-Biologe, Westberlin
Karl-Hermann Fahsel, Jurist, Bremen
K. Fialski, freischaffender Künstler, Westberlin
Prof. Ossip K. Flechtheim Westberlin
Axel Galette, Rechtsanwalt, Kiel
Ruth Geiger, Journalistin, Hamburg
Klaus Gögelein, Fotograf, Würzburg
Karlheinz Goll, Buchhändler, Darmstadt
Armin Golzem, Rechtsanwalt, Frankfurt
Alexandra Goy, Rechtsanwältin, Westberlin
Werner Gross, freier Journalist, Frankfurt
Waldemar Grütz, Grafiker, Stuttgart
Everding Hagen, Pressesprecher d. Landesvorstands d. Jungdemokraten Bayern
Otfried Halver, Pastor, Hamburg
Detlef Haritz, Dipl.-Politologe ,Westberlin
Heinrich Harlos, Forstamtmann i.R., Lingen
Brigitte Heinrich, Dipl.-Volkswirtin, Frankfurt
Jutta Heinrich, Schriftstellerin, Hamburg
Lars Hennings, Architekt, Krempdorf
Udo Hergenröder, Schriftleiter der Hamburger GEW-Zeitung
Hilke Holinka, Mitherausgeberin v. „Die Frauen, die pfeifen", Hamburg
Christel Holstiege, Rechtsanwältin, Westberlin
Jan Holthusen, Übersetzer, Hamburg
Dr. Karl-N. ter Horst, Dozent, Nordhorn
Günter Kämpf, Verleger (Anabas-Verlag), Gießen
Ilona Kiene, Bezirksparlamentsabgeordnete der Bunten Liste in Hamburg-Eimsbüttel
Hartmut Klenke, Fotograf, Hamburg
Sabine Klenke, Betriebsrätin, Hamburg
Bernd Koch, Rechtsanwalt, Frankfurt
Eva Krause, Buchladeninhaberin, Ilbesheim
Christina Kukielka, Bezirksparlamentsabgeordnete der Bunten Liste in Hamburg-Eimsb.
Margrit Küntzel-Hansen, Autorin, Lüneburg
Ulla Küspert, Journalistin, Hamburg
Randolf Lochmann, Hochschullehrer, Westberlin
Helmut Lochner, Autor
Conny Lohmeier, Landesvorsitzende der Jungdemokraten Bayern
Matthias Mirschel, Ortsvorsitzender der Gewerkschaft HBV Göttingen
Norbert Ney, Autor, Stuttgart
Armin Noll, Vorsitzender der GLH in Fulda
Helmut Ostermeyer, Richter, Braunschweig
Sigrid Pach, Dipl.-Pädagogin, Hamburg
Peggy Parnass, Autorin, Hamburg
Marion Pein, Betriebsratsmitglied bei Beiersdorf , Hamburg
Steve B. Peinemann, Gedichteschreiber, Hamburg
Alexander Piltz, Vorstandsmitglied des Kinderhauses e.V., Hamburg
Ruppert v. Plottnitz, Rechtsanwalt, Frankfurt
Werner Poelchau, Journalist, Hamburg
Hilde Pohl, Rentnerin (Mutter des Gefangenen Helmut Pohl), Frankfurt
Walter Prietz, Arzt, Kirchgellersen
Hartmut Puntigam, Pfarrer, Delmenhorst
Harald Remé, Rechtsanwalt, Westberlin
Wolfgang Richter, Betriebsratsmitglied bei „Nordsee", Bremerhaven
Helmut Riedel, Rechtswanwalt, Frankfurt
Alois Rohrsetzer, Präsident d. Landeshauptausschusses der Jungdemokraten Bayern
Ernst Ronte, Rechtsanwalt, Frankfurt
Karl-Heinz Roth, Arzt, Hamburg
Sigurd Saß, Akademischer Oberrat, Braunschweig
Prof. Jens Scheer, Bremen
Klaus Schild, Mitglied des Ortsvorstands der DAG Göttingen
Hella Schlumberger, Journalistin, München
Ali Schmeissner, VDS-Vorstandsmitglied, Tübingen
Wilhelm Schmid, Mitglied des Landesvorstands d. Jungdemokraten Bayern
Th. Schneider, Buchhändler, Hockenheim
Wolfgang A. Schneider, Dozent, Hamburg
Christoph-Joachim Schröder, Publizist, Hamburg
Michael Schulte, Schriftsteller, Hamburg
Claude J. Schumacher, Journalist, Frankfurt
Dr. Wolfgang Schwarz, Schriftsteller, Landau/Pfalz
Hans Seichter, Betriebsratsvorsitzender, Delmenhorst
Uwe Siercke, Arzt, Hamburg
Prof. Christian Sigrist, Münster
Wolf-D. Stock, Maler und Verleger, Fischerhude
Volker Tonnätt, Bildungsreferent, Hamburg
Prof. Christian Sigrist, Münster
Wolf-D. Stock, Maler und Verleger, Fischerhude
Volker Tonnätt, Bildungsreferent, Hamburg
Rainer Trampert, Betriebsrat bei der Deutschen Texaco, Hamburg
Henning Venske, Schauspieler, Tetenbüll
Heinz-Jürgen Vogel, Journalist, Delmenhorst
Ingrid Vogel, pharm.-techn. Assistentin, Delmenhorst
Sabine Wackernagel, Schauspielerin, Freiburg
Günther Wallraff, Autor, Köln
Claus Warmann, Dipl.-Psychologe, Hamburg
Hans-Joachim Weider, Rechtsanwalt, Frankfurt
Sigrid Weigel, Dozentin, Hamburg
Richard Weingarten, Dipl.-Volkswirt, Bremen
Albrecht zum Winkel, Arzt, Hamburg
Günter Wöckner, Betriebsratsvorsitzender bei Reynolds, Hamburg
Gerd Wolter, Autor, München
Peter Zimmermann, Rechtswanwalt, Frankfurt
Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, Schmitten

Buchhandel und Verlage

38 Kolleg(inn)en der Buchhandlung Kiepert, Westberlin
14 Kolleg(inn)en des Arbeitskreises Buchhandelsbetriebe in der Gewerkschaft HBV Westberlin
Buchladenkollektiv Savignyplatz, Westberlin
Das politische Buch, Westberlin
Manfred Hammer für: Oberbaum-Verlag, Westberlin
Peter Moses-Krause für: Verlag Das Arsenal, Westberlin
Büchertisch-Kollektiv an der TU Westberlin
Hartmut Schulze für: Neuer Konkret Verlag GmbH, Hamburg
Nautilus-Buchhandlung, Hamburg
Verlag 2000 GmbH. Offenbach
Buchladen Verlag 2000, Frankfurt
Angela Baier u. Ralph Wagner für: Buchhandlung Ypsilon, Frankfurt
Buchladen „Land in Sicht", Frankfurt
I. Stibor, Verlag und Vertrieb, Frankfurt
Frauen- und Kindebuchladen Laura, Göttingen
Buchladenkollektiv „Rote Straße", Göttingen
Gerold Kunz für: Doku-Verlag, Karlsruhe
Versand der Autoren, Karlsruhe
Buchladen Eulenspiegel, Bielefeld
Druckerei und Verlag des selbstverwalteten Arbeiterjugendzentrums (AJZ) Bielefeld
Buch- und Schallplattenladen 'Collibri', Bamberg
Frauenbuchladen Nora, Bonn
Michael Labbé für: Lamuv-Verlag GmbH, Bornheim/Merten
Arbeiterbuch-Kollektiv, Bremerhaven
Hartmut Caspers für: Buchhandlung Edel, Freiburg
Sofa-Buchladenkollektiv, Fulda
Buchladen Hesperus, Hannover
Buchladen Hundert Blumen, Kiel
Christine Kaul, Geschäftsführerin des Verlages Rote Fahne, Köln
Buch- und Schallplattenladen 'eumel', Landau/Pfalz
Prolit-Buchvertrieb, Lollar
Büchertischkollektiv „Gemeinsam sind wir unerträglich", Lüneburg
Willi-Münzenberg-Buchversand, Oldenburg

Spei'rer Buchladen, Speyer
Windhueter-Verlag, Stuttgart
R. Bräuer und Uschi Dahm für: edition treves, Trier
Initiative Verlagsanstalt, Bernd Polke, Tübingen
Verlag Büchse der Pandora, Wetzlar
Peter Hammer Verlag GmbH, Wuppertal-Barmen
Weismann-Verlag/Frauenbuch-Verlag GmbH, München
Arbeitsgemeinschaft alternativer Verleger und Autoren (AGAV) e.V.
Wolfgang Hamm für: Verlag Neue Welt
Thilo Kist für: Maulwurf-Buchvertrieb
Treffen des Verbands linker Buchhändler (VLB) am 9.12.78 in Hannover mit Vertretern von : ABC-Buchladen(Kassel), Arbeiterbuch (Hamburg), Basis-Verlag (Westberlin), Der andere Buchladen (Köln), Der andere Buchladen (Wuppertal), Der Buchladen (Osnabrück), Der Buchladen (Wiesbaden), Bücherstube (Dortmund), Das politische Buch (Bochum), Bollscher Buchladen (Essen), Distel (Detmold), Internationalismus-Buchladen (Hannover), Merve-Verlag (Hamburg), Zündplättchen (Hannover)

Medien und Kultur

Redaktionskollektiv Eulenspiegel, Stadtzeitung für Baden-Baden
Dä Goblmoo, Bamberger Stadtzeitung
Watt, Bremerhavener Alternativzeitung
das fenster, Zeitschrift für Jugend, Schule und Kultur, Burg/Ostholstein
Redaktionskollektiv Dr. med Mabuse, Freiburg
Fuldaer Stadtzeitung
Das Einblatt, Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, Kiel
Rainer B. Schossig für: Redaktion Spuren, Köln
Redaktion der Collage, Jugendzeitung in Lindau
Jürgen Fliege u. H. Flock für: Fliegenpilz, politische Literaturzeitung, München
s'Blättle, Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung
Falco Werkentin für: Redaktion CILIP, Westberlin
Redaktion Dicke Luft, Westberliner Stadtzeitung für Umweltschutz
einundzwanzig, Moabiter Stadtzeitung, Westberlin
Herausgeber und Redaktion Das Nebelhorn, Zeitschrift für Literatur, Grafik, Kritik
Revolution, Zeitung der Kommunistischen Liga
Grafikerinitiative Werkhaus, Hamburg
Initiative fortschrittlicher filmer (if), Hamburg
Theaterwerkstatt Hannover
Musiktheatergruppe Hammer & Harfe, Hannover
Rockgruppe Oktober, Hamburg: Kalla Wefel, Brita Segebrecht, Peter Robert, Pierre Meyn, Jürgen Hansen
3 Mitglieder der Rockgruppe Ulrich Hundt & Schröder, Stolberg/Vicht
Peter Schulze für: Archiv populärer Musik

Hochschule

AStA der Technischen Universität (TU) Braunschweig
AStA der Hochschule für bildende Künste (HfBK) Braunschweig
Basisgruppe an der Pädagogischen Hochschule (PH) Braunschweig
Basisgruppe an der Fachhochschule (FHS) Braunschweig
28 Teilnehmer an der Fachbereichs-VV Sozialwesen an der FHS Braunschweig
Basisgruppe an der FHS Fulda
AStA der Uni Göttingen
AStA der HfBK Hamburg
Kollegrat des Hannover-Kolleg
AStA der Medizinischen Hochschule Hannover
Studentenausschuß des Fachbereich Erziehungswissenschaften der Uni Hannover (FASTA)
AStA der PH Karlsruhe
UStA der PH Karlsruhe
Helmut Holst für: AStA Lüneburg
Initiativgruppe Medizin an der Uni Marburg
AStA der Carl-v.-Ossietzky-Universität Oldenburg
Hochschulbereich der Alternativen Liste Westberlin
FHSS-Komitee Westberlin
Fachschaftsinitiativen Germanistik u. Erziehungswissenschaften, Würzburg

Organisationen

Bundesdelegiertenkonferenzen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL)
SOdZDL Würzburg
Evangelische Studentengemeinde (ESG) Braunschweig
ESG Oldenburg
Vorstand der Bunten Liste , Hamburg
Vorstand der Bunten Liste , Hamburg
Arbeitsgruppe Liberaler Bund, Bremen
Juso-Hochschulgruppe Göttingen
4 Teilnehmer der Juso-AG Lindau
Sozialistisches Büro (SB) Offenbach - Arbeitsausschuß
SB-Gruppe Bamberg
Arbeitskreis SB Delmenhorst
17 Mitglieder der Sozialistischen Alternative Emden
Rote Hilfe Westberlin

Basis- und Bürgerinitiativen

Plenum des Frauenzentrums Bielefeld vom 4.12.78
Gruppe „Frauen gegen Repression", Oldenburg
Russell-Initiative Braunschweig
Antifaschistischer Arbeitskreis Braunschweig
Antifaschistischer Arbeitskreis Lüneburg
Antifaschistischer Arbeitskreis Hildesheim
Antifaschistische Gruppe Oldenburg
Antifa-AG, AG Polizeimaßnahmen und AG Frauen gegen Repression im Antirepressions-Arbeitskreis (ARAK) Hannover
6 Mitglieder des Arbeitskreises „Bürger gegen Faschismus", Norderstedt
3 Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung demokratischer Grundrechte", Westberlin
Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung an der FHSS Westberlin
Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Westberlin
Jürgen Meyer für: SOS Lüneburg
Arbeitskreis Strahlenschutz (AKS), Freiburg
Arbeitsgemeinschaft gegen Unterelbe-Industrialisierung (AGUI) in der BUU/Hamburg
Anti-AKW-Gruppe in der ESG Hamburg
BI gegen Atomanlagen Harburg
11 Mitglieder der BI gegen AKWs Winterhude (Hamburg)
8 Mitglieder der BUU/Heide
Atomenergiegegner an der TU Westberlin

andere

Agit-Druck-Kollektiv Westberlin und die angeklagten Agit-Drucker Jutta Werth, Henning Weyer, Martin Beikirch und Gerdi Voß
AG Homosexualität Braunschweig e.V.
Jugendzentrum Süssen e.V.
Schulsprecherkollektiv des Hans-Geiger-Gymnasium, Kiel
Informationsstelle Lateinamerika (ila), Bonn

Belgien

Verlag Kritak, Leuven
Redaktion der POUR, Brüssel

Frankreich

Isaac Joshua, Herausgeber in der editions GL, Paris
Arno Münster, Autor, Paris
Jean-Robert Masson, Editons du Seuil (Verlag), Paris
Jean-Luc Pidoux, Editions Payot (Verlag), Paris
Francoise Verny, Editions Grasset (Verlag), Paris
Marie-Pierre Bay und André Bay, Edtions Stock (Verlag), Paris
F. Lay, Presses Universitaires de France (Verlag), Paris
Editions des Femmes (Frauenverlag), Paris
Ecole des Loisirs (Verlag), Paris
Editions Maspéro (Verlag), Paris
Editions Présence Africaine (Verlag), Paris
Editions Ruedo Iberico (Verlag), Paris
Editions Le Saggitaire (Verlag), Paris
Editions Le Sycomore (Verlag), Paris
Editions Veyrier(Verlag), Paris
Redaktion „l'étincelle", Paris
Redaktion „partis pris", Paris

Italien

Edizioni Giangiacomo Feltrinelle (Verlag), Mailand
Edizioni Il Formichiere (Verlag), Mailand
Iskra Edizioni (Verlag), Mailand
Gabriele Mazzotta Editore (Verlag), Mailand
Il Saggiatore (Verlag), Mailand
Edizioni Savelli (Verlag), Rom

Solidaritätsmeldungen

Jungdemokraten Westberlin

Die Westberliner Jungdemokraten (DJD) haben am 27.12.78 eine Presseerklärung mit folgendem Wortlaut herausgegeben:

Die Deutschen Jungdemokraten — Landesverband Berlin verurteilen die strafrechtliche Verfolgung des Buches aus dem „Reents-Verlag", in dem das Bundeskriminalamt als „neue GeStaPo" bezeichnet wird, und der TUNIX-Demonstration vom Februar 1978, auf der die Flagge der BRD verbrannt wurde. Die Jungdemokraten distanzieren sich aber von diesen Handlungen, da wir die politische Situation der BRD zwar als bedrohlich ansehen, aber nicht mit Nazi-Deutschland vergleichbar. Auch sehen sie das Verbrennen von Fahnen nicht als Form der politischen Auseinandersetzung an und meinen, daß die Flagge der BRD eine demokratische Tradition repräsentiert, in der auch dieser Staat steht. Nach Meinung der Jungdemokraten muß hier politisch argumentiert werden und nicht strafrechtlich.

* * *

Österreichische Hochschülerschaft

Die „Österreichische Hochschülerschaft", die größte studentische Organisation in Österreich, die auch eine aktive Rolle in der dortigen Anti-AKW-Bewegung einnimmt, hat uns folgende Erklärung zugeschickt:

Erklärung der Österreichischen Hochschülerschaft zum Fall des Verbots des Buches „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo":

Die Österreichische Hochschülerschaft identifiziert sich keinesfalls mit den Inhalten des Buches bzw. mit den Zielen der Autoren. Sie spricht sich jedoch gegen die Vorgangsweise der deutschen Justiz aus, die einen schweren Verstoß gegen die Presse- und Meinungsfreiheit bedeutet. Wir fordern daher Einstellung der Anklagen gegen den Reents-Verlag.

Fritz Pesendorfer
Vorsitzender der
Österreichischen Hochschülerschaft

* * *

circole culturale anarchico (Italien)

Die Genossen vom „circolo culturale anarchico" (anarchistischer Kulturzirkel) in Carrara (Italien) schickten uns am 4.12.78 folgenden Solidaritätsbrief:

Liebe Genossen,
Die Freiheit des geschriebenen Wortes wird immer mehr, so auch hier in Italien, eingeengt. Der Kampf gegen die Einschränkung unserer elementarsten Rechte muß international sein! Wir fordern die sofortige Einstellung der Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents:

mit freundlichen Grüßen
circolo culturale anarchico

* * *

Das Nebelhorn

Redaktion und Herausgeber des „Nebelhorn — Zeitschrift für Literatur, Graphik, Kritik" (Westberlin) schrieben uns in einer Erklärung vom 22.11.78 u.a.:

Im Vorgehen der Hamburger Justiz sehen wir den Versuch, einmal mehr die kritische Auseinandersetzung mit der politischen Realität des ‚Modell Deutschland' qua Strafgesetzbuch zu unterdrücken. Unabhängig von differierenden politischen Standpunkten versichern wir dem Reents-Verlag unsere Solidarität. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, auf kulturpolitischem Sektor u.a. manifest im § 88a, zeigt, daß die Repression vor niemandem haltmacht. Solidarität über alle politischen Differenzen hinweg ist damit ein Gebot der Stunde.

Hajo Bührmann
Ronald Glomb
Werner Schlegel

* * *

Rooie Berichten (Niederlande)

Die Redaktion der in Amsterdam erscheinenden sozialistischen Zeitung „rooie berichten" schickte am 30.11.78 folgenden Protestbrief an das Hamburger Amtsgericht:

Sehr geehrte Damen und Herren !
Die Redaktion von „Rooie Berichten" spricht ihre richtige Entrüstung aus über die Anklage gegen den Verlag J. Reents wegen der Herausgabe des Buches „Nach Schleyer: ...". Nach unserer Meinung bedeutet dieser Prozeß eine weitere Einschnürung der (linken) Presse und Meinungsfreiheit in der BRD. Gegen diese Entwicklung sollten wir dann auch am stärksten Protest erheben.

Hochachtungsvoll,
Redaktion „Rooie Berichten",
H.C. Vonk, Chefredakteur

* * *

Ein Gefangener schreibt

Der Gefangene Günter Peter Nast (Ludwigsburg) schrieb uns am 4. Dezember ein „Plädoyer für die Freiheit von Jürgen Reents und Kai Ehlers", in dem es u.a. heißt:

...Die Frage stellt sich hier: Ist ein angeblicher demokratischer Rechtsstaat (Art. 20, Abs. 1 GG), als Nachfolger des III. Reiches, a) unfähig, mit der Nazi-Vergangenheit zu brechen, und b) unfähig, demokratische Kritik gegen die Wiedereinführung von faschistoiden Praktiken (Extremistenerlaß, Zensurparagraph 88a StGB, Lex RAF-Gesetz, Kontaktsperregesetz u.a.m.) zu ertragen? Anscheinend hat man die vornazistische Ära während der Weimarer Republik vergessen, denn auch damals (wie heute) fing alles ganz „harmlos" an und die Republik und mit ihr die Menschenrechte endeten auf dem Misthaufen und in den KZ's Hitler-Deutschlands. Soll aus der BRD ein GroßBRDeutschland und aus Bonn Weimar werden? Oder hält es die Klassenjustiz — „Im Namen des Deutschen Volkes" — lieber mit dem Marinestabsrichter Filbinger, der - 1935 — meinte: „S c h ä d l i n g e am Volksganzen jedoch, deren offenkundiger verbrecherischer Hang immer wieder hervorgerufen wird, werden u n s c h ä d l i c h gemacht"? ...
Einstellung des Verfahrens und völlige Rehabilitierung von Jürgen Reents und Kai Ehlers! ... Amnestie für alle!

Ziesel verliert gegen ARBEITERKAMPF

Am 7.12.78 entschied das Oberlandgericht Hamburg in der Berufungsverhandlung Ziesel g e g e n „Arbeiterkampf" in a l l e n Punkten gegen Ziesel. Wir dürfen auch zukünftig ungestraft behaupten:

1. Ziesel war 1931 - 1933 Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung".
2. Ziesel wurde beim „Völkischen Beobachter" ausgebildet, nachdem er wegen einem drohenden Hochverratsverfahren aus Österreich flüchtete.
3. Alt-Nazi Ziesel ist Gründungsmitglied der „Gesellschaft für Freie Publizistik". Gründungsmitglieder der „GfP" sind auch: *„Der rechtsradikale Verleger Kurt Vowinkel (Neckargemünd), Karl Mages, (leitender Redakteur der ‚Deutschen National-Zeitung'), Dr. Peter Kleist (NS-Publizist und Redakteur der ‚Deutschen Wochenzeitung'), Helmut Sündermann (ehemals stellvertretender Reichspressechef der NSDAP und Inhaber des Druffel-Verlags)".*

Unsere Beweisstücke für die Richtigkeit der in AK 123, S. 29 gemachten Aussagen (vgl. auch AK 139, S. 27) waren offenbar so überzeugend, daß das OLG Hamburg die Entscheidung des LG Hamburg nur bestätigen konnte. Wir belegten die strittigen Punkte in Ziesels NS-Vergangenheit mit seinen eigenen Aussagen in der Nazi-Zeit:

- In einem Brief an den „Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Hess" vom 23.11.1934 schrieb Ziesel, daß er *„als Österreicher von der österreichischen Regierung wegen Hochverrat (lies nationalsozialistische Betätigung) verfolgt wird...".*
- In einem Brief „An das Oberste Parteigericht der NSDAP, München" vom Nov. 1936 schrieb er: *„Bis zum Jahre 1933 (Mai) habe ich während meines Aufenthaltes in Wien an vorderster Front für die national-sozialistische Durchdringung der Wiener Hochschule gearbeitet. Als Schriftleiter der ‚Deutsch-Österreichischen Tageszeitung', dem Hauptblatt der N.S.D.A.P. ... habe ich einen durch nichts unterbrochenen Kampf für die nationalsozialistische Bewegung geführt. ... durch die Systembehörde in Österreich im Prozesse verwickelt, von jüdischen Zeitungen angegriffen und schließlich infolge meiner journalistischen Tätigkeit für die N.S.D.A.P. im Mai 1933 des Hochverrats bezichtigt".*
- In seinem Buch „Krieg und Dichtung", Wiener Verlagsanstalt 1940, schreibt Z. ähnliches.
- Die Gründungsmitgliedschaft von Vowinkel, Kleist, Sündermann u.ä. belegen wir durch eine Ausgabe der Zeitung der GfP, „Das Freie Forum".

Das Urteil versalzt dem Prozeßhansel Ziesel gehörig die Suppe. Diese eindeutigen Beweise seiner damaligen „glühenden Aufopferung" als Nazi lassen alle Versuche, sich selbst heute als Antifaschisten (!) darzustellen, wie Seifenblasen zerplatzen. Die Kosten aus 1. und 2. Instanz belaufen sich für Ziesel so ungefähr auf DM 10.000. Ist das nicht schön?!

Antifa-Kommission Hamburg

Zensurprozeß gegen Presseverantwortlichen der KPD/ML

Am 10. und 15.1.1979 findet in Bochum ein Strafprozeß gegen einen Presseverantwortlichen der KPD/ML wegen verschiedener Äußerungen in Flugblättern und Betriebszeitungen statt. Die Anklagen lauten auf Beleidigung des Bochumer und des Duisburger Polizeipräsidenten sowie Beleidigung von F.-J. Strauß und eines türkischen Dolmetschers von Opel Bochum. Außerdem wird ihm vorgeworfen, die verfassungsmäßige Ordnung der BRD beschimpft zu haben. Alle Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit sechs Flugblättern und Betriebszeitungen, für die Jochen B. presserechtlich verantwortlich war.

So sehen die fünf Anklagepunkte im Einzelnen aus:

Zum ersten richtet sich das Verfahren gegen Äußerungen im Zusammenhang mit der Erschießung von mehreren Menschen in Bochum und Herne. Angeklagt sind Aussagen wie *„in Bochum fielen in der vergangenen Woche zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren Polizeischüsse auf einen unbescholtenen Einwohner der Stadt. Diesmal tötete die Polizei einen 36jährigen Fuhrunternehmer, ..."* oder *„R. Pollaszek aus Herne, eins der zwölf Polizeiopfer".* Es wurde Anklage wegen Beschimpfung der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD erhoben.

Zweitens bezieht sich die Anklage auf Strafanträge von Franz-Joseph Strauß und der Polizeipräsidenten von Bochum und Duisburg. Strauß fühlte sich beleidigt, weil er in einem Flugblatt als „Neofaschist" bezeichnet wird. Der Polizeipräsident von Bochum stellte Strafantrag wegen der o.g. Äußerungen zu den Todesschüssen der Polizei und der Duisburger Polizeichef faßte verschiedene Aussagen im Zusammenhang mit dem Tode Günter Routihiers, wie z.B.: *„Nach einem Polizeieinsatz in einem Duisburger Arbeitsgericht, bei dem er die Treppe hinuntergestoßen wurde, starb er"* als Beleidigung auf.

Ein dritter Anklagepunkt richtet sich gegen Äußerungen über Großrazzien, Verkehrskontrollen und Gesetze zur inneren Sicherheit im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung.

Viertens richtet sich die Anklage gegen den in einem Flugblatt abgedruckten Satz *„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"*, der als Überschrift zu einem Foto stand.

Fünftens wurde Anklage wegen § 90a erhoben wegen zwei Fotos mit den dazugehörenden Bildunterschriften zum Druckerstreik (*„Polizeieinsatz gegen streikende Druckereiarbeiter. Der Klassenfeind will den Kampf der Bevölkerung unterdrükken"*) und zur Schließung eines Krankenhauses (*„Die Schließung des Knappschaftskrankenhauses zeugt vom volksfeindlichen Charakter dieses Staates und seiner Organe"*).

In diesem Verfahren sind also Äußerungen angeklagt, die sich – einzeln betrachtet – zum Teil in jeder anderen Zeitung so oder ähnlich lesen. Möglicherweise hat die Staatsanwaltschaft deswegen alle fünf Verfahren zu einem zusammengezogen. Nach dem Motto: Die Masse macht's und irgendwas wird schon hängenbleiben.

Schluß mit der skandalösen Kriminalisierung linker Öffentlichkeitsarbeit!

IKAH

Russell-  Tribunal

2. Sitzungsperiode

Vom 3. – 8. Januar traf die Jury des 3. Russell-Tribunals zu ihrer 2. Sitzungsperiode zusammen, um die Themenbereiche Zensur, Verteidigungsrechte und Verfassungsschutz zu untersuchen.

Eröffnung

Ebenso wie zu Beginn der 1. Sitzungsperiode im März/April 78 mußte sich der Präsident des Tribunals, Vladimir Dedijer, auch in der Eröffnungsrede am 3.1.79 damit auseinandersetzen, ,,*daß schon wieder von offiziellen und halbamtlichen deutschen Stellen Druck auf das Tribunal ausgeübt worden ist. Unseres Wissens wurde dieser Druck über ausländische Regierungen auf ausländische Mitglieder des Tribunals ausgeübt.*" Dedijer selbst hatte ,,*an ein prominentes Mitglied einer der größten deutschen Parteien geschrieben und ... gefordert, solchen Pressionen ein Ende zu setzen*", natürlich erfolglos (auf einer Pressekonferenz machte er klar, daß es sich hierbei um Willy Brandt gehandelt hat).

Dedijer betonte, wie auch bei der Eröffnung der 1. Sitzungsperiode, daß das Tribunal keine ,,*antideutschen Vorurteile*" habe, denn ,,*Menschenrechte werden in allen Staaten verletzt*". Die besondere Bedeutung dieses Tribunals wertete er so: ,,*...sobald eine Regierung beginnt, neue Unterdrückungsinstrumente anzuwenden, neue Gesetze und Rechtsakte, um die Ausübung der Rechte des Volkes einzuschränken und zu hemmen, zu setzen, beginnen die anderen Regierungen diese schlechten Beispiele zu imitieren und zu simulieren.*" Er wiederholte auch in diesem Zusammenhang, daß die Jury davon ausgehe, daß die BRD ein ,,Rechtsstaat" sei und nur stellvertretend für andere Länder behandelt werde.

Für die Arbeitsweise des Tribunals sei charakteristisch, daß ,,*die Fakten nicht prima facie* (dem ersten Anschein nach, Anm. AK) *sondern unter Berücksichtigung ihrer sozialen und historischen Genese* (Entwicklung, Anm. AK) *und Funktion* (*betrachtet*)" werden. Als Beispiel dafür gab er an, er hoffe, daß das Tribunal ,,*wenigstens in seinem schriftlichen Bericht sich mit dem Problem der sozialen, ökonomischen und psychologischen Wurzeln des Terrorismus in all seinen Formen in der Bundesrepublik befassen wird*". Er vertrat dazu die Ansicht, ,,*daß Terrorismus ... sozial, ökonomisch und psychologisch begründet sei*", ,,*daß die erste Schuld auf die Gesellschaft fällt*" und es ein unabdingbares Prinzip sei, ,,*daß ein demokratischer Staat niemals undemokratische oder gar anti-demokratische Maßnahmen gebrauchen darf, um sich zu verteidigen.*"

Zur Themenwahl äußerte Dedijer, daß es ,,Minderheitsstandpunkte" gab, die als Tribunalsdokumente veröffentlicht werden. Er selbst hätte auch einige Themen vorgeschlagen (Frauenunterdrückung, Ausländerfrage, Gefangene), würde sich aber der Mehrheitsentscheidung beugen. Hieraus mußte zu diesem Zeitpunkt der Schluß gezogen werden, daß die Haftbedingungen nicht Gegenstand des Tribunals sein würden.

Schließlich schlug er die Einrichtung eines ,,ständigen internationalen Überwachungsausschusses" vor, ,,um dem Kampf für die Menschenrechte in der Bundesrepublik fortzuführen."

Im Anschluß an Dedijers Ausführungen verlas Claude Bourdet einen Brief von Otelo Seraiva de Carvalho, der auch diesmal mit einem Reiseverbot belegt wurde (siehe Abdruck).

Hieran schlossen sich die Ausführungen Lolle Nautas über den gegenwärtigen Stand der Berufsverbotedebatte an (siehe gesonderten Artikel).

Zensur und Einschränkung der bürgerlichen Öffentlichkeit

Als erster Gutachter machte Prof. Oskar Negt einige sehr allgemeine Einführungen in das Problem der Zensur. Seine Ausführungen drehten sich nicht um die konkrete Zensur, sondern vor allem um die gesellschaftspolitischen und -psychologischen Verhältnisse, die die Zensur bewirken und begünstigen.

Ingeborg Drewitz fügte an, daß für eine Beurteilung der Zensur vor allem auch die ökonomischen Verhältnisse, die Marktmechanismen und der Konzentrationsprozeß in den Medien wichtig sei. Prof. Casalis (Frankreich) fragte, ob aus dem Gesagten schon geschlossen werden müsse, daß eine Zeit des ,,neuen Widerstands" anbreche. Negt verneinte dies, weil heute noch die Möglichkeit einer Öffentlichkeitsarbeit bleiben; wenn aber auch dies nicht mehr möglich sei, kehre tatsächlich ein ,,trauriger Zustand" ein.

Literaturfreiheit und Zensur

Als nächster Gutachter sprach Prof. Richter über Zensur im Literaturbereich. Er definierte Zensur als ,,*ein Zwangsmittel zur Aufrechterhaltung eines herrschenden Systems von Normen und Werten, sie ist ein Machtmittel gegen kritische Minderheiten*". Die ,,Verrechtlichung" der Zensur fände vor allem in den Paragraphen 90a (Staatsverleumdung), 185 (Beleidigung), 88a (Befürwortung von Gewalt) oder 130a statt. Neun exemplarische Fälle werden dann von Richter vorgestellt, um seine Thesen zu beweisen.

1. Klaus Manns Mephisto-Roman wurde 1971 vom Bundesverfassungsgericht verboten, weil der Sohn Gustav Gründgens seinen Vater in der Hauptfigur eines karrieresüchtigen Schauspielers, der alle Wandlungen, auch die des Faschismus, mitmacht, wiedererkennt.

2. Der Wagenbach-Verlag und der Autor F.C. Delius wurden gerichtlich gezwungen, aus dem Buch ,,Unsere Sie-



Otelo Saraiva de Carvalho

Otelo Saraiva de Carvalho an V. Dedijer

(Übersetzung von Claude Bourdet, dem Vertreter Carvalhos in der Jury)

,,Lissabon, 31. Dez. 1978.

In der Person seines Präsidenten grüße ich alle Mitglieder der Jury des 3. Russell-Tribunals zum Jahresbeginn 1979, der mit der zweiten Sitzungsperiode zusammenfällt. Wieder einmal werde ich nicht unter Euch sein. Die potugieseischen Militärbehörden, von denen ich abhängig bin, haben meine Anwesenheit als politische Angelegenheit betrachtet, die unvereinbar sein soll mit dem Zustand eines im aktiven Dienst stehenden Militärs. In diesem Sinne bestehen sie, was mich betrifft, auf Reiseverbot.

Darüber hinaus muß ich Euch wissen lassen, daß die Tatsache der Entsendung einer persönlichen Grußbotschaft anläßlich der Eröffnung der ersten Sitzungsperiode, einer Botschaft, die in einigen Lissaboner Zeitungen veröffentlicht wurde, einen Protest seitens des Militärattaches der BRD in Portugal beim Generalstabschef des portugiesischen Heeres verursacht hat. Dieser hat ein Disziplinarverfahren gegen mich einleiten lassen.

Der Generalstabschef betrachtet die Entsendung dieser Botschaft als eine politische Betätigung. Er hat behauptet, daß ich dabei seinem früheren Verbot nicht Folge geleistet habe, indem ich darauf bestand, diese Botschaft zu entsenden. Er hat mich angeklagt, ‚ein mit Portugal in der NATO verbündetes Land' zu kritisieren und zu beleidigen. Dieses Verfahren steht jetzt vor dem obersten Disziplinargremium des Heeres, das aus fünf Generälen besteht: die Folge davon mag die Entscheidung sein, mich in die Reserve oder den Ruhestand zu versetzen.

In Portugal hat mit dem 25. November 1975 die Etappe der sogenannten ‚revolutionären Legitimation' ihr Ende genommen, das Ende der Revolution wurde verkündet, und das Land wurde zum ‚Rechtsstaat' erklärt. Doch sind die Vorgehensweisen gegen die neue Verfassung, gegen die militärischen Regeln und die Verfolgung von Zivil- und Militärpersonen, hauptsächlich gegen die links stehenden, eine permanente Repression.

Viele wohlbekannte antifaschistischen und revolutionären Kämpfer sind seit 6 Monaten ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis, desgleichen viele Militärs wegen Tätigkeit im Juli 1975, die viel weniger schwerwiegend waren als ähnliche Unternehmungen von rechtsstehenden Offizieren der konterrevolutionären Verschwörung am 11. März 1975, und die nicht verfolgt werden.

Unmittelbar nach dem 25. November 1975 wurden ich selbst und viele andere militärische Freunde von unseren Ämtern suspendiert; dies durch neue Behörden, die ihre eigenen Gesetze und Militärregeln nicht respektieren, während sie diese mit letzter Strenge gegen uns anwenden – unter den lächerlichsten Vorwänden.

Es ist eine Tatsache, daß Verletzungen der Menschenrechte in fast allen, wenn nicht sogar in allen Ländern weiter geschehen. Deswegen sollte ein Organ wie das Russell-Tribunal praktisch permanent seine Tätigkeit ausüben, was aber augenblicklich kaum möglich erscheint.

Indem ich bedaure, unter Euch nicht anwesend sein zu dürfen, und mich so nicht an den Entscheidungen betreffend Zensur auf allen Ebenen, die entscheidende Frage der Verteidigungsrechte und den ungeheuerlichen Apparat und die Methoden der Geheimdienste und der politischen Polizei beteiligen zu können, möchte ich Claude Bourdet bitten, mich während der zweiten Sitzungsperiode zu vertreten, damit Genosse Professor Dedijer nicht überlastet wird.

Ich wünsche auch, daß sich die Arbeiten des dritten Tribunals in der besten Form und in größter Einstimmigkeit entwickeln mögen, damit das sehr hohe Ziel, für das es konstituiert wurde, und wovon man schon einige positive Ergebnisse feststellen kann, erreicht werde.

Mit meiner größten Hochachtung, Freundschaft und Solidarität für Euch alle, entsende ich meine besten Grüße.

Für die Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen,

Otelo Saraiva de Carvalho."

Vom 3.1. bis 8.1. fand die 2. Sitzungsperiode des Russel-Tribunals in der Stadthalle von Köln-Mühlheim statt. Die Jury tagte in der Besetzung: C. Bourdet, Prof. G. Casalis, Prof. J. Faye, Prof. G. Soulier aus Frankreich; Prof. V. Dedijer aus Jugoslawien (Präsident); Lord T. Gifford, Prof. R. Glass, J. Rechardson, C. Farley (Russell Peace Foundation) aus England; A. Heller aus Australien (ehem. Ungarn); Prof. L. Nauta aus den Niederlanden; Prof. Jensen aus Dänemark; Dr. R. Jungk aus Österreich; E.A. Taikeff aus den USA sowie Dr. I. Drewitz, Prof. H. Gollwitzer, Prof. W.D. Narr und Prof. U. Wesel vom westdeutschen Beirat.

Skepsis und Hoffnung

Während der Eröffnung der 2. Sitzungsperiode nahm Lolle Nauta (Niederlande) Stellung zur gegenwärtigen Debatte um die Berufsverbote. Er stellte die Frage: **„Inwieweit werden mit den neuen vorgestellten Regelungen bezüglich des Radikalenerlasses Bedingungen geschaffen, die eine weitere Menschenrechtsgefährdung unmöglich machen?"** und führte dazu aus:

In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Berufsverbotegegner stark angestiegen, was jedoch nicht das Verdienst der westdeutschen Presse sei, sondern allein das der Berufsverbotegegner. Ein vernichtendes Urteil fällte er über die Presse, ohne deren Schweigen die ,,*Diskriminierungsprozesse gar nicht möglich gewesen wären*". Nauta ist dann allerdings der Ansicht, daß „*die Stimme von führenden Persönlichkeiten wie Klose und Koschnik sehr ernst zu nehmen*" sei: ,,*Ihre Beunruhigung ist echt; ihre Lernfähigkeit größer als die mancher ihrer Genossen; ihre Vorschläge beabsichtigen tatsächlich, der Gesinnungsschnüffelei ... ein Ende zu bereiten*". Für ihn ständen die positiven Intentionen von Klose und Koschnik nicht in Frage, aber bei Beantwortung der oben gestellten Frage müßten die beschlossenen Regelungen untersucht werden.

Positiv hob er hervor, daß die FDP ausdrücklich ,,*die Abkehr vom Extremistenbeschluß ... gefordert*" habe, daß die Regelanfrage wegfallen soll, daß ,,Erkenntnisse" vor dem 18. Lebensjahr nicht verwertet werden sollen, daß die SPD das ,,*konkrete Verhalten*" zum Maßstab für Ablehnungsbescheide machen wolle.

Dann kritisiert er jedoch, daß mit diesen Verfahrensänderungen nicht ,,*ganz und gar... der Gesinnungsschnüffelei.... der Garaus gemacht*" wird. Dazu führt er an, daß die SPD weiterhin die Mitgliedschaft als ein Kriterium behandeln wird, daß das Bundeskabinett die Grenzen noch enger ziehen wird und die Anfrage beim Verfassungsschutz bestehen bleibt Dazu stellt er fest: **„Damit sind wir wieder am Anfang des Irrwegs."** Seine weiteren Zweifel begründen sich folgendermaßen:

1. ,,*Wie die Position des Bewerbers auch verbessert wird, die Prüfung der Verfassungstreue ist nicht verschwunden.*" Hieran ändere auch der SPD-Beschluß nichts, daß von der ,,Verfassungstreue" der Bürger ausgegangen werden solle.

2. Wenn nur noch ,,*nachweisliche Bekämpfung der FdGO*" eine Ablehnung begründen könne, so sei doch von vornherein klar, ,,*daß sich hier ein breites Feld möglicher Interpretationen öffnet*". Das wichtigste in diesem Zusammenhang sei, daß der Berufsverboteapparat weiter bestehen bleibe.

Er kommt dann zu dem Schluß, daß solange sich die Praxis der Berufsverbote nicht ändert, „*alle neuen Regelungen und Forderungen ein schöner Schein*" bleiben. Daraus ergebe sich ein Test für Kloses und Koschniks Äußerungen, an die er sich insbesondere wendet, „*die bestehende Praxis gründlich zu verändern*" Es gibt sicherlich sehr unterschiedliche Auffassungen zu diesen Ausführungen Lolle Nautas, insbesondere zu den positiven Aspekten, die er in den neuen Regelungen sieht. Problematisch scheint jedoch, daß er mit keinem Wort die Durchsetzbarkeit der ,,positiven Neuregelungen" erörterte. So wurde z.B. auf dem gleichen FDP-Parteitag, auf dem eine generelle Abkehr vom Radikalenerlaß beschlossen wurde, ebenfalls der bekannte Beschluß zu Kalkar gefaßt. Schon einige Wochen später bewiesen die Regierungsmitglieder der FDP, wie sie in der Praxis mit solchen Beschlüssen umgehen. Ebenso hat das Bundeskabinett, das sich ja aus SPD- und FDP-Mitgliedern zusammensetzt, deutlich gemacht, daß es sich in seinen Neuregelungen nicht an die Parteitagsbeschlüsse halten wird. Zum Schluß sei auch noch daran erinnert, daß Wolfgang Roth (ehemaliger Jusovorsitzender) nach einem SPD-Parteitag ausrief: **„Jetzt sind die Berufsverbote vom Tisch!"** Das war 1973. In der Zwischenzeit ist das Klima weiter verschärft und nicht liberalisiert worden.

Fortsetzung von Seite 16

menswelt" neun Stellen zu streichen, in denen von Siemens Beteiligung an der brutalen Ausbeutung und der Morde an KZ-Häftlingen die Rede ist.

3. Verbot des Bommi Baumann Buches.

4. Aus einen Schulfunkbegleitheft wird ein Poster beschlagnahmt

5. Anklage und Verurteilung des Wagenbach-Verlages wegen Herausgabe des „Roten Kalenders für Lehrlinge und Schüler", in dem von Mord an Benno Ohnesorg und Georg v. Rauch die Rede ist.

6. Die Beschlagnahmung des „Russell-Buches 5 — Nach Schleyer: »Sonderkommandos« in der BRD — Zügiger Ausbau der Gestapo". Hieran macht Richter das Wirken des § 90a deutlich, mit dem jeder Vergleich mit der Zeit des Faschismus verboten werden kann.

7. Beschlagnahmung eines „Antirepressions-Infos" in Nürnberg, in dem ein Polizeiüberfall geschildert wird, wodurch sich die Polizei „verunglimpft" sieht.

8. Verbot eines Informationsstandes von Schwulen in Aachen, weil „*niemand das Recht hat, seinen Mitbürgern Angelegenheiten seines Intimbereichs aufzudrängen.*"

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Jury in den anschließenden Befragungen den Fällen, die im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Faschismus stehen (Klaus Mann, F.C. Delius) oder die Parallelen zum Faschismus ziehen (Russell Buch 5). Herausgearbeitet wurde, daß es offensichtlich zwei Arten der „Vergangenheitsbewältigung" gibt: einerseits die von Fest. Diese ist offiziell erwünscht und wird gefördert, da sie die Ursachen für den Faschismus verkleistert und teilweise den Faschismus verherrlicht. Andererseits die kritische Untersuchung, die über Zensurmaßnahmen verboten werden soll, vor allem wenn Schlüsse auf die gegenwärtige Situation gezogen werden.

Anschließend wurden von Norbert Cobabus sieben Fälle von Zensurmaßnahmen und Gesinnungsschnüffeleien in Bibliotheken vorgetragen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um das Verbot von Büchern in Bibliotheken. Einen interessanten Aspekt berichtete er über die „Amerika Gedenkbibliothek" in Westberlin. Dort wurde in das Russell-Buch 5 des Reents Verlages ein Zettel eingeklebt, der dem Leser den Hinweis gibt: **„Eine Dokumentation der Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt und kommentiert aus der Sicht seiner Befürworter."**

Es folgte von Richter eine Darstellung der Beschlagnahmeaktion in Buchläden. In der abschließenden Befragung faßte Richter zusammen: „*Wichtig ist, daß die Zensur in der BRD in einem bestimmten Kontext steht: ... Vorverlagerung des Staatsschutzes, eine verstärkte Entwicklung hin zu dem, was man vielleicht nennen könnte: totaler Institutionalismus.*"

Zensur im Theaterbereich

Zensur im Theaterbereich

Yaak Karsunke (Schriftsteller) sprach über Zensur im Theaterbereich, die er in zwei Formen aufteilte: „Vorfeldzensur", die kaum überprüfbar sei, weil sie durch den Regisseur geschieht, indem politisch brisante Stücke gar nicht mehr berücksichtigt werden. Dann die direkte Zensur, untergliedert in drei Punkte.

1. Zensur in den Programmheften. So geschehen in Hamburg in „Prinz von Homburg", wo aus dem Programmheft Material von P.P. Zahl herausgenommen wurde.

2. Nichtaufführung bzw. Absetzung bereits geplanter Stücke, wie z.B. „Bambule" von Ulrike Meinhof, „Die Gerechten" von Camus, „Katharina Blum" von Böll. Diese Art der Zensur wurde vor allem während der Zeit des „Deutschen Herbstes" (77) angewandt.

3. Ein weiteres Kapitel ist die Zensur, der freie Theater, wie z.B. das Grips-Theater, ausgesetzt sind. Hier wird vor allem mit dem Mittel des Raumverbots, des Mittelentzugs usw. gearbeitet.

Die Mescalero-Affäre

Einen Vormittag lang beschäftigte sich die Jury mit der sogenannten „Mescalero-Affäre", d.h. die Herausgabe des „Buback-Nachrufs" durch den Göttinger AStA und die nachfolgende Pressekampagne. Mit einem einführenden Gutachten von RA Golzem wurde ein umfassender Überblick gegeben. Ausmaß und Intensität der Hetze berechtigten nach dem Gutachten von RA Golzem dazu, von einem der gravierendsten Zensurfälle der jüngeren Geschichte zu sprechen. Weit mehr als 200 Ermittlungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Der Göttinger Vertreter legte die Gründe für die Erstveröffentlichung dar und ging dann auf die Presse ein. Über Wochen war die Berichterstattung gleich tendenziös und verlogen, so daß hier von einer zentral gelenkten Gleichschaltung gesprochen werden müsse. Gegenteilige Presseerklärungen des AStA fanden niemals Eingang in die Presse.

Stellvertretend für alle Nachdrucker des Nachrufs begründete ein Redakteur des „Gegenwind" den Nachdruck als Akt der solidarischen Unterstützung des AStA. Durch die ca. 150 Nachdrucke sei letztlich eine erfolgreiche Strategie zur Verteidigung der Pressefreiheit eröffnet worden.

Prof. Erb bezeichnete den Nachruf als „*teilweise inhuman und konfus*". Er habe den Nachruf zusammen mit Studenten herausgegeben, um die Pressefreiheit zu verteidigen. Dabei haben sich diese Herausgeber von dem Text distanziert. Trotzdem leitete der hessische Kultusminister gegen Erb ein Disziplinarverfahren ein.

Peter Brückner betonte, daß sein Fall vor allem die Freiheit der Wissenschaft berührt. Der Staat will sicherstellen, daß die Wissenschaftler „beschreibend" bleiben. Marxisten, die sich kritisch, wertend, ja verwerfend gegenüber der gesellschaftlichen Realität äußern, werden als Staatsfeinde geächtet; ihre Wissenschaft wird als „Agitation" verboten. Die auch an ihn herangetragene Forderung, sich von „Terroristen" zu distanzieren, sei für ihn unzumutbar, weil ihn mit der „RAF" ein Stück Geschichte verbänden, die er nicht leugnen wolle und könne.

Angesichts des von den Zeugen und Gutachtern ausgebreiteten Umfangs der „Mescalero-Affäre" konzentrierten sich die Fragen auf die Frage nach dem Charakter eines Systems, das eine derart monströse Kampagne hervorgebracht hat. Das Jurymitglied Soulier stellte fest, daß es bei dieser Kampagne wohl nur oberflächlich um eine plumpe Unehrlichkeit in der Berichterstattung der Presse ging.

Soulier wertete die „Mescalero-Affäre" als ein Beispiel dafür, wie in der BRD unter dem Mantel eines formell weiterexistierenden Pluralismus ein „Einparteiensystem", mit einer einheitlichen, verbindlichen Ideologie, der „FDGO", installiert werde.

Peter Brückner entgegnete, daß dieses Klima vor allem die Selbstzensur hervorbringe. In diesem Zusammenhang warnte er davor, die BRD als „faschistisch" zu bezeichnen, weil dies die Gewaltpotentiale einer „normalen" Demokratie unterschätzen und den Charakter der bürgerlichen Demokratie verkennen würde.

Verwundern mußte den aufmerksamen Zuhörer, daß im gesamten Zusammenhang die Frage der Selbstzensur und der Distanzierung nicht thematisiert wurde. Massenhaft sind damals Forderungen an den Göttinger AStA gestellt worden, sich zu distanzieren; sogar Mitglieder des heutigen Beirats verurteilten die Veröffentlichung als „Provokation". Weite Teile der Linken sind erst nach langem Zögern aktiv in der Solidarität geworden. Gerade dieser Fall hätte sich so ausgezeichnet geeignet, die Frage der

Zögern aktiv in der Solidarität geworden. Gerade dieser Fall hätte sich so ausgezeichnet geeignet, die Frage der

Selbstzensur zu thematisieren, da sie die notwendige Solidarität einschränkte andererseits aber auch überwunden wurde.

Die 90a-Fälle

Der Paragraf 90a wurde von Frau Düsing als verfassungsfeindliches Sondergesetz vorgestellt, das gegen den Artikel 21 des Grundgesetzes (Parteienprivileg) sowie Artikel 5 (Meinungsfreiheit) verstoße. Zum einen werde nach §90a auch die politische Propaganda und Polemik nicht als „verfassungsfeindlich" festgestellter Parteien trotzdem wegen „Verunglimpfung der BRD" und „Bestrebungen.. gegen Verfassungsgrundsätze" vor Gericht gebracht, zum anderen zeige die Praxis der Gerichte, daß die weitgefaßten Bestimmungen des §90a eindeutig Gesinnungsstrafrecht seien, mit dem bereits die politische Meinungsäußerung, nicht erst die politische Aktion unterbunden werden solle.

Frau Düsing betonte, daß die im Grundgesetz selbst aufgenommenen Staatsschutzbestimmungen (Art. 18 — Verwirkung von Grundrechten, Art. 21 — Parteienverbot u.a.) „*unter deutlich anti-nazistischen Vorzeichen*" 1949 gestanden haben. Mit den Strafrechts-Änderungen von 1951 („Blitzgesetze") wurde wieder an der Tradition des politischen Strafrechts der Weimarer Zeit („Republikschutzgesetz") und der Nazi-Zeit (z.B. „Heimtückegesetz") wieder angeknüpft.

Sie charakterisierte das seit 1951 in der BRD wieder gültige politische Strafrecht als „vorverlegten Staatsschutz".

Zum Beweis präsentierte Frau Düsing vier Zeugen für vier ausgesuchte Fälle:

Fall eins: Die Welle von Verfahren nach 90a gegen alle diejenigen, die den Tod von G. Routhier 1974 als „Polizeimord" brandmarkten. Der Zeuge, Prof. Sigrist, sprach von ca. 1000 Verfahren! Prof. Sigrist wurde selbst bereits 1974 wegen Herausgabe eines Informationsflugblattes zu dem Fall erstmals verurteilt. Prof. Sigrist begründete seine Herausgabe des Flugblatts 1974 damit, daß nur noch durch eine solche Protest-Aktion das Schweigen bürgerlicher Presse zu den Vorfällen zu durchbrechen gewesen sei.

Solange der § 90a bestehe, werde es in der BRD keine freie Meinungsäußerung geben. So sei z.B. eine objektive Diskussion der Ereignisse von Stammheim nicht möglich.

Zweiter Fall: stellvertretend für die übrige linke Presse bezeigte die Münchner Stadtzeitung „Blatt" den Zensur-Druck durch Anklagen nach 90a (und andere). An zwei Beispielen (Bericht über die Bommi Baumann-Beschlagnahmung, Bericht über Todesschüsse der Münchner Polizei) wurde deutlich, daß die Anklagen erstens massiv auf die Zensur des „Blatt" zielen, und zwar auf dem Weg, die Redaktion durch die Verfolgungsmaßnahmen zu einer Selbstzensur v o r Herausgabe zu veranlassen.

Fall drei: Verletzung des Parteienprivilegs am Fall einer Wahlsendung der „KPD" im bayerischen Regionalfernsehen zur Landtagswahl in Bayern 1974. Der Zeuge Lambeck (Mitglied der KPD) gab an, daß nach 90a



von links: Schily, Stroebele, Cobler, Hannover

praktisch — trotz Parteienprivileg — jede programmatische Äußerung politischer Parteien kriminalisiert und ihre Verbreitung verhindert werden kann. Lambeck machte deutlich, daß neben der Zensur durch 90a die Wahl-Propaganda seiner Organisation durch eine Reihe weiterer Maßnahmen gerichtlicher und polizeilicher Art behindert worden sei — während im selben Wahlkampf die NPD ihren Parteitag unter Polizei-Schutz abhalten konnte und sogar antifaschistische Demonstranten verhaftet wurden.

Fall vier: Plakate-Macher Ernst Volland bezeugte, daß in der BRD auch politische Satire und Karikatur durch § 90a zensiert, verfolgt wird. Er berichtete, daß in mehreren Fällen der bloße Nachdruck eines seiner Plakate

§ 90a zensiert, verfolgt wird. Er berichtete, daß in mehreren Fällen der bloße Nachdruck eines seiner Plakate

(„Öffentlicher Dienst: wir stellen ein: fähige Radfahrer, Schleimer..") nach § 90a verfolgt worden sei.

Der US-Anwalt Taikev wollte wissen, ob es in der BRD grundsätzliche Aussagen gibt, die man nicht mehr treffen darf, etwa wörtlich: wenn einer unmittelbarer Zeuge der Ermordung eines Menschen durch Polizisten war, darf er das dann sagen? Wenn einer sagt, ein offizieller Beamter sei verfassungsfeindlich, darf er das? Taikev wollte weiter wissen, welche Kritiken zulässig, welche nicht zulässig sind und was die „persönliche" Position der Gutachterin dazu sei. Leider blieben die Antworten auf diese Fragen sehr ungenau und allgemein.

Schließlich fragte der französische Korrespondent von Liberation, Soulier, ob es richtig sei, daß die 90a-Prozesse auch dazu geführt hätten, daß über die Ereignisse von Stammheim nicht ausreichend berichtet worden sei. Frau Düsing bejahte dies. Verwundert hat uns jedoch, daß sie in diesem Zusammenhang nicht auf den Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPFS hingewiesen hat, der wegen der Berichterstattung zu Stammheim eine Anklage wegen Staatsverleumdung (90a) bekommen hat. Dieser Fall war ihr durchaus bekannt. Sie wehrte sogar ab, dies nachträglich in ihr Gutachten mit aufzunehmen, obwohl einige Jury-Mitglieder Interesse an der Stammheimsache zeigten.

Die Anklage gegen die Agit-Drucker

Die Gutachten zum Fall der Agit-Drucker brachten einen Höhepunkt des zweiten Sitzungstages. An diesem Beispiel wurde dem Tribunal die Funktion der Paragrafen 88a und 129 in ihrer besonderen fatalen Kombination als Zensur-Instrumente vorgeführt. Gutachter E. Pieper, Mitglied der Prozeßbeobachter-Delegation des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Drupa, schilderte eingehend den konkreten Verlauf der Ereignisse: die Ermittlungen wegen des Drucks des „info-Bug", die Hausdurchsuchungen, Anklage und U-Haft für die Drucker, die Prozeßführung in einem besonderen „Sicherheitstrakt" uam.

Pieper kennzeichnete die Anklage als Präzedenzfall für die Ausweitung von Literatur-Zensur bereits auf die — am Inhalt unbeteiligten — Produzenten, und schloß mit einer von den Agit-Druckern selbst entlehnten Satire, wonach bei den in der BRD herrschenden „Rechts"verhältnissen auch die Bäume, die das Papier liefern, bereits vor Gericht gehören..! Rechtsanwalt Riemann erläuterte dem Tribunal darüber hinaus: erstens den Charakter des Paragrafen 88a (in Verbindung mit 129) als ein von jeder konkreten Tat, jedem konkreten Täter und selbst jeder konkreten Strafbestimmung unabhängiges Vorbeuge-Gesetz, dessen Wirkung eben gerade durch diese Unbestimmtheit in dem völlig unabwägbaren Risiko liegt, das jemand eingeht, der öffentlich eine Meinung kundtut. Zum zweiten belegte RA Riemann, daß der Fall der Agit-Drucker keineswegs ein monströser Ausrutscher der westdeutschen Strafverfolgungs-Behörden sei, sondern nur Spitze eines Eisberges eines alltäglich um sich greifenden Zensur-Terrors, der nicht nur spektakuläre „Fälle" produziert, sondern sich in einer Vielzahl täglicher Eingriffe ausbreitet. Fragen der Jury und des Beirats förderten über die Gutachten hinaus noch weitere beklemmende Fakten zu dem Fall zutage.

So wollte Ingeborg Drewitz wissen, welche Position die IG Drupa gegenüber den Agit-Druckern bezogen habe und wie sich die Drucker-Kollegen verhalten hätten. Die Antwort des VS-Mitglieds Pieper: die IG Drupa hat im Oktober 1977 jede Unterstützung abgelehnt mit der „Begründung", die Agit-Drucker seien selbständige „Unternehmer". Später

zung abgelehnt mit der „Begründung", die Agit-Drucker seien selbständige „Unternehmer". Später

wurden alle Drupa-Mitglieder mit einem Äußerungsverbot zu dem Fall belegt, eingeschlossen Mitglieder des der Drupa angeschlossenen VS — von der gewerkschaftlichen Basis dagegen hätten die Angeklagten trotzdem starke Solidarität erfahren, u.a. vom Schriftstellerverband.

Prof. Casalis (Frankreich) brachte seinen Eindruck der Befragung auf den Punkt: er frage sich, warum die Eingriffe der BRD-Behörden derart dumm, plump und lächerlich sein könnten. Er vermute, daß es eben nicht möglich sei, zugleich Repression wie sie hier stattfindet zu fördern und den Anspruch eines demokratischen Staatswesens aufrechtzuerhalten. Durch die durchlöcherte Larve des demokratischen Anspruchs sei bereits eine Bedrohung erkennbar, gegen die sich das demokratische Europa zusammenschließen müsse.

Zensur in der Schule

Gutachter waren Michael Kienzle und Dirk Mende (Stuttgart). Sie führten aus, daß Zensur in der Schule bei der Überprüfung der Schulbücher und in besonderen Fällen der Absetzung von Büchern beginnt. Hierfür gibt es eine Reihe Beispiele, vor allem im Hinblick auf den Politik-, Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht. Weiterhin im Bereich des Sexualkundeunterrichts. Flankiert werden diese Maßnahmen in der Regel durch Hetzkampagnen von Seiten der CDU, der Kapitalistenverbände und der Kirchen. Als Zeuge für das Verbot bestimmter Unterrichtsinhalte trat Gerd Heide (Hamburg) auf, der seit vier Jahren vom Dienst suspendiert ist, weil er sich im Unterricht ausdrücklich solidarisch mit der Befreiungsbewegung in Vietnam erklärt hatte.

Als weitere Fälle wurden Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer vorgetragen, die Gedichte von Erich Fried, Dieter Süverkrüp, Werke von Ulrike Meinhof oder P.P. Zahl unkommentiert an die Schüler weitergaben.

Behandelt wurde das Berufsverbot für den presserechtlichen Verantwortlichen einer Hamburger Lehrerzeitung, das Plakettenverbot in der Schule und die Aufforderung an Lehrer, Schüler über ihre politischen Standpunkte und Aktivitäten auszuhorchen.

Das ganze Ausmaß der Zensur in der Schule wurde an den Fällen der Schülerzeitungen deutlich. Nach dem vorgelegten Gutachten sind allein im Zeitraum 75-78 ca. 150 Zensureingriffe nachweisbar, wobei gerade in diesem Bereich die Dunkelziffer sehr hoch liegen dürfte. Aus dem Gutachten geht hervor, daß auch Schülerzeitungen zunehmend mit dem § 90a belangt werden. Außerdem ist nach Ansicht der Gutachter die Bespitzelung von fortschrittlichen Schülern und Schülerzeitungen zur alltäglichen Praxis geworden. Auf Nachfrage der Jury wurde hier insbesondere auf die Anwesenheit des Verfassungsschutzes in den Schulen eingegangen (eine ausführlichere Darlegung dieses Themas soll in einem der nächsten AKs geschehen).

Zensur in den Medien

Der Bremer Journalist Hannes Heer machte in seinem Gutachten deutlich, welches die strukturellen Voraussetzungen der Zensur in Rundfunk und Fernsehen sind. Die ausschließliche Besetzung der Kontroll-Verwaltungs- und Programminstanzen durch die Bundestagsparteien lasse es nicht übertrieben erscheinen, „*wenn man feststellt, daß die Rundfunkräte reine Unterausschüsse der entsprechenden Landtage geworden sind.*"

Die Besonderheit der Öffentlichen Medien gegenüber dem übrigen Westeuropa läge in zwei Punkten:

In dem direkten Zugang der Exekutive und der drei Staatsparteien zu den Medien, was zur Folge hat, daß eine Zensur als eine „*mit den Machtmitteln des Staates versehene Kontrolle*", ausgeübt werde,

Die Zensurorgane hätten „*vorab Zugang zum Programm*" und seien weitgehend mit den Programmorganen identisch.

Druck auf Zeugen des Russell-Tribunals

Diese Aussagen wollte Hannes Heer sowohl mit 15 Zeugen erhärten und an 4 Fällen beschreiben. Erschwert wurde dies erheblich durch die Tatsache, daß von den 15 berufenen Zeugen nur 3 es tatsächlich gewagt hatten, vor der Jury auszusagen, obwohl sie dem Tribunal mit Sympathie gegenüberstanden.

Dann verlas Heer den Brief eines Redakteurs des Bayrischen Rundfunks, der — als Zeuge geladen — sein Fernbleiben damit begründete, daß sein Auftreten zwar nötig, **aber** unklug wäre. Der — ebenfalls — **als** Zeuge eingeladene Redakteursausschuß des NDR erschien nicht. Dennoch sandte der Ausschuß dem Gut-

Zeuge eingeladene Redakteursausschuß des NDR erschien nicht. Dennoch sandte der Ausschuß dem Gut-

achter eine Darstellung zu den Auseinandersetzungen um die NDR-Brokdorf-Berichterstattung und eine Solidaritätserklärung zu. Ein — ebenfalls als Zeuge geladenes Mitglied des NDR-Betriebsrates, die Moderatorin Sybille Wahnschaffe, gab dann vor der Jury eine persönliche Erklärung ab, in der sie mit Hinweis auf angedrohte arbeitsrechtliche Konsequenzen durch die NDR-Leitung bei einer Aussage vor dem Russell-Tribunal ihre Aussagebereitschaft zurückzog. Der ARD-Auslandskorrespondent in Japan, der den am 29. Dezember in der „Zeit" veröffentlichten Aufruf zur Unterstützung des Tribunals mit unterzeichnet hatte (als einer von insgesamt zwei Journalisten von 6000 Unterzeichnern!!), erhielt eine scharfe Rüge von Bundespresseamtschef Bölling. Diese Unterschrift sei ungehörig, da er sich als ARD-Korrespondent nicht nur als Journalist, sondern auch als Repräsentant der BRD im Ausland zu verstehen habe.

Am Beispiel der Eingriffe in die Brokdorf-Berichterstattung des NDR gab Hannes Heer ein sehr konkretes und eindringliches Bild von dem, was er den „*während der Anti-AKW-Demonstrationen in der Zeit vom Oktober 1976 bis zum März 1977 im Bereich des NDR, während der Schleyer-Entführung vom September bis Dezember 1977 in allen deutschen Sendern nicht verkündeten, aber offen praktizierten · Ausnahmezustand*" nannte.

Als Zeuge für einen weiteren Fall führte Hannes Heer den NDR-Journalisten Jürgen Schröder-Jahn an, der über die Kampagne gegen die Serie „der Betriebsrat" berichtete. Sein

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Auftreten ist umso wichtiger, da er nicht nur darstellte, daß es dem Zusammenwirken von CDU-Verantwortlichen im Sender und dem schleswig-holsteinischen Kapitalisten-Verband zu verdanken ist, daß die Serie gestoppt und verändert wurde. Vielmehr betonte er seine gewerkschaftliche Organisierung in der Rundfunk-Film und Fernseh-Union (RFFU) im DGB, deren Hauptvorstand er angehört. Was dazu wohl Vetter sagt?!

J. Kapsis, Herausgeber der griechischen Zeitung NEA, stellte anhand einiger Zensurfälle aus seiner Heimat und anderen Ländern einen internationalen Vergleich an. U.a. berichtete er aus Griechenland, daß er dort unter der Diktatur in Haft gesessen habe, auf der Grundlage eines Gesetzes, das schon in der Zeit der „Demokratie" geschaffen wurde, womit er auf die Gefährlichkeit hinweisen wollte, die Ausnahmegesetze auch in einem „Rechtsstaat" schon erlangen. - Der dänische Gutachter, Professor Germer wies vor allem auf das in der BRD übliche Prinzip der „Interessenabwägung" hin, welches immer einschränkend auf die Meinungsfreiheit wirke, wenn irgendwelche Interessen des Staates berührt seien. Er traf dann die Schlußfolgerung, daß das Bundesverfassungsgericht *„die Theorie der ‚Interessenabwägung' verwerfen* (muß), *um die repressiven Tendenzen in der BRD bekämpfen zu können. Solange das nicht geschehen ist, dient das BVG als ein Werkzeug der Reaktion."*

Lektion in Zivilcourage

Mit diesen Worten bedankte sich das Jury-Mitglied George Casalis bei den westdeutschen Anwälten und politischen Verteidigern für ihr Erscheinen und ihre Aussagen vor dem Russel-Tribunal am Samstag, den 6.1. . Tatsächlich wurde dieser Tag zum Höhepunkt aller bisherigen Verhandlungen des Tribunals. Wohl noch nie ist auf einer Veranstaltung mit solcher Wucht, mit solcher Vielzahl an Fakten und mit solch ‚erdrückender Beweislast' Anklage gegen die „freiheitlichste Demokratie auf deutschem Boden" erhoben worden. Selbst Genossen, die sich seit Jahren mit der Repression in Westdeutschland befassen, wurden von den Debatten in Bann genommen.

Es war jedoch weniger der Schock und auch nicht die Wut, das bereits erreichte Ausmaß von Menschenrechtsverletzungen in der Justizmaschinerie so komprimiert vor Augen geführt zu bekommen, was die Brisanz der Sitzung ausmachte. Sondern die Tatsache, o f f e n und ungeschminkt über die Situation sprechen zu können, barg gewissermaßen schon ein Element der Befreiung in sich. Noch bedarf es eines internationalen Gremiums, um diese Möglichkeit für die westdeutsche Linke (oder zumindest einen relevanten Teil davon) zu schaffen. Man kann nur hoffen, daß diese Erfahrung dazu beiträgt, daß wir auch allein dazu in der Lage sind. Mag die bürgerliche Presse darauf reagieren, wie sie will: Mit Totschweigen oder auch einer erneuten Hetzkampagne. Diese Sitzung wird nicht ohne Konsequenz für den westdeutschen Widerstand bleiben.

Als Gutachter und Zeugen waren erschienen: Cobler, Groenewold, Hannover, Heldmann, Müller, Plottnitz, Schily, Schmittlin (Anwältin von Croissant in Vertretung seiner französischen Verteidiger) und Stroebele. Der Erfolg des Hearings kam vor allem dadurch zustande, daß sie k o n k r e t berichteten, daß Namen genannt und Fälle im einzelnen dargestellt wurden. So berichteten die Anwälte von den sog. Terroristenprozessen, insbesondere natürlich Stammheim; von den Haftbedingungen und der gesundheitlichen Situation der Gefangenen, wiesen die immer stärkere Zentralisierung aller Entscheidungen beim BKA und den Geheimdiensten nach, zitierten Beispiele aus der ungeheuren Pressekampagne, die die Bedingung für die

Geheimdiensten nach, zitierten Beispiele aus der ungeheuren Pressekampagne, die die Bedingung für die

Verabschiedung des sog. „Lex Stammheim" schuf (Stammheim-Gesetze), belegten die Kontinuität faschistischer Gesetze und faschistischer Richter in der BRD usw... Explizit zur Sprache gebracht wurden die „Fälle" Croissant, Hammerschmidt, Hoppe, Meins, Möller, Newerla/Müller, Proll, Roth/Otto, Sonnenberg, Zahl. Auch über die Todesfälle von Stammheim wurde gesprochen – soweit dies den Anwälten heute möglich ist, ohne sofort mit Strafverfahren oder Berufsverboten belegt zu werden.

Die schon in der Vorbereitungszeit des Russel-Tribunals besonders unter den westdeutschen Unterstützern umstrittene Frage der Behandlung der Haftbedingungen wurde eindeutig zugunsten der Gefangenen entschieden: Die Mehrheit der Fragen der Jury-Mitglieder bezog sich auf diesen Komplex.

Die Anwälte wußten keineswegs nur „Altbekanntes" zu berichten. Von erheblicher Bedeutung war vor allem eine in der BRD bisher völlig unbekannte Information, die RA Hannover der Jury berichtete:

Demnach hat Justizminister Vogel in einem Interview im italienischen Fernsehen unverblümt zugegeben, daß die (illegale) Verhängung der sog. Kontaktsperre während der Schleyer-Entführung und die nachträgliche Legalisierung dieser Maßnahmen durch das Kontaktsperregesetz n i c h t s mit der angeblichen „Rettung des Lebens Schleyers" oder der Wahrung der Sicherheit etc. zu tun hatte. Vogel sagte im krassen Gegensatz zu allen bisherigen offiziellen Darstellungen: *„Es konnte der Kontakt zwischen Häftlingen unterbrochen werden, die in verschiedenen Anstalten untergebracht waren. Dies*



links C. Farley von der Russell-Foundation, daneben Groenewold, Plottnitz, Heldmann und RA'in Schmittlin beim Hearing der Verteidiger.

hat dazu geführt, daß auf Fragen nach dem Land, in das sie ausgeflogen werden sollten, unterschiedliche Antworten gegeben wurden. Dies hat Zeitgewinn für uns bedeutet." Auf die Frage des italienischen Gesprächspartners, ob die Schleyer-Aktion aus den Zellen gesteuert worden sei, antwortete der Bundesjustizminister: *„Nein, dies haben wir seinerzeit schon (!!) nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür ergeben."* Dies aber war das Kernstück der Begründungen für fast alle Maßnahmen gegen die Gefangenen und ihre Verteidiger: Daß nämlich die „terroristischen" Gefangenen auch in der Haft eine funktionierende „kriminelle Vereinigung" bilden und von ihren Verteidigern als Komplizen dabei unterstützt würden.

Interessant war auch ein Hinweis von Schily, daß der Bundeskanzler selbst möglicherweise in die damalige Stammheimer Abhöraffäre verwikkelt sein könnte. Schily hatte eine „FR"-Notiz vom 21.3.77 ausfindig gemacht, derzufolge Schmidt sich auf einer Kabinettssitzung darüber beschwert habe, warum man die Stammheimer Gefangenen eigentlich nicht abhöre. Nicht lange danach flogen die Wanzen in Stammheim auf!

Für die meisten unbekannt waren auch die Fakten, die RA Heldmann

Für die meisten unbekannt waren auch die Fakten, die RA Heldmann zur Situation Irmgard Möllers berichtete, da sie von der bürgerlichen wie auch großen Teilen der linken Presse völlig unterschlagen werden: Heldmann stellte dar, daß Irmgard Möller als einzige Überlebende der Stammheimer „Selbstmord"-Nacht nach wie vor dabei bleibt, sie habe sich diese Verletzung nicht selbst beigebracht *„Aber die Staatsanwaltschaft weiß das besser und hat darum Irmgard Möller eine Rechnung über 1800 DM für die Folgen dieser Verletzung (ärztliche Behandlung; Anm. AK) geschickt und hat sogleich, ohne etwa einen Streit hierüber abzuwarten, das laufende Konto von Irmgard Möller - also Spendengelder, die für Einkäufe innerhalb der Untersuchungshaft vorgesehen sind – beschlagnahmt und auch etwa künftig eingehende Gelder bis zum Gesamtbetrag von 1800 DM."* Heldmann berichtete auch von den Zwangsentkleidungen, die gegen den Widerstand von I. Möller und im Beisein männlicher Beamter (!) auf Anordnung des vorsitzenden Richters in ihrem Prozeß vor jeder Sitzung vorgenommen wurden, bis sie einmal mit einem schweren Herzanfall in die Klinik gefahren werden mußte. Erst nachdem der Arzt den Richter auf die Lebensgefahr hinwies, in der I. Möller sich bei der Fortsetzung dieser Behandlung befinden würde, brach er die Maßnahme ab – schloß sie aber postwendend vom Prozeß aus!

Bei diesen Erzählungen wurde es ziemlich still in der Mühlheimer Stadthalle. Man fragt sich, wie viele der Anwesenden sich hierbei eine neue Meinung in der Frage gebildet haben, ob es in der BRD F o l t e r gibt.

Von besonders weitreichenden Konsequenzen war die Frage nach den Interventionsmöglichkeiten von Polizei und Geheimdiensten sowohl in den Verlauf der Prozesse als auch in die Haftbedingung, was vor allem von den französischen Jury-Mitgliedern immer wieder angesprochen wurde. Die Anwälte antworteten, daß die Exekutive eine immer umfassendere Kontrolle ausübe, sodaß von einer Gewaltenteilung im bürgerlich-demokratischen Sinn jedenfalls im Bereich der politischen Justiz nicht mehr die Rede sein könne, vielmehr von einer Arbeitsteilung zur gegenseitigen Legitimierung und Legalisierung, wie es Cobler ausdrückte. Schily wies darauf hin, daß die Abhöraffäre den ungehinderten und unkontrollierbaren Zugang der Geheimdienste zum Stammheimer Gefängnis gezeigt habe. Schlüsse, die daraus für die Erklärung der Stammheimer Todesfälle zu ziehen seien, überließ Schily ausdrücklich der „Phantasie der Jury".

Bemerkenswert war auch der häufige Hinweis der Anwälte auf ehemalige NS-Richter in der westdeutschen Justiz, auf die in totalem Gegensatz zu den sog. „Terroristenprozessen" stehende Behandlung von NS-Mördern, und auf den Rückgriff zu obrigkeitsstaatlichen und faschistischen Gesetzen. RA Ingo Müller analysierte, daß bei den 27 seit 1974 be-

schen Gesetzen. RA Ingo Müller analysierte, daß bei den 27 seit 1974 be-

schlossenen „eklatanten Verteidigungsbeschränkungen" großen Teils „Bewährtes" aus der Zeit von 1933 bis 45 wieder aufgenommen wurde, also Gesetze, die nach Kriegsende ausdrücklich als typisch nationalsozialistisch abgelehnt worden waren.

Für den Abschluß des Hearings war ein internationaler Vergleich vorgesehen. Dazu war u.a. der ehemalige schwedische Justizminister Geijer wohl aus Gründen der „Ausgewogenheit" eingeladen, worüber man freilich geteilter Ansicht sein kann. Geijer war Mitglied jener sozialdemokratischen Regierung gewesen, die die Auslieferung des „Kommando Holger Meins" nach der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975 veranlaßte, eine Maßnahme, die zum Tod des schwerverletzten Siegfried Hausner geführt hatte. Bei seinem Auftritt entrollten einige Zuhörer Protesttransparente. Bei seiner Befragung durch die Jury – Casalis und Faye hatten übrigens aus Protest die Sitzung verlassen – bestritt er eine Mitverantwortung. Er habe von der Auslieferung erst am nächsten Morgen erfahren. Zu einer Kritik dieses Beschlusses, für den er das Arbeitsministerium verantwortlich machte, war er jedoch nicht bereit

Die Verhandlungen dieses Tages werden sicher maßgeblich in die abschließende Beurteilung der Jury eingehen. Ein Mann wie Robert Jungk, sicher nicht „antideutscher Vorurteile" verdächtig, beschrieb seinen Eindruck so: **Er sei sehr erschüttert über das, was er gehört habe. Er habe sich immer für gut informiert gehalten und müsse jetzt zugeben, vieles nicht gewußt zu haben. Niemals dürften derartige Verhältnisse hingenommen werden – weder in dieser Gesellschaft noch in künftigen Gesellschaften.**

Heinrich Hannover

Der Rechtsanwalt schließt sein Gutachten zur „Verteidigung als Menschenrecht" mit den Worten:

„Abschließend möchte ich noch einen deutschen Politiker zitieren:

‚Das sind reine Verbrecher, diese Anwälte. Die tanzen doch dem Rechtsstaat auf der Nase herum...

Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat Kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen, dann räumen wir so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.'

Das hat Franz-Josef Strauß am 19. November 1974 gesagt. Andere Politiker haben es etwas kultivierter, aber in der Sache nicht weniger deutlich, gesagt. Die Auswirkungen dieser Hetze gegen sogenannte Terroristenanwälte bekommen wir jedesmal dann, wenn wir einen Mandanten aus dem Umkreis dieser Minderheit verteidigen, sehr deutlich zu spüren. Den Mandanten wird ‚kurzer Prozeß gemacht'. Wir Verteidiger werden als Komplizen verdächtigt und einer entwürdigenden Behandlung unterzogen. Es gibt kaum eine Verhandlung, in der Staatsanwaltschaft und Gerichte uns nicht ins Wort fallen und mit Ehrengerichtsverfahren bedrohen, so wie man einem Hund, der mit Prügeln erzogen worden ist, gelegentlich die Peitsche zeigt, damit er kuscht. Für masochistische Naturen mag diese Art von Berufsausübung noch eine Attraktion haben. Für mich und viele andere Kollegen ist allmählich die Grenze erreicht, wo unsere eigene Würde als Mensch und als Anwalt es nicht mehr zuläßt, für Verfahren dieser Art das rechtsstaatliche Dekor zu liefern. Da war es in der Tat ehrlicher, politische Gegner des Systems ohne gerichtliche Verfahren ins Konzentrationslager einzuweisen."

Marie France Schmittlin

„Ich habe die Ehre, Verdeidigerin von Rechtsanwalt Klaus Croissant zu sein, und ich muß im Namen der französischen Verteidigung sagen, daß wir, je mehr wir uns mit den Akten beschäftigen, um so besser unseren Kollegen Klaus Croissant kennen lernen; um so mehr steigt unsere Bewunderung für seinen Mut, seine Würde und seine Selbstlosigkeit. Ich muß Ihnen sagen, daß mein Kollege Klaus Croissant, der nie aufgehört hat, Strafverteidiger zu sein und nur Verteidiger zu sein, auch im Gefängnis weiter fortfährt, nur Verteidiger zu sein. Er klagt nicht über sich selbst, sondern befaßt sich mit den Haftbedingungen der anderen Häftlinge.

Wie Sie wissen, hat die französische Verteidigung nicht in Stammheim auftreten können, und zwar wegen der diskriminierenden Untersuchungen, die den Verteidigern auferlegt werden. Meine Kollegen haben es Ihnen schon gut erklärt, daß diese Untersuchungen diskriminierend sind, weil sie nur für die Verteidiger gelten und nicht für die Staatsanwälte. Die ausländischen Anwälte lehnen im Einverständnis mit Klaus Croissant diese Untersuchungen ab. Wir können das, deutsche Verteidiger jedoch nicht. Denn sie sind gehalten, an den Verfahren teilzunehmen, andernfalls passiert das, was Heldmann erklärt hat. Sie können von der Verteidigung ausgeschlossen werden – nicht nur das, sie müssen sogar die Kosten erstatten, die für solche Untersuchungen erwachsen.

das, sie müssen sogar die Kosten erstatten, die für solche Untersuchungen erwachsen.

Zwei Wochen vor dem Beginn des Prozesses gegen Klaus Croissant hatte ich Brodin und Badinter (französische Verteidiger von Croissant, Anm. AK) gefragt, ob sie sich auch die Hose nach Stammheimer Art hatten öffnen lassen. Sie waren völlig überrascht. Einige Tage später hatten sie dann verstanden. Einer hatte einen Brief bekommen, in dem stand, daß er gütigst keine Hose mit Metallteilen anzuziehen hätte. Das nennen wir die Hose, die durch den Heiligen Geist hält, oder die Hose nach Stammheimer Art...

Wir verfolgen die Vorgänge umso mehr, als wir überhaupt nicht stolz darüber sein können, auf welch schmutzige Weise, alle französischen Traditionen und Gesetze verachtend und verletzend, Klaus Croissant an die deutsche Regierung ausgeliefert wurde. Ich habe in Berlin schon einmal gesagt – ich weiß nicht, ob Sie das wissen – daß ich die gaullistische Verteidigerin von Klaus Croissant bin, und daß ich sagen kann, General de Gaulle hätte es nie und nimmer akzeptieren können, sich zum Dienstknecht einer ausländischen Regierung zu machen. Was die Untersuchung angeht – nicht für den Verteidiger, sondern für den Anwalt, der zu einer Sitzung geht, um ihr beizuwohnen – da muß ich Ihnen sagen, daß ich kürzlich im Iran an einer Sitzung teilgenommen habe, bei der ich beauftragt war von der Internationalen Liga für Menschenrechte, die Situation der politischen Gefangenen und der Folter zu untersuchen. Ich habe an einem politischen Prozeß teilweise teilnehmen können, und ich muß Ihnen sagen, daß die Untersuchung, die dort beim Militärgericht in Teheran durchgeführt wurde, ehe ich den Sitzungssaal betreten konnte, von außerordentlicher Bescheidenheit war verglichen mit den Untersuchungen, die ich in Stammheim über mich ergehen lassen mußte."

RA Schmittlin schilderte im folgenden ihren letzten Besuch bei Croissant, der unter den Bedingungen einer doppelten Trennscheibe stattfand. Als ihr Kollege Brodin darüber einen Artikel im „Nouvel Observateur"

Kollege Brodin darüber einen Artikel im „Nouvel Observateur"

verfaßte, stellte man den französischen Verteidigern für weitere Besuche die Bedingung, daß ein Vertreter des BKA anwesend sein müsse sowie ein Dolmetscher, dessen Kosten sie selbst zu tragen hätten. Proteste der Franzosen wurden mit der Begründung zurückgewiesen, *„daß wir die Wahrheitsfindung gefährden sowie auch die Ordnung der Anstalt selbst. Ich danke also dem Russel-Tribunal, den Mut gehabt zu haben, einen Verteidiger einzuladen, von dem behauptet wird, dieser Verteidiger sei Terroristenkomplize, nur weil er einen Verteidiger verteidigt, von dem selbst behauptet wird, er sei Komplize von Terroristen."*

Zur Behandlung der Haftbedingungen

Am Abend des 4.1. veranstaltete die Bundeskonferenz der Russell-Initiativen ein teach-in zu den Haftbedingungen politischer Gefangener vor ca. 300 bis 400 Zuhörern, auf dem u.a. der Vater von Gudrun Ensslin, Pfarrer Helmut Ensslin, und Uwe Folkerts (vor kurzem aus der Haft entlassen) sprachen. Die Jury entsandte drei offizielle Beobachter. Hierbei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Veranstaltern, die befürchteten, daß die Haftbedingungen auf dem Tribunal nicht behandelt würden, und I. Drewitz andererseits, die darauf hinwies, daß die Haftbedingungen auf der Tagesordnung stünden. Wie sich herausstellte, behielt I. Drewitz recht, der man im übrigen am wenigsten Vorwürfe in dieser Sache machen kann. Andererseits ist es natürlich nicht zu bestreiten, daß andere Mitglieder des westdeutschen Beirats im letzten halben Jahr eindeutig den Eindruck erweckt hatten, die Jury habe beschlossen, diesen Punkt fallen zu lassen. Wie schon auf der ersten Sitzungsperiode, auf der es eine ähnliche Auseinandersetzung um die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse gab, ließ sich die Jury auch diesmal nicht von Narr und Wesel (und den Jusos im Hintergrund) vorschreiben, was am deutschen „Rechtsstaat" tabu zu bleiben habe.



Nachrichten vom Widerstand



Nationales BI-Treffen zu Gorleben am 10./11. Februar in Braunschweig

Anfang Februar wird es zu einem bundesweiten BI-Treffen in Braunschweig kommen, auf dem praktisch alle wesentlichen Strömungen der BI-Bewegung vertreten sein dürften.

Das Treffen geht zurück auf eine Initiative des niedersächsischen BI-Regionaltreffens. Das Vorhaben war mit den „Freundeskreisen" und der örtlichen BI abgesprochen. Der BBU-Vorstand will ebenfalls für das Braunschweiger Treffen einladen (so ein Vorstandsmitglied am 16.12. in Trebel). Der BBU hatte auf seinem letzten Delegierten-Treffen ebenfalls die Durchführung einer Bundeskonferenz beschlossen und wird mit den Initiatoren des Braunschweiger Treffens zwecks gemeinsamer Durchführung beraten. Auch die NRW-Landeskonferenz und die Koordination in Baden-Württemberg hatten sich bereits für die Durchführung einer Bundeskonferenz zu Gorleben ausgesprochen.

Die Initiatoren des Braunschweiger Treffens planen, ein „Arbeitstreffen" (in der Art der letzten Bundeskonferenz in Hannover) durchzuführen, wo insbesondere in Arbeitsgruppen beraten werden soll, wo aber auch „konkrete Maßnahmen im Kampf gegen die WAA" geplant werden sollen.

Die Einlader *„hoffen, durch das Arbeitstreffen eine gemeinsame Perspektive für unseren Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu finden"*.

Im einzelnen sind folgende Arbeitsgruppen vorgesehen:
1. Einschätzung der AKW-Betreiber und Befürworter
2. Einschätzung der Bewegung (Kräfte und Bündnis)
3. Bedeutung des Projektes Gorleben
4. Kriminalisierung
5. Informationsstruktur
6. Gewerkschaftsarbeit
7. Formen des Widerstands
8. Fantasiegruppe
9. und nu' kommst du ...

(Dazu ist eine Arbeitsmappe in Vorbereitung, die demnächst erhältlich sein dürfte.)

Angesichts des in Braunschweig zu erwartenden breiten Spektrums von AKW-Gegnern dürfte die Aufgabe, „eine gemeinsame Perspektive für unseren Kampf ... zu finden", nicht ganz leicht zu lösen sein. Wir halten es für wichtig, daß im sachlichen Meinungsstreit zunächst erstmal die bestehenden Differenzen über die Lageeinschätzung, Aktionsziele und -formen herausgearbeitet werden — um auf dieser Basis Möglichkeiten gemeinsamen Vorgehens und konkrete Planungen herauszuarbeiten.

Großaktion in Gorleben — ja oder nein?

Sowohl die Initiatoren des Treffens als auch die Mehrheit der Stellungnahmen an die BI-Lüchow-Dannenberg, wie auch der BBU haben sich für die Planung und Festlegung einer gemeinsamen Großaktion ausgesprochen. Dem BBU-Vorstand scheint dafür Pfingsten 1979 das geeignete Datum zu sein. In den „Freundeskreisen" und in der BI Lüchow-Dannenberg ist hingegen umstritten, ob man derzeit eine Großaktion konkret vorbereiten soll, teilweise gibt es erheblichen Widerstand dagegen. Die „Freundeskreise" setzen sich derzeit für denzentrale Aktionen ein — konkret planen sie erneut Aktionstage vom 19. bis 21. Januar. Solche dezentralen Aktionen werden allgemein begrüßt und es wird darauf ankommen, durch gemeinsame Planung und einheitliches Vorgehen zur Verbreiterung solcher Aktionen im gesamten Bundesgebiet im Zuge der geplanten Probebohrungen zu kommen.

Umstritten ist ebenfalls, wie weit aus der BI-Bewegung die Aktionen in der Region um Gorleben unterstützt werden sollen. So fordert der „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" in einem Papier, *„daß keiner Gruppe* (gemeint ist dabei insbesondere die BI Lüchow-Dannenberg — Anm. AK) *ein Vetorecht in Fragen des Widerstandes eingeräumt wird"*. Verbunden mit einer Kritik am bisherigen Verfahren wird die Einbeziehung von mehr Gruppen gefordert und der Verzicht auf die *„Festlegung bestimmter Aktionsformen"*.

Auf dem Treffen in Trebel (16.12.78) haben Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg für die Aktionen im Raume Gorleben ausdrücklich für sich ein solches Veto-Recht reklamiert und dies mit Vorbehalten in der örtlichen Bevölkerung begründet. Außerdem müsse für gemeinsame Aktionen sich insbesondere der Widerstand in der örtlichen Bevölkerung entwickeln.

Es muß sich zeigen, ob man sich auf dem Braunschweiger Treffen auf ein gemeinsames Vorgehen einigen kann.

Wir fordern hiermit alle BIs und BI-Verbände, alternativen und grünen Wahllisten auf, zu diesem Treffen zu kommen und ihre Vorschläge dafür zur Diskussion zu stellen.

Am 27.1.79 um 11 Uhr soll in Braunschweig, Mensaparkplatz (Wendenstraße/Ecke Rebenring) ein Vorbereitungstreffen stattfinden.

Nachfragen und Anmeldungen zum Arbeitstreffen am 10./11.2. an die Kontaktadresse

Peter Reichelt
Humboldstr. 21
33 Braunschweig
Tel.: 0531/332488 oder 342718

AKW-Nein-Kommission

Baubeginn in Gorleben droht

Am 21.12. haben sich Schmidt und Albrecht auf einen Finanzierungsplan für die „Infrastruktur"-Maßnahmen im Zusammenhang mit der WAA geeinigt. Die bisher vorgesehenen Kosten von 1 Mrd. DM werden zwischen Bund und Land geteilt, die DWK schießt 200 Mio. DM zu. Als Infrastruktur-Maßnahmen gelten der Bau von Straßen ebenso wie ständige Stationierung von 1.600 Bullen- bzw. BGS-Truppen. Vorsorglich eingeplant ist auch zehnmal pro Jahr ein jeweils dreitätiger Großeinsatz von 5.000 Bullen und zusätzlich 300 Mio. DM „Demonstrationsschäden". Angesichts dieser Einigung gab Albrecht die Probebohrungen frei, die jetzt jederzeit beginnen können (Angaben nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", „Frankfurter Rundschau" — „FR" vom 22.12.78). Parallel dazu erschien ein neues DWK-Papier, das die Probebohrungen für den 2. Januar ankündigte. Dieses Papier, das wie die ersten DWK-Papiere — die wir im AK veröffentlicht haben — wiederum von der vorgeblichen „BI Wunstorf" verschickt wurde, machte eher den Eindruck einer gezielten Fälschung, um weitere Veröffentlichungen von internen Papieren unglaubwürdig zu machen (für den Kenner war leicht zu sehen, daß dies kein echtes DWK-Schreiben war, auch hatte das erste Papier einen anderen Absender und Verteiler).

Die DWK erklärte inzwischen, sie plane für Ende Januar den Bohrbeginn. Anfang März plant Albrecht ein großes Hearing von Wissenschaftlern, die sich pro und contra unter Vorsitz von Prof. v. Weizsäcker für die WAA aussprechen sollen. Nachdem die letzten unliebsamen Wissenschaftler schon im Vorwege rausgeschmissen wurden, vermutet selbst die „Zeit" nur eine große Alibi-Show. Anschließend will Albrecht dann die Maske des „Bürgerdialogs" fallen lassen und bereits im Mai oder Juni die gesamte WAA für „sicher" erklären, obwohl er jahrelang gepredigt hat, er wolle die Sicherheit der WAA erst prüfen lassen. Damit wären dann auch die Tiefbohrungen freigegeben. Angesichts dieser Entwicklung warnte selbst der niedersächsische SPD-Sprecher Bruns davor, daß *„der Bürger ... deswegen jetzt nicht den Eindruck gewinnen"* dürfe, *„als ob sich die Politiker über die Notwendigkeit des Entsorgungszentrums und über deh Standort Gorleben längst einig wären"* („FR", 14.12.78).

Was soll das ?

Im letzten AK erschien (unter verwechselter Überschrift) ein Artikel der AKW-Nein-Kommission zur Prozeßführung von Wolfgang Gießler in seinem Grohnde-Verfahren.

Nachdem w i r bisher — seit fast einem Jahr — sämtliche Artikel zu den Grohnde-Prozessen für den AK geschrieben hatten, jetzt erstmals ein Artikel der AKW-Nein-Kommission zu diesem Thema? Da muß ja irgendwas ganz dolles anliegen!

Hatten wir gedacht. Und dann haben wir den Artikel mehrmals gelesen, weil wir erst gar nicht verstanden, wozu er gut sein sollte. Und dann sind wir sauer geworden:

Was soll so ein Artikel? Informationen enthält er nicht. Wolfgang hat seine Auffassung zur Prozeßführung geändert (na und? Das stand schon genauer im Prozeßbericht!); und der AK hat schon vor einem Jahr die richtige Linie vertreten (na schön!). Aber in dem Artikel geht es offensichtlich um mehr:

„Gießler selbst gehörte allerdings an vorderster Front zu denjenigen, die bei der Vorbereitung der Grohnde-Prozesse alle Beteiligten unter Druck gesetzt haben, sich auf keinen Fall juristisch zu verteidigen."

Das ist schlichtweg falsch, liebe Leute! Zum ersten gab es diese Diskussion bei der Vorbereitung der Prozesse noch gar nicht — die Idee, sich überhaupt nicht juristisch zu verteidigen, entstand nämlich erst im Juni '78, als fünf Grohnde-Prozesse schon abgeschlossen waren.

Zum zweiten könnt ihr Wolfgang alles mögliche vorwerfen, z. B. daß er mit seinem ständigen Herumreiten auf seinen Positionen ein Vorwärtskommen bei der Prozeßvorbereitung behindert hat. Aber daß er Leute „unter Druck gesetzt" hat, das ist eine schlimme Unterstellung, die ihr durch nichts belegen könnt!

Und schließlich: Warum redet ihr von „Gießler"? Wolfgang heißt der Kerl, und ihr könnt ruhig auch ihn — wie alle anderen Angeklagten — beim Vornamen nennen!

Genossen, das stinkt doch! Das ist doch Anpisserei, die die inhaltliche Auseinandersetzung in keiner Weise weiterbringt! Nur weil einer beim AK Politische Ökologie mitmacht?

Wir hatten in unserer Arbeit zu den Grohnde-Prozessen und unserer Berichterstattung für den AK diese Ebene sehr bewußt verlassen, zumal uns die Grohnde-Prozesse dazu ein viel zu ernstes Thema waren! Daß jetzt die AKW-Nein-Kommission zum ersten Mal zur Feder greift und speziell zu dem Zweck, die Auseinandersetzung wieder auf diese Ebene zurückzuholen, finden wir traurig.

Den Scheiß hättet ihr euch sparen können!

Genossen aus Hannover

Anmerkung der AKW-Nein-Kommission

Die Kritik der Genossen bezieht sich auf einen Artikel von uns, der in ARBEITERKAMPF 143, Seite 10 unter der (falsch lay-outeten) Überschrift „Grohnde-Prozeß: Richter verurteilt AKW-Gegner höher als vom Staatsanwalt beantragt!" abgedruckt war. Richtig hatte es heißen sollen: „Späte Reue".

Der Artikel nahm dazu Stellung, daß Wolfgang Gießler anfangs erklärt hatte, er werde sich nicht juristisch verteidigen, dann aber doch dazu übergegangen ist. In seiner Erklärung hatte er sich quasi dafür entschuldigt.

Wir hatten dazu erklärt, daß wir es als *„selbstverständliches Recht"* von Wolfgang betrachten, sich zu verteidigen, hatten allerdings angemerkt, daß er *„an vorderster Front"* bei der Vorbereitung der Prozesse mit die Beteiligten *„unter Druck gesetzt"* habe, *„sich auf keinen Fall juristisch zu verteidigen"*. Außerdem hatten wir, angesichts der Angriffe auf den KB seinerzeit, angemerkt, daß dies vielleicht eine *„Lehre sein"* könne: *„Es muß nicht alles falsch sein, bloß weil es im ARBEITERKAMPF gestanden hat!"*.

Die Genossen, die für den ARBEITERKAMPF die Berichterstattung zu den Grohnde-Prozessen — wir meinen unter vorbildlichem Einsatz und mit wenig Unterstützung — getragen haben, kritisieren nun unsere Stellungnahme zum einen als unnötige *„Anpisserei"* zum anderen aber auch als schlicht falsche Vorwürfe, was erheblich schwerer wiegt!

Beim letzten Vorwurf, daß die Idee, sich nicht juristisch zu verteidigen, erst im Juni '78 entstanden sei, irren die Genossen.

Anfangs waren Wolfgang und andere mit der Forderung aufgetreten, die Prozesse zu verhindern. Dies ist sogar noch weitergehender, als sich lediglich nicht juristisch zu verteidigen. Dazu hat ein Genosse eine Antwort geschrieben, der selbst mit die Prozeßvorbereitung getragen hat (s. Abdruck). Zudem spielte diese Auseinandersetzung um die Prozeßstrategie nicht während des Verlaufs der Prozesse (worüber die Genossen die Berichterstattung gemacht haben) d i e wesentliche Rolle sondern diese Auseinandersetzung war vor allem sehr bedeutsam innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Ende '77!

Die Großaktionen Anfang '77 waren im wesentlichen vom Bündnis von unorganisierten Kräften mit linken Organisationen getragen. Vielfach spielte dabei die Hoffnung mit, mit militanten Aktionsformen bei diesen Großaktionen Erfolge bei Besetzungsversuchen von AKW-Bauplätzen erreichen zu können. Diese Hoffnung war getragen von den Erfolgen der örtlichen Bevölkerung bei der Besetzung des Bauplatzes in Wyhl und den Erfolgen der ersten Großaktionen, die von einer breiten Welle der Sympathie von breiten Teilen der Bevölkerung der gesamten BRD getragen wurden und ihre Wirkung weit in die bürgerlichen Parteien hinein hatte. Der Polizeiaufmarsch in Kalkar hatte dann viele Hoffnungen und auch Illusionen über mögliche kurzfristige Erfolge der Anti-AKW-Bewegung platzen lassen. Die Demonstranten waren völlig wehrlos der Willkür der Polizei ausgesetzt, die Polizei demonstrierte mit stundenlangen Schikanen, daß sie in der Lage wäre, diese Demonstration vollkommen im Anmarsch zu zerschlagen, Proteste aus dem liberalen Lager waren vielfach in den Medien nicht mehr in dem Umfang zu finden. Trotz erheblicher bündnispolitischer Erfolge hat dies zu erheblichen Einbrüchen in der Anti-AKW-Bewegung geführt.

In dieser Situation war schon die Auseinandersetzung um die Prozeßstrategie von großer Bedeutung.

Ein Kurs, der in dieser Situation von „Verhinderung der Prozesse" sprach und auch im Mittelpunkt die Solidarisierung mit militanten Widerstandsformen als Schwerpunkt für die Anti-AKW-Bewegung stellen wollte, war nicht nur wortradikaler Unsinn, sondern auch dazu angetan, breitere Teile der „militanten AKW-Gegner" (bis weit in die Reihen unserer Organisation hinein) unter moralischen Druck zu setzen, was lediglich in der Praxis dazu beitragen konnte, Abschwung-Tendenzen und Resignation in der BI-Bewegung zu beschleunigen. Als wir seinerzeit dagegen polemisiert hatten, sind wir entsprechend als Opportunisten, die „unpolitische Prozesse" wollten, angegriffen worden.

Wir sind keineswegs der Meinung, daß die damalige Situation der Anit-AKW-Bewegung wirklich verarbeitet worden ist. In diesem Sinne haben wir auch unsere Erinnerung für wichtig gehalten, daran halten wir auch fest!

Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Genossen in Hannover anderer Meinung sind.

AKW-Nein-Kommission

***

Lassen wir doch die Kirche im Dorf — Anmerkungen zu dem Leserbrief aus Hannover zum Prozeß gegen Wolfgang Gießler

In dem Leserbrief wird behauptet, daß WG im AK zu Unrecht vorgeworfen worden sei, er habe andere Angeklagte „unter Druck gesetzt, sich auf keinen Fall juristisch zu verteidigen". Im Leserbrief heißt es wörtlich: *„Zum ersten gab es diese Diskussion bei der Vorbereitung der Prozesse noch gar nicht — die Idee, sich überhaupt nicht juristisch zu verteidigen, entstand nämlich erst im Juni 1978, als fünf Grohnde-Prozesse schon abgeschlossen waren ... Zum zweiten ... Aber daß WG Leute unter Druck gesetzt hat, das ist eine schlimme Unterstellung, die Ihr durch nichts belegen könnt!"*

Die Genossen Leserbriefschreiber haben dabei offenbar etwas den Blick für die Realitäten verloren.

Die Auseinandersetzungen um die Prozeßlinie in den Grohnde-Verfahren begann bereits im August 1977, also rund ein Jahr vor dem Zeitpunkt, den die Genossen aus Hannover angeben.

Der Ermittlungsausschuß Hannover hat am 19.8.1977 in Hannover eine Veranstaltung durchgeführt, die unter der Forderung stand: „Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner". Auf dieser Veranstaltung hielt WG ein Referat, das der EA Hannov r selber in einer Broschüre vom 9.9.1977 veröffentlicht hat. WG hat dort gesagt:

„Wir meinen, daß solche Aktionen („praktische", Anm. AK) *die Aufmerksamkeit auf die Atomanlagen lenken, und daß es ein falscher Weg ist, die Aufmerksamkeit nur auf die Prozesse zu lenken* (!). *Wir lenken damit von dem ab, was wir eigentlich wollen und weshalb wir evtl. vor den Gerichten erscheinen müssen, und somit wird ein isolierter Kampf geführt, indem wir darum kämpfen, daß keine Prozesse geführt werden. Wir meinen, daß es am sinnvollsten für uns ist, wenn es uns gelingt, das Stattfinden der Prozesse zu verhindern. Das ist jetzt meine politische Position und es gibt da andere Positionen, deswegen ist auch meine Vorbereitung hauptsächlich darauf gerichtet, den Kampf gegen Atomkraftwerke ganz eng im Zusammenhang mit dem Kampf für bessere Lebensbedingungen weiterzuführen"*.

Auf derselben Veranstaltung sprach auch Rechtsanwalt Maeffert, der folgendes ausführte:

„Auf der Veranstaltung hat ein Vertreter des Ermittlungsausschusses gesagt, daß es Widersprüche gibt innerhalb der Anti-AKW-Bewegung; und zwar auch innerhalb der Bewegung, die sich gerade daran macht, die Prozesse vorzubereiten bzw. die Prozesse zu verhindern. ... WG hat ja am Anfang die Position vertreten — so kann man es, glaube ich, wiedergeben —, daß die zu starke Fixierung auf die Prozeßvorbereitung im Grunde schädlich sei für die Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken und damit letztlich auch untaugliches Mittel zur Verhinderung dieser Prozesse."

Die Diskussion um die Prozeßlinie wurde auf allen Vorbereitungstreffen der Angeklagten — und teilweise der Verteidiger — fortgeführt. WG war immer ein Exponent der Position, sich nicht „juristisch verteidigen" zu wollen. Die Diskussion führte dann im November 1977 dazu, daß einige Angeklagte, die nicht WGs Meinung waren, sich veranlaßt sahen, eigenständig eine alternative Position zu formulieren.

Auf einem Treffen am 12./13.11. 1977 in Hannover wurde deshalb eine Erklärung vorgelegt, in der es u.a. hieß: „*... Entsprechend wird von diesem Teil der Angeklagten* (WG und seine Freunde, Anm. AK) *darauf hingearbeitet, vor Gericht die Frage der Legitimität von Bauplatzbesetzungen mit in den Vordergrund zu stellen. Dies sei man der Anti-AKW-Bewegung schuldig, dafür ist man auch bereit, etwas länger verknackt zu werden. Wir halten diese Opferbereitschaft nicht nur für sinnlos, sondern auch für unverantwortlich ... Für übel halten wir es, wenn mit den Mitteln der moralischen Erpressung anderen Angeklagten vorgeworfen wird, wer nicht die Bauplatzbesetzung verteidigt vor Gericht, distanziere sich von solchen Kampfformen, sei unsolidarisch usw. ...*".

Die Hannoveraner Genossen betreiben an diesem Punkt schlicht Geschichtsfälschung.

Und schließlich: natürlich hat WG die AKW-Gegner, die nicht seine Kamikaze-Linie teilten, nicht juristisch „unter Druck gesetzt", was er auch gar nicht könnte.

Er hat sie moralisch bzw. politisch unter Druck gesetzt, indem er mit dem gemeinsamen Kampfesziel herumfuchtelte und die anderen an dieses gemeinsame Ziel glaubte erinnern zu müssen.

Das reicht doch wohl als Trick unter Genossen, oder????

AKW-Gegner und Polizei an einem Tisch?

Am 14.12. fand in Göttingen eine Veranstaltung der „Gewaltfreien Aktion" und des Freundeskreises Göttingen mit der Polizei statt, zu der gut 90 Menschen gekommen waren.

Diese Veranstaltung stand im Rahmen einer sog. „Polizeikampagne", die von den Freundeskreisen, der BI Lüchow-Dannenberg und dem BBU schon im Rahmen des 2.Aktionstages zu Gorleben geplant worden war.Anfang Dezember hatte dazu eine Pressekonferenz stattgefunden, 12.000 Flugblätter an die Polizei und Bundesgrenzschutz wurden gedruckt. Hier in Göttingen war dann W. Elsner, erster Vorsitzender der „Gewerkschaft" der Polizei im Kreis Göttingen und Polizei-Oberrat Otto Knoke, Leiter des Polizeiabschnitts Göttingen, Einsatzleiter bei der Kalkar-Aktion der Polizei im Göttinger Raum und vielen anderen örtlichen Demonstrationen zu der Veranstaltung gekommen.

Mit ihrer Kampagne wollten die Initiatoren in Polizeikreisen eine Diskussion über die Rolle und Funktion der Polizei initiieren und die Polizei dazu bewegen, *„sich der Verantwortung zum Schutz des Lebens selbst zu stellen und Möglichkeiten der Information bis hin zur Umgestaltung oder Verweigerung des Einsatzes wahrzunehmen"* („Graswurzel-Revolution", Okt. 78). Damit sollte auch einer Hetzkampagne um die kommende „Schlacht um Gorleben" teilweise entgegengewirkt werden.

Der Vertreter der „Gewerkschaft" der Polizei stellte in aller wünschenswerten Klarheit dar, daß es zwischen Atomgegnern, die er undifferenziert als Kadergruppen, die militärisch organisiert und ausgerüstet sind, bezeichnete und Leuten, die ihnen aus Unwissenheit oder Dummheit folgen, und der Polizei keine Gemeinsamkeiten geben könne. Die einen übten gewaltsamen Widerstand gegen den Staat aus, die anderen seinen zum Schutz und Erhalt dieses Staates verpflichtet. Zwar müsse die Polizei einerseits der Versammlungsfreiheit Geltung verschaffen, aber andererseits müsse der Vollzug von Baugenehmigungen gewährleistet werden. Von dieser Ausgangslage gebe es für die Polizei keinen weiteren Handlungsspielraum: Den Freundeskreisen müsse klar sein, daß auch gewaltfreie Widerstandsformen wie z.B. Sitzblockaden den Tatbestand der Nötigung erfüllten, womit die Polizei verpflichtet wäre, einzugreifen. Die Freundeskreise gingen bewußt ein „kalkuliertes Risiko der Konfrontation mit der Polizei" ein, und er riet ihnen dringend, von solchen Formen des Protestes Abstand zu nehmen.

„Die Polizei", so Elsner, *„kennt nur einen Vorgesetzten: das Gesetz. Als Privatmann muß jeder Polizeibeamte seinen eigenen Standpunkt zur Frage der Atomkraft finden."*

Die Bullen schützen die Gesetze, die sind für sie wertfrei, selbst wenn AKWs Millionen Menschen umbringen können. Demgegenüber propagierten die Veranstalter eine Polizei, die die Möglichkeit habe, nachzuprüfen, ob sie nicht für politische Zwecke mißbraucht werde. Nach langen unbeirrten Überzeugungsversuchen der Veranstalter für eine demokratische Polizei, versuchte dann Polizeioberrat Knoke genervt, die Veranstalter selbst von ihren Illusionen zu befreien: *„Es ist aberwitzig zu glauben, die Polizei könnte auseinanderdividiert werden. Wir sind zwar der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt, weil wir nette Menschen sind, aber als Gesprächspartner seid ihr bei uns an der falschen Adresse."*

Die Veranstalter, die selbst diesen eindeutigen Aussagen offensichtlich keinen rechten Glauben schenken wollten, stellten die Gesprächsbereitschaft der Polizei auf eine weitere Probe, indem sie die Meinung einholten, ob nicht eventuell Diskussionsveranstaltungen in Polizeiräumen mit Polizeibeamten durchgeführt werden könnten. Sie mußten sich allerdings sagen lassen, daß die Aufgaben der Polizei vielfältig seien, sodaß für solche Veranstaltungen keine Zeit mehr bliebe und geeignete Räume sowieso nicht zur Verfügung stünden. Aber es sei ihnen natürlich freigestellt, weitere Veranstaltungen dieser Art durchzuführen, nur einen Rat müßte er ihnen noch geben: Sie sollten sich schleunigst von den radikalen Atomgegnern distanzieren, um nicht selbst in den Verdacht zu geraten, gesetzwidrige Handlungen zu unterstützen, wobei er als corpus delicti ein Flugblatt der „Arbeitsgruppe Jugend" im Arbeitskreis gegen Atomenergie aus der Tasche zog und aus einem Artikel zur Information über die Grohnde Prozesse zitierte. Dieser Versuch eine Spaltung der AKW-Bewegung in „militante" und „gewaltfreie" zu vertiefen, war ebenso leicht zu durchschauen wie seine Behauptung, die AKW-Bewegung brauche nur die parlamentarische Mehrheit bei Wahlen zu erreichen, dann würde die Polizei ihnen dienen.

Wir hoffen, daß die Polizei mit ihrem Überzeugungsversuch, daß sie eh keinen Unterschied zwischen „friedlichen" und „militanten" AKW-Gegnern macht, wenn sie nicht die Gesetze akzeptieren, viel Erfolg beschieden gewesen ist.

Dies wäre ein echter Beitrag, jede Spaltungsabsichten innerhalb der Anti-AKW-Bewegung im Ansatz zu ersticken!

Nach Berichten aus Göttingen

Gorleben: Das Lotterie-Spiel mit dem Leben zukünftiger Generationen!

Am 12.12. informierte die Pressestelle der Hamburger Universität die Öffentlichkeit über eine Forschungsarbeit des Hamburger Geomorphologen Prof. Eckard Grimmel.

In dieser Arbeit wird nachgewiesen, daß man in Gorleben bei der Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen, wenn man größere Zeiträume berechnet, durchaus mit großen Katastrophen rechnen muß.

Nachweislich entstand über dem für Endlagerung vorgesehenen Salzstock in den letzten 10 - 15.000 Jahren (ein kurzer Zeitraum für hochradioaktiven Abfall) eine Senke. D.h. Teile des Salzstockes sind mit Wasser in Berührung gekommen, bzw. weggespült worden, so daß der Erdboden dort weggesackt ist.

Neben Absenkungen erwartet Grimmel auch Horizontalbewegungen, dadurch wären *„plötzliche Grundwassereinbrüche in künstlich hergestellte Kavernen. . . infolge Aufreißens von Zerrungsspalten nicht auszuschließen"* (Grimmel-Arbeit). Dies hätte eine tödliche radioaktive Verseuchung des Grundwassers zur Folge.

Außerdem ist das Gebiet erdbebengefährdet. Am 2. Juni 1977 ist es bei Soltau in der Lüneburger Heide zu einem, wenn auch kleinem, Erdbeben gekommen.

Allerdings hat es im Jahr 1 410 ein mit dem Gebiet um Gorleben in Zusammenhang stehendes Erdbeben gegeben.

Aufgrund dieser Fakten zog Prof. Grimmel den Schluß, daß der Salzstock von Gorleben zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen ungeeignet sei.

Die Antwort der Verantwortlichen für die „Sicherheit" in Gorleben machte deutlich, daß die von Prof. Grimmel angegebenen Risiken b e w u ß t in Kauf genommen werden. Nach dem Motto, was kümmert uns die Sicherheit in hunderten, ja tausenden von Jahren, erklärte die für die Bohrungen verantwortliche Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB): *„Statt Spekulationen zu verbreiten, sollten in Gorleben Probebohrungen vorgenommen werden"* („HA", 14.12.78). Dabei bestätigte die PTB ausdrücklich, daß Prof. Grimmel mit seinen Angaben selbst nach ihrer Meinung völlig richtig liegt, alle Tatsachen seien ihr schon vorher bekannt gewesen, allerdings habe er die Literatur *„einseitig ausgewertet"*: *„Er habe Argumente, die in seine Theorie paßten, angeführt, jedoch solche, die seiner Theorie widersprächen, nicht zitiert"* („FAZ", 15.12.78).

Damit behalte für die PTB *„die Feststellungen der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission, daß der Salzstock Gorleben für eine Endlagerung grundsätzlich höffig ist, . . . nach wie vor ihre Gültigkeit"* („EJZ", 15.12.78).

Wie man daran wieder sehen kann, spielt heute in der Atom-Technologie bzw. deren „Wissenschaftler" vielfach der Glauben, daß schon alles klappen werde und man in die Zukunft rosig sehen sollte eine immer entscheidendere Rolle. Man kann sogar den Eindruck gewinnen, als seien diese Wissenschaftler eigens dafür angestellt, glaubwürdiger diesen Unsinn verbreiten zu können.

Wie weit dieser Glaube von dem Brötchengeber Atomindustrie abhängig ist, zeigt die Tatsache, daß der Gorlebener Salzstock ursprünglich gar nicht zu den drei enger in die Auswahl gezogenen Salzstöcken gehörte („FAZ", 28.12.78). Als dann Gorleben aus politischen Gründen von Albrecht in die Auswahl mit hinein genommen wurde, ist er in den Augen der PTB auf einmal „sicher" geworden. Dies ist noch einmal, was das ganze „Sicherheits"-Tam-Tam der Albrecht-Regierung um die Probebohrungen soll: In der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als würde man sich tatsächlich um die Sicherheit ernsthafte Sorgen machen, um so den Protest gegen die WAA abzuschwächen.

Da wird nichts draus!

AKW-Nein-Kommission

Für die sofortige Stillegung des AKW-Brunsbüttel!

Unter dieser Forderung findet in der heißen Phase des schleswig-holsteinischen Wahlkampfes Ende März eine Großdemonstration in Brunsbüttel statt. Die Initiative für diese Aktion wurde auf dem Kongreß der „Liste für Demokratie und Umweltschutz" (LDU) im November letzten Jahres beschlossen und ist bisher auf eine breite Resonanz innerhalb der Anti-AKW-Bewegung gestoßen. So wurde auf einem Vorbereitungstreffen für diese Demonstration, an dem über 20 Gruppen und Verbände teilnahmen, die Initiative zu einer solchen Aktion begrüßt.

Allein der Kreis der bisherigen Unterzeichner läßt auf die Möglichkeit einer großen einheitlichen Aktion schließen. So wurde der Brunsbüttel-Aufruf u.a. von folgenden BI's bzw. BI-Verbänden unterzeichnet: LDU, BUU Hamburg, AK Brokdorf, Bürgeraktion Küste (ein Zusammenschluß norddeutscher BI's), Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein, BI's aus Flensburg, Kiel, Neumünster, Heide, Eckernförde, Lübeck, Segeberg, Geesthacht, Niebüll, der Kreisverband der „Grünen Liste Nordfriesland", sowie dem Kreistagsabgeordneten der GL, Boje Maßen. Von den LDU-Kreisverbänden und BI's wurde eine Massenunterschriftensammlung für die endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel eingeleitet.

Nach der Spaltung der schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen anläßlich der Demonstration in Brokdorf und Itzehoe wurde hier ein gemeinsames Ziel der verschiedenen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung beschlossen: Die endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel! Die breite Beteiligung und Resonanz trug auch zum Neuauftritt der DKP-eigenen BI-Brunsbüttel bei, die in Unterschriftenlisten für ein „sicheres AKW-Brunsbüttel" wirbt.

Zustimmung findet diese Unterschriftenliste zwar überhaupt nicht in den BI's, aber in den Abgeordneten-Kreisen der SPD, die ja ihren Wahlkampf unter ähnlichem Motto führen will.

Man darf gespannt sein, wie sich SPD, Jusos, Judos aber auch FDP-Kreise zu dieser Aktion stellen wollen, wird sie doch von sämtlichen BI-Strömungen unterstützt und findet doch im Wahlkampf ein munterer Wettkampf unter den Parteien um den schönsten Umweltschützer im Land statt.

Das nächste Treffen für die Brunsbüttel-Demonstation findet am 4. Februar in Brunsbüttel statt.

Genauere Informationen erhält man/frau beim Vorbereitungsausschuß:

LDU/2391 Handewitt, Kirchberg 3 (04608/1308),
AK-Brokdorf/BUU, Dorfstr. 19, 2209 Krempdorf (05824/2596)
oder bei der BUU Hamburg (Tel. 040/4398671).

Landesverband Umweltschutz Schles- schriftenliste zwar überhaupt nicht in 040/4398671).

„Otto Hahn": Schon wieder ein atomares Flaggschiff zu Schrott!

Anfang dieses Jahres wurde der Atomfrachter „Otto Hahn' stillgelegt. Nach zehnjährigem Betrieb, der 200 Mio DM verschlungen hat, wird der Frachter nun verschrottet.

Bevor weitere 60 Mio.DM für neue Brennelemente und Überholung des Reaktors aufgewendet wurden, hat man das Schiff lieber aufgegeben. Zu dieser Beerdigung wurde noch einmal kräftig in die Tasten gegriffen, um den zukünftigen Atomantrieb für Schiffe und die Otto Hahn selbst noch einmal in den Himmel zu heben. *„Pannenlos"* sei dies *„technologische Flaggschiff der deutschen Handelsflotte"* gelaufen und dies logische Flaggschiff der deutschen Handelsflotte" gelaufen und dies auch bei höchstem Seegang („FR", 16.12., „Spiegel", 18.12.78). *„Nennenswerte zusätzliche oder neue wissenschaftliche Erkenntnisse"* seien von der Otto Hahn nun nicht mehr zu erwarten (ebenda), na, dann kann man ja weiter Geld sparen.

Damit bei der Otto Hahn auch keiner auf die Idee kommt, daß der 200 Mio DM für ein Projekt verschleudert wurden, sagen die Betreiber sagen, daß *„allenfalls in 15 bis 20 Jahren, so ... Wissenschaftler des GKSS, ... Atomfrachter wirtschaftlich sein"*, könnten (ebenda), eine Summe, die die bisherigen staatlichen Aufwendungen für die Krebsforschung übersteigt, obwohl heute bereits alle vier Minuten in der BRD ein Mensch an Krebs stirbt.

Die Otto Hahn war auch nur „sicher", wenn man die Maßstäbe der Atomindustrie anlegt, für die solange etwas „sicher" gilt, bis tatsächlich mal eine große Panne passiert ist.

Warum lag die „Otto Hahn' noch dreiviertel Jahr in ihrer Verschrottung zu *„kleinen Reparaturarbeiten"* (seit dem 21.12.) bei der HDW/Hamburg? Warum verließen die so „sichere" ‚Otto Hahn' am 1.10.77 auf einen Schlag drei leitende Ingenieure aus ‚Otto Hahn' am 1.10.77 auf einen Schlag drei leitende Ingenieure aus „sicherheitstechnischen Gründen". Leute also, die sicher nicht immer dieser Meinung gewesen sind, sondern die erst die „Otto Hahn" darauf gebracht hat! Nach zehn Jahren und wahrscheinlich schon früher war das Schiff, das Deutschland hier in der „Atomtechnik in Führung" (s.o.) bringen sollte, nur noch Schrott!! Nicht untypisch für Atomreaktoren, sollte man hinzufügen!

AKW-Nein-Kommission

Bauplatzbesetzung beendet

Dort, wo im Mai dieses Jahres eine Großdemo gegen das geplante AKW in Schottland stattgefunden hat, sind jetzt die ersten Baumaschinen in Aktion getreten. Seit Oktober haben etwa 15 Atomkraftgegner den Bauplatz in Torness/Schottland besetzt mit dem Ziel, dort ein Kommunikationszentrum gegen Atomkraft aufzubauen. Sie haben ein altes Farmhaus wieder hergerichtet, eine Windmühle gebaut und von dort aus versucht, die Bewohner der Umgegend zu agitieren. Sie haben dabei großen Erfolg gehabt, was sich nicht zuletzt in der starken materiellen Unterstützung für die Atomkraftgegner ausdrückte. Das Echo, das dieses Projekt in der Presse gefunden hat, war ebenfalls außerordentlich positiv, zumal von den Besetzern immer wieder betont wurde, daß es um total gewaltfreie Aktionen ginge. (Das haben sie auch der ängstlich nachfragenden Polizei versichert, die sich daraufhin beruhigt zeigte.)

Am 14. November war dann schließlich die Platzbesetzung vorbei. Die sich vor die Baumaschinen werfenden AKW-Gegner konnten nicht verhindern, daß das Farmhaus einfach in die angrenzende See geschoben wurde. 15 AKW-Gegner wurden angeklagt wegen Störung des öffentlichen Friedens und Landfriedensbruch.

Eine Woche später versuchte eine Demo von 400 Leuten den weiteren Baubeginn zu stoppen (im Moment werden gerade die Straßen gebaut). Der Bauunternehmer holte sofort die Polizei, um den Platz räumen zu lassen. Die vom Unternehmer vorwärtsgetriebenen Baumaschinen wären skrupellos in die Demonstranten gefahren, wenn nicht die Polizei (!!!) die Fahrer aufgefordert hätte zu stoppen. Währenddessen kletterten die AKW-Gegner auf und unter die Bulldozer. Die Bullen, die ausgesprochen g e g e n das AKW sind, haben sich weiterhin relativ freundlich verhalten. Einige Demonstranten wurden bis zu 20mal „verhaftet" und verwarnt „bleib jetzt hier stehen, sonst verhafte ich dich richtig" (kein Witz!).

Schließlich wurden 38 Demonstranten mit zur nächstliegenden Polizeiwache genommen und auf diese Weise der Demo ein Ende bereitet. Seitdem planen die Torness-Alliance (eine Dachorganisation gegen das AKW) in Torness weitere Aktionen, die sich alle durch totale „Gewaltfreiheit" auszeichnen sollen. Allerdings werden in der Gruppe selbst schon Zweifel an diesem Konzept laut, angesichts der massiven Aufrüstung der AKW-Bauer, der schottischen E-Werke (SSEB), die mit dem ersten 3 m hochen Zaun andeuten, daß sie bereit sind, die Baustelle - wenn nötig - zu einer Festung auszubauen, dem Beispiel der BRD folgend. Dann wird auch das Polizeiaufgebot anders aussehen und der Traum der Gewaltfreiheit gewaltsam zerstört werden.

Ein Genosse der England-Kommission aus Schottland

CDU-Lehrer bespitzelt BUU

Ulrich Branding, Hollandweg 19a, Pinneberg, CDU-Mitglied und Gemeinschaftskundelehrer an der Theodor-Heuß-Schule (THS) in Pinneberg, fiel schon auf mehreren Veranstaltungen (u.a. der BUU und der Frauengruppe) dadurch auf, daß er Äußerungen von Veranstaltungsteilnehmern (gegen deren Willen) mitschrieb.

Für w e n er da mitgeschrieben haben könnte, deutete Branding nun selbst an. In einem Leserbrief an das „Pinneberger Tageblatt" schrieb er über die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) :*„Diese Bürgerinitiative ist, wie ich vom Landesamt für Verfassungsschutz erfahren habe(!), kommunistisch unterwandert"*.

Peinlicherweise hat Branding den Verfassungsschutz (VS) durch seinen Leserbrief auch noch in Widersprüche verwickelt. Im VS-Bericht über Schleswig-Holstein vom Juni 1977 heißt es nämlich auf Seite 36, *„daß Bürgerinitiativen keine Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes sind"*.

Es stellt sich nun die Frage, ob Branding nun „Informationen" vom VS erhalten hat oder selbst (z.B. über Lehrer und Schüler „seiner"Schule) geliefert hat ...

KB/Gruppe Pinneberg

Grohnde-Prozesse: Andreas muß in den Knast

Im Dezember wurde – als erste Verurteilung in den Grohne-Prozessen – das Urteil gegen Andreas Hanke rechtskräftig: 12 Monate ohne Bewährung.

Obwohl dem Vorsitzenden Richter eine Lüge an prozeßentscheidender Stelle nachgewiesen werden konnte (siehe AK 143), nahm der Bundesgerichtshof den Revisionsantrag der Verteidigung gar nicht erst zur Entscheidung an, da er „offensichtlich unbegründet" sei.

Damit gibt es für Andreas keine Rechtsmittel mehr. Er wird demnächst seine 12 Monate absitzen müssen.

***

Mit der Rechtskraft der Urteile werden gleichzeitig auch die Prozeßkosten fällig – je Prozeß im Schnitt 10.000 Mark für die erste Instanz. Gesammelt wurden von den Ermittlungsausschüssen bisher insgesamt knapp 100.000 Mark. Damit hat es zum ersten Mal in der Geschichte der BRD eine Bewegung geschafft,die für einzelne ihrer Mitkämpfer entstandenen finanziellen Folgen voll abzudecken.

Trotzdem wird weiter Geld gebraucht – für Revisionsverfahren, Freisetzung etc. (Konto: 26780 127 bei der Stadtsparkasse Hannover – G. Buchholz).

Die Schmerzensgeldklage des Polizisten Pydd gegen die Demonstranten, die am 20.3. in Hannover in der Hardenbergstraße festgenommen wurden (siehe AK 142), ist abgewiesen worden.

***

Jean, der wegen Sachbeschädigung angeklagt war (siehe AK 142), wurde freigesprochen. Bei einem Ortstermin stellte der Richter fest, daß die im Landgericht mit Ölkreide an die Wand geschriebene Parole sich durch Reiben mit dem Finger entfernen ließ. Darum – so das Urteil – könne man die Sache nicht als Sachbeschädigung ansehen.

Das sollte man sich merken!

Genossen aus Hannover

Kalkar wird weitergebaut

Vom „parlamentarischen Ringen" um eine „Jahrhundertentscheidung"

Kalkar wird weitergebaut. Nachdem die nordrhein-westfälischen FDP-Minister Riemer und Hirsch – das Desaster der FDP bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg im Nacken, die Hessen- und Bayernwahl drohend vor sich – die ausstehende 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter nicht erteilen wollten; nachdem Riemer für den Fall der Erteilung dieser Genehmigung seinen Rücktritt angedroht hatte (mit der Ergänzung, daß er natürlich trotzdem im Amt bleiben werde, um nachzuweisen, daß der Schnelle Brüter nicht gebraucht werde – NHP 11.11.'78); nachdem Hirsch erklärt hatte, nicht einmal die Beherrschbarkeit der technischen Abläufe im Schnellen Brüter sei bisher nachgewiesen (FR 1.11.'78); nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster das Bundesverfassungsgericht angerufen hatte, um die Verfassungsmäßigkeit des Genehmigungsverfahrens für Kalkar prüfen zu lassen; nachdem schließlich der FDP-Parteitag beschlossen hatte, die 3.Teilerrichtungsgenehmigung dürfe erst erteilt werden, wenn der Bericht einer vom Bundestag einzusetzenden Enquete-Kommission vorliegt – nach all dem wird Kalkar jetzt weitergebaut. Ohne Abstriche.

Dabei hatte sich die Presse noch am 13.12., dem Tag vor der entscheidenden Bundestagssitzung, überschlagen: **FDP-Rebellen gefährden den Bau des Schnellen Brüters!** Eine zwentendorfgleiche Wende in der bundesdeutschen Atompolitik schien plötzlich möglich zu sein.

Die Bonner FDP-Spitze, von Bundeskanzler Schmidt mit der Drohung unter Druck gesetzt, die Vertrauensfrage zu stellen, verhandelte an geheimgehaltenem Ort mit den sechs FDP-Abgeordneten Gärtner, Haussmann, Hölscher, Matthäus-Maier, Schuchard und Vohrer, die nichts weiter wollten, als den Beschluß des Mainzer FDP-Parteitags zu Kalkar verwirklicht zu sehen: eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen, die aber nicht einmal für die restlichen drei Viertel der FDP-Fraktion galt.

Freilich sollte man die Motive der zu „Rebellen" hochgejubelten Abgeordneten nicht zu hoch bewerten – ging es ihnen doch vor allem um die Glaubwürdigkeit des Parlaments: Es würde das Vertrauen in Parlament und Parteien nicht gerade stärken – so die im NDR geäußerte Überlegung von Frau Matthäus-Maier – wenn die Bedenken großer Teile der Bevölkerung gegen die Atomenergie im Bundestag allein vom parteilosen Herbert Gruhl artikuliert würden. Darum ging's.

Denn die Regierungsvorlage zu Kalkar nahm weder diese Bedenken

Denn die Regierungsvorlage zu Kalkar nahm weder diese Bedenken auf, noch entsprach sie dem FDP-Beschluß: Sie sah den Auftrag an die Landesregierung in NRW vor, sofort die 3. Teilerrichtungsgenehmigung zu erteilen, unabhängig vom Bericht der zu bildenden Enquete-Kommission. Ein NEIN der 6 Abgeordneten zu dieser Vorlage hätte eine Abstimmungsniederlage der Regierungskoalition bedeuten können.

Eine Gefahr für den Weiterbau von Kalkar freilich bestand zu keinem Zeitpunkt. Denn längst hatten sich die FDP-Rechten Cronenberg, Ertl und Gallus entschlossen, dem weitergehenden Antrag der CDU/CSU (sofortige Genehmigung ohne Enquete-Kommission) die erforderliche Mehrheit zu verschaffen, falls es Genscher nicht gelingen sollte, seine „Rebellen" umzustimmen.

Das war im SPIEGEL natürlich erst zu lesen, als alles vorbei war. Vorerst mußten die Schlagzeilen ausgekostet werden. Alles schien offen. Würde Genscher es schaffen? Demokratie als Krimi: Reporter suchten alle möglichen Tagungsorte in Bonn ab, um die FDP-Runde aufzutreiben und einen Kommentar zu erhaschen. Und die hatte allen Grund, sich zu verstecken.

Wenn's nicht anders geht: Nötigung, ...

Genscher schaffte es. Er, der lt. SPIEGEL 1/79 „*intern bereitwillig gesteht, auch er sei eigentlich kein Befürworter der Brüter-Technologie*", zwang die sechs Abgeordneten schließlich, auf ihr NEIN zu verzichten und sich stattdessen der Stimme zu enthalten. Sein Druckmittel war die Drohung, daß im Falle einer Abstimmungsniederlage die vier FDP-Bundesminister zurücktreten und damit die Bonner Koalition platzen lassen würden.

In der Sprache der Juristen stellt das zweifellos eine *Drohung mit einem empfindlichen Übel* dar, mit der *Mitglieder eines Gesetzgebungsorgans des Bundes genötigt* wurden, ihre *Befugnisse in einem bestimmten Sinne auszuüben*. Jedenfalls erklärten die Abgeordneten, „*angesichts dieses massiven Drucks keine sachliche Entscheidung mehr treffen zu können*" (HAZ, 15.12.'78), und genau das hatte Genscher beabsichtigt: die Abgeordneten unter Druck von ihrer Entscheidung abzubringen – *r e c h t s w i d r i g*.

Nimmt man das alles zusammen, dann kommt etwas erstaunliches heraus – nämlich der § 106 des Strafgesetzbuches: „*Wer ... ein Mitglied eines Gesetzgebungsorgans des Bundes ... rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel nötigt, seine Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.*"

So wörtlich ist das zu nehmen, wenn die FR am 15.12. davon spricht, Genschers Drohung habe „*erpresserischen Charakter*" gehabt. Und völlig zu Recht stellt der Kölner FDP-Kreisparteitag fest, Genscher habe damit „*das vom Grundgesetz gewollte Verhältnis zwischen Parlament*

be damit „das vom Grundgesetz gewollte Verhältnis zwischen Parlament

und Exekutive" auf den Kopf gestellt. Eigentlich sollte es nach dem Grundgesetz nämlich so sein, daß die Abgeordneten die Regierung kontrollieren.

... Rosstäuschertricks, ...

So muß dann letztlich bei dieser „*Jahrhundertentscheidung*" (NRW-Ministerpräsident Rau) auch die mühsam beschworene Glaubwürdigkeit des Parlaments dran glauben, wenn sich das Atomprogramm anders nicht durchboxen läßt. Dabei hatte man sich so viele schöne Tricks ausgedacht, um die Widersprüche klein zu halten. Den Anfang hatte allzu plump NRW-Wirtschaftsminister Riemer gemacht: Seit Jahren Förderer der Atomtechnologie an entscheidender Stelle, forderte er mit einem Mal, alle „*waffenfähigen*" (d.h. für Atombomben verwendbaren) Produkte des Schnellen Brüters - sprich Plutonium - müßten vernichtet werden (NHP 11.11.78), und schlug vor , den Schnellen Brüter in eine „*Plutoniumvernichtungsanlage*" umzuwandeln.

Damit sollte der Wunschtraum aller AKW-Gegner angesprochen werden: statt „*Aufbau der Plutoniumwirtschaft*" (Riemer) soll in Kalkar Plutonium vernichtet werden - sicherlich in einem hübschen grünen Energiepark. Diesen Trick - nach dem die herkömmlichen AKWs als „Uranvernichtungsanlagen" zu bezeichnen wären - kennen wir schon vom Todesschuß, der sich ja mittlerweile zum „*finalen Rettungsschuß*" gemausert hat.

Und er hat auch den gleichen Haken. Denn statt aus Uran 238 Plutonium 239 zu erbrüten (wie es das Schnelle-Brüter-Konzept vorsieht), würde die „Plutoniumsvernichtungsanlage" aus Thorium 232 Uran 233 erbrüten - einen Reaktorbrennstoff, der ähnlich giftig wie Plutonium, aber wertvoller als das „normale" Uran 235 ist. Dies Uran 233 ist zudem als Brennstoff erforderlich für den Hochtemperaturreaktor - einen Reaktortyp, der in den USA trotz Investitionen in Milliardenhöhe mangels rentabler Realisierungsmöglichkeiten längst verworfen ist, von der nordrhein-westfälischen Kohleindustrie jedoch favorisiert wird: Ermöglicht er doch die Kohlevergasung und die Herstellung von Benzin aus Kohle und erschließt damit der Ruhrkohle völlig neue Einsatzmöglichkeiten.

Aber mehr noch: Ebenso wie Plutonium ist Uran 233 zum Bau von Atombomben geeignet, wenn auch nicht ganz so „gut", und auch die Wiederaufbereitungsanlage bleibt bei diesem Konzept erforderlich, um das zu vernichtende Plutonium erst einmal rein herzustellen.

Auf solch plumpe Täuschung mochte sich selbst die Bundesregierung nicht einlassen. Schmidt bestand weiter auf der 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter noch 1978, war allerdings bereit, Riemers wirtschaftlichem Anliegen nachzukommen: parallel zum Schnellen Brüter soll der Bau des Hochtemperaturreaktors in Schmehhausen (der auch bereits 1 Milliarde Steuergelder verschlungen hat) vorangetrieben werden.

Und noch etwas schien an Riemers Idee dran zu sein: Am 30.11. einigte sich die Koalition, dem Kind einen neuen Namen zu geben. Nur ob der Brüter in Zukunft „Schnelles Neutronenreaktortestgerät" heißen soll oder „Reaktor mit schneller Neutronenkonfiguration", war noch nicht geklärt (Spiegel, 49/78).

... Selbstherrlichkeit ...

Echte Schwierigkeiten schien dagegen der schon genannte FDP-Parteitagsbeschluß zu bereiten, mit dem die FDP-Minister aufgefordert wurden, mit der SPD darüber zu verhandeln, daß „*keine weiteren Entscheidungen einschließlich der Entscheidung über die 3. Teilerrichtungsgenehmigung für Kalkar getroffen werden, bevor nicht die Ergebnisse dieser Kommission vorliegen und vom Deutschen Bundestag behandelt worden sind.*"

Nachdem als Resultat dieser Verhandlungen - an denen auf FDP-Seite kein einziger der Brüter-Kritiker beteiligt wurde - der Auftrag an die Landesregierung zur sofortigen Erteilung der 3. Teilerrichtungsgenehmigung herausgekommen war, verkündete Wirtschaftminister Lambsdorff im „Spiegel" 1/79 dem erstaunten Leser: „*Der Beschluß des Bundesparteitages von Mainz (ist) aufs Wort exakt ausgeführt worden.*" - Es sei nämlich tatsächlich verhandelt worden! Nur leider habe eben die FDP-Position nicht durchgesetzt werden können. Aber „*sie können*

die FDP-Position nicht durchgesetzt werden können. Aber „sie können

davon überzeugt sein, daß hier aufs sorgfältigste verhandelt worden ist, daß kritische Maßstäbe angelegt worden sind," fährt Lambsdorff fort, der gleich nach dem Parteitag gerade im Hinblick auf den Brüter-Beschluß angekündigt hatte, „*die Regierung werde sich um die Parteitagsbeschlüsse nicht kümmern!*" (Spiegel 47/78).

... und offene Verarschung.

Die Rolle des Abwieglers übernahm Friedhelm Farthmann, SPD-Arbeitsminister von NRW. Das ist übrigens der „*erklärte Gegner der Kernenergie*" (Spiegel 41/78), der sich laut FR vom 14.2.77 „*nicht vorstellen (kann), daß ein Entsorgungszentrum für Kernkraftwerke außerhalb eines militärischen Sperrbezirks errichtet werden könnte.*"

Weiterbau des Schnellen Brüters, so Farthmann, bedeute ja noch lange nicht, daß er nach Fertigstellung auch in Betrieb genommen wird! Ihm gehe es nämlich um die Arbeitsplätze: Da ein Baustopp wegen der dann fälligen Vertragsstrafen und Abrißkosten (also scheidet die Möglichkeit des Abrisses nach Fertigstellung doch aus? Oder ist der dann umsonst??) teurer sei als die Fertigstellung (!), stelle sich für ihn die Frage, „*ob ich für das gleiche Geld die Leute nach Hause schicke oder sie arbeiten lasse*" (Spiegel 39/78).

Demokratisch sei das obendrein: „*Ich meine, diese Frage darf nur sekundär unter Kostengesichtspunkten entschieden werden. Denn hier geht es um eine so grundsätzliche Frage, daß das Offenhalten der Option (nämlich den Brüter nicht in Betrieb zu nehmen) den Einsatz der Steuergelder wert ist.*" (Farthmann im Spiegel 46/78).

Es lohnt sich, diesen schönen Satz mal auf Deutsch zu übersetzen. Denn Farthmann sagt nichts anderes, als daß es den Einsatz von 4,5 Mrd. Mark aus Steuergeldern wert ist (soviel soll lt. FR vom 8.11. der Kalkar-Brüter mittlerweile kosten), um sich die Möglichkeit zu schaffen, den Schnellen Brüter nicht in Betrieb zu nehmen. Ob es da nicht billigere Möglichkeiten gäbe? Und: den Einsatz welcher Steuergelder meint Farthmann eigentlich? Hatte er nicht eben noch gesagt, der Weiterbau würde gar keine Mehrkosten verursachen?

Aber rechnen wir doch einmal nach, was laut Farthmann jedem von uns dieser Irrsinn „wert" ist: 4,5 Mrd. Steuergelder für Kalkar - wohlgemerkt: nur „auf Verdacht" investiert - das sind pro Kopf des bundesdeutschen Steuerzahlers runde 150 Mark, die da aus dem Fenster geschmissen werden. Zum Vergleich: Die Weiterförderung des Unabhängigen Jugendzentrums Kernstraße in Hannover würde jährlich 154.000 Mark kosten - das wären (nur auf die hannoversche Bevölkerung bezogen) im Jahr 50 Pfennig je Steuerzahler! Diese 50 Pfennig kann man dem Steuerzahler allerdings nicht zumuten. Schließlich sollen ja in der Kornstraße Anti-AKW-Aktivitäten stattgefunden haben!

Die 4,5 Mrd. aber werden investiert und sollen dennoch keinen Sachzwang für die Inbetriebnahme darstellen - laut Farthmann, dem für den Weiterbau kein besseres Argument einfällt als ausgerechnet genau so ein Sachzwang, nämlich die Kosten des Baustopps! Das glauben ihm nicht einmal seine eigenen Kollegen. FDP-Generalsekretär Verheugen erklärte, nachdem die sechs „Rebellen" „umgestimmt" waren, offenherzig: „*In der Sache haben die Leute recht. Man kann Kalkar nur jetzt stoppen oder nie*" (Spiegel 1/79).

Alles klar

Es blieb also dabei, daß eine „Jahrhundertentscheidung" zu treffen war, die in ihrer Bedeutung auch über das Schnelle-Brüter-Konzept hinausging. Forschungsminister Hauff hatte nicht umsonst vor Riemers Votum gegen die Plutoniumwirtschaft gewarnt, weil „*damit auch die gesamte herkömmliche Technik der Leichtwasserreaktoren, wo das Plutonium entsteht, und die geplante, gleichfalls umstrittene Wiederaufbereitungsanlage ... in Frage gestellt würden*" (Spiegel 39/78).

Unter dem Druck solcher Verantwortung (und der SPD) stellte dann auch die FDP-Fraktion unter Beweis, was bei der SPD-Fraktion früher klar war: ihr letztendlich optimales Funktionieren im Sinne der Atomindustrie. Denn am schnellen Brüter haben die ganzen Auseinandersetzungen keinen Deut geändert.

Bliebe - zur Vervollständigung des absurden Bildes - noch die CDU/CSU zu erwähnen, die (obwohl als einzige uneingeschränkt und einheitlich für das Brüter-Konzept) gegen die Vorlage der Bundesregierung stimmte. Wie gesagt - das ist Demokratie.

Goetz

Wo waren die linken Schleswig-Holsteiner aus der SPD?

Noch 1977 hatte der Großteil der zehn schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten sich dafür eingesetzt, daß keine weiteren Gelder für den Schnellen Brüter zur Verfügung gestellt würden.

Dieser Protest wurde damals ganz groß in der Presse als geplanter „Kanzler-Sturz" herausgeputzt.

Auch damals wurde dann der „Kanzler-Sturz" durch einen Kompromiß vom Tisch gebracht. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten kündigten an, weiter gegen den Schnellen Brüter einzutreten. Doch wo blieb jetzt ihre Unterstützung für die FDP-Rebellen?

Sind die SPD-Abgeordneten durch den damals ihnen verabreichten Holzhammer noch immer eingeschüchtert?

Sollte man auf ihr Wort gegen AKW's nicht trauen können?

Ist das AKW Brunsbüttel – gegen das die schleswig-holsteinische SPD im Wahlkampf zu Felde zieht – gar gefährlicher als ein „Schneller Brüter"? Ist zum Kalkar-Beschluß bei diesem Schritt in die „Plutoniumwirtschaft des totalen Atomstaats", wie es der schleswig-holsteinische Juso-Vorstand erklärte, überhaupt noch mit einer Stellungnahme der SPD-Abgeordneten zu rechnen?

Oder sollten wir uns nur freuen, daß die SPD überhaupt mal ab und zu etwas gegen AKW's sagt? Eine Antwort wäre wohl fällig!

Volksabstimmung - Volksbegehren gegen AKWs gefordert

Unmittelbar nach der Entscheidung des Bundestags, den Schnellen Brüter in Kalkar weiterzubauen, traten GLU und GAZ in NRW mit Initiativen auf, ein Volksbegehren gegen den Schnellen Brüter, das in der Landesverfassung von NRW (ebenso wie in Hessen und Bayern) vorgesehen ist, einzuleiten.

Der GLU-Landesverband erklärte dazu am 8.12.1978:

„*Die Bundesregierung betreibt mit Nachdruck den Weiterbau des Schnellen Brüters in Kalkar, obwohl die Sicherheit der Bevölkerung in keiner Weise gewährleistet ist. Der Bundestag ist nicht bereit, sein Kontrollrecht zu nutzen. Die GLU wendet sich mit Nachdruck gegen diese menschenfeindliche Politik und wird alle Mittel ausschöpfen, um den Schnellen Brüter zu verhindern. Die GLU-NRW ist bereit, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um ein VOLKSBEGEHREN in die Wege zu leiten.*

Ein Volksbegehren bietet jedem Bürger die Möglichkeit, seine Meinung über den Schnellen Brüter selbst auszudrücken, so wie es die Österreicher beim KKW Zwentendorf getan haben.

Der Bürger ist damit nicht mehr auf das Wohlwollen der von ihm unter ganz anderen Gesichtspunkten gewählten Abgeordneten angwiesen, sondern kann noch vor den nächsten Wahlen seinen Willen durchsetzen.

Eine Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen, anderen Verbänden, sowie anderen grünen Parteien (GAZ,AUD) wird erfolgen.

Mühlheim a.d. Ruhr, den 8.12.78"

Auch die GAZ setzt sich für ein Volksbegehren ein. Bei der anstehenden Abstimmung hatte Gruhl von der GAZ im Bundestag erklärt, die Volksvertreter müßten, wenn sie die Verantwortung nicht tragen wollen, „*wie in Österreich das Volk befragen*".

Auch der GAZ-NRW-Vorstand faßte einstimmig einen Beschluß, ein Volksbegehren einzuleiten. Man habe bereits mit der Sammlung der erforderlichen 10.000 Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens begonnen, hieß es von Seiten der GAZ („SZ", 19.12.78).

Schon diese Ankündigung traf das ungeteilte Mißbehagen der bürgerlichen Parteien.

Um nicht dumm aufzufallen, einigte man sich auf die Version, daß ein Volksbegehren gegen Kalkar „*keine Chance*" hätte - nicht etwa, weil die Parteien so siegessicher wären – nein, wegen „Nichtzulässigkeit" eines solchen Volksbegehrens, da Kalkar eben unter die Bundesgesetze falle und ein NRW-Volksbegehren könne sich nur gegen Gesetze in diesem Lande richten.

„*Die Nichtzulässigkeit eines solchen Verfahrens habe das Bundesverfassungsgericht bereits in seiner Entscheidung vom 30. Juli 1958, betreffend die Volksbefragungsgesetze von Hamburg und Bremen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr begründet*" („Westfälische Rundschau", 19.12.78). „*Ausgerechnet*" NRW-Innenminister Hirsch (FDP) müsse dann das Volksbegehren ablehnen, hieß es in der Presse weiter. Daß Hirsch „*zu den vehementesten Gegnern der Brütertechnologie zählt (ehem!?), macht das Problem eher noch pikanter*" (ebenda).

In der Tat, eine peinliche Angelegenheit. Schon in der Frage der Wiederbewaffnung bzw. der Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen konnten sich die bürgerlichen Parteien vor dem Volk nur noch dadurch retten, daß eine Volksbefragung verboten und dann mit massivem Polizeieinsatz unterdrückt wurde. Auch die SPD, die großenteils sich für das Votum des Volkes eingesetzt hatte, ließ nach dem Adenauer-Verbot und dessen Bestätigung durch das Verfassungsgericht die Finger davon. Die Volks-

Fortsetzung auf Seite 22

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents

Österreich: Nach der Volksabstimmung Planen Industrie und Regierung den Volksbetrug?

Nachdem am 5. Nov. in der Volksabstimmung Atomkraftwerke für Österreich mehrheitlich abgelehnt worden sind, hat das Parlament dem Ergebnis auf höchst eigenartige Weise Rechnung getragen, indem es folgendes "Kernenergieverbotsgesetz" verabschiedete:

"§ 1. Anlagen, mit denen zum Zwecke der Energieversorgung elektrische Energie aus Kernkraft erzeugt werden soll, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern jedoch derartige Anlagen bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.
§ 2. Die Vollziehung dieses Bundesgesetzes obliegt der Bundesregierung.

Die Formulierung des § 2 läßt den Schluß zu, daß die Parlamentsparteien und die Regierung sich den Weg offen halten wollen, trotz Volksabstimmung das fertiggestellte AKW Zwentendorf doch noch in Betrieb nehmen zu können.

Ganz in Sinne dieser Vermutung gaben führende Politiker und Vertreter der Kapitalistenverbände öffentliche Erklärungen ab, deren Grundlage insgesamt eine gründliche Mißachtung der Volksabstimmungsergebnisse ist. Industriellenchef Igler: Der bei der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommene Wille sei zu berücksichtigen, es solle jedoch eine Abkühlungsphase eintreten, damit energiepolitische Entscheidungen ohne Panik, vielmehr mit dem Blick auf internationale Entwicklungen und vor allem Zukunftsnotwendigkeiten getroffen werden könnten (nach: "Initiativ gegen AKWs", Zeitung der IÖAG, Nr. 9). Was unter "Abkühlungsphase" zu verstehen ist, machte Vizekanzler Androsch in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau v. 20.11. deutlich: *"Vor eineinhalb Jahren habe ich in einem Interview gemeint, daß es ökonomischer Wahnsinn wäre, das erste österreichische Atomkraftwerk, nämlich das in Zwentendorf, nicht in Betrieb zu nehmen. Ich bleibe bei dieser Aussage. In der Zwischenzeit aber ist eine politische Entscheidung gefallen, und die gilt sicherlich auch über nächste Parlamentswahlen.(...) Ich bin davon überzeugt, daß technologisch und was die Müllfrage anlangt, ein vielleicht auch durch den Volksentscheid beschleunigter technischer Fortschritt eintritt; und daß politische Regelungen getroffen werden, so daß bei einem neuen gleichwertigen Entscheid auch diejenigen einer Inbetriebnahme zustimmen, die gegenwärtig aus Überzeugung dagegen waren."*

Worauf Industrie und Regierung hinauswollen, ist also eine spätere Zurücknahme des jetzigen Beschlusses, weil er ihnen nicht paßt. Die Abstimmungsmehrheit ist für sie nicht aufgrund vernünftiger Argumente der AKW-Gegner zustande gekommen, sondern aufgrund von Emotionen ("Abkühlungs"phase). Der Wiener Industrie-Kurier v. 17.11. schreibt: *"Denn wer sagt, daß es nicht in einer weniger aufgeheizten Atmosphäre als der jetzigen, bei einer einheitlichen Willensbildung der großen politischen und sozialen Gruppen im Lande möglich sein sollte, eine emotionsfreie Entscheidung zu treffen? Nur eines brauchen wir nicht: Zwentendorf als ein dauerndes Memento und als Wallfahrtsort für Umweltverbesserer aller Art."*

Dieses Ziel bestimmt offensichtlich die Überlegungen, was mit dem AKW Zwentendorf nach der Volksabstimmung geschehen soll.

Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) hat festgestellt, daß bisher weder die Uranbrennelemente aus Österreich geschafft, die nukleare Anlage demontiert, noch überhaupt Beschlüsse über Abbruch oder Umbau des AKWs gefaßt worden sind.

Die IÖAG vermutet, daß die nukleare Anlage vorerst eingemottet werden soll, bis "bessere Zeiten" für die AKW-Betreiber gekommen sind. Vizekanzler Androsch hat öffentlich von dem AKW Zwentendorf als "Reservekapazität" gesprochen (FR, 20.11.).

Dem entspricht ein Plan der Siemens AG (Erbauerfirma des AKW's), der offenbar von den Elektrokapitalisten wie von der Regierung gut geheißen wird: danach würde lediglich der nukleare Teil des AKW's eingemottet werden, *"der Energieteil von Zwentendorf, der vermittels Turbinen zur Gewinnung von elektrischem Strom aus Dampf dient, (würde) in Betrieb gehen"*. Zur Produktion des notwendigen Dampfes würde ein konventionelles Kraftwerk neben das AKW gebaut werden, natürlich ebenfalls von Siemens. Nach der angestrebten Umwandlung der AKW-Gegnermehrheit im Lande in eine Mehrheit der AKW-Befürworter könnte Zwentendorf doch noch zu strahlen beginnen! (nach: "Extrablatt", Dez. 78).

Die IÖAG hat angesichts dieses Volksbetrugs mit einer Kampagne zur Informierung der Öffentlichkeit über die wahren Pläne der AKW-Befürworter begonnen. Sie fordert:

- **Uranbrennstäbe sofort raus aus Österreich!**
- **Abbau des nuklearen Teiles!**
- **Entscheidung über Umbau oder Abwrackung bis Ende 1978!**
- **Keine Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen!**

Am 19. Januar, dem Jahrestag der Anlieferung der ersten Uranbrennstäbe nach Zwentendorf, soll ein landesweiter Aktionstag stattfinden.

Österreich-Kommission

wärtig aus Überzeugung dagegen waren."
Worauf Industrie und Regierung hinauswollen, ist also eine spätere Zurücknahme des jetzigen Beschlusses, weil er ihnen nicht paßt. Die Abstimmungsmehrheit ist für sie
reichs Grenzen!
Am 19. Januar, dem Jahrestag der Anlieferung der ersten Uranbrennstäbe nach Zwentendorf, soll ein landesweiter Aktionstag stattfinden.
Österreich-Kommission

Fortsetzung von Seite 21

befragung wäre damals vollkommen eindeutig gegen die Atomrüstung ausgegangen.

Jetzt droht den bürgerlichen Parteien wiederum eine ähnliche Entwicklung.

Pikanterweise war es just NRW-Minister Farthmann, der seinerzeit zum Schrecken seiner weitsichtigeren Kollegen, die noch etwas mehr ihr Ohr am Puls des Volkes hatten, für eine Volksentscheidung in Sachen Kernenergie eingetreten war. Seine SPD-Kollegen hatten Farthmann damals heftigst ins Kreuzfeuer der Verantwortung als Abgeordneter, der ohne Volksbefragung entscheiden könne, genommen. Inzwischen hat Farthmann ausgeplaudert, daß er seinerzeit dummerweise mit einem Sieg für die Kernenergie gerechnet hatte: *„Ich bin vor Zwentendorf davon ausgegangen, daß es in der Bundesrepublik eine deutliche Mehrheit für die Kernkraft gibt. Nach Zwentendorf bin ich etwas unsicher geworden"* („Spiegel" 46/78).

Nach Zwentendorf will er nichts mehr von Volksabstimmung wissen, jetzt will ausgerechnet dieselbe Landesregierung sogar das gesetzlich verankerte Volksbegehren für „unzulässig" erklären, aber Angst vor dem Volk? Nein, Angst hat er nicht: *„Nicht aus Angst, sondern weil ich inzwischen die Risiken irrationaler Entscheidungen höher einschätze. Wenn wir etwa nach einem Terroranschlag die Bevölkerung fragen, ob sie für die Todesstrafe ist, würden wir unser blaues Wunder erleben und ein Ergebnis erhalten, das ich mir nicht wünsche"* (ebenda). Seit Zwentendorf findet man überall in Westeuropa ähnliche Reaktionen bei den bürgerlichen Parteien: Entweder versucht man eine Volksabstimmung zu umschiffen oder man kann sich nur mühsam vor wüstesten Volksbeschimpfungen zurückhalten (s. Farthmann). So wollte nach Zwentendorf die schwedische Regierung, die unter dem Motto des Volksentscheids in Sachen AKWs zu den Wahlen angetreten war, nur noch nach dem 10. AKW über weitere abstimmen lassen.

Für die Bundesregierung hatte seinerzeit Bundesminister Hauff (SPD) erklärt, man wolle weiter „Bürgerdialog" betreiben. Die Frage dürfe keinesfalls auf „Atomenergie ja oder nein" reduziert werden, sondern, wie es bereits vor Jahren vom Batelle-Institut in der BRD angesichts der Auseinandersetzungen um das AKW in Wyhl vorgeschlagen worden war, mit der Demagogie um die „Arbeitsplätze und Wachstum" verbunden werden.

Der „Vorwärts" erklärte ganz offen, daß *„die viel zu kurze und deshalb emotionalisierte Diskussion in Österreich eher lehre, daß der Dialog breit angelegt und lange geführt werden muß, um eine stabilisierte Entscheidung direkt durch den Bürger oder Parlament zu erreichen. Nur so führt die Atomfrage nicht zur demokratischen Kernspaltung"* (9.11.78). Nur so, hätte es ehrlicher heißen müssen, können die Atombetreiber eine Niederlage umschiffen. Für die „Welt" war es nur noch eine Frage der Zeit, wann in Wien „die Lichter ausgehen".

Wir halten die Forderung für eine Volksabstimmung für unbedingt unterstützenswert. Wir fordern alle dazu auf, diese Initiative in Bürgerinitiativen, Wahllisten etc. zu diskutieren und zu beraten!

AKW-Nein-Kommission

Städtische Kontrolle oder kein Geld

Die Stadt Hannover will das UJZ Kornstraße aushungern



Bereits 10 Monate dauert in Hannover das Hickhack um die Weiterförderung des Unabhängigen Jugendzentrums Kornstraße an - mittlerweile ist es entschieden und doch nicht entschieden: Am 28.11. beschloß die SPD-Ratsfraktion die Weiterförderung, am 14.12. stellte der Rat die erforderlichen Mittel im Haushalt 1979 zur Verfügung - aber seit dem 1.1.1979 bekommt die Kornstraße keinen Pfennig mehr. Die Stadt will das Jugendzentrum auf ihre Linie der politisch kontrollierten Selbstverwaltung zwingen.

Der Anlaß des Streits ist schon fast in Vergessenheit geraten: Der damalige Innenminister Groß hatte im März die Kornstraße als *„Einsatzzentrale militanter AKW-Gegner"* verschiedener Anti-Atom-Aktivitäten „beschuldigt", worauf die CDU postwendend die Schließung des Jugendzentrums forderte, (siehe AK 126 u. 127). Ein Angriff nicht nur auf fortschrittliche Jugendarbeit, sondern auch auf die Hannoversche Linke, als deren gemeinsames Projekt das UJZ vor 7 Jahren gegründet worden war.

Aus der seitenfüllenden Chronologie der seit März ergangenen Entscheidungen, Widersprüche, Verfügungen etc. nur stichwortartig das Wichtigste: Nach endlosen Debatten beschloß am 29.6. die (SPD-geführte) Verwaltung gegen den Willen der SPD-Ratsfraktion die Einstellung der Förderung. Auf den Widerspruch des Trägervereins hin, der aufschiebende Wirkung hatte, gab die Verwaltung

scheidungen, Widersprüche, Verfügungen etc. nur stichwortartig das Wichtigste: Nach endlosen Debatten beschloß am 29.6. die (SPD-geführte) Verwaltung gegen den Willen der SPD-Ratsfraktion die Einstellung der Förderung. Auf den Widerspruch des Trägervereins hin, der aufschiebende Wirkung hatte, gab die Verwaltung

ein Rechtsgutachten in Auftrag, um zu klären, ob sie bei ihren Zweifeln an der „Verfassungsförderlichkeit" der Arbeit des UJZ überhaupt weiter Haushaltsmittel zur Verfügung stellen darf.

Obwohl das Gutachten positiv für die Kornstraße ausfiel, beharrte die Verwaltung auf ihren Zweifeln und ließ die Förderung mit dem 31.12.78 auslaufen. Als darauf eine neue Solidaritätskampagne mit dem UJZ einsetzte - darunter selbst der SPD-Landesvorsitzende von Oertzen - beschloß die SPD-Fraktion erneut, daß die Kornstraße weiter gefördert werden soll und wies im Haushalt 1979 die erforderlichen 154.000 Mark aus, obwohl der SPD-Oberstadtdirektor Koldewey sein Veto dagegen angekündigt hatte.

Trotzdem bekommt das UJZ seit dem 1.1.79 kein Geld mehr, den Sozialarbeitern ist gekündigt worden - bis über die Klage des UJZ gegen die Verwaltungsentscheidung entschieden ist.

SPD will politische Kontrolle

Vollends absurd wurde dies Hin und Her, als Sozialdezernent Beste - der Hauptverantwortliche für die Einstellung der Förderung - dem UJZ vorschlug, sich von Jugendarbeit auf Erwachsenenarbeit umzustellen - dann könne es sofort städtische Gelder bekommen.

Freilich würde das dann den Beginn einer neuen Förderung bedeuten, wozu neue Verhandlungen und ein Vertrag erforderlich wären. Und damit war die Taktik der SPD wieder klar durchschaubar: Tatsächlich war ihre Frage der „Verfassungsförderlichkeit" nur Vorwand, die Anti-Atom-Aktivitäten nur willkommener Anlaß, um ihrem Ziel näherzukommen, die selbstverwalteten Zentren politisch unter Kontrolle zu bekommen.

Gegenüber den beiden anderen selbstverwalteten Zentren in Hannover, dem UJZ Glocksee und dem Pavillon, hat die Stadt nämlich bereits detaillierte Verträge durchsetzen können, die die Selbstverwaltungsrechte erheblich beschneiden.

So ist im Pavillon-Vertrag festgelegt, daß *„die Vertragspartner offen und positiv zusammenarbeiten"* müssen und daß die Arbeit *„parteipolitisch neutral"* ausgeübt werden muß - womit die Stadt sich die Möglichkeit geschaffen hat, politisches Wohlverhalten zu erzwingen. (Oder andernfalls den Vertrag wegen Vertragsverletzung vorzeitig zu kündigen!) Darüberhinaus geht es in den Vertragsverhandlungen um Fragen wie Öffnungszeiten, Nutzungskonzept, Einstellung von Hausmeistern durch die Stadt ohne Mitspracherecht des Zentrums, Kündigungsrecht der Stadt für die Sozialarbeiter etc. - also weitere Reglementierungen und Kontrollmöglichkeiten bis zum direkten Eingriff in die Selbstverwaltung.

All diese Möglichkeiten hat die Stadt bei der Kornstraße bis heute noch nicht. Und damit hat sie Probleme.

Mit einem solchen Vertrag allerdings könnte das Zentrum für die Stadt durchaus akzeptabel werden - räumen doch zumindest die Ratsherren, die sich ein bißchen mit der Kornstraße befaßt haben, ein, daß dort wertvolle Arbeit insbesondere

Stadt bei der Kornstraße bis heute noch nicht. Und damit hat sie Probleme.
Mit einem solchen Vertrag allerdings könnte das Zentrum für die Stadt durchaus akzeptabel werden - räumen doch zumindest die Ratsherren, die sich ein bißchen mit der Kornstraße befaßt haben, ein, daß dort wertvolle Arbeit insbesondere

mit Jugendlichen geleistet wird, die sich in städtischen Jugendzentren nicht integrieren lassen.

Zudem ist eine solche politisch kontrollierte Selbstverwaltung im Sinne der SPD durchaus ein Vorzeigeprojekt: fortschrittlich, aber unter Kontrolle.

Oder doch lieber ein Schloß?

Für die CDU freilich sind auch das *„sozialistische Traumtänzereien"*, für die *„Verbände bluten müssen"* (CDU-Ratsherr Reymann). Sie will nicht nur der Kornstraße bedingungslos die Gelder streichen, sondern dem UJZ Glocksee, dem Pavillon und dem kommunalen Kino dazu. Selbst die Drogenberatungsstelle ist Gegenstand solcher Überlegungen.

Dafür forderte CDU-Fraktionsvorsitzender Briese in der Haushaltsdebatte in einem Atemzug mit den vorgenannten Streichungen, der Rat müsse sich *„eindeutig für die Realisierung des Vorschlags von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht aussprechen"* („HAZ", 6.12.) Der hatte nämlich vorgeschlagen, der Landesregierung durch den Ausbau des Herrenhäuser Schlosses *„geeignete Repräsentationsräume"* zu schaffen.

***

Immerhin haben Rat und Verwaltung erreicht, daß sich endlich alle Unabhängigen Zentren und noch einige Organisationen mehr - bis hin zu den Jusos - in Hannover zusammengesetzt haben, um gemeinsam gegen die permanenten Angriffe auf die fortschrittliche Jugendarbeit anzugehen. Nach der gemeinsamen Demonstration am 6.12. *(„Das UJZ bleibt - die Stadtverwaltung soll abhauen")* plant dieser Kreis für das Frühjahr ein Tribunal über die Jugendpolitik der Stadt Hannover.

Für die Kornstraße ist die Lage prekär. Allein an laufenden Kosten - ohne davon die Sozialarbeiter bezahlen zu können - benötigt das UJZ monatlich 5.000 Mark, um weitermachen zu können. Und es wird in Zukunft finanziell kein Pardon geben: Schon am 2.1. - einen Tag, nachdem das UJZ für seine Stromrechnung selbst verantwortlich war - lag eine Rechnung der Stadtwerke über 1.600 Mark im Briefkasten.

Das UJZ Kornstraße bittet um Spenden, die besonders gern in Form von Daueraufträgen angenommen werden (auf diese Weise konnte bisher schon die Hälfte der laufenden Kosten abgesichert werden) - natürlich sind auch Einzelspenden willkommen. Kennwort: *„Trotz alledem - ihr werdet uns nicht los!"*

Konto 589 403 bei der Stadtsparkasse Hannover (Verein für angewandte Sozialarbeit, Kornstraße 28 – 30, 3000 Hannover).

Goetz

Kurzmeldungen

Schon wieder Atommüllfaß auf der Straße

Goetz
Kurzmeldungen
Schon wieder Atommüllfaß auf der Straße

An der Rheinbrücke Rheinhausen/Hochfeld stand ein Atommüllfaß mit der Aufschrift: Vorsicht radioaktiv! K.F.A. Jülich. Die alarmierten Behörden wie Polizei, Feuerwehr und Gewerbeaufsichtsamt verharrten ziemlich ratlos vor dem Faß und benötigten über zwei Stunden, um festzustellen, daß von dem Behälter keine Beta- oder Gammastrahlung ausging. Es mußten erst Experten aus Jülich anreisen, um die Situation aufzuklären. Sie sahen zwar sofort, daß das abgestellte Faß nicht mit ihren Orginalfässern übereinstimmte, waren sich aber nicht sofort sicher, was in diesem Faß ist, oder ob es sich um einen Scherz handelt.

Dreieinhalb Stunden benötigten sie, um festzustellen, daß das Faß ohne radioaktiven Müll war. Daraus läßt sich schließen, daß die Behörden wie Polizei, Feuerwehr usw. in keiner Weise ausreichend auf atomare Stoffe vorbereitet sind. Hätte sich wirklich radioaktiver Stoff in dem Faß befunden – die Unwissenheit der Behörden gefährdet die Bevölkerung schon fast so, wie die radioaktiven Stoffe selber.

(nach „Wir sinds" Umweltzeitung aus Duisburg-Dinslaken /Dez. 78)

***

Cherbourg, Frankreich. Die Bürgermeister von Cherbourg und zwei anderen Küstenorten in Nordfrankreich erließen Verordnungen, nach denen in ihren Häfen keine nuklearen Abfälle für die französische WAA La Hague gelöscht werden dürfen. In der Anlage von La Hague steht die Ankunft des ersten Seetransports mit verbrauchten Brennstäben aus Japan bevor (nach „FR", 18.12.78).

Anti-AKW-Kommission



Der neue Papst: Politik unter dem Banner des Glaubens

Alle Welt war begeistert, als im Oktober letzten Jahres ein Nicht-Italiener zum Papst gewählt wurde, dazu noch aus einem „sozialistischen Lande". Als „Zeichen des Friedens und der Versöhnung" wurde diese Papstwahl von rechts bis hin zur DKP bezeichnet. Aus ersten Verlautbarungen und Aktivitäten von ohannes-Paul II (Jo-P II) lassen sich Ansätze dieser ‚Versöhnungsbestrebungen' erkennen.

– Schon im November 1978 hat Jo-P II die Nonnen in aller Welt aufgerufen, sich nicht von feministischen Bestrebungen anfechten zu lassen und an *„einem Leben im Sinne der Kirche in Keuschheit, Armut und Gehorsam festzuhalten"*. Das muß sich natürlich auch in der Kleidung der Nonnen niederschlagen; sie solle stets so sein, *„daß sie keinen Zweifel an ihrem religiösen Status lasse"* („FR", 18.11.78).

– Den rechtsradikalen, vom Vatikan suspendierten Erzbischof Marcel Lefebrve, der gegen alle Reformen auftritt, den Kommunismus für die größte Gefahr der Kriche erklärt und besonders lobend argentinische Verhältnisse hervorhebt, wird von Jo-P II Anfang dieses Jahres zum zweiten Mal empfangen. Lefebvre hat *„volles Vertrauen in das Verständnis des neuen Kirchenoberhauptes"* („FR", 26.12.78), und glaubt fest daran, daß der Papst seine Bewegung unterstützen wird.

– In seiner Weihnachtsbotschaft an seine früheren Schäfchen in der Erzdiözese Krakau provozierte Jo-P II den ersten Konflikt mit dem revisionistischen Polen, voll Vertrauen auf die Macht der katholischen Kirche in diesem Lande. Er behauptete – wohl gegenüber allen, die meinen, daß das Volk Garant der Demokratie und der Freiheit sei –, daß der Heilige Stanislaw Fürsprecher der Rechte der Menschen sei. *„Wir können in dem Heiligen Stanislaw einen Sprecher für die wichtigsten Menschenrechte und die Rechte der Nation sehen – Rechte, die die Würde, Moral und tatsächlich Freiheit ausmachen. ... Er* (Stanislaus) *ist der Patron einer moralischen Ordnung in unserem Lande. Es gibt genügend Hinweise in unserer Zeit über den Mangel an moralischer Ordnung, was unsere gesamte Gemeinschaft gefährdet"* (zit.: nach „FR" vom 23.12.78). Polnische Behörden verlangten von der katholischen Wochenzeitschrift „Tygodnik powszechny", diese beiden Sätze aus dem Abdruck der Papstrede zu streichen. Der heilige Stanislaus steht in Polen als Symbol für den Machtkampf zwischen Kirche und Staat; am 11.4.1079, vor 900 Jahren, wurde er angeblich von dem König Boleslaw II ermordet, woraufhin dieser ins Exil gehen mußte und Stanislaw heiliggesprochen wurde. Die groß angelegte 900-Jahrfeier zu Ehren dieses Heiligen wird zweifellso eine Machtdemonstration der katholischen Kirche in Polen. Wojtyla setzt seinen neuen Papsthut ungeniert für diese reaktionären Zwecke ein.

– In Puebla (Mexiko) findet vom 26.-31. Januar die Konferenz aller Lateinamerikanischen Bischöfe (CELAM) statt. Jo-P II wird an dieser politisch nicht unwichtigen Konferenz teilnehmen.

Vor 10 Jahren hat sich bei der letzten CELAM-Konferenz selbst unter den höheren Würdenträgern durchgesetzt, daß die Kirche in Lateinamerika Position für die Unterdrückten und Ausgebeuteten und unter faschistischen Diktaturen Leidenden beziehen müsse. Diese Haltung von Christen in Lateinamerika drückt sich in einer „Theologie der Befreiung" aus, die eindeutig für die Armen Stellung nimmt; sie schließt Widerstand und Kampf gegen die Ausbeuter und diktatorischen Herrscher ein. In der Zwischenzeit haben die Freunde der Militärdiktaturen unter den Klerikern nicht geruht, sondern mit Unterstützung des CIA und lateinamerikanischer Geheimdienste ihre Wühlarbeit betrieben. Besonders hervorgehoben werden immer wieder Pater Vekemaans und der bolivianische Bischof Trujillo – Vorsitzender der CELAM. Besondere Unterstützung erhielten die rechtsradikalen Kleriker von westeuropäischen Kirchenführern. Der von Militärbischof Hengsbach geleitete Arbeitskreis „Theologie und Befreiung" führte 1976 zusammen mit Vekemaans, Trujillo und westeuropäischen Kirchenführern vor allem aus der BRD ein „Minikonzil" in Rom durch, das zum Ziel hatte, die „Theologie der Befreiung" und die Bewegung „Christen für den Sozialismus" als Mittel zur marxistischen „Infiltration" in Lateinamerika zu denunzieren. Darüberhinaus wurde eine *„konkrete Liste von Menschen vorgelegt, die es zu beseitigen gelte"* (Kirche in Lateinamerika, Sondernummer der „Chile-Nachrichten"); diese Liste sollte den Nachrichtendiensten und dem jeweiligen nationa-
diese Liste sollte den Nachrichtendiensten und dem jeweiligen nationa-
len Sicherheitsrat weitergegeben werden. Während der CELAM-Konferenz in Puebla werden Entscheidungen über die Tendenz der Katholischen Kirche für die Zukunft getroffen. Jo-P II hat bisher noch nicht bekanntgegeben, ob er mehr für Militärdiktaturen als für den Kampf um Befreiung zu haben ist. Aus seinen vagen Äußerungen ist zu schließen, daß er mit Sprüchen über Versöhnung und Frieden die Position der fortschrittlichen Christen in Lateinamerika schwächen wird. *„Zwar gebe es ‚noch zuviel physisches und moralisches Elend', aber zu seiner Verminderung wolle die Kirche nur ‚mit friedlichen Mitteln, durch Erziehung der Sitten, durch legales Handeln der Christen' beitragen"* („Spiegel", 1.1.79).

– Mit den Problemen der faschistischen Diktaturen befaßt sich Jo-P II ausführlich, seit er zur Schlichtung des Konflikts zwischen den Machthabern in Argentinien und Chile aufgerufen ist. Er wird sich besondere Lorbeeren damit verdienen, den Krieg der Faschisten untereinander um die Inseln Picton, Lennox und Nueva und die Hoheitsrechte im Beagle-Kanal an der Südspitze des Kontinents zu verhindern. Die sonst sich als Friedensengel gern feiern lassende US-Regierung gab die Empfehlung, dieses schmutzige Geschäft den Papst wahrnehmen zu lassen. So wurde denn auch der Abgesandte des Papstes, Kardinal Samore, erfreut von den Faschisten empfangen, die durch die kirchliche Mission ihre Diktaturen im internationalen Ansehen aufmöbeln zu können glauben.

Kirchenkommission

Kirchenopposition traf sich auf Geburtstagsfeier

Anläßlich des 70. Geburtstages von H. Gollwitzer trafen sich zwischen Weihnachten und Neujahr Vertreter der Opposition der evangelischen Kirchen aus 14 verschiedenen europäischen Ländern zu einer zweitägigen Seminarveranstaltung in Westberlin. Treffpunkt war die Dahlemer Kirchengemeinde, in der sich am 19. und 20.10.1934 die Bekennende Kirche (BK) zu ihrer 2. Synode versammelt hatte. Damals war M. Niemöller dort Pastor. Als er 1937 verhaftet wurde, übernahm H. Gollwitzer seine Vertretung – in einem der Zentren des kirchlichen Widerstandes gegen die Nazis. Gleichzeitig war er Dozent an der damals illegalen Kirchlichen Hochschule in Berlin und so entscheidend mitverantwortlich für den theologischen Nachwuchs der BK. 1940 wurde Gollwitzer aus Berlin ausgewiesen und erhielt Redeverbot. Wenig später wurde er zur Wehrmacht eingezogen und nahm am Überfall auf Frankreich und die UdSSR teil. Heute sagt er über seine unfreiwillige Teilnahme am II.Weltkrieg: *„Ich hatte nicht den Mut, mich erschießen zu lassen."* 1945-1950 verbrachte er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Seit 1950 lehrte er Systematische Theologie zunächst in Bonn, seit 1957 an der FU-Berlin.

Seit jener Zeit datieren auch seine theologischen Stellungnahmen zu politischen Fragen. In der sich antikommunistisch profilierenden BRD
litischen Fragen. In der sich antikommunistisch profilierenden BRD
äußerte er sich immer wieder zum Verhältnis von christlichem Glauben und Kommunismus. Noch in den 50er Jahren trat er für einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" ein, der den östlichen Völkern zeigen sollte, *„daß der Staat nicht so aussehen muß, wie er ihnen täglich begegnet ... Der Bolschewismus ist Terror und kann nur durch Recht und bessere soziale Gerechtigkeit überwunden werden."* Gollwitzer bejahte die *„Verteidigung des Westens"*, allerdings *„n i c h t die Remilitarisierung Deutschlands. Sie wäre nur eine militärische Stärkung, zugleich aber eine soziale, politische und moralische Schwächung des Westens."* (1951)

Wohl nicht zuletzt die wirkliche Entwicklung der BRD und endgültig die Studentenbewegung haben dazu beigetragen, daß Gollwitzer die damaligen Ansichten fallen ließ. Heute tritt er für den *„Klassenkampf um des Reiches Gottes willen"* (Vortrag 1975) ein. Christliche Gemeinden müssen von ihrer Reich-Gottes-Bestimmtheit her am Klassenkampf solidarisch teilnehmen. *„Kampf um system-immanente Reformen gehört selbstverständlich zum Klassenkampf von unten. Zum Reformismus wird dieser Kampf erst dann, wenn über dem Nahziel das Hauptziel, die klassenlose Gesellschaft, verschwindet."* (Vortrag 1975)

Wegen solcher in den letzten Jahren immer wieder abgegebener deutlicher Stellungnahmen für Sozialismus, gegen Kapitalismus im allgemeinen und Rechtsentwicklung der BRD im besonderen hat sich Gollwitzer eine Menge politischer Feinde gemacht. In diesem Zusammenhang ist auch seine Mitgliedschaft im deutschen Beirat des Russell-Tribunals auf krichliche u.a. Kritik gestoßen.

Wegen dieser und andere Streitbarkeiten gehört er zu den prominenten Personen des sich seit einigen Jahren langsam organisierenden kirchlichen Widerstandes gegen Klerikalisierung, FDGO-Anbetung und politische Rechtsentwicklung in der BRD und in Westeuropa. Zum ersten Mal traf sich eine breite krichliche Opposition im Oktober 1977 in Darmstadt. Ca. 1.000 Personen kamen zum „Krichentag der Kirchenopposition". Dieses Treffen hatte jedoch keine einschneidenden organisatorischen Schritte zur Folge.

Der Geburtstag eines der theologischen „Väter" wurde zum Anlaß für ein weiteres Treffen genommen. In diesem Seminar, zu dem ca. 200 Besucher eingeladen waren, wurden die schon in Darmstadt aufgegriffenen Themen in Arbeitsgruppen weiterdiskutiert: 1. Legitimation der herrschenden Gewalt durch Dogmenbildung, 2. Kriche und Antimilitarismus.

Ein zentrales Thema war 3. das ideologische Krisenmanagement der westeuropäischen Kirchen. Vor dem Hintergrund einer sich besonders im kapitalistischen Westen zuspitzenden ökonomischen und politischen Situation wurde an Beispielen die Einschätzung diskutiert, daß die Kirchen zunehmend attraktiv werden als Ideologieträger für die herrschende
zunehmend attraktiv werden als Ideologieträger für die herrschende
Klasse. Die Entwicklung der letzten Jahre ist gekennzeichnet: politisch durch Erfolge der Konterrevolution und wirtschaftlich durch eine einschneidende „Sparpolitik": bewußtes Hochhalten der Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung, Abbau des Lebensstandards und der staatlichen Sozialleistungen in allen westlichen Ländern. Diese Politik geht nicht nur Hand in Hand mit dem Aufbau eines starken Staates, sondern erfordert eine stärkere ideologische Vereinheitlichung der von diesen Maßnahmen betroffenen Bevölkerung. *„Die Amtskirchen haben mit ihren Erklärungen zum ‚einfachen Leben' die staatlichen/gewerkschaftlichen/unternehmerischen Entscheidungsorganc ebenso im Blick wie die eigene Basis (Gemeinden/Christen). D.h. die Amtskrichen helfen, in der Bevölkerung die Bereitschaft zu entwickeln, weniger Ansprüche zu stellen. Die Amtskirchen helfen auf der staatlich/wirtschaftspolitisch relevanten Ebene, die Politik der Senkung der effektiven Einkommen ideologisch abzusichern."* (Thesen aus dem Vorbereitungsheft zum Seminar)
Beispiele: Der Aufruf des Rates der niederländischen Kirchen zu einem Neuen Lebensstil (1975), nachdem die Regierung im Vorjahr ein drastisches wirtschaftspolitisches Beschränkungsprogramm verkündet hatte; entsprechende allerdings kleinere Aktionen und Erklärungen im Raume der EKD (Gürtel enger schnallen, Kritik am Konsum; die Erklärung der EKD vom Sept. 77 (Schleyer-Hysterie): Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein; sowie die Anordnung von extra ‚Bußgottesdiensten' am 18.10.77 nach dem Überfall der GSG 9 auf die Landshut in Mogadischu und den sogenannten „Selbstmorden" in Stammheim.

In dem zunehmenden Interesse
„Selbstmorden" in Stammheim.

In dem zunehmenden Interesse
der europäischen protestantischen Kirchen an der EG, den Europaratswahlen, sowie in den damit verbundenen organisatorischen kirchlich-internationalen Zusammenschlüssen wurde die Gefahr vermutet, hier könne sich ein eindeutig kapitalistisch orientiertes Gegengewicht gegen den Weltkirchenrat (Antirassismusprogramm!) bilden. G. Casalis, Freund von Gollwitzer und Mitglied des Russell-Tribunals, rief dazu auf, die Revolution in der Kirche dadurch voranzutreiben, daß die Kirche auch von den Christen immer wieder als ideologischer Träger des Staatsapparates entlarvt werde.

In seiner Festtagsrede auf der Abschlußveranstaltung plädierte der französische Theologe für die kämpferische Zusammenarbeit von Christen und Sozialisten. Der Feind der Christen sei nicht der Sozialist, sondern der Christ mit seiner antikommunistischen Kreuzzugsideologie. Sein Vorredner Erich Fried setzte sich in einer oft von Beifall unterbrochenen Rede für das Zusammenwirken aller Antifaschisten in ihrer Verschiedenheit ein. Im antifaschistischen Kampf seien Offenheit und Toleranz untereinander Voraussetzung. Fried wandte sich gegen Verteufelungen aller Art. An mehreren Beispielen versuchte er zu zeigen, daß politische Entschlossenheit und menschliche Barmherzigkeit sich nicht aus-, sondern einschließen.
menschliche Barmherzigkeit sich nicht aus-, sondern einschließen.
Die Aufforderung zum Mord, z.B. dem Feind die Gräten zu brechen, sei nicht nur unmenschlich – schließlich sei er ja kein Fisch – sie entspreche auch nicht den politischen Zielen. Solche Fehler seien allerdings kein Grund, z.B. den politischen Gefangenen die Solidarität zu entziehen.

Kirchenkommission

Zurück zur Inquisition?

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat durch seinen geschäftsführenden Ausschuß eine Erklärung verabschiedet, in der behauptet wird, Gewissensentscheidungen von Kriegsdienstgegnern seien grundsätzlich überprüfbar und könnten von ‚Instanzen' beurteilt werden. Dieses Zentralkomitee ist eine kirchliche Laienorganisation; den Vorsitz hat der bayrische Kultusminister Hans Maier (CSU).Mit seiner Erklärung versucht das ZdK, die katholische Kirche weiter nach rechtsaußen zu bewegen. Die Kontrolle der privatesten Bereiche des Menschen ist schon die Aufgabe der mittelalterlichen Inquisition gewesen; heute soll die Gewissensprüfung noch als Genuß der Freiheit verstanden werden: *„Wer seine Gewissensentscheidung gegen eine rational-kritische Überprüfung immunisiert, verkürzt sein recht auf sittliche Selbstbestimmung zu einem Privileg persönlicher Willkür"* (aus der Erklärung nach FR vom 21.12.78). Der „Katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden" (KAEF) und die katholische Jugendorganisation „Bund der deutschen katholischen Jugend" (BDKJ), die eigene Vorschläge für das Verfahren bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern erarbeitet hatten, blieben ebenso unberücksichtigt wie die gemeinsame Synode der Bistümer der BRD, die vor drei Jahren festgestellt hatte, daß das Anerkennungsverfahren *„meist diskriminierend und eine Gewissensprüfung vom christlichen Verständnis her unzumutbar"* sei („FR").

Überzeugt von der Wirksamkeit der mittelalterlichen Praktiken der katholischen Kirche glaubt das ZdK, daß die Instanzen, die Gewissensentscheidungen überprüfen, *„nicht vor einer unlösbaren Aufgabe stünden"* („FR"). Es fehlt nur noch, daß sie selber mit ihren altbewährten Methoden diese Aufgaben zu übernehmen sich anbieten.
Danach verwundert es kaum noch, daß das ZdK in einer neuerlichen Erklärung *„die strikte Einhaltung und gleichmäßige Anwendung"* der Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungen von Beamten empfiehlt. Es ist für das ZdK unterträglich, *„daß Eltern durch staatliche Maßnahmen dazu gezwungen werden könnten, die Erziehung ihrer Kinder Lehrern überlassen zu müssen, die unsere Verfassung und die ihr zugrunde liegende Wertordnung nicht vertreten, ja sogar ablehnen und bekämpfen"* („FR", 3.1.79). Es sei unerläßlich, daß der Beamte *„mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung an den Tag"* lege.

Begriffe wie Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei seien totalitär vorgeprägt und wollten junge Menschen in den Gegensatz zur Verfassung drängen; deswegen sei es am besten, die Methoden und Verfahrensabläufe bekanntzumachen; wahrscheinlich wegen der abschreckenden und einschüchternden Wirkung.

So bahnt sich eine Zusammenarbeit zwischen katholischer Inquisition (zuständig für die Überprüfung des Gewissens und die innerliche Haltung gegenüber Staat und Verfassung) und Verfassungsschutz (mit den bekannten Aufgaben) an.

Kirchenkommission



Klage gegen Antifaschisten abgewiesen

Delmenhorst. Der Bremer NPD-Schläger Kruse blitzte vor dem Amtsgericht Delmenhorst mit seiner Klage gegen den Betriebsratsvorsitzenden der Delmenhorster Müllwerker ab. Kruse war bei einer Wahlkampfprovokation der NPD verletzt worden, woraufhin sein Rechtsanwalt A. Behr aus Stade den Versuch unternahm, den Versammlungsleiter eines Treffens der Delmenhorster Initiative gegen Faschismus dafür verantwortlich zu machen. Der Richter nahm nicht einmal die Beweisaufnahme auf, da keinerlei Beweise vorlagen, daß der Beklagte an den „Gewaltmaßnahmen" beteiligt gewesen sei.

Antifa-Kommission Hamburg

Weitere Prozesse gegen Antifaschisten

Emsdetten/Rheine. Anfang März letzten Jahres war in Emsdetten eine Nazi-Kundgebung mit dem NPD-Oberst Lindner von ca. 500 Antifaschisten erfolgreich gesprengt worden. In dieser Angelegenheit wird es im neuen Jahr nun zwei weitere Prozesse gegen beteiligte Antifaschisten geben:

- Dem Antifaschisten B.M. wird vorgeworfen, den berüchtigten Kamener NPD-Bezirksbeauftragten Karl-Heinz Harting mit einem Farbbeutel bekleckert zu haben.
- Ein junger Elektriker soll u.a. wegen Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit" und wegen „tätlichen" Angriffs auf Bullen und Faschisten angeklagt werden.

In der gleichen Angelegenheit hat es bereits zwei Prozesse gegeben:

- Ein Antifaschist war trotz widersprüchlicher Zeugenaussagen zu einer Jugendstrafe verknackt worden.
- Im sog. „Regenschirmprozeß" (NPD-Versammlungsleiter Urbanskie und Harting hatten mit einem Regenschirm Prügel bekommen; siehe AK 143) war der Angeklagte freigesprochen worden, weil sich die drei Nazi-Zeugen (Harting, Urbanskie, Kemna) in mehreren Punkten widersprochen hatten. Urbanskies RA Brinkmann aus Rheine ist jetzt allerdings in Berufung gegangen.

Nach dem Bericht eines Münsteraner Genossen

Repression gegen Antifaschisten

Kamen/Unna. Im Zusammenhang mit dem Auftritt der auf dem „Gut Barenbräucker" (JN Landeszentrum) in Kamen beheimateten Harting-Bande am 4.11. in Unna und Kamen (siehe AK 142) sind gegen schätzungsweise 25 Antifaschisten Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. In Unna war es am 4.11. zu einem Überfall der Bande und der Polizei auf die Antifaschisten gekommen, wobei es unter den Antifaschisten zu mehreren Verletzten und zahlreichen Festnahmen kam.

Seit der Nazi-Provokation vom 4.11. sind die Antifaschisten mit der Situation konfrontiert, daß ihnen in Kamener Kneipen keine Tagungsräumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt werden. Hier scheinen örtliche Behörden ihre Finger mit im Spiel zu haben. Dem Wirt der Kneipe, in der die „Gruppe Kamener Antifaschisten" bisher tagte, wurde von einem Vertreter des Ordnungsamtes Geldstrafe oder Schließung der Räumlichkeiten, für den Fall des Abhaltens weiterer Sitzungen der Antifaschisten in seiner Kneipe, angedroht.

Antifa-Kommission NRW

Aktionen gegen Rassistenlokale

Münster/Telgte. In ihrer letzten Ausgabe enthüllte die Alternativzeitung „Knipperdolling", daß in der Münsteraner Pizzeria „San Remo" Farbige nicht bedient und aus dem Lokal gewiesen wurden. Außerdem hatte der Wirt des Lokals eine Tischreservierung des Afrika-Komitees rückgängig gemacht, als er erfuhr, daß auch Farbige teilnehmen würden. Gegen diese Diskriminierung führten ca. 50 Münsteraner Linke am 22.12.78 eine Aktion durch. Sie suchten gemeinsam die betreffende Pizzeria auf, bemalten sich dort ihre Gesichter mit schwarzer Farbe, diskutierten mit Kellnern und Gästen und sorgten durch einige Lieder für die entsprechende „Stimmung". Derart überrollt stritten die Kellner ab, daß in diesem Lokal Schwarze schikaniert würden. Ein Schwarzer, der in Begleitung seiner Freundin die Pizzeria „rein zufällig" zur gleichen Zeit betrat, wurde denn auch prompt bedient. Die Kellner legten eine Eilfertigkeit an den Tag, als ob Rockefeller persönlich erschienen wäre. Es ist anzunehmen, daß in diesem Lokal in nächster Zeit kein Schwarzer mehr diskriminiert wird!

Nach dieser Aktion fuhren die an der Aktion beteiligten Münsteraner ins benachbarte Telgte, um dort die Diskothek „City Salon" aufzusuchen, die Schwarzen rigoros den Eintritt verwehrt. Der Besitzer des Ladens erklärte kurz und bündig, daß bei ihm Farbige tatsächlich nicht reinkommen würden. Gegenargumenten war er nicht zugänglich.

Die Aktion gegen Rassistenlokale soll fortgesetzt werden. Durch den „Knipperdolling", Flugblätter und Leserbriefe in der örtlichen Presse soll eine breitere Öffentlichkeit hergestellt werden. Außerdem wird geprüft, inwieweit es sinnvoll sein könnte, juristisch gegen die Rassistenlokale vorzugehen.

Nach dem Bericht eines Münsteraner Genossen

Parteiausschluß für Antifaschisten in der SPD?

Hameln. Weil sie einen von der „Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke" (WGA) verteilten Offenen Brief unterschrieben haben, droht nun zwei SPD-Stadträten der Parteiausschluß.

In dem Offenen Brief war die Stadt Hameln aufgefordert worden, zukünftig keine Nazi-Kundgebungen mehr zuzulassen und die Ehrenbürgerschaft Hitlers in Hameln aufzuheben.

Den beiden Stadträten ist jetzt ein Revers zugeschickt worden, in dem sie ihre Unterschrift nachträglich zurückziehen sollen! („Was tun?", 21.12.78).

Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Polizist als Antisemit

Der Fuldaer Kriminalhauptkommissar Klaus Wenzel und der bei den US-Behörden beschäftigte Gerhard Rückert haben – angetrunken und außer Dienst – in Fulda Plakatständer zerstört, die auf den Jahrestag der „Reichskristallnacht" hinwiesen. Passanten, die die beiden daran hindern wollten, wurden als „Kommunistenschweine" beschimpft. Der Antifaschistische Arbeitskreis Fulda hat Anzeige erstattet („ED", 28.12.78).

CDU für kriegsverherrlichende Literatur

Auf „dringenden Wunsch" des 1. Stadtrats der Stadt Norderstedt, Andersson (CDU), kamen gegen den Willen der Leiterin der Bücherei zwei Bücher des CDU-Stadtvertreters Stoves in die öffentliche Ausleihe. Es handelt sich um „Die 1. Panzer-Division 1935-1945" und einen Bildband mit dem gleichen Titel. Beide Bücher sind im rechtsradikalen Podzun-Pallas-Verlag erschienen. Ein vom Zentrallektorat der Landesbüchereizentrale Schleswig-Holstein angefordertes Gutachten empfiehlt, diese Bücher nicht in öffentlichen Büchereien auszustellen; trotzdem bestand Andersson auf seinem „Wunsch".

In einer Vorbemerkung zu einem der Bücher wird in „aufrichtigster Verehrung und Dankbarkeit" u.a. des rechtsradikalen Verlegers Kurt Vohwinkel und des ehem. Offiziers der Waffen-SS Kernmeyer gedacht. Kernmeyer war nach 1945 langjähriger Chefredakteur der HIAG-Zeitung „Der Freiwillige", NPD-Publizist und Mitglied der rechtsradikalen „Gesellschaft für freie Publizistik".

Andersson selbst bezeichnete sein Eintreten für die Bücher von Stoves als „ausgesprochen liberale Haltung".

Dieser „Liberalismus" blieb nicht ohne Widerspruch: Die Lokalzeitung „Heimatspiegel", die den Skandal bekannt machte, konnte eine wahre Flut von empörten Leserbriefen veröffentlichen.

KB Norderstedt

Disziplinarverfahren gegen rechtsradikale Lehrer endlich eingeleitet

Hann. Münden: Gegen zwei Lehrer des Grotefend-Gymnasiums in Münden wurden Ende Dezember nun endlich offiziell Disziplinarverfahren eingeleitet.

Oberstudiendirektor Karl-Heinz Kausch, Mitglied der weit rechtstehenden **„VDA - Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland"**, Verfasser mehrerer Vorworte für rechtsradikale Bücher, darf weiterhin auf unbestimmte Zeit nicht mehr unterrichten – d.h. bis zur endgültigen Klärung durch das Disziplinarverfahren.

Auch Studienrat Heiner Luthard, Führer einer aus der rechtsradikalen **„Deutschen Jugend des Ostens - Deutsche Jugend in Europa"** kommenden **„Pfadpfinderschaft Zugvogel"** (mit Beziehungen zur Hoffmann-Bande!) darf nun endlich nicht weiter unterrichten.

Es wäre wohl der erste Fall einer Amtsenthebung Rechtsradikaler - falls das Disziplinarverfahren zu einem entsprechenden Ergebnis kommt.

Ein Verfahren gegen einen dritten rechtsradikalen Lehrer aus Münden, Karl Krah, blieb im Untersuchungsstadium hängen. Die Vorwürfe hätten sich nicht erhärtet...

Antifa-Kommission Hamburg

CDU gibt Schützenhilfe für Nazis

Nur wenige Wochen, nachdem Jungnazis versucht hatten, eine Filmveranstaltung des Antifa-Arbeitskreises zu sprengen, erhielten sie Schützenhilfe bei ihrem Versuch, antifaschistische Aufklärung in Münden zu verhindern. Ihr neuer „Bündnispartner": CDU-Ratsherr Klaus Minkel!

„Zur Vorgeschichte: Der Leiter des Mündener Gymnasiums, Dr. K.H. Kausch, hatte an „seiner" Schule eine Ausstellung der VVN „Widerstand in Niedersachsen 33-45", verboten. Im Zuge des Skandals um die faschistische Gesinnung und Indoktrinierung dreier Lehrer (s.o.) entschloß sich die SPD, die Ausstellung offiziell in der Rathaushalle zu zeigen. Daraufhin leitete Minkel eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Mündener Stadtdirektor Lange ein. Aus der Begründung: *„Träger der Veranstaltung ist..die VVN... Jedoch handelt es sich bei der VVN zweifelsfrei nach den Berichten des Bundesverfassungsschutzes um eine Organisation, die von der DKP beeinflußt und verfassungsfeindlich ist... Ich erachte es als einen Skandal, daß diese Veranstaltung nicht nur jegliche Förderung durch die Stadt Münden erfährt, sondern auch im Mündener Rathaus stattfinden durfte".* Minkel scheute sich nicht einmal, offen Partei für Kausch zu ergreifen, *„der als erster den Charakter dieser Show durchschaute, was ihm freilich ein beispielloses Kesseltreiben durch Denunzianten, die „FR", den NDR, Radio DDR, DKP, KBW, Stadtdirektor Lange und eine Suspendierung vom Dienst ... einbrachte".*

Zu CDU-Minkels Pech mochten seine eigenen Parteifreunde diesen Alleingang nicht mitmachen, so daß er sich genötigt sah, seine Beschwerde zurückzuziehen, *„weil ich die Gewißheit haben kann, daß bei der Stadt Münden eine objektive Behandlung der Angelegenheit ohnehin nicht zu erwarten ist",* (alle Zitate: „Gött. Tageblatt", 19.12.78).

Nazi-Provokationen in Paderborn

In Paderborn sind es, nach dem Bundesparteitag der NPD in Arolsen, zu Provokationen einer sechsköpfigen Nazi-Bande gegen aktive Antifaschisten gekommen. Die Paderborner Antifaschisten hatten sich aktiv an den Vorbereitungen für Gegenaktionen zum Nazi-Parteitag beteiligt. Namentlich bekannt sind bisher lediglich zwei Mitglieder der Nazi-Bande: zum einen **Josef Böhle**, Aktivist der vom „Gut Barenbräuker" (JN-Landeszentrum) von Kamen aus operierenden Harting-Bande, und zum anderen **Eduard Plischka**, der Funktionen in der örtlichen NPD bekleidet. Die Provokationen im Einzelnen:

- Auftreten der Bande in einer Paderborner Kneipe, die als Treffpunkt der lokalen Linken bekannt ist. Auf Grund der zahlenmäßigen Überlegenheit der Antifaschisten hielt sich die Bande zurück.
- Einzelne bekannte Antifaschisten wurden von der Bande unter Androhung von Prügeln durch die Innenstadt gejagt.
- Ein Antifaschist, der einen SOdZDL-Infostand in der Paderborner Innenstadt betreute, wurde von den Nazis angepöbelt; ihm wurde die Brille abgenommen.
- Ein Antifaschist erhielt eine telefonische Morddrohung.

Antifa-Kommission NRW

Interpol „sucht" Manfred Roeder und sucht, und sucht und ...

Im April 78 sollte **Manfred Roeder,** jahrelang ungeschoren einer der aktivsten Krawallnazis in der BRD, endlich eine Haftstrafe von sechs Monaten antreten. Roeder zog es vor, sich ins Ausland abzusetzen. Seitdem wird er von Interpol „gesucht". Und nicht nur das: *„So steht der Name des offenbar nach Südamerika abgetauchten ehemaligen Rechtsanwalts Roeder auf der Terroristen-Fahndungsliste neben dem international gesuchten Terroristen Carlos"* („Welt", 5./6.8.78).

Aber Roeder ist anscheinend ein besonders cleverer Terrorist:

- Ende April 78 nahm er an einer „Führergeburtstagsfeier" in Brasilien teil; Fotos davon gingen durch die Presse.
- Die nächsten 1 1/2 Monate verbrachte der „Gesuchte" in Chile, wo er mehreren Zeitungen Interviews gab.
- Spätestens seit Oktober bereist nun Roeder die USA, um Gesinnungsfreunde zu besuchen. Ein dabei entstandenes Interview mit dem kanadischen Nazi Zündel ist jetzt sogar als Kasette erhältlich.
- In der „Bauernschaft" 4/78 (Zeitung von Roeders altem Freund Thies Christophersen) zitiert Roeder einen amerikanischen Gesprächspartner: *„Man wird Sie nicht fangen. Wenn man es wollte, könnte man es natürlich. Daß man Sie bis jetzt ziehen ließ, ist ein Beweis dafür, daß man es nicht ernsthaft versucht."* Der Mann hat den Nagel auf den Kopf getroffen!

Ein Feigenblatt-Prozeß wird vorbereitet

Zum dritten Mal ging es jetzt durch die Presse: **Die Bundesanwaltschaft Karlsruhe hat Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Angeklagt sind Michael Kühnen (Hansa-Bande) als Führer einer „Werwolf-Untergrundarmee" sowie die Banden-Mitglieder Uwe Rohwer, Manfred Börm, Lothar Schulte, Lutz Wegener, Klaus-Dieter Puls.**

Schon Ende September verbreitete der Rundfunk in den Nachrichten eine Meldung über die Anklageerhebung („ED", 3.10.78). Kurz vor Weihnachten ging dieselbe Meldung wieder durch Funk und Presse („taz", 22.12.78). Am 28.12. hielt es die „FR" offensichtlich für nötig, noch einmal diese Tatsache zu betonen.

Noch im Juli 78 sprach Bundesanwalt Rebmann von 26 (!) Nazis, gegen die wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt werde („FR", 8.7.78); davon seien zehn in Haft. Übriggeblieben sind die sechs, gegen die der Prozeß wohl tatsächlich geführt werden soll. **Peter Teufert** aus Kiel war zu diesem Zeitpunkt nach kurzer U-Haft bereits wieder entlassen. Seine beiden Kumpane, **Frank Stubbemann** und **Robert Marchi**, mit denen er mehrere Überfälle und einen Sprengstoffanschlag geplant haben soll, waren im September wieder auf freiem Fuß.

Ebenfalls inzwischen wieder frei sind die beiden Westberliner **Helge Röthke** und **Michael Pohl**. Ihnen war vorgeworfen worden, sich an mindestens einem Überfall der Kühnen-Rohwer-Bande beteiligt zu haben und zu deren „Werwolfarmee" gehört zu haben. **„Helge Röthke und Michael Pohl sind bereits wieder mit Idealismus und noch größerer Energie dabei, der kommunistischen Jugendverhetzung entgegenzuwirken"** („Deutsche Stimme", Zeitung der NPD, 1/79).

Wenn also der Staatsapparat im März/April tatsächlich mit dem Prozeß gegen die Kühnen/Rohwer-Bande sein antifaschistisches Engagement beweisen will, so wird es unsere Aufgabe sein, dies als Feigenblatt zu entlarven.

Michael Kühnen verurteilt

Während „Hansa"-Chef Michael Kühnen in Hamburg noch kein einziges Mal vor Gericht gestanden hat, wurde er nun in Nürnberg schon zum dritten Mal verknackt:

Weil er im März 78 auf dem ehemaligen „Reichsparteitagsgelände" mit schwarzer Uniform und Hakenkreuz auf dem Koppelschloß herumgelaufen war, erhielt er eine Haftstrafe von sechs Monaten. Der Richter erklärte, diese Strafe liege an der unteren Grenze. Michael Kühnen sei ein gefährlicher Mann („FR", 13.12.78 und „tat", 15.12.78).

Schon am 11.7.78 war Kühnen, zusammen mit seinem „Stellvertreter" Worch, in Nürnberg zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Damals ging es um eine „Gedenkfeier" am 16.10.77 für die in den Nürnberger Prozessen verurteilten Nazi-Verbrecher.

Antifa-Kommission Hamburg

Neuer Prozeß gegen Nazi-Eckart

Seit dem 27.12.78 steht in Köln der bekannte Nazi **Wolf-Dieter Eckart** (**„Freundeskreis der NSDAP"**) vor Gericht. Vor der 1. Großen Strafkammer (Staatsschutz) muß er sich gegen folgende Anklagepunkte verteidigen: Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Beschimpfung der BRD und Billigung von Gewalt – begangen durch Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda. Der Vorwurf gegen Eckart lautet im Einzelnen: Er habe, trotz einer entsprechenden Verurteilung in Hamburg im Juli 78, weiterhin das „NSDAP"-Organ „Wille und Weg – Nationalsozialistische Reichszeitung" verschickt. In Hamburg war Eckart seinerzeit (er wohnt jetzt in Stolberg bei Aachen) zu zwei Jahren ohne Bewährung verknackt worden. Dieses Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

B e l a s t e t wird Eckart im Kölner Prozeß u.a. von **Michael Borchardt**, dem Chef einer **„Faschistischen Front"** aus Hamburg-Altona. Borchardt sagte aus, Eckart habe als Verteiler von „Wille und Weg" mit ihm korrespondiert. Dazu Eckart: Seine Unterschrift sei gefälscht worden! Als „Entlastungszeuge" für Eckart sprang am 1. Prozeßtag der Bocholter **„NSDAP"-Propagandist Wilhelm Wübbels** in die Bresche.

Wir werden nach Abschluß des Prozesses ausführlicher berichten.

Antifa-Kommission NRW

Nazi-Mörder vor Gericht



Majdanek-Prozeß

Das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Untersturmführer August Wilhelm Reinartz aus Langenfeld ist vorläufig eingestellt worden. Er wird beschuldigt, an Tötungsaktionen im NS-Vernichtungslager Lublin-Majdanek beteiligt gewesen zu sein. Der ehemalige SS-Berufssanitäter Reinartz war berüchtigt im Frauenblock. Die Gefangenen nannten ihn Teufel. Er begab sich oft in den Duschraum und verhöhnte die dort unter der Dusche stehenden Frauen.

Nun soll Reinartz so schwer herzkrank sein, daß er „verhandlungsunfähig" ist. Die 30-tägige Frist zur Unterbrechung der Verhandlung gegen den Mörder ist vermutlich schon abgelaufen. Das Verfahren wird dann abgetrennt und es muß ein gesonderter Prozeß gegen Reinartz geführt werden, falls er jemals wieder „verhandlungsfähig" sein sollte.

Die Anklagevertreter hatten den Antrag gestellt, ohne Reinartz weiter zu verhandeln, da er durch eigene Schuld verhandlungsunfähig geworden sei, indem er sich den benötigten Herzschrittmacher noch nicht habe einpflanzen lassen. Das Schwurgericht war da anderer Meinung.

Entsprechend der bisherigen Prozeßführung scheint Reinartz nicht der einzige zu bleiben, der unbestraft das Gericht verläßt. Weniger nachsichtig dagegen ist die Behandlung der Nazi-Opfer und Zeugen des Prozesses!

einzige zu bleiben, der unbestraft das Gericht verläßt. Weniger nachsichtig dagegen ist die Behandlung der Nazi-Opfer und Zeugen des Prozesses!

Die Verteidiger, die seit Beginn des Majdanek-Prozesses das Verfahren hinauszögern und in diesem Zusammenhang nie die Frage nach den Kosten stellten, machten dem Gericht den Vorschlag, dem Prozeßbeobachter F. die Kosten eines Verhandlungstages (30 000 bis 40 000 DM!) aufzuerlegen. Was war geschehen?

Der 30jährige F., Sohn einer aus den USA angereisten Zeugin, hatte die Angeklagte Hildegard Lächert auf der Straße getroffen und ihr in berechtigter Wut eine gescheuert, so daß sie stationär behandelt wurde.

Die Angeklagte Hildegard Lächert wurde von der Zeugin Hanna Narkiewicz-Jratkow folgendermaßen beschrieben: *„Sie war groß, stark, kräftig und sehr brutal. Wir nannten sie die blutige Brygyda, weil sie die Gefangenen auf brutale Weise blutig geprügelt hat".*

Heute präsentiert sich Hildegard Lächert als strickende Hausmutter, die ohne jegliche Gefühlsregung die belastenden Aussagen zur Notiz nimmt. Mit der Tracht Prügel ist sie noch gut davongekommen!

Antifa-Kommission Hamburg

Prozeß gegen ehemaligen SS-Unterscharführer

Die Staatsanwaltschaft Stade hat gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Erich Gustav Scharfetter (70) Anklage wegen Mordes erhoben. Scharfetter soll in der Zeit vom

gen den ehemaligen SS-Unterscharführer Erich Gustav Scharfetter (70) Anklage wegen Mordes erhoben. Scharfetter soll in der Zeit vom

Herbst 1943 bis Sommer 1944 in Estland im Bereich der Konzentrationslager Joehvi, Ereda und Kuremea in 28 Fällen nicht „aus irgendeinem wie immer gearteten Befehlsnotstand, sondern aus niederen Beweggründen wie Rassenhaß und Menschenverachtung" KZ-Häftlinge ermordet haben.

Folgende Taten werden ihm zur Last gelegt:

- Im Winter 1943/44 im Konzentrationslager Joehvi drei an Flecktyphus erkrankte jüdische Gefangene nacheinander erschossen zu haben.
- Anfang 1944 außerhalb des KZs Ereda eine estnische Jüdin, der er tags zuvor 25 Schläge mit einer Peitsche auf den entblößten Rücken versetzt hatte, erschossen zu haben.
- In drei Fällen 1944 an Flecktyphus erkrankte junge jüdische Häftlinge erschossen zu haben, die die Latrine nicht mehr erreicht hatten und ihre Notdurft zwischen den Baracken verrichteten.
- Etwa Ende 1944, ebenfalls in Ereda, einen jüdischen Häftling mit einer Hacke erschlagen zu haben.
- Ende Februar oder im März 1944 im KZ Kuremea mindestens 20 jüdische Gefangene einzeln in eine Baracke geschickt, ihnen dort mit einer Spitzhacke die Schädel eingeschlagen und ihnen anschließend mit einem Rundmesser die Kehlen durchschnitten zu haben.

Nach dem Kriege setzte sich Scharfetter ab nach Ägypten, wo er Asyl erhielt. 1977 kehrte er in die BRD zurück, um seine „Rentenansprüche" anzumelden. Da seit 1966 ein Haftbefehl wegen seiner Verbrechen gegen ihn bestand, wurde er an der Grenze verhaftet. Scharfetter saß dann von November 1977 bis April 78 im Stader Untersuchungsgefängnis. Typisch für die Behandlung von NS-Fällen ist die im April erfolgte Haftentlassung durch den Stader Haftrichter Laske. Begründung: Es bestehe kein Tatverdacht mehr! Gegen diese Entscheidung und nachfolgende Haftverschonung legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Scharfetter sitzt seitdem wieder in U-Haft.

Am 13.12.78 begann der Prozeß gegen Scharfetter. Es sind 47 Zeugen benannt, davon sind einige nicht reisefähig und müssen in den USA und Israel vernommen werden. Der Prozeß soll mehrere Monate dauern. Scharfetter gibt auf die Fragen des Richters und auf alle Vorwürfe der Anklage immer wieder die gleichen Antworten: „Darum habe ich mich nicht gekümmert. Das war nicht meine Aufgabe". Nach dem Zustand der Inhaftierten gefragt, meinte der SS-Mörder: „Die Juden waren ganz zufrieden. Einige mögen ein wenig schmal gewesen sein". Warum Juden überhaupt in den Lagern gefangen gehalten wurden, will er auch nicht wissen.

schmal gewesen sein". Warum Juden überhaupt in den Lagern gefangen gehalten wurden, will er auch nicht wissen.

KB Stade

Nazi-Verbrecher in den Knast oder Strafrechts-Verschärfung?

Der Ende Oktober von SPD-Vorstandsmitglied Wehner im Rahmen der Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen gemachte Vorschlag, die Verjährung für Mord generell aufzuheben, scheint mittlerweile in den bürgerlichen Parteien eine knappe parlamentarische Mehrheit zu finden. Bis jetzt haben sich bereits 26 CDU-Abgeordnete dafür ausgesprochen, einen entsprechenden Antrag im Bundestag einzubringen, mehrere FDP-Abgeordnete haben sich im selben Sinn geäußert.

Die Mehrheit der CDU/CSU und der FDP beharrt allerdings bisher auf dem Standpunkt, daß die NS-Verbrechen Ende 79 verjähren sollen. Von dieser Seite wird selbst Wehners Plan heftig attackiert, da er immer noch den Schönheitsfehler besitzt, daß möglicherweise auch ein paar Nazi-Verbrecher mit erfaßt werden könnten. Die derzeitige ernsthafte Erörterung des Wehner-Plans innerhalb des bürgerlichen Lagers entspringt der Überlegung, eine Strafrechtsverschärfung bei günstiger Gelegenheit durchzusetzen, wobei der „Schaden" (Bestrafung von NS-Verbrechern) ohnehin gering bleiben soll. So bekräftigt Adalbert Rückerl, Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen, immer wieder in der Presse, daß es nach 1980 mit oder ohne Verjährung kaum noch zu Prozessen geschweige denn zu Verurteilungen von Nazi-Verbrechern kommen wird.

Um so berechtigter und notwendiger sind die Kritiken, die mittlerweile von Demokraten und Antifaschisten an Wehners Vorschlag laut werden. Der Bundestagsabgeordnete Waltemathe kritisierte in einem Brief an Wehner, daß dieser den individuellen Mord mit der organisierten Ausrottungspolitik der Nazis gleichsetzt. Waltemathe fordert, daß es bei der Verjährungsfrist von 30 Jahren bleiben soll bei Taten, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind – ausgenommen Verbrechen nach §220 a (Völkermord) und nach §211 (Mord), soweit diese:

a. im Rahmen des Nationalsozialismus in der Zeit zwischen 1933 und 1945 begangen wurden,
b. zugleich den Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit oder des Kriegsverbrechens erfüllen,
c. von terroristischen (kriminellen) Vereinigungen begangen wurden.

Letzteres käme immerhin wieder den eigentlichen Absichten des Wehner-Plans entgegen ...

Unterstützenswerter ist dagegen die Konsequenz, die der SPD-Ortsverein Bremen-Borgfeld in einer Entschließung aus der Kritik an der Gleichsetzung von NS-Verbrechen mit normalen Gewaltverbrechen zieht: Die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit solle in der BRD gemäß dem GG und der UN-Konvention von 1968 geregelt werden.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit solle in der

Der Vorsitzende des Obersten Gerichts der UdSSR, Lew Smirnow, erklärte in einem Interview mit der dpa, daß kein völkerrechtliches Dokument auf die Möglichkeit hinweise, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren zu lassen: *„Schon ihrem Wesen nach fallen diese Verbrechen in die Kategorie der Taten, die völkerrechtlich zu bestrafen sind und unterscheiden sich grundlegend von den üblichen Verbrechen, deren Bestrafung in der inneren Gesetzgebung dieses oder jenen Staates vorgesehen ist"* (nach „Süddeutsche Zeitung", 20.12.78).

Diese Auffassung teilt auch Robert Kempner, der ehemalige Hauptankläger der USA bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen und fügt hinzu, daß die BRD durch das Grundgesetz und Verträge an das Völkerrecht gebunden sei. **„Ich wage eine Theorie: Eine Verjährungsfrist für diese Art von Mordtaten ist durch das Grundgesetz ausgeschlossen".**

Diese Auffassung wurde weiterhin in den letzten Wochen geteilt von:

- Internationales Auschwitz-Komitee
- Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen

(„Der Widerstandskämpfer", 13/78, Wien).

Am 9.11. veranstaltete der israelische „Verband der Kämpfer an der Anti-Hitler-Front und Opfer des Nazismus" eine öffentliche Versammlung in Tel Aviv, auf der folgendes Schreiben an Helmut Schmidt verabschiedet wurde: *„Die Arroganz der alten und neuen Nazis nimmt angesichts der unverständlichen Nachsicht und Geduld ihnen gegenüber von Seiten Ihrer Regierung zu. Wir fordern von Ihnen und Ihrer Regierung, die bisher noch nicht verurteilten Naziverbrecher, die in der BRD frei herumlaufen, endlich vor Gericht stellen zu lassen. Wir fordern von Ihnen und Ihrer Regierung, die neonazistischen Umtriebe in Ihrem Lande endlich zu unterbinden und die neonazistischen Organisationen zu verbieten"* (ebenda)

Einen Monat später „besetzten" drei Israelis in Tel Aviv das Deutsche Kulturinstitut für zwei Stunden, um gegen die Verjährung von NS-Verbrechen in der BRD zu protestieren.

Die Antifaschisten sind gut beraten, sich vor keinen Karren spannen zu lassen, der auf eine allgemeine Strafrechtsverschärfung hinausläuft, sondern sich konsequent für die Nichtverjährung von Nazi-Verbrechen einzusetzen!

Antifa-Kommission Hamburg

Antifa-Kommission Hamburg

Ein Nazi dementiert

Der Kieler Nazi Dietmar Munier ist mit einer Darstellung seiner Person im AK 143 nicht zufrieden gewesen und hat uns deshalb durch seinen Rechtsanwalt, Herrn Heidemann, Mölln, eine Gegendarstellung schikken lassen. Die ist inhaltlich eher ein Witz - aber wir müssen sie drukken, weil sie formal-presserechtlich korrekt ist. Im Anschluß daran geben wir unseren Kieler Genossen Gelegenheit zu einer Gegen-Gegendarstellung.

Gegendarstellung

Der in dem „Arbeiterkampf" Nr. 143 vom 27. November 1978 auf Seite 24 abgedruckte Bericht „'Sturmwind - Buchladen – Nazizentrale in Schleswig-Holstein'" enthält im Bezug auf meine Person unwahre Tatsachenbehauptungen.

1. Falsch ist die Behauptung, die NPD habe sich von mir öffentlich distanziert, ich sei „zu radikal" geworden.
Richtig ist dagegen vielmehr, daß die NPD sich zu keinem Zeitpunkt von mir distanziert hat.

2. Falsch ist die Behauptung, ich hätte 1975 als Funktionär des „Bundes Volkstreuer Jugend" gearbeitet.
Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit als Funktionär des „Bundes Volkstreuer Jugend" gearbeitet habe.

3. Falsch ist die Behauptung, ich hätte eine Nazi-Bande gebildet.
Richtig ist vielmehr, daß ich keine Nazi-Bande gebildet habe.

4. Falsch ist die Behauptung, ich sei mit Aktivisten aus Kiel im Frühjahr 1977 zu einer Veranstaltung nach Uelzen gefahren, deren Organisator Manfred Roeder war.
Richtig ist vielmehr, daß ich nicht zu einer Veranstaltung gefahren bin, deren Organisator Manfred Roeder war.

5. Falsch ist die Behauptung, ich hätte 1976 den Buchladen „Sturmwind" von einem Thies Christophersen übernommen.
Richtig ist vielmehr, daß ich die Buchhandlung von niemandem übernommen, sondern selbst neu eröffnet habe.

6. Falsch ist die Behauptung, daß ich in meinem Laden das gesamte Spektrum der Nazi-Literatur unter anderem „Sieg" und „aktuell" eines in Österreich verbotenen BVJ und den „Angriff" einer „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" vertreibe.
Richtig ist vielmehr, daß ich in meinem Laden nicht das gesamte Spektrum der Nazi-Literatur, auch nicht „Sieg", „aktuell", und „Angriff" vertreibe.

Stellungnahme der Kieler Genossen

Zu 1.: In einem Prozeß gegen Kieler Antifaschisten wurde der als Zeuge geladene stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende Carl Nieten von Gericht auch über Muniers evt. NPD-Mitgliedschaft befragt. Er antwortete, die NPD habe sich von ihm trennen müssen: er sei „zu radikal geworden". In der Tat eine sehr spärliche Distanzierung.

Zu 2.: Diesen Punkt hat Munier schon einmal uns gegenüber abgestritten. Damals schrieben wir zu seiner Gegendarstellung: *„Was seine Funktionen im ‚Bund Volkstreuer Jugend' angeht, können wir sagen, daß wir (im Herbst 1975) das Postfach des BVJ angeschrieben haben. Unterschrieben war die Antwort ... ‚mit Großdeutschland – Dietmar Munier' ".* Wenn das keine Funktionen im BVJ belegt?

Zu 3. und 4.: Beide Behauptungen sind im Artikel im Zusammenhang erwähnt. Wie im AK 143 berichtet, gab Munier nachweislich bis 1977 den „Wehrwolf" heraus als Zeitung der „Volkstreuen Jugend Kiel", einer Nachfolgeorganisation des Kieler BVJ, wie Munier selbst in dem erwähnten Antwortschreiben angibt. In dieser Zeitung beschrieb Munier im Frühjahr 1977, wie *„Aktivisten aus Kiel"* in Uelzen eine antifaschistische Theaterveranstaltung gesprengt haben. Dieser Artikel ist in der „Wir"-Form geschrieben. Mit „wir" kann nur diese „Volkstreue Jugend Kiel" gemeint sein, deren maßgeblicher Funktionär (Herausgeber der Zeitung, Kontaktmann nach außen) Dietmar Munier ist oder war. Daß Munier selbst nach Uelzen gefahren ist, wird in unserem Artikel gar nicht behauptet.

Zu 5.: Bis zur Eröffnung des „Sturmwind"-Buchladens durch Munier führte der berüchtigte Thies Christophersen in den selben Räumlichkeiten seinen „Nordwind"-Buchladen. Das Sortiment hat sich unter Munier nicht sonderlich verändert. Bezeichnenderweise dementiert Munier nicht, daß er Christophersens „Auschwitz-Lüge" inclusive Vorwort des nach Brasilien getürmten Manfred Roeder vertreibt.

Zu 6.: Wir wollen nicht darüber streiten, ob Munier das gesamte Spektrum der Nazi-Literatur vertreibt. Wenn er meint, da fehle noch was, lassen wir uns gerne eines besseren belehren. Er wird sich da sicherlich besser auskennen als wir. Nachweislich sind in Kiel Flugblätter der faschistischen „Neuen Ordnung", Aufkleber der „Aktion Widerstand" u.ä. zumindest noch vor kurzer Zeit mit dem Stempel seines Buchladens in der Öffentlichkeit aufgetaucht.

Zu den namentlich genannten Nazi-Zeitungen ist folgendes zu sagen: Vor einiger Zeit wurden einem Genossen Exemplare dieser Zeitungen von einer Person ausgehändigt. Diese Person gab gegenüber dem Genossen an, diese Zeitungen von Munier bezogen zu haben. Diese Person hatte bzw. hat nachweislich Kontakt zu Munier.

Antifa-Kommission Kiel

Noch mal: NPD-Parteitag in Arolsen

Leider enthielt der letzte AK einen Druckfehler: Die Telefonnummer des Antifaschistischen Arbeitskreises Münster, der die Zeugenaussagen und das Bildmaterial zentralisieren will, war falsch abgedruckt. Richtig muß sie heißen:
0251/56669

Bislang hat sich leider erst ein Antifaschist gemeldet. Der Arbeitskreis bittet noch einmal dringend um Unterstützung. Also bitte melden bei:

Antifa Münster
Hornstraße 30/2. Stock
44 Münster

Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

Gegenwärtig wird im schleswig-holsteinischen Landtag ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion behandelt, der die Arbeit des Verfassungsschutz auf eine „gesetzliche Grundlage" stellen und einer „Kontrollkommission" des Landtages unterwerfen soll. Nach der ersten Lesung dieses Entwurfs Ende November wurde er an die Ausschüsse überwiesen.

Die Verfassungsschutz-Novelle

Wie der innenpolitische Sprecher der Landesregierung, Olderog (CDU), betonte, sei die beabsichtigte Novelle *„nicht Ausdruck von Mißtrauen gegenüber dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz, sondern trage rechtsstaatlichen Formerfordernissen Rechnung"* („Flensburger Tageblatt", 21.9.78). Die Kontrollkommission ist ist nach Olderogs Darstellung als „ergänzendes Kontrollinstrument" zu verstehen. Die allgemeinen Kontrollbefugnisse des Landtags und seiner Ausschüsse sollen bestehen bleiben.

Etwas anders ist demgegenüber die Argumentation von SPD und FDP, wenngleich die Absicht der CDU „begrüßt" wird und der SPD-Abgeordnete Klingner sich „freute", daß das *„siebenjährige ständige Drängen seiner Fraktion nun Aussicht auf Erfolg habe"* („Kieler Nachrichten", 29.11.78). Über den Entwurf der CDU hinaus werden für eine *„wirksame parlamentarische Kontrolle"* Regeln für den Datenschutz gefordert, die *„sicherstellen, daß Informationen des Verfassungsschutzes an Dritte nur unter politischer Verantwortung des zuständigen Ministers und unter engen normativen Voraussetzungen gegeben werden dürfen"* (KN, 29.11.). Gemeint ist vor allem die Weitergabe von Erkenntnissen des VS an private Betriebe und an Einstellungsbehörden (HN, 18.10.; „Flensborg Avis", 18.10.).

Insoweit – so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Klingner – weiche die CDU den „brisanten Fragen des Verfassungsschutz" aus. **Einigkeit besteht aber jedenfalls darin, daß es um die Gewinnung des Vertrauens der Bevölkerung in die Arbeit des VS geht! (KN, 29.11.78).**

Im folgenden soll gezeigt werden, wie wenig die laufenden Bemühungen um „mehr Rechtsstaatlichkeit" dazu geeignet sind – und auch gar nicht dazu gedacht sind – die sogar bürgerlich-demokratischen Prinzipien spottende Praxis des schleswig-holsteinischen VS einzuschränken.

Der VS-Bericht der Landesregierung

Der Mitte des Jahres von der Landesregierung vorgelegte Verfassungsschutzbericht zeichnet sich auf den ersten Blick durch einen sehr bezeichnenden Skandal aus: **Von etwa 30 Seiten werden dem „Rechtsradikalismus" sage und schreibe eineinhalb Seiten gewidmet! Dieser Umstand hat immerhin den SPD-Abgeordneten Börnsen zur Kritik an** *„auffallenden Mängeln an Erkenntnissen über den Rechtsradikalismus"* veranlaßt („Welt" 25.4.78). Demgegenüber rechtfertigt der Leiter des schleswig-holsteinischen VS, Kuhn, diese Behandlung der Neo-Nazi-Szene: Es gebe keinen Zusammenhang zwischen der „rein kommerziellen" – Welle rechter Literatur und zunehmender Gewalttätigkeit der Rechtsextremisten. **Die Ergebnisse der „Beobachtungen" hätten bisher eine breitere Darstellung in der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigt!** (KN, 21.6.).

Ganz anders dagegen die „konsequente Arbeit" der VS-Schnüffler Sachen „Linksextremismus". Bemerkenswert zunächst, daß die Aktivität des VS beachtlich ausgedehnt worden ist auf verschiedenste Initiativen und Gruppen: Schwulengruppen, Frauengruppen, Fachschaftsgruppen an der Uni, Selbstversorgungsgruppen, „Undogmatenplenum" an der Kieler Uni, Russell-Unterstützungskreise, sowie in deren Zusammenhang auch die Evangelische Studentengemeinde, der Liberale Hochschulverband, Jungdemokraten, GEW-Studentengruppe, die Kieler Stadtzeitung „Spökenkieker" u.a. . Erwähnung finden. Selbstverständlich wird auch die Anti-AKW-Bewegung, speziell „extremistische Bestrebungen" in ihr „gewürdigt".

Deutlich wird daran, in welchem Umfang die „Observation" des VS über die traditionellen „extremistischen" Gruppen hinaus auf jegliches d e m o k r a t i s c h e s Engagement von Menschen ausgeweitet worden ist.

Bemerkenswert ist auch die Vorbemerkung zu diesem Bericht:
„Der diesjährige Bericht weicht von der bisherigen Praxis, die Aktivitäten der einzelnen Organisationen und Gruppen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung möglichst erschöpfend abzuhandeln, bewußt ab. Er konzentriert sich vielmehr auf die Darstellung der wesentlichen – oft gemeinsamen Aktionsfelder – des politischen Extremismus, um so dessen Strategie, insbesondere die des Kommunismus jedweder Prägung, zu verdeutlichen".

Im Klartext heißt das: Weg von der – im §2 des hiesigen Verfassungsschutzgesetzes festgeschriebenen – „eigentlichen" Aufgabe des Berichtes, gewonnene „Erkenntnisse" wertneutral darzustellen, zugunsten einer antikommunistischen Propagandabroschüre, aus der der Rechtsextremismus praktisch ganz herausfällt.

Überprüfungspraxis in Schleswig-Holstein

Nach offiziellen Angaben ist in den letzten 6 Jahren der VS in 50.218 Fällen bei Bewerbungen in den öffentlichen Dienst eingeschaltet worden. Dabei wurden in 93 Fällen Anhörungsverfahren bei Bewerbern durchgeführt. 24 Bewerber wurden daraufhin abgelehnt. Im gleichen Zeitraum wurden 8 bereits im Landesdienst wirkende Mitarbeiter wegen „verfassungsfeindlicher Aktivitäten" entlassen. (KN, 30.5.78)

Tatsächlich eine **„ungeheure Schnüffelpraxis"**, wie es der SPD-Abgeordnete Börnsen nannte. Nach einer dpa-Umfrage soll Schleswig-Holstein damit zusammen mit Hamburg und Niedersachsen hinter Westberlin an zweiter Stelle stehen, was die „Erfolgsquote" angeht.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der beim VS durch Observation registrierten Menschen noch weit höher liegt als die 50.000 Fälle, die durch „Regelüberprüfungen" bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst bekannt geworden sind. Dies folgt schon aus dem enormen Umfang der geheimdienstlichen Observation, der sich aus dem zitierten VS-Bericht ergibt.

Wie einer Notiz aus den „KN" zu entnehmen ist, wird übrigens auch routinemäßig die „Verfassungstreue" aller Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Hilfskräfte an der Universität Kiel überprüft (KN, 13.10.78) Wahrscheinlich ist das auch an allen übrigen Hochschulen des Landes der Fall.

VS in den Betrieben

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an den teilweise ans Licht der Öffentlichkeit gedrungenen Skandal, daß der VS in Schleswig-Holstein seit über 20 Jahren systematisch auch Arbeiter in Betrieben bespitzelt hat.

Konkret bekannt wurde vor allem die seit 20 Jahren grundsätzlich bei jeder Einstellung vorgenommene geheimdienstliche Überprüfung von Arbeitern und Angestellten der Werkzeug- und Maschinenfabrik Wilhelm Fette in Schwarzenbek (Kreis Hzgt. Lauenburg), die im übrigen nicht einmal ein sog. „sicherheitsempfindlicher" Rüstungsbetrieb ist, sondern Präzisionswerkzeuge herstellt (FR, 7.7.78).

Die Landesregierung gab zu, daß die Zahl der Firmen, mit denen der schleswig-holsteinische VS *„zwecks Informationssammlung über verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Bestrebungen Kontakte unterhält, laufend wechselt"* und zur Zeit knapp 20 betrüge („Landeszeitung", 8.7.78).

Ansonsten wurde betont, daß die exakte Zahl und die Namen der betroffenen Firmen aus Gründen der „notwendigen Geheimhaltung" nicht mitgeteilt werden könnten.

Eine besondere Unverschämtheit ist die Behauptung der Landesregierung, die Arbeit des VS in den Betrieben sei *„allgemein bekannt"* und entspreche seinem *„gesetzlichen Auftrag"* (KN, 8.7.78).

Die Stellungnahme der Landesregierung ließ unschwer erkennen, daß zumindest auch die Kieler Großbetriebe, vor allem HDW und MaK dieser Bespitzelung unterliegen. **(Bei HDW wurde als „Verdachtsmoment" die Tatsache gewertet, daß eine RGO-Liste bei den BR-Wahlen 15% der Stimmen erhielt).**

Einige konkrete Fälle

An einigen konkreten Fällen haben wir bereits früher die Arbeitsweise des VS und seine Verfilzung mit anderen Institutionen dargestellt:

– Der Fall Tamara T., der nach wie vor die Einbürgerung in die BRD deswegen verweigert wird, weil infolge ihrer vermuteten KB-Mitgliedschaft „kein staatliches Interesse an der Einbürgerung" bestehe. In diesem Zusammenhang kam ein VS-Dossier (jedenfalls teilweise) zum Vorschein, daß detaillierte Angaben über Mitglieder und Aktivitäten aus der Flensburger Apo-Zeit enthält. Deutlich wurde auch eine Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und Verfassungsschutz.

– Der Fall Manfred Schwanbeck, der eher eigentlich ein „Fall Hans Schwalbach" ist. Denn dieser sorgte als ÖTV-Landesbezirksvorsitzender für die Entlassung des Kollegen Schwanbeck, der als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär arbeitete. Schwalbach ließ sich das „Belastungsmaterial" gegen den Kollegen Schwanbeck vom Vs der Einfachheit halber aus dessen Wohnung beschaffen!

Ein Beispiel für die Arbeitsweise des Vs war auch der Versuch, einen gewissen „Wolfgang" als V-Mann in die Lübecker „Knast-Gruppe" einzuschleusen, was glücklich verhindert werden konnte.

Da war doch schon mal was ...

Im Oktober 1976 wurde der damalige Verfassungsschutzchef des Landes, Roland Schmidt (CDU) vorzeitig in den einstweiligen Ruhestand versetzt, weil er ein Bandaufzeichnungsgerät zur Ermittlung eines Anrufers am Telefon einer Bekannten anschließen ließ, ohne daß dafür die notwendige richterliche Anordnung vorgelegen hätte (FT, 2.3.78). Diese „private" geheimdienstliche Tätigkeit des Herrn Schmidt – immerhin höchster Verfassungsschützer im Lande seinerzeit! – kam wenig später ans Tageslicht, **und damit die Tatsache, daß sein Dienstvorgesetzter – Innenminister Rudolf Titzck – von der ganzen Sache wußte und sie billigte.** Die SPD nahm den Vorfall zum Anlaß, den Rücktritt des Innenministers zu fordern, selbstredend ohne Erfolg (HN, 2.3.78).

Interessant an diesen Vorfällen bleibt, daß – mit Ausnahme der Auswechslung Roland Schmidts – keine Konsequenzen aus diesem offensichtlichen Verfassungsbruch des Ministeriums (Verstoß gegen Art. 10 GG, Fernmeldegeheimnis) gezogen wurden.

Vor diesem Hintergrund vor allem aber vor dem Hintergrund der realen P r a x i s des VS im Lande, muß auch die aktuelle Kampagne für eine „demokratische Kontrolle" des VS gesehen werden. Was da angestrebt wird, ist nur als „rechtsstaatlicher" Lack für illegale VS-Methoden zu qualifizieren.

KB-Kiel

Neonazis und SPD in Münster

In Münster schlugen am 11.10. die Neofaschisten von der Jugendorganisation der NPD die großen Fensterscheiben des SPD-Ortsvereinszentrums Nord ein. Die Neonazis richteten ihre gewalttätige Aktivität zum ersten Mal gegen eine der drei großen Parteien.

Das war eine Reaktion auf die auch von der SPD eingeleiteten antifaschistischen Aktivitäten. In Münster liegen solche Aktionen nur zu nahe, versuchen doch NPD/JN seit spätestens Mitte 1977, Münster zu einem ihrer Zentren aufzubauen. Dies hat Tradition schon seit der Weimarer Zeit, als um 1920 und 1930, in den Zeiten staatlich ökonomischer Krise, sich Rechtsradikale und die NSDAP eines größeren Echos als anderswo erfreuen konnten. In Münster als einziger deutscher Großstadt, verlor die NSDAP in der für sie verlustreichen Wahl im November 1923 nicht, sondern steigerte ihre Stimmenzahl fast ums Doppelte. Das beruht auf zwei Faktoren: Münster ist zum einen Beamten- und Garnisonsstadt; zum andern wandten und wenden sich die Kleinbürger, die sich von den christlichen und liberalen „Bürgerparteien" abwandten hier nicht der Linken sondern der Rechten zu. Das suchen die Neonazis in Münster auszunutzen. Heute findet man in Münster bald jeden Laternenpfahl und jedes Transformatorenhäuschen mit NPD/JN-Zetteln verklebt oder mit entsprechenden Zeichen und Parolen verschmiert. Hinzu kommen Drohungen gegen die wenigen in Münster ansässigen Juden und die wiederholte Schändung des jüdischen Friedhofs.

Die Münsteraner SPD-Leitung stellte zunächst bei ihrer Informationssuche fest, daß die eigenen Informationen über die rechte Szene besser waren als die der hiesigen Polizei (dort werden – wer wohl? – natürlich nach wie vor „Linksradikale" als Hauptobjekte observiert).

Seither versucht man, im Rahmen der politischen Bildungsarbeit und der politischen Aktivitäten der SPD-Ortsvereine auch die antifaschistische Tradition der Partei wiederzubeleben. Am 8.5. lud der SPD-Ortsverein Süd Vertreter der jüdischen Kultusgemeinde und der christlich-jüdischen Gesellschaft zu einer Darstellung der Bedrohung durch den Neonazismus ein; wiederholt wurde von Juso-Arbeitsgemeinschaften der Film „Nazis gibt's die noch?" gezeigt; der SPD-Unterbezirk Münster gründete einen Arbeitskreis Antifaschismus, der eine Broschüre herausgab über die Aktivitäten und Propaganda der Neonazis.

Nachdem im Mai 78 vor einer Veranstaltung mit dem MdB Klaus Thüsing (zu seinem Streit mit der CDU Paderborn um die Anbringung einer Gedenktafel an der Wewelsburg, ehemaliges Schulungszentrum und Gefängnis der NSDAP) eine Bombendrohung gegen das SPD-Ortsvereinszentrum Nord ergangen war (einige JN-Leute nahmen sogar an der Veranstaltung teil) und das SPD-Ortsvereinsbüro Süd anläßlich des Breshnew-Besuchs mit Nazi-Parolen beschmiert worden war, kam es nun zu ersten Gewalttätigkeiten: Die Verteilung der SPD-Broschüre an den Schulen und eine Aufführung des Films „Nazis - gibt's die noch?" reizte die Neonazis so, daß sie zur Gewalt griffen.

Die Münsteraner Polizei hüllt sich natürlich bis heute in Schweigen der bürgerlichen münsteranischen Presse war es nur eine 2-Zeilen-Meldung wert, noch dazu in verfälschender Weise: *„... Politische Hintergründe sind nicht erkennbar"*. Dies, obwohl sich ein JN-Aufkleber am Fenster befand!

Ein Münsteraner SPD-Genosse

„Fall Grunert" – Spionageprozeß oder Schmierenkomödie?

Der ehemalige Vorsitzende der polizeilichen Standesorganisation „Bund deutscher Kriminalbeamter" (BDK), Rolf Grunert, wurde am 21.12.78 nach 19-monatiger Untersuchungshaft „wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR" zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Das von der Bundesanwaltschaft in der Öffentlichkeit gehandelte Beweismaterial ist mehr als dürftig. Die Verurteilung kam zustande, weil sich Grunert angeblich 30 mal mit seinem Führungsoffizier Teichmann von der Abteilung II des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR getroffen haben soll. Einziger „Beweis" waren drei Telefonnummern aus dem Notizbuch Grunerts, die zu diesem Ministerium gehören sollen.

Bekannt wurde Rolf Grunert allerdings lange vor seiner Verhaftung 1977. Er brachte z.B. den Ausspruch seines Vorgesetzten Günter Bertling: **„Es gibt Sachbearbeiter, die wissen alles besser, die gehören in den Gasofen"** an die Öffentlichkeit. Dies brachte allerdings nicht Bertling, sondern Grunert ein Disziplinarverfahren ein! Später, als Vorsitzender der BDK, setzte sich Grunert für eine weitgehende Zentralisierung der westdeutschen Polizei ein. Bis zu seiner Verhaftung forderte er immer wieder die Schaffung einer „Bundeskriminalpolizei nach dem Muster des amerikanischen FBI" und einen „bundeseinheitlichen Verfassungsschutz" – Forderungen, die im Gegensatz zum heute noch geltenden Potsdamer Abkommen stehen.

Und ausgerechnet dieser Grunert suchte das Gespräch mit den Gewerkschaften der DDR? Seine Reisen in die DDR hätten u.a. zur „Kontaktaufnahme mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der DDR gedient", sagt er. 1974 überraschte Grunert damit, daß in seinem Zimmer eine Wanze versteckt war und er deutete an, daß sich ein Nachrichtendienst mit mir beschäftigte" (FR, 4.9.78). So unrecht hatte Grunert damit wohl nicht, denn zumindest seit 1976 wurde er tatsächlich überwacht, sein Telefon abgehört und seine Post kontrolliert, und zwar vom Hamburger Verfassungsschutz.

Alles in allem haben weder die vorgelegten „Beweismittel" der Bundesanwaltschaft noch der Prozeß selber Klarheit über das Geschehen gebracht – und das sollten sie wohl auch nicht. Grunert mag durchaus den internen Querelen der Hamburger Kripo zum Opfer gefallen sein, sein Pech. Falls er jedoch t a t s ä c h l i c h Agent der DDR war, wirft dies ein Licht auf die Politik der DDR, die einen Mann anheuert, der mit seinen Forderungen ein entschiedener Vertreter für den Polizeistaat war und ist: **„Alles, was ich getan habe, diente der inneren Sicherheit der Bundesrepublik"** (SZ,8.9.78).

Antifa-Kommission Hamburg

Sind sie kriminell, weil sie Antifaschisten sind?

Unter diesem Motto fand am 13.12. 78 eine Veranstaltung der Unterstützergruppe zu den Hamburger Antifa-Prozessen statt.

Am Podium nahmen neben den Angeklagten u.a. Gerhard Weber (FDP), die Journalisten Poelchau, Rühmann sowie Pastor Lehmann und als Verteidiger einer Angeklagten RA Maeffert teil.

Die Veranstaltung war mit 600-700 Zuschauern relativ gut besucht. Gerhard Weber, der 1976 selber das Verbot des „NPD-Kongresses der nationalen Kräfte Europas" (gegen den die Angeklagten damals demonstriert hatten) forderte und als Sprecher auf der Kundgebung der VVN auftrat, bezeichnete die Prozesse als „Theater, das mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun hat" und bekräftigte seine Solidarität mit den Angeklagten, „die stellvertretend für viele verurteilt werden sollen"; außerdem setzte sich G.Weber für die Nicht-Wiederaufnahme der Verfahren ein.

Berichtigung

Bei der technischen Erstellung des Russell-Buches Nr. 4 „Jeder kann der nächste sein", haben wir aus Versehen das Zitat auf der Rückseite versaut. Für alle, die das Buch schon gekauft haben, gibt es jetzt einen Kleber bei der Verlagsadresse zu bestellen:

„Mit der Annahme des Musterentwurfs hätten wir einen anderen Staat: einen Staat, der auf die Todesstrafe gegen überführte Gewaltverbrecher verzichtet, der aber den Todesschuß auf den Verdächtigen aufgrund polizeilicher Ermessensentscheidung von Staats wegen anordnet – einen Staat, der es sich vorbehielte, nach einfachem, jederzeit erweiterbarem Gesetz, über das Leben seiner Bürger zu disponieren" („FR", 28.10.76).

(Rechtsanwalt Dr. Werner Holtfort, gleichzeitig im Vorstand des „Arbeitskreises Sozialdemokratischer Juristen" (ASJ) und in der „Aktion gegen den Todesschuß", einer Initiative, wie es sie inzwischen zahlreich in der BRD und Westberlin gibt.)

Zum Prozeß gegen den 2. Juni

Klassenjustiz

Seit mehr als drei Monaten ist der Prozeß gegen Fritz Teufel, Ralf Reinders, Gerald Klöpper, Ronald Fritsch, Till Meyer und Andreas Vogel, angeklagt unter anderem wegen des „Attentats" auf Kammergerichtspräsidenten Drenkmann und der Lorenz-Entführung in das Stadium der „Beweisaufnahme" übergegangen.

Frau von Drenkmann als Zeugin

Am 3.10. „identifizierte" Frau von Drenkmann Ralf Reinders als den *„todbringenden Blumenboten"* („Welt", 4.10.78). Diese „Identifiziezierung" steht nicht nur im Widerspruch zu Frau von Drenkmanns Täterbeschreibung von 1974, als sie aussagte, der Blumenbote habe schmale Arme gehabt, und Ralf Reinders hat nun mal ausgesprochene Pranken (Spitzname:Bär). Interessant und aufschlußreich ist auch, was dieser Aussage voranging:

Staatsanwalt Przytarski hatte kurz nach der Festnahme von Fritz Teufel und Gabi Rollnick am 18.9.75 eine „Einzelgegenüberstellung " der Angeklagten dieses Verfahrens mit wichtigen Zeugen angeordnet. Zu ihnen zählten auch die Zeugin von Drenkmann und der Zeuge Peter Lorenz. Staatsanwalt P. konfrontierte seine Zeugen mit den Angeklagten so, daß sich ausschließlich ein gefesselter Angeklagter bis mit zu zwei uniformierten Beamten in einem Raum befand und die Zeugen dann durch einen „venezianischen Spiegel" – also verdeckt und für die Angeklagten unsichtbar – die Genossen „identifizieren" sollten.

„Vergessen" hatte Staatsanwalt P. dabei die Strafprozeßordnung:

- Bei Gegenüberstellungen ist es unerläßlich, einen Verteidiger zu benachrichtigen, da Verteidiger das Recht haben, Gegenüberstellungen ihrer Mandanten beizuwohnen.
- Eine Gegenüberstellung muß mit fünf Füllpersonen arrangiert werden, die im Aussehen den Angeklagten ähnlich sein müssen.
- Eine Gegenüberstellung muß mit Fotos festgehalten werden, um Mißbrauch auszuschließen.

Staatsanwalt P. beeilte sich dann auch, als Zeuge zu erklären, daß diese „Gegenüberstellung" in Wirklichkeit keine solche gewesen sei, er nannte die „Veranstaltung" vom 18 September 75 „eine reine Zeugenvernehmung mit Präsenzpflicht der Be-
auch, als Zeuge zu erklären, daß diese „Gegenüberstellung" in Wirklichkeit keine solche gewesen sei, er nannte die „Veranstaltung" vom 18.September 75 „eine reine Zeugenvernehmung mit Präsenzpflicht der Beschuldigten". In der bisher gültigen Rechtssprechung ist eine derartige Vorgehensweise bisher eindeutig als unzulässige Gegenüberstellung und unbrauchbares Beweismittel angesehen worden.

Laut „Welt" vom 18.10.78 sind den Vorsitzenden Geus bei diesem Vorgehen lediglich die fehlenden Fotos ein Dorn im Auge: *„Das ist es, was uns am meisten stört"*. Eine dezente Aufforderung an den Staatsschutz, in Zukunft doch solche Peinlichkeiten zu vermeiden und etwas geschickter vorzugehen?

Weiterhin sagte ein Staatsschutzbeamter aus, er habe einen Tag nach Drenkmanns Tod der Witwe eine Lichtbildmappe mit Fotos verdächtiger Personen vorgelegt, wobei „keine konkrete Identifizierung" erfolgt sei. Lediglich bei den Bildern mit der Nummer 4 und 37 habe sie gewisse Ähnlichkeiten mit dem Blumenboten festgestellt. Es handelte sich dabei um Fotos von Michael Baumann und Hans Werner Kruse. Auf die Frage, ob in der Mappe damals bereits Bilder der heutigen Angeklagten gewesen seien, nannte der Beamte Ralf Reinders und Fritz Teufel, (nach „Welt", 18.10.78).

Es muß wohl davon ausgegangen werden, daß diese gelinde gesagt „Widersprüchlichkeiten" in den Aussagen von Frau von Drenkmann bei der „Urteilsfindung" dieses Gerichts unter Vorsitzendem Geus (der seinerseits Benno Ohnesorges Todesschützen Kurras vom 2. Juni 1967 freigesprochen hatte) unter den Tisch fallen werden. Die bürgerliche Presse malte Frau von Drenkmanns Auftritt vor Gericht genüßlich aus:

„Reinders hielt dem Blick der Zeugin nur kurz stand, dann grinste er und wandte das Gesicht ab. Reglos blieb Christel von Drenkmann vor ihm stehen. Unendlich langsam streckte Frau v. Drenkmann den Arm aus, bis er auf Reinders deutete. Richter Geus wiederholte seine Frage. Immer noch zu Reinders gewandt, sagte die Zeugin mit kaum vernehmbarer Stimme: „dieser Herr da" („Welt", 4. 10.78).

... und dann der Kronzeuge

Auch der 2. Juni-Prozeß hat jetzt seinen Kronzeugen. Es handelt sich um Rainer Hochstein, 1977 in Hamburg zu 11 Jahren wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, Bankraub u.a. verurteilt.

Laut Hochstein hat angeblich Ralf Reinders den Richter umgebracht. Dies habe er einmal von Andreas Vogel gehört, zum anderen habe Reinders selbst in einem späteren Gespräch zu ihm gesagt, er habe dem Kammergerichtspräsidenten „zwei reingehauen". Schon 1975 hatte Hochstein ausgesagt, Andreas Vogel sei der Blumenbote gewesen.

Weiterhin behauptete Hochstein in einer früheren Aussage, die Täter seien in einem hellblauen Fiat geflohen.

Bei seiner Aussage am 7.11. vor dem Westberliner Kammergericht durfte nun Hochstein ungestört seine neue Version zum besten geben: danach ist sich Hochstein nun überhaupt nicht mehr sicher, ob er mit Andreas Vogel überhaupt über den Blumenboten gesprochen hat (inzwischen hat ja auch Frau von Drenkmann R. Reinders als Blumenboten „identifiziert"). Von einem hellblauen Fiat will Hochstein heute auch nichts mehr wissen, seine frühere Aussage ist angeblich falsch protokolliert worden und das gerade zu einem Zeitpunkt, nachdem mehrere Zeugen vor Gericht von einem weißen Peugeot als Fluchtauto gesprochen hatten.

Ab 15.11. befragten die Rechtsanwälte den Kronzeugen. Vor Beginn der Vernehmung hatten sie gefordert, den Zeugen in Form des Kreuzverhörs – also im ständigen Wechsel mit der Staatsanwaltschaft – zu vernehmen. Diesem Antrag schloß sich die Bundesstaatsanwaltschaft natürlich nicht an, weil eine solche Art der Zeugenvernehmung dazu geeignet sei, den Zeugen zu verwirren und seine Glaubwürdigkeit herabzusetzen. Genau das ist Aufgabe und gutes Recht der Verteidigung. Die Bundesstaatsanwaltschaft lehnte aber nicht nur die Form des Kreuzverhörs ab, son-
den Zeugen zu verwirren und seine Glaubwürdigkeit herabzusetzen. Genau das ist Aufgabe und gutes Recht der Verteidigung. Die Bundesstaatsanwaltschaft lehnte aber nicht nur die Form des Kreuzverhörs ab, sondern versuchte, den Rechtsanwälten untersagen zu lassen, Hochstein überhaupt zu seinem Vorleben zu befragen, wiederum ohne Rücksicht auf die (noch geltende) Strafprozeßordnung. Ergebnis: Teilerfolg für die Bundesstaatsanwaltschaft. Zwar wurde nicht der gesamt Fragenkomplex gestrichen, zahlreiche Fragen der Anwälte wurden jedoch nicht zugelassen. *„Im Lorenz-Drenkmann-Prozeß hat gestern die Bundesanwaltschaft dem Verteidiger von Till Meyer, Rechtsanwalt Wolfgang Panka, mehrfach vorgeworfen, seine Fragen an den 'Kronzeugen' Rainer Hochstein hätten nur das Ziel, den Zeugen bloßzustellen und zu blamieren. Vorfälle aus den Jahren 1962 und 1964 gehörten nicht zur Sache"* („Welt", 16.11.).

Zum Vorleben des Rainer Hochstein

Hochstein war Ende der sechziger Jahre Mitglied im SDS Bonn, bewachte vor dieser Zeit einmal stundenweise einen NPD–Kreisvorsitzenden, ging 1971 nach Hamburg. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war Hochstein in starkem Maße Alkoholiker. 1972 belastete er in Hamburg zum ersten Mal vermeintliche Mittäter bei einem Brandanschlag auf das Hamburger Amtsgericht. Gerichtlich belegt ist dabei, daß diese erste Denunziation Hochsteins folgendermaßen erpreßt wurde: Hochstein kam mit 1,8 Promille Alkohol im Blut und einem Flachmann in der Tasche zur Vernehmung. Die Flasche wurde ihm weggenommen und eine Rückgabe und darüberhinaus das Fallenlassen eines Haftbefehls wurden ihm für den Fall der Aussagefreudigkeit in Aussicht gestellt. Da diese „Vernehmung" ruchbar geworden war, wurde seinerzeit diese Zeugenaussage einen Tag später in nüchternem Zustand wiederholt.

1975 wurde Hochstein in Hamburg festgenommen und wegen Mitgliedschaft in der RAF und Bankraub angeklagt. Während seines Prozesses 1977 verlas er noch Erklärungen für die RAF, wurde aber bereits seit 1975 in Abständen nach Westberlin ausgeflogen, wo er seine Aussagen gegen die Bewegung 2. Juni machte.

Allerdings wurde Hochstein 1977 noch zu 11 Jahren verurteilt, was den Vorsitzenden Geus zu der erstaunten Frage veranlaßt: *„Warum bekundeten sie in Hamburg noch ihren fanatischen Willen zum bewaffneten Kampf, wo sie doch vor Herrn Müllenbrock*(Oberstaatsanwalt in Westberlin, Anm. AK) *längst ausgepackt hatten"*.Das sei doch ein offener Widerspruch. *„Die Hamburger Richter hätten Ihnen doch sicher Rabatt gegeben"*. („Welt", 19.12.78).

Festzustellen ist, daß es 1977 ganz offensichtlich noch nicht opportun erschien, Hochsteins Aussagefreudigkeit bereits zu belohnen. Schließlich stand ja auch noch seine Feuertaufe, nämlich die Aussage im 2. Juni-Prozeß, bevor. Vielmehr wurde im 1977er Urteil über die 11 Jahre Knast hinaus eine Sicherheitsverwahrung für Hochstein angeordnet, allerdings unter der Maßgabe der Begutachtung. Das war möglich, da Hochstein bereits wegen kleinerer Delikte vorbestraft war.

Diese Begutachtung hat natürlich nie stattgefunden, wie das sonst bei solchen Festschreibungen im Urteil der Fall ist. *„Hochstein habe sich gewundert, daß er nicht zwangsuntersücht worden sei"*(„Welt". 16.11.78)

Bleibt zu bemerken, daß Hochstein heute eine Haft in der Jugendstrafanstalt Plötzensee in Westberlin absitzen darf, *„die einzige „Vergünstigung", die ihm die Staatsanwaltschaft eventuell zukommen lassen will: „ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen 'Verabredung zu einem Verbrechen' (an von Drenkmann) wegen der Hamburger Vorverurteilung einzustellen"* („Welt", 19.12. 78).

Ob das die einzige Vergünstigung ist, bleibt abzuwarten, der Möglichkeiten gibt es noch viele, wie z.B. beim Kronzeugen im Mahler-Prozeß, Ruhland, der vorzeitig entlassen wurde und heute von Staatsschutzgeldern lebt.
ist, bleibt abzuwarten, der Möglichkeiten gibt es noch viele, wie z.B. beim Kronzeugen im Mahler-Prozeß, Ruhland, der vorzeitig entlassen wurde und heute von Staatsschutzgeldern lebt.

Während die Westberliner bürgerliche Presse , allen voran natürlich die Springer-Gazetten, die Kronzeugen-Vernehmung durch die Verteidigung ganz im Sinne der Staatsanwaltschaft diffamierte *„wo sind wir denn hier, fährt der vorsitzende Richter Friedrich Geus* (dem Verteidiger, Anm. AK) *dazwischen, hier kann doch nicht jeder in die Gegend reden"*, („Welt.", 16.11.78), verschweigen a l l e Zeitungen eine Erklärung von R. Reinders zur Kronzeugenproblematik.

„Die Erklärung von Ralf Reinders vor der Vernehmung des Kronzeugen Hochstein hatte einen brisanten aktuellen Bezug ... Reinders äußerte sich zur Problematik der Kronzeugenaussagen, die immer darin bestehen würde, daß die Kronzeugen als Gegenleistung für die ihnen angebotenen Vergünstigungen Aussagen zu Fragen machen müßten, von denen sie in Wirklichkeit keine Ahnung hätten, die den Ermittlern aber zur Abrundung ihrer bisherigen Ermittlungen noch fehlten.

Reinders prophezeite, daß sich dies auch bei dem Kronzeugen Hochstein herausstellen werde und begründete seine diesbezügliche Zuversicht mit den Ausführungen des ersten klassischen, aber gescheiterten (? AK) Kronzeugen Ruhland. Ruhland sich selbst, Horst Mahler, Ali Jansen, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Hans Jürgen Becker und Eric Grusdat bezichtigt, im Jahre 1970 zum gleichen Zeitpunkt drei Banken überfallen und ausgeraubt zu haben. Mit seiner Erklärung am 1.11.78 wies Reinders nun darauf hin, daß Ruhland seine diesbezüglichen Beschuldigungen nicht wahrheitsgemäß gemacht habe. Ruhland hätte dann Dinge wissen müssen, über die er nicht das Geringste ausgesagt hatte. Er hätte wissen müssen, daß eine der Banken (die in der Altonaer Straße) nicht von der RAF (so Ruhland) ausgeraubt wurde, sondern von den Tupamaros Westberlin. Er hätte wissen müssen, daß diese mit ihrem Projekt fast gescheitert wären, weil ihr Fluchtauto am Vorabend von der Polizei entdeckt wurde. Er hätte berichten müssen, daß die RAF ein Ersatzauto zur Verfügung stellte, für das kein Kennzeichen vorhanden war. Die Tupamaros klauten eins, noch in der Nacht vor der Tat, allerdings versehentlich von einem RAF-Auto, worüber die eingeweihte Scene noch monatelang lachte"(Prozeßdepesche, Nr. 12, 17.11.78).

Nach den Gepflogenheiten des Stammheimer landrechtes werden aber weder die offensichtlichen Widersprüche in Hochsteins Aussagen, noch die Aufdeckung seiner politischen Vergangenheit, noch die Erklärung von R. Reinders das Gericht davon abhalten, die Verurteilung der 2. Juni-Genossen wesentlich auf Hochsteins „Zeugnissen" aufzubauen.

... und „Rechtsbrüche" am laufenden Band

Ende Oktober 78 wurde die Prozeßdepesche Nr. 8 (die sich mit der

... und „Rechtsbrüche" am laufenden Band

Ende Oktober 78 wurde die Prozeßdepesche Nr. 8 (die sich mit der Berichterstattung über den 2. Juni-Prozeß befaßt) als Verteidigerpost angehalten und nicht an die Mandanten ausgeliefert. Die Rechtsanwälte legten dagegen Beschwerde ein. Zuständig für die Verteidigerpost-Überwachung wird nun, laut Geschäftsverteilungsplan der Strafsenat 1, also genau die Richter, die auch Verfahrensrichter in eben diesem Prozeß sind.

Nach der Einführung des § 148a, der eine Überwachung der Verteidigerpost an die Angeklagten ermöglicht, nach diesem heute in der Rechtssprechung festgeschriebenen massiven Behingerungen einer effektiven Verteidigung, ist im 2. Juni-Prozeß der § 148a schon wieder faktisch außer Kraft gesetzt: In § 148a wird immerhin noch festgeschrieben, daß verschiedene Kammern eines Gerichtes mit dem Prozeß einerseits und mit der Verteidigerpostüberwachung andererseits beauftragt werden müssen.

Zu der Beschlagnahmung der Prozeßdepesche durch Geus und seine Herren Kollegen mußte nun die Begründung herhalten, daß ja bereits 1977 der 1. Kammer sämtliche Verteidiungsunterlagen von Ronald Fritsch zur „Überprüfung" vorgelegt wurden. Die „ Überprüfung"ergab damals, daß es sich tatsächlich um Verteidigungsunterlagen gehandelt hatte. Sie wurden zurückgegeben.

Dieser ungeheuerliche Vorgang und auch die erneute Beschlagnahmung von Verteidigerunterlagen im Oktober 78 wurden vom Gericht nicht einmal verschwiegen oder zu vertuschen versucht, sondern in einer geradezu unverschämten Art und Weise gerechtfertigt:

Zum einen versteht sich für den Kenner von „Terroristenprozessen" von selbst, daß zu der Beschlagnahmung wieder einmal die arg strapazierte Begründung der „Bedrohung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt" herhalten muß. Darüberhinaus wird dieser Vorgang im Prozeß von den Richtern öffentlich gemacht und damit nochmals gegen § 148a verstoßen, der eine Verschwiegenheit des „Überwachungsrichters" fordert.

Zu guter letzt wird der Ablehnungsantrag gegen das Gericht, von den Rechtsanwälten wegen dieser ungeheuerlichen Vorfälle eingebracht, schlicht dadurch abgeschmettert, daß RA Schöndienst, der die Prozeßdepesche verschickt hatte, ein weiteres Ehrengerichtsverfahren angedroht wird. Wie auch gegen sämtliche seiner Kollegen in diesem Prozeß läuft gegen RA Schöndienst bereits ein Ehrengerichtsverfahren!

... Und wieder einmal Gummiknüppel im Gerichtssaal

Am 5.12. war es wieder einmal soweit. Auf eine Bemerkung von Ralf Reinders, der den Bundesstaatsanwalt sinngemäß als Büttenredner für den Karneval empfahl, ließ Richter Geus seine Bullen aufmarschieren, um Reinders „entfernen" zu lassen. Um nicht wieder – wie in diesem Verfahren schon an der Tagesordnung – mit massiver Bullengewalt
den Karneval empfahl, ließ Richter Geus seine Bullen aufmarschieren, um Reinders „entfernen" zu lassen. Um nicht wieder – wie in diesem Verfahren schon an der Tagesordnung – mit massiver Bullengewalt aus dem Saal geschleift zu werden, griffen Reinders und Klöpper zum Stuhlbein. Im selben Augenblick stürmten Bullen Zuschauerraum und Verwahrungsglaskasten der Angeklagten. Ohne daß Reinders oder Klöpper die Stuhlbeine zur Anwendung bringen konnten, wurden sie von mehreren Bullen brutal gewürgt und mit Gummiknüppeln traktiert, ebenso die Zuschauer. Innerhalb kürzester zeit war der Saal geräumt. Richter Geus guckte derweil gelangweilt in eine andere Richtung, was RA Panka in seiner Empörung mit dem Ausruf quittierte: *„Das ist ja schlimmer als 33"*. Ein Novum am Rande: Ein Zuschauer wurde von Geus für die Dauer des gesamten Prozesses ausgeschlossen.

Fazit:
Der 2. Juni-Prozeß wirft ein erschreckendes Licht darauf, wie sich der bundesdeutsche Staat politische Prozesse in Zukunft wünscht, ohne bereits in diesem Verfahren am Ziel seiner Wünsche angelangt zu sein: Weitgehende Rechtlosigkeit der Angeklagten und ihrer Verteidiger, dafür Zwangsverteidiger als Ergänzung der Staatsanwaltschaft, wie im Faschismus „Kronzeugen". Demagogen als Staatsanwälte, Bullenterror gegen Angeklagte und Prozeßbesucher der kritischen Öffentlichkeit, Richter, die gar nicht anders „können", als sich ihre eigene „Unbefangenheit" stets und ständig selbst zu bestätigen und dabei munter jeden Verstoß gegen die Strafprozeßordnung dekken und eine Presse, die das dann alles wohlwollend nach außen bringt. Soweit ist es mit der bundesdeutschen Justiz bereits gekommen.

KB-Westberlin

Solidarität mit Astrid Proll

Am 2. Dezember veröffentlichte die britische Socialist Workers Party in ihrer Zeitung „Socialist Worker" einen Artikel - zum Teil in Versform - des sozialistischen Dichters Adrian Mitchell, den dieser ihnen mit dem ausdrücklichen Verzicht auf das Copyright zur Verfügung gestellt hatte. Der Aufforderung zur weiteren Verwendung kommen wir gern nach. (Anm.: Wir haben darauf verzichtet, eine Nachdichtung der Versteile vorzunehmen, diese wurden nur inhaltlich wiedergegeben.)

„Astrid - Anna
Dieses Gedicht ist Teil einer Geschichte, die britische und deutsche Menschen gleichermaßen angeht. Hier eine Meldung aus einer rechten britischen Zeitung, der Daily Mail.

TERRORMÄDCHEN IST ANFÜHRUNGSZEICHEN KRANK AUSFÜHRUNGSZEICHEN

Das Baader-Meinhof-Mädchen Astrid Proll, dem die Ausweisung nach Deutschland droht, ist nach Aussagen ihrer Freunde gestern körperlich und seelisch krank. Diese versammelten sich vor dem Amtsgericht Bow Street ... und verteilten Flugblätter, nach denen sie Atembeschwerden hätte und Anführungszeichen Angstgefühle Ausführungszeichen. Als sie abgeführt wurde, bewarf man sie mit roten Nelken.

PROPHEZEIUNG

Wenn Astrid Proll, durch Heirat nun britische Staatsangehörige - Anna Puttick -, nach Deutschland zurückgeschickt wird, ist sie innerhalb von zwei Jahren tot. Es gibt Sondertrakte in deutschen Sondergefängnissen, wo Gefangene wie Astrid-Anna ganz leicht an Revolver herankommen. Noch verrückter: sie schießen nicht auf ihre Bewacher. Sie schießen ihr eigenes Hirn heraus. Wenn die Briten Astrid-Anna der westdeutschen Polizei übergeben, tragen wir zu einem erneuten Mord bei. Naja, wäre nicht der erste.
Angstzustände
Man warf rote Nelken
Freiheit für Astrid, Freiheit für Anna.

Astrid-Anna war des versuchten Mordes an zwei Polizisten angeklagt. Aber sie wurde nie schuldig gesprochen. Sie war die erste deutsche Gefangene unter den Bedingungen SENSORISCHER DEPRIVATION. Im stillen Trakt der Frauenpsychiatrie im Kölner Gefängnis Ossendorf.

Da gibt es weiße Wände, ständig beleuchtet, kein Geräusch von außen. Praktiken zur Desorientierung und Persönlichkeitszerstörung. Insgesamt verbrachte sie VIEREINHALB MONATE im Stillen Trakt. Etwa VIERUNDZWANZIG WOCHEN im stillen Trakt. Etwa EINTAUSENDSIEBENHUNDERT STUNDEN IM STILLEN TRAKT.

Ihr Prozeß wurde von einem Arzt gestoppt. Er fand folgende Beschwerden: Schwäche und Erschöpfung, das Gefühl 'in Watte gepackt zu sein', Benommenheit, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen und Appetitlosigkeit, Zusammenbruchsgefühle, Konzentrationsunfähigkeit, zunehmende Zeichen von Phobie und Angst vor Menschenansammlungen. Ihr Kreislauf brach zusammen, was Sauerstoffmangel im Gehirn verursachte. Die Fortsetzung der Haft, so der Arzt, führt zu DAUERNDEN UNHEILBAREN SCHÄDEN.

Viereinhalb Monate
im stillen Flügel
Viereinhalb Monate
im weißen Flügel

Verschlossen in einem weißen Kasten
unter ständigem Neon
weißgemacht im Kasten
unter dem stillen Neon
im weißen Neon in einen Kasten gesteckt
im Neon des stillen Kastens
unter dem ständigen Flügel

Zum Schweigen gebracht im Weiß
unter dem weißen Flügel
des ständigen Kastens aus Neon.

Im Weiß des stillen Kastens
In der Stille des weißen Kastens
In der ständigen Stille
Im ständigen Weiß
Im weiß des weißen Kastens

Dein Kopf beginnt zu explodieren
Dein Schädel ist am Bersten
Dein Rückgrat bohrt sich ins Hirn
Du pisst dein Hirn aus

Im Weiß des stillen Kastens
In der Stille des weißen Kastens
In der ständigen Stille
Im ständigen Weiß
Im Weiß des weißen Kastens

Bei den Nazis gab es ein Experiment. Dabei sperrten sie einen Mann in eine weiße Zelle mit weißen Möbeln und weißer Kleidung. Jede Nahrung und jedes Getränk war weiß. Bald verlor er seinen Appetit. Er konnte nicht essen. Er konnte nicht trinken. Der Anblick der weißen Nahrung und des weißen Getränks ließen ihn erbrechen.

Astrid kam nach England und begann als Anna wieder zu leben. Sie arbeitete mit jungen Leuten im Londoner Osten als Lehrerin für Automechanik.

Eine englische Frau sagt: Anna war für mich und meine Kinder eine große Unterstützung ... Als ich zuviel trank, kümmerte sich Anna so um mich, daß sie erkannte, warum ich trank, und mir dann half, die Entscheidungen zu treffen, denen ich durchs Trinken ausweichen wollte.

Das ist das Terrormädchen der Daily Mail.

Jetzt wird Anna unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen in einem Männergefängnis - in Brixton - verwahrt. In dem Gefängnis gibt es nur zwei Frauen. Sie werden von sieben Wärtern bewacht. Für sie gibt es keinen privaten Bereich. Wenn sie Besuch hat, werden ihre Gespräche belauscht. Wenn ihre Anwälte sie besuchen in der Zelle unter dem Gericht, befindet sich immer ein Polizist in der Zelle.

Drei Stunden täglich darf sie eine andere Frau im Gefängnis Brixton besuchen. Die übrige Zeit verbringt sie allein.

So wird Anna von unseren Herrschern zurückgeschickt
in das Weiß des weißen Kastens
in die Stille der weißen Stille
in die ständige Stille und zum ständigen Weiß
in das Weiß der Stille
in die Stille des Weiß
in das Weiß des Weiß
in die Stille der Stille
in das Weiß des Weiß
in die Stille der Stille
ins Weiß
in die Stille
ins Weiß
in die Stille
Weiß, Weiß
Stille Stille.

Astrid
-Anna

Illustration: Phil Evans

Halt. Ihr könnt sie aufhalten.
Ob Anna ausgewiesen wird, hängt vom Innenminister ab. Schreibt dem Innenminister. Fordert, sie soll bleiben dürfen. Fordert sie soll menschlich behandelt werden. Und wenn Du Deutscher bist, zwing Deine Regierung, sich mit ihrer Rache zufriedenzugeben, ihre Auslieferungsforderungen fallen zu lassen, die Anklage fallen zu lassen, den stillen Trakt für immer zu schließen.

Wir werden von hier in die blauäugige braungesichtige, grünhaarige Welt, unseren drehenden singenden Planeten wandern.
Aber Anna, die einst Astrid war, liegt in Ketten im Kasten des Staates
Stille Männer in Anzügen gehen mit leeren Gesichtern auf sie zu
sie haben Spritzen und Haken und Pistolen in ihren weißen Mappen.

LASST ANNA HIER BLEIBEN
LASST SIE ARBEITEN
LASST SIE AUSRUHEN
LASST SIE LIEBE FINDEN

Adrian Mitchell

Übersetzung: Endlandkommission

Wer Folter duldet, foltert mit

Der „Spiegel" brachte in seiner Ausgabe Nr. 50 vom 11.12.78 einen Artikel zur Haftsituation von Werner Hoppe. Im Zusammenhang zu diesem Artikel druckt der „Spiegel" eine Kritik Horst Mahlers am Begriff der Isolationshaft bzw. Isolationsfolter.

Wir stellen fest: Isolationshaft existiert. Sie ist ein systematisch aufgebautes Programm zur Vernichtung **aller** *Gefangenen, die sich im Knast nicht brechen lassen.*

Mit solchen „Ergüssen" wie z.B. „Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge", soll diese Tatsache, sowie jegliche kritische Auseinandersetzung mit der Politik militanter Gruppen zerstört werden.

Nach dem Motto: Isolationshaft gibt es nicht, wer es dennoch behauptet, gehört zur RAF; wer dann in Isolationshaft kommt, ist selber Schuld. Dies ist die „Argumentation" solcher Machwerke, die wohlwollend vom Bundeskriminalamt (BKA) durch die ansonsten unüberwindlichen Hürden der Knastzensur geschleust werden.

Mahler schreibt vom toten Trakt in Ossendorf „in dem Menschen wahrscheinlich nicht lange überleben können."

Der tote Trakt war seinerzeit keine Panne, die der „unfreiwilligen Hilfestellung" für böse Menschen die Justiz passierte. Einzelhaft, der praktisch sämtliche politische Gefangene im obigen Sinn unterliegen, ist immer Isolationshaft; dies wird durch krankhafte Hirne nach wissenschaftlichen Programmen perfektioniert (unter anderem Schlafentzug, manipulierte Dauerstreßsituationen usw.). Die vorläufig neueste Eskalationsstufe sind die sog. Sicherheitstrakte, die in mehreren Knästen gebaut werden. Dies bedeutet perfektionierte Totalisolation nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Hungerstreiks sind die letztmögliche Waffe der Inhaftierten gegen diese unmenschlichen Haftbedingungen.

Der bekannte Gutacher Prof. Dr. Rasch hat festgestellt, daß z.B. der lebensbedrohliche Zustand Werner Hoppe's eindeutig nicht durch diese – wie es Herr Mahler zu nennen beliebt „elende Hungerei" zustande gekommen ist, sondern eindeutig Folge seiner 7jährigen Isolationshaft ist.

Auf diesen Artikel weiter einzugehen erübrigt sich, wenn wir lesen, „ein Indianer weint nicht", „ein Revolutionär schreit nicht, wenn er hart angefaßt wird", denn er kann sich ja auch alles wegdenken, wie es uns Onkel Horst vorführt!

Wo soll das alles enden? Den Weg dahin zeigt uns die Anzeige innerhalb des Mahlerartikels: BRAUN IS BEAUTIFUL ...

Haftbedingungsgruppe
c/o Unterstützungsbüro, Glasstr. 80, 5000 Köln/Ehrenfeld

Kröcher/Möller-Verteidiger vom Berufsverbot bedroht

Gegen die Verteidiger von Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Den vier fortschrittlichen Rechtsanwälten in Zürich wird von der Anwaltskammer des Kantons Bern vorgeworfen, wegen der Haftbedingungen ihrer im Berner Bezirksgefängnis inhaftierten Mandanten *„die Öffentlichkeit durch Pressekonferenzen und - mitteilungen beeinflußt zu haben"* (Tages Anzeiger (TA), 12.12.78).

Nach Informationen der erst im November gegründeten Juristenverei-
ger (TA), 12.12.78).

Nach Informationen der erst im November gegründeten Juristenvereinigung „Demokratische Juristen der Schweiz" (DJS) wurde bereits im Juli 78 das Disziplinarverfahren *„wegen allfälliger Verletzung des bernischen Advokatengesetzes (aus dem Jahre 1840!) und der Standesregeln des Bernischen Anwaltsverbandes"* (Basler AZ 20.12.78) eröffnet.

Die Anwälte werden außerdem beschuldigt, während des Prozesses von Kröcher-Tiedemann und Möller *„wider besseres Wissen absolut unbegründete"* Anträge gestellt zu haben (TA, 12.12.78). Die Anwaltskammer Zürich wird ebenfalls ein Verfahren gegen die Anwälte eröffnen, um deren „Zutrauenswürdigkeit" zu prüfen, da bei negativem Ergebnis zum Lizenzentzug und somit zum Berufsverbot führen kann.

Auf einer Pressekonferenz der DJS in Bern erklärte der Genfer Rechtsanwalt Christian Grobet, Mitglied des Schweizerischen Nationalrats für die Sozialdemokratische Partei, daß tagtäglich Anwälte die Öffentlichkeit durch Pressekonferenzen oder in Interviews informieren. Mit derartigen Disziplinarverfahren würden die Anwälte einer Zensur unterworfen, die eine gefährliche Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit bedeutet.

Einer der Betroffenen, Bernard Rambert vom Anwaltskollektiv Zürich, erklärte, das Bundesgericht habe mehrfach ein Verbot für Anwälte, Pressekonferenzen durchzuführen, als verfassungswidrig bezeichnet. Diese Disziplinarverfahren hätten die Wirkung, daß immer mehr Anwälte Selbstzensur ausüben. Aufgrund der

Disziplinarverfahren hätten die Wirkung, daß immer mehr Anwälte

Selbstzensur ausüben. Aufgrund der Hetze gegen Verteidiger in Terroristenprozessen in der BRD sei es schon schwieriger gewesen, für den Prozeß gegen Kröcher und Möller in der Schweiz Verteidiger zu finden.

Diese ersten Repressionsmaßnahmen gegen linke Anwälte in der Schweiz machen erneut deutlich, wie verheerend der anhand des „Terroristensyndroms" betriebene Abbau elementarer Rechte in der BRD auf unsere Nachbarländer abfärbt. Den Züricher Anwälten wird nicht einmal „Kurierdienst" oder ähnliche Konstruktionen von „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" angelastet, sondern die simple Information der Öffentlichkeit über die Haftsituation der Mandanten und, was ebenso erschreckend ist, die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel im Prozeß für die Verteidigung.

Schweiz-Kommission

Hilde Pohl ist gestorben

Am 7. Dezember ist Hilde Pohl gestorben. Hilde war die Mutter eines politischen Gefangenen (Helmut Pohl, der in Hamburg im Knast sitzt) und hat sich in den letzten Jahren vorbildlich um die Solidarität mit den politischen Gefangenen gekümmert. Sie hat regelmäßig ihren Sohn, hat andere Gefangene besucht – soweit der Vollzug ihr das nicht verboten hat – und hat sich mit vielen Gefangenen geschrieben.

Je klarer wurde, daß Hilde für viele Gefangene eine echte Stütze war, desto mehr wurde sie in ihren Besuchs- und Schreibmöglichkeiten eingeschränkt.

Vorbildlich hat Hilde sich deshalb um die Gefangenen gekümmert, weil sie ohne großes Aufheben den Gefangenen die brutale Haftsituation erleichtert hat: z.B. durch die Organisation von Zeitschriften-Abos, durch Pakete, Besuche etc.

Sie hat sich dabei von den tausenderlei Schikanen der Knäste, der Justiz und der Polizei nicht abhalten lassen. Vorbildlich auch deshalb, weil sie unverbrüchliche Solidarität geübt hat: Ihr Sohn und die anderen Gefangenen sind als „Terroristen" geächtet und ihr Einsatz hat sie selber spüren lassen, was es bedeutet, wenn sich Bekannte und Verwandte die Nase rümpfen und diese „Freunde" dann keine mehr sind.

Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, daß Hilde sich auf die „praktische" Unterstützung allein konzentriert hat. Sie hat z.B. die Rundreise der parlamentarischen Gesandten aus Italien, die nach den Stammheimer Todesfällen im Januar 1978 in der BRD waren, aktiv unterstützt und damit wesentlich zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit gegen die Staatsschutzpropaganda beigetragen.

Durch Hildes Tod hat die Solidaritätsarbeit für die Gefangenen **zunächst** einen ziemlichen Rückschlag erlitten; zunächst aber nur deshalb, weil es andere Verwandte der Gefangenen und Genossen geben wird und geben muß, die Hildes Arbeit weiterführen.

So gesehen stellt Hildes Tod eine Aufforderung an alle linken Gruppen, an die Linke überhaupt, dar, anhand der konkreten Notwendigkeit die Unterstützung der politischen Gefangenen zu organisieren.

In Frankfurt ist zur Finanzierung der bisher laufenden Abos, der Pakete usw. ein Konto eingerichtet worden. Wir fordern alle auf, reichlich auf dieses Konto einzuzahlen. Es wäre erbärmlich, wenn ausgerechnet Geldmangel zur Einschränkung der Arbeit führen müßte.

Die Kontonummer lautet:
Bethmannbank Ffm.
(BLZ 501 301 00)
Kto.-Nr. 39 194 00
„Spendenkonto Hilde Pohl"

IKAH

Der Agit-Drucker-Prozeß geht seinem Ende entgegen

Seit dem 12. Juni 1978 läuft nun in Westberlin der Prozeß gegen die vier Agit-Drucker. Durch den Druck der wöchentlich erscheinenden, nichtverbotenen Zeitung „Info-Berliner Undogmatischer Gruppen" sollen sie terroristische Vereinigungn „unterstützt" (§129a) sowie allgemein „Gewalt befürwortet" haben. Mittlerweile hat sich das Gericht nun schon 36 Verhandlungstage damit beschäftigt, und die Beweisaufnahme ist so gut wie abgeschlossen. Über Weihnachten gab's mal wieder eine Erholungspause, und am 11. Januar geht's weiter mit den bestimmt sehr amüsant werdenden Erzählungen der Staatsanwaltschaft, die eine gerechte Strafe für die druckerischen Untaten fordern werden. Gemeinhin wird so etwas „Plädoyers" der Staatsanwaltschaft genannt. Danach folgen Erklärungen der Verteidiger und der Angeklagten und irgendwann in den letzten zehn Tagen des Januar wird der 4. Strafsenat am Kammergericht Berlin sein Urteil „im Namen des Volkes" verkünden.

Zum Prozeßverlauf: nach den Erklärungen zur Anklage, der Haftverschonung für die drei noch Inhaftierten und der Sommerpause wurde der Prozeß ziemlich durch Lesungen aus dem„ info-bug" bestimmt. Wochenlang wurden die angeblich strafbaren Artikel und andere aus dem „info" vorgelesen. Dadurch wurde klar, daß die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, das „info" sein ein „Kampfblatt und Sprachrohr terroristischer Vereinigungen" , völlig absurd sind. Das „info" ist ein Diskussions- und Informationsforum der Undogmatischen Linken gewesen, in dem ein breites Spektrum von Artikeln zu allen möglichen Themen zu finden war. Ein ehemaliger Mitarbeiter des „info" schilderte die wesentlichen Prinzipien der „info"-Macher: keine feste Redaktion, jeder kann mitmachen, keine bestimmte politische Linie, breiter Pluralismus und machte die Konspirations-Märchen der Staatsanwaltschaft zunichte. Als Gutachter der
spirations-Märchen der Staatsanwaltschaft zunichte. Als Gutachter der
Verteidigung führte der Rhetorik-Professor und Pen-Club Präsident, Walter Jens, aus, daß das „info" durch eine große innere Widersprüchlichkeit, ein breites Themenspektrum und scharfe Auseinandersetzungen und die Weigerung, sich auf eine Linie festzulegen, gekennzeichnet sei. Das „info" sei ein offenes Forum für Leser, im grunde eine „Summe von Leserbriefen", eine Leserzeitschrift. Ein vom Gericht als Sachverständiger geladener Druckereibesitzer konnte auch nicht das erzählen, was sich das Gericht und die Staatsanwälte erhofften. Um den Druckern eine Unterstützungsabsicht unterjubeln zu können, bemühen sie sich, nachzuweisen, daß man als Drucker das lese, was man druckt. Der Sachverständige bestätigte die Erklär ungen der Drucker, daß es rein technisch gar nicht möglich ist, während der Arbeit von den Inhalten der hergestellten Druckschriften Kenntnis zu nehmen. Auf Befragen erklärte er, daß er seine Druckaufträge auch nicht auf ihren Inhalt durchliest und daß nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen im graphischen Gewerbe die Verantwortung für den Inhalt von Druckaufträgen auch alleine bei den Auftraggebern liegt.

Ein als Gutachter gehörter Staatsschutzbeamter erzählte was über die „revolutionären Zellen", die eine terroristische Vereinigung sein sollen. Raus kam allerdings dabei, daß er im grunde nichts erzählen dürfte, weil alles auf reinen Spekulationen beruht. Der Staatsschutz ermittelt seit Jahren gegen „unbekannt" und hat keinerlei Erkenntnisse über die Täter der verschiedenen Anschläge, zu denen mit „revolutionäre Zellen" unterschriebene Erklärungen existieren. Und wie soll nun eine Vereinigung unterstützt werden, wo überhaupt keine Person bekannt ist, die dieser angeblichen Vereinigung angehört? Laut BGH müssen es immerhin drei Personen sein, damit von einer terroristischen Vereinigung die Rede sein kann.

Als weitere Gutachter der Verteidigung traten der Schriftsteller F.C. Delius und Professor Gottschalck auf. Delius referierte über linke Arbeitskollektive, ihre Entstehung und ihren Charakter, um den Unterschied zu normalen Unternehmen deutlich zu machen. Professor Gottschalck legte aus sozialpsychologischer Sicht dar, daß das „info" kein „Kampfblatt"sei, die „Spontiscene" kein Terroristenreservoir darstelle, und gerade die Verbalisierung von Gewaltphantasien im „info" aggressionsmindernd ist und somit nicht das bewirken, was ihnen die Anklage unterstellt, nämlich den „Abbau von psychologischen Hemmschwellen gegenüber terroristischer Gewaltanwendung".

Die Angeklagten beantragten, den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Schulz, sowie den damaligen Justizsenator Baumann, als Zeugen zu laden, um dem politischen Hintergrund und die Vorgeschichte des Verfahrens deutlich zu machen, das einzig aus Gründen politischer Opportunität inszeniert worden ist. Das Gericht lehnte den Antrag ab, ohne inhaltlich darauf einzugehen, denn die Frage der Beweggründe für dieses Verfahren sei für die Urteilsfindung ohne jede Bedeutung.

Obwohl nun im Prozeßverlauf deutlich geworden ist, daß die Anklage unhaltbar ist, hält das Gericht weiterhin den Haftbefehl gegen die Vier aufrecht. Im Zusammenhang gesehen mit der ganzen Art und Weise der Vorbereitung dieses Verfahrens, den diversen Beschlüssen, vor allem die zur Haftfortdauer, zeigt dies, daß für diesen Senat die Verurteilung feststeht. Weil die Richter den Vier die „Unterstützung terroristischer Vereinigungen" wahrscheinlich auch beim besten Willen nicht anhängen können, hat der Vorsitzende Zelle schon den rechtlichen Hinweis gegeben, daß auch eine Verurteilung wegen Beihilfe (§27) zur Unterstützung infragekomme. Die Drucker sollen also die Unterstützer der Unterstützer gewesen sein. Wenn das Schule macht, kommt demnächst dann vielleicht der Papierlieferant wegen Beihilfe zur Unterstützung der Unterstützer der Unterstützer dran. Was dieses Gericht will, zeigt z.B. recht gut sein Verhalten gegenüber den von der Verteidigung benannten Gutachtern: Es werden fast ausschließlich die Passagen von Gutachten mitgeschrieben, die die Anklage stützen könnten oder in den Augen des Gerichts für eine Verurteilung verwertbar sein können. Die Fragen, die vom Gericht gestellt werden, sind denn auch dementsprechend. Im Prozeß wird von seiten des Gerichts dauernd mit der linken Gesinnung der Vier operiert, um ihnen ein Interesse am „info", besonders natürlich an den Guerilla-Artikeln, unterzujubeln, um so eine Kenntnis des „info"-Inhaltes belegen zu können. Es kommen Fragen nach der Gesinnung, und wenn dann von Gesinnungsprozeß geredet wird, sind die Herren beleidigt. Denn Gesinnungen darf jeder haben, wie er will, die sind nicht strafbar. Das Gericht interessiert nur, so ein Richter, die „innere Einstellung", und das hat ja bekanntlich mit Gesinnung nichts zu tun.

All dies macht deutlich,worum es in diesem Verfahren eigentlich geht, nicht um's „info", auch nicht um irgendwelche „Terroristen-Unterstützung". Das „info" liefert nur den Vorwand, um ein Exempel am „Sympathisantensumpf" zu statuieren. Es sollen alle die abgeschreckt und eingeschüchtert werden, die nicht bereit sind, angesichts der Zustände in unserem Land das Maul zu halten. Die linke Presse und Gegenöffentlichkeit soll verunsichert, die Diskussion über Gewalt und Gegengewalt kriminalisiert und illegalisiert werden. Nicht die offene Zensur ist beabsichtigt, sondern die Schaffung eines Klimas, wo Zensur überflüssig ist, weil sich die Betroffenen selbst zensieren, nicht mehr schreiben,was sie denken und meinen.

Die Justiz will hier ein Grundsatzurteil fällen, daß Druckereien für von ihnen hergestellte Druckschriften strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können und den Tatbestand der „Unterstützung terroristischer Vereinigungen" ins Uferlose auszudehnen. Die Staatsanwaltschaft will ihre Auffassung durchsetzen, daß allein der Druck solcher Texte von Stadt-Guerrillagruppen in einer Zeitung eine unterstüzung sein soll. Es wird versucht, Drucker dazu zu zwingen, von Kunden gebrachte Vorlagen auf ihren Inhalt hin zu überprüfen und zu zensieren.

Agit war auch nur der Anfang. Im Juli 1978 wurde gegen die Fantasia-Druckerei in Stuttgart mit derselben Begründung wie bei uns vorgegangen, zwei Frauen sitzen immer noch im Knast, Wochen nach der Durchsuchungsaktion wurden auch die Druckmaschinen beschlagnahmt (schließlich sind das gefährliche Waffen). Im September 1978 lief in Westberlin die Wiederholung des Agit-Falls, nun gegen die Zeitung „bug-info" und die Druckerei Contrast. Diesmal wurde niemand inhaftiert. Aber das heißt nicht viel, wenn die vier erstmal verurteilt und wenn wieder mal ein entsprechendes politisches Klima wie Herbst 1977 herrscht, kann sich das bei weiteren ähnlichen Justiz- und Staatsschutzaktionen leicht ändern.

Es liegt allerdings an uns, ob sich die Justiz- und Staatsschutzbehörden sowas ohne weiteres leisten können. Die Verhaftung der vier im Oktober 1977 hat einen breiten Widerstand provoziert, einen Punkt, an dem sich viele linke Gruppen zusammenfanden und somit nicht das, was sich die Justiz erhoffte: Angst, Einschüchterung, Ruhe, diese breite Solidaritätsbewegung bis in die liberale Öffentlichkeit und Massenmedien (es ga gab zu Prozeßbeginn mehrere gute Berichte im Rundfunk) hat dann auch entscheidend zur Haftentlassung der drei noch inhaftierten im Juli 1978 beigetragen. Allerdings verfolgte das Gericht mit der Freilassung das Ziel, dieser breiten Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, was auch ziemlich gelungen ist. Für die meisten war der Fall erledigt, die Drucker sind frei, also was solls. Praktisch zeigte sich dies darin, daß ab September (nach der Sommerpause) der Verhandlungssaal nicht ein einziges Mal voll besetzt war. Durchschnittlich vier bis sechs Zuschauer waren da, die Tageszeitungen schweigen. Bei dieser geringen Öffentlichkeit kann sich das Gericht dann auch einen Verhandlungsstil erlauben, der ihm sonst schwer fallen würde. Uns scheint, daß die sog. liberale Öffentlichkeit mehr kapiert als die Linke, wenn wir sehen, daß nur Vertreter des Schriftstellerverbands in der IG Druck und Papier und der ESG permanent den Prozeß verfolgen. Auch in Westdeutschland und im Ausland läuft mehr. Am 17. November 78 fand in Aachen eine von ca. 800 Leuten besuchte Veranstaltung zur Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals statt, auf der auch ein Beitrag der angeklagten gehalten und der Agit-Film gezeigt wurde. Dort bekamen wir auch eine Einladung zu einer Veranstaltung in Holland im Januar 1979. Im November gab es Rundfunkberichte im NDR und in Radio Bremen, auch der „Spiegel" sah sich bemüßigt, über den Prozeß zu berichten und die Unverhältnismäßigkeit im justiziellen Vorgehen bei der Terroristenbekämpfung zu beklagen. Im Januar wird der Fall Agit auf dem Russel-Tribunal in Köln behandelt werden.

Kurz danach ist dann, wie schon am Anfang geschrieben, mit der Urteilsverkündung zu rechnen. Wir wollen der Justiz nicht das Vergnügen gönnen, den Prozeß sang- und klanglos mit einem entsprechenden Urteil zu beenden. Wir meinen, daß eine breite Öffentlichkeit gerade zum Ende hin nötig ist, die dem Gericht zeigt, daß sie ihr Urteil nicht „im Namen des Volkes" sprechen, dessen Vertreter zu sein sie vorgeben. Es fanden inzwischen auch schon Treffen statt, wo allerdings nur wenige Gruppen da waren. Geplant sind Flugblatt- und Plakataktionen, kleinere Veranstaltungen, evt. eine Demo am 20.1., wenn genügend Gruppen dies für sinnvoll und machbar halten.

1.1.79, Agit-Druck Kollektiv

Polizeiaktion gegen Dokumentarfilmer in Karlsruhe

Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin arbeiten seit Anfang 1978 an einem Film über Angehörige von politischen Gefangenen und machten dafür am 2.12.78 mit Frau Lauterbach, Mutter von Adelheid Schulz, Frau Wisniewski, Mutter von Stefan Wisniewski, und Uwe Folkerts ein Interview über die persönlichen Erfahrungen der drei als Angehörige von politischen Gefangenen in der Wohnung von Frau Lauterbach.

Das Interview war abgedreht, die Geräte wieder verpackt und die von Frau Lauterbach gekochte Erbsensuppe gegessen, als es um 13.35 Uhr an der Tür klingelte. Innerhalb von Sekunden füllte sich die am Stadtrand von Karlsruhe liegende 2-Zimmer-Neubauwohnung mit acht bis zehn Polizisten, einige in Uniform, einige in Räuberzivil, fast alle mit Panzerwesten. Auf die drei Filmer und Herrn Folkerts wurden vier MPis gerichtet mit der Aufforderung „Personenkontrolle — legen Sie die Hände auf den Tisch!" Dann erfolgte Abtasten, Schuhe ausziehen, in die Taschen fassen usw. Bezeichnenderweise wurde keiner aufgefordert, sich auszuweisen oder Fragen zur Identität gestellt. Auf die Frage, was dieser Wahnsinn soll, kam lediglich die Antwort, das würden sie im Polizeipräsidium schon erfahren. Die drei Filmstudenten und Herr Folkerts wurden einzeln abgeführt, ins Polizeipräsidium gefahren und in Einzelzellen gesteckt. Beim Rausgehen wurde das ganze Bürgerkriegsmanöver sichtbar: Hinter Fahrzeugen, Häuserecken und Büschen waren jede Menge Polizeischützen in Stellung gegangen, wahrscheinlich war der gesamte Block von schwerbewaffneten Bullen umstellt worden.

Auch im Polizeipräsidium bekamen die vier keinen Grund für ihre Festnahme und die Polizeiaktion zu hören. Es wurde auch kein Versuch gemacht, sie zu verhören. Stattdessen erfolgte zwei Stunden nach ihrer Festnahme eine erkennungsdienstliche Behandlung. Telefonieren nach Anwälten und Benachrichtigen von Freunden wurde ihnen verweigert. Schließlich wurde Herr Folkerts um 18 Uhr, die drei Filmstudenten um 22 Uhr, nachdem ihnen Bekannte Anwälte verschafft hatten, die sie um 20 Uhr besuchen konnten, entlassen. Zu diesem Zeitpunkt erfuhren sie das erste Mal den Grund der Festnahme: „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung".

Mit den Filmgeräten wurde ähnlich unsinnig umgegangen: Ein Teil der Geräte wurde von der Polizei in Frau Lauterbachs Wohnung gelassen, ein Teil im Wagen der Studenten, ein Teil wurde ihnen auf der Wache wieder ausgehändigt und ein vierter Teil beschlagnahmt. Ein Durchsuchungsbericht wurde den Studenten ausgehändigt, in dem als Grund für die Durchsuchung zunächst „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung" vermerkt war, was — offenbar im Zuge der Ermittlungsarbeit — in „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" umgeändert worden war.

In ihrer Presseerklärung vom 3.12.78 weisen die festgenommenen Filmstudenten darauf hin, daß dies bereits der vierte Fall von gravierender Behinderung ihrer Filmtätigkeit war:

— Im September 1978 hatten sie Frau Wisniewski zur Strafanstalt Frankelthal, wo sie ihren Sohn Stafan besuchte, begleitet. Zweimal — während sie auf Frau W. warteten und als sie mit ihr zurückfuhren — wurden sie von Polizeistreifen kontrolliert, wobei außer der „Personenkontrolle" eine penible Durchsuchung des Fahrzeuges, Gepäck, Geräten usw. vorgenommen wurde.

— Eine Woche später drehten die Filmer ein Interview mit den Töchtern von Frau W. vor dem Frankenthaler Gefängnis. Als sie sich auf dem Rückweg befanden, wurden sie wiederum von mehreren Polizeifahrzeugen umringt, Film- und Tonmaterial wurde zu „Ermittlungszwecken" beschlagnahmt. Das Filmmaterial wurde später verstümmelt zurückgegeben, über das tonband war streckenweise Radiomusik (Chanson d'Amour" u.ä.) gespielt worden. Der Antrag beim Amtsgericht Frankenthal auf Herausgabe des Materials blieb bis heute unbeantwortet. Für die Filmstudenten waren damit mehrere Tage Arbeit und Material für einige hundert Mark im Eimer.

— Wiederum einige Tage später befanden sich die Filmer mit Frau Schulz und Frau van Dyck auf der Heimfahrt von einem Angehörigentreffen. Auf der Autobahntankstelle Karlsruhe-Durlach sahen sie sich plötzlich von vier Pkw's, vier MPis und zwölf Terroristenjägern, davon zwei mit Panzerweste, umringt. Über dem Spektakel kreiste ein Hubschrauber. Als dem Tankwart klar wurde, daß nicht Carlos Phantomas, sondern zwei ältere Frauen und ein Filmteam in dem Wagen saßen, drängelte er sich durch die Schützenkette und fragte trocken: „Normal oder Super?"

Nach einer halben Stunde war auch diese „Routinekontrolle" vorbei — die Bullen verschwanden im Dunkeln, um den nächsten Angehörigen aufzulauern. Der Versuch, beim Angehörigentreffen anzurufen, scheiterte daran, daß das Telefon bis zum nächsten Morgen blockiert war.

Zu dem bisherigen Höhepunkt der polizeilichen Repressalien, der Polizeiaktion vom 2.12., gegen ihre Filmtätigkeit schreiben die drei festgenommenen Studenten:

„Wenn die im Durchsuchungsbericht genannte Begründung ernst gemeint ist, kann sie nur bedeuten, daß BKA und Bundesanwaltschaft Frau Wisniewski und Frau Lauterbach als eine kriminelle Vereinigung ansehen. Die Kriminalität der beiden bestünde dann wohl darin, daß sie sich nicht von ihren Kindern distanzieren, daß Frau W. ihren Sohn im Gefängnis besucht, daß beide Frauen zu einer Anzahl von Angehörigen politischer Gefangener gehören, die sich öfter treffen, ihre Erfahrungen austauschen, und sich gemeinsam zu ihrer Situation und der ihrer inhaftierten Angehörigen verhalten.

Nach dieser Polizeilogik wären also zwei ältere Frauen, weil sie mit politischen Gefangenen zu tun haben, eine terroristische Vereinigung, und ein Filmteam, das seiner publizistischen Tätigkeit nachgeht, eben dadurch eine Unterstützergruppe — von zwei älteren Frauen.

An genau diesem Punkt, der auch wesentlicher Aspekt unseres Films ist, berühren sich die Erfahrungen mit denen, die wir selbst inzwischen gemacht haben: ständige Polizeischikanen und Kriminalisierungsversuche" (Presseerklärung von Renate Simon, Edgar Dülfer und Manfred Muder vom 3.12.78). Die Filmstudenten haben inzwischen rechtliche Schritte gegen den Polizeiüberfall eingeleitet, die Vollversammlung der Filmakademie in Westberlin hat aufs schärfste dagegen protestiert (siehe nebenstehenden Kasten).

Ermutigend ist die Haltung der Filmstudenten, die trotz der Repressalien den Film fertigstellen und veröffentlichen wollen und darin „der Karlsruher Polizei ein bleibendes Denkmal" setzen wollen.

IKAH

Verfassungs-

Verfassungsbeschwerde gegen das Sonnenberg-Urteil

Folgende Presseerklärung erreichte uns von Rechtsanwalt Heinisch, dem Verteidiger von Günter Sonnenberg:

„In der Strafsache Günter Sonnenberg habe ich mit heutigem Datum Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart und die dieses Urteil bestätigende Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs erhoben. Gegenstand der Verfassungsbeschwerde ist die ungenügende Ermittlung beider Gerichte zu der Frage der Verhandlungsfähigkeit meines Mandanten. Sowohl während der Hauptverhandlung als auch im Revisionsverfahren ist von der Verteidigung immer wieder darauf hingewiesen worden:

1. Der Angeklagte wurde während des Verfahrens nicht auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht.

2. Die sechs sich mit der Verhandlungsfähigkeit befassenden Gutachten waren widersprüchlich, so daß zumindest bei fehlender Sachkunde des Gerichts auf neurochirurgischem Gebiet ein Obergutachten hätte angefordert werden müssen.

3. Die Erstellung des Computertomogramms ist keine Untersuchung über die Verhandlungsfähigkeit, sondern lediglich Grundlage einer solchen Untersuchung. Die Untersuchungsmethodik entsprach nicht dem wissenschaftlich erforderlichen Standard; der Verteidigung wurde verwehrt, diese Fehler während der Hauptverhandlung zu rügen.

Das Oberlandesgericht und der BGH haben die Beweisangebote der Verteidigung ignoriert, so daß das Bundesverfassungsgericht darüber zu entscheiden haben wird, ob eine solche Entscheidungspraxis mit einem pflichtgemäßen Ermessen eines Gerichts in Einklang zu bringen ist. Immerhin ist die Folge der angegriffenen Entscheidungen eine lebenslängliche Freiheitsstrafe gegen den schwerverletzten Günter Sonnenberg."

22.12.78 RA Heinisch



Erster Verhandlungstermin im HSW-Prozeß

Der erste Verhandlungstermin im Prozeß gegen die Hamburger Stahlwerke (HSW) am 21.12.1978 bewies eindeutig, daß eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz Hintergrund für die Kündigung des Betriebsschlossers Rainer Grimm war. Dennoch bestehen von Seiten des Arbeitsgerichts Zweifel, die Kündigung als politische anzuerkennen. Wie geht das an?

Nochmal zur Erinnerung (siehe auch AK 141 und 127): am 20.10. 1976 wurde der Betriebsschlosser Rainer Grimm nach fast 10-monatiger Betriebszugehörigkeit bei den Hamburger Stahlwerken gekündigt. Offizielle Begründung: Minderleistung und Fehlzeiten.

Eine Kündigungsschutzklage endete Mitte 1977 mit einem Vergleich und einer Zahlung von 2.400 DM an Grimm. Erst Anfang 1978 stellte sich durch eine Presse-Aussage des ehemaligen HSW-Personalleiters Rudolf Schmid heraus, daß eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz zu Rainers Kündigung geführt hatte. Schmid:„*Es sind in den letzten Jahren alle neueingestellten Mitarbeiter überprüft worden, nach meiner Kenntnis 1973 das gesamte Werk*". Auf Grund der neuen Sachlage reichte der gekündigte Grimm erneut Klage ein.

Mittelpunkt des ersten Verhandlungstermins am 21.12.78 vorm Hamburger Arbeitsgericht war die Zeugenaussage des ehemaligen Personalleiters Schmid. Er bestätigte vor Gericht, daß sich in den letzten Jahren die Anfragen des Werkes an den Verfassungsschutz stark gehäuft hätten. Das sei auch der Grund für sein Ausscheiden gewesen.

Zum Fall Grimm berichtete Schmid, daß der damalige Betriebsratsvorsitzende Venohr sich bei der Personalleitung beschwert hatte über auffällig häufige Kritik und Eingaben des Kollegen Grimm beim Betriebsrat in Zusammenhang mit mangelnden Sicherheitsvorkehrungen. Diese Denunziation Venohrs (Schmid bezeichnete sie ausdrücklich als solche) führte zur Nachforschung beim Verfassungsschutz. Dem Betriebsrat sei diese Tatsache bekannt gewesen, ebenso wie das Ergebnis der Überprüfungen (Anm.AK: Der Betriebsrat bestand damals aus stockreaktionären Leuten der SPD-Betriebsgruppe; Venohr war .somit Agent von Staak, der Innensenator und gleichzeitig Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen - AfA ist).

Die Anfrage von Rainer Grimms Anwalt, inwieweit dem gesamten Betriebsrat diese Vorgänge bekannt waren, wurde vom Richter abgeblockt mit der Bemerkung, es sei ja bekannt, daß der damalige Betriebsrat „nicht optimal" war. Hier meldete sich der Anwalt der Hamburger Stahlwerke erregt zum ersten und auch einzigen Mal in diesem Prozeß zu Wort : - der Betriebsrat sei sehr wohl optimal gewesen - und löste damit verständnisvolle Heiterkeit bei den anwesenden Kollegen und Pressevertretern im Gerichtssaal aus.

Die eingeleitete Überprüfung durch den VS ergab dann, wie sich Schmid erinnerte, daß der Kollege Grimm engagierter Gewerkschafter wäre und an Demonstrationen teilgenomommen hätte. Im April '78 hatte Schmid in einem Interview konkret die Beteiligung an einer Anti-NPD-Kundgebung genannt, wie der Anwalt des Klägers Grimm im Prozeß zitierte.

Schmid bestätigte auch, daß in solchen Fällen der betreffende Meister oder der Abteilungsleiter von Personalchef Käppeler angewiesen wurde, eine Beurteilung über den Mann abzugeben, die dann natürlich negativ ausfallen mußte. Schmid:„*In solchen Fällen wurden Beurteilungen gefälscht*".

Ob dies im konkreten Fall Grimm auch geschehen war, vermochte Schmid allerdings nicht zu erinnern. Er sei zu dieser Zeit aber auch nicht mehr mit Kündigungen befaßt gewesen.

Laut Schmid wurde dann ein Kündigungsschreiben für Grimm ausgestellt, in dem von politischen Gründen nicht die Rede war, sondern lediglich von hohen Fehlzeiten aus Krankheitsgründen. Diese Fehlzeiten waren etwa zur gleichen Zeit für den Schlosser errechnet worden.

Dies war genau die Stelle, an der das Arbeitsgericht einhakte, um sich elegant aus der Affäre zu ziehen. Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung Schmids spielte die Frage der Fehlzeiten die entscheidende Rolle - die Verfassungsschutz-Überprüfungen, die der Anlaß des Verfahrens waren, wurden deutlich in den Hintergrund gedrängt. Fortan orientierte das Gericht darauf, daß die VS-Denunziation nur dann weiter zu untersuchen sei, wenn sie der einzige Grund der Kündigung gewesen wäre. Sollten die hohen Fehlzeiten eine Kündigung rechtfertigen, wäre der Fall gelaufen. Schmid sagte hierzu aus, daß in anderen „krassen" Fällen ebenfalls Kündigungen oder Versetzungen üblich gewesen seien.

Für Rainer und seinen Anwalt kommt es nun darauf an, die Fehlzeiten als Kündigungsgrund vom Tisch zu kriegen. Es zeichnet sich ab, daß das Gericht erst dann bereit ist, die politischen Gründe weiter zu verhandeln. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Metall-Kommission

Senator Staak: In Hamburgs Betrieben wird weitergeschnüffelt

An der guten Zusammenarbeit zwischen den Personalabteilungen der Hamburger Betriebe mit dem Verfassungsschutz der Hansestadt hat sich nichts geändert. Nach wie vor können die Personalchefs beim Geheimdienst sogenannte „Erkenntnisse" über ihre Beschäftigten anfordern. Trotz des „liberalen" Hamburger Verfassungsschutz-Gesetzes, das im Februar 1978 in Kraft trat, trotz eines von der Bürgerschaft (dem Hamburger Landesparlament) gewählten Kontroll-Ausschusses, trotz breiter Proteste in der demokratischen Öffentlichkeit und den Gewerkschaften, geht die Ausspähung der politischen Gesinnung von Hamburger Arbeitern und Angestellten weiter, werden Personalentscheidungen, die nicht selten zu Entlassungen führen, aufgrund von Geheimdienst-Dossiers getroffen. Dieses Fazit muß gezogen werden angesichts eines Interviews, das Hamburgs Innensenator Werner Staak (SPD) der „Hamburger Morgenpost" (28.12.78) gab.

Die wichtigsten Aussagen (Hervorhebung von uns, d.Red.):

„*Frage: Ganz konkret - gehören Kaufhäuser, Großbäckereien, Schlachthof zu den Betrieben, die überprüft werden? Staak: Nein, die würden für mich nicht dazugehören. Aber auch da gibt es unterschiedliche Meinungen, die ich auf einen Nenner bringen muß.* **Aber ich kann das nicht mit einem Kraftakt machen, weil ich auch politische Interessen zu berücksichtigen habe...**"

Wir können das nur so verstehen: Die Kapitalisten haben es sich zur lieben Gewohnheit gemacht, ihre schwarzen Listen auf Kosten des Steuerzahlers vom Verfassungsschutz führen zu lassen und wollen aufgrund der guten Erfahrungen an dieser Praxis festhalten. Nichts anderes erläutert Staak am Beispiel der Lufthansa:

„*Nehmen wir den Flughafen: Da meint die Firma, daß auch die Arbeiter auf dem Vorfeld überprüft werden müßten. Dies ist nicht meine Auffassung. Unterschiedliche Auffassungen würden wir mit den Unternehmern aushandeln.* **Aber soweit sind wir zur Zeit noch nicht...**"

Wir haben begründete Zweifel, ob der ehemalige Gewerkschaftsführer Staak jemals soweit kommen wird; auf jeden Fall belegen seine Aussagen gegenüber der Hamburger Morgenpost deutlich, daß sich an der bisherigen Spitzelpraxis noch nichts wesentliches verändert hat. Und die sah bisher so aus:

Vom Bundeswirtschaftsministerium wird eine Liste „sicherheitsempfindlicher Betriebe" geführt, vornehmlich Betriebe, die Rüstungsgüter produzieren. In diesen Betrieben ist eine VS-Überprüfung aller Beschäftigten obligatorisch. In Hamburg sind allein ca. 100 Betriebe auf dieser Liste, dazu gehören beispielsweise Namen wie MBB, Philips, Siemens, Blohm + Voss, HDW. Darüberhinaus führt der Hamburger Senat eine weitere Liste von Betrieben, die er für besonders „krisenanfällig" hält. Auch dort wird jeder in der Probezeit auf seine Gesinnung durchleuchtet. Dazu gehören Betriebe wie die Hamburger Elektrizitätswerke, die Wasser- und Gaswerke u.a.

Aber auch Betriebe, die auch bei bestem Willen weder besonders „sicherheitsempfindlich" noch besonders „krisenanfällig" sind, brauchen auf die Informationen des Verfassungsschutzes nicht zu verzichten. Es genügt, wenn sie sich „bedroht" oder „ausgespäht" fühlen - dafür hat der Verfassungsschutz allemal Verständnis. In diese Kategorie gehören z.B. auch die Hamburger Stahlwerke (HSW), in denen die Arbeiter Baustahl produzieren. Somit: Jeder Hamburger Betrieb, der etwas auf sich hält, dürfte zu den Kunden des Verfassungsschutzes gehören.

Nicht glaubwürdig ist die Aussage des Senators, daß die Überprüfungspraxis eingeschränkt werden soll. Immerhin steht dieser Behauptung seine eigene Stellungnahme gegenüber, die er am 12.4.78 vor der Hamburger Bürgerschaft als Antwort auf eine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Weber abgegeben hatte. Staak erklärte damals unter starkem Beifall der CDU-Fraktion, daß seiner Meinung nach der Verfassungsschutz nicht erst Anfragen aus den Betrieben abwarten dürfe, sondern von sich aus an die Personalleitungen herantreten müsse, wenn ihm „Erkenntnisse" über Beschäftigte vorliegen. Somit bleibt als einzige Neuerung gegenüber dem seit Jahren praktizierten Verfahren Staaks Erklärung:„*In jedem Einzelfall entscheide ich selbst, ob Erkenntnisse an Unternehmen weitergegeben werden oder nicht.*"

Nicht das geringste zur Aufhellung der skandalösen Schnüffelpraxis beigetragen hat bisher der im April vergangenen Jahres gebildete parlamentarische Kontroll-Ausschuß. Dieser Ausschuß ist - wie sollte es anders sein - vom Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet. Somit hat der Ausschuß einzig die Funktion, dem Bürger eine demokratische Kontrolle der Geheimdienste vorzugaukeln, die es tatsächlich nicht gibt.

So ist über die bisherige Arbeit des Kontroll-Ausschusses in der Öffentlichkeit nahezu nichts bekannt. Aus sozialdemokratischen Kreisen erfuhren wir allerdings folgende charakteristischen Äußerungen eines der SPD-Ausschuß-Mitglieder, des Abgeordneten Henning Voscherau. Sie gibt einen deutlichen Hinweis darauf, wer hier wen „kontrolliert": Gefragt, ob auch die Teilnahme an Demonstrationen zu den „Erkenntnissen" gehörten, die vom Verfassungsschutz an die Betriebe mitzuteilen seien, antwortete er, „*normale demokratische Handlungen*" seien nicht weiterzumelden; jedoch wären z.B. die Mehrheit der Teilnehmer der 1.Mai-Demonstration (1977) „Extremisten" gewesen, es habe speziell einen „harten Kern von vermummten Gestalten" gegeben, um die herum „gezielt" eine Gruppe von Müttern mit Kindern plaziert war. Ganz offensichtlich meinte Voscherau damit eine Gruppe von AKW-Gegnern, die sich als Atomleichen kostümiert hatten (siehe Foto). Nach dem Verständnis dieses Herrn hört offenbar die „normale demokratische Handlung" da auf, wo keine Mitbestimmungs-Parolen getragen werden. Und wer sein Gesicht nicht zum Fotografieren vorzeigt, bildet schon einen konspirativen „harten Kern"!

Verfassungsschutz raus aus den Betrieben!

Die Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall verabschiedete Mitte vergangenen Jahres einstimmig eine Entschließung, in der das Zusammenspiel von Betrieben und Verfassungsschutz scharf kritisiert wurde. Im einzelnen forderte die IG Metall:

- Vorlage eines umfassenden Berichts der Kontroll-Kommission
- Einschränkung der Liste der angeblich sicherheitsempfindlichen Betriebe auf das unbedingt notwendige Mindestmaß
- Überprüfungen sind dem Betroffenen mitzuteilen. Er muß Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.
- Es soll sichergestellt werden, „*daß in Zukunft keinerlei Überprüfung in nicht sicherheitsempfindlichen Betrieben und Bereichen*" durch den Verfassungsschutz durchgeführt wird.

Ergänzungsbedürftig ist die Entschließung noch um den Punkt: Herausgabe des denunziatorischen Materials an die Betroffenen und Vernichtung aller entsprechenden Unterlagen sowohl beim Verfassungsschutz als auch in den Betrieben.

Gleiche oder ähnliche Forderungen hatten auch die Bunte Liste/Wehrt euch sowie die F.D.P. erhoben; der Bürgerschaftswahlkampf hatte den Verfassungsschutzskandal einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Teile der Hamburger Presse und der Norddeutche Rundfunk haben Wesentliches zur Aufdeckung der bisher bekannten Fakten beigetragen. Nicht zuletzt haben betroffene ehemalige HSW-Angehörige mit Flugblattaktionen, Auftritten in Veranstaltungen usw. für Öffentlichkeit gesorgt. Am 1.Mai trugen Gewerkschafter ein Transparent mit der Aufschrift "Verfassungsschutz raus aus Hamburger Betrieben!" Und in etlichen Betrieben wurden von Betriebsräten und Vertrauensleuten Protesterklärungen verabschiedet, wurden Anfragen an die Geschäftsleitungen gestellt, ob auch sie die „lieben Mitarbeiter" ausspähen lassen. Der Druck der demokratischen Öffentlichkeit hat allerdings bisher noch nicht erreichen können, daß die erhobenen Forderungen erfüllt wurden.

Neun Monate nach Bekanntwerden des Skandals um die Hamburger Stahlwerke hat sich nichts geändert. Und Senator Staak gibt sich kaltschnäuzig wie ehedem. Der "Morgenpost" gegenüber verstieg er sich zu der Bemerkung, daß er seine politischen Bemühungen „*im Einvernehmen mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Betroffenen*" betreibe. Was die Kapitalisten betrifft, so zweifeln wir nicht daran, daß er sich um eine einvernehmliche Lösung bemüht; und daß da bestimmte Gewerkschaftsführer mitkunkeln. wollen wir auch glauben. Aber die Betroffenen? Die betroffenen HSW-Arbeiter und Kollegen aus anderen Betrieben kann er wohl kaum gemeint haben - denn das sind für ihn ja alles „Extremisten".Bleibt nur der Schluß: gemeint sind die betroffenen VS-Agenten. Mit denen aber braucht ein Einvernehmen kaum hergestellt werden - es existiert bereits.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft
KB/Gruppe Hamburg



Ausspähobjekt 1.-Mai-Demonstration. Im VS-Jargon „der harte Kern".

Die „Liberalisierung" oder: Die kurze Geschichte einer typischen SPD-„Reform"

Voraussichtlich am 17. Januar dieses Jahres will die Bundesregierung nun endgültig über die in den letzten Monaten angekündigte „Liberalisierung" der Berufsverbotspraxis entscheiden. Schon jetzt ist jedem, der die „Liberalisierungs"-Kampagne von SPD und FDP einigermaßen verfolgt hat, klar, was dabei an Änderungen herauskommen wird: nichts!

Wir wollen hier noch einmal kurz die wesentlichen Stationen dieser SPD-„Reform" aufzeigen:

1. Im Frühjahr letzten Jahres, unmittelbar nach der 1. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals trat Egon Bahr mit seiner Äußerung, der „*Radikalenerlaß gehört auf den Müllhaufen*" an die Öffentlichkeit. Ihm folgte Koschnik, der die massive Ausdehnung der Überprüfungen durch den Verfassungsschutz und die Entstehung des daraus folgenden Duckmäusertums unter einem großen Teil der Jugendlichen bzw. die wachsende „Staatsverdrossenheit" scheinheilig kritisierte. Er pries dabei die „Liberalität" der Berufsverbotspraxis in Bremen, wo die Regelanfrage abgeschafft sei und befürwortete dieses Verfahren auch für andere Länder. Damit war die Kampagne eingeleitet.

2. Im September kam dann Hans-Ulrich Klose mit seinen Vorschlägen ganz groß raus. Die wesentlichsten Punkte waren:

a) für jeden Bewerber gilt „die positive Vermutung der Verfassungstreue",

b) Mitgliedschaft oder auch Funktionen in einer „verfassungsfeindlichen" Organisation reichen nicht zur Ablehnung aus. Es müsse schon „aktives Handeln" gegen die FDGO hinzukommen,

c) die Regelanfrage beim Verfassungsschutz entfällt.

Klose begründete seinen Vorschlag ähnlich wie Koschnick, erwähnte aber noch insbesondere den Wahlerfolg der „Bunten Liste" in Hamburg als Anzeichen dafür, daß sich die Jungwähler massiv von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnen. Anlaß genug für die SPD, dem entgegenzuwirken und ein neues Integrationsmanöver zu starten. Dies gelang Klose anfangs auch recht gut. Selbst die DKP-nahe Initiative „Weg mit den Berufsverboten" feierte Kloses Vorschläge als „Schritt in die richtige Richtung", mit deren Verwirklichung 95 Prozent der Berufsverbote vom Tisch seien (vor allem natürlich für DKP-Mitglieder). Klose selbst hatte immerhin davon gespro-

als Anzeichen dafür, daß sich die Jungwähler massiv von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnen. Anlaß genug für die SPD, dem entgegenzuwirken und ein neues Integrationsmanöver zu starten. Dies gelang Klose anfangs auch recht gut. Selbst die DKP-nahe Initiative „Weg mit den Berufsverboten" feierte Kloses Vorschläge als „Schritt in die richtige Richtung", mit deren Verwirklichung 95 Prozent der Berufsverbote vom Tisch seien (vor allem natürlich für DKP-Mitglieder). Klose selbst hatte immerhin davon gespro-

chen, daß auch unter den neuen Richtlinien 75 Prozent der in Hamburg ausgesprochenen Berufsverbote Bestand haben würden. Dennoch äusserten sich Jusos und andere Teile der Linken zustimmend.

3. Im Oktober gibt Koschnick vor dem SPD-Parteivorstand einen Bericht zum Thema ab und formuliert 9 „Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst". In diesen „Grundsätzen" werden Kloses Vorschläge bereits relativiert. Zwar soll auch hier die Regelanfrage wegfallen, jedoch: „*Eine Anfrage beim Verfassungsschutz muß stattfinden,*

a) wenn der Behörde Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers oder eines Angehörigen des Öffentlichen Dienstes begründen."

Die Anfrage soll allerdings „erst" erfolgen, wenn die „*dienstrechtlichen Vorraussetzungen erfüllt und eine Einstellung beabsichtigt*" ist, also immer dann, wenn ein Bewerber überhaupt Aussicht auf Einstellung hat. Die Regelanfrage soll bestehen bleiben für Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Berufssoldaten ... Im übrigen empfiehlt Koschnick um die „*Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit des Dienstrechts zu sichern*" zu prüfen, „*wie disziplinarrechtliche Ordnungsmaßnahmen ... zügig durchgesetzt werden können*". Was nicht in diesen Grundsätzen steht, aber schon vorher zwischen Koschnick und Klose vereinheitlicht worden war, daß natürlich auch das „außerdienstliche" Verhalten eines Beamten zur Beurteilung seiner „Verfassungstreue" herangezogen werden kann.

4. Auf dem Kölner Parteitag der SPD im Dezember wurden dann „Grundsätze" verabschiedet, die selbst noch hinter die Vorschläge von Koschnick zurückfallen. Dort heißt es inzwischen:

„*Ein Stück des Verhaltens, das dabei für die Beurteilung der Verfassungstreue des Bewerbers erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder eine Betätigung in einer politischen Partei sein.*"

Von Kloses Vorschlag, Mitgliedschaft spiele keine Rolle, also keine Spur mehr. Die obige Formulierung ist so nahezu wörtlich aus dem BVG-Urteil von 1975 übernommen, ein Anzeichen dafür, daß sich Schmidts Forderung nach Gehorsam gegenüber dem BVG durchgesetzt hat.

Zur Begründung der Abschaffung der Regelanfrage heißt es in den „Grundsätzen":

„*Die SPD betont nachdrücklich die wichtige Rolle, die die Ämter für Verfassungsschutz bei der Beobachtung antidemokratischer Bestrebungen ... spielen. Sie müssen den für diese Arbeit erforderlichen Raum staatlichen Handelns behalten und sollen nicht mit Personenüberprüfungen allgemeiner Art von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten werden.*"

Eine sehr deutliche Argumentation!

5. Bekanntlich ist es so, daß sich die SPD- und FDP-Führer in den Regierungssesseln nicht an die Beschlüsse der Parteitage ihrer eigenen Parteien gebunden fühlen (s. als letztes aktuelles Beispiel die Kalkar-Abstimmung).

Und so wird sich wohl auch die Bundesregierung bei ihren Beratungen am 17. Januar nicht unbedingt an die „Grundsätze" des SPD- oder auch FDP-Parteitags gebunden sehen. In der „Welt" vom 3.1. heißt es hierzu:

„*In den umstrittenen Punkten der bisherigen Praxis (Bewertung der Mitgliedschaft. wann wird beim Verfassungsschutz angefragt? Kann es eine Rechtsvermutung der Verfassungstreue geben?) ist das Kabinett offenbar nicht bereit, so weit (!) zu gehen, wie dies die Parteitage von SPD und FPD gefordert hatten.*"

Wenn man die Äußerungen Schmidts, er wolle „*diese Brüllaffen, die den politischen Gegner bei Veranstaltungen niederbrüllen und mit Tomaten und Eiern bewerfen*", nicht im Staatsdienst haben, ausgeht, geht man wohl nicht fehl in der Vermutung, daß von der ganzen „Liberalisierungs"-Geschichte nichts weiter übrig bleiben wird als die Abschaffung der Regelanfrage für diejenigen, die sowieso nicht eingestellt werden sollen.

Berufsverbote-Kommission



Aus „GEW-Kalender" 1979

Politischer Überwachungsverein

Aus „GEW-Kalender" 1979

Praktiziert Albrecht was Klose fordert?

„Brauchen wir den Radikalenerlaß?" lautete der Titel einer Diskussionsveranstaltung der Göttinger Jusos und der „Initiative gegen Berufsverbote" am 12.12.78. Vertreten waren die CDU, die FDP, die SPD, die DKP, ein Jurist und ein Betroffener.

Interessant in dieser Diskussion waren die Aussagen des SPD-Vertreters zu Kloses Vorschlägen. RA Lehmann erklärte für die SPD Göttingen, „Kloses Auftritte sind spektakulärer als ihre Inhalte". So würde die Abschaffung der Regelanfrage überhaupt nichts zur „Begrenzung der Praxis des Radikalenerlasses beitragen", da der Verfassungsschutz schon ermittelt habe „und ja gerne zur Amtshilfe bereit ist. Die Schnüffelei bleibt".

Das einzige Positive sah er in der Regelung, keine Tatsachen mehr zu berücksichtigen, die länger als zwei Jahre zurückliegen bzw. wenn der Betroffene jünger als 18 war. Dies würde seiner Ansicht nach tatsächlich eine Einschränkung des Radikalenerlasses bedeuten.

Hier sah nun Dr. Harald Noack, CDU-Vertreter und in Albrechts Staatskanzlei angestellt, seine Chance, sich zu profilieren. Er verwies auf die Verwaltungsleitsätze des Landes Niedersachsen, die vorsehen, daß keine Tatsachen von unter 18jährigen verwertet werden; ebensowenig solche, die länger als 3 Jahre zurückliegen.

Und dieses eine Jahr Unterschied, läßt man die völlige Beliebigkeit solcher Fristen einmal außer acht, soll nun den Kohl fettmachen?

KB-Gruppe Göttingen

Im Fall Kurt Faller: Lügen und Verleumdungen

Nachdem trotz massiver Proteste der Öffentlichkeit und trotz eines für ihn positiven Arbeitsgerichtsurteils dem Endinger Sonderschullehrer Kurt

Im Fall Kurt Faller: Lügen und Verleumdungen

Nachdem trotz massiver Proteste der Öffentlichkeit und trotz eines für ihn positiven Arbeitsgerichtsurteils dem Endinger Sonderschullehrer Kurt

Faller (DKP) die Weiterbeschäftigung als Angestellter verweigert wurde, versuchen Kultusbürokratie und Oberschulamt die Aufdeckung ihrer Machenschaften zu kriminalisieren.

Im Herbst hatten die Eltern der von Faller unterrichteten Kinder - neben gerichtlichen Klagen - eine Petition an den Landtag gerichtet. In der Sitzung des Petitionsausschusses nun hatten der Vize-Präsident des Freiburger OSA Lübke und der Regierungsschuldirektor Werner Schneider behauptet, hinter der Petition für Faller stünden lediglich noch drei von ursprünglich 23 Eltern. Eine glatte Lüge, wie die Elternsprecherin Waltraud Kryschewski öffentlich klarstellte, nachdem die Gründe für die Ablehnung der Petition bekanntgeworden waren.

Daraufhin stellten die Beamten Lübke und Schneider Strafantrag wegen übler Nachrede und Verleumdung! Ein entsprechender Strafantrag des Kultusministeriums wurde angekündigt.

Doch damit längst nicht genug. Ende Dezember wurde dem Endinger FPD-MdL und Kläger gegen das AKW Wyhl Hans-Erich Schött von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß Lübke gegen ihn ebenfalls Strafantrag gestellt habe, weil er die Aussagen der Elternsprecherin unterstützt und bestätigt habe. Da es sich um eine „Beleidigung mit politischem Charakter" handle, müsse ein Antrag an das Stuttgarter Parlament zur Aufhebung der Immunität des Abgeordneten in Betracht gezogen werden, um gemäß der Anzeige Ermittlungen gegen ihn einleiten zu können.

Ungestraft dürfen hohe Beamte das Parlament belügen - der Petitionsausschuß stellte zwar fest, die Aussagen des OSA seien „unrichtig" gewesen, leitete aber keinerlei Maßnahmen ein; die Dienstaufsichtsbeschwerde der Eltern wurde vom Kumi zurückgewiesen – aber der, der die Lügen aufdeckt, soll ein Verleumder sein und als solcher bestraft werden...

KB/Gruppe Freiburg

meldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeld

Bayern: In Bayern sollen künftig alle volljährigen Bewerber für den öffentlichen Dienst einer sogenannten Karteianfrage beim Verfassungsschutz unterworfen werden. Bislang unterlagen dieser Überprüfung „nur" Bewerber für den „höheren" und „gehobenen" Dienst sowie für Justiz und Polizei. Diese Verschärfung der Gesinnungsschnüffelei verglich der bayrische Finanzminister Streibl mit der Röntgenreihenuntersuchung, bei der „*ja auch nicht erst eingeschritten werde, wenn der Patient hustet*". Sowenig es eine „Vermutung der Gesundheit" geben könne, so wenig dürfe man von einer Vermutung der Verfassungstreue ausgehen.

Als „Gesundung" haben seinerzeit auch die Faschisten ihr Vernichtungsprogramm gegen ihre politischen Gegner angegeben (Nach „Spiegel", 11.12.1978).

Bonn: Das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken", eine CSU-Tarnorganisation (der bayrische Kultusminister Maier ist Vorsitzender) hat sich massiv für die Beibehaltung der gegenwärtigen Berufsverbotspraxis ausgesprochen. Es sei „*unerträglich, daß Eltern durch staatliche Maßnahmen dazu gezwungen werden könnten, die Erziehung ihrer Kinder Lehrern überlassen zu müssen, die unsere Verfassung und die zugrundeliegende Wertordnung nicht vertreten, ja sogar ablehnen oder bekämpfen*". Etwas „Liberalisierung" möchte das ZdK jedoch auch: Das Überprüfungsverfahren solle „*in Würdigung der Person unter Beachtung von Alter und Lebensumständen mit Sorgfalt und Einfühlungsvermögen* (man beachte!) *gestaltet werden*". Außerdem empfiehlt das ZdK „Zurückhaltung" bei Ereignissen, die vor dem Eintritt eines Bewerbers in das wahlfähige Alter liegen.

Welch christliche Milde!

Einer „*unverantwortlichen Stimmungsmache, die mit totalitär vorgeprägten Begriffen wie Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot junge Menschen in einen Gegensatz zur Verfassungsordnung drängen will*", könne am besten dadurch entgegengewirkt werden, daß über Bedingungen und Verfahrensabläufe mit größtmöglicher Klarheit informiert werde. Nur zu!

Baden-Württemberg: Nach dem positiven Arbeitsgerichtsurteil im Berufsverbotsfall Kurt Faller (s. AK 144) gab es jetzt in Baden-Württemberg eine Reihe weiterer positiver Arbeitsgerichtsurteile. Das Arbeitsgericht Stuttgart entschied im Berufsverbotsprozeß gegen Ernesto L. zugunsten des Betroffenen. Begründung: Sein Verhalten sei deshalb als verfassungstreu zu werten, weil e r auch durch drohende Nachteile nicht dazu gebracht werden konnte, etwas nach seiner Meinung Verfassungswidriges zu tun. Er hatte die Frage nach der Mitgliedschaft in der DKP und im MSB aus verfassungsrechtlichen Gründen zurückgewiesen, obwohl ihm gerade dies von der Behörde zur Last gelegt wurde.

Das Arbeitsgericht Reutlingen verfügte die Einstellung der Lehrer Heidi K., Christian L. und Wolfgang E.

Vom Verwaltungsgericht Sigmaringen wurden dagegen zwei Berufsverbote wegen angeblicher DKP-Mitgliedschaft bestätigt. In zwei anderen Fällen soll die Schulbehörde „neu" entscheiden.

Im Fall der Jungdemokratin Johanna Büchele machte die Landesregierung einen Rückzieher. Ihr Fall war im Sommer letzten Jahres breit bekanntgeworden, nachdem aufgrund einer anonymen Denunziation (ähnlich wie sie schon der damalige Hamburger Schulsenator Apel gefordert hat) aus dem Schuldienst entlassen werden sollte.

Johanna Büchele klagte daraufhin vor dem Verwaltungsgericht Freiburg für ihre Einstellung als Beamtin auf Lebenszeit. In der mündlichen Verhandlung brachte das Oberschulamt als „Beweismittel" ein von ihr im Geschichtsunterricht verwendetes Arbeitsblatt ein, auf dem das Sozialistengesetz von 1878, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" von 1933 und der Ministerpräsidentenerlaß von 1972 kommentarlos gegenübergestellt worden waren. Das Oberschulamt: „*Es lag die Vermutung nahe, daß Frau Büchele das Hitler-Gesetz auf eine Stufe mit dem Ministerpräsidentenbeschluß stellte – und das wäre eine Verunglimpfung unseres Staates gewesen*". Aus dieser „möglichen Indoktrination" der Schüler seien „*unter Umständen neue Zweifel an der Verfassungstreue der Lehrerin herzuleiten*".

Obwohl sich das Oberschulamt nicht zu einem Vergleich bereit erklärte und die Klage von Johanna daraufhin vom Gericht abgewiesen wurde, erfolgte inzwischen doch ihre Einstellung als Beamtin auf Lebenszeit. Wahrscheinlich hat ihr Fall zu viel Staub aufgewirbelt, als daß man so ohne weiteres ein Berufsverbot hätte durchziehen können. Immerhin hat sich auch der FDP-Landesvorstand hinter Johanna Büchele gestellt.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Neuer Angriff auf selbstverwaltete Frauenhäuser

Seit ca. zwei Jahren existieren Häuser für mißhandelte Frauen, die von Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung gegründet wurden. Gemeinsames Ziel dieser Projekte ist es, mißhandelte Frauen und Kinder sofort und unbürokratisch vor weiteren Mißhandlungen zu schützen und ihnen eine Perspektive für ein eigenständiges Leben zu vermitteln. Die Überwindung bestehender Abhängigkeitsverhältnisse setzt voraus, daß die Frauen über das Leben im Haus – entsprechend dem Selbstverwaltungsprinzip – selbst bestimmen.

Schon immer ist die Finanzierung für die Frauenhäuser das größte Problem gewesen.

Von staatlicher Seite wird nun versucht, daß die Frauenhausinitiativen ihre Häuser nach dem § 72 des Bundessozialhilfe-Gesetzes (BSHG) als Heim (oder heimähnliche Einrichtung) von den Landeswohlfahrtsverbänden bzw. Landschaftsverbänden anerkennen lassen, um sich dann über Pflegesätze (wie in Krankenhäusern/Heimen üblich) zu finanzieren.

Im Gesetz heißt es: „*Personen, bei denen besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen, ist Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu gewähren wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind.*" (BSHG § 72, Abs. 1). Die selbständige Organisation der Frauenhäuser wird durch die von öffentlichen Trägern in Aussicht gestellte Finanzierungsmöglichkeit eingeschränkt werden.

Konkret bedeutet die Anwendung des § 72 BSHG, daß

- Konzeption und Organisationsplan für ein Frauenhaus in Anerkennungsverfahren mit den Landeswohlfahrtsverbänden/Landschaftsverbänden „abgestimmt" werden müssen, ebenso das „pädagogische" Angebot.
- Belegungsziffern amtlich festgelegt werden,
- über alle aufzunehmende Frauen Gutachten erstellt werden müssen, in denen über den Zustand der Frau bei der Aufnahme, den „pädagogischen Ansatz" und die voraussichtliche Aufenthaltsdauer, Auskunft erteilt wird,
- diese Gutachten von einer ausgebildeten Sozialarbeiterinn/Sozialpädagogin erstellt werden müssen,
- alle Leistungen aus der Sozialhilfe von der Sozialarbeiterin im Frauenhaus bewilligt und ausbezahlt werden müssen,
- die Sozialämter über die Berechtigung der Aufnahme im Frauenhaus entscheiden,
- die Landeswohlfahrtsverbände das Recht auf Kontrolle der Frauenhäuser bezüglich Finanzen, aufgenommenen Personenkreis und Einhaltung der ausgehandelten Konzeption des Hauses haben.



Eine Frau dreht (blickt) durch ↑

Eine Frau dreht (blickt) durch ↑

Hörst du Frau Müller schreien? Er prügelt sie schon wieder!

Ja, das geht mir ganz schon auf den Nerv.

Meinst Du nicht, wir sollten die Polizei rufen?

Hör bloß auf, er wird schon seinen Grund haben!

Ich kann das aber nicht mit anhören. Das Kind schreit auch schon.

Das geht uns nichts an! Stell' endlich den Fernseher an und sei ruhig!

Dies alles steht in krassem Widerspruch zu den Selbstverwaltungsprinzipien der Frauenhäuser.

Die Erstellung von Gutachten über jede einzelne Frau beeinflußt das Verhältnis zwischen Mitarbeiterinnen und betroffenen Frauen grundsätzlich. Das Frauenhaus wird von den betroffenen Frauen als offizielle Institution wahrgenommen, die Mitarbeiterinnen als Vollstreckerinnen staatlicher, bürokratischer Interessen. Ein Vertrauensverhältnis wird dadurch unmöglich gemacht.

Die im Haus angestellte Sozialarbeiterin befände sich in der mißlichen Lage, um den Pflegesatz bewilligt zu bekommen, möglichst schlechte Aussagen über die betroffene Frau machen zu müssen und dann in Gesprächen mit der Frau in einem „partnerschaftlichen Verhältnis" die Vergangenheit aufarbeiten. In den Konzeptionen der Frauenhausinitiativen ist auch die Mitarbeit von ausgebildeten Fachkräften nicht unbedingt Einstellungskriterium, sondern die „Qualifikation" mit Inhalten aus der Frauenbewegung.

Die Auszahlung der Hilfe zum Lebensunterhalt/ des Taschengeldes... durch die Mitarbeiterin im Haus würde das Vertrauensverhältnis zwischen Mitarbeiterin und betroffener Frau – ebenso wie die Erstellung von Gutachten – stark belasten.

Amtliche Kontrollen würden die Arbeit im Frauenhaus beeinträchtigen und ständig die Arbeit in Frage stellen. Die erstellten

die Arbeit im Frauenhaus beeinträchtigen und ständig die Arbeit in Frage stellen. Die erstellten

Gutachten würden als amtliche Akten der Frau lange nachhängen und könnten auch auf dem Wege der Rechtshilfe z.B. als Unterlagen zu Scheidungsverfahren herangezogen werden.

Eine Finanzierung der Frauenhäuser auf Grundlage des § 72 BSHG würde auf jeden Fall die totale Kontrollmöglichkeit durch Ämter ermöglichen. Dies ist auch die Ursache für das Drängen der Institutionen, die Frauenhausinitiativen zur Finanzierung über den § 72 BSHG zu bewegen.

Landeswohlfahrtsverband und Landschaftsverband zeigen sich in schon laufenden Verhandlungen recht kooperationsbereit: Es ließe sich über alles reden, Gutachten brauchten nur kurz zu sein, Besichtigungen könnten angekündigt werden etc. Sie preisen den § 72 in den höchsten Tönen: Die Finanzierung sei langfristig gesichert (wenn die Anerkennung durch ist), Preissteigerungen könnten „automatisch" berücksichtigt werden ....

All das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß gesetzlich alles geregelt ist und Vereinbarungen jederzeit unter Berufung auf Paragraphen hinfällig werden können.

Anfang November fand in Hannover ein Treffen schon arbeitender Frauenhausinitiativen statt. In einer Resolution fordern die Vertreterinnen der Frauenhäuser aus Westberlin, Bremen, Bielefeld, Kassel, Kiel, Hannover, Hamburg, Frankfurt, Köln und Oldenburg, „*daß die Finanzierung von Frauenhäusern unabhängig von einer Zuordnung zum § 72 BSHG sichergestellt wird und entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.*"

Peter Brosch gewann Prozeß gegen Innere Mission

Eine weitere Schlappe mußte die Innere Mission Bremen im Rechtsstreit um das Isenbergheim hinnehmen: **Das Arbeitsgericht erklärte die fristlose Kündigung des Sozialarbeiters Peter Brosch durch die Innere Mission vom 13.9.77 für ungültig.** Die Kündigung war die Antwort der Inneren Mission gewesen, nachdem Peter Brosch damals die skandalösen Zustände im Isenbergheim, einem inzwischen geschlossenen Mädchenheim, aufdeckte (wir berichteten mehrfach im AK darüber). Die Innere Mission (Träger des Heims) warf ihm Verletzung der Treuepflicht vor. Das Arbeitsgericht entschied jetzt, daß eine Verletzung der Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber nicht vorliegt, zumal sich eine Reihe von Vorwürfen gegenüber der Inneren Mission als richtig erwiesen haben. Gegen das Urteil will die Innere Mission Berufung einlegen.

Der Erfolg vor dem Arbeitsgericht läßt aber hoffen, daß die Innere Mission in den noch folgenden Prozessen (z. B. auch noch gegen die Bremer Frauen-Aktionseinheit, die den ersten Prozeß verlor) auch verlieren wird.

AG Frauen Bremen

Schülervertreter zum Thema „Frauen zum Bund"

Mehrere Schülervertreter(innen) aus Frankfurt haben in einem Brief an verschiedene Zeitungen (u.a. auch an die „Emma" und die „Courage") zum Thema „Frauen zur Bundeswehr" Stellung genommen. Hier ihr Brief:

„...Zunächst einmal wollen wir unser Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß ein Teil der Zeitungen, die sich selbst der demokratischen Öffentlichkeit dieses Landes zurechnen, teilweise das Bestehen der Bundeswehr als völlig ‚unproblematischen Bestandteil' der BRD anerkennt.

Es wird darüber hinaus der falsche Eindruck erweckt, als sei sich das ‚ganze deutsche Volk über die Notwendigkeit einer Bundeswehr' einig.

Tatsache ist jedenfalls, daß wir Jugendlichen nicht gefragt worden sind, ob wir eine Armee wollen, bzw. das Hochschnellen der Kriegsdienstverweigererzahlen beweisen eigentlich ziemlich klar die weitverbreitete A b l e h n u n g des Kriegsdienstes unter den Jugendlichen. Da dem Willen dieser Jugendlichen nicht stattgegeben werden sollte, wurde ja schließlich die ‚Postkartenregelung' wieder abgeschafft. Die wiedereinführung des Kriegsdienstes und die Wiederbewaffnung der BRD sind bekanntlich gegen den breiten Widerstand der Kriegsgegner durchgesetzt worden.

Ein Dienst in der Bundeswehr

derstand der Kriegsgegner durchgesetzt worden.

Ein Dienst in der Bundeswehr

muß um vieles problematischer erscheinen, als gerade in jüngster Zeit Zustände bekannt werden, die nicht gerade für einen Dienst in der Bundeswehr sprechen:

- Generäle mit faschistischer Vergangenheit fördern das Aufleben des Nazismus in der Bundeswehr;
- Antisemitische Provokationen in der Bundeswehr, auch sonst weit verbreiteter Rassismus;
- halboffizielle Ausbildung faschistischer Militärs z.B. aus Chile;
- ‚mysteriöse' Besuche faschistisch-rassistischer Regimes (z.B. Südafrika) durch hohe Bundeswehrgenerale;
- Teilnahme von Offizieren der Bundeswehr (teilweise in Uniform) an Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppen.

Bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang auch, daß diese Vorgänge, wenn sie bekannt werden, meist folgenlos für die Verantwortlichen bleiben, während Soldaten, die sich in Uniform z.B. an Demonstrationen des DGB zum 1.Mai beteiligen, bestraft werden.

Durchaus umstritten ist auch die Rolle der Bundeswehr als angebliche ‚Verteidigungsarmee'. Nach zwei von den Herrschern dieses Landes verursachten Weltkriegen gehört die Geschichte von der ‚Wehr' wohl mehr in das Reich von 1001 Nacht...

Gerade vor dem o.g. Hintergrund sehen wir das bestätigt.

Unter diesen Umständen von Seiten der Demokraten dieses Landes befürwortend über den Ausbau der Bundeswehr in Richtung Einberufung von Frauen zu diskutieren, halten wir für eine gefährliche Unterstützung und Stärkung des Militarismus in der BRD.

Um so erschreckender der Zustand der Medien in diesem Land, wenn die Version der Bundesregierung, der Militärs und nicht zuletzt der CDU nicht nur einfach übernommen wird, sondern auch noch mit ‚fortschrittlichen' Argumenten an die Betroffenen verkauft werden soll. Darüber hinaus halten wir den Dienst in der Bundeswehr für die betroffenen Jugendlichen nicht gerade für dienlich zur Förderung der Emanzipation.

Im Gegenteil wissen wir von unseren Freunden, daß das Erziehungsziel der Bundeswehr gerade umgekehrt ist. Demokratische und selbstbewußte Soldaten gelten in der Bundeswehr als gefährlich und werden verfolgt und unterdrückt – oft verschwinden sie in den Knästen.

Ca. 1.000 Selbstmordversuche sprechen eine deutliche Sprache über das Klima in dieser Armee...

Warum sollte dies für Frauen anders sein?

Das frauenfeindliche Klima in der BRD läßt eher auf Umgekehrtes schließen.

Eine besondere Unterdrückung von Frauen in der Armee:

‚*Mit viel Ermunterung, Druck und wenn es sein muß, mit einem Tritt (!) in den Hintern sind Frauen zu sportlichen Höchstleistungen fähig...*' zitiert der SPIEGEL (46/78) zynischerweise wohlwollend einen amerikanischen Offizier.

Diese Behandlungsmethoden gehören auch zum ‚guten Ton' in der Bundeswehr. Weitgehend übereinstimmend gehen SPIEGEL, STERN, FR, FAZ,FNP und EMMA von der Be-

deswehr. Weitgehend übereinstimmend gehen SPIEGEL, STERN, FR, FAZ,FNP und EMMA von der Be-

rechtigung einer Forderung nach allgemeiner Dienstpflicht für Jugendliche aus.

Mit ‚fortschrittlichen' Argumentten (‚Emanzipation') wird hier dasselbe befürwortet, was der faschistische Staat mit seiner Ideologie von der ‚Volksgemeinschaft' erreichte: eine Militarisierung a l l e r gesellschaftlichen Bereiche, bis hin zu den Kindern.

Teilweise wird auch heute wieder der alte Ladenhüter von ‚gleiche Rechte bedeutet auch gleiche Pflichten' ausgegraben. Gerade wir Jugendlichen machen aber täglich die Erfahrung, daß wir von diesem Staat n u r benachteiligt werden und dazu noch betrogen und belogen:

- nach der Schule keine Arbeit, sondern arbeitslos;
- miserable Ausbildungs- und Freizeitbedingungen für uns; treten wir für unsere Interessen ein, wird uns nicht selten die Polizei auf den Hals gehetzt, die das ‚Problem' mit Prügeln ‚löst';
- besonders Mädchen sind bei der Ausbildung und Arbeitssuche benachteiligt;
- wir werden in totaler Abhängigkeit und Bevormundung gehalten.

Sollten wir uns unter diesen Umständen auch noch durch ein Verschenken von 15/16 Monaten beim Staat bedanken? Unsere ‚Verdrossenheit' über die Segnungen dieses Staats wächst...

Mit freundlichen Grüßen
i.A. (A.Guhl, Stellvertretender Schulsprecher ERS II)
Frankfurt/Main, den 13.12.78
Schülervertretungen der Ernst-Reuter-Schulen I/II,
Schülervertretung II der Carl-Schurz-Schule,
Schülerinnenfrauengruppe

Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern

Unter diesem Titel veranstaltete der Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen" vom 24. - 26. November seinen ersten Kongreß, an dem sich über 1.000 Frauen beteiligten. Damit stellte sich der Verein das erste Mal der (Frauen)öffentlichkeit vor.

Der Verein wurde im Februar 78 von ca. 60 Frauen gegründet, heute sind es fast 300.

Ziel des Vereins ist es, *„feministische Forschung und Praxis auf nationaler und internationaler Ebene (zu fördern), insbesondere durch wissenschaftliche Diskussion, Kongresse, Informationsaustausch, Veröffentlichungen, Einrichtung und Koordination von Arbeitsgruppen aus Forschung, Lehre und angewandter Sozialwissenschaft"* (aus der vorläufigen Satzung).



Darüberhinaus tritt der Verein für eine Unterstützung von Aktivitäten gegen die Diskriminierung von Frauen ein. Obwohl das Interesse der Frauen an diesem Kongreß erheblich über den Erwartungen der „Vereinsfrauen" lag, gewährleistete die gründliche organisatorische und inhaltliche Vorbereitung den Erfolg des Kongresses.

Kritisiert wurde allerdings, daß der Kongreß völlig in die einzelnen Arbeitsgruppen zerfiel und kein gemeinsamer Austausch der Arbeitsergebnisse stattfand. Dieser Mangel wird auch nicht ganz dadurch aufgehoben, daß in der Zeitschrift des Vereins die Beiträge zu den Arbeitsgruppen abgedruckt werden sollen.

Der Kongreß begann am Freitagabend mit fünf Referaten, die im Wesentlichen in die Thematik der Arbeitsgruppen am nächsten Tag einführen sollten.

Wir wollen hier nur eine Kontroverse herausgreifen, die uns interessant erscheint, und zwar im Hinblick auf die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit" und genereller um bisher unbezahlte Arbeit, sei es „privat" sozialarbeiterisch oder auch über den
unbezahlte Arbeit, sei es „privat" sozialarbeiterisch oder auch über den
beruflichen Rahmen hinausgehende Arbeit.

Es ging um die Einschätzung „familienstützender Maßnahmen" wie Erziehungsgeld und erweiterten Mutterschaftsurlaub.

Ein Teil der Frauen schloß sich der Position an, daß Erziehungsgeld sehr schädlich für die Frauen sei: Sie würden diesen Anspruch überwiegend wahrnehmen und wären damit verstärkt ans Haus gekettet.

Ein anderer Teil meinte, wenn diese Argumentation das Einzige wäre, was die Frauenbewegung den Frauen als Alternative anzubieten hätte, dann sei es schlecht um sie bestellte; so einfach dürfe frau es sich nicht machen. Viele Frauen haben Grund genug, jedes finanzielle Angebot zur Verbesserung ihrer materiellen Situation wahrzunehmen. Die reaktionäre Propaganda darf nicht der Grund für eine Ablehnung von Erziehungsgeld und von ähnlich motivierten Maßnahmen zur „Familienstützung" sein.–

Das Kernstück des Kongresses bildeten elf Arbeitsgruppen (AG) mit Themen aus den verschiedensten Arbeitsbereichen; z.B. „Was heißt Feminismus in der Schule?", „Der andere Teil der Frauenbewegung, Frauengruppen an Volkshochschulen", zur Geschichte der Sozialpädagogik, zur Mädchenarbeit und zu Frauen und Psychotherapie.

Je nachdem, in welcher AG frau gewesen ist – berichtet wird hier über Erfahrungen aus drei AGs –, fällt auch die Zufriedenheit mit den Ergebnissen dieses Kongresses aus. So gab es einige Gruppen, wie etwa Frauen und Psychotherapie, die sich mit einer etwas abseitigen Problematik beschäftigten.

Wir hatten erwartet, daß in dieser AG die Situation von Frauen (Patientinnen und Mitarbeiterinnen) in psychatrischen Einrichtungen, und wie diese Situation zu verändern ist, das Hauptthema wäre. Stattdessen ging es im wesentlichen darum, daß viele Frauen der Frauenbewegung ihr Heil in der Psychotherapie suchen.

Sehr gut gefiel uns die Diskussion in der AG Frauengruppen in der Volkshochschule, die viele Aspekte der Arbeit umfaßte.

Die Frauen in den Volkshochschulen begreifen ihre Arbeit nicht ausschließlich unter dem bildungspolitischen Aspekt, unter dem sie offiziell läuft, sondern verstehen sie als einen Hebel für gesellschaftspolitische Veränderungen.

Daraus ergibt sich eine recht intensive Arbeit innerhalb der Kurse und mit den Kolleginnen.

Je nach Bundesland werden die Dozentinnen (die ihre Arbeit an der VHS in der Regel nur nebenberuflich ausüben) sehr unterschiedlich bezahlt und erhalten auch sehr unterschiedliche zusätzliche Mittel, um z.B. auf besondere Art für die Frauen-Foren zu werben, oder um mal mit dem gesamten Kurs ein Wochenende zu verbringen.

Ein großer Teil der anfallenden Arbeit wird von den Kursleiterinnen in der Freizeit und unbezahlt erledigt.

Für die nächste Zeit wird angestrebt, einen nationalen Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit zu erreichen, in die diese Probleme einfließen sollen.

Die Notwendigkeit einer gegenseitigen Unterstützung und Absicherung der bisher erreichten Arbeitsmöglichkeiten, zeigte sich besonders deutlich am Beispiel Frankfurt: Nach den Wahlen in Hessen und dem Sieg der CDU in Frankfurt zeichnet sich
den Wahlen in Hessen und dem Sieg der CDU in Frankfurt zeichnet sich
ab, daß die fortschrittliche Arbeit der Frauen-Foren massiv eingeschränkt werden soll.

Ermutigend fanden wir das Projekt einer Weiterbildungswoche für Frauen im Ruhrgebiet. Eigens für die Planung und Durchführung des Projektes konnte durchgesetzt werden, daß zwei Frauen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine befristete Anstellung bekamen. Es gibt sicherlich noch viel mehr Möglichkeiten, um mit regulären Geldern der Länder oder des Bundes Frauen die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und Kursen zu ermöglichen, deren Gestaltung anders ist als bei sonst üblichen Maßnahmen dieser Art. Es lohnt sicherlich dies mal genauer zu prüfen und auszuprobieren!

Besonders interessant für die Einschätzung des Kongresses erscheint uns eine Erfahrung aus der AG „Was heißt Feminismus in der Schule?"

Ein großer Teil der Frauen (offensichtlich Lehrerinnen) wollten vor allem ihre Rolle als Frau in der Schule, die Ansprüche, die an ihre „Mütterlichkeit" gestellt werden, und die Geringschätzung durch die Kollegen, diskutieren; dazu wurde eine Untergruppe gebildet. Auf recht breites Unverständnis stieß dagegen das Interesse einiger Frauen, die mehr die Problematik der Mädchen in der Schule behandeln wollten. Sie gingen davon aus, daß ein Grund für die Diskriminierung von Mädchen in Wissenschaft und Technik und die geringere Orientierung auf eine spätere Berufstätigkeit, in der geschlechtsspezifischen Erziehung und Ausbildung in der Schule liegt. Daß andererseits durch eine gezielte Förderung der Mädchen ein gut Teil sonstiger geschlechtsspezifischer Erziehung aufgehoben werden kann.

Eine Parteilichkeit für Mädchen in diesem Sinne, eine möglichst starke Unterstützung der Mädchen in ihren Interessen, war sehr umstritten. Ein großer Teil der Frauen sah zwar die besondere Situation der Mädchen, lehnte aber eine besondere Parteilichkeit für Mädchen heute ab, da die Bedingungen der Schüler (Streß; Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden) für beide, für Jungen und Mädchen g l e i c h e r m a ß e n schlecht seien.

An dieser Kontroverse (die auch in der AG Mädchenarbeit auftauchte) wird unserer Meinung nach deutlich, daß dieser Kongreß für viele Frauen primär ein Berufskongreß war; sie wurden offensichtlich über ihr berufliches Interesse und ihre eigene Rolle im Beruf und weniger über ein mehr globales Interesse an Frauenfragen angesprochen.

Wir meinen trotzdem, daß mit diesem Kongreß ein Anfang gemacht wurde, den „Insiderkreis" der neuen Frauenbewegung zu öffnen.

Es wurde ein Anfang gemacht in einem Berufsfeld, das eine ausgesprochene Frauendomäne ist, Bewußtsein für die besondere Frauenproblematik zu schaffen und zwar nach zwei Seiten, einmal in Richtung auf die Frauen und Mädchen, mit denen frau in dieser Arbeit zu tun hat, und in die Richtung auf die e i g e n e Problematik, das eigene Selbstverständnis und die oft besonders schlechten Arbeitsbedingungen.

Uns jedenfalls hat der Kongreß in dieser Richtung eine Menge Arbeitsmöglichkeiten bzw. ein riesiges Arbeitsfeld aufgezeigt, um mit Frauen – seien es Kolleginnen oder „Klientinnen" – zu arbeiten. (Warum soll die nächste Frauengruppe nicht während der Dienstzeit mit den Kolleginnen als Arbeitsbesprechung stattfinden?).

Es ist sicherlich kein Zufall, daß dieses der zweite berufliche Bereich (neben den Frauen in Naturwissenschaft und Technik) ist, in dem Frauen sich regen und anfangen, ihre Situation zu durchdenken und zu verändern:

In dem einen Bereich sind die Frauen unterrepräsentiert, der andere ist eine traditionelle Frauendomäne – beides Bedingungen, die die besondere Situation und Problematik der Frauen besonders deutlich werden lassen.

Frauen der FG „Lila Läuse" an der Fachhochschule für Sozialpädagogik

Anzeige

Ausschluß aus dem KB

Er hatte seine Freundin verprügelt!

Im Dezember verprügelte ein Mitglied der Ortsgruppe Lübeck seine Freundin, die nicht bei uns organisiert ist. Als Anlaß wurde von ihm angeführt, daß sie einen neuen Freund habe, ihn selbst nicht mehr treffen wollte und ihn 14 Tage lang wie Luft behandelt habe. B., die betroffene Frau, stellt den Vorgang etwas anders dar: der Genosse habe sie nach einem geplatzten Treffen am Telefon beschimpft, woraufhin sie eine Verabredung absagte. In den Tagen vor der „Prügelei" hatte der Genosse (H.) versucht, ein zusammentreffen fast gewaltsam - z. B. durch Klingelterror an der Wohnungstür - zu erzwingen. Deswegen hatte B. aus Angst bei befreundeten Nachbarn geschlafen (B. hatte Angst davor, geschlagen zu werden, da H. sie bereits vor 2 Jahren verprügelt hatte). Damals war H. aus dem KB ausgeschlossen, (jedoch nach ca. einem Jahr auf Grund einer Selbstkritik wieder aufgenommen worden).

Als B. einige Tage später zu einer Aussprache mit H. ging, die sie mit ihm verabredet hatte, schlug er sie regelrecht zusammen. Bereits vorher hatte H. gegenüber anderen Lübecker Genossen sein Vorhaben angedeutet; er gab auch danach offen zu, nicht im „Affekt" gehandelt zu haben. Mehrere Lübecker Genossinnen und Genossen berichten, daß H. auch nachträglich noch sein Verhalten als richtig bezeichnet. Ein Genosse schreibt z. B.: „*H. hat vor ca. 1 1/2*
richtig bezeichnet. Ein Genosse schreibt z. B.: „H. hat vor ca. 1 1/2
Wochen B. wieder einmal geschlagen. Er selbst rechtfertigt dies damit, daß er anders B. nicht erziehen könne. Er habe ihr zeigen müssen, daß sie sich bestimmte Dinge nicht erlauben dürfe... Früher habe er ihr angedroht, sie umzubringen, falls sie sich nicht ändere; nun habe er zeigen müssen, daß er das ernst gemeint habe, um sich nicht unglaubwürdig zu machen. Zu seiner Verteidigung zitiert er einzelne Frauenstimmen aus seiner Bekanntschaft, die an solchen Prügelmethoden nichts auszusetzen hätten... Auf mögliche Konsequenzen im KB angesprochen rechtfertigt er sich mit der Bemerkung ‚Kommunisten sind doch keine Pazifisten'!"

Eine Genossin schreibt: „*Zur Tat sagte er, daß er sich nicht anders helfen konnte, um der Sache ein Ende zu bereiten. Er gab zu, es getan zu haben. Er konnte es nicht verkraften, für B. Luft zu sein, wenn sie einen anderen Typ hatte, er sie aber brauchte*". Auch in einem Brief an B. rechtfertigte H. nachträglich die Schläge, indem er sich als den „Unterdrückten", „Gedemütigten" in der Beziehung beschrieb. „Fehler" und „Gefühlskälte" seiner Freundin hätten die Schläge gewissermaßen „notwendig" gemacht.

Wegen der Auseinandersetzung um sein Verhalten und eines Ausschlußantrages von Lübecker Genossen erklärte H. von sich aus seinen Austritt aus dem KB. LG und ZRK verfügten zusätzlich den Ausschluß von H., nachdem er eine Aufforderung, zu dem Vorfall Stellung zu nehmen ignoriert hatte.

In der Lübecker Ortsgruppe sind sich alle Genossinnen und Genossen einig darin, daß so ein Fall von Gewalt gegen Frauen „gerügt" werden muß. Stark umstritten sind jedoch die Konsequenzen. Mehrere Genossen und sogar Genossinnen, haben geäußert, daß der Ausschluß eine „zu harte Maßnahme" sei. Ich meine jedoch - wie auch LG und ZRK - daß ein Ausschluß notwendig ist, da

1. H. seine Freundin regelrecht zusammengeschlagen hat;
2. H. nicht zum erstenmal zugeschlagen hat, also ein „Wiederholungsfall" vorliegt;
3. und weil, das ist meiner Ansicht das Wesentliche, der Genosse die Gewalttätigkeiten hinterher ausdrücklich gerechtfertigt hat und keinen Ansatz von „Reue" zeigt.

Anders behandelt werden könnte ein solcher Fall meiner Meinung nach dann, wenn sozusagen einem Genossen mal „die Hand ausgerutscht" ist und er durch eine selbstkritische Haltung Ansatzpunkte zur Diskussion zeigt, d. h. wenn Anzeichen einer Änderung ersichtlich sind.

Eine Genossin der KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

P.S.: H. hat übrigens seine Absicht angedeutet sich nunmehr als armes Opfer der „K - Gruppen - Politik" zu präsentieren. Vielleicht kümmert sich der VS mal darum?...

AK-Redaktion

Peggy Parnass: „Prozesse 1970 – 1978"



Peggy Parnass, nach eigenen Angaben „*Volljüdin. Linke. Schwedin... Übe alle Berufe aus, die mit Sprache zu tun haben. Zur Zeit bin ich am liebsten Schauspieler, Gerichtsreporter und Kolumnist*". Wenn Peggy so schauspielert, wie sie schreibt, muß sie auch als Schauspielerin einfach packend sein. Sie hat jetzt ein Buch herausgegeben, in dem sie sämtliche Gerichtsreportagen, die sie zwischen 1970 und 1978 geschrieben hat, veröffentlicht. „U n z e n s i e r t" wohlgemerkt. Wieso unzensiert? Peggy hat auch das in „konkret" nicht veröffentlichte, im Buch mit aufgenommen und durch Kursivdruck kenntlich gemacht. Nicht immer ist die Kürzung ihrer Reportagen eine Zensur; an etlichen Stellen aber wird sehr deutlich, warum „konkret" gestrichen hat. So z.B. bei einer Reportage über die unglaublich milde Strafe für Rauschgift-Dealer großen Stils. Gestrichen wurde: „*Ich finde wenig Dinge fragwürdiger als eine Gefängniszelle. Zu den wenigen Dingen gehört auf jeden Fall der Rauschgifthandel als eine Form des Sich-Bereicherns an der Schwäche eines anderen. Und ich bin sehr für die Straffreiheit des Schwachen* [*in diesem Fall des Süchtigen*), *doch für die gründliche Bestrafung des abgebrühten Händlers*". Offenbar ist da die Kompetenz des Gerichtsreporters überschritten worden.

Ein aufregendes Buch

Peggys Prozeßreportagen sind nicht im üblichen Sinn „Gerichtsreportagen"; es sind eher Geschichten über Menschen, die Peggy alle in einer speziellen Situation antrifft, nämlich als sog. Rechtsbrecher. Während die bürgerliche Justiz sich auf den Standpunkt der eigenen Unfehlbarkeit stellt, stellt Peggy sich konsequent auf die Seite der Schwachen, egal ob sie Honka, Frau Meier, oder sonstwie heißen. Die kleinen Leute, ein Leben lang getreten, haben einmal zurückgetreten, sich einmal gewehrt und schon ging's schief. Peggy sitzt nicht nur im übertragenen Sinne mit ihnen auf der Anklagebank, sie setzt sich wirklich zu ihnen. Sie kann keinen dort vorn sitzen sehen, so ausgeliefert, so isoliert.

Ein politisches Buch

Selten ist es gelungen, so eindrucksvoll zu schildern, wie zynisch die Klassenjustiz ist. Wie die besser Situierten, die großen Fische höflich bis zuvorkommend vom Gericht behandelt werden. Auch ein straffälliger Akademiker ist eben ein Akademiker. Und wie abfällig, wie angeekelt die „Ungebildeten", die Eingeschüchterten vom Gericht mißhandelt werden. Da ist der Arbeiter Bernd K., der wegen Schwarzfahrens zu einem Jahr (ohne Bewährung!) verknastet wird. Er hatte keine Bleibe, kein Geld, also verkroch er sich immer wieder in der U-Bahn. Der Vorsitzende: „Die Frage ist, warum Sie immer gleich wieder (nach diversen Verurteilungen) mit der U-Bahn gefahren sind". Sollte er etwa Taxi fahren? Das hätte wahrscheinlich wenigstens noch „Stil".

Kampf dem § 218

Mit am stärksten beeindruckt haben mich die Prozeßgeschichten zum §218. Das stehen arme, verschreckte Frauen vor Gericht, Frauen, die schwanger wurden, es vertuschten, z.T. bis zur Geburt. Frauen, die selbst noch Kinder sind, mußten ihre Babies in miesen Absteigen, auf Klos, auf der Straße zur Welt bringen. Frauen, die ihre Kinder, an die sie nur voll Schrecken denken konnten, entweder aussetzten oder sofort nach der einsamen Geburt töteten, Frauen, die „ihrer Unterhaltspflicht" nicht nachkamen. Freundliche Richter fragten sie, geschüttelt von Unverständnis, warum sie denn die Pille nicht genommen hätten, ob sie nicht die Möglichkeit einer Abtreibung erwogen hätten. Peggy empört sich immer wieder, ist eine der ersten bei der „Selbstbezichtigung", denn: „*In der Zeit, in der man hin- und herüberlegt hat, ob Abtreibung Mord ist oder nicht, hat man Generationen ausgetragener Leibesfrüchte auf allen Schlachtfeldern der Erde hingerichtet. Ohne lange Debatten. Ethik ist: immer erst schön heranwachsen lassen, damit es sich auch lohnt. Die Ärzte, die so tun, als würden sie im Interesse des Kindes auf der Geburt bestehen, müßten gleichzeitig verantwortlich für den Werdegang dieses Kindes zeichnen*".

Eine gute Art von Neugier

Peggy ist unersättlich neugierig. Aber im Unterschied zu der penetranten „Wissen-Sie-auch-schon"-Neugier, will sie wissen, wie ein Mensch in eine Lage kommen kann, welche Ursachen es für ein „Delikt" gibt, nicht um zu richten oder zu tratschen, sondern um zu verstehen. Bei einer Geschichte, bei der vor Gericht überhaupt nichts von der Vorgeschichte klar wird, kann sie nur den Seufzer ausstoßen: „*Oh wie gerne würde ich doch die Geschichte hinter der Geschichte kennen!*" Bei einem Prozeß gegen eine Barfrau mit neun Kindern, die wegen Verletzung der Unterhaltspflicht angeklagt war, fasziniert sie die „*Vorstellung einer Barfrau mit so unendlich vielen Kindern. Wie ist das zu schaffen? Unentwegte Schwangerschaften gekoppelt mit so einem Beruf?*"...

Rechts = Links vor Gericht?

Rechts = Links vor Gericht?

Der tiefe Humanismus, der aus den Reportagen dieser engagierten Frau spricht, schlägt um in Fassungslosigkeit, Empörung, Wut, wenn sie über politische Prozesse schreibt. So etwa im Prozeß gegen DKP-Mitglieder, die gegen eine rechtsradikale Kundgebung demonstriert hatten. Die Behandlung der Antifaschisten vor Gericht verursachte ihr körperliche Übelkeit. Oder der Prozeß, in dem dem Herausgeber der „Nationalzeitung", Frey, bestätigt wurde, daß er den 1935 hingerichteten Kommunisten Fiete Schulze einen Mördern nennen darf: Man stützte sich dabei auf einen Prozeß aus der Nazi-Zeit!

In den Prozessen gegen Werner Hoppe, gegen Demonstranten, gegen Wallraff, Groenewold u.a. wird klar, was von der bürgerlichen These „Rechts = Links" übrigbleibt: Ein blindwütiges Holzen gegen alles, was nur nach links aussieht; bereitwillige, verständnisvolle Richter für Alt- und Neonazis. „*Höfliches Geplauder, Ungeheuerlichkeiten im gepflegten Club-Stil*", wie Peggy bitter feststellt. Ein Dr. Ludwig Hahn, Kommandeur der Nazi-Polizei in Warschau, bleibt eben trotz Massenmord ein Doktor. „*Wie können Richter nach so einem Prozeß überhaupt noch richten? Wie Ankläger anklagen? Und wie sollen sie in diesem Fall urteilen*"...

Die AK-Leser sollten sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, dieses agitatorische Buch zu lesen und, was mir ebenso wichtig erscheint, damit zu arbeiten. Lehrer können ihren Schülern die Geschichten vorlesen, Frauen können Frauen damit agitieren, Antifaschisten können (auch wegen der genauen Informationen) gut damit arbeiten — und vielleicht gibt es ja noch den einen oder anderen Genossen, der etwas hochmütig von „Humanisten" spricht. ...

Eine Genossin

Das Buch ist erschienen im Verlag Zweitausendeins und kostet DM 17,90

Schwule



Schwule Männer im US-Knast

Barry Allen

Der nachfolgende Artikel wurde von Barry Allen, einem schwulen Aktivisten aus den USA im Dezember 1978 für deutschsprachige Zeitungen geschrieben, um auf die Lage der Schwulen in den US-amerikanischen Gefängnissen aufmerksam zu machen. Der Verfasser ist selbst aktiv in der Betreuung schwuler Gefangener tätig und schildert die Zustände aus eigener Einsicht in die Verhältnisse. (Es wurden von der Redaktion kleine Kürzungen und stilistische Änderungen vorgenommen)

Die Schwulen in den US-amerikanischen Gefängnissen werden als Untermenschen behandelt, verachtenswert und gefährlich; nicht einmal mit den erbärmlichen Rechten versehen, die den anderen Gefangenen zugestanden werden. Offizielle Gefängnispolitik und inoffizielle gesellschaftliche Kräfte machen gemeinsam die Schwulenunterdrückung zu einem grundlegenden Führungs- und Auswahlinstrument im Knast.

Schwule müssen festgelegte Rollen im Knast übernehmen. Sie bekommen weibliche Namen und werden ebenso unterdrückt wie die Frauen draußen, nur noch schärfer. Schwule Männer werden im Knast oft mit einem „Alten" „verheiratet". In dieser Verbindung, die in der Regel repressiv ist, muß der Schwule ebenso sexuell zur Verfügung stehen wie den Lakaien spielen, die Zelle sauberhalten und Betten machen. Der „Alte" kann ihn an einen anderen Gefangenen verkaufen oder ihn zur Prostitution zwingen – ganz wie es ihm gefällt. Der Schwule wird also genauso zum Besitz des Heterosexuellen wie Frauen zum Besitz ihrer Ehemänner in der „freien Gesellschaft". Der Schwule muß sich für alles von seinem „Alten" die Erlaubnis einholen – besonders, wenn es um Sex geht oder auch nur halbwegs so scheint, oder wenn er irgendwo hingehen will, wo die Möglichkeit zu Sex mit anderen gegeben ist.

Vergewaltigung ist in den US-amerikanischen Gefängnissen an der Tageordnung und es gibt ungezählte Fälle von Gruppenvergewaltigungen. Viele der Opfer sind nicht schwul; nur einfach junge, unerfahrene Männer, die in die Höhle des Löwen geraten. Die Gefängnisbehörden und Gerichte übersehen mit Absicht die Vergewaltigungen in den Gefängnissen. Schwule Männer dienen oft als Kontrollmittel, um die gefährlichsten und aggressivsten Gefangenen ruhigzuhalten.

Jon Wildes, ein schwuler Knast-Aktivist, der im November 1976 von einem als gewalttätig bekannten Gefangenen „gekauft" und mit ihm auf eine Zelle verlegt wurde, zog es vor, in Einzelhaft zu kommen, anstatt noch sadistischen Mißbrauch durch den „Zellengenossen" zu erdulden.

Russell Smith, ein anderer Schwuler, der von drei Männern vergewaltigt worden war, fand sich plötzlich in einer gemeinsamen Zelle mit einem seiner Angreifer. Smith befürchtete weitere Überfälle und griff den Vergewaltiger an, indem er ihn mit einer Glasscherbe an der Kehle verletzte. Obwohl die Gefängnisverwaltung von der Vergewaltigung wußte, hatte sie trotzdem diese Zusammenlegung veranlaßt. - Russell wurde wegen Körperverletzung angeklagt. Im Prozeß erklärte der Richter die Vergewaltigung für absurd, weil ein Heterosexueller einen Schwulen gar nicht vergewaltigen könne! In seiner Verteidigung erklärte Smith, „Dieser Mann ist weder ein Heterosexueller, noch ein Homosexueller. Er ist ein Vergewaltiger. Außerhalb des Gefängnisses vergewaltigt er Frauen, im Gefängnis vergewaltigt er Männer". Russell Smith wurde zu einer zusätzlichen Haftstrafe von drei Jahren verurteilt, weil er sich gegen Vergewaltigung gewehrt hat!

Mord und Totschlag...

Gerade schwule Knast-Aktivisten sind ein Ziel von Angriffen. Thomas J. Colvin wurde am 9. April 1977 im Kinosaal des Mc Neil-Island-Knast erstochen. Gefängnisbeamte hatten einen Monat zuvor eine schriftliche Morddrohung gegen Colvin entdeckt, aber nichts zu seinem Schutz unternommen. Glen Levine, ein schwarzer Schwulen-Aktivist, wurde im Eßraum von Mc Neil-Island im Mai 1976 erstochen, während Wachbeamte nur sechs Meter entfernt zusahen.

Ernest Valenzuela, ein Pico-Indianer, und John Gibbs gründeten 1973 die „National Gay Prisoners Coalition" (Bundesverband schwuler Gefangener). Ernest Valenzuela wurde am 8. Nov. 1973 in Leavenworth, Kansas ermordet. Gibbs wurde darauf nach Mc Neil-Island verlegt, wo er in Einzelhaft kam. Später wurde er in die schreckliche „Verhaltenskontrolleinheit" (behavior control unit) im Bundesgefängnis Marion, Illinois verlegt, von wo er im Okt. 1977 nach Santa Fe in das dortige Landesgefängnis des Bundesstaates New Mexico kam. Es ist äußerst ungewöhnlich, daß ein nach Bundesrecht Verurteilter in ein Landesgefängnis kommt. Doch die Behörden begründeten den Transport mit dem Schutz von Gibbs. Gibbs' Post wurde zurückgeschickt und er war in Einzelhaft. Als schließlich ein Anwalt zu ihm vordringen konnte, wurde seine tatsächliche Situation enthüllt. In einem Bericht, den Gibbs dem Anwalt am 27. Okt. 77 geben konnte, heißt es: „*Die Zustände hier sind...unglaublich...die zutiefst menschenfeindlichen, die ich je erlebte. – Ich werde nur unzureichend versorgt und darf nicht mit anderen zusammenkommen. – Ich bekomme meine persönliche Habe nicht ausgeändigt ... keine medizinische Versorgung. Ich durfte nicht baden. Ich bin in einer Zelle ohne sanitäre Anlagen, ohne Matratze, ohne regelmäßiges Essen ...Ich habe schon 5 kg abgenommen (und) werde von sadistischen Beamten verfolgt...und verprügelt...Ich habe noch nicht mal Socken und Unterwäsche bekommen...*"

Gleichzeitig befanden sich zwei von Ernests Mördern in Santa Fe!... Vor wenigen Monaten wurde Russell Smith erneut in eine lebensgefährliche Situation gebracht: Im Bundesgefängnis Lompoc in Californien wurde Russell von seinen beiden Zellen„genossen" aufgefordert, sich für sie zu prostituieren. Als Russell sich dagegen empörte, wurde sein Leben bedroht. Daraufhin zögerte er nicht, wieder in Einzelhaft zu kommen, bevor ihm ein neues Verfahren wegen „Körperverletzung" angehängt werden könnte.– Zur gleichen Zeit bereitet Russell eine Beschwerde gegen Norman Carlson, den Chef der Bundesgefängnisse vor. Carlson hatte im Dezember 1976 eine Totalzensur gegen schwule Literatur in allen Bundesgefängnissen erlassen. Nach Carlson ist schwule Literatur die U r s a c h e von Vergewaltigungen in Gefängnisssen.

Russell argumentierte, daß ein Verbot schwuler Literatur eine Verletzung seiner verfassungsmäßigen Rechte sei und nichts mit Vergewaltigung zu tun habe. Zu dem Verfahren sollte Russell im Oktober 78 nach Marion verlegt werden. Doch als er den Bus bestieg, sah er sich den bei-



Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

den Männern gegenüber, die sein Leben bedroht hatten! Weil er erneut sein Leben in Gefahr sah, stürzte er sich sofort auf den einen Mann und wurde umgehend aus dem Bus geholt. Er kam wieder in Einzelhaft und sieht einer neuen Verhandlung und weiteren Haftstrafe entgegen.

„Einzelhaft"...

Auch im US-Knast dient die Einzelhaft insbesondere der Isolierung von „Aufrührern" und „Widerspenstigen" – besonders für Häftlinge, die versuchen, hinter den Mauern Widerstand und Kampf zu organisieren. So „lebt" es sich in einer Isolationszelle des Kontrollblocks von Marion:

„Eine nahezu geräuschisolierte Zelle wird von einer dicken Stahlgittertür verschlossen. Die 180x240x 240 cm Kammer, die als Lebensraum dient, fängt in ihren Mauern nur einen schwachen Abglanz von Tageslicht ein. Die Atmosphäre ist trostlos und niederschmetternd, die Luft steht und ist erstickend. Einige Zellen sind ohne Beleuchtung – ausser einer 60-Watt-Birne, die 24 Stunden am Tag zwischen beiden Türen brennt.

In dem ‚Loch' befindet sich eine Toilette aus rostfreiem Stahl und ein ‚Therapeutisches Bett', das aus einer kalten Stahlplatte besteht, die mit zwei Trägern in der Mauer verankert ist und auf der eine 2 1/2 cm dicke Schaumstoffplatte in einer Plastikhülle liegt.

In dieser Umgebung ermüden die Augen von dem trüben Licht und den eintönigen Mauern. Manchmal wird seine Wahrnehmung von einer Serie schneller weißer Blitze unterbrochen, oder von Schatten überlagert, die rund um ihn kriechen. Er regiert automatisch: er schreckt zurück und weicht aus vor dem, was nicht da ist. Er muß kämpfen, um Halluzinationen zu verscheuchen und die wahnsinnigen Kopfschmerzen zu unterdrücken.

Wachbeamte nehmen schwere Gummiknüppel und schlagen gegen die Außentür. Empfindliche Trommelfelle halten diese Schocks nicht aus, und heftiges Nasenbluten stellt sich ein. Einige Beamte haben sich eine besondere Behandlung ausgedacht und kommen in aller Frühe zu einer Überraschungstour".

Im ersten Halbjahr 1976 waren nicht weniger als ein Dutzend Schlägerüberfälle in diesen Zellen in Marion; mehrmals gossen Beamte Eimer mit Urin über Häftlinge. Am 12.7.76 berichtete die „Post Dispatch" von einer Untersuchung, die enthüllte, daß in einem Extraraum ein Behälter mit Urin für solche Zwecke bereitgehalten wird.

Im gleichen Zeitraum gab es dort sechs Tote – alle offiziell Selbstmorde! Aber Tod – auf welche Weise auch immer – in dem Kontrollblock ist kein Selbstmord!

...und tiefere Bedeutung

Diese brutalen Zustände sind keineswegs unbeabsichtigt. 1962 fand ein Kongreß von Sozialwissenschaftlern und Gefängnisdirektoren in Washing-
Kongreß von Sozialwissenschaftlern und Gefängnisdirektoren in Washing-
ton, D.C. statt. Dort legte Dr. Edgar Schein eine Arbeit über „Gehirnwäsche" vor. Darin führt er aus: *„Um grundlegende Veränderungen des Verhaltens und/oder der Einstellung zu bewirken, ist es notwendig, alles, was die alten Verhaltensmuster und die alte Einstellung stützt, zu schwächen, zu untergraben oder zu beseitigen. Weil die meiste Stützung durch die direkte Bestärkung des gegenwärtigen Verhaltens und der bisherigen Einstellung durch diejenigen kommt, zu denen enge emotionale Beziehungen bestehen, ist es oft erforderlich, diese Beziehungen zu zerstören".*



Dr. Schein definierte Verhaltensbeeinflussung (behavior modification) als *„die planvolle Veränderung von menschlichem Verhalten und Einstellungen durch eine Gruppe von Menschen, die verhältnismäßig vollkommene Kontrolle über die Umgebung des Häftlings haben".*

Im Anschluß an Dr. Schein erklärte James V. Bennett, seinerzeit Direktor der Gefängnisse: **„Wir haben nun die großartige Möglichkeit, einige der Vorschläge in der Praxis zu erproben, die von den verschiedenen Diskussionsteilnehmern eingebracht wurden".**

Am 31. Okt. 1967 gab die Gefängnisbehörde eine Grundsatzerklärung heraus, in der sie die Erprobung der „Verhaltensbeeinflussung" an Häftlingen freigab. Zu den Verhaltensbeeinflussungs-Techniken, die Dr. Schein 1962 vorstellte, gehörten:

1) Abtrennung von allen natürlichen Führern;
2) Verbot aller Tätigkeiten, die nicht mit den Zielen der Gehirnwäsche übereinstimmen;
3) Bestrafung derjenigen, die nicht „mitarbeiten";
4) Systematische Einbehaltung der Post;
5) Anwendung von Methoden der
4) Systematische Einbehaltung der Post;
5) Anwendung von Methoden der Charakterverletzung wie Demütigung, Beleidigung und Anschreien, um Gefühle von Schuld, Furcht und Beeinflußbarkeit hervorzurufen – verbunden mit Schlaflosigkeit, einer Gefängnisordnung und unregelmäßigen Verhören;
6) Belohnung von Gehorsam und Unterwerfung unter die Einstellung, die die Gehirnwäsche-Ziele anstreben.

Das Bundesgefängnis in Marion ist das „modernste" US-Gefängnis. Dort werden viele schwule Aktivisten ebenso wie andere politische Gefangene hingebracht. Es wurde errichtet um als modernes Verhaltensbeeinflussungs-Labor zu dienen. Nach Ralph Aron, dem ehemaligen Bundesgefängnisdirektor, **„ist es der Zweck des Marion Kontrollblocks, revolutionäre Einstellungen im Gefängnissystem ebenso wie in der Gesellschaft im allgemeinen unter Kontrolle zu bekommen".**

(1975)

Gerade schwule Aktivisten sind Hindernisse gegen die Ziele des Knastsystems. Wo die Gefängnisbehörden Konkurrenz und Mißtrauen fördern, treten die schwulen Aktivisten für Zusammenarbeit und Vertrauen ein. Die Gefängnisverwaltungen hingegen fördern die Ausbeutung Unterdrückung und Vergewaltigung von schwächeren Männern, die als „feminin" abgestempelt sind. Schwule Aktivisten geben eine Alternative, die anderen Häftlingen zeigt, daß Männer – auch im Knast – als Männer geliebt werden können und nicht als Frauenersatz. Sie bieten ein Beispiel, das gegen Ausbeutung und Vergewaltigung steht. In dieser Hinsicht vertreten die schwulen Aktivisten in den US-Gefängnissen „revolutionäre Einstellungen" und gefährden die Ziele der Gefängnisbehörde.
lutionäre Einstellungen" und gefährden die Ziele der Gefängnisbehörde.

Barry Allen,
ein Genosse aus den USA

Knast

Das Loch
Selbstmord
Vergewaltigung
Schaben im Essen
Mord
Prügel
Zensur
Verbitterung
Verlorene Jugend
Sterbende alte Knastologen
Sadisten

Rehabilitation?

Sei doch kein Narr.

Der AG Schwule liegt in englischer Sprache eine Broschüre zum Thema „Behavior Control" vor. Titel: „Breaking Men's Minds: Behavior Control and human experimentation at the federal prison in Marion, Illinois". (Preis: 2 DM einschl. Porto) Bestellungen an AG Schwule im KB.

In den USA gibt es mehrere Organisationen, die sich um die Betreuung schwuler Gefangener kümmern. Hier die Adresse der größten:

Join Hands
Po Box 42242
San Francisco
CA 94 142

In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die Nummer 7 der „Schwuchtel" zum Thema Schwule im Knast hin, von denen noch einige Exemplare im Handel erhältlich sein dürften.

JOIN HANDS



BEHAVIOR MODIFICATION AT WALLA WALLA

GAY PRISONERS' NEWS

Informationsverbot für Schwulengruppe in Dortmund

Am 3. April wurde der Zettel durch das städtische Schulverwaltungsamt entfernt. Die Studierenden-Vertretung („Innenausschuß") des Kollegs protestierte beim Schulverwaltungsamt. Am 19.6. antwortete die Stadt Dortmund, es handele sich bei dem Anschlag um eine **„Werbemaßnahme"**; es seien aber nur *„Hinweise auf förderungswürdige Veranstaltungen"* gestattet. **„Daß es sich beim entfernten Anschlag nicht um einen Hinweis auf förderungswürdige Veranstaltungen handelt, dürfte ernsthaft nicht diskutiert werden können".**

Einer „Männergruppe" am Westfalenkolleg in Dortmund wurde verboten, mit einem kleinen Aushang auf Veranstaltungen einer Schwulengruppe hinzuweisen. Sie hatte damit im März 1978 die Studierenden dieses Instituts des 2. Bildungswegs auf den „offenen Treff" der Bochumer Schwulengruppe SchwuB aufmerksam gemacht („huch", Dezember 78, Informationsblatt des KCR, einer Dortmunder Schwulengruppe).

Die SchwuB antwortete am 15.9.: *„Zunächst einmal gründet Ihre ganze Argumentation darauf, daß es sich bei dem Handzettel – Sie sprechen dann bezeichnenderweise von einem Plakat – um eine Werbung handelt. Schon das wäre anzuzweifeln gewesen. Der Sinn der einschlägigen Erlässe des Kultusministers kann ja wohl nur darin bestehen, Werbung für den Absatz irgendwelcher Produkte o.ä. bzw. Propaganda für eine bestimmte politische Partei aus der Schule herauszuhalten. Ein Handzettel mit dem Hinweis auf Zusammenkünfte, die erstens keinen kommerziellen Charakter haben und zweitens auch nicht Werbeveranstaltungen für eine bestimmte politische Partei sind, sondern direkt den humanitären und persönlichen Bereich von Kollegstudenten und ihre Eigeninitiative ansprechen, dazu noch ein Hinweis auf dem Zettel, der eine Verbindung zu einer Kolleg-AG herstellt – ein solcher Handzettel wird bei einigermaßen ruhiger und vernünftiger Überlegung nicht einfach als Werbemaßnahme zu klassifizieren sein... Ihre wirkliche Einstellung bekunden Sie dann in einem etwas mißglückten Satz: ‚Daß es sich bei dem entfernten Anschlag (nicht) um einen Hinweis auf förderungswürdige Veranstaltungen handelt, dürfte ernsthaftnicht diskutiert werden können.'*

Schon allein die Erinnerung an die Ermordung von Tausenden von Homosexuellen in den KZ's der Nazi-Zeit oder auch nur das Wissen um die – trotz aller Liberalisierung – noch immer erschreckend hohe Anzahl von Selbstmorden bei jugendlichen Homosexuellen sollte einem verantwortungsvollen Schulträger eine solche unreflektierte Handlung verbieten. Eine genauere Kenntnis über die Lage der Homosexuellen kann nur – sowohl aus pädagogischen wie aus humanitären Gründen – zu dem Schluß führen, daß kaum ernsthaft darüber diskutiert werden kann, daß es sich hier n i c h t um eine förderungswürdige Veranstaltung handelt..."

Darauf antwortete die Stadt Dortmund am 5.10.78 lediglich lapidar, daß sie dem ersten Schreiben *„nichts hinzuzufügen"* habe. Im Übrigen gehe es gar nicht um Diskriminierung von Schwulen, denn die Stadt Dortmund würde *„in ihren Schulen auch die Werbung der Mehrheit für Anbahnung oder Förderung natürlicher (!!!) sexueller Kontakte nicht dulden".*

Eine Antwort der Stadt Dortmund auf den darauf folgenden Brief der SchwuB vom 19.10.78 stand im Dezember noch aus. Wir schlagen allen Schwulengruppen vor, sie zu erheischen. Sollen die Bürokraten ihre Gehirnwindungen doch einmal anstrengen. Wir sind gespannt, was für reaktionärer Müll dabei noch herauskommt! – Adresse: Stadt Dortmund, Postfach 907, bzw. Rechtsamt, Südwall 2-4, Herrn Schnitzlein, 4600 Dortmund 1.

Die SchwuB verdient unsere Unterstützung. So wie ihr kann es jeder anderen Schwulengruppe ergehen und ist es ja schon ergangen:

- Aachener Infotisch-Verbot (siehe Broschüre „Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus");
- Kündigung eines Karlsruher Jugendzentrums wegen eines Schwulenfestes (s. AK 141, 31.10.78);
- diverse Aufführungsbehinderungen für die „Brühwarms" in Bielefeld, Nürnberg und anderen Städten;
- zeitweilige Schließung des Frankfurter Schwulenzentrums durch die Polizei.

Für freie politische Betätigung der Schwulengruppen!

Schwulsein heißt sich wehren!

AG Schwule im KB

Nordirische Schwule wollen bei der Menschenrechts-Kommission klagen

Wie in AK 143 kurz berichtet, hatte ein Schwuler aus Belfast gegen die englische Regierung Klage erhoben, weil (männliche) Homosexualität in Nordirland generell kriminalisiert wird und er darin eine Verletzung seiner Rechte als Schwuler sieht. Die Klage wird von der NIGRA unterstützt, die eine breite Solidaritätskampagne organisierte, die besonders von der englischen Schwulenbewegung wesentlich mitgetragen wurde.

Der Kläger aus Belfast stellt fest, daß das in Nordirland bestehende Gesetz seine Rechte aus Gründen des Ortes (die „Provinz" wird von der Zentralregierung in London verwaltet, es herrscht englisches Recht), des Geschlechts und der sexuellen Orientierung verletzt. Was in England und Wales legal ist – hier ist Homosexualität ab dem 21. Lebensjahr entkriminalisiert – ist in Nordirland immer noch illegal.

Die „Northern Ireland Gay Rights Association '(NIGRA)hat'sgeschafft: Anfang Dezember gab ein Sprecher dieser schwulen Organisation bekannt, daß die notwendige Summe von DM 15.000 zusammengekommen ist, um eine beabsichtigte Klage vor der europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg finanzieren zu können.

Der nächste Schritt soll nun darin bestehen, daß entweder der Europäische Ministerrat ein entsprechendes Vor-Hearing zur Lage der Schwulen in Nordirland durchführt oder aber die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg sich direkt des Falles annimmt. Die Anhörungen dürften – wie die NIGRA mitteilt – unmittelbar bevorstehen.

Insgesamt zieht sich der Vorgang bereits seit Ende April 1977 hin. Zwei Jahre lang versuchte sowohl die Londoner Regierung als auch die nordirischen Bürokraten, die Angelegenheit zu verzögern, indem Gutachten und Gegengutachten hin und her geschoben wurden. Erst im Mai 1978 ließ die Kommission in Straßburg verlauten, daß die Klage zulässig ist und Gründe für die Aufnahme des Verfahrens vorliegen.

Die Entscheidung hat exemplarischen Charakter, denn auch in Schottland wird männliche Homosexualität immer noch bestraft, so daß die schottische Schwulenbewegung ebenfalls eine entsprechende Klage gegen die Zentralregierung vorbereiten will, falls die bevorstehende Straßburger Entscheidung nicht auch auf Schottland übertragen wird („gay news", 14.12.78).

AG Schwule im KB



Kinder





1979 — Jahr des Kindes?

»Antje Huber will mehr Herz für Kinder« („Welt", 19.9.78); *»Grundrechte der Verfassung gelten auch für die Kleinen«* („Frankfurter Rundschau", 19.9.78); *„Kinder können selbst mitreden«* („Tagesspiegel", 22.11.78). Mit diesen und ähnlichen wohlklingenden Tönen wird von bürgerlichen Politikern und ihrer Presse das Jahr des Kindes 1979 angekündigt und eingeleitet.

Die Vereinten Nationen haben im Dezember 1976 beschlossen, das Jahr 1979 zum »Internationalen Jahr des Kindes« zu erklären. Alle Mitgliedsländer, Regierungen und nicht-staatlichen Organisationen sind aufgefordert, an der Verwirklichung der allgemeinen Ziele und Grundsätze der vor rund 20 Jahren verabschiedeten »Internationalen Charta der Rechte des Kindes« verstärkt mitzuwirken. Es geht bei dieser Charta im wesentlichen darum, daß allen Kindern ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht alle Menschenrechte und besondere Förderung gewährt werden sollen.

Nun könnte man/frau/kind vielleicht denken, daß die Ziele der »Charta« im Jahr des Kindes auch auf die Verhältnisse in der BRD angewandt werden sollen und daß in diesem Sinne Veränderungen geplant sind. Wenn es z.B. in der »Charta der Rechte des Kindes« um den Schutz der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung des Kindes in Freiheit und Würde geht, könnte man/frau/kind annehmen, in der BRD müßten Maßnahmen getroffen werden, z.B. gegen die ständig steigende Zahl von bei Verkehrsunfällen verunglückten Kindern, oder Maßnahmen dagegen, daß 15000 Kinder und Jugendliche jährlich das Leben in diesem Land so satt haben, daß sie es selbst beenden wollen (was 1978 600 von ihnen gelang).

Wenn es um den Anspruch des Kindes auf soziale Sicherheit, Fürsorge und Pflege geht — wer denkt da nicht an die 800000 Kinder in der BRD, die kein eigenes Bett haben, oder an die über 100000 Kinder, die in Heimen leben müssen? Wem fällt beim Anspruch der »Charta« auf Förderung körperlich, geistiger und sozial behinderter Kinder nicht sofort ein, daß Kinder in der BRD schon große Schwierigkeiten haben, gesund geboren zu werden (die BRD liegt bei der Säuglings- bzw. Geburtensterblichkeit in Europa mit an der »Spitze«)? Wem fallen nicht die durch Contergan oder Duogynon verkrüppelten Kinder ein?

Wem fallen beim Anspruch der »Charta« auf die Verwirklichung gleicher Bildungschancen für alle Kinder nicht sofort die Kampagnen gegen die Gesamtschule ein, gegen die Koop-Schule, gegen fortschrittliche Bildungseinrichtungen wie die »Freien Schulen«, Begriffe wie Schulstreß und Leistungsdruck?

Wer denkt angesichts des Anspruches der »Charta« auf Schutz des Kindes vor Vernachlässigung, Grausamkeit und Ausnutzung nicht auch daran, daß die Zahl der in der BRD mißhandelten Kinder jährlich bis auf über 1 Million geschätzt werden kann, daß 80% der BRD-Bevölkerung Schläge für ein angemessenes Erziehungsmittel halten? Wem fällt beim Anspruch der Charta auf den Schutz von Kindern vor rassischer, religiöser und politischer Diskriminierung nicht sofort ein, wie benachteiligt ausländische Kinder in der BRD leben?

Wer denkt nicht bei Rechten und Förderung der Kinder an neue Spielplätze, saubere Sandkisten, mehr Abenteuerspielplätze, mehr Kinderkrankenhausbetten, kleinere Klassen, fortschrittliche Gesamtschulen, ausreichend kinderfreundlichen Wohnraum und Umwelt, an Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, gesunden und behinderten, westdeutschen und ausländischen Kindern?

Von all dem ist in den Beiträgen zum Jahr des Kindes nichts zu hören.



Noch schlimmer: Die Verantwortlichen in den Regierungen haben nicht einmal den A n s p r u c h, konkret etwas zu verändern.

Frau Huber, Bundesministerin für Familie, Jugend und Gesundheit, steckte die Richtung für das Jahr des Kindes eindeutig fest: Man habe einen Sonderetat von 1,7 Millionen DM zur Verfügung und wolle diesen für drei Dinge nutzen:

1. *»Die Probleme von Kindern in der Bundesrepublik und in Ländern, die zu ihrer Entwicklung unserer Hilfe bedürfen, in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit zu rücken«* sowie ein *»aufgeschlossenes positives Klima«* zu erzeugen.
2. *»Die Familie im gesellschaftlichen Bewußtsein aufzuwerten«*
3. *»Durch einen Austausch von Ideen, Anregungen und Vorschlägen zwischen den unterschiedlichen Aufgabenträgern, Maßnahmen in Gang zu setzen«.*

zwischen den unterschiedlichen Aufgabenträgern, Maßnahmen in Gang zu setzen«.

Tatsächliche Verbesserungen für die Kinder sind nicht vorgesehen, sondern vielmehr Dinge höherer Art: Um ein *»Kinderfreundliches Bewußtsein zu aktivieren«* sollen Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt auf musikalisch-kulturelle Erziehung durchgeführt werden.

Veränderungen liegen lediglich in der Form schöner Ideen vor: Z.B. das Recht von Kindern, dort, wo sie in ihrer Klasse ein bestimmtes Bildungsangebot nicht erhalten, an »außerschulischer Bildung« teilzunehmen . .

Die CDU bringt in ihrer schlagenden Offenheit die Sache auf den Punkt: Ihr geht es darum, im *»Jahr des K i n d e s «* mehr für die F a m i l i e zu tun. Ihre konkreten Vorschläge: Verbilligte Grundstücke für Familieneigenheime und die bundesweite Schaffung von Familiendarlehen! Ansonsten will man viel Ideologie und Bewußtsein schaffen: *»Ein buntes Programm für den Hamburger Nachwuchs«, »CDU fordert eine Stadt für Kinder«, »Hamburg hat ein Herz für Kinder«, »Kinder erobern das Hamburger Rathaus«.* Die Diele des Hamburger Rathauses soll durchgehend mit Ausstellungen gefüllt werden — »Kinder malen Frieden« usw. Auch an die Heimkinder wird gedacht. Ein Sportfest ist vorgesehen. Und da sage noch einer, an die Kinder sei nicht gedacht!

Für die Erwachsenen gibt es eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen, Erinnerungsveranstaltungen (z.B. zum 70. Jubiläum der Jugendgerichtshilfe) und Ausstellungen. Höhepunkt in Hamburg, das als Vorbild für die BRD vom westdeutschen Städtetag ausgewählt wurde, soll nach dem Willen der Veranstalter eine internationale Jugendhilfekonferenz mit Teilnehmern aus über 80 Ländern sein. Ausgerechnet in der Stadt, die seit über zwei Jahren den Eltern von über 70 Kindern des Kinderhauses Heinrichstraße die ihnen zustehende staatliche Unterstützung verweigert!

Die Kinder sind den Politikern nicht einmal Versprechungen wert

Auch kritische Stimmen fehlen bei dem Rummel nicht. In Hamburg z.B. äußern bürgerliche Politiker, die punktuell andere Vorstellungen vom Jahr des Kindes haben, Kritik. Man fordert *»Maßnahmen, die auch langfristig Verbesserungen bringen. Davon bieten die öffentlichen Veranstaltungen nichts«* (Amadeus Hempel, FDP-Hamburg).

Es scheint allerdings nicht viel mehr als heiße Luft zu sein, wenn diese Politiker bedauern, daß z.B.

mehr als heiße Luft zu sein, wenn diese Politiker bedauern, daß z.B.

eine große Zahl von Abenteuerspielplätzen aus Geldmangel vor der Schließung stehen. Waren es doch eben diese Politiker, die zumindest aus Gründen der Opportunität nicht dagegen gestimmt haben, als z.B. 1974 vom Hamburger Senat der große Rotstift im sozialen Bereich angesetzt, die Sparpolitik durchgezogen wurde. Mit dem angeblichen »Pillenknick« wurde so ziemlich jede Einsparung, ob Lehrer, Kindertagesplätze, Spielplätze legitimiert. In den schönen Reden zum Jahr des Kindes, die kein Geld kosten, wird diese Sparpolitik konsequent fortgesetzt.

Waren Politiker und Politikerinnen der bürgerlichen Parteien im Jahr der Frau (1975) noch mehr oder weniger gezwungen, zumindest viele, viele V e r s p r e c h u n g e n zu machen als Antwort auf die ungleichberechtigte Lage der Frauen (die immerhin die Hälfte der Wähler stellen), hat man bei den Kindern, offenbar nicht einmal d a s nötig! Da hat man nur viel Glimmer und Glitter übrig.

In diesem Zusammenhang hat auch die schon seit langem in der bürgerlichen Presse betriebene Propaganda, derzufolge es den Kindern in der BRD zu gut geht, ihre Funktion im Jahr des Kindes. Die Kinder haben angeblich zu viel Taschengeld, betreiben zu früh Sexualität. Wenn sie Alkohol trinken, Drogen nehmen oder »kriminell« werden sei das nur Ausdruck des Übermuts und der Kaputtheit dieser Generation. Wer keine Lehrstelle findet hat eben in der Schule schlecht aufgepaßt und dergl. mehr. Was soll man da konkret noch verbessern? Den Kindern fehlt nach dieser Logik eher die straffe Hand und die Nestwärme. Und so ist die aggressive Propaganda für den »Mut zur Erziehung« die andere Seite der Medaille des Jahres des Kindes.

»Jahr des Kindes«

Vereinigung der Tierfreunde ev Grundstückverwaltung. C. Knuth Hochparterre links

Der Aufenthalt u. das Spielen der Kinder auf dem Hofe u. im Torweg ist verboten Der Eigentümer

Viele schöne Worte verändern die Lage der Kinder nicht

(aus „Oxmox", Nr. 1, Jan. 1979)

Machen wir das „Jahr des Kindes" zum Jahr des K i n d e s

Die Probleme von Kindern beschäftigen sehr viele Menschen in der BRD. An Erziehungsfragen haben viele Menschen ein Interesse. Viele stellen Fragen in der Erziehung, immer wieder entstehen und überleben Versuche einer alternativen Erziehung.

Ob es nun für Eltern das eigene Kind ist, das einen beschäftigt, oder ob man als Lehrer, Sozialarbeiter, Erzieher von Berufswegen mit Kindern zu tun hat, oder ob man als fortschrittlicher Mensch an die Zukunft und damit auch an die Kinder denkt, die so oder so dafür eine wesentliche Kraft darstellen — für die Probleme der Kinder besteht ein breites Interesse.

Deshalb sollten alle Kinderfreunde die Gelegenheit nutzen, 1979 die Fragen des »Jahres des Kindes«, der Lage der Kinder, der Veränderung dieser Lage, der möglichen und notwendigen Eigeninitiative, der bürgerlichen und der richtigen Vorstellungen über Erziehung auf den Tisch zu bringen, Veranstaltungen u.a. zu organisieren.

Diejenigen, die in fortschrittlichen Initiativen arbeiten, sollten vielleicht dem Beispiel der Westberliner Kindertage folgen, die bereits einen Zusammenschluß von verschiedenen Initiativen zum »Jahr des Kindes« organisiert haben und eine Reihe von Aktionen planen. Sicherlich bietet dieses Jahr den Initiativen eine gute Gelegenheit, bei ihren Problemen mehr Gehöhr zu finden.

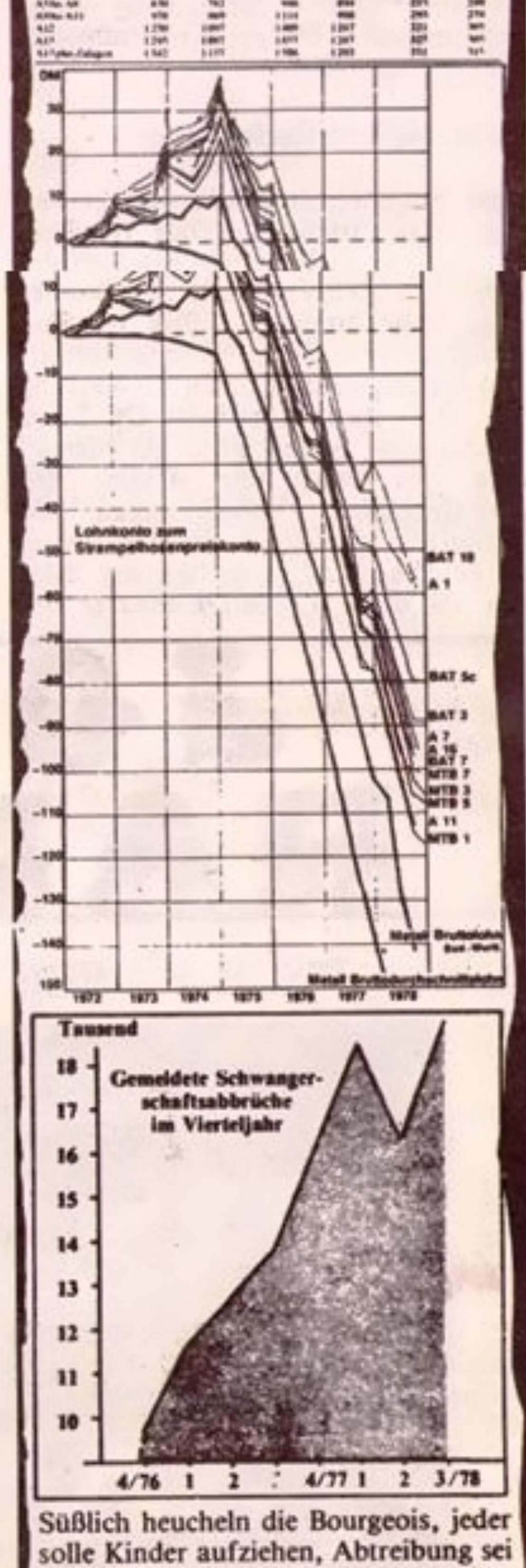
Laßt hundert Blumen blühen!

Lassen wir uns viel einfallen zum Jahr des Kindes!

Kinderkommission Hamburg

Jahr des Kindes:

Dargestellt ist das Verhältnis von Löhnen in Metallindustrie und öffentlichem Dienst zum Preis der Ware Strampelhosen. Steigt dieser Preis stärker als der Lohn, so entsteht ein Minus.



Süßlich heucheln die Bourgeois, jeder solle Kinder aufziehen, Abtreibung sei ein Verbrechen. Löhne, von denen Arbeiter ihren Kindern Strampelhosen kaufen könnten, zahlen sie nicht.

Das ist kein Witz, sonder ganz ernst gemeint: Beitrag des KBW zum „Jahr des Kindes" aus einem „KVZ"-Flugblatt mit Massenauflage!

Aktionen gegen Kriegs„spielzeug“

Mit einer halbseitigen Anzeige im „Göttinger Tageblatt“ unter der Überschrift „Krieg ist kein Kinderspiel“ begann die Göttinger Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SO) am ersten Samstag im Dezember ihre Kampagne gegen Kriegs„spielzeug“. Über 200 Göttinger, darunter zahlreiche Ärzte, Pfarrer, Lehrer, Erzieher und Eltern, aber auch Gruppen und Organisationen (Jusos, Lehrerzentrum, ESG, KSG, Judos, LHV, Buchladenkollektive, Asta Uni und PH, DFG/VK, KB) hatten durch ihre Unterschrift sehr schnell die über 2000 DM für die Anzeige gesammelt.

Heftige Diskussionen hatte es innerhalb der SO um die Frage gegeben, ob auch linke Gruppen unterschreiben dürften, da dann viele Leute vermutlich (!) nicht bereit wären, sich an der Aktion zu beteiligen. Abgesehen davon, daß das Ergebnis diese Befürchtungen widerlegte, wurde die Diskussion teilweise ziemlich unehrlich geführt. So wurde dauernd mit der abschreckenden Wirkung einer Unterschrift des KBW unter dem Text argumentiert, während die Namen von SB und KB z.B. überhaupt nicht fielen. Um die Frage, ob sie denn das Engagement des KB an dieser Frage nicht ernst nehmen und für Parteiladenpolitik halten, mogelten sich die Gegner einer KB-Unterschrift (und um die ging es, auch wenn es niemand offen sagen mochte) leider herum. Das Hauptargument war eine bekannte SPD-Professorin, „die das nie mitmachen würde“. Eine Abstimmung ergab bei drei Enthaltungen eine Stimme Mehrheit für die Gegner der KB-Unterschrift. Man einigte sich auf den Kompromiß, daß die Unterschrift linker Gruppen vom Verlauf und den eventuell auftretenden Schwierigkeiten der Sammlung abhängig gemacht würde. (Was es für ein beschissenes Gefühl ist, von Genossen, mit denen man lange solidarisch zusammengearbeitet hat, zur taktischen Manövriermasse degradiert zu werden, kann man sich wohl vorstellen). Letztlich unterschrieben aber sowohl die Professorin als auch der KB.

Nachdem die SO schon auf der Spielzeugausstellung einer Kirchengemeinde Flugblätter verteilt und Plakate aufgehängt hatte, ging es am Samstag in die Vollen. Den ganzen Tag über verteilten SOler zusammen mit zahlreichen anderen Antimilitaristen in der Innenstadt und vor Kaufhäusern Flugblätter (über 3000). Große Stelltafeln wiesen auf das Anliegen hin. Trotz der Einkaufshektik in der Stadt war die Resonanz im Großen und Ganzen sehr erfreulich.

KB Göttingen

Weitere Aktionen gegen Kriegs„spielzeug“:
- Das „Friedenspolitische Bildungswerk“ Hamburg verteilte in der In-

KB Göttingen

Weitere Aktionen gegen Kriegs„spielzeug“:
- Das „Friedenspolitische Bildungswerk“ Hamburg verteilte in der In-nenstadt ein Flugblatt, das auf die angebliche Harmlosigkeit von Kriegs„spielzeug“ einging. Weiter hieß es: *„Sicher ist es nicht richtig, den Kindern das Kriegsspiel zu verbieten. Oft bewirkt das gerade das Gegenteil. Sprechen Sie mit Ihren Kindern über den Krieg! Schenken Sie kein Kriegsspielzeug! Begründen Sie Ihren Kindern das“.*
- In Münster führten Frauen des DGB-Kreisfrauenausschusses und der Demokratischen Fraueninitiative eine Aktion gegen Kriegs„spielzeug“ durch.
- In Velbert hat sich eine „Intiative gegen Kriegsspielzeug“ gebildet, um Kriegs„spielzeug“ gegen gutes Spielzeug einzutauschen.
- Die „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner“(DFG/VK) wendet sich in einem Schreiben, das u.a. von Pastor Heinrich Albertz, Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann, Prof. Dr. Helmut Ridder und Pastor Martin Niemöller unterstützt wird, insbesondere gegen mit Nazisymbolen versehene „Spielzeuge“ und eine Werbung, die den Krieg verherrlicht.
rich Albertz, Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann, Prof. Dr. Helmut Ridder und Pastor Martin Niemöller unterstützt wird, insbesondere gegen mit Nazisymbolen versehene „Spielzeuge“ und eine Werbung, die den Krieg verherrlicht.
- Auf Flugblättern und Plakatwänden appellierten in Frankfurt die Jungsozialisten, die Falken, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, die Mitglieder von „Pax Christi“ sowie die DFG/VK an alle Erwachsenen, kein Kriegs„spielzeug“ zu schenken. Organisiert wurde eine Umtauschaktion mit alternativem, phantasieanregendem Spielzeug. („Tagesspiegel“ 20.12.78).
- Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt forderte dazu auf, kein Kriegs„spielzeug“ zu verschenken: *„Da es nicht wünschenswert ist, daß Kinder Krieg spielen, kann es nicht wünschenswert sein, ihnen Kriegsspielzeug zu kaufen“.* („Tagesspiegel“ 19.12.78)
- Straßentheater, Ausstellungen alternativen Spielzeugs, Informationen gegen Kriegs„spielzeug“ und Umtauschaktionen, Mal-, Bastel- und sonstige Werkel-Aktionen gegen militaristisches „Spielzeug“ wurden am 16. 12. in Duisburg, Gießen/Lahn, Kiel, Krefeld, Lünen, Neustadt, Siegen, Stuttgart, Wuppertal, Velbert durchgeführt.
- In Wiesbaden verteilte der „Ju-
stige Werkel-Aktionen gegen militaristisches „Spielzeug“ wurden am 16. 12. in Duisburg, Gießen/Lahn, Kiel, Krefeld, Lünen, Neustadt, Siegen, Stuttgart, Wuppertal, Velbert durchgeführt.
- In Wiesbaden verteilte der „Ju-gendclub Courage“ in der DFG/VK Flugblätter an Kinder, in denen daran erinnert wird, *„daß in Wirklichkeit Waffen dazu benutzt werden, um Menschen zu töten“.* Eine Umtauschaktion wird angeboten.

Kinderkomission Hamburg

Hallo ! ! !

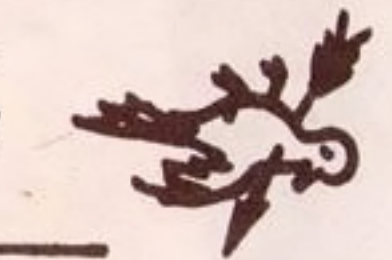
Spielst du mit Panzern, Pistolen und Maschinengewehren?

Hast du schon einmal daran gedacht, daß in Wirklichkeit ...

... Waffen benutzt werden, um Menschen – auch deine Eltern und Freunde – zu töten?

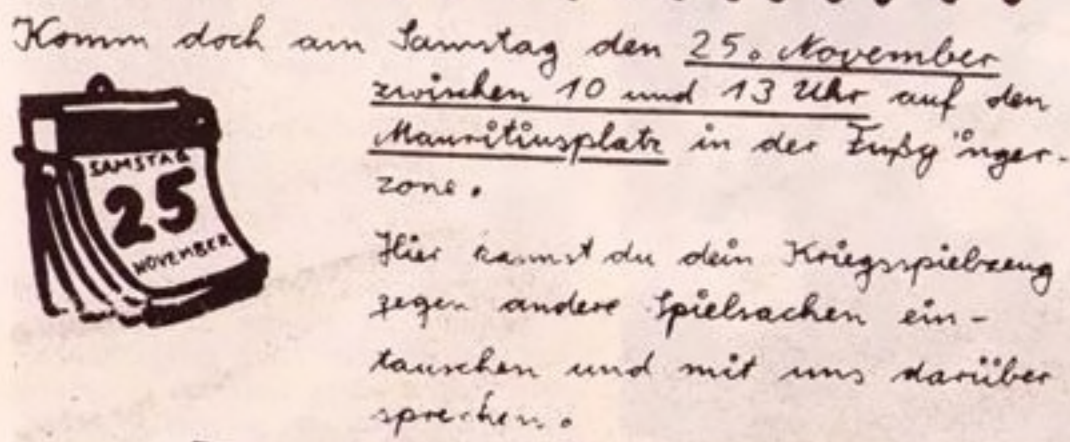
... daß es weh tut, von einer Waffe verletzt zu werden?

... daß diese Dinge auch Tiere, Blumen, Häuser und Straßen, alles was du magst, zerstören können?



Was hälst du davon, statt mit Kriegsspielzeug mit Autos, Puppen, Eisenbahnen, Fahrrädern und anderen Dingen zu spielen?

Komm doch am Samstag den 25. November



Tschüß!

Uschi, Marlene, Moni, Martin, Birgit

KRIEG IST KEIN KINDERSPIEL

Natürlich nicht: Jeder der einen Krieg miterleben mußte, wird dem zustimmen. Und trotzdem spielen jeden Tag Tausende von Kindern Krieg. So, wie sie sich ihn vorstellen, ohne Leid, Elend und Tod – als spannendes Kampfspiel. Dabei wird die kindliche Vorstellung durch verharmlosende Filme und Hefte, durch Werbematerial der Bundeswehr und der Spielzeugindustrie unterstützt. Kriegsspiel und das Spielzeug, das es so realistisch macht, erzieht – aber in eine falsche Richtung!

KRIEGSSPIELZEUG IST GEFÄHRLICH! Es ist gefährlich, weil es den Krieg verharmlost, weil es nicht die politischen, psychischen, sozialen und materiellen Wirkungen einer gewaltsamen Auseinandersetzung zeigt. Es dient der spielerischen Gewöhnung an den Krieg, es weckt Denkweisen, nach denen Menschen wie Zinnsoldaten rücksichtslos eingesetzt werden können. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes unmenschlich. Letztlich fördert der Umgang mit todbringenden Waffen die Bereitschaft zu scheinbar folgenlosem aggressivem Verhalten. Deswegen rufen wir die Leser dieser Anzeige auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß Kinder nicht gedankenlos das Völkermorden spielen, sondern sich mit der Wirklichkeit von Kriegen auseinandersetzen.

Wir Unterzeichner rufen vor allem Eltern, Erzieher, Lehrer und Pfarrer auf, dafür zu sorgen, daß der Kauf und Verkauf von Kriegsspielzeug und das Spielen damit, problematisiert wird.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Zivildienstleistende in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Jugendgruppen und studentischen Organisationen an den Adventssamstagen durch Flugblätter, Straßentheater und andere Aktionen auf dieses Problem aufmerksam machen werden. Wir unterstützen diese Initiative und bitten Sie mit deren Trägern:

Arbeitskreis „Frieden“ der Christuskirche
Fr. Ahlbrecht, Angestellter
D. Haupt, Schüler
K. Wagner, Praktikantin
U. Zöller
E. Henneke
Frauen- und Kinderbuchladen Kollektiv „Laura“
K. Schaffmeyer, Krankenschw.
U. Meyer
W. Gerke, Erzieher
Arbeitskreis „Frieden“ der Kath. Stud. Gemeinde
G. Remmert, Studentenpfarrer
J. Sobotka, Sekretärin
Gemeinderat der Kath. Stud. Gemeinde
L. Beck, Dipl.-Kaufmann
H. Schenk, Arzt
M. Kriegler, Krankenschwester
M. Busch
M. Hülsmann
Th. Bier
L. Exner, Stud.
M. Fischer, Sozialarb.
P. Löffler, Wiss.Ass.
G. Schwab
G. B. F. Mergner
C. Okonek, Wiss.Ass.
Prof. R. Seltzer
Prof. M. Schneider
A. Seidel, Stud.
R. Lange, Stud. theol.
H. E. Schilling, Pastorin
P. Ohnesorg, Pastor
Buchladenkollektiv Rote Straße
R. Scholz, Arzt
U. Wies, Arzt
E. Kramer, Arzt
P. M. Schilke, Arzt
H. Lungershausen, Dipl.-Handelslehrer
B. Meyer, Sparkassenkaufmann
U. Meyer, Sparkassenkaufmann
Prof. Dr. I. Nahnsen
E. Hofer, Stud.
M. A. Rainer, Stud.
H. Rischmüller, Dipl.-Handelslehrer
Dr. K. Rudolph, Wiss.Ass.
L. Rudolph, Ortsratsmitglied und Hausfrau
Dr. R. Röppel, Bibliothekar
Ch. Hanatsch, Arzt
J. Teichmann, Arzt
I. Bettig, MTA
W. Bele, Arzt
H. Tepper, Krankenschwester
H. Mönnich, Pastor
H. Hauschild, Wiss.Ass.
K. Wagenführ, RS-Lehrerin
I. Michel, RS-Lehrerin
R. Schatz, RS-Anwärterin
C. Ucer, RS-Lehrerin
H. Vega, RS-Lehrerin
H. Menzel, RS-Lehrerin
G. Mörchen, Ärztin
E. Breitschuh, Arzt
G. Wallage, Ärztin
G. Lellert, Arzt
C. Busse, Arzt
D. Witte, Arzt
R. Mattheel, Dipl.-Psych.
I. Schlack, Ärztin
G. Ossowsky, Dipl.-Psych.
H. J. Hilliger, Chemie-Ing.
I. Heidorn, Erzieherin
R. Besse, Erzieherin
I. Weyde, Dipl.-Psych.
A. Schobeck, Kinderpflegerin
Dritte Welt Laden
K. Schaller, Leiterin der UNICEF Gruppe
Wohngemeinschaft (WG) Johnstraße
WG Schillerstr. 66
A. Spanholtz, Kindergärtnerin
R. Spanholtz, Stud.
G. Springer, Pastor
E. Siedeler, Lehrer
R. Vollriede, Stud.
G. Ziegler, Wiss.Ass.
Förderverein Aktivspielplatz Lohmühlenweg e. V.
G. Becker, Erzieherin
D. Kopp, Student
M. Ziemer, Fotografin
A. Liebner, Rechtsanwaltsgehilfin
R. Schaff, Logopädin
F. Schroeder, MTA
J. Radke, Arzt
Ev. Studentengemeinde
Friedliche Wohngemeinschaft Straße
ASTA Uni
R. Banzerus, Krankenschwester
R. Strumpf, Ärztin





VERSCHENKEN SIE KEIN KRIEGSSPIELZEUG!

Die Selbstorganisation der Göttinger Zivildienstleistenden, die diese Unterschriftensammlung getragen hat, dankt den Unterzeichnern für die Unterstützung, die sie in diesem Maße nicht erwartet hat.

Kurzmeldungen

Gewalt gegen Kinder ist auch in anderen westeuropäischen Ländern an der Tagesordnung. Nach einer im Dezember veröffentlichten Umfrage halten 64% aller Franzosen Schläge und Ohrfeigen für ein „normales Mittel der Erziehung“. Das ist ein etwas niedrigerer Anteil als in der BRD (knapp 80% 1975). Dabei ist die Befürwortung körperlicher Gewalt kein „Privileg“ älterer Jahrgänge. Bei den 24 - 34jährigen Befragten sprachen sich sogar 68% für das Schlagen aus! („Tagesspiegel“ 10.12.78).
Derartige Prozentzahlen sind aus Großbritannien zwar nicht bekannt, aber der Soziologe Jackson ermittelte, daß jeden Tag mindestens ein britisches Kind von seinen Eltern totgeschlagen wird, mindestens 3.000 werden jährlich durch Mißhandlungen schwer verletzt. („Welt“ 15.12.78).

In Heiligenberg erhängte sich ein 11-jähriger Junge, nachdem er in einem Spielzeuggeschäft beim Klauen eines Autos erwischt worden war. („Hamburger Morgenpost“ 19.12.78)

Kinderkommission Hamburg

Die ständig steigende Zahl von Selbstmorden unter Kindern und Jugendlichen (mehr als 500 Kinder und Jugendliche nehmen sich jährlich in der BRD das Leben - nach „päd extra“ 9/78) ist in letzter Zeit des öfteren Gegenstand von Pressemeldungen gewesen.
Die ärztliche Fachzeitschrift „Scripta Psychatrica - Merck“ berichtet in ihrer Ausgabe 3/78 über eine Untersuchung, wonach in einer Kleinstadt im Saarland *„der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtzahl der Suizidversuche (Selbstmordversuche) über 50% betrug, während ihr Anteil an der dortigen Wohnbevölkerung nur 30% beträgt“.*
Beachtliches ist in der Meldung über die Gründe für Selbstmordversuche zu lesen: *„Diskutiert werden.. weniger gewalttätige Methoden und somit weniger Angst vor dem Suizid, ein Wegfallen religiöser Bedenken und die geänderte Reaktion der Gesellschaft, die den Selbstmörder nicht mehr ächtet“.* Also nicht Schulstreß, miserable Lebens- und Freizeitbedingungen, Isolation usw. sind die Gründe, die Kinder und Jugendliche zum Selbstmord treiben, sondern die religiöse und moralische Haltlosigkeit der Jugendlichen! Wen wundert es da noch, daß die Antwort dieser Kreise auf die Probleme der Kinder und Jugendlichen Heimerziehung, Jugendpolizei sowie der Versuch einer stärkeren Indoktrination mit reaktionären Vorstellungen in allen Erziehungsbereichen ist?

KB Göttingen

Buchbesprechung:

Stern ohne Himmel

Ein für die antimilitaristische und die damit eng zusammenhängende antifaschistische Erziehung sehr wichtiges Buch für Kinder und Jugendliche ist:

Leonie Ossowski, Stern ohne Himmel, Beltz-Verlag, 1978, 16,80 DM

Der Roman will unter anderem aufzeigen, was geschieht, wenn jahrelange Indoktrination für Militarismus und Faschismus an der Realität zerbricht. Der Roman erzählt die Geschichte von 5 Jugendlichen in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges. Der Hitler-Faschismus steht vor seiner Niederlage. Flüchtlingskolonnen bewegen sich mühsam nach Westen. Dort haben die 5Jugendlichen in einem zerbombten Viertel ein Nahrungsmitteldepot entdeckt. Sie verheimlichen ihren Fund, um sich jederzeit sattessen zu können. Das Elend, der Hunger der Flüchtlingstrecks bewegt sie nicht dazu, die Nahrungsmittel zur Linderung gröbster Not zu verteilen. Die Welt der Erwachsenen bestimmt das Bewußtsein der Jugendlichen. Und sie sind ängstlich, verwirrt, mißtrauisch, fanatisch, machthungrig.

In das Nahrungsmitteldepot verirrt sich Abriam, ein aus dem KZ geflüchteter Junge jüdischer Abstammung. Die Welt der Jugendlichen, die gewohnte Erziehung und Geborgenheit im Bereich der Erwachsenen, die mit Gehorsam zu bezahlen war, beginnt mit dem Konflikt, den das Erscheinen von Abriam verursacht, zu zerbrechen. Sie hatten alle *»noch keinen*
Die Welt der Jugendlichen, die gewohnte Erziehung und Geborgenheit im Bereich der Erwachsenen, die mit Gehorsam zu bezahlen war, beginnt mit dem Konflikt, den das Erscheinen von Abriam verursacht, zu zerbrechen. Sie hatten alle *»noch keinen*
Davidstern gesehen, denn Juden gab es nicht, auf die schimpfte man nur«. Nun stand einer vor ihnen. Zunächst zog allein das Wort ‚Jude‘ eine Mauer der Verachtung um den Fremden. Für Willi, dem gläubigen Hitlerjungen, ist die Sachlage klar. *»Einen Juden muß man anzeigen, das wißt ihr doch«.* Doch Antek, Anführer der Jugendlichen, wendet ein: *»Der ist schließlich so alt wie wir«* . Sie beschließen, Abriam ausgiebig zu »verhören«, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Mit ihren vorsichtigen Fragen nach dem Schicksal von Juden stoßen die Jugendlichen bei den Erwachsenen auf eine Mauer des Schweigens. Nur der ehemalige Rektor der Schule, der im KZ gesessen hatte, sagt die Wahrheit. Noch wehren die Jugendlichen sich gegen die Wahrheit, die eine Zerstörung ihres Weltbildes zur Folge hätte. Die direkte Konfrontation mit Abriam jedoch führt zum Verstehen. Das »Verhör« des Jungen zeigt in bedrückender Weise, wie verbrecherisch der Faschismus die Kinder und Jugendlichen indoktriniert hat. Das »Verhör« zeigt aber auch, daß trotz schlimmster Propaganda und Erziehung zum Gehorsam die Jugendlichen eine Kraft zum Widerstand, einen Sinn für Gerechtigkeit bewahrt haben. Der folgende Textauszug verdeutlicht dies besser als erklärende Worte:

»‚Wie heißt du?‘, begann Antek. ‚Abriam Rother‘. ‚Wo kommst du her, was sind deine Eltern, und wo sind sie?‘. ‚Geboren bin ich in Berlin. Als ich sechs Jahre alt war, wurde mein Vater in ein Konzentrationslager eingeliefert. Er war Juwelier . ‚Was ist das, ein Konzentrationslager?‘, unterbrach Willi. ‚Du weißt nicht, was das ist?‘ fragte Abriam. Er konnte nicht glauben, daß ein Hitlerjunge nicht wußte, was ein KZ ist. ‚Ich hab zu fragen, nicht du!‘, herrschte Willi. ‚Dann werde ich es dir sagen!‘ Abriam trat einen Schritt vor, so daß seine zerfetzten und viel zu großen Schuhe dicht vor Willis schwarzen Stiefel standen. Er beugte sich zu Willi herunter, bis sie einander gegenüber waren. Willi war es nicht möglich, dem Geruch aus Abriams schmutziger Kleidung zu entgehen, sogar den Atem des Juden spürte er im Gesicht. ‚An die Wand!‘, rief Willi angeekelt. ‚Ein Konzentrationslager‘, fuhr Abriam fort, ohne sich um Willis Befehl zu kümmern, ‚ist ein Lager, wo du zwar hinein, aber selten wieder herauskommst. Dafür kannst du auf verschiedene Arten sterben!

Abriam kam noch dichter heran. Willi hielt ihn sich mit beiden Fäusten vom Leib. ‚Du kannst erschlagen werden oder verhungern, du kannst zu Tode gefoltert oder erschossen werden oder vergast, abgespritzt, verbrannt, erwürgt . . ..‘. ‚Hör auf!‘. Willi schüttelte Abriam wie einen Hund und stieß ihn schließlich gegen die Wand. ‚Unverschämte Lügerei!‘, schrie er außer sich. Aber Antek war schon aufgesprungen und drückte Willi auf die Bank zurück. ‚Wo ist dein Vater jetzt?‘, fragte Antek. Abriam lehnte an der Wand und umklammerte die Latten. ‚Vergast‘, flüsterte er. Seine Augen wichen den Blicken der vier Jungen nicht aus. ‚Und deine Mutter?‘, zwang Antek sich zur nächsten Frage. ‚Die wurde in einer Turnhalle erschossen ... ich
Abriam lehnte an der Wand und umklammerte die Latten. ‚Vergast‘, flüsterte er. Seine Augen wichen den Blicken der vier Jungen nicht aus. ‚Und deine Mutter?‘, zwang Antek sich zur nächsten Frage. ‚Die wurde in einer Turnhalle erschossen ... ich
stand daneben‘.

Antek wandte sich ab. Er hatte keine Fragen mehr. Abriams nüchterne Art bewies ihm die Wahrheit. Beschämt empfand er sein lächerliches Unterfangen, hier richten zu wollen, und zog sich schweigend zurück.

Da Antek nichts mehr wissen wollte, glaubte Paule, an der Reihe zu sein. ‚Woher weißt du, daß dein Vater vergast wurde?‘, begann er zögernd. ‚Durch einen Kassiber‘. ‚Was ist das für ein Quatsch?‘, fuhr Willi dazwischen, der sich nichts unter einem Kassiber vorstellen konnte. ‚Das ist ein Brief oder ein Zettel, der aus dem Lager herausgeschmuggelt wird‘. ‚Und warum hat man das mit deinem Vater gemacht?‘, fragte Paule, der sich nicht noch mal von Willi unterbrechen lassen wollte. ‚Weil er Jude war!‘

Paule schüttelte unbefriedigt den Kopf. ‚Das ist doch kein Grund!.‘ ‚Doch, seit zwölf Jahren‘. Fragend sah Paule nach hinten zu Antek. ‚Dann hättest du ja recht mit dem, was du im Waschraum gesagt hast‘. Antek nickte. Paule fühlte sich beklommen und spürte plötzlich nicht mehr die geringste Lust, den Juden weiter zu verhören ...«

Die Jungen begehen schließlich »Verrat« gegen ihre bisherige Ordnung: Sie versuchen, Abriam zu retten. Nur Willi scheitert: Er verrät seine Freunde und Abriam.

Bezeichnend ist, daß dieses Buch schon vor 20 Jahren in der DDR und der CSSR erschien, in der BRD aber keinen Verleger fand, weil das behandelte Thema nicht »verkaufsträchtig« erschien — im Gegensatz zu den Erinnerungen der finstersten Militaristen. Jetzt, wo das Buch in der BRD erschienen ist, sollte es gelesen werden.

Betrieb und Gewerkschaft

6 Wochen harter Kampf!



10.000 in der Dortmunder Westfalenhalle: Gegen Aussperrung, für 35-Stunden-Woche und berechtigte Lohnforderungen.

Der Tarifkonflikt in der Stahlindustrie hat eine zumeist nicht erwartete
Loderer/ Weisweiler (Stahlkapitalist) /Arbeitsminister Farthmann
darüber, ob diese im Tarifvertrag als Wochenstundenverkürzung aufge-

Der Tarifkonflikt in der Stahlindustrie hat eine zumeist nicht erwartete Schärfe angenommen. Sechs Wochen bereits stehen jetzt 100.000 Stahlarbeiter im Streik für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 5% mehr Lohn. Die Schärfe des Kampfes ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund:

Massenentlassungen (fast 1000 Beschäftigte in jedem Monat!) in der Stahlindustrie
- als Folge der Rationalisierung und Modernisierung der Produktion mörderischer Arbeitshetze, der Schichtarbeit (3- und 4-Schichtenrhythmus-Contischicht)
- völlig unzureichender Arbeitsschutzbestimmungen wie Lärmschutz, Staub- und Schadstoffe.

Von der Gewerkschaftsführung der IG Metall ist die Arbeitszeitverkürzung als die Strategie gegen den Arbeitsplatzabbau propagiert worden – in den Betrieben ist diese Strategie aufgenommen worden und wird jetzt konkret im Streik vertreten. Daraus resultiert das große Unverständnis der Kämpfenden für die sichtbar gewordene Bereitschaft des IGM-Vorstands, faule Kompromisse abzuschließen.

Das Dilemma der üblicherweise „sozialpartnerschaftlich" verhandelnden Tarifparteien Unternehmer und Gewerkschaftsführer ist offensichtlich:

Die Unternehmer wollen auf jeden Fall keine irgendwie festgehaltene Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die sie bindet. Sie sind bereit Freischichten und zusätzlichen Urlaub zu gewähren. Die verhandelnden Stahlkapitalisten stehen dabei unter dem Druck der großen Kapitalistenverbände, die vor Beginn des Kampfes erklärt haben, daß eine Arbeitszeitverkürzung nicht in Frage komme.

„Radikale Trupps von der Straße geben den Ton an"

So kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4.1.79 die Entwicklung im Stahltarifkonflikt. In der Tat hat sich die Führung der IG Metall in eine schwierige Situation begeben. Sie muß sich vom Gesamtmetall (Unternehmerverband) -Vorsitzenden Krichner vorwerfen lassen, daß es sich als falsch *„erweise, eine Forderung propagandistisch hochzuputschen und Erwartungen der Mitgliedschaft aufzubauen, ohne sicher zu sein, daß auch ein kompromißfähiges Ergebnis gefunden werden kann"* („Welt", 5.1.79).

Alle Versuche der IGM-Führer, Kompromisse abzuschließen, die nicht den Ausgangsforderungen entsprachen, waren am Druck der Basis gescheitert. Als Eugen Loderer am 17.12.78 nach Dreierverhandlungen Loderer/ Weisweiler (Stahlkapitalist) /Arbeitsminister Farthmann („Schlichter") versuchte, den Farthmann-Kompromiß durchzusetzen, mußte er in der Tarifkommission der IGM eine Niederlage hinnehmen. Alle Versuche vor und nach Weihnachten, die Farthmannschen Kompromisse durchzusetzen, scheiterten. Erst am 2. Januar gelang der Kompromißlinie ein gewisser Durchbruch. Sie erreichte auf der Sitzung der Großen Tarifkommission mit 86 gegen 32 Stimmen eine Zustimmung zu einem gewerkschaftlichen Kompromißangebot, das von den ursprünglichen Forderungen abweicht und ein deutliches Zugeständnis an die Stahlunternehmer darstellt. Doch auch hierzu gab es innerhalb der Tarifkommission und von demonstrierenden Kollegen heftigen Widerspruch.

„Vor der selbst geschürten Radikalität schreckt die Gewerkschaftsführung zurück" schreibt die „Welt" am 5.1.79. Wie sah diese „geschürte Rakikalität" aus?

Zum einen bestand sie in der Propagierung der Arbeitszeitverkürzungsforderung als Mittel zur Erhaltung der Arbeitsplätze.

Zum anderen sprengte die IGM-Führung trotz aller Bremsversuche gegen eine Ausdehnung des Streiks ihr traditionelles Tarif-Kampf-Ritual. So rief sie am 12.12. zu Kundgebungen in 33 Städten auf, und zwar ausdrücklich auch Kollegen aus anderen Branchen! So preschte IGM-Bezirksleiter Steinkühler vor und forderte bundesweite Solidaritäts-Kampfmaßnahmen, wofür er sich von Loderer einen Rüffel einhandelte, mit Sicherheit aber Zustimmung von Streikenden erhielt.

Und schließlich konnte die IGM-Führung nicht verhindern, daß in den kampfstärksten Stahlbetrieben die betrieblichen Organe Vertrauenskörper und Betriebsräte ein weitgehendes Maß an Demokratie und Mitbestimmung der Streikenden im Streik durchsetzten (dazu später. Dies ist auch der Grund für die Äußerung von Farthmann, daß der Hauptdruck zur Fortsetzung des Arbeitskampfs *„viel stärker von Betriebsräten und Vertrauensleuten (komme), als von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären"* (Revier, 3.1.79). Und Farthmann muß es wissen, er hat oft genug mit den Hauptamtlichen an einem Tisch gesessen.

Was wurde verhandelt?

Alle zur Verhandlung und zur Annahme stehenden Angebote, die Farthmanns, die der Unternehmer und das Gewerkschaftsangebot vom Jahresanfang, verzichteten auf eine wirkliche Wochenarbeitszeitverkürzung, verhandelt wurde nur über die Zahl von Tagesfreischichten und darüber, ob diese im Tarifvertrag als Wochenstundenverkürzung aufgenommen wird. Diese Position ist im Streik nicht angegriffen worden. Gegenüber der Ablehnung der Urlaubsforderung als Ersatz für die Arbeitszeitverkürzung hat sie allerdings für die Kollegen den Vorteil, daß über das Jahr verteilt Erholungszeiten möglich sind. Nicht angegriffen wird damit, daß gerade der Achtstundentag in den Stahlbetrieben, insbesondere in der Conti-Schicht, die Hauptbelastung darstellt. Im Verhandlungsabschluß vom 7.1. ist nun mittlerweile auch die vertragliche Festschreibung der Wochenarbeitszeitverkürzung aufgegeben worden!

Von Beginn an stand für die IGM-Verhandlungsführung fest: 4% mehr Lohn und eine Vertragslaufzeit von 15 Monaten. Über das Jahr berechnet macht dies nicht einmal 3,2 % mehr Lohn aus und liegt damit nur unwesentlich über dem Eingangsangebot der Unternehmer (3%).

Zwei Faktoren sind kennzeichnend für das „Umfallen" der gewerkschaftlichen Verhandlungsführer:
- bereits am 17.12.78 stimmten sie der Übernahme von Urlaub als Teilersatz für Arbeitszeitverkürzung zu. Damals scheiterte Loderer damit in der Tarifkommission. Am Jahresanfang nun legte die Verhandlungsführung der IGM nach Kampfabstimmung in der Tarifkommission ihrerseits ein Angebot vor, daß die Forderung nach drei Urlaubstagen mehr für 1979 vorsah, obwohl der Urlaub gar nicht zur Verhandlung stand!

- noch vor Weihnachten gelang es den kampfstarken Belegschaften in der Ablehnung der Kompromisse eine Parole auch in der Tarifkommission durchzusetzen: *„Wir lassen die Belegschaften nicht spalten"!* Gemeint war damit: Ablehnung aller Angebote, die – wie die Farthmannschen-Arbeitszeitverkürzungen bzw. Freischichten nur für 3-Schicht- oder Conti-Schichtarbeiter vorsahen (was nur für etwa 50% der Beschäftigten gilt). Dazu schrieb der Mannesmann-VK in seiner Resolution am 19.12.: *„Arbeiter und Angestellte, Ein-Schichtler und Conti-Schichtler, alle leiden unter Erschwernissen der Arbeit, unter Gefährdungen und Risiken. Wir kämpfen um unsere gemeinsame Zukunft. Da helfen auch keine Forderungen nach dem Einbezug von 75% der Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie".*

Die IGM-Verhandlungsführung aber wich von der Parole „nicht spalten lassen" ab und bemühte sich, den Anteil der von den Freischichten betroffenen zu erhöhen, ohne die Forderung Verkürzung für alle aufzunehmen. Das jetzt angenommene Angebot sieht Freischichten für weniger als 70% der Beschäftigten vor!

„Alle Opfer wären umsonst gewesen, wenn wir jetzt bei diesem Angebot stehenbleiben"

So umreißt der Vertrauenskörper der Thyssen-Werke/Hamborn/Beekkerwerth (Duisburg) in seiner Stellungnahme zum Stand der Tarifverhandlungen am Jahresanfang seine Position. Die Vertrauensleute lehnen auch das Kompromißverhandlungsangebot ab, das die IG Metall-Führung ebenfalls am Jahresanfang präsentierte. In der Resolution heißt es:

Resolution der Vertrauensleute der Thyssen AG Werke Hamborn/ Beeckerwerth

Nach drei Wochen Streik sind wir auf der Verhandlungsebene mit den Arbeitgebern nicht weitergekommen, als daß ein und dasselbe Angebot immer wieder neu aufgeteilt und umgruppiert wurde. So geht es nicht weiter. Je länger wir streiken, je mehr Opfer wir zu bringen haben, je mehr Betriebe in die Streikfront einbezogen werden und je mehr Kollegen aus anderen Bereichen von den Auswirkungen des Streiks getroffen werden, umso klarer wird es uns, daß wir nicht länger im Rahmen eines Angebots verhandeln können, daß die Unternehmer zu Beginn des Arbeitskampfes auf den Tisch gelegt haben. Alle Opfer wären umsonst gewesen, wenn wir jetzt bei diesem Angebot stehen bleiben.

Wir bekräftigen noch einmal, was wir zur Ablehnung des ersten Vermittlungsvorschlages gesagt haben: „Für uns können Verhandlungen nur
wir zur Ablehnung des ersten Vermittlungsvorschlages gesagt haben: „Für uns können Verhandlungen nur
noch unter folgenden Bedingungen stattfinden:

1. Eine Arbeitszeitverkürzung für alle muß her und nicht für einzelne Personengruppen. Es darf keine stahltypische Lösung geben, da wir den Kampf der Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeitnehmer führen.

2. Ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche, der unsere Arbeitsplätze sicherer machen will, muß in Stunden bemessen sein.

3. Urlaub steht für uns im Augenblick nicht zur Verhandlung an. Wir wehren uns entschieden gegen das Ausspielen von Urlaub gegen Arbeitszeitverkürzung.

4. Im Tarifvertrag muß festgelegt sein, bis wann die 35-Stunden-Woche erreicht ist. Wir können uns nicht durch einen Tarifvertrag auf Jahre die Hände binden lassen, ohne daß durch einen Stufenplan die 35-Stunden-Woche erzielt ist.

5. Der Lohn- und Gehaltstarifabschluß darf nicht dazu führen, daß wir uns die Arbeitszeitverkürzung selbst finanzieren. Die gewerkschaftliche Forderung lautet: voller Lohnausgleich. Das bisherige Angebot hat durch längere Laufzeit zu vertuschen versucht, daß die Arbeitgeber gegenüber ihrem Angebot vor dem Streik nicht ein Prozent zugelegt haben."

Diesen Minimalforderungen, die auch heute noch stichhaltig sind, wird das neue Forderungspaket der Verhandlungskommission auch nicht gerecht. Wir lehnen es ab. Es ist uns um so unverständlicher, da unser Streik jetzt Wirkung zu erzielen beginnt. Jetzt können wir die Unternehmer erstmals zwingen, auf unsere Verhandlungsbedingungen einzugehen. Wenn die meisten der Kollegen, die als Streikende noch lange Zeit an den Opfern des Streikes zu knacken haben, heute fordern, nicht nachzulassen und noch eine Schüppe draufzulegen, dann muß das eine solidarische Verpflichtung für alle Mitglieder der Großen Tarifkommission sein, am ursprünglichen Streikziel festzuhalten, wie es auf dem Stimmzettel zur Urabstimmung ausgedrückt worden ist:

Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, auch durch Freizeitausgleich.

Ähnlich konsequent nimmt der IGM-Vertrauenskörper von Mannesmann in Duisburg-Huckingen Stellung. Die Forderungen der kampfstarken Stahlarbeiter, die während der ganzen Streikzeit propagiert wurden:
- **Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Größenordnung von Stunden, nicht Minuten**
- **dieser Einstieg muß im Tarifvertrag deutlich als Durchbrechung der 40-Stunden-Woche festgehalten werden**
- **Arbeitszeitverkürzung für ausnahmslos alle Beschäftigten, nicht nur für Schichtarbeiter**
- **kein Tarifvertrag, dessen Laufdauer auf Jahre hinaus keine Neuverhandlungen um weitere Arbeitszeitverkürzung verhindert**
- **das Lohnangebot von 4 % für 15 Monate ist zu niedrig**
- **Sechs Wochen Jahresurlaub für alle – Ja! Aber nicht als Alternative zur Arbeitszeitverkürzung. Die Urlaubsverlängerung soll mit Auslaufen des Tarifvertrages Ende 1979 erkämpft werden.**

Gegenüber der Kompromißbereitschaft der verhandelnden IGM-Führer haben die Belegschaften der kampfstarken Stahlbetriebe von Beginn an Front gemacht. Die Hauptauseinandersetzungen konzentrieren sich dabei auf die Duisburger Betriebe Mannesmann-Huckingen und Thyssen-Hamborn sowie auf die Dortmunder Hoesch-Westfalenhütte.

„Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum, Wer Ja sagt kriegt den Arsch gehaun"

Dies war eine der meist gerufenen Parolen, mit der 500 Kollegen am 2.1.79 die Sitzung der großen Tarifkommission (GTK) der IG Metall besuchten. Sie kamen überwiegend aus den drei kampfstärksten Betrieben: Mannesmann (etwa 250), Thyssen und Hoesch. Es handelte sich durchweg um Streikaktivisten und -organisatoren.

Die Parole *„Hier handelt's sich um*
weg um Streikaktivisten und -organisatoren.
Die Parole *„Hier handelt's sich um*
'nen Beschiß, auch wenn er vom Minister ist" machte unmißverständlich deutlich: Ablehnung des jüngsten Farthmann-Vorschlags! Die Vertrauenskörperleitungen (VKL) der drei Betriebe stellten den Antrag, die Kollegen im Saal zu lassen und die Tarifkommission für die Mitglieder öffentlich zu machen. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt, als daraufhin Mitglieder der Tarifkommission Beifall klatschten, gab es Pfeifkonzerte der Kollegen. Erst als die antragstellenden VKLs die Kollegen um Verlassen des Saals baten, gingen diese, mit einer dreiviertel Stunde Verspätung begann die Sitzung. Bereits hier wurde von rechten Gewerkschaftern mit Begriffen wie „Pöbel" gegen die Streikaktivisten gearbeitet. Die Kollegen warteten vor dem Sitzungssaal und quittierten mit großer Empörung den Beschluß der GTK (mit 86 gegen 32 gefaßt), auf Grundlage des Farthmann-Angebots erneut zu verhandeln.

„K-Gruppen-Mitglieder" und „Chaoten"?

Auf der Sitzung der GTK am 4.1.78 verschärfte sich der innergewerkschaftliche Konflikt. Mehrere hundert Streikaktivisten von Mannesmann-Huckingen demonstrierten vor dem Saal, in dem über ein Kompromißangebot der IGM-Führung verhandelt werden sollte, das die Kollegen als „Verrat" ansahen. Sie führten Spruchbänder mit Parolen mit *„Steinkühler komm nach Essen, dann können wir Herb vergessen"* und zur Klarstellung der letzten Sitzung: *„An die Presse: Ich bin IG Metall-Mitglied und kein Chaot". – „Wir sind keine Meute/Pöbel, Kollege Hemmers "*

Die Stimmung war äußerst angespannt. Von IGM-Führern wurden diese Streikaktivisten als „K-Gruppen-Mitglieder" angegriffen, Loderer distanzierte sich scharf von den Aktionen. Deutlicher machte allerdings die existierenden Widersprüche Mitglieder /Verhandlungsführung der Vorwurf, es handele sich bei den Demonstrierenden um das *„Knapp'sche Varietetheater"* (Knapp ist der Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann-Huckingen) – (alle Zitate nach Revier 3.1. und 5.1.).

Innergewerkschaftliche Kontroversen

Die Verschärfung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen hat ihren Grund in dem offensichtlichen Bestreben der IGM-Führung, einen faulen Kompromiß abzuschließen. Die demonstrierenden Streikaktivisten haben dies rechtzeitig erkannt und versucht dagegen zu mo-

Fortsetzung von Seite 38

bilisieren, sie wollen sich nicht um die Früchte ihres mehr als sechswöchigen Kampfes bringen lassen. Wir haben oben schon nachgewiesen, daß während des ganzen Streikverlaufs nur Angebote zur Verhandlung standen, die in wesentlichen Punkten die Ausgangsforderungen überhaupt nicht berührten. Demgegenüber hatten die kampfstarken Betriebe ständig ihre Forderungen konsequent vorgetragen, sie hatten selbständig, aktiv und mit enormer Mobilisierung den Streik organisiert (dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit der Duisburger Betriebe Thyssen-Hamborn und Mannesmann-Huckingen). Von Beginn an hatten die Vertrauenskörper dieser Betriebe den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie mit in ihren Kampf aufgenommen. Sie praktizierten sie einerseits durch die Art, wie sie den Streik organisierten, andererseits durch ständige, von Streikversammlungen abgestimmte Forderungen an die Gewerkschaftsführung. Diese Forderungen waren:

- Vollstreik (am 30.11. verabschiedete der Mannesmann-VK eine Resolution, in der *„Das einzig wirksame Mittel ... Vollstreik"* betont wird
- bundesweite Solidaritätsaktionen (Resolution der Mannesmann-Streikversammlung vom 4.12. an den IGM-Vorstand und den DGB-Landesvorstand)
- Öffentlichmachung aller entscheidenden Sitzungen (dies betonte der Betriebsratsvorsitzende Knapp nach der Tarifkommissionssitzung am 2.1. auf der Mannesmann-Streikversammlung am selben Abend). Knapp betonte außerdem, daß es nach dem Streik unbedingt notwendig sei, sich stärker Gedanken über innergewerkschaftliche Demokratie zu machen).

Solche Forderungen wurden auch von den VKls Thyssen-Hamborn und Hoesch-Westfalenhütte Dortmund unterstützt.

Auch die VLKs von Klöckner-Bremen und Krupp-Rheinhausen schlossen sich weitgehend diesen Forderungen an.

gekommen ... Die Kollegen der Streikbetriebe haben in der GTK gemeinsam eine Linie gefunden und vertreten, die klar gegen falsche Kompromisse zielt. Demgegnüber neigen gerade einige Kollegen aus nichtbestreikten Betrieben zu größerer Kompromißbereitschaft. Ihnen fehlt die direkte Streikerfahrung und der Lernprozeß, der sich in solchen Kampfsituationen entwickelt ...Zwei

rer Kompromißbereitschaft. Ihnen fehlt die direkte Streikerfahrung und der Lernprozeß, der sich in solchen Kampfsituationen entwickelt ...Zwei

Schlußfolgerungen ergeben sich aus dieser Situation in der GTK. Erstens ist eine Ausweitung des Streiks auch deshalb zweckmäßig, damit ein gleichzeitiger Lernprozeß bei allen Kollegen der Stahlindustrie zustande kommt. Denn für das Ergebnis wird es von großer Bedeutung sein, daß alle an einem Strick gegen faule Kompromisse ziehen. Zweitens sollten die Demonstrationen bei Sitzungen der GTK verstärkt werden. Das nächstemal sollten es nicht 100, sondern Tausende Kollegen sein, damit wird aller Stimmungsmache der Unternehmer der Boden entzogen, als stünden die Kollegen aus den Betrieben nicht hinter ihrer Führung." (aus Revier, 20.12.).

Entscheidend dafür, daß dieses angesprochene Gefälle nicht geringer geworden ist, ist dabei, daß es vor Weihnachten in der Tarifkommission nicht gelang, die Streikausweitung durchzusetzen und das erst nach Weihnachten drei weitere Betriebe einbezogen wurden. Hier haben die IGM-Führer eindeutig darauf gesetzt, daß die Zeit für sie arbeitet. Neben dem unvermeidlichen Widerspruch Basis gegen Führung indiesem Streik bildete sich also zusätzlich ein Widerspruch bestreikte/nichtbestreikte Betriebe heraus (Ergebnis der Schwerpunkttaktik), der es der IGM-Führung letztlich auch ermöglichen wird, den faulen Kompromiß durchzubekommen.

Mannesmann. Beispiel für demokratische Streikführung

Der Streikverlauf bei Mannesmann-Huckingen ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie die gewerkschaftliche Kampfbasis verbreitert werden kann. Herausragendes Ergebnis der Arbeit der kampfstarken Duisburger Stahlarbeiter war die Demonstration am 10.12.: an die 35.000 Arbeiter und Frauen beteiligten sich, eine Demonstration und Kundgebung dieser Größe hat Duisburg nicht zuvor gesehen.

Die Mannesmänner hielten täglich Vertrauensleute- oder Streikversammlungen ab. Alle wichtigen Schritte wurden gemeinsam diskutiert und abgestimmt. Fast täglich gab es eine Information der VKL. Die Stimmung war entsprechend kämpferisch. Die Überschriften der VKL-Informationen spiegeln dies wieder:

- *„Gegen den Terror der Aussperrung"*
- *„Keine faulen Kompromisse"*
- *„Uns hilft kein Gott, kein Kaiser noch Tribun"*
- *„Die Macht der Millionen gegen die Macht der Millionäre"*
- *„Krupp, Thyssen, Mannesmann alle Stahlarbeiter müssen ran"*
- *„Die Bosse sperren Menschen aus – wann schmeißen wir die Bosse raus?"*
- *„Wir kämpfen nicht um Minuten".*

Die selbständige Information der Kollegen durch die Vertrauenskörperleitungen, die offene Parteinahme des Betriebsratsvorsitzenden Knapp für die Kollegen sind in der Tat ein Novum für die IGM!

Daneben wurden von der Streikleitung verschiedene Kundgebungen, Solidaritätsveranstaltungen, Informationsabende abgehalten. Allein vier Veranstaltungen wurden für die türkischen Arbeiter abgehalten und auch die politische Situation in der Türkei von den Streikenden diskutiert. Als ein Ergebnis wurde eine Sammlung für die Opfer des faschistischer Überfalls in der Türkei beschlossen, die Vertrauenskörperleitung versprach eine größere Summe hierfür zur Verfügung zu stellen!

Auffallend sind auch die Kulturveranstaltungen, die sich vom sonstigen gewerkschaftlichen Ritual unterschieden. U.a. organisierten die Mannesmänner unterstützt von den Thyssen-Kollegen Veranstaltungen mit den Schmetterlingen, Wolf Biermann und Walter Mossmann, alles Sänger und Gruppen, die in den Gewerkschaften eher heiße Eisen sind (demgegenüber traten bei Hoesch traditionell die der DKP nahestehenden Künstler auf: Fasia Jansen, Süverkrüp, Wader etc.).

Der Streik bot auch Raum für intensive Diskussion anderer Themen. Ein Ergebnis ist z.B. die folgende Resolution der Mannesmann-Streikversammlung vom 4.12. an die Ministerpräsidenten-Konferenz der Länder:

Das große Gefälle hemmt die Kampfkraft

Die Taktik der Schwerpunktstreiks hat sich wieder einmal verhängnisvoll für die Kampfkraft ausgewirkt. Insgesamt hat die IGM nur 60.000 der insgesamt 220.000 Stahlarbeiter aktiv in den Kampf geschickt, davon 20.000 erst am 3.1.79, nach 5 Wochen Streik. Unter den Streikenden natürlich die kampfstarken und kampferfahrenen Belegschaften der

20.000 erst am 3.1.79, nach 5 Wochen Streik. Unter den Streikenden natürlich die kampfstarken und

kampferfahrenen Belegschaften der oben erwähnten Betriebe. Vor allem für Mannesmann-Huckingen, Hoesch-Dprtmund und Thyssen-Hamborn gilt diese Kampferfahrung seit den Septemberstreiks von 1969, hier ist die Opposition gegen den offiziellen IGM-Kurs auch immer am stärksten gewesen. Entsprechend war im Streik die Radikalisierung hier auch am größten, die Urabstimmungsergebnisse am höchsten (Mannesmann: 95%, Thyssen: 93%, Hoesch: 92%).

Neben diesem Faktor wirkte sich mit der Dauer des Streiks die Nichteinbeziehung der übrigen Betriebe als schwächend für den Kampf aus. Dazu Mannesmann-Betriebsratsvorsitzender Knapp auf der Streikversammlung am 2.1.: das Ergebnis der Abstimmung auf der umstrittenen Tarifkommissionssitzung *„sei vor allem deswegen zustandegekommen, weil die Mehrheit der nicht im Streik befindlichen Betriebe gegen die Auffassung der Kollegen aus den Streikbetrieben gestanden hätten"* (Revier 3.1.). In der Tat haben beispielsweise die Tarifkommissionsmitglieder von Hoesch, Thyssen und Mannesmann immer geschlossen gegen die faulen Kompromisse gestimmt. Dazu Herbert Knapp am 19.12. auf einer Mannesmann-Streikversammlung: *„In der letzten Sitzung der GTK hat sich gezeigt, daß im Streik die bestreikten Betriebe zusammengewachsen sind. Hier ist es zu Zusammenarbeit gekommen und aus der gemeinsamen Kampferfahrung sind auch gleichartige Willensbildungsprozesse zustande*

„Wir, die ausgesperrten Stahlarbeiter der Mannesmann Hüttenwerke AG Duisburg-Huckingen erleben jetzt am eigenen Leib, was es heißt, seinen Beruf nicht ausüben zu dürfen. Damit sind wir in der gleichen Situation wie jene Kolleginnen und Kollegen, die wegen ihrer Meinung nicht in den öffentlichen Dienst übernommen werden. Wir fordern für uns wie auch für diese Kolleginnen und Kollegen, unsere Arbeit unbehindert ausüben zu können.
Daher fordern wir:
sofortiges Verbot der Aussperrung
sofortige, ersatzlose Streichung des sogenannten ‚Radikalenerlasses'".

Kommission Betrieb und Gewerkschaft
und Genossen aus NRW

Korrespondenz aus Hagen: Die Streikbereitschaft ist groß

IGM-Kundgebung am 12.12.78 in Hagen

Als Antwort auf die Aussperrung hatte die IGM in 33 Städten in NRW zu Kundgebungen aufgerufen und auch die Metallarbeiter der metallverarbeitenden Industrie aufgefordert, während der Arbeitszeit an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Ein reaktionärer Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Hagen brachte das Kunststück fertig, per einstweiliger Verfügung der IGM diesen Aufruf zu verbieten – das war den Arbeitgebern in Düsseldorf selbst in zwei Instanzen nicht gelungen. Das Urteil wurde noch „reichtzeitig" am Morgen in den Lokalzeitungen veröffentlicht.

Die Mobilisierung in den Betrieben der Metallverarbeitung war schlecht. Flugblätter der Ortsverwaltung erschienen zu spät, was beispielsweise von der Vertrauenskörperleitung der Demag in Wetter (IGM-Verwaltungsstelle Hagen) als Grund vorgeschoben wurde, selbst nichts Entscheidendes zu unternehmen. Es fand keine Vertrauensleutesitzung statt, in der eine Mobilisierung der Kollegen in den Abteilungen hätte geplant werden können. Es gab keine Treffpunkte und keine Fahrzeiten. So nahmen aus diesem Betrieb nur eine Handvoll Kollegen teil.

Dennoch ist es ein relativer Fortschritt für Hagen, daß an der Kundgebung ca. 4000 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Stark in Erscheinung traten auch die Kollegen aus den Gewerkschaften ÖTV und HBV. Kolleginnen der HBV aus drei Kaufhäusern unterrichteten die Kundschaft per Flugblatt.

War also die Mobilisierung in der Metallverarbeitung schwach, so traten die ausgesperrten Kollegen selbst sehr kämpferisch auf. In Hagen sind die beiden Werke von Krupp Stahlwerke Südwestfalen und Friedrich Krupp Hüttenwerke Hohenlimburg ausgesperrt, zusammen 3200 Kollegen. Die Kollegen von Klöckner Haspe und Hoesch Hohenlimburg arbeiten und traten auch auf der Kundgebung nicht sonderlich in Erscheinung. Von Krupp Südwestfalen zog eine Demonstration zum Kundgebungsort und vor allem ein zweiter Demonstrationszug aus Hohenlimburg erregte Aufmerksamkeit. Die Kollegen zogen von ihren Bussen geschlossen unter roten Fahnen zum Kundgebungsort, viele ausländische Kollegen waren in den ersten Reihen zu sehen. Auf der Kundgebung sah sich daraufhin der IGM-Ortsbevollmächtigte Krauss genötigt, etwas von der Tradition der Arbeiterbewegung unter roten Fahnen zu erzählen. Anschließend wurden die roten Fahnen von einem Ortsverwaltungsmitglied eingesammelt!

Inhaltlich brachte die Kundgebung nicht Neues. Die drängenden Fragen der Kollegen, wie der Streik gewonnen und wie die Aussperrung bekämpft werden kann, blieben unbeantwortet. Gegen die Aussperrung mit aller Kraft – das war der allgemeine Tenor. Konkret – da kamen wieder die Geschichten mit gesetzlichem Verbot und den Klagen.

Die Forderung der Kollegen nach Vollstreik wurde von den Rednern ignoriert und nur durch die Blume und hinter drei hohlen Händen wurde die mögliche Überlegung einer Erwägung nach so etwas wie Streikausweitung vom IGM Hauptkassierer Fischer angedeutet.

Im Anschluß an die Kundgebung gab es eine spontane Demonstration von mehreren hundert Kollegen zum Kaufhof, wo am Morgen Verteiler der HBV aus dem Haus gewiesen worden waren. Die Empörung der Kollegen zeigte, daß sie eigentlich viel weiter gehen wollen, als die IGM-Führung plant.

Funktionärsversammlung der; IGM am 19.12.;

In einer solchen Situation sehr spät, organisierte die IGM am 19.12. in Hagen eine sogenannte Funktionärs - konferenz. In diesen Versammlungen, zu denen relativ offen alle Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter der IGM eingeladen werden, und die im allgemeinen auch für Mitglieder offen sind, wird die Politik der IGM erläutert und diskutiert. Sie haben, im Gegensatz zur Vertreterversammlung, keine satzungsgemäße Funktion.

Die Versammlung war mit gut 400 Kollegen außerordentlich gut besucht. Vor allem die ausgesperrten Krupp Betriebe waren stark und geschlossen vertreten.

Das Referat zur Lage vom Ortsbevollmächtigten war sehr langatmig. Zwar wurde die Breite der vorhandenen Solidarität ausführlich geschildert, aber die Darstellung der Probleme der Schlichtung blieb unkonkret.

Offen blieb, was die IGM in Hagen für kompromißfähig hielt, insbesondere kam nicht heraus, daß die Arbeitszeitverkürzung klar die Wochenarbeitszeit betreffen muß. Es wurde sehr deutlich, daß die Forderung nach 35 Stundenwoche nur noch ein gewerkschaftspolitischer Hintergrundgedanke ist, der die Kollegen bei der Stange halten soll, nicht aber mehr ein Ziel, um das gerungen werden muß. Deutlicher wurde er, offensichtlich aufgrund von Druck aus den ausgesperrten Betrieben, daß die Belegschaften nicht gespalten werden dürften, z.B. durch Arbeitszeitverkürzung nur für die Nachtschichten.

In der Diskussion wichtig waren vor allem die Beiträge der Kollegen aus den ausgesperrten Betrieben. In einem klaren Diskussionsbeitrag forderte Adolf Grave, BR-Vorsitzender von Krupp Stahlwerke Südwestfalen in Hagen - Vorhalle und Mitglied der großen Tarifkommission, die sofortige Ausweitung des Streiks.

Auch alle anderen Diskussionsredner forderten, „eine Schüppe draufzulegen". Die Spaltung der Belegschaften dadurch, daß nur Nachtschichtler in den Genuß der Freischichten kommen sollten, wurde einmütig abgelehnt.

Ein IGM-Vertrauensmann aus Hagen

Kämpferische Streikversammlung

Kämpferische Streikversammlung bei Thyssen/Hamborn

Am Donnerstag, dem 21.12. fand im Hotel Montan in Duisburg Marxloh eine Versammlung der Streikenden der Thyssen AG, Werk Hamborn, statt.

Die Versammlung bestach, verglichen mit anderen Bereichen der IGM, durch die Offenheit, mit der in der Diskussion die Kritiken auf den Tisch kamen. Die Versammlung war von ca. 500 Kollegen besucht. Wenn man davon ausgeht, daß das der aktive Kern an Vertrauensleuten und Mitgliedern dieses Betriebes ist, ist das schon rein zahlenmäßig ungewöhnlich für die IGM.

Folgende Positionen wurden in den Diskussionsbeiträgen bezogen: Ohne Vollstreik wird es keine ernstzunehmenden Angebote der Unternehmer geben, ernstzunehmende Angebote sind nur solche, die auch im Vertragstext die Arbeitszeitverkürzung als wöchentlich ausweisen und drittens, daß diese Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeiter gilt und nicht nur für eine Schicht oder eine Altersgruppe.

In der Diskussion umstritten war die Einteilung der Notdienstmannschaften. Hier wurde von Kollegen geäußert, daß sie zu groß wären und vor allem, daß Nichtorganisierte Notdienst machen, d.h. durch den Notdienstverdienst ausgleichen, daß sie keine Unterstützung der IGM erhalten. Hier waren die Kollegen wohl der Meinung, daß solche Leute die Folgen ihrer unsolidarischen Haltung selber zu tragen hätten.



Ziemlich als letzter Redner sprach der Betriebsratsvorsitzende Weiß. Er erzählte langatmig noch einmal die ganze Geschichte der Schlichtung und der verschiedenen Arbeitgeberangebote. Verbalradikal nahm er gegen die bisherigen Einigungsvorschläge Stellung, ohne allerdings konkrete Schritte zu nennen, wie die Effektivität des Arbeitskampfes erhöht werden könnte. Typisch war, wie er dann an einer Stelle einflocht, wie er noch kurz mit Eugen Loderer gesprochen hätte. Offensichtlich soll die Autorität, die für viele Kollegen der IGM-Vorsitzende hat, als Blendmittel eingesetzt werden, wo kritische Fragen an ihn aufkommen.

Diskussionsredner, die die Politik des IGM Vorstandes gegenüber den Kollegen zu rechtfertigen suchten, wiederholten mehrmals, daß die Tarifkommission, die Verhandlungskommission, der Bezirksleiter Kurt Herb und der IGM-Vorstand schon wüßten, was zu tun sei, und daß man ihnen doch vertrauen könne. Sie brachten aber nicht die Gründe für eine bestimmte Taktik vor, sondern gingen wohl davon aus, daß es ausreiche, wenn die Gremien die Probleme zur Entscheidung bringen.

Dagegen diskutierten viele Vertrauensleute so, daß jedes einzelne Argument mit den Kollegen beraten werden müsse und die Kollegen von der Verhandlungsdelegation sofort umfassend informiert werden müssen.

So schlug ein Kollege vor, bei jeder Sitzung der großen Tarifkommission vorher die Kollegen zusammenzurufen und jedesmal eine Delegation nach Mülheim zu schikken, die die Interessen der Kollegen dort vertritt. Der Vorschlag fand breite Zustimmung.

Insgesamt zeigte diese Hamborner Versammlung eine deutliche Radikalisierung der IGM-Mitglieder und vieler Vertrauensleute an der Basis. Es hat bis jetzt den Anschein, daß der IGM-Vorstand keinen faulen Kompromiß gegen die Stahlarbeiter durchzusetzen wagt.

Ein Metallgenosse aus NRW

Sechs Wochen harter Kampf! Streikchronik vom 11.12.1978 bis zum 6.1.1979

Dienstag, 12. Dezember
Die IG-Metall führte in 33 Städten Kundgebungen gegen die Aussperrung durch. Diese Kundgebungen wurden von allen anderen Gewerkschaften des DGB unterstützt. Die IG-Metall sprach von einer Gesamtbeteiligung von 145 000 Teilnehmern.

Gegen den Aufruf der IG-Metall, auch im Bereich der Metallverarbeitung während der Arbeitszeit an den Kundgebungen teilzunehmen, versuchten die Arbeitgeber, einstweilige Anordnungen zu erwirken, die ihr diesen Aufruf verbieten sollten. Das Arbeitsgericht in Düsseldorf lehnte dies in zwei Instanzen ab. In Hagen jedoch verbot das Arbeitsgericht der IGM den Aufruf aufrechtzuerhalten. Es berief sich auf die 'Friedenspflicht'.

Nach der großen Stahlarbeiterkundgebung der 20 000 in Dortmund am 17. November und der über 30 000 am 8.12. in Duisburg , an der auch massiv Kollegen aus dem ÖTV-Bereich und HBV-Bereich teilgenommen hatten, bildete die Kundgebung in **Bochum** den kämpferischen Höhepunkt dieses Tages.

Den Auftakt bildeten ca. 1000 Kollegen der Fried. Krupp Hüttenwerke Bochum-Wattenscheid. Sie legten schon nach der Frühstückspause die Arbeit nieder und demonstrierten zur Hauptverwaltung. Neben dem Kampf gegen die Aussperrung hatten sie ein besonderes Anliegen: Sie kämpfen gegen die Stillegung ihres Gesenkschmiedebereichs. Anschließend zogen sie in die Innenstadt und nahmen an der Kundgebung teil.

Um 14 Uhr 30 standen dann 10 000 Kollegen auf dem Springerplatz. Darunter waren allein 3000 Kollegen von Opel, darunter viele Ausländer, die trotz Drohungen ihre Arbeitsplätze verlassen hatten. Auch in anderen Betrieben wurde die Produktion erheblich gestört.

Die Straßenbahner der "Bogestra" legten die Arbeit für eine halbe Stunde nieder Kolleg(inn)en der Stadtverwaltung und aus dem Gesundheitswesen waren ebenfalls sichtbar vertreten.

Eineinhalb Stunden waren die Straßen zwischen der Innenstadt und der Westfalenhalle in **Dortmund** blockiert, als zwei Marschsäulen mit zusammen 2500 Kollegen und ein Autokorso von 1500 zur Kundgebung aufbrachen, die erst mit erheblicher Verspätung anfangen konnte. Gut 8000 Kollegen füllten die Westfalenhalle 2.

Herausragendes Ereignis war die Anwesenheit niederländischer Kollegen von Hoogovens, dem holländischen Teil des Hoesch - Estel Konzerns. Der Kollege Henk Krul, einer der 60 Holländer, erhielt prasselnden Beifall, als er versicherte, in den Niederlanden werde keine Arbeit angepackt, die für Hoesch oder ein anderes deutsches Stahlwerk bestimmt ist (dies wurde bis heute eingehalten!).

Gut 4000 Kollegen waren in **Hagen** auf der Kundgebung, (siehe nebenstehende Korrespondenz).

In **Mühlheim** standen ebenfalls Busse und Straßenbahnen still, als die Kundgebung mit ca. 8000 Teilnehmern stattfand. Als Redner trat Eugen Loderer auf. Ein Vertreter der französischen Gewerkschaft CFDT berichtete, es sei ein Versuch verhindert worden, mit der Lieferung von 17 000 Tonnen Feinblech für die deutsche Automobilindustrie durch die Firma Usinor Streikbruch zu betreiben.

Viele Bergleute prägten das Bild der Kundgebung in **Essen**, an der 4000 Kollegen teilnahmen, ebenso in **Gelsenkirchen**.

Delegationen aus Völklingen, Salzgitter und Saarbrücken besuchten die Kundgebung in **Oberhausen**, an der 4000 Stahlarbeiter teilnahmen. Auch hier waren außerordentlich viele Bergleute zu sehen. Kollegen der Gutehoffnungshütte Sterkrade legten die Arbeit nieder.

Mehrere Zentner Kartoffeln spendete ein Bauer in Osnabrück auf der Kundgebung für Klöckner **Osnabrück** und die Georgsmarienhütte (ebenfalls Klöckner). Fast 4000 Kollegen waren anwesend.

In **Bremen** kamen 1700 Kollegen. Es wurde von Klöckner-Kollegen immer wieder die Ausweitung des Streiks gefordert.

In **Hattingen** prägte vor allem die Belegschaft der Henrichshütte, in **Witten** die des Edelstahlwerks die Kundgebung. Beides sind Thyssenbetriebe. In Witten kamen gut 3000 Kollegen.

Besonders lang und für die typische Uni- und Beamtenstadt **Münster** auch überraschend kämpferisch war eine Aktion von Kollegen der ÖTV. Dabei wurden die Busdepots für über zwei Stunden blockiert Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Kollegen und die ÖTV wegen "Nötigung".

Weitere Kundgebungen fanden in folgenden Orten statt: **Werdohl** (Krupp Südwestfalen, Thyssenbetriebe) **Aachen**,dort solidarisierten sich belgische Kollegen, die bereits 38 Stunden Wochenarbeitszeit in der Stahlindustrie erreicht haben, **Ahlen/Westf.**, **Bergisch-Gladbach** (bei Köln), **Bonn**, **Bielefeld** (Mannesmann-Kammerich in Brackwede), **Bad Oeynhausen**, **Düren**, **Detmold**, **Dillenburg** (Krupp-Südwestfalen) **Düsseldorf**, **Gütersloh**, **Hamm**, **Herford**, **Köln**, **Krefeld**, **Mönchengladbach**, **Niederschelden**, **Neuss**, **Paderborn**, **Solingen**, **Siegburg** und **Unna-Wickede**.

Mittwoch, 13.12.
"Loderers Amoklauf", so kommentiert die FAZ die Rolle der IGM nach den Kundgebungen. *"Er scheint vor gar nichts mehr zurückzuschrecken, Recht und Gesetze kümmern ihn offensichtlich nicht mehr."*

Donnerstag, 14.12.
Im Hoesch Röhrenwerk Hamm fehlt Vormaterial. Für 300 Kollegen wird Kurzarbeit angemeldet, die in der nächsten Woche auf 500 und dann auf 900 Kollegen ausgeweitet werden soll.

Sonntag, 17.12.
Farthmann legt einen Einigungsvorschlag vor. Er sieht vor, daß alle Arbeiter, die auch Nachtschicht machen, bis 1980 vier und bis 1981 6 1/2 zusätzliche Freischichten erhalten, sowie 2 Tage mehr Urlaub für alle und 4% mehr Lohn ab November. Mit diesem Angebot kämen kaum die Hälfte der Kollegen in den Genuß einer Arbeitszeitverkürzung und das noch nicht einmal als Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Am Sonntag Nachmittag lehnte die große Tarifkommission der IGM den Kompromißvorschlag von Farthmann ab und forderte die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen auf. Als Grund gibt der Verhandlungsführer Kurt Herb an, ein Ergebnis, daß quer durch die Betriebe die Belegschaften spaltet, sei nicht annehmbar.

Gleichzeitig wird in der Presse berichtet, Eugen Loderer hätte den Kompromißvorschlag als annehmbar empfohlen.

Ein Kompromißvorschlag

Ein Kompromißvorschlag

der IG Metall

Die Verhandlungskommission der IG Metall hat bei den Vermittlungsgesprächen in Düsseldorf gestern einen Vorschlag unterbreitet, der der Struktur des Vermittlungsvorschlags von Arbeitsminister Farthmann einen Inhalt gibt, wie er den Vorstellungen der IGM entsprechen könnte.

Der IG-Metall-Vorschlag sieht folgenden Stufenplan vor:

1. **Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4% ab 1. November 1978 bei einer Laufzeit von 15 Monaten**
2. **Vier Freischichten pro Jahr für alle Nachtschichtler ab 1. Januar 1979**
3. **Zwei zusätzliche Freischichten pro Jahr für alle Arbeitnehmer über 50 Jahre ab 1. Januar 1979**
4. **Drei Tage mehr Urlaub für alle ab 1. Januar 1979**

Ab 1980 ist nach dem Vorschlag der IG Metall vorgesehen:
- **weitere 2,5 Freischichten für die Nachtschichtler**
- **weitere 2 zusätzliche Freischichten für die über 50jährigen**
- **zwei weitere Tage Urlaub für die unter 30jährigen**

Im Jahr 1981 sind nach dem IG-Metall-Vorschlag vorgesehen:
- **2,5 weitere Freischichten für über 50jährige**
- **6 Wochen Urlaub für alle (also dann auch für die Arbeitnehmer unter 30 Jahren)**

Daraus wird deutlich, daß sich aus dem Vorschlag der IG Metall für die Betriebe keine unerschwingliche Kostenbelastung ergibt. Die Stahlarbeitgeber haben den Vorschlag der IG Metall bei den gestrigen Gesprächen als indiskutabel bezeichnet.

Dieser am 4. Januar 1979 vorgelegte Kompromiß der IGM war praktisch der Durchbruch für den faulen Abschluß



Protestkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle

Montag, 18.12.
Farthmann erklärt die Verhandlungen für gescheitert, während die IGM die Unternehmer umgehend zu neuen Gesprächen auffordert.

Schon am Freitag fand eine Veranstaltung der Vertrauenskörperleitung bei **Klöckner Bremen** statt. Neben Kulturgruppen waren Delegationen der Bremer Vulkanwerft, von Mannesmann Huckingen und der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund anwesend.

Die Kollegen der Klöcknerhütte betonten nachdrücklich, daß sie nach wie vor "Gewehr bei Fuß" stünden. Allerdings war ein Unmut über die Nichteinbeziehung in den Streik und in die Streiktaktik der IGM nicht zu verbergen. Besonderen Wert legten die Kollegen auf die Zurückweisung des Vorwurfs, die Belegschaft der Klöcknerhütte nehme Streikbrecherarbeiten an.

Am Montag war Vertrauensleuteversammlung bei **Mannesmann-Huckingen.** BR-Vorsitzender Knapp berichtete aus der großen Tarifkommission. Fazit: *"Das ist kein Einstieg, über den es sich zu reden lohnt."*

Die Versammlung verabschiedete eine Resolution an die große Tarifkommission. Grob war der Inhalt schon vorher als Flugblatt verteilt worden:
1.Ein Einstieg in der Größenordnung von Stunden (nicht Minuten) muß her;
2.Dies muß im Tarifvertrag als Einstieg deutlich gemacht werden, die 40-Stundenwoche muß klipp und klar durchbrochen werden;
3.Die Regelung muß für alle gelten, wir lassen uns nicht spalten;
4.Der Abschluß muß so bemessen sein, daß seine Laufzeit wirkt, bevor die Arbeitgeber erneut Arbeitsplätze abgebaut haben. Bis 1980 sollen weitere 50.000 Arbeitsplätze verschwinden, aber erst 1981 wären 39 Stunden erreicht (nach "Revier Pressedienst" 13).

Die Kollegen von **Krupp in Duisburg-Rheinhausen** sind sauer, weil Blockstillstände, die zum Jahresende vereinbart waren, rückgängig gemacht werden sollen. Wieso soll dem Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, voll zu produzieren, während gleichzeitig das Streikziel nur verwirklicht werden kann, wenn möglichst weitgehend die Produktion stillgelegt wird (nach "Revier Pressedienst" 13).

Dienstag, 19.12.
Eugen Loderer dementiert gegenüber dem Handelsblatt, daß die IG-Metall-Basis ihn in die Ecke gestellt habe. Er sei nicht für

Dienstag, 19.12.
Eugen Loderer dementiert gegenüber dem Handelsblatt, daß die IG-Metall-Basis ihn in die Ecke gestellt habe. Er sei nicht für
die Annahme gewesen. Dennoch beweist gerade dieser Artikel im Handelsblatt, daß Loderer sehr wohl ein Ergebnis für annehmbar hielt, das nur wenig mehr Kollegen mit einbezieht. Loderer beharrt deutlich auf einer "stahltypischen Lösung", was eindeutig im Gegensatz steht zur Deutlichkeit z.B. der Mannesmann VL-Resolution.

Auf einer Streikversammlung von **Mannesmann-Huckingen** berichtet der BR-Vorsitzende Knapp u.a. von den Auseinandersetzungen in der großen Tarifkommission. Er betont das Zusammenwachsen der bestreikten Betriebe insbesondere mit Thyssen-Hamborn. Die Kollegen hätten in der Tarifkommission eine gemeinsame Linie gefunden. Die Demonstrationen der Kollegen vor der Tarifkommission seien beeindruckend und müßten verstärkt werden. Diese Demonstrationen haben auch, so Knapp, eine wichtige Funktion gehabt, Vertretern aus nicht bestreikten Betrieben deutlich zu machen, daß die Politik der IGM gegen falsche Kompromisse zielen müsse. Diesen Kollegen fehle die direkte Streikerfahrung und der Lernprozeß daraus. Sie würden zu zu großer Kompromißbereitschaft neigen (nach "Revier Pressedienst" 14).

Mittwoch, 20.12.
Die große Tarifkommission gibt endlich dem Drängen aus den Betrieben nach Vollstreik nach und beschließt grundsätzlich eine Streikausweitung. Datum und Betriebe sollen aber erst später bekanntgegeben werden, so daß sich die Wirkung dieses Beschlusses ins neue Jahr verschleppt.

An der Sitzung nehmen mehrere hunder Kollegen der drei Duisburger Betriebe Thyssen, Krupp und Mannesmann teil.Die Stimmung ist gut, einhellig wird die Spaltung der Belegschaften abgelehnt.

Vertrauensleuteversammlungen bei **Hoesch-Dortmund** in den Werken Westfalenhütte und Phoenix erklären noch einmal, daß nur ein Stufenplan bis hin zur 35 Stundenwoche als Einstieg akzeptabel ist.

Donnerstag, 21.12.
Die Streikversammlung von **Thyssen-Hamborn** beschließt im Hotel Montan eine Resolution, die die Position von Mannesmann und Hoesch teilt und unterstützt (siehe nebenstehenden Bericht).

Mittwoch, 27.12.
Im **Hoesch Werk Union Dortmund**, das nicht bestreikt oder ausgesperrt ist, soll die Mitteleisenstraße wegen Mangels an Vormaterial aus der Westfalenhütte stillgelegt werden. 489 Kollegen sollen suspendiert, d.h. ohne Lohn und Gehalt nicht beschäftigt, aber auch nicht entlassen werden. Gegen diese kalte Aussprerrung will der Betriebsrat arbeitsreichtlich vorgehen.

Auch bei den **Mannesmannwerken in Düsseldorf-Rath** und **Lierenfeld** und dem **Thyssen-Transportbetrieb "Eisenbahn und Häfen" in Duisburg-Hamborn** stehen ähnliche Konflikte an.



Fast 35.000 waren auf der Duisburger Demonstration

Donnerstag, 28.12.
Der Betriebsrat von **Hoesch-Union** bekommt mit einer einstweiligen Verfügung Recht - Hoesch muß an die kalt ausgesperrten Walzwerker weiter Lohn zahlen.

Die IG-Metall gibt bekannt, daß der Streik ab 3.1. 1979 auf folgende drei Betriebe ausgeweitet werden soll: **Fried. Krupp Hüttenwerke in Bochum-Wattenscheid** mit 9.200 Beschäftigten, **Klöckner in Bremen** mit 5.300 und **Thyssen Edelstahlwerke Krefeld** mit 5.500 Beschäftigten. Diese Maßnahme kommt zu spät angesichts des immer größer werdenden Gefälles zwischen der Kampfkraft der fort-
in Bremen mit 5.300 und **Thyssen Edelstahlwerke Krefeld** mit 5.500 Beschäftigten. Diese Maßnahme kommt zu spät angesichts des immer größer werdenden Gefälles zwischen der Kampfkraft der fort-
schrittlichen und im Streik stehenden und den zurückgehaltenen Belegschaften. Es entspricht auch nicht den Forderungen nach Vollstreik, die spätestens seit der Aussperrung immer lauter wurden. Dennoch hat die Ausweitung einen gewissen Kampfeffekt, weil sie vor allem die Automobilindustrie trifft, deren Karosseriblech knapp wird.

Gleichzeitig fordert die IG-Metall die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen auf.

Freitag, 29.12.
Erneut trafen sich Arbeitgeber und IG-Metall bei Farthmann zu einem Schlichtungsversuch. Dabei machte Farthmann folgenden Vorschlag: 3,5 Freischichten für alle von Nachtschicht betroffenen Arbeiter, zwei weitere für alle über 50-jährigen, drei Tage mehr Urlaub für alle und 4 % mehr Lohn. Unklar blieb, wann diese Punkte wirksam werden sollen.

Silvester, 31.12.78
Mit Festen, Musik und gegrilltem Spießbraten geht es ins neue Jahr. Vor Tor 1 von **Thyssen-Hamborn** gab es ein Neujahrstänzchen, vor den Toren von **Hoesch-Westfalenhütte** und **Phoenix** spielte Neujahr die **Werkskapelle ein Konzert. Zum bunten Nachmittag in die Westfalenhalle kamen 15.000 Kolleginnen und Kollegen!**

Dienstag, 2.1.79
In Muhlheim tritt die große Tarifkommission zusammen und beschließt, auf Grundlage des letzten Farthmann-Vorschlags weiterzuverhandeln. Mehrere Hundert Kollegen von **Mannesmann-Huckingen, Thyssen-Hamborn und Hoesch Dortmund** waren erschienen.

Die Vertrauenskörperleitungen dieser drei Betriebe beantragten gemeinsam, daß die Sitzung öffentlich sein sollte. Dies wurde abgelehnt, und ein Teil der großen Tarifkommission klatschte zur Ablehnung. Daraufhin setzte ein gellendes Pfeifkonzert der Kollegen ein. Mitglieder der VK-Leitungen konnten dann die Kollegen dazu bewegen, Ruhe zu bewahren und den Saal zu verlassen. Die Kollegen blieben vor der Tur der Muhlheimer Stadthalle und warteten das Ergebnis ab. Inzwischen wurde bekannt, daß in der Versammlung vom "Pöbel" gesprochen wurde „der vor der Tür stehe.

Gegen 15 Uhr gab Herb das Ergebnis bekannt: Weiterverhandlung, Farthmann-Vorschlag als Grundlage. Die Kollegen begriffen die Welt nicht mehr. *"Du bist nicht die IG-Metall, sondern wir"* mußte sich Herb sagen lassen. Kollegen von der Westfalenhütte: *"Mit diesem Beschluß macht ihr vieles kaputt"* und zu Loderer: *"Du hast immer gesagt, über Urlaub reden wir später, jetzt ist die Arbeitszeitverkürzung dran, und dann dieser Beschluß! Ich verstehe die Welt nicht mehr."* Als Loderer sich zu rechtfertigen suchte, mehr sei nicht machbar, sagte ein Kollege: *"Dann sollten wir ehrlich bleiben und sagen, wir haben den Kampf verloren."* (nach Westfälische Rundschau, 2.1.79).

In der anschließenden Streikversammlung bei **Mannesmann-Huckingen** kritisiert BR-Vorsitzender Knapp den Mangel an innergewerkschaftlichem Demokratieverständnis seitens des IGM-Vorstandes.

Mittwoch, 3.1.
Klöckner Bremen, Fried.Krupp Hüttenwerke Bochum und Thyssen Edelstahlwerke Krefeld stehen im Streik.

Auf der **Klöckner Hütte Bremen** wurde immer wieder von Kollegen kritisiert, daß die Angestellten vom Streik ausgenommen sind und die Notdienstmannschaften zu groß. So stimmte die Streikleitung zu, daß
immer wieder von Kollegen kritisiert, daß die Angestellten vom Streik ausgenommen sind und die Notdienstmannschaften zu groß. So stimmte die Streikleitung zu, daß
200 weitere Kollegen zum Notdienst eingeteilt wurden. Bei einer Belegschaft von 5.500 sind damit über 1.500 Kollegen nicht vom Streik betroffen!

Die IG-Metall unterbreitet auf den Schlichtungsverhandlungen nun ihrerseits einen eigenen Vorschlag. Es ist ein Stufenplan bis 1981. Bis dahin sollen 30 Tage Urlaub auch für unter 30-jährige erreicht sein. Ansonsten soll es Arbeitszeitverkürzungen per Freischicht nur für Nachtschichtler und über 50-jährige geben, d.h. wieder gibt es für die Mehrheit der Stahlarbeiter keinen deutlichen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die Arbeitgeber lehnen diesen Vorschlag als "unzumutbar" ab.

Donnerstag, 4.1.
Die große Tarifkommission tritt zusammen. Erneut demonstrieren Kollegen, diesmal überwiegend von **Mannesmann-Huckingen.** Die Kollegen tragen einen Kranz mit der Aufschrift "35 Stunden ade". Es kommt zu Sprechchören:"Wir sind keine Chaoten." Es gibt Wortgefechte. Der IG-Metallvorstand distanziert sich zum ersten Mal offen von den Demonstranten und bezeichnet sie als "außerhalb der Gewerkschaft stehend."

Freitag, 5.1.
Die IGM und die Unternehmer verhandeln erneut, ohne Schlichter.

Mittlerweile versuchen Metall- und Stahlkapitalisten massenhaft die kalte Aussperrung zu praktizieren. Ohne Lohn und Gehalt sollen Kollegen in verschiedenen Betrieben nach Hause gehen. Grund: Material- und Arbeitsmangel. In Dortmund und Dusseldorf, Siegen und Hagen sowie in Duisburg geben Arbeitsgerichte der einstweiligen Verfügung der IGM Recht. In Finnentrop wird die Verfügung mit der Begrundung "fehlende Dringlichkeit" abgelehnt. Abgelehnt wurde sie auch in Düsseldorf-Rath und Oberhausen, die Begründungen liegen noch nicht vor.

Trotz Gerichtsurteils und der Androhung eines Zwangsgeldes von 500.000 DM sperrt Mannesmann in Burbach (Siegen) wegen Materialmangels 90 Beschäftigte aus.

Frauentreffs zur Solidarität mit den Stahlarbeitern

Im Verlauf des Metallarbeiterstreiks führte die IGM auch mehrere Treffs vor allem für Frauen durch.

Am 20.November veranstaltete sie in Hagen für die Frauen der 3.200 ausgesperrten Krupp-Stahlarbeiter eine Solidaritätsveranstaltung. Es kamen etwa 150 Frauen. Für die Feier spendeten die SPD-Frauen 70 selbstgebackene Kuchen, die griechische Songgruppe "Orpheus und Rosa" sang Lieder von Theodorakis.

Im kleineren Kreis, dafür aber mit sehr lebhafter Diskussion, fand am 7. 12. in Dortmund ein "Familientreff" statt, an dem etwa 50 Frauen und Männer (streikende Kollegen mit ihren Ehefrauen, sowie streikende Kolleginnen mit ihren Ehemännern) teilnahmen. Nach einer kurzen Begrüssung wandte sich die Landesfrauensekretärin des DGB hauptsächlich an die anwesenden Frauen. Sie ging darauf ein, wie schwierig es sei, mit 720 DM auszukommen, betonte aber gleichzeitig die Notwendigkeit, den Streik durchzuhalten. Als Negativbeispiel für den verhängnisvollen Einfluß von Frauen in Arbeitskämpfen führte sie den Bergarbeiterstreik von 1912 an, bei dem Frauen streikbrechende Männer in Kinderwagen an den Streikposten vorbei in die Zeche gefahren hätten. Weiter erläuterte sie detailliert die organisatorischen Probleme, etwa wie wird die Streikunterstützung errechnet oder daß nach 21 Tagen die Arbeiter bei der IGM krankenversichert sind.

Einige interessierte und engagierte Frauen wurden dann eingeladen, sich an einen Tisch mit dem Reporter der "Westfälischen Rundschau" zu setzen, um ein "Meinungsbild" zu entwerfen. Viele Frauen erzählten über die körperlichen Strapazen und die harten Bedingungen unter denen sie arbeiten. Eine Frau wehrte sich dagegen, daß ihr Name in der Zeitung erscheint. Ganz offensichtlich hatte sie Angst, daß ihre Darstellung über die harten Arbeitsbedingungen von den Kapitalisten so ausgenützt werden könnte, daß sie eine Entlassung zu befürchten hat.

28. November 1978

Wir Gelsenkirchener Frauen

unterstützen den gewerkschaftlichen Kampf der Stahlarbeiter für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Sie bringt mehr Arbeitsplätze für Männer und Frauen, mehr Zeit für Erholung und Familie. Das sind Forderungen, für die auch wir als Frauen seit langem eintreten. Die Arbeitgeber sind dagegen und wollen mit Aussperrung ihren Willen durchsetzen. Wir stehen auf der Seite der Stahlarbeiter und ihrer Familien!

G. Alders / E. Beuvers / R. Blank / M. Blasey / G. Bojahr / M. Beerlage / P. Bremo / W. Büscher / S. Conrad / A. Czybulski / M. Dörnemann / I. Dorneck / J. Dostlebe / M. Eisenbach / D. Eiserbeck / H. Ernst / D. Ewering / I. Faustmann / B. Friedland / U. Gertz / S. Giehler / U. Goos / I. Gorecki / L. Gossen / I. Groenitz / R. Hamer / B. Hanffstengel / G. Hartung / C. Heinig / D. Heß / M. Kaiser / A. Kemmler / I. Kibeis / R. Kirsch / G. Klaus / U. König / I. Konrad / M. Kruschel / M. Kulawik / M. Kummerhoff / B. Kutzner / R. Limpert / U. Lindemann / B. Link / G. Majewski / E. Majorczik / E. Menzel / G. Meyer / H. Müller / H. Nagel / A. Nüssgen / E. Peine / M. Pöritz / T. Püttmann / M. Reimann / I. Rehberg / H. Riewald / U. Röben / K. Rüping / S. Sawallich / E. Sawatzki / U. Schneider / A. Schneidersmann / M. Schröer / C. Spiekermann / A. Spies / I. Stange / C. Talhorst / M. Teuling / V. Tietz / R. Todeskino / C. Wartmann / U. Westphal / M. Wieczorek / W. Willig / B. Witteck / R. Rinke.

Wir wollen unsere Solidarität auch mit einer Spende für die Versorgung von Streikposten erweisen. Wer sich beteiligen will:

Kto. Kaiser/Röben „Stahlarbeiter-Solidarität" Nr. 10 605 733, Bank für Gemeinwirtschaft, Gelsenkirchen

Veantw.: M. Kaiser, Industriestr. 8, 4650 Gelsenkirchen
U. Röben, Marler Str. 4, 4660 Gelsenk.-Buer

Biermann in Duisburg

Etwa 500 Teilnehmer besuchten eine Solidaritätsveranstaltung für die streikenden Arbeiter am 29.12. in Duisburg. Der Sänger Wolf Biermann begeisterte durch eine Reihe neuer Lieder. Biermann spielte ohne Gage, die Einnahmen des Abends und eine Spendensammlung gingen an die Streikenden.

Organisator der Veranstaltung war die IGM-Vertrauenskörperleitung der Hamborner Thyssen-Hütte.

Ein Duisburger Genosse

Hörder Frauengruppe protestiert gegen Aussperrung

Die Frauengruppe in Hörde-Dortmund hat sich früher hauptsächlich mit Kindertagesstätten und Aktionen für das Verbot von Kriegsspielzeug beschäftigt. Seit dem Stahlstreik und der Aussperrung von 7.000 Arbeitern und Angestellten bei Phönix (Hoesch-Werk in Hörde), sind sie voll in die Unterstützung der Stahlarbeiter eingestiegen. Sie haben ein Flugblatt gemacht, in dem auch die Gewerkschaftsführung kritisiert wird und dafür über



Hörder Frauengruppe protestiert gegen Aussperrung

Die Frauengruppe in Hörde-Dortmund hat sich früher hauptsächlich mit Kindertagesstätten und Aktionen für das Verbot von Kriegsspielzeug beschäftigt. Seit dem Stahlstreik und der Aussperrung von 7.000 Arbeitern und Angestellten bei Phönix (Hoesch-Werk in Hörde), sind sie voll in die Unterstützung der Stahlarbeiter eingestiegen. Sie haben ein Flugblatt gemacht, in dem auch die Gewerkschaftsführung kritisiert wird und dafür über 200 Unterschriften von Frauen auf der Straße gesammelt. Außerdem sammelten sie Geld für die Ausgesperrten und wollen gemeinsam mit der Gewerkschaft eine Weihnachtsfeier für die Kinder organisieren.



Gelsenkirchener Frauen solidarisieren sich mit den Streikenden (Anzeige aus der „Westberliner Allgemeinen Zeitung", 28.11.78)

Hier Teile aus dem sehr kämpferischen Flugblatt: „*AN ALLE! Wir, Frauen von Kollegen des Hoesch-Werkes Phönix, wenden uns an alle Hoescharbeiter – Frauen, an alle Hörder Bürger. Ab Freitag sollen unsere Männer, zusammen mit 7.000 Arbeitern und Angestellten bei Phönix, zusammen mit zehntausenden von Stahlarbeitern im gesamten Ruhrgebiet, ausgesperrt werden.*

Gegen diese Strafaktion der Unternehmer protestieren wir! Aussperrung ist Unternehmensterror! Sie muß verboten werden!

Die Unternehmer behaupten, die Forderungen der Stahlarbeiter sind übertrieben. Wir sagen: Unsere Männer haben Recht! Sie haben Recht, wenn sie mehr Lohn fordern. Das können wir Frauen am besten beurteilen. Denn wir sind es schließlich, die mit dem Geld, das unsere Männer nach Hause bringen, haushalten müssen. Und wieviele Probleme das schafft, wie oft es deshalb Streit gibt, vor allem, wenn mehrere Kinder da sind, kann sich jeder selbst ausmalen. ... Die Forderungen unserer Männer sind richtig. Wir Frauen unterstützen sie voll und ganz!

Dabei wissen wir natürlich, daß die Unternehmer den Stahlarbeitern die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und mehr Lohn nicht auf dem silbernen Tablett servieren werden. Deshalb haben wir uns sehr gefreut, als 92% der Phönix-Arbeiter für Streik gestimmt haben. Denn wir wollen Männer, die kämpfen, keine, die nur eine große Klappe haben. Solche scheinen aber in der Gewerkschaftsführung zu sitzen. Was sind das für Arbeitervertreter, die unsere Männer nicht streiken lassen, obwohl sie das wollen und stattdessen seelenruhig zusehen, wie die Unternehmer die Aussperrung vorbereiten und durchführen?

Deshalb wenden wir uns an alle Hoescharbeiter-Frauen, an alle Hörder Bürger und fordern sie auf, mit uns gemeinsam einzutreten für: Verbot der Aussperrung! Unterstützung des Kampfes der Stahlarbeiter für mehr Lohn und die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Gegen Aussperrung Streik!"

Wer sich genauer informieren oder mitarbeiten will, hier der Kontakt: Anne Böcking, Wellinghofer Straße 187, Telefon 0231/467170 **(nach „ID" vom 16.12.78).**

Hamburger DruPa:

Jetzt auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Seit Monaten bereits läuft eine Kontroverse zwischen rechten Sozialdemokraten im DGB, die massiv gegen den Klose-Plan aufgetreten sind, und der Mehrheit der DruPa in Hamburg. Die DruPa-Delegierten hatten den Hamburger DGB-Chef Saalfeld kritisiert, der sich mit Berufung auf die Gewerkschaftsmitglieder für die Beibehaltung der bisherigen Verfassungsschutzschnüffeleien gegen Lehramtskandidaten ausgesprochen hatte. Seither läuft diese Auseinandersetzung, über die wir regelmäßig im AK berichtet haben. Allmählich droht dies für die rechten Sozialdemokraten zum Bumerang zu werden, denn auf der letzten Delegierten-Versammlung haben die Delegierten sich für eine weitergehende Liberalisierung — unabhängig von der mehrheitlichen Unterstützung des Klose-Plans — eingesetzt.

Auf der Versammlung vom 18.12.78 stellten sich die BR-Vorsitzenden mehrerer bedeutender Hamburger Druckbetriebe (Gruner, Springer, Bauer) noch einmal ausdrücklich vor den Ortsvereinsvorstand. Gleichzeitig schlugen sie vor, die ganze Angelegenheit nun einmal zu klären u.U. auf einem gemeinsamen Gespräch zwischen dem Ortsvereinsvorstand mit Saalfeld. Die Delegierten gaben dabei dem Vorstand folgende Resolution mit auf den Weg: „*Die Delegiertenversammlung kritisiert aufs schärfste das Verhalten des DGB-Kreisvorstandes, der nicht bereit ist, die Pläne Bürgermeister Kloses über die Neuregelung der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst zu unterstützen. Die Abstimmung vom 5. Dezember der Kreisdelegiertenversammlung des Kreises Hamburg* (Anm. AK: Hier war die DruPa-Hamburg wegen ihres „Offenen Briefes" mit der Kritik an Saalfeld verurteilt worden) *ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich gegen eine Atmosphäre von Einschüchterung und Gesinnungsschnüffelei wenden ... fordern wir daher die ersatzlose Aufhebung des sog. Radikalenerlasses und die sofortige Einstellung aller damit verbundenen Anhörungsverfahren sowie die Rehablitierung der bisherigen Opfer der Berufsverbote.*

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Radikalenerlaß enthüllen, wie unerträglich sich diese politische Praxis durch

- *Berufsverbote*
- *Unvereinbarkeitsbeschlüsse*
- *Abbau demokratischer Rechte*
- *Gesinnungsschnüffelei*

auswirkt. Aus bitterer Erfahrung wachsam geworden, beobachtet das Ausland mit großer Sorge, wie in der Bundesrepublik eine schärfere Gangart zum Abbau demokratischer Rechte eingeschlagen worden ist. Anlehnend an die Bundesdelegiertenkonferenz des Schriftstellerverbandes fordern wir daher die ersatzlose Aufhebung des sog. Radikalenerlasses und die sofortige Einstellung aller damit verbundenen Anhörungsverfahren sowie die Rehablitierung der bisherigen Opfer der Berufsverbote. Die Delegiertenversammlung schlägt außerdem vor, die Diskussion um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse erneut aufzunehmen."

Bisher haben die rechten Sozialdemokraten im DGB versucht, die Auseinandersetzungen um die Berufsverbote auch gegenüber linkssozialdemokratischen Kreisen mit massiven Geschützen von Vorwürfen zu kontern. Es zeigt sich hier, daß sie derzeit nicht in der Lage sind, diese Debatte vom Tisch zu kriegen. Wegen dieser Auseinandersetzung mochte kürzlich Heinz Wolf, ehemaliger DruPa-Vorsitzender Hamburgs zu seinem 25jährigen Jubiläum als Gewerkschafts-Funktionär nicht einmal mehr Geschenke vom jetzigen Hamburger DruPa-Vorstand entgegennehmen. Er schickte das Geschenk, ein Buch über die „Arbeiterbewegung in Hamburg und Altona", mit einem Brief zurück. Er könne angesichts der laufenden Auseinandersetzungen nicht annehmen, daß dieses Geschenk aus Solidarität geschenkt sei. Manchem rechten Sozialdemokraten ist es bei ihrer derzeitigen Position offensichtlich peinlich, an die ältere Geschichte der Arbeiterbewegung erinnert zu werden, in deren Tradition sie sich ja sonst so gerne stellen. Da ist was dran!

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg:

fentlichen Dienst zu unterstützen. Die Abstimmung vom 5. Dezember der Kreisdelegiertenversammlung des Kreises Hamburg (Anm. AK: Hier war die DruPa-Hamburg wegen ihres „Offenen Briefes" mit der Kritik an Saalfeld verurteilt worden) *ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich gegen eine Atmosphäre von Einschüchterung und Gesinnungsschnüffelei wenden ... fordern wir daher die ersatzlose Aufhebung des sog. Radikalenerlasses und die sofortige Einstellung aller damit verbundenen Anhörungsverfahren sowie die Rehablitierung der bisherigen Opfer der Berufsverbote.*

Die gegenwärtigen Auseinanderset-

DruPa-Vorstand entgegennehmen. Er schickte das Geschenk, ein Buch über die „Arbeiterbewegung in Hamburg und Altona", mit einem Brief zurück. Er könne angesichts der laufenden Auseinandersetzungen nicht annehmen, daß dieses Geschenk aus Solidarität geschenkt sei. Manchem rechten Sozialdemokraten ist es bei ihrer derzeitigen Position offensichtlich peinlich, an die ältere Geschichte der Arbeiterbewegung erinnert zu werden, in deren Tradition sie sich ja sonst so gerne stellen. Da ist was dran!

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg:

Prozeßwelle gegen linkes BR-Mitglied beendet

Kurz nach der Betriebsratswahl 1975, also seit über drei (!) Jahren, versucht die Geschäftsleitung dieser Großdruckerei, mittels einer Vielzahl von Arbeits-, Landes-, Bundesarbeitsgerichtsprozessen einen linken Betriebsrat loszuwerden.

Insgesamt hatte der betroffene Kollege über ein Dutzend (!) Prozesse zu überstehen, wobei er mitunter gleich mehrere gleichzeitig zu bestehen hatte. Vorgeworfen wurde ihm praktisch alles, was ein linker Betriebsrat eigentlich nach dem BVG nur „verbrechen" kann: Bruch der vertrauensvollen Zusammenarbeit, parteipolitische Betätigung, Verleumdung, Beleidigung, Verächtlichmachung des Unternehmens usw. Selbst die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet, aber es nützte alles nichts, der Kollege wurde bei der BR-Wahl 1978 wiedergewählt und ist somit immer noch Betriebsratsmitglied.

Selbst die große Möglichkeit, ihn endlich loszuwerden, kurz vor den letzten Betriebsratswahlen, als der Kollege durch das Bundesarbeitsgericht aus dem Betriebsrat ausgeschlossen wurde und damit seinen besonderen Kündigungsschutz verloren hatte, konnte nicht „genützt" werden. Als die Geschäftsleitung bzw. ein Vertreter ihm lächelnd das Kündigungsschreiben überreichte, hatte der Kollege innerhalb eines Tages bereits eine Liste zur BR-Wahl mit den nötigen Unterschriften im Betrieb gesammelt, auf der er ganz alleine sich zur Wahl stellte. Die Geschäftsleitung kündigte ihn trotz des erneuten besonderen Kündigungsschutzes eines Wahlbewerbers und mußte ihn nach einigen Wochen auf Beschluß des Arbeitsgerichtes wieder einstellen und ihm auch noch nachträglich die Arbeitszeit bezahlen.

Kaum war der Kollege wieder im Betrieb, erklärte er seine Ein-Mann-Liste jetzt für nicht mehr gültig und kandidierte zusammen mit anderen fortschrittlichen Kollegen auf einer Liste.

Langsam scheint sich auch bei der Geschäftsleitung rumgesprochen zu haben, daß dem linken BR-Mitglied auf diesem Wege nicht beizukommen ist, erklärte sie sich doch auf Antrag des Betriebsrates nun bereit, den letzten noch ausstehenden Prozeß in der 2. Instanz zurückzuziehen.

Der BR hatte diesen Antrag gestellt, als die Geschäftsleitung ihrerseits an den BR den Antrag gestellt hatte, seinerseits auf ein Verfahren wegen Verletzung der Mitbestimmungsgesetze bei Überstunden zu verzichten. Der BR hatte sich diesmal e i n s t i m m i g hinter den Kollegen gestellt, während der letzte BR noch erklärt hatte, man würde keinen Schutzwall für kommunistische Aktivitäten aufbauen. Dieser Ausgang kann auch anderen Mut machen, daß Klagen des Kapitalisten, um Kollegen früher oder später loszuwerden, durchbrochen werden können.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Beker-Chemie, Brake: Arbeiter halten Betrieb besetzt

Seit dem 6. November 1978 kämpfen die Arbeiter der Beker-Chemie in Brake um ihre Arbeitsplätze. Obwohl ihnen zum 22.12.78 und den Angestellten zum 31.12.78 gekündigt wurde, halten diese weiterhin ihren Betrieb besetzt. Die Kollegen spüren Tag für Tag mehr die Folgen der kriminellen Methoden des Beker-Konzerns, die sie jetzt auszubaden haben. Von der niedersächsischen Landesregierung haben die Beker-Beschäftigten nichts zu erwarten. „Um keinen Präzedenzfall zu schaffen“, lehnte sie die Forderung der Belegschaft nach einer Bürgschaft für die Aufnahme der Produktion in eigener Regie ab.

So begann der Kampf der Beker-Kollegen: Am 6.11.78 beschlossen die 108 Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung, das Werk zu besetzen, um es vor Demontage durch Gläubiger zu schützen. Dem Kampf der Belegschaft gegen die Werksschließung ging eine Politik der Unternehmensleitung voraus, mit möglichst geringen Eigenmitteln Höchstprofite zu erwirtschaften.

1975/76 gelang es den Beker-Kapitalisten durch das vage Versprechen, 200 Arbeitsplätze zu schaffen, 4,8 Millionen aus Bundes- und Landesmitteln zu erhalten. Zusätzlich erließen die Kommunalpolitiker von CDU und SPD die Grunderwerbssteuer und ließen die Hafenanlagen für 5 Millionen DM ausbauen.

Kurz nach dem ersten Spatenstich im September 1976 begann die amerikanische Muttergesellschaft, laufend die Planungen der bauausführenden Firmen zu verändern und wechselte ständig das Management. Das Ziel, möglichst schnell und billig zu bauen, verkehrte sich ins Gegenteil. Die Baukosten verteuerten sich um 10 Millionen DM, der Produktionsbeginn verzögerte sich, das Saisongeschäft für Düngemittel wurde verpaßt.

Im November 1977 traten schon die ersten Zahlungsschwierigkeiten auf. Die 10 Mio. DM Grundkapital (davon nur 800.000 DM Eigenkapital) waren durch die Bauverteuerung aufgefressen.

Im November 1977 traten schon die ersten Zahlungsschwierigkeiten auf. Die 10 Mio. DM Grundkapital (davon nur 800.000 DM Eigenkapital) waren durch die Bauverteuerung aufgefressen.

Folgerichtig suchte man da „Hilfe“, wo man sie schon mal bekam. Es wurde ein Antrag auf Landesbürgschaft in Höhe von 10 Millionen DM gestellt. Das war dann aber selbst der Landesregierung zu windig, die sich sonst in der Unterstützung für „notleidende“ Unternehmer bestimmt nicht lumpen läßt. Nach einigem Hin und Her wurde die Bürgschaft später abgelehnt.

Schon im März 1978 verließen die US-Manager zum ersten Mal das sinkende Schiff. Auf der anderen Seite begann die Belegschaft, schon kurz nach Produktionsbeginn die katastrophalen Mängel der radikalen Billigbauweise (veraltete und z.T. gebrauchte Anlagenteile) zu korrigieren. Dadurch wurde die Produktionskapazität um mehr als das Doppelte erhöht. Es setzte eine Phase von ca. zwei Monaten ein, in der voll produziert und sehr gut verkauft wurde. Die Belegschaft vergrößerte sich von 80 auf 110 Beschäftigte.

In dieser Situation reiste wiederum eine Gruppe von amerikanischen Managern an, stoppten die Produktion und fuhren Experimente, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Die Konsequenz: Durch den Produktionsstopp konnten Lieferverpflichtungen nicht eingehalten werden. Dann ging es Schlag auf Schlag. Der erste Konkursantrag kam, konnte aber nochmal abgewendet werden. Ende September 1978 bezahlte Beker-Chemie die fälligen Löhne und Gehälter nicht. Dies geschah erst als die Belegschaft eine Arbeitsniederlegung androhte. Wenig später ließ der US-Konzern den Betrieb in Brake fallen. Im Oktober waren kaum noch Rohstoffe vorhanden. Durch einen Lieferstopp für Phosphat (Beker besitzt in USA Phosphatminen) erzwang die Unternehmensleitung den endgültigen Produktionsstopp. Am 3. November wurde von einem Gläubiger dann der endgültige Konkursantrag gestellt. Seit diesem Zeitpunkt steht die Beker-Chemie unter Zwangsverwaltung.

Doch da gingen die 108 Beker-Mitarbeiter auf die Barrikaden. Sie sicherten das Betriebsgelände, um es vor der Demontage durch Gläubiger zu schützen und die Anlagen in produktionsfähigem Zustand zu halten. Sie erhoben Kündigungsschutzklagen gegen ihre Entlassungen.

Aufgeschreckt durch den Aufstand der Beker-Kollegen wurde die niedersächsische Landesregierung „aktiv“. Von ihr und der Commerzbank wurden Verkaufsverhandlungen mit Interessenten geführt. Aber natürlich völlig undurchsichtig für die Belegschaft. Der Betriebsrat erhob dagegen die Forderung, an den Verkaufsverhandlungen beteiligt zu werden.

Die Belegschaft trifft sich täglich zu einer Betriebsversammlung, in deren Verlauf der Betriebsrat Informationen gibt und alle Fragen, die sich aus der gegenwärtigen Situation ergeben, eingehend diskutiert werden. So startete die Belegschaft in den letzten Wochen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in Brake und Umgebung. Es wurden Solidaritätsveranstaltungen in Brake, Elsfleth und Nordenham und Bremen-Vegesack durchgeführt. Mit Autokonvois und 7.000 Flugblättern machten die Kollegen auf ihre Situation aufmerksam. Solidaritätsschreiben aus über 40 Betrieben und Spenden aus dem ganzen Bundesgebiet zeigen, daß sie nicht alleine stehen. Die IG Chemie unterstützt die Aktionen durch Flugblattdrucken und juristischen Beistand, zeigte aber keine Perspektive für die Zeit nach dem Kündigungstermin am 22.12. bzw. 31.12.78 auf. Ab diesem Zeitpunkt war der „legale“ Abschnitt der Werksbesetzung beendet. Es werden keine weiteren Löhne aus dem Konkursausfallsgeld mehr bezahlt. Von einer finanziellen Unterstützung durch die IG Chemie nach dem 22.12. ist bisher nichts bekannt.

arbeit in Brake und Umgebung. Es wurden Solidaritätsveranstaltungen in Brake, Elsfleth und Nordenham und Bremen-Vegesack durchgeführt. Mit Autokonvois und 7.000 Flugblättern machten die Kollegen auf ihre Situa-

Es besteht jetzt die Gefahr, daß nach den Kündigungen das Arbeitsamt die Möglichkeit hat, Teile der Belegschaft an auswärtige Arbeitsplätze zu vermitteln. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß sich ein Teil der Angestellten (ca. 20 Leute) von Anfang an geweigert hat, die Besetzung und obengenannte Aktionen mitzutragen.

Inzwischen gibt auch der Staatsapparat seine „abwartende“ Haltung auf. Als die Kollegen einen Gläubiger daran hinderten, sich mit einem Gabelstapler der Firma davonzumachen, ließ die Polizei in der Lokalpresse eine Erklärung veröffentlichen, in der von Nötigung und Landfriedensbruch die Rede ist und für den „Wiederholungsfall“ härteres Durchgreifen angedroht wird („Kreiszeitung Wesermarsch“, 2.1.79). Ob es den Kollegen gelingt, sich der zu erwartenden härteren Gangart der Kapitalisten und des Staatsapparats zu erwehren, hängt nicht unwesentlich vom Grad der Solidarität mit ihrem Kampf ab.

Adresse: Betriebsrat Beker-Chemie
Postfach 40. 2880 Brake.
Konto: Peter Samland,
Betriebsrat Beker-Chemie,
Commerzbank Brake,
Konto Nr. 3011624

KB/Gruppe Bremerhaven

Konto: Peter Samland,
Betriebsrat Beker-Chemie,
Commerzbank Brake,
Konto Nr. 3011624

KB/Gruppe Bremerhaven



Variationen zum Thema Arbeitszeitverkürzung

1. Beispiel: Henkel, Düsseldorf

„*Während in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, Osnabrücks und Bremens durch die unnachgiebige Haltung der Großen Tarifkommission der IG Metall alle Einigungsbemühungen gescheitert sind ... setzt Deutschlands viertgrößter Chemiekonzern, die Firma Henkel in Düsseldorf, ein Zeichen, wie man sich durch bloße Vernunft einigen und echten sozialen Fortschritt bewirken kann*“ („Süddeutsche Zeitung“, 19.12.78).

Hier wird ab 1979 die tägliche Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarung um 15 Minuten verlängert, dafür hat jeder Anspruch auf neun freie „Brückentage“ im Jahr. „Brückentage“ sind Werktage zwischen zwei Feiertagen, also z.B. der Freitag nach „Himmelfahrt“ oder die Arbeitstage zwischen Weihnachten und Neujahr. Die neun freien Tage können nicht an den Tarifurlaub rangehängt werden, sondern müssen zwischen diesen Feiertagen genommen werden.

Der Chemiekonzern schlägt damit mehrere Fliegen mit einer Klappe. Auf das Jahr umgerechnet ergeben täglich 15 Minuten Mehrarbeit ca. sieben Tage, die vorgearbeitet werden, und die weiteren zwei Tage, die Henkel den Kollegen „schenkt“, werden dem Konzern durch die wachsende Arbeitsintensität mehr als ersetzt. Denn, an den „Brückentagen“ wurde sowieso nicht „so fleißig geschafft“ wie an normalen Arbeitstagen, „*es waren auch immer beliebte Zeitpunkte für Blaumachen und Krankfeiern*“ („Süddeutsche Zeitung“, 19.12.78).

Darüber hinaus läßt sich der Konzern noch als „Reformer“ feiern, wie obigem Pressezitat zu entnehmen ist.

Die „Süddeutsche“ schreibt abschließend: „*Nun bleibt lediglich zu hoffen, daß die kampfesfreudige Metallindustrie aufmerksam und darüber nachdenken wird, wie einfach sich Probleme lösen lassen, wenn man nur guten Willens ist und die Vernunft walten läßt.*“
Das hoffen wir am allerwenigsten.

2. Beispiel: Michelin in Trient/Italien

Der französische Reifenkonzern Michelin plant für sein Werk in Trient, eines seiner sechs Werke in Italien, eine ganz spezielle „Arbeitszeitverkürzung“. Die 13.000 Arbeiter sollen danach drei Wochen lang sechs Tage arbeiten, also auch am Samstag. Danach soll eine Pause von einer Woche eintreten. Michelins Rechnung sieht so aus: Drei mal 48 Stunden macht 144 Arbeitsstunden, verteilt auf vier Wochen gibt „durchschnittlich“ 36 Arbeitsstungen pro Woche. Wenn die Arbeiter dazu noch zwölf Sonderschichten im Jahr leisten, käme die Arbeitszeit auf 38 Stunden. Der Kommentar des stellvertretenden Generalsekretärs der Metallergewerkschaft, Del Turco: „*Dieser Vorschlag beweist, daß sich die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Erhöhung der Produktivität des Unternehmens vertragen kann*“. Soweit der Gewerkschaftsführer. Die Belegschaft des Michelinwerkes lehnte auf einer Betriebsversammlung am 9.11.78 den Betrug fast einstimmig ab.

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Senat, Hamburg: Was tun gegen gestiegenes Umweltbewußtsein?

Ein Senator sorgt sich: Bei den Genehmigungsverfahren für den Bau von technischen Großanlagen der Industrie müßten „*die Politiker auf die zum Teil vorhandenen Ängste in der Bevölkerung vor diesen Großanlagen Rücksicht nehmen, ganz gleich, ob diese Befürchtungen zu Recht oder zu Unrecht bestehen ... Ereignisse wie Seveso haben hier auch ohne die reißerische Verbreitung, die sie kürzlich in Buchform erfuhren, ebenso wie die zwar nicht sicherheitsrelevanten, aber unablässig weitergehenden kleintechnischen Pannen in Kernkraftwerken eine verhängnisvolle Wirkung gehabt.*“

Wenn auch demagogisch verdreht dargestellt, werden hier doch die Erfolge der Umweltschützer deutlich.

Doch der Senator ist zuversichtlich, denn „*das Mündigwerden des Bürgers ist glücklicherweise ein irreversibler* (unaufhaltsamer), *zunächst aber durch Phasen des Erschreckens und Emotionen, schließlich aber auch durch Vernunftverhalten gekennzeichneter Prozeß.*“ (Wissenschaftssenator Sinn auf der Jahrestagung des Verbandes der Chemischen Industrie in Hamburg am 27.10.78).

Der Herr Senator schlägt den Industriellen vor, daß sie eine „*lautere Informationsarbeit* (nicht Propaganda und Imagereklame) ... *die Erkenntnis zu vermitteln, daß wir mit Risiken leben, vielleicht mit mehr Risiken leben müssen als uns erwünscht ist, eine Reihe von Risiken schon immer unbewußt ertragen.*“

Geradezu euphorisch wird der Herr Senator, wenn er den Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Lüst zitiert, der von einer „Bringschuld der Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit“, die es „abzutragen“ gelte, sprach. Senator Sinn weiter: „*Diese politische Informationsaufgabe der Wissenschaft werde ergänzt durch einen weitergehenden Bildungsauftrag gegenüber den Studenten, der darin besteht, diese auf Berufe und auf verantwortliches Handeln in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat vorzubereiten.*“ Einen Ansatz hierfür sieht Senator Sinn in der Planung der neuen Technischen Universität Harburg. (Alle Informationen aus dem Bericht der staatlichen Pressestelle Hamburg vom 3.11.78). In den „Mitteilung der Handelskammer Hamburg für die Hamburger Wirtschaft“ 6/78 findet man in einem Artikel zur TU Harburg dieses Thema noch konkreter umrissen. Dort heißt es unter der Überschrift: „Enge Beziehungen zur Wirtschaft beabsichtigt“: „*Bemerkenswert und ein gewichtiges hochschulpolitisches Novum ist die Tatsache, daß in dem Gründungssenat auch je ein von der Handelskammer und den Gewerkschaften vorgeschlagenes Mitglied vertreten sind* (der Gründungssenat entscheidet über alle grundsätzlichen Angelegenheiten beim inhaltlichen Aufbau und Entwicklung der TU). *Hier wird auch die Absicht des Gesetzgebers dokumentiert, tatsächlich eine enge Verknüpfung und gegenseitige Befruchtung zwischen neuer Hochschule und der Wirtschaft dieser Region zu erreichen ... eine ständige Verbindung zwischen TU und den für sie bedeutsamen Praxisfeldern*“ soll geschaffen werden.

Da wird sich das Kapitalistenorgan sicherlich keine Sorgen zu machen brauchen — auch dank eines so umsichtigen „Gesetzgebers“, sprich Hamburger SPD-Senats, der für die Nöte der Industriellen nicht nur ein offenes Ohr hat, sondern ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht, wie die Rede des Senators Sinn wieder einmal belegt.

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbot bei Schering

Im Juli letzten Jahres wurde ein Kollege im Chemiekonzern Schering in West-Berlin mit sofortiger Wirkung von der Arbeit „freigestellt“, weil er für den Betrieb ein „Sicherheitsrisiko“ darstelle. Der Kollege war auf einer Akademikerstelle in der Datenverarbeitung tätig und besaß einen einjährigen Zeitvertrag. Er konnte von diesem Vertrag allerdings nur drei Wochen „abarbeiten“, weil dann die Beurlaubung zuschlug. Hintergrund ist die Tatsache, daß der Kollege 1975 einen Wahlaufruf für die SEW unterzeichnete. Und obwohl diese Unterschrift drei Jahre zurückliegt und mit dem Betrieb in keinster Weise zu tun hat, war es für den Schering-Vorstand genug, um daraus ein „Sicherheitsrisiko“ zu konstruieren.

Aufgedeckt hat diesen Skandal der Betriebsrat, der mit einer entsprechenden (mißbilligenden) Erklärung an die Öffentlichkeit getreten ist und den Schering-Vorstand aufforderte, den Kollegen weiterzubeschäftigen. Die Beurlaubung wirkt schon deswegen umso schwerer, als es bei Schering üblich ist, daß Kollegen mit einem Jahresvertrag nach Ablauf des Jahres in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Mithin kommt die Beurlaubung einer Kündigung gleich, gegen die allerdings nicht juristisch vorgegangen werden kann. Durch das bekannte Verfahren der Industrie, schwarze Listen über linke und unbequeme Kollegen aufzustellen, stellt dieser Schritt Scherings in der Tat ein Berufsverbot dar.

Dies ist nicht das erste Mal, daß der Kollege von einer solchen Repressalie betroffen ist. Schon 1976, als er noch als Assistent an der Technischen Uni in Westberlin tätig war, lehnte es der Senat ab, wegen der gleichen Unterschrift, seinen Anstellungsvertrag von drei auf fünf Jahre zu verlängern. In einer einstweiligen Verfügung setzte der Kollege seine Einstellung jedoch durch. In dem anschließenden Hauptverfahren unterlag er am 1. Juli 78. Die Meldung über dieses Urteil im Westberliner „Tagesspiegel“ nahm Schering zum Anlaß, um ihn von der Arbeit „freizustellen“. Als Beweis der Solidarität protestierte die gesamte Unterabteilung, in der der Kollege beschäftigt war, beim Vorstand der Schering AG.

Eine andere Auffassung von Solidarität hat allerdings die SEW selber (um deren Wahlaufruf es ja schließlich geht). Obwohl der SEW-Zeitung „Wahrheit“ der Vorgang bekannt ist (wie der „Extra-Dienst“ versichert), lehnte sie eine Veröffentlichung ab, mit dem bemerkenswerten Hinweis, diese Information könne andere in Zukunft davon abhalten, für die SEW Unterschriften zu leisten!

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Tarifrunde '79 im Öffentlichen Dienst

ÖTV-Führung in den Seehäfen: "Wir wollten eine zügige Tarifrunde"

Der erste Abschluß der diesjährigen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst liegt vor: Am 16.12. stimmte die ÖTV-Bundestarifkommission einer Lohnerhöhung von 4,8 % und einer Erhöhung der Schicht- und Feiertagszuschläge zu.

Die „Höhe" des Ergebnisses war keine Überraschung mehr, nachdem als Forderung vom Vorstand 6 % durchgesetzt waren und Vorstands-Mitglied S. Merten einen Streik von vornherein ausgeschlossen hatte (s. AK 144).

Die Art und Weise, wie der Abschluß getätigt wurde, war jedoch auch für Kenner der Szene mal wieder eine echte Überraschung.

Vier Wochen nach Aufstellung der Forderung, als einige Funktionäre sich darauf einzustellen begannen, eine Überstundenverweigerung zu organisieren, bekamen sie zum 18.12. die Einladung zu einer Funktionärsversammlung. Die Verwunderung über so viel Demokratie innerhalb einer Tarifrunde wurde kurz vor der Funktionärsversammlung zumindest für Radiohörer aufgehoben: Dort wurde das Ergebnis bereits in den Nachrichten bekanntgegeben. Auf der Funktionärsversammlung stellte Hafensekretär Rumpel den „zügigen Ablauf" dieser Tarifrunde als einen besonderen Vorteil dar. Als weiteren Vorteil gab er an, daß die ÖTV-Funktionäre ja 5 % erreichen wollten, so daß bei einem Abschluß von 4,8 % das Verhandlungsergebnis nur 0,2 % darunter liege. Das ist interessant, wenn man bedenkt, daß das wesentliche Argument der Gewerkschaftsführung für die 6 %-Forderung war, daß man in der Verhandlung überhaupt keinen Spielraum sehe.

Somit gibt es zum Jahreswechsel im Hafen drei Rekorde: Der niedrigste Abschluß seit eh und je, die schnellste Tarifrunde und — den absoluten Umschlags- und Profitrekord für die Hafenwirtschaft.

Das „Hamburger Abendblatt" schreibt am 15.12.: „*Mit Skepsis war Hamburgs Hafenwirtschaft in das jetzt zu Ende gehende Jahr eingetreten. Der viertägige Hafenstreik dämpfte die Erwartungen noch weiter. Nun, elf Monate später, ist die Freude groß: Das Ergebnis wird nicht nur gehalten, sondern in diesem Jahr mit 55 Mill. t Umschlag noch um 1,5 % höher liegen als im Vorjahr. Hamburgs Hafen befindet sich weiter auf Rekordkurs.*"

Heuer-Tarifverhandlungen sind gescheitert

Für die rund 30.000 deutschen Seeleute haben die ÖTV und die DAG die Tarifverhandlungen am 22.12. für gescheitert erklärt. Die darauffolgende Schlichtung hat jetzt Anfang Januar begonnen. Wie in den letzten beiden Jahren gehen die Reederkapitalisten wieder extrem frech vor. Auch in dieser letzten (der vierten!) Verhandlungsrunde legten sie kein Angebot auf den Tisch. Gefordert wurde von der ÖTV ein Festbetrag von 240 DM auf alle Grundheuern und 120 DM für Jungmänner, Decksjungen und Auszubildende sowie Vorziehung der Seemannsrente von 58 auf 55 Jahre.

Das markante dieser Tarifrunde bei den Seeleuten liegt darin, daß sie seit zwei Jahren (!) keine Erhöhung der Grundheuern hatten. Der jetzt ausgelaufene Tarifvertrag stammt vom 1. Januar 1977, denn vor einem Jahr ließen sich die Gewerkschaftsführer während der Auseinandersetzungen um einen neuen Manteltarifvertrag darauf ein, den Heuertarifvertrag um elf Monate zu verlängern. Damit hatten die Seeleute für ein Jahr einen Lohnstopp!

Die Reeder halten der jetzigen Forderung entgegen, sie sei „*wirklichkeitsfremd*" („HA", 27.10.78). „*Die Forderungen der Arbeitnehmervertretungen hätten nach Angaben der Reeder eine Lohnkostenerhöhung von 15 % bedeutet. Die Schiffahrt sei dagegen bereit gewesen, über einen Ausgleich der Teuerungsrate zu verhandeln*" („Deutsche Verkehrszeitung" 28.12.78). D.h. die Reeder wollen lediglich über höchstens 1/3 der Höhe der Forderung überhaupt verhandeln!

Diese Tarifrunde zeigt den Fortgang der Orientierung an, die der VDR (Verband deutscher Reeder) gesetzt hat: Weiterhin auf niedrigem Lohnniveau zu bleiben und durch enorme Rationalisierungen die Konkurrenz auf den Weltmeeren zu schlagen. So kündigte der Chef des VDR, N. Schues an, daß eine neue „*Besetzungsbestimmung, die ein Schiff statt mit 30 bereits mit 18 Leuten auf See läßt*" („UZ", 13.12.78) angestrebt wird.

Die jetzt beginnende Schlichtungsphase kann sechs Wochen dauern, während dieser Zeit besteht Friedenspflicht, die ÖTV- und DAG-Führer werden also, wenn überhaupt, erstmal keine offiziellen Kampfaktionen ankurbeln.

Deutsche Lufthansa

Auch für den Lufthansa-Konzernbereich hat die ÖTV-Führung die „Forderungsvorschläge" veröffentlicht. Der „Vorschlag" ist jetzt den ca. 5.000 ÖTV-Mitgliedern bei der DLH zur Diskussion „freigegeben": 7,5 % für Monatseinkommen bis 4.500 DM, 6,0 % für Monatseinkommen von 4.501 DM bis 8.000 DM und 4,5 % für Leute mit einem Monatseinkommen von 8.001 DM an aufwärts (z. B. Flugkapitäne). Im weiteren wird noch eine Erhöhung des Urlaubsgeldzuschlags von 300 auf 500 DM gefordert sowie einige Erschwerniszuschläge.

Auch dieses 3-Stufen-Modell hat bei der DLH Tradition. Bei dem Tarifabschluß besteht es nur noch aus zwei Stufen. Dieses Stufenmodell setzte die ÖTV-Führung immer der Forderung nach einem Festgeldbetrag entgegen, der wiederum traditionell von den Linken im Betrieb gefordert wird. Die ÖTV-Fü rung bezeichnet das Stufenmodell als „*Ausdruck einer sinnvollen Anwendung des Leistungsprinzips. Dies verlangt, daß die hohen Einkommen langsamer wachsen als die unteren und mittleren Einkommen*" („ÖTV-Info" 12/78).

Wie in den anderen Bereichen hat es bei der Lufthansa seit nunmehr fünf Jahren keine Reallohnsteigerung gegeben, was auch in diesem Jahr nicht anders werden wird. Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung ist ebenso ausgeklammert. In den letzten zwei Jahren hatte die DLH außergewöhnlich gute Gewinne gemacht. 1977 hatte sie den zweihöchsten Bilanzgewinn ihrer Geschichte (82 Mio. DM Überschuß) erzielt. Für die nächste Zeit hat der DLH-Vorstand verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen beschlossen. Personalabbau und verstärkte Wechselschichtintervalle sind u.a. die Ziele der Aktionäre. All dem setzt die derzeitige gewerkschaftliche Tarifpolitik nichts entgegen, sondern fördert diese Maßnahmen noch. Es ist an der Zeit, nicht nur bei Lufthansa, eine grundsätzliche Änderung derartiger Praktiken in die Diskussion zu tragen.

ÖTV-Kommission, Anleitung der Hafenzellen und Lufthansa-Zelle KB/Gruppe Hamburg

Strafversetzung und Gewerkschaftsausschluß für Sozialarbeiter

„*Die Bürger im Lohn-Lissen-Gebiet sind einen engagierten Sozialarbeiter los. Winfried Uhrig war seit vier Jahren beim sozialen Dienst Durlach angestellt und verantwortlich für die Kinder- und Jugendarbeit auf diesem Gebiet. Mit Wirkung vom 15.11.78 wurde er aus politischen Gründen strafversetzt in das Übernachtungsheim Rüppurrer Straße 23.*

Keinen Zweifel an seiner fachlichen Qualifikation läßt der Sozialdezernent der Stadt Karlsruhe, Erster Bürgermeister Walther Wäldele, wohl aber sei es aufgrund Uhrigs politischer Einstellung nicht mehr zu verantworten, wenn dieser weiterhin in ständigem Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen stehe.

Bevor auf die konkreten Punkte eingegangen wird, halte ich es für sinnvoll, zuerst ein paar Informationen über das Lohn-Lissen-Gebiet zu geben. Dieses Gebiet wurde in den Jahren 1960 - 64 erbaut im Zuge der Altstadtsanierung. Es handelt sich hier um eine Anzahl Wohnblocks, wie sie heute gebaut werden, um die Bewohner untereinander und von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Hier wohnen also Familien, die mit folgenden Problemen zu tun haben: Kinderreichtum, materielle Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und Alkoholismus sind z.T. die Folgen.

Jeder weiß, wie schwierig es ist, unter solchen Voraussetzungen eine effektive und dauerhafte Arbeit aufzubauen. Uhrig verstand es, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden und war fachlich wie persönlich bei den Leuten anerkannt.

Diese für die pädagogische Arbeit so wichtigen Erfahrungen und positiven Tatsachen haben aber ab einem gewissen Punkt keine Bedeutung mehr, nämlich dann, wenn klar wird, daß diese Arbeit nicht mehr ohne wertneutrale Anschauung getan werden kann.

Angefangen hat alles damit, daß Uhrig im Juli 1978 zusammen mit drei Kollegen aus der ÖTV ausgeschlossen wurde. Man versuchte ihm nachzuweisen, daß er mit einer kommunistischen Organisation sympathisiere; Hauptgrund war aber, daß Uhrig, Vorstand der Abteilung Sozialarbeit bei der ÖTV, sich mehrmals bei politischen und gewerkschaftlichen Fragen mit dem Vorstand anlegte. Die Stadt Karlsruhe behielt sich nach Bekanntwerden dieses Ausschlusses eine Überprüfung des Angestelltenverhältnisses vor. Uhrig beantragt ein Zwischenzeugnis, was ihm mit der Beurteilung ‚sehr gut' ausgehändigt wird. Uhrig hört erst wieder von Wäldele am 10.8.78, als der Jugend- und Sozialausschuß eine Tagesreise durch sämtliche Karlsruher Sozialstationen macht".

Entnommen: „Karlsruher Stadtzeitung" Nr. 14, Dezember 1978

HBV

Hertie: Jeder Personalleiter ein Wachhund bei der Rationalisierung

Ein „vertrauliches Schreiben" der Geschäftsführung des Hertie-Konzerns an alle Personalleiter war an die Gewerkschaft HBV gegangen und enthüllt kapitalistische Rationalisierungs-Willkür. Bevor wir dieses Papier nachstehend teilweise abdrucken, etwas über die Handhabung des Papiers durch die Gewerkschaftsführung!

Nachdem sich im Hertie-BR eine rechte Mehrheit gegen eine Veröffentlichung dieses Papiers im HBV-Organ „Ausblick" aussprach, mit der Be- [illegible] lichung dieses Papiers im HBV-Organ „Ausblick" aussprach, mit der Begründung einer dann nicht mehr gewährten vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung, war man im HBV-Vorstand auch nicht mehr begeistert, dafür im „Ausblick" Platz zu verschwenden. Denn: Augenblicklich mit der Geschäftsleitung stattfindende Verhandlungen könnten gestört werden und außerdem würden „linke Splittergruppen das für ihre Agitation nutzen", so die Argumentation der rechten BR-Fraktion und deren sture Übernahme durch die HBV-Führung. Bestechend für die HBV-Führung war wohl auch die Drohung der rechten BR-Fraktion, dann geschlossen aus der HBV auszutreten.

Unter starkem Druck der Basis sah sich die Hamburger Ortsverwaltung gezwungen, im Rundbrief Nr. 11/78 wesentliche Inhalte dieses „einmaligen Beispiels unternehmerischer Willkür" zu veröffentlichen: „*Maßnahmen zur Erreichung der Personalkostenziele ... achten Sie darauf, daß grundsätzlich keine Mehrarbeit anfällt, die mit Geld abgegolten werden muß. ... verzichten Sie auf zusätzliches Personal für Vertretungen, Aktionen etc. ...prüfen Sie alle Möglichkeiten einer innerbetrieblichen Lösung, bevor Sie den Antrag auf Ersatz einer Fluktuation stellen. ... achten Sie besonders auf den Krankenstand und sonstige Fehlzeiten. ... was den Nicht-Verkauf betrifft, fordern wir Sie hiermit nochmals auf, hier bei der Reduzierung bis an die Grenze des Vertretbaren zu gehen. ...es gibt keine Sollbesetzung, die nicht unterschritten werden kann! ... für den Personalbereich nennen wir umgehend höhere Leistungswerte und da-* [illegible] *Personalbereich nennen wir umgehend höhere Leistungswerte und damit eine neue Sollbesetzung. ... legen Sie strenge Maßstäbe an bei Verstößen und denen sich hieraus ergebenden Disziplinarmaßnahmen. ... dabei ist an die Umwandlung von Vollbeschäftigung in Teilzeitbeschäftigung sowie an eine Reduzierung der Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten zu denken....*"

Zu diesen offensichtlich anstehenden Maßnahmen äußerte ein Sprecher des Konzerns laut FR, 19.12. „*daß es in einigen Häusern Bestrebungen gebe, Personal vor allem im Nicht-Verkaufs-Bereich einzusparen, aber dies sei schon seit Jahren der Fall.*" Das veröffentlichte Schreiben wurde trotzdem als „KBW-Fälschung" bezeichnet, das sich gegen Hertie und ebenso gegen die HBV-Führungsspitze richte. Auf der Delegiertenversammlung der HBV vom 28.11.78 wurde ein Antrag, der dieses „vertrauliche Schreiben" und die Forderung der Veröffentlichung im nächsten „Ausblick" umfaßte, einstimmig verabschiedet.

Handelszelle KB/Gruppe Hamburg

Machtkampf bei Frankfurts Lufthansa

Nachdem bekannt geworden war, daß der ÖTV-Spitzenkandidat der Lufthansa bei den Betriebsrätewahlen eine Wahlurne mit nach Hause genommen hatte und der Verdacht der Wahlmanipulation aufgekommen war, hatte die ÖTV unter dem Druck der ständisch orientierten „Vereinigung Luftfahrt" durch Rücktritt des Betriebsrats Neuwahlen ermöglicht (siehe AK 141). Dabei mußte sie im Arbeiterbereich, wo die Manipulation stattfand, Verluste hinnehmen. Sie verlor drei von sechs Sitzen, die „Vereinigung Luftfahrt" verbesserte sich von zwei auf fünf Sitze. Bei den Angestellten errang die ÖTV acht Sitze, eine „Liste Schmidt" errang drei Sitze.

Gegen den Führer der Liste, Wolfgang Schmidt, hat der Frankfurter Kreisvorstand der ÖTV mittlerweile einen Gewerkschaftsausschluß wegen Aufstellung einer „gewerkschaftsfeindlichen" Liste und Kandidatur mit „gegnerischen Organisationen" (DAG) gestellt. Schmidt ist Bundestagsabgeordneter der SPD, war jahrelang Betriebsratsvorsitzender. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und ÖTV-Vorstandsmitglied. Er gilt als Rechter in der SPD. Als er bei den Kandidatenwahlen für den Aufsichtsrat unterlag, fürchtete Schmidt offensichtlich um seine weitere Karriere. Da er bei den Betriebsrätewahlen keine Chance sah, stellte er eine eigene Liste auf. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten ihn gebeten, „*endlich für Ruhe und Ordnung zu sorgen*", so Schmidt.

Im Gegenzug warfen ihm seine Parteikollegen vor, er kandidiere lediglich für den Betriebsrat, um 1980 wieder in den Bundestag zu kommen und er sei 1976 nur in den Bundestag gewählt worden, weil er Betriebsratsvorsitzender der Lufthansa gewesen sei.

Hier wird offensichtlich, wie parteipolitisches Karrierekalkül Betriebsräte- und Gewerkschaftsarbeit bestimmt. Profitiert hat davon die ständische „Vereinigung Luftfahrt", geschadet wird damit der gewerkschaftlichen Arbeit. Wenn Schmidt ausgeschlossen wird, ist das sicherlich kein Schaden für die Gewerkschaftsbewegung, nur diejenigen, die ihn ausschließen, sind aus dem gleichen Holz geschnitzt.

(Informationen aus: „Vorwärts", 21.12.78 und „FR", 23.12.78).

Die Rechnung, die nicht aufging

Anfang 1978 wurde bei der Fluggesellschaft Alitalia in Frankfurt ein neuer, fortschrittlicher Betriebsrat gewählt. Seitdem ist die Vertretung der Kollegenschaft vor Diffamierungen durch die Geschäftsleitung nicht mehr sicher. Denunziationen des Betriebsrats als „Brigata Rossa" durch den Geschäftsführer Quater sollten ihn den Rückhalt der Kollegen nehmen. Als dies alles nichts nützte, griff die Unternehmensleitung zu verschärften Maßnahmen und kündigte Mitte Juli dem Betriebsrat F. Die Entlassung lag jedoch in der Zeit seines gesetzlichen Kündigungsschutzes.

Am 15.9.78 wurde dem fortschrittlichen Gewerkschafter R.D. ebenfalls gekündigt. Als Begründung unterstellte man R.D. „Telefonterror".

Daraufhin gingen beide Kollegen gemeinsam vors Arbeitsgericht, wo sie von der Gewerkschaft ÖTV vertreten wurden. Die Verhandlung am 22.12.78 brachte folgende Ergebnisse:

1. Wegen Verletzung des Kündigungsschutzes des Kollegen F. wird die Klage auf Wiedereinstellung vom Gericht anerkannt.
2. Der Vorwurf des „Telefonterrors" gegen R.D. konnte durch Zeugen zurückgewiesen werden.

Auch hier hob das Gericht die Kündigung auf. Der Zeuge W.A. gab zu, mehrmals nachts bei dem Geschäftsführer Quater angerufen zu haben. Der Grund: Er wollte Quater einen „Denkzettel" verpassen, weil er seine Freunde F. und R.D. durch innerbetrieblichen Terror fertigmachte.

Seit der Rationalisierungswelle der letzten Jahre versuchen die Kapitalisten durch politische Entlassungen jede linke Gewerkschaftsarbeit zu zerstören. Die einzige Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, besteht darin, nicht resigniert die Segel zu streichen, sondern offensiv gegen diese Angriffe vorzugehen. Die Wiedereinstellung der zwei Alitalia-Kollegen zeigt, daß Gegenwehr zum Erfolg führt. Ein Rückzug nützt nur den Kapitalisten, weil die Belegschaft ohne die Hilfe linker Kollegen den Angriffen der Geschäftsleitung wehrlos ausgesetzt ist.

Eine Gruppe von KB-Sympathisanten Frankfurt

GEW

Zur „Langfristigkeit" der GEW-Aktion „Lehrerarbeitszeit"

Eine der zentralen Forderungen im GEW-Programm '78 war die „Beteiligung der Lehrer an der Arbeitszeitverkürzung". Während die Arbeitszeit aller „Nicht-Lehrer" im Öffentlichen Dienst seit Bestehen der BRD bis 1978 stufenweise von 48 auf 40 Wochenstunden reduziert worden war, was einer wöchentlichen Kürzung von ca. 17 Prozent entspricht, blieb die der Lehrer fast unverändert. Im Höchstfall wurde sie um ca. 7% gekürzt. Von Seiten der Regierenden wurde gegen eine Arbeitszeitverkürzung der Lehrer zuerst mit Lehrermangel argumentiert.

In einem in E & W (Zeitung der GEW) zitierten Schreiben des damaligen Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz an den der Kultusministerkonferenz (ca. 1970) (E & W) heißt es: *„Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auch nur um eine Stunde bedeutete eine einschneidende Verschärfung des Lehrermangels an allen Schularten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn die Frage einer Arbeitszeitverkürzung erst dann wieder aufgegriffen würde, wenn der Lehrermangel, zumindest in einigen Schularten, entscheidend gelindert ist".*

Mit beginnender Lehrerarbeitslosigkeit trat das Argument der bundeseinheitlichen Regelung in den Vordergrund. Am 17. Oktober 1974 schloß die Kultusministerkonferenz ein Stillhalteabkommen ab, wonach eine Änderung der Pflichtstundenzahlen für Lehrer nur noch auf Bundesebene möglich sein sollte. Jeder Alleingang eines Landes wurde abgelehnt.

Im vergangenen Jahr wurde der „Kampf" für die Arbeitszeitverkürzung von der GEW zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Im GEW-Programm '78 hieß es dazu: *„Die GEW fordert (...) die Ministerkonferenzen auf, die längst fällige Arbeitszeitverkürzung nicht länger zu verschleppen"* (E & W, 4/78, S. 17).

In der E & W wurde in der folgenden Zeit diesem Thema viel Platz eingeräumt. Im April 78 erschien von Andreas Lennert ein Erfahrungsbericht „aus der gewerkschaftlichen Praxis" über den Beschluß der Landesvertreterversammlung Bremen im Mai 1977, die Arbeitszeitverkürzung zu einem von vier Schwerpunkten „eines längerfristigen Arbeitsprogramms" zu machen und die im Sommer/Herbst eingeleitete Kampagne zur Arbeitszeit. Betont und gelobt wurde dabei die Langfristigkeit dieser Aktion und die deutliche Schwerpunktsetzung, die eine Durchsetzung dieser Forderung ermöglichen sollte: *„In den letzten Jahren war für die Politik der GEW häufig kennzeichnend, daß entweder die Mitglieder zu einmaligen Aktionen aufgerufen wurden, die kurzfristig wie ein Wasserhahn auf- und abgedreht wurden, oder daß so viele Forderungen gleichzeitig erhoben wurden, daß ihre Durchsetzung an Mangel an Prioritäten scheiterte."*

In einer ersten Phase der Kampagne hieß es, habe man sich ausschließlich an die Lehrer gerichtet, um ihnen *„angesichts der öffentlichen Vorurteile über die Arbeitszeit der Lehrer"* Argumente an die Hand zu geben, und das Vertrauen der Kollegen, daß die GEW in dieser Frage aktiv werde, überhaupt erst einmal wieder zu wecken. *„In der Arbeitszeitfrage scheint uns aber bei vielen Kollegen die Erwartung, daß die GEW etwas für sie tun könne und werde, schon so gering zu sein, daß ‚spontan' sich oft gar nichts mehr regt, nicht weil man zufrieden wäre, sondern weil man keine Hoffnung auf Veränderung mehr hat."* (E & W 4/78 S.6).

Ein grundlegender Artikel erschien in E & W 8/78 von Manfred Schwarz in dem am Beispiel Hamburger Berufsschullehrer ein geschichtlicher Überblick über die Arbeitszeit seit den zwanziger Jahren gegeben wird.

Die zentrale Bedeutung des Themas Arbeitszeit wurde auch von Frister in seiner Rede „Bemerkungen zur Lage der GEW im Herbst '78" vor dem Hauptausschuß am 7.10. hervorgehoben. In Hamburg wurde Arbeitszeitverkürzung zum Schwerpunktthema der LVV im November bestimmt und ein Antrag des GA. beschlossen, die *„Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im Zusammenhang im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Bildungsbereich (...) zu einem zentralen Arbeitsschwerpunkt des Landesverbandes Hamburg im kommenden Jahr"* zu machen.

Die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit der Lehrer ist zweifellos berechtigt. Eine im Auftrag der Ständigen Konferenzen der Kultus-, Innen- und Finanzminister der Länder der Bundesrepublik durchgeführte Untersuchung der Fa. Knight-Wegenstein im Jahre 1974 (im gleichen Jahr wurde das Stillhalteabkommen der Kultusminister der Länder beschlossen!) kommt zum Ergebnis, daß *„die Durchschnittsarbeitszeit aller Vollzeitlehrer in der BRD (...) 45,1 Stunden pro Woche"* betrage. Bei diesem Ergebnis sind die 39 Unterrichtswochen der Lehrer auf die 47 Arbeitswochen, die im öffentlichen Dienst üblich sind, umgerechnet worden. Nach der gleichen Erhebung arbeiten die Hamburger Lehrer im Durchschnitt 48,2 Stunden in der Woche. (Hamburger Gymnasiallehrer: 50,0 Std., Hamburger Realschullehrer: 52,7 Std.).

Berücksichtigt muß dabei noch werden, daß die Klassenfrequenzen seither gestiegen sind und damit die Arbeitsbelastung durch Korrekturen etc. indirekt vermehrt wurde (vgl. Manfred Schwarz, s.o.).

Die bestehenden Vorurteile besonders gegenüber Lehrern im öffentlichen Dienst beruhen im wesentlichen auf Unkenntnis der Arbeiten, die von ihnen außerhalb des Unterrichts verrichtet werden müssen: Korrekturen, administrative Aufgaben, wie z.B. Klassenreisen, Sammlungen, Projektwochen, Betriebspraktika organisieren, Entwicklungsberichte schreiben, eigene Unterrichtsmaterialien erstellen, Medien beschaffen, Unterrichtskoordination, Referendarsbetreuung, Beobachtung verhaltensauffälliger Schüler, Klassenfeste, Betreuung von Wettbewerben etc. etc. (s. dazu den Bericht aus dem Schulalltag von der Schule Telemannstraße in der HLZ 15/16, S. 13). Berechtigt ist sicherlich auch der Hinweis, daß die „Privilegienargumentation" bewußt von den Arbeitgebern ins Feld geführt wird, um die Forderungen der Lehrer zu diskreditieren (vgl. M.Schwarz, a.a.O., S.6). Gleichzeitig werden jedoch beispielsweise die Bezüge des Ministerpräsidenten von Niedersachsen um 25 % erhöht („FAZ", 6.12.78).

Um so erstaunlicher ist auf dem geschilderten Hintergrund das Info der GEW Hamburg „zur Tarifrunde '79", in dem die Mitglieder über ihre Vertrauensleute vom gemeinsamen Vorschlag von ÖTV, DPG, GdED, GEW, GdP und GGLF unterrichtet werden und in dem unter Punkt 5 lapidar festgestellt wird: **„Eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung (Erholungsurlaub und wöchentliche Arbeitszeit) steht im Bereich des öffentlichen Dienstes nicht zur Diskussion".**

Noch am 14.12. erschien in der „Welt der Arbeit" ein Artikel, der wohl schon längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit war, in dem die Forderung des DGB-Bundesvorstandes an die Ministerpräsidenten unterstrichen wurde, das Stillhalteabkommen von 1974 nicht zu verlängern. Ein Brief mit entsprechendem Inhalt sei an die Konferenz der Länderregierungschefs abgeschickt worden.

Wortradikal heißt es in der „Welt der Arbeit": *„Eine erneute Verweigerung der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer wäre unerträglich und müßte zu einer noch weitergehenden Belastung des ohnehin strapazierten Schulfriedens führen".*

Gleichzeitig eröffnete Kluncker jedoch den Tarifkampf '79 für den öffentlichen Dienst (6,5% mehr Lohn etc.) mit der Feststellung, daß er zwar für die 35-Stunden-Woche auch im öffentlichen Dienst eintrete, daß diese Forderung für den gegenwärtigen Zeitpunkt aus taktischen Gründen jedoch zurückzustellen sei. Er wolle, hieß es, „keinen Mehrfrontenkrieg". 1980 werde „nach reiflicher Vorbereitung" die Frage „erneut geprüft". (FAZ, 5.12.78).

Obwohl es sich bei der Arbeitszeitverkürzung der Lehrer nicht um die 35-Stunden-Woche handelt, sondern im wesentlichen darum, die Benachteiligung der Lehrer gegenüber den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst rückgängig zu machen, wird das „taktische" Argument von Kluncker im oben genannten Info von der GEW stillschweigend übernommen, um die Lehrerarbeitszeit aufs Eis zu legen. Im Info heißt es weiter unter Punkt 5 ohne Kommentar: *„Der Tarifvertrag über die Arbeitszeitvereinbarung ist erst zum 30.9.1980 und der Tarifvertrag über den Jahresurlaub zum 31.3.1980 kündbar."*

In der Zwischenzeit haben die Ministerpräsidenten der Länder in Düsseldorf beschlossen, das Stillhalteabkommen vom 17.10.74 n i c h t aufzukündigen. („Welt", 9.12.)

Wir fragen: Wie unerträglich ist für den DGB-Vorstand die Verlängerung des Stillhalteabkommens und für wie stark hält er dadurch den Schulfrieden für „strapaziert"?

Bei der diesjährigen Tarifrunde spielt die Kürzung der Lehrerarbeitszeit offensichtlich keine Rolle. Bedeutet das, daß auch die GEW erst 1980 die Frage erneut prüfen will und ist hierin die vielbeschworene langfristigkeit ihres Kampfes zu sehen? Ob eine solche Langatmigkeit der Aktion dazu geeignet ist, im Sinne des Kollegen Lennert das Vertrauen der GEW-Mitglieder zu gewinnen?

Beipflichten kann man vielmehr den ebenfalls von Kollege Lennert im genannten Artikel zitierten Zweiflern, ob es überhaupt möglich ist, *„eine Arbeitszeitkampagne mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen, ohne daß in den Schulen und GEW-Betriebsgruppen Aktivitäten spürbar werden, die von sich aus den Gewerkschaftsapparat zum Handeln zwingen".* (E & W, 4/78 S.6).

Lehrerkomitee

Kurzmeldungen

Schleswig-Holstein

Auf einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Neumünster der GEW-Schleswig-Holstein wurde ein Beschluß gefaßt, in dem die friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie abgelehnt wird. Als Gründe werden u.a. die bestehenden Sicherheitsrisiken und die nicht geklärte Frage des Atommülls genannt. Von der Bundesregierung fordert der Kreisverband, die Atomgesetzgebung zu ändern, da die Rechte der durch Kernkraftwerke betroffenen Bürger unzureichend seien.

Dieser Beschluß ist deshalb bedeutungsvoll, weil er im Widerspruch zur offiziellen DGB-Politik steht, die sich für die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen hat. Der Kreisverband fordert so auch in seiner Resolution eine Diskussion über die Atomkraftwerke an der Basis, was bisher wohlweislich von der DGB-Führung verhindert worden ist. (Nach „Holstein-Courier" 2.12.78)

Schleswig-Holstein

Auf die Anfrage eines SPD-Abgeordneten im Kieler Landtag bestätigte der Kultusminister von Schleswig-Holstein, daß es Lehrern nicht nur verboten ist, Plaketten in der Schule zu tragen, sondern daß sie auch auf ihren Autos, wenn sie die auf schuleigenen Parkplätzen abstellen, „keine Aufkleber politischen Inhalts" haben dürfen. Die Schulleiter sind aufgefordert, Lehrer, die sich an diese Aufforderung nicht halten, dem Landesschulamt zu melden.

Die FDP-Fraktion will jetzt eine Anfrage einbringen, in der gefragt werden soll, ob auch Krawatten, die z.B für die „Kieler Woche" werben, für Lehrer verboten sind. (Nach „FR" 14.12.78)

Bayern

Nach drei Jahren entschied jetzt das Verwaltungsgericht in München, daß die Eltern von vier Kindern aufgrund des Elternrechts ihre Kinder nicht mehr in den Sexualkundeunterricht an der betreffenden Schule zu schikken brauchen. Vor einigen Jahren war, ähnlich wie auch in anderen Ländern, der Sexualkundeunterricht über einen Verwaltungsakt der Schulbehörde eingeführt worden. Laut Gericht muß eine solche „Neuerung" per Gesetz geregelt werden. Man darf gespannt sein, ob der „Freistaat" Bayern den Sexualkundeunterricht jetzt gesetzlich verankern wird. (nach „BZ" 20.12.78)

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Standespolitik spaltet Lehrerverband

Neben der GEW mit 157.000 ordentlichen Mitgliedern gab es bis Anfang Dezember den „Deutschen Lehrerverband" (DL), der mit 170.000 Mitgliedern die größte Organisation der Lehrer bildete. 1975 hatten sich die ständischen Lehrerverbände, der VBE - Verband Bildung und Erziehung - mit ca. 100.000 Lehrern aus dem Grund-, Haupt- und Sonderschulbereich mit dem Deutschen Philologenverband, ca. 52.000 Gymnasiallehrer, dem Verband der Realschullehrer (15.000), dem Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (17.000) und dem Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (13.000) zu einem Verband zusammengeschlossen, u.a. mit dem Ziel, der GEW eine rechte, organisierte Alternative an den Schulen entgegenzustellen.

Am 11.12. erklärte der Vorsitzende des VBE, Jancke, den Austritt des VBE aus dem DL. Als Begründung gab er Differenzen in bildungspolitischen und strukturellen Fragen an. Obwohl der VBE mindestens die Hälfte der Mitglieder des DL stellte, war er nur mit 20% der Stimmen im Präsidium des Dachverbandes vertreten. Tonangebend für den DL war dessen Präsident Clemens Christians, der gleichzeitig Mitglied im Vorstand des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft" ist.

Bildungspolitisch bestanden Differenzen in Bezug auf die Ablehnung der Gesamtschule (im Interesse der Gymnasiallehrer) durch Christians und der „Kritik" am Radikalenerlaß durch die SPD. Demgegenüber steht der VBE (Volks- und Realschullehrer) der Gesamtschule im Interesse seiner Mitglieder weniger kritisch gegenüber, da für sie die Arbeit in einer Gesamtschule nicht wie für die Gymnasiallehrer des Philologenverbandes einen sozialen „Abstieg" bedeutet.

Die Spaltung des Verbandes dürfte hauptsächlich in den ständischen Differenzen zwischen Gymnasial- und Grund- und Hauptschullehrern liegen, weniger in den politischen.

Als Ziel seines Verbandes gibt Jancke an, *„als gewerkschaftliche (!) Kraft der breiten Mitte aller Lehrer (zu) vertreten, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur Weiterentwicklung unseres Bildungswesens bekennen."* („FAZ" 20.12.78)

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg





Eine Schulklasse besucht die Streikposten vor einem Stahlwerk. Der Hauptvorstand der GEW hat alle Mitglieder aufgefordert, die Forderungen der Stahlarbeiter mit den Schülern zu erörtern. Für die bundesdeutsche Presse beginnt hier bereits der „Radikalenhorror". Für die großbürgerliche „FAZ" bedeutet dies ganz schlicht und einfach die „Tendenzschule". Für Springers „Welt" hat dies zwar noch „nicht unbedingt (?) etwas mit Extremismus zu tun", aber nahe dran ist es schon. Zugestanden sei den Lehrern noch, „außerhalb der Schule (aber innerhalb eines gewissen Rahmens!) für einen Streik zu werben" („Welt" 30.11.). Aber innerhalb der Schule „ist das auch eine Form rechtswidriger Indoktrination." Wobei gleich Kloses Ausspruch: „Wer indoktriniert, fliegt natürlich!" zitiert wird. Ob schon jemals ein Lehrer wegen „Indoktrination" geflogen ist, weil er den Schülern die Mär vom gemeinsamen Boot, in dem wir alle sitzen, einzubläuen versuchte?

Kommst Du ins Krankenhaus, dann kannst Du was erleben

Im UKE (Uni-Klinik Eppendorf, Hamburg) lag auf unserer Station ein älterer Patient schon sieben Tage (!!), bevor die Herren im weißen Kittel sich einig wurden, daß sie den total ausgebluteten Mann mal operieren sollten. Denn daß der Patient ein durchbrochenes Magengeschwür hatte, hat auch das Pflegepersonal gesehen. Ohne technische Hilfsmittel, wohlgemerkt! Nun ist das ja so, daß vor jeder OP eine OP-Genehmigung in Form einer Unterschrift des Patienten notwendig ist. Gleichzeitig soll(te) der Patient über den Eingriff aufgeklärt werden. Nun wurde das bei diesem siebzigjährigen Patienten so gemacht:

— Ein Arzt stürzte in das Zimmer und teilte dem total verschreckten Patienten mit, daß er gleich unters Messer käme. Damit war der Arzt erstmal verschwunden.

— Der Patient war natürlich sehr aufgeregt.

— Dann kam der gleiche Arzt nochmal wieder, woraufhin der Patient dann um Aufklärung bat. Darauf bekam er die Antwort: *„Ihr Magen hat ein Geschwür und blutet"*.

Damit war der Arzt wieder draußen. Später kam er nochmal wieder, aber nur, um den Patienten kurz anzusehen. Als es um die Unterschrift ging, wurde das mit der Bemerkung: *„Das kann er sowieso nicht"* übergangen.

Eine Sympathisantin
aus dem Raum Hamburg

Nach Duogynon — ein neuer Arzneimittelskandal

Mit Wirkungs vom 15. Januar 1979 hat das Bundesgesundheitsamt alle Arzeimittel, die Clofibrat enthalten, verboten.

Von dieser Entscheidung sind in der BRD etwa 30 Arzeimittel von 24 pharmazeutischen Firmen betroffen.

Clofibrat, bekannt unter den Namen „Skleromexe 500", „Regelan 500" usw., wurde bisher verordnet zur Senkung des Blutfettspiegels, und damit zur Verhütung insbesondere von Herzinfarkt.

Seit 1962 ist Clofibrat in die Therapie eingeführt.

Innerhalb der letzten zehn Jahre ließ sich der Absatz um rund 800 % steigern. Für 110 Mill. DM wurden 1978 Clofibrat-Präparate umgesetzt — denn es schlucken ja 200.000 Bundesbürger, womöglich gar doppelt soviele, ihr Leben lang dreimal täglich Clofibrat.

1975 warnte der Pharma-Kritiker Moebius in seinem „Arznei-Telegramm" vor Clofibrat. Damals war nachgewiesen worden, daß diese Arznei womöglich zusätzlich Gallensteine, Erbrechen, Durchfall, Muskelzittern und Impotenz produziert.

Erst als die angesehene britische Ärztezeitschrift „The Lancet" (25.11.78) über eine internationale Studie über die Wirksamkeit von Clofibrat berichtete, reagierten die Behörden. *„Die Behandlung war erfolgreich, aber leider starb der Patient"*, so der Kommentar zu den erhobenen Langzeitbeobachtungen.

Die Wirksamkeit des Medikaments ist gering: Es senkt den Blutfettspiegel durchschnittlich um 9 % statt der erwarteten 15 %.

Tödlicher Herzinfarkt und Angina pektoris sind genauso häufig wie bei denjenigen, die Clofibrat nicht eingenommen haben. Wer Clofibrat schluckt, wird dafür mit größerer Wahrscheinlichkeit krank: Das Risiko, Krebs zu bekommen, erhöht sich!

Zu der Sorge der Pharma-Industrie um die verlorenen Gewinne kommt eine neue: Wohin mit dem überflüssigen Clofibrat? Zur Müllkippe darf es nicht, dazu ist es zu giftig. Vertraulicher Rat aus dem West-Berliner Amt: In Kupferschlacke einschmelzen und ab damit in den Salzstock.

Eine Genossin aus dem
Hamburger Gesundheitsbereich



Hackethal gewinnt Prozeß

Eine Art Grundsatzentscheidung hat das Landessozialgericht in Schleswig im Falle einer Klage von Prof. Hackethal gegen die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KV) und vier große Versicherungsverbände getroffen.

Es ging hierbei um die Frage, ob ein Facharzt, der einen Patienten von einem praktischen Arzt überwiesen bekommt, an die Anweisung des überweisenden Arztes gebunden ist. Hackethal sollte, da er Untersuchungen durchgeführt hatte, die der überweisende Arzt nicht für notwendig gehalten hatte, das Honorar (in Höhe von 142 Mark) zurückzahlen.

In erster Instanz hatte das Kieler Sozialgericht den Kassen recht gegeben. Es habe sich um „Auftragsüberschreitung" gehandelt. Das Landessozialgericht hob dieses Urteil auf mit der Begründung: *„Weder seien die Abrechnungsbestimmungen der Krankenversicherungen so eindeutig, noch könne man die Handlungsfreiheit eines Facharztes derartig einschränken"* („Hamburger Abendblatt", 9.2. 1978).

Hintergrund dieses Urteils ist, daß die KV und die Kassen seinerzeit, im Februar 1977, einen weiteren Grund konstruieren wollten, um Hackethal aus der Kassenärztlichen Vereinigung hinauszubugsieren. Dieser Versuch hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Später war Prof. Hackethal, aufgrund der gegen ihn gelaufenen Hetzkampagne von sich aus aus der KV ausgeschieden. Aufgrund dieser Tatsache kommt diesem Urteil nur noch eine die sowieso gängige Abrechnungspraxis bestätigende Bedeutung zu.

ÖTV-Kommission

Arzneimittelsicherheit und -wirksamkeit in der BRD

Unter diesem Titel stand eine pharmakakritische Veranstaltung, die die Fachschaft Medizin in Marburg am 14.12.78 durchführte. Auf dem Podium saßen 2 Kapitalistenvertreter und 2 Epidemiologen (Krankheitsforscher):

Dr. Rathschek, Vorstandsmitglied des Bundesverband der pharmazeutischen Industrie und Höchst-Vertreter sowie Verfasser des Buches „Konfliktstoff Arzneimittel" (suhrkamp);

– Dr. Zapf, Leiter des Bereichs medizinische Forschung bei Höchst;

– Dr. Greiser, Leiter des epidemiologischen Instituts Düsseldorf und Autor der „Niedersachsenstudie" und

– Dr. Hehn, Mitarbeiter des epidem. Instituts Düsseldorf und Mitautor des Buches „Neunmal teurer als Gold" (Rowohlt).

Bei der Diskussion sollte es speziell um die Frage gehen, inwieweit folgende Ansprüche an Pharmaka in der BRD erfüllt seien:

1. therapeutische Wirksamkeit;
2. Sicherheit (Nebenwirkungen);
3. Unbedenklichkeit (geringe Nebenwirkungen z. B. bei großem Nutzen).

Der Konzern-Vertreter Zapf malte zunächst ein ideales Bild der Pharmaka-Testung bei Höchst und anderen Monopolisten. Bis ein neues Medikament nach 5 bis 6jähriger intensiver Testung eingeführt werde, würde es zunächst im Tierversuch, dann im Menschenversuch, d. h. zunächst am „freiwilligen Gesunden", schließlich klinisch am Kranken geprüft. Das Bundesgesundheitsamt würde am Ende die Ergebnisse durchsehen und das Medikament freigeben.

Dem hielt Dr. Greiser entgegen, daß dieses Verfahren nur für neue Medikamente gelte, zudem allen Pharmaka, die in der Zeit vom 31.12.77 bis 30.6.78 beim Bundesgesundheitsamt angemeldet worden wären, eine Übergangsfrist von 12 Jahren zugestanden würde. Das Bild vom „Heilsbringer" Pharmakonzerne brachte Greiser sehr schnell ins wanken, als er einige Dias zur verbrecherischen Werbung der Konzerne in Ärzteblättern brachte. Die Palette reichte von verdummenden Slogans z. B. „Siguran hilft bei Erkältung" (die Kontaindikation ist jedoch: Erkältung) über frauenfeindliche bzw. sexistische Werbung mit nackten Frauenkörpern z. B. für Rheumamittel, bis zur totalen Verarschung, z. B. Testung der Wirkung bei nur 5 Personen. Weiterhin konfrontierte er die Konzernvertreter mit der Tatsache, daß z. B. in den USA seit 1967 vor dem Antibiotikum Madribon gewarnt wird, weil es bei der Anwendung zu Todesfällen gekommen ist. In der BRD würde es solche Warnungen immer noch nicht geben. Auch gebe es „Bearbeitungen" der „Roten Liste", so würde der Inhaltsstoff von Cardamat nur noch mit dem chemischen Namen, mit dem die Ärzte jedoch nicht so viel wie mit dem Freinamen anfangen könnten, angegeben.

Dr. Rathschek trat daraufhin die Flucht nach vorn an. Er wäre mit den oben angegebenen Werbemethoden natürlich auch nicht einverstanden. Allerdings könnte man über Geschmack streiten (Frauenkörper). Seiner Meinung nach wäre eine Forderung nach echter Wirksamkeit bei Medikamenten natürlich berechtigt, sowohl vom gesundheitspolitischen als auch vom Kassenstandpunkt. Und der Bundesverband der Pharma-Industrie hätte für das neue Arzneimittelgesetz, das am 1.1.78 in Kraft getreten ist, einen harten Wirkungsnachweis gefordert, die Politiker hätten diesen Punkt jedoch „aufgeweicht".

Als Dr. Hehn dem entgegenhielt, daß die „Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft, MPS", in der sich die sieben größten Konzerne, darunter Bayer, BASF, Schering, Merck, Boehring, zusammengeschlossen haben, dies wohl in erster Linie gefordert hätten, um kleinere Konkurrenten fertig zu machen, da diese die Kosten für einen derartigen Nachweis (s. o.) nicht aufbringen könnten, meinte Rathschek knallhart: Wenn man einen Wirkungsnachweis wolle, müßte man dies in Kauf nehmen. Er entblödete sich jedoch wenig später nicht, mit dem Hammer Arbeitsplätze zu winken, als die Forderung aus dem Publikum laut wurde, verdächtige Medikamente (z. B. Duogynon/Cumorit) vom Markt zu nehmen.

In der weiteren Diskussion ging es um die Veröffentlichung der Bremer Klinikinitiative sowie um einige gefährliche Pharmaka:

a) Zur Bremer Klinikinitiative

Dr. Rathschek hatte in seinem Buch (s.o.) für Menschenversuche gefordert, daß die beteiligten Patienten gründlich aufgeklärt werden. Der Diskussionsleiter konfrontierte diese Forderung mit den Vorfällen in Bremen. Während Zapf die ganze Sache nicht gegenwärtig war, hatte Rathschek *„schon lange nichts mehr davon gehört"* und den Eindruck, daß es *„im Sande verlaufen wäre"*. Selbstverständlich wäre er für eine Aufklärung und anders würde es sowieso nicht laufen.. Das kam bei den ca. 220 Besuchern der Veranstaltung aber auch nicht so recht an...

b) Gefährliche Pharmaka

Hierbei ging es insbesondere um Duogynon, Pyramidon und Novalgin (Schmerzmittel) und die Gruppe der Biguanide (senken des Blutzuckers)

1. Duogynon/Cumorit

Hier wurde leider auch von Dr. Greiser die Ansicht vertreten, daß ein Zusammenhang zwischen Mißbildungen bei Kindern und Einnahme des Präparats nicht zweifelsfrei nachgewiesen sei. Andererseits meinte er aber auch, daß die Ärzte Schuld hätten, da sie es bei vermuteter Schwangerschaft zur Provokation eines Abortes eingesetzt hätten. Ihn sowie die Konzernvertreter störte die Tatsache, daß es in Schweden, England, USA usw. aus Sicherheitsgründen vom Markt genommen worden ist, nicht besonders. Als „Erklärung" brachten sie: Es wäre in der DDR ja auch nicht verboten.

2. Pyramidon, Novalgin

Diese Medikamente sind Pyrazolonabkömmlinge. Sie können enorme Nebenwirkungen haben: von der Störung bei der Bildung der weißen Blutkörperchen (sog. Agranulocytose) bis zur krebserregenden (cancerogenen) Wirkung. Während Pyramidon inzwischen verboten ist, wird Novalgin noch weiter verschrieben und verkauft. Dies ist deshalb so mies, weil Novalgin durch andere Schmerzmittel zu ersetzen ist.

3. Biguanide

Silubin und Dipar gehören z. B. dazu. Diese Stoffe sind in der BRD verboten, da sie die ernste Nebenwirkung haben, den Körper zu übersäuern (sog. Lactoatacidose). Dies kommt zwar nicht oft vor, aber dann endet es meist tödlich. Nach Italien wird dieser Stoff jedoch noch immer verkauft, angeblich, weil die italienischen Ärzte die Konzerne darum „auf Knien gebeten" hätten, wie die Konzernvertreter beteuerten.

Im Publikum war man sich relativ schnell darin einig, daß das z. T. haarsträubende Vorgehen der Konzerne seine Ursache im Profitstreben habe, das das Interesse der Menschen nach sicheren P Pharmaka eben nur begrenzt realisieren kann. Auf derartige Angriffe reagierten die Konzern-Vertreter eiskalt: die Profite wären momentan nicht so hoch und zudem würden sich die Bürokraten im Ostblock auch lieber mit westlichen Medikamenten als mit den eigenen behandeln lassen...

Bei der Frage nun, wie man den Ubeln der Konzerne beikommen könnte, war Dr. Greiser schnell mit dem sozialdemokratischen Pferdefuß der „Kontrolle der Konzerne" zur Hand. Eine Verstaatlichung würde nichts bringen (siehe DDR).

Aus dem Publikum wurde dem widersprochen: Bei der Verfilzung Konzerne-Parteien-Gewerkschaftsbürokratie wäre eine „Kontrolle" kaum drin. Wie diese mit der Gesundheit der Menschen umgehe, könne man auch am Beispiel KKW sehen. Die Veranstaltung, die z. T. leider nicht über eine Diskussion unter „Kollegen" hinauskam, endete mit einem Donnerschlag. Es wurde der Brief, den die Höchst-Filiale in Chile nach dem Putsch 1973 an die Zentrale in Frankfurt schrieb, verlesen. Er beginnt mit dem Satz: *„Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden."* Die Antwort der Konzernvertreter fiel stereotyp aus: Eine untergeordnete Instanz hätte ihre private Meinung geäußert. Der Konzern wäre nicht damit einverstanden, wie Allende umgebracht worden ist. War das Letzte nun ein Versprecher oder wollte der Konzernvertreter andeuten, daß er sich für Allende einen zivileren Tod vorstellen könnte...?

Ein AK-Leser aus Marburg

Leserbrief

„Ihr Kind ist blind!"

Wie Familien auf diese Mitteilung reagieren und wie sie reagieren sollten

Zunächst will die Familie es gar nicht wahr haben. Man weigert sich innerlich, die Mitteilung als richtig anzuerkennen. „Wie konnte u n s das nur passieren!" Man zweifelt an sich und seinen Fähigkeiten, wie jemand, der bei einem Risikogeschäft reingefallen ist. Das ist wohl auch der häufigste Grund dafür, daß Ehen kaputtgehen, nur weil ihr Kind behindert ist. Die Partner fühlen sich irgendwie schuldig. Sie wollen den „Schwarzen Peter" aber nicht auf sich persönlich sitzenlassen, darum schieben sie ihn sich gegenseitig zu. Weshalb aber können überhaupt solches Denken und Fühlen, eine solche Einstellung aufkommen? Einfach ausgedrückt, man kann mit einem blinden Kind keinen Staat machen. Im Gegenteil, man hat nur noch eine Menge Schwierigkeiten. Die Familie wird bei uns häufig als etwas Eigenständiges und für sich Abgeschlossenes betrachtet, das auf einer Art „freiem Markt" mit anderen ähnlichen Einheiten im Wettbewerb steht; wie bei Unternehmen. Der Sinn für größere gesellschaftliche Zusammenhänge ist hier weitgehend verlorengegangen, aber das ist verständlich. Die Wirtschaftsform, in der man lebt, prägt natürlich auch die Art des menschlichen Zusammenlebens und die Auffassungen darüber. In diesem Wettbewerb sind behinderte Kinder höchst hinderlich, sie „behindern".

Nach dieser Phase der emotionalen Ablehnung folgt dann meist irgendwann ein sich abfinden und sogar eine Art Ehrgeiz in Form eines sich Aufraffens. „Wir wollen das Beste draus machen". Man interessiert sich jetzt auf einmal auch für andere im Wettbewerb Abgeblitzte, die es „noch schlimmer" erwischt hat. Daran kann man sich bei Bedarf immer wieder aufrichten. Man macht sich jetzt aber auch Gedanken konkreterer Art. Man zerbricht sich den Kopf des Kindes. Was ich damit meine? Man denkt z.B. daran, wie unsicher man selbst doch ist, macht man einmal die Augen zu und versucht so herumzulaufen. Dies überträgt man gleich vorschnell und fälschlich auf die Sinneswirklichkeit des Kindes. Die Schlüsse, die man aus diesen und ähnlichen Überlegungen für die Gestaltung der Erziehung zieht, sind meistens verheerend; man verbaut damit viele Möglichkeiten. Aus diesem Grund nämlich hat man solche Angst, das Kind irgendwo allein, vielleicht noch auf der Straße, gehen zu lassen; daher läßt man es nicht vom Arm, an elektrische Geräte usw..

Daß man es sich seine Umwelt nicht mit Mitteln seiner körperlichen Voraussetzungen erschließen läßt, tastend also, hat wieder einen etwas anderen Grund. Hier schlägt erneut die Angst um den eigenen Status durch. Wie sieht denn das auch aus, wenn das Kind da alles abfühlt, es könnte ja was dabei kaputtgehen. Aus dem täglichen Erleben, daß in der Welt für Blinde ziemlich widrige Bedingungen herrschen, daß fast nichts für sie in der Standard-, sondern immer erst in einer Sonderausführung eingerichtet ist, befürwortet man schnell Sondereinrichtungen, in denen dann alles für sie getan werden kann; Heime, Sonderschulen usw.. Daß man die Sorgen dabei gleich mit loswird, zumindest zu einem Teil, ist eine erfreuliche Nebenwirkung. Mit dem Irren in der Anstalt oder dem Krüppel im Heim – irgendwo nicht zu sehen –, um den man sich trotzdem noch so rührend kümmert, kann man im Wettbewerb sogar wieder Punkte machen. Bei Spät- bzw. Spätererblindeten werden auch keine finanziellen Belastungen gescheut, um diesen ganzen Unannehmlichkeiten auszuweichen (z.B. Operationen). „Retten, was zu retten ist." Gerade auch diese Verhaltensweise ist für den Blinden äußerst nachteilig; enttäuschte Hoffnungen bei mißlungenen Schnippeleien, Minderwertigkeitsgefühle am laufenden Band usw.. Dabei geht viel Zeit für fachgerechte Förderung beim Älteren und notwendige Erfahrungen und Erziehung beim Kind verloren.

Meiner Meinung nach sollte sich die Familie gleich, nachdem sie die gewisse Mitteilung erhalten hat, so umfassend wie nur möglich, aber zielgerichtet informieren. Diese Informationen dürfen aber keinesfalls Ersatz für eigene Vorstellungen die Erziehung und Förderung betreffend werden. Man darf das Kind nicht Statistikern, Wissenschaftlern und Institutionen überlassen. Man kann seine Meinungen und gesammelten Informationen zwar hier und da anregend einbringen, den größten Raum im Lernprozeß muß jedoch die Selbsterfahrung einnehmen. Das trifft übrigens bei allen Kindern zu. Konkret: Wenn das Kind ein Fahrrad haben will, vielleicht nur, weil seine sehenden Spielkameraden auch alle eines haben, dann sollte es auch eins bekommen. Auf die Schnauze fallen kann es dann immer noch. Grenzen und Unmögliches wird es aber erst akzeptieren, wenn es sich selbst die Zähne daran ausgebissen hat. Das klingt nach Leichtsinn und großer Anstrengung für die Nerven der Erziehenden. Ich glaube aber, das ist nur so, weil wir so etwas nicht gewohnt sind.

Allgemein wäre nur noch dazu zu sagen, daß sich die Entwicklung blinder wie überhaupt aller behinderter Kinder nicht von der der nichtbehinderten unterscheiden sollte. Kindergarten und Normalschulbesuch sind hier unentbehrlich. Man darf hierbei nur die tatsächliche Andersartigkeit von Behinderten in gewissen Bereichen nicht vergessen. Ich sage bewußt „Andersartigkeit". Der Fehler der klassischen Auffassung ist, daß sie diese gleichzeitig auch als Fehlerhaftigkeit, Minderwertigkeit usw. ansieht. Verständlich war und ist dies, da die Andersartigkeit sich in der Gesellschaft bis heute für ihren Eigentümer negativ auswirkt, aber das ist nicht gottgewollt. Integration um jeden Preis führt zum vorbestimmten Minderwertigkeitskomplex, das wird besonders schnell auch das blinde Kind im Umgang mit Sehenden merken.

Röteln während der Schwangerschaft: „Nun können Sie beruhigt sein"

Weil ein „anerkannter" Gynäkologe es versäumt hatte, sich über den Gesundheitszustand einer schwangeren Frau und ihr Kind hinreichend zu vergewissern und die Mutter belog, so daß diese keinen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließ, kam ihr Kind mit starken Behinderungen zur Welt! Es ist hirngeschädigt, taub, auf einem Auge blind und hat einen schweren Herzfehler. Die Mutter des behinderten Mädchens, Uta König („stern"-Redakteurin im Ressort Medizin), hatte in der siebten Schwangerschaftswoche einen Ausschlag und Fieber bekommen, so daß sie mit Verdacht auf eine Röteln-Infizierung den Münchner Frauenarzt Dr. med. Hannsjürgen Wallner aufsuchte. Bei Infizierung mit Röteln während der Schwangerschaft treten meist beim Kind starke Schädigungen auf. Ein Schwangerschaftsabbruch wird deshalb auf jeden Fall notwendig und fällt unter die medizinische Indikation.

Die Blutunersuchung bei Uta K. ergab, daß es sich um eine bereits durchgemachte oder aber auch um eine frische Infektion handeln konnte, so der ermittelte Rötelnwert. Doch der Arzt ignorierte diese Tatsache: *„Nun können Sie beruhigt sein"* („stern", 14.12.78), war die Mitteilung die Uta K. von Arzt erhielt.

Dieses Ergebnis beruhigte weder Uta noch zwei andere Ärzte, welche ihr zu weiteren Tests rieten. Einen Monat nach der ersten Untersuchung ließ sie bei Wallner eine weitere Kontrolluntersuchung durchführen, doch das Ergebnis wurde ihr wochenlang nicht mitgeteilt. Als sie dann in der Praxis nochmals nachfragte, war Wallner in Urlaub, und sie konnte die Assistentin dazu bewegen, bei ihm anzurufen. Wallner ordnete eine weitere Blutuntersuchung an, deren Ergebnis Uta K. erst nach seiner Rückkehr mitgeteilt bekam. Es waren bereits zwei Monate seit der ersten Untersuchung vergangen.

Die „beruhigende" Antwort des Arztes: *„Es ist alles in Ordnung. Ich habe es gerade vom Institut bekommen. Ich habe es gerade vom Institut bekommen. Ihr Rötelnwert liegt wieder bei 1 × 256. Ich wußte ja, daß Sie keine frischen Röteln hatten"* („stern", ebenda). Dieselbe Auskunft erhielt auch ein anderer Arzt, der sich für Uta noch einmal vergewissern wollte.

Nachdem das Kind geboren war, eindeutig die typischen Röteln-Symptome festzustellen waren und die Blutuntersuchung ebenfalls eine Rötelninfektion der Mutter während der Schwangerschaft nachwies, bescheinigte Wallner auf Anfrage der Eltern noch schriftlich das angebliche Ergebnis des zweiten Rötelntests. Da die angegebenen Daten und Werte hinten und vorne nicht stimmen konnten, forschten die Eltern der kleinen Anna direkt beim Institut nach, bei dem die Tests angeblich gemacht worden waren. Es stellte sich heraus, daß insgesamt nur e i n Test vorgenommen worden war und nicht drei. Angesichts dieser Beweise konnte Wallner seine Lügenergebnisse nicht länger aufrechterhalten und gab zu, daß die beiden letzten Untersuchungen gar nicht ans Institut gegangen waren.

Die Eltern haben jetzt vor dem Landgericht München I Klage gegen den Arzt erhoben, um zu erreichen, daß dem Kind von der Versicherung des Arztes „Schadenersatz" und eine Rente gezahlt werden muß, was diese von Anfang an abgelehnt hat (angeblich bestehe hierfür keine Rechtsgrundlage). Ohne diese finanzielle Absicherung könnte das jetzt 22 Monate alte Kind nicht die bisher ermöglichte Förderung, d. h. gezielte Therapie und Hilfestellung — es ist auf Jahre hinaus, vielleicht Jahrzehnte hinaus auf besondere Hilfe angewiesen — erhalten. Ihr Vater hat bereits seinen Job aufgegeben, um sich um Anna kümmern zu können.

Doch Wallner hat einen Namen: Er *„ist medizinischer Berater vieler Zeitschriften, Pressesprecher des Berufsverbandes der Frauenärzte e.V. und Dozent"* („stern", ebenda). Diese Tatsache ist bereits bei der ersten Verhandlung in den zynischen Äußerungen des Richters zum Ausdruck gekommen. Er hatte die Frechheit, den Eltern vorzuwerfen, daß sie für ihr Kind sein Recht auf eine finanzielle Absicherung einklagen wollen!

„Sie müssen sich die moralische Frage stellen, ob es richtig ist, diesen Prozeß zu führen. Vielleicht fragt das Kind später einmal, warum es von einem Fremden eine Rente bekommt, und fragt dann, ob es etwa unerwünscht war", waren seine Worte („stern", ebenda).

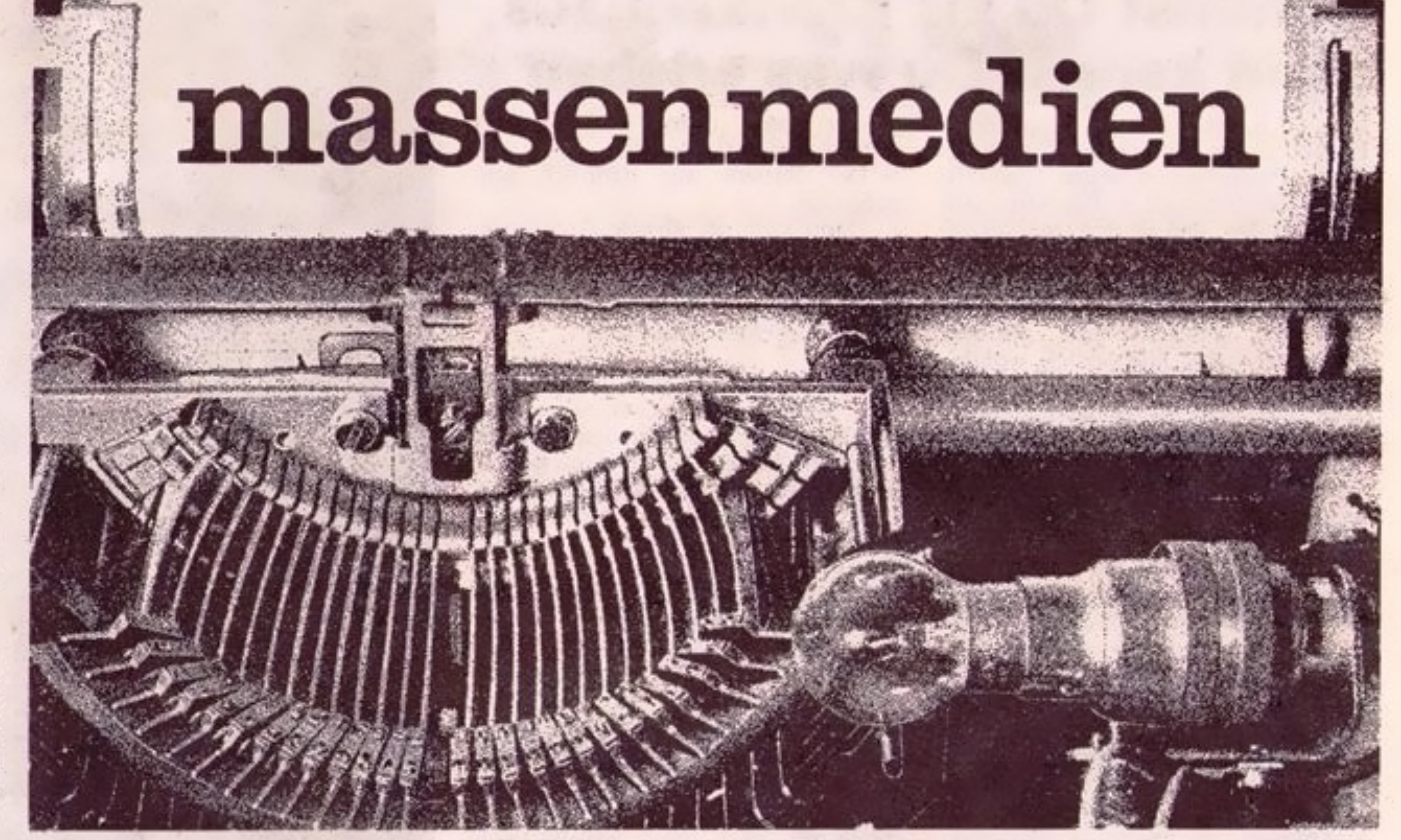
Ja, dieses Kind ist unerwünscht in dieser Gesellschaft, in der es dies bereits von Anfang an zu spüren bekommt, was es heißt, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein — unerwünscht von solchen Richtern, Versicherungen und Ärzten, die jetzt auch noch versuchen, den Eltern die alleinige Verantwortung hierfür aufzubürden. Und dies, obwohl ganz eindeutige Beweise für die falsche Diagnose Dr. Wallners vorliegen!

Die klagenden Eltern haben ein großes finanzielles Risiko auf sich genommen, denn der Streitwert ist auf eine halbe Million Mark festgesetzt worden und das bedeutet, daß bei Abweisung der Klage Prozeßkosten über 100.000 Mark aufgebracht werden müßten.

Am 24. Januar 1979 ist der nächste Verhandlungstermin.

ÖTV-Kommission





Ein ganz gewöhnliches Einstellungsgespräch?

Im folgenden drucken wir den Leserbrief eines AK-Lesers ab, der die Schwierigkeit aufzeigt, heute noch mit kritischen demokratischen Vorstellungen als Journalist eingestellt zu werden.

Nach dem Abschluß meines Studiums bewarb ich mich bei einer Tageszeitung um eine Volontärstelle. Ich wollte das journalistische „Handwerkszeug" von klein auf erlernen mit dem weitgesteckten Ziel, „soziale Reportagen" über die bundesrepublikanische Wirklichkeit zu schreiben. Auf mein erstes Bewerbungsschreiben hin werde ich von einer „unabhängigen, freien" Tageszeitung aus Pinneberg in Schleswig-Holstein zu einem Einstellungsgespräch eingeladen.

Pünktlich zur angegebenen Zeit treffe ich dort ein. Das Verlagsgebäude erinnert mich an einen alten Gutshof aus der Jahrhundertwende. Die Räumlichkeiten sind klein und sehr altmodisch eingerichtet. Die „Anzeigenannahme", in der eine kleine Gruppe von Mitarbeitern Kaffee trinkt und eine ältere Frau gerade Bockwürstchen auspackt, wirkt auf mich wie eine gemütliche Wohnstube. Trotz der provinziellen Atmosphäre werde ich empfangen, als ob es sich um ein großes vornehmes Verlagshaus handelt. Eine freundliche Frau meldet mich telefonisch beim Chefredakteur an, der mich daraufhin von seiner jungen Sekretärin in sein Büro führen läßt.

Als ich eintrete, begrüßen mich zwei Herren, die mich argwöhnisch mustern. Der ältere von beiden, ein kleiner, hagerer, etwas kurzsichtiger Mann, stellt sich mir als Chefredakteur vor, der andere, ein kräftiger Mann mit einer außergewöhnlichen Knollennase, als Lokalredakteur.

Kaum habe ich mich gesetzt, teilt der Chefredakteur mir in einer giftigen Stimme mit: *„Es gibt Zeitungsredaktionen, die Bewerber ohne Anzug und Krawatte grundsätzlich nicht einstellen, wir verfahren in unserem Hause nicht so."*

Diese Worte steigern meine anfängliche Nervosität gewaltig, denn ich bin ohne Krawatte erschienen, ansonsten aber in akurater und gepflegter Kleidung. Ich versuche mich zu rechtfertigen – ich will irgendetwas von salopper Kleidung sagen, die doch heute schon weitgehend anerkannt wäre – als er mich provozierend unterbricht: *„Würden Sie sich eine Krawatte umbinden, wenn Sie aus beruflichen Gründen zum Bürgermeister des Ortes gehen müßten?"* Sichtlich verlegen antworte ich stokkend: *„Bei einem entsprechend wichtigen Ereignis könnte ich mir das durchaus vorstellen."* Daraufhin erwidert er etwas gekränkt und kiebig: *„Bei uns Chefredakteuren finden Sie das wohl nicht so wichtig."* Danach ändert er schlagartig das Thema, während seine Gesichtszüge etwas freundlicher werden.

„Warum wollen Sie überhaupt Journalist werden?" „Das ist eine schwierige Frage", beginne ich zögernd. Durchdrungen von dem Gefühl, ohnehin abgelehnt zu werden, fahre ich vorsichtig fort. *„Ich möchte gerne mit Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten zusammentreffen, um ihre Probleme, Sorgen und Lebenssituationen kennenzulernen und darüber anderen Menschen berichten. Ich glaube, daß der journalistische Beruf mir dazu weitreichende Möglichkeiten anbieten könnte. Außerdem sollte der Journalist über alle wichtigen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ereignisse einer Gesellschaft berichten und hierbei nicht nur die Erscheinungen beschreiben, sondern quasi wie ein Wissenschaftler versuchen, die dahinterliegenden Ursachen aufzuspüren. Dabei sollte er sich einer allgemeinverständlichen Sprache bedienen."* Das mit der einfachen Sprache scheint dem Chefredakteur zu gefallen, denn er unterstütz mich in diesem Punkt.

„Darüberhinaus" fahre ich fort, *„sollte der Journalist der Pflicht nachkommen, die Regierung, Parteien, Verbände etc. zu kontrollieren und undemokratische Machenschaften aufdecken. Denken Sie z.B. an die Vorfälle um den Watergateskandal."* Ich merke, daß die beiden Herren sichtlich unruhig werden und sich das Gesicht des Chefredakteurs verdunkelt. Wie in einem Kreuzverhör, in dem ich die Rolle des Angeklagten zugewiesen bekommen habe, bricht der Chefredakteur hier abrupt das Thema ab und fragt mich völlig unvermittelt: *„Können Sie mir die Namen des regierenden Bürgermeisters und dessen Stellvertreters von Hamburg nennen?"* Ich bin völlig verblüfft über diese naive Frage und ärgere mich, daß auf meine vorangegangenen Äußerungen keine Reaktionen erfolgen. Mürrisch antworte ich: *„Klose und Frau Elstner." „Wissen Sie, warum der Bürgermeister in der letzten Zeit in die Schlagzeilen geraten ist?"* *„Ja,"* erwähne ich ziemlich spontan, *„wegen seiner Äußerungen über die Berufsverboteregelung, speziell wegen der Auflockerung der Überprüfung von Personen, die in den öffentlichen Dienst eintreten wollen."* Ich habe noch nicht ganz ausgesprochen, als der Chefredakteur mir bissig ins Wort fällt: *„Es gibt keine Berufsverbote, das ist eine Erfindung der Linken."* Sofort entdecke ich meine Ungeschicklichkeit und es fällt mir wie Schuppen von den Augen: für die CDU, SPD etc. existieren ja keine Berufsverbote. Ich versuche mich herauszuwinden: *„In der Presse wird doch aber diese Problematik oft unter diesem Stichwort behandelt."* *„Aber nur in der linken Presse!"*, antwortet mir der Chefredakteur aggressiv.

Schnell wechsele ich dieses brisante Thema und leite zu der anderen Äußerung Kloses über. *„Außerdem ist er durch seine Rede über die 'STAMO-KAP-Theorie' in die öffentliche Kritik geraten. Er lehnt diese Theorie zwar ab, hält aber einige Teile - z.B. daß der Staat ein Reparaturbetrieb des Kapitalismus sei - für durchaus realistisch."* Ich erwarte hierzu eine Reaktion des Chefredakteurs, die jedoch ausbleibt. Stattdessen möchte er wissen: *„Haben Sie schon mal was vom Stahlarbeiterstreik gehört?"* Um nicht wieder anzuecken, antworte ich ausweichend: *„Ja, ein wenig, aber genaue Informationen fehlen mir."* Er möchte wissen, um welche Forderungen es im Streik geht. *„Die Gewerkschaft will eine 5%ige Lohnerhöhung und den Einstieg in die 35 Stunden-Woche durchsetzen."* Die Antwort reicht ihm nicht aus, er möchte meine persönliche Auffassung zur Arbeitszeitverkürzung erfahren. Als ich ihm zu verstehen gebe, daß ich die Einführung der 35 Stunden-Woche für einen sozial notwendigen Schritt zum Abbau der Arbeitslosigkeit halte, schildert er mir die Nöte der Stahlunternehmer in den grauesten Farben. Den Höhepunkt seiner „tiefgehenden" Analyse bildet der Ausspruch: *„Eines Tages werden die noch die Null-Stunden-Woche fordern, ganz im Sinne von Karl Marx."* Ich kann mir ein leichtes Schmunzeln nicht verkneifen. Der Chefredakteur wird herausgerufen und der Lokalredakteur, der fast die ganze Zeit geschwiegen hat, setzt das Gespräch fort. Als wolle er Versäumtes nachholen, redet er jetzt ununterbrochen und läßt mich - trotz heftigen Bemühens meinerseits - kaum zu Wort kommen. Er lobt die gute Ausbildung der Volontäre in seinem Hause und schildert mir, wie „interessant" die Arbeit in seiner Lokalredaktion wäre. Er geizt auch nicht mit guten Ratschlägen, die ein Journalist beachten sollte. So verrät er mir kameradschaftlich: *„Wissen Sie, was die Leute hier lesen wollen, ist nicht 'Politik', sondern was der Nachbar verdient."* Oder: *„Neulich hat ein Pinneberger in der Spielbank 1,8 Millionen gewonnen. Solche Ereignisse interessieren natürlich die Menschen hier. Deshalb haben wir diese Meldung ganz groß rausgebracht, selbst die Bildzeitung hat darüber berichtet."*

Plötzlich veränderte er seinen vertraulichen Gesprächsstil und fragt mich arglistig: *„Wie würden Sie sich denn politisch so einordnen, in der Mitte, rechts oder links von der Mitte?"* Ich bin völlig verdattert und fühle mich in einer ausweglosen Situation. Antworte ich - schießen mir die Gedanken durch den Kopf - muß ich entweder lügen, was aus dem bisherigen Gesprächsverlauf leicht zu erkennen ist, oder ich bekenne mich offen zu ‚links von der Mitte', was meine endgültige Ablehnung bedeuten würde.

„Ich kann die Frage so nicht beantworten", versuche ich ihm umständlich zu erklären, *„ich will es besser an einem konkreten Beispiel verdeutlichen. Sehen Sie, es gibt Bereiche, da würde ich mich als durchaus kritisch betrachten, z.B. in Umweltfragen, wie Wasser- und Luftverschmutzung."*

Sofort hakt er ein: *„Dann sind Sie sicherlich auch gegen Kernkraftwerke?"*

Als ich bejahe, zählt er mir einige Argumente auf - z.B. die Rohstoffverknappung - die für die Notwendigkeit von Kernenergie sprechen sollen. Ich versuche noch sie zu widerlegen, aber er läßt sich auf keine Diskussion ein.

Danach werden noch einige Formalien geregelt und ich mit der Zusage einer baldigen Benachrichtigung verabschiedet. Nach einer Woche bekomme ich die Nachricht:

„Nach reiflichen Überlegen und Abwägen des Für und Wider haben wir uns entschlossen die ... Volontärstelle mit einem anderen Bewerber zu besetzen."

Ein AK-Leser

Türkei

Ausnahmezustand in der Türkei

Faschistisches Massaker fordert über 200 Tote



Die Opfer der Kahramanmaras



Die schwarzen Flächen sind die Provinzen, in denen der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die mit Ziffern versehenen Provinzen sind diejenigen, für die die faschistische MHP ebenfalls Ausnahmezustand fordert.
1. Izmir 2. Antalya 3. Rize 4. Tunceli 5. Diyarbakir 6. Mardin 7. Artvin

Die schwarzen Flächen sind die Provinzen, in denen der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die mit Ziffern versehenen Provinzen sind diejenigen, für die die faschistische MHP ebenfalls Ausnahmezustand fordert.
1. Izmir 2. Antalya 3. Rize 4. Tunceli 5. Diyarbakir 6. Mardin 7. Artvin

Kurz vor Weihnachten hat der faschistische Terror in der Türkei einen erneuten Höhepunkt erreicht. In der osttürkischen Stadt Kahramanmaras griffen die Faschisten, generalstabsmäßig vorbereitet, die fortschrittliche und linke Bevölkerung an, wobei sie hunderte von Menschen ermordeten. Vor dem Massaker hatten die Faschisten systematisch militante bewaffnete Gruppen der "Grauen Wölfe" in die Stadt eingeschleust. Einige Tage vor den Ereignissen erschien der MHP-Abgeordnete Jusuf Özbas mit 50 bewaffneten Faschisten. Nachdem die Faschisten zwei Lehrer des fortschrittlichen Lehrerverbandes TÖB-DER ermordet hatten, provozierten sie am darauffolgenden Tag den Trauerzug mit Parolen "Kommunisten und Alewiten raus aus der Moschee " an. Bei der Auseinandersetzung wurden 6 Menschen, darunter drei Faschisten getötet.

Am Abend des gleichen Tages forderten die Faschisten die sunnitische Bevölkerung auf, endgültig mit den "gottlosen Kommunisten" Schluß zu machen. Daraufhin überfielen 3000 aufgehetzte Menschen, angeführt von bewaffneten Einheiten der Faschisten, unter ihnen auch verkleidete Offiziere der Armee, systematisch Büros und Häuser fortschrittlicher und linker Organisationen und Personen. Die Häuser wurden niedergebrannt, die Bewohner niedergeschossen und niedergemetzelt.

In Yeni-Mahalle wurden Mädchen entführt, vergewaltigt, und dann erschossen der rechte Mob war nicht aufzuhalten. Kinder, Frauen und alte Menschen blieben blutüberströmt vor den Türen ihrer Wohnungen liegen, wenn die rechten Killer sich ausgetobt hatten. Manchmal wurden getöteten Frauen die Brüste abgeschnitten, überall in der Stadt liegen auf den Straßen Tote ohne Nasen, ohne Ohren, ohne Genitalien. Mehrere Kinder wurden von den Fanatikern zu Tode gefoltert, weil ihre Väter Mitglieder in einer linken Organisation waren (FR. v. 29.12.78).

Dieser Terror dauerte bis zum nächsten Morgen an. Die am Ort befindlichen Polizei- und Jandarma-Einheiten griffen bezeichnenderweise nicht in die Angriffe ein, der Kommandant der Jandarmas ist Anhänger der MHP.

Religiöse Konflikte?

Kahramanmaras liegt in Ostanatolien, wo in den Regionen Sivas, Erzurum und Kahramanmaras (siehe Karte) zu gleichen Teilen Kurden und Türken leben, als auch die religiösen Anteile zwischen Sunniten und Alewiten etwa gleich sind.

Die Alewiten oder auch Schiiten sind in der Türkei (im Gegensatz zum Iran) in der Minderheit und im wesentlichen ärmere und unterdrücktere Schichten. Die Sunniten bilden in der Türkei die Mehrheit; aus ihrer Mitte rekrutieren sich auch überwiegend die höheren Schichten. So hat z.B. auch der übergroße Teil der Alewiten die CHP unterstützt. Außerdem sind in der Alewitischen Lehre freiere Elemente in Moral und Glauben beinhaltet.

Die traditionelle Spannung zwischen beiden Konfessionen wird von den Faschisten geschickt genutzt und angeheizt. So versuchen die Faschisten seit Beginn der Regierung Ecevit die sunnitischen Teile der Bevölkerung gegen "die Kommunisten" und die "dem Islam abtrünnigen Alewiten" zu hetzen. Bei ähnlichen Aktionen, so z.B. in Malatya im Frühjahr 1978 oder in Sivas und Erzurum im Herbst des letzten Jahres, waren bewaffnete faschistische Banden die Führer der aufgehetzten Massen. Durch diese Politik soll die Regierungsunfähigkeit der Sozialdemokraten unter Ecevit deutlich gemacht werden. Das Massaker in Maras ist der Höhepunkt der Bürgerkriegsstrategie der Faschisten, bei der seit Beginn der Amtszeit der sozialdemokratischen Regierung Ecevit Anfang 1978 über 800 Menschen ermordet wurden.

Ausnahmezustand über 13 Provinzen

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes in 13 Provinzen haben die Faschisten ein von ihnen gewünschtes Etappenziel erreicht.

Die sozialdemokratische Regierung Ecevit hatte sich vor Beginn ihrer Amtszeit bemüht, „rechte und linke Terroristen gleichzeitig" zu verfolgen, obwohl - für jedermann sichtbar - der Terror in der Türkei von den Faschisten der Partei Türkes ausgeht.

Auf Grund dieser Politik war vor den Ereignissen in Maras der Direktor der politischen Abteilung, sowie der Chef der Bereitschaftspolizei in Istanbul zurückgetreten.

Bei ihrem Rücktritt erklärten beide: "*Wir verhaften die Schuldigen und es ist nicht zu übersehen, daß die Verbrechen von Rechten begangen werden. Nun verlangt man aber von uns, daß wir für jeden Rechten einen Linken fassen. Wir können diese Situation nicht ändern, deshalb treten wir zurück (Miliyet v. 20.12.78).*

Noch vor dem Ausnahmezustand hatten die Sozialdemokraten versucht, Gesetzesvorschläge im Parlament durchzusetzen, die den Kampf gegen "rechts und links" unterstützen sollten. Diese Vorschläge sahen u.a. vor, die Strafen für politische "Delikte" zu verdoppeln bzw. die Geldstrafen zu verfünffachen.

Die Kompetenzen der Polizei sollten erweitert werden, so z.B. Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Bescheid, längere Festnahmen ohne Haftbefehl etc., Beamten und Schülern sollte verboten werden, politische Vereine zu gründen oder sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Bestehende politische Vereine sollten durch Gerichtsbeschluß aufgelöst werden. Vereine, die keine politische Zielrichtung haben, dürfen keine politischen Erklärungen abgeben. Bei Zuwiderhandlungen muß mit Haftstrafen von sechs Monaten bis zu 2 Jahren gerechnet werden. Die Gründung von Nachfolgevereinen soll mit mehrjährigen Gefängnisstrafen geahndet werden. Die Rechte der Provinzgouverneure sollten erweitert werden, Hausdurchsuchungen zu veranlassen und das Militär einzusetzen. Die Polizeieinheiten sollten durch 20 000 Jandarmas, dem BGS in der BRD ähnlich, verstärkt werden. Für die Jandarmas wurde ein zusätzlicher Betrag im Budget von 8,5 Milliarden Mark bis 1987 gewährt. Außerdem war der Aufbau von Spezialeinheiten nach dem Muster der GSG 9 geplant.

Diese geplanten Verschärfungen kamen dem heute bestehenden Ausnahmezustand schon sehr nahe, obwohl hierbei die Kompetenzen des Militärs weitgehend eingeschränkt blieben. Die Ausrufung des Ausnahmezustandes hat deutlich gemacht, daß die Faschisten mit dem Massaker von Maras der sozialdemokratischen Politik der Befriedung zuvorgekommen sind.

Heute kann der Ausnahmezustand die Spaltung der Gesellschaft in rechte und linke Lager, die durch den Politisierungsprozeß der letzten Jahre entstanden ist, nicht mehr aufhalten. Insbesondere betrifft das die Bevölkerung im Dreieck Erzurum, Sivas, Kahramanmaras (s.Karte) . In diesem Dreieck kam es schon vor den Ereignissen in Maras zu blutigen Auseinandersetzungen, so z.B. in Malatya, Sivas, Erzurum, Elaszig. Außerdem sind die Kräfteverhältnisse nicht immer eindeutig zu Gunsten der Faschisten. So wurden sie in Sivas bei ihren Provokationen aus der Stadt getrieben. Diese angespannte Situation, in der sich zwei unversöhnliche Lager gegenüberstehen, versuchen die Faschisten für ihre Bürgerkriegsstrategie auszunutzen.





Die Häuser und Geschäfte, auf denen die MHP-Parolen und -Zeichen stehen, werden von den Faschisten geschont. (links: zum Kampf im Namen Gottes)

Portugal

Portugal

Repressionswelle in Portugal

Sechs Genossen beim Plakatkleben verhaftet und im Schnellverfahren zu je 16 Monaten Gefängnis verurteilt; Haussuchung bei der linken Wochenzeitung „Pagina Um" und Beschlagnahmung von mehreren Plakaten; Haussuchung bei der revolutionären Organisation OUT; Beschlagnahmung einer kompletten Ausgabe der linken Wochenzeitung „Voz do Povo" (Zeitung der UDP) - das ist die vorläufige Bilanz eines Amoklaufs der portugiesischen Justiz gegen ein Plakat der OUT.

Der Anlaß war eine sehr gelungene Aktion der OUT: Anfang Dezember brachte sie ein Plakat heraus, auf dem unter der Überschrift „Eanes cumpre?" (etwa: „Hält Eanes, was er verspricht?"), der Slogan, unter dem vor eineinhalb Jahren Eanes zum Staatspräsidenten gewählt worden war, zum Anlaß genommen wurde, die Amtszeit von Eanes zu kritisieren. Das Plakat war so aufgebaut, daß auf der linken Seite die Wahlversprechen zitiert wurden, z.B. Schutz der Verfassung, und auf der rechten Seite die wirklichen Handlungen von Eanes, in diesem Beispiel die zunehmende Faschisierung Portugals, gegenübergestellt wurden. Das Plakat wurde ausgesprochen aufmerksam aufgenommen, in den Straßen blieben viele Menschen stehen und studierten den Text sehr genau.

Nachdem das Plakat etwa zehn Tage lang geklebt worden war, wurden sechs OUT-Genossen beim Kleben festgenommen und in Untersuchungshaft gesperrt, ohne daß man ihnen erlaubt hätte, einen Anwalt zu benachrichtigen, ohne daß man ihnen eine Anklage mitteilte.

Am folgenden Tag wurden die Redaktionsräume der „Pagina Um" durchsucht - offenbar, weil diese Zeitung über das Plakat und die Verhaftungen ausführlich berichtet hatte. Ebenfalls wurden die Räume der OUT, die sich im selben Gebäude befinden, durchsucht. Dabei wurden einige Plakate beschlagnahmt. In beiden Fällen konnte nicht festgestellt werden, wer die Maßnahmen veranlaßt hatte und auf welcher Rechtsgrundlage sie durchgeführt wurden.

Als schließlich die „Voz do Povo" in ihrer Ausgabe vom 20.Dezember über diese Vorgänge ausführlich berichtete und ein Foto des Plakats veröffentlichte, wurde auch in dieser Redaktion eine Durchsuchung durchgeführt. Außerdem wurde die gesamte Ausgabe beschlagnahmt, und zwar im Verlag ebenso wie an den Kiosken.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Aktion, als die sechs inhaftierten Genossen vor Weihnachten einem Polizeigericht vorgeführt wurden, wo sie zum ersten Mal Gelegenheit hatten, mit einem Anwalt zu sprechen und wo man ihnen eröffnete, daß sie wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes angeklagt seien.

Die Terrorurteile von jeweils 16 Monaten, die danach ausgsprochen wurden, sind beispiellos in der portugiesischen Geschichte nach dem 25. April.

Wenn wir auch zugestehen wollen, daß es eine Frechheit ist, die Taten eines bürgerlichen Politikers an seinen Wahlversprechen messen zu wollen (nicht auszudenken, wenn das Beispiel Schule machen sollte!), so ist es doch erstaunlich, wie empfindlich Eanes in diesem Fall reagierte. Die Vermutung erscheint angebracht, daß die Tatsache eine gewisse Rolle spielte, daß der einzige ernsthafte Gegenkandidat bei den Präsidentschaftswahlen Otelo war - und der wiederum steht politisch eindeutig an der Seite der OUT (Soweit ein portugiesischer Offizier linke Politik machen darf, ohne ins Gefängnis zu kommen).

Darüberhinaus zeigt Eanes, daß der Staatsapparat gerade jetzt, vor einer weiteren Verschlechterung der Lage der Werktätigen, willens ist, gegen die Linke mit noch größerer Brutalität vorzugehen, als dies bisher schon der Fall war. Die Vorbereitung des portugiesischen EG-Beitritts und die Anwendung der Bedingungen, die an die Vergabe der Kredite vom Weltwährungsfonds geknüpft waren, könnten sich nur gegen den erbitterten Widerstand der portugiesischen Werktätigen durchsetzen lassen. Als eine Voraussetzung dafür sieht die Bourgoisie offenbar die verschärfte Unterdrückung der organisierten revolutionären Linken an.

In einer Solidaritätsresolution an die Organisation OUT sowie die Zeitungen „Pagina Um" und „Voz do Povo" protestierten die Delegierten des nationalen Treffens des KB (Vorkongreß) gegen diese Willkürmaßnahmen und versicherten die Genossen der uneingeschränkten Solidarität, die wir gerade wegen der Parallelen zu den Prozessen gegen die verantwortlichen Genossen vom „Arbeiterkampf" und Reents-Verlag besonders intensiv empfinden.

Portugal-Kommission



Spanien

1979: Ein Jahr der Wahlen in Spanien

Nach längerem Zögern hat der spanische Regierungschef Suarez sich bereit erklärt, nach der Verabschiedung der neuen (bürgerlich-demokratischen) Verfassung und deren Bestätigung durch eine Volksabstimmung, im laufenden Jahr allgemeine legislative Wahlen auszuschreiben. Die ersten „demokratischen Wahlen" in Spanien hatten am 15. Juni 1977 stattgefunden, die alte frankistische Verfassung war noch in Kraft, die revisionistische Partei (PCE) war erst wenige Wochen vorher legalisiert worden, die meisten linken bzw. revolutionären Organisationen waren noch verboten, usw. Von freien Wahlen selbst im bürgerlichen Sinne konnte also keine Rede sein. Regierungschef Suarez hatte nach dem jüngsten Referendum zunächst vorgehabt, sich lediglich durch Parlamentsabstimmung im Amt bestätigen zu lassen und stieß damit auch nicht auf nennenswerten Widerstand der reformistischen Parteien (PSOE und PCE).

Im Gegenteil, der Führer der eurorevisionistischen PCE erklärte sogar, daß seine Partei einer formlosen Bestätigung des UCD-Parteiführers durch das Parlament zustimmen würde, wenn dieser sich auf Verhandlungen über ein gemeinsames politisches Programm mit PSOE und PCE einlassen würde, (El Pais, 13.12.78).

Falls die UCD sich nicht auf solche Verhandlungen einließe, würde die PCE eine Regierungskoalition von UCD und PSOE begrüßen.

Inzwischen haben die Führungen von PSOE und PCE eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der sie die Weiterführung der UCD-Minderheitsregierung als untragbar bezeichnen und eine *„Regierung mit mehr parlamentarischer Tragfähigkeit und breiterer demokratischer Legitimation"* fordern (El Pais, 16.12.78). Es ist ganz offensichtlich, daß es beiden Parteien darum geht, eine stabilere Regierung zustande zu bringen und zwar im wohlverstandenen bürgerlichen Sinne, d.h. durch eine Regierungsbeteiligung der PSOE zu verhindern, daß die sozialen und politischen Konflikte in Spanien in regierungsfeindliche Bahnen geraten.

Die ökonomische Dauerkrise in Spanien (die Lage der Bauern, Fischer, Werftarbeiter, usw.), die Inflation und Arbeitslosigkeit (über 1 Mio.) nimmt immer katastrophalere Formen an, die Autonomieforderungen insbesondere des Baskenlandes, aber auch Kataloniens sind noch nicht befriedigt, um nur die beiden wichtigsten Konfliktherde zu nennen.

Es scheint, daß auch die UCD zur Stabilisierung der politischen Lage nicht unbedingt weiter an ihrer Alleinregierung festhalten will. Es liegt jedoch auch im Bereich des Möglichen, daß ein Bündnis mit dem noch rechteren Parteienspektrum angestrebt wird. Um die Altfrankisten (Fraga Iribarne von „Alianza Popular", Areilza, Osorio) ist in letzterer Zeit einiges in Bewegung geraten, mit dem Ziel, eine Vereinigung aller Kräfte zu erreichen, die sich zwischen den offenen Faschisten um „Fuerza Nueva" und UCD einzuordnen. Fraga strebt offensichtlich sogar eine gemeinsame Kandidatur von UCD und diesen Kräften zu den Neuwahlen an.

Nach der Durchführung von legislativen Wahlen, die für den 1. März angesetzt sind, sollen endlich die von allen reformistischen und linken Parteien lange geforderten Kommunalwahlen abgehalten werden (am 3. April 79).

Auf regionaler Ebene regieren nämlich immer noch die alten Würdenträger von Francos Gnaden. Die Abhaltung von Kommunalwahlen war von der UCD-Regierung immer wieder verschoben worden, weil sie fürchtete, daß ihr die regionalen autonomistischen Entwicklungen aus der Hand gleiten würden, wenn dort demokratischerer Strukturen herrschen würden.

Daß nun die Kommunalwahlen auf einen Zeitpunkt kurz nach den allgemeinen legislativen Wahlen gelegt worden sind, ist wiederum ein Manöver der Suarez-Regierung, um eine Konzentration der reformistischen, linken und nationalistischen Parteien auf den kommunalen Wahlkampf zu verhindern und deren Kräfte zu zersplittern.

Spanien-Kommission

„FAZ"-Kommentar zum „ETA-Terror"

Der Spanien-Korrespondent der „gewöhnlich sehr gut informierten" großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Walter Haubrich, gab in einem Artikel „Kein Ende des Mordens im Baskenland" (3.1.79) einige interessante Informationen zum besten, die in ihrer Stoßrichtung deutlich machen, wie sich westdeutsche Polizei- und Geheimdienstkreise ein angemessenes Vorgehen gegen den „ETA-Terror" vorstellen. Anlaß für die Ausführungen der „FAZ" waren vier vom Militärischen ETA-Flügel um die Jahreswende getötete Polizisten bzw. Polizeispitzel.

„Die kasernierte Polizei Guardia Civil und die bewaffnete Bereitschaftspolizei sind bisher praktisch erfolglos bei der Verfolgung von ETA-Terroristen gewesen. Die ersten Verhaftungen gelangen, als einer der Chefs der früheren politischen Polizei Francos, Conesa, mit einer von ihm geleiteten Spezialtruppe ins Baskenland geschickt wurde. Der Conesa-Truppe gelang es, einen der mutmaßlichen Führer der Sonderkommandos von ETA, Torre Altunaga, zu verhaften. Der Polizei zufolge soll er zehn terroristische Mordanschläge begangen haben. Conesa war eines der berüchtigsten Mitglieder der politischen Polizei der Diktatur, zu seinen Opfern gehören eine Reihe von Abgeordneten des heutigen spanischen Parlaments (!). Nach dem Tod Francos war er auf einen Verwaltungsposten abgeschoben worden. Die starke Zunahme des Terrorismus hatte Innenminister Villa veranlaßt, ihm wieder ein wichtiges Amt zu geben. Die Erfahrung und die Erfolge Conesas, so ist im Innenministerium zu hören, seien schließlich wichtiger als das negative Bild, das dieser Polizeichef in der Öffentlichkeit habe. Die Zeit nach Francos Tod ist zu kurz, als daß sich eine im Kampf gegen den Terrorismus spezialisierte Polizei schon hätte bilden können (!)."

Man muß sich diesen Satz in seinem ganzen Zynismus mal klarmachen. Dieser Satz könnte in offenerer Form wohl auch so heißen. „Die Zeit nach dem Tod dieses zwar recht erfolgreichen, aber in seinen Methoden doch recht plumpen Diktators ist zu kurz, als daß wir die viel ausgefeilteren Methoden zum Aufspüren und „Ausschalten" von Terroristen des BKA unseren spanischen Kollegen schon hätten beibringen können".

In der baskischen Tageszeitung „egin" erschien kürzlich ein Artikel, der die Übertragung westdeutscher Antiterrorismusmethoden auf Spanien herausarbeitete. Unter der Überschrift „die fünfzehn deutschen Punkte" heißt es darin: *„Martin Villa* (der spanische Innenminister - AK) *hat von der Existenz von 15 Punkten gesprochen, die im Kampf gegen das, was er „Terrorismus" nennt, angewandt werden können. Diese 15 Punkte sind nicht von Herrn Villa und seinem Büro mit Blick auf die politische Situation in Euskadi herausgearbeitet worden, sondern diese Punkte sind eine genaue Kopie des Vorgehens der deutschen Polizei (...)"* („egin", 14.12.78).

In dem Artikel wird von dem repressiven „deutschen Modell" gesprochen und die historische Entwicklung der staatlichen Repression gegen Linke und politische Minderheiten seit der Zeit der APO nachgezeichnet. Die 15 Punkte, die vom spanischen Innenministerium nachgeahmt werden sollen, sind folgende:

Fahndungsplakate in allen öffentlichen Gebäuden, sogar an Tankstellen, hohe Belohnung für Hinweise, die zur Verhaftung von gesuchten Terroristen führen;

- Zwei eigens zur Aufnahme von „Hinweisen aus der Bevölkerung" vorgesehene Telefone bei der Polizei
- spezialisierte und schnell bewegliche Grenztruppen (BGS)
- Systematische Ausbreitung des Denunziantentums in der Bevölkerung und Belohnung desselben;
- Zensur gegenüber Erklärungen der außerparlamentarischen Linken bzw. Publikationsverbot, auch Eingriffe in Rundfunksendungen (z.B. gegen Heinrich Böll);
- Scharfe Kontrollen – bei der Schleyer-Entführung über eine Million Wagen. Wer die Kontrolle übersieht, muß mit Erschießung rechnen;
- Zum Kampf gegen den Terrorismus ausgebildete Spezialtruppen wie GSG 9 und die Sicherungsgruppe Bonn;
- Ausgefeilte Foltermethoden gegen politische Gefangene
- Unterstützung von Nazigruppen, die ohne Behinderung Trainingslager für spätere Aktionen einrichten können;
- Kampagnen, die von Presse, Rundfunk und Fernsehen getragen werden und denen Großaktionen der Polizei gegen „Terroristen", Umweltschützer, Minderheiten folgen;
- Anlegen von Listen verdächtiger Personen
- Verfolgung von Rechtsanwälten, die als Verteidiger in RAF- oder anderen politischen Prozessen auftreten;
- Bau einer Gefängnisfestung für besonders wichtige RAF-Mitglieder;
- Das neue Antiterrorgesetz erlaubt der Polizei zu tun was sie will (Hausdurchsuchungen, Verlängerung der Arrestierung von Verhafteten etc.

Wir halten es für sehr wichtig, daß (wie durch diesen Artikel der im Baskenland viel gelesenen Tageszeitung geschehen) das Bewußtsein über die Gefährlichkeit des „Modell Deutschland" doch einigermaßen verbreitet ist.

Spanien-Kommission

Kritik am Spanien-Artikel [AK 144]

Zu dem Artikel „Verfassungsreferendum in Spanien – Hohe Enthaltungsquote" (AK 144) ist Kritik von einem AK-Redakteur gekommen. Der Genosse kritisiert besonders die Aussage des Artikels „Insgesamt deutet das Ergebnis auf eine erhebliche Unzufriedenheit bis Ablehnung gegenüber den Ergebnissen der „Großen Koalitionspolitik" von PSOE und PCE mit der Suarez-Regierung und ihren verfassungsmäßigen Ergebnissen hin". Der Genosse bezeichnete diese These als „gewagt und total spekulativ" und bat darum, sie ausdrücklich zu korrigieren. Seine Begründung: „Es sollte doch zunächst einmal niemanden verwundern, wenn die e r s t e n Parlamentswahlen in

hohe Stabilität und Integrationsfähigkeit in dem Ergebnis bewiesen hat. Zweifellos hat die Verfassung nicht bloß nicht keine, sondern – außerhalb von Euskadi – s e h r v i e l e „linke Stimmen" bekommen. Das ist ja der Jammer!" Soweit zur Kritik.

Die Spanien-Kommission findet diese Kritik berechtigt. Wir haben in dem Artikel zum Verfassungsreferendum den Schwerpunkt auf einen absoluten Nebenaspekt gelegt, nämlich darauf, daß die Wahlbeteiligung geringfügig unter der von den bürgerlichen Parteien erwarteten Marke lag, statt die wirkliche politische Bedeutung dieser Abstimmung darin zu sehen, daß die reformistischen Parteien die Zustimmung des Volkes und

spekuliert, daß von ca. 8 % Nein-Stimmen wohl 2 – 3 % auf Rechnung der Faschisten gehen möchten. Woher kommt Euch das? Ich weiß zwar nicht so genau, wer hier für Euch als ‚Faschisten' fungiert (wird nicht direkt im Artikel gesagt), aber jedenfalls ist die Alianza Popular ja 1977 wohl auf rund 9 % gekommen? Ich seh nicht ein, warum man nicht annehmen soll, daß m e h r als ‚wohl 2 – 3 %' diesmal aus der faschistischen Ecke gekommen sind – selbst wenn (was ich leider nicht weiß), Fraga Iribarne n i c h t zum ‚Nein' aufgerufen haben sollte. Es spricht doch wohl nichts gegen die Annahme, daß die 8 % Nein-Stimmen sich im wesentlichen aus Faschisten

Kritik am Spanien-Artikel [AK 144]

Zu dem Artikel „Verfassungsreferendum in Spanien – Hohe Enthaltungsquote" (AK 144) ist Kritik von einem AK-Redakteur gekommen. Der Genosse kritisiert besonders die Aussage des Artikels *„Insgesamt deutet das Ergebnis auf eine erhebliche Unzufriedenheit bis Ablehnung gegenüber den Ergebnissen der „Großen Koalitionspolitik" von PSOE und PCE mit der Suarez-Regierung und ihren verfassungsmäßigen Ergebnissen hin"*. Der Genosse bezeichnete diese These als *„gewagt und total spekulativ"* und bat darum, sie ausdrücklich zu korrigieren. Seine Begründung: *„Es sollte doch zunächst einmal niemanden verwundern, wenn die e r s t e n Parlamentswahlen in einem bis dahin autoritär bis faschistisch regierten Land erheblich mehr Wähler an die Urnen ziehen als ein späteres Verfassungsreferendum, dessen Ergebnis – das scheint mir ein entscheidender Punkt! – von vornherein feststand. Bedenkt man ferner den Einfluß der baskischen (und eingeschränkt anscheinend auch einiger anderer Gebiete) Ergebnisse auf das Gesamtergebnis, so kommt man meiner Einschätzung nach insgesamt – abgesehen vom Spezialfall Euskadi und vielleicht einigen anderen weniger ins Gewicht fallenden Ausnahmen – auf ein stinknormales Ergebnis hinsichtlich der Wahlbeteiligung. (So bei 75 % vielleicht? – Jedenfalls mehr als z.B. bei Präsidentschaftswahlen in den USA)."* Der Genosse kritisierte ebenfalls die Überschrift aus AK 143 „Keine linke Stimme für das Verfassungsreferendum" als „nahezu grotesk": *„So zeigt das Ergebnis des Verfassungsreferendums, daß das baskische Volk die Verfassung mehrheitlich ablehnt (obwohl die Mehrheit mir einigermaßen knapp erscheint?), daß ansonsten aber das herrschende Parteien-Kartell seine hohe Stabilität und Integrationsfähigkeit in dem Ergebnis bewiesen hat. Zweifellos hat die Verfassung nicht bloß nicht keine, sondern – außerhalb von Euskadi – s e h r v i e l e „linke Stimmen" bekommen. Das ist ja der Jammer!"* Soweit zur Kritik.

Die Spanien-Kommission findet diese Kritik berechtigt. Wir haben in dem Artikel zum Verfassungsreferendum den Schwerpunkt auf einen absoluten Nebenaspekt gelegt, nämlich darauf, daß die Wahlbeteiligung geringfügig unter der von den bürgerlichen Parteien erwarteten Marke lag, statt die wirkliche politische Bedeutung dieser Abstimmung darin zu sehen, daß die reformistischen Parteien die Zustimmung des Volkes und größte Teile der spanischen Arbeiterklasse zu einer Verfassung erreicht haben, die monarchistisch, zentralistisch, autoritär und frauenfeindlich ist, dafür jedoch die formelle Garantie der bürgerlich-demokratischen Grundrechte bietet.

Hier noch einmal die genauen Zahlen: Im nationalen Durchschnitt hatten sich beim Referendum 32 % der Wähler enthalten. Zieht man die Regionen ab, in denen es hervorstechende hohe Enthaltungsquoten gegeben hatte (also Euskadi und Galizien) kommt man auf einen Druchschnitt von 29 % Nicht-Wählern. Während der hohe Anteil an Enthaltungen in den baskischen Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa (etwa 57%) eindeutig auf die politische Agitation des nationalistischen PNV zurückgeht (der zur Stimmenthaltung aufgerufen hatte), ist der Nichtwähleranteil im übrigen Spanien tatsächlich „normal" und sicher sehr unterschiedlich motiviert.

Der AK-Redakteur kritisierte noch eine weitere Aussage in dem erwähnten Artikel: *„Nun zu den Nein-Stimmen. In dem Artikel wird frei spekuliert, daß von ca. 8 % Nein-Stimmen wohl 2 – 3 % auf Rechnung der Faschisten gehen möchten. Woher kommt Euch das? Ich weiß zwar nicht so genau, wer hier für Euch als ‚Faschisten' fungiert (wird nicht direkt im Artikel gesagt), aber jedenfalls ist die Alianza Popular ja 1977 wohl auf rund 9 % gekommen? Ich seh nicht ein, warum man nicht annehmen soll, daß m e h r als ‚wohl 2 – 3 %' diesmal aus der faschistischen Ecke gekommen sind – selbst wenn (was ich leider nicht weiß), Fraga Iribarne n i c h t zum ‚Nein' aufgerufen haben sollte. Es spricht doch wohl nichts gegen die Annahme, daß die 8 % Nein-Stimmen sich im wesentlichen aus Faschisten und ETA-Anhängern zusammensetzen und fortschrittliche (nicht-baskische) Stimmen nicht mehr als ein paar Promille ausmachen (selbst von der ‚revolutionären Linken' hatte ja kaum jemand zum ‚Nein' aufgerufen.)"*

Auch diese Kritik trifft sachlich zu. Aus einer später (also nach AK-Redaktionsschluß) in der spanischen Presse erschienene Aufschlüsselung der Nein-Stimmen geht folgendes hervor: Der größte Anteil der abgegebenen Nein-Stimmen geht auf das Konto der Faschisten um „Fuerza Nueva" und auf das Konto der beiden führenden Mitglieder der rechtsextremen Alianza Popular (Silva und Fernandez de la Mora – während der AP-Führer Fraga Iribarne im Fernsehen zur Abgabe einer „Ja"-Stimme aufgerufen hatte). In absoluten Zahlen machen die Nein-Stimmen aus dem Baskenland (linke Stimmen) nur 200.000 aus, während die Nein-Stimmen aus dem übrigen Spanien 1,2 Mio ausmachen (El Pais, 9.12.78).

Wir danken für die Kritik und versprechen, uns zu bessern.

Spanien-Kommission

chen. Dieser Satz könnte in offenerer Form wohl auch so heißen. „Die Zeit nach dem Tod dieses zwar recht erfolgreichen, aber in seinen Methoden doch recht plumpen Diktators ist zu kurz, als daß wir die viel ausgefeilteren Methoden zum Aufspüren und „Ausschalten" von Terroristen des BKA unseren spanischen Kollegen schon hätten beibringen können".

In der baskischen Tageszeitung „egin" erschien kürzlich ein Artikel, der die Übertragung westdeutscher Antiterrorismusmethoden auf Spanien herausarbeitete. Unter der Überschrift „die fünfzehn deutschen Punkte" heißt es darin: „Martin Villa (der spanische Innenminister - AK) hat von der Existenz von 15 Punkten gesprochen, die im Kampf gegen das, was er „Terrorismus" nennt, angewandt werden können. Diese 15

Polizei gegen „Terroristen", Umweltschützer, Minderheiten folgen;
- Anlegen von Listen verdächtiger Personen
- Verfolgung von Rechtsanwälten, die als Verteidiger in RAF- oder anderen politischen Prozessen auftreten;
- Bau einer Gefängnisfestung für besonders wichtige RAF-Mitglieder;
- Das neue Antiterrorgesetz erlaubt der Polizei zu tun was sie will (Hausdurchsuchungen, Verlängerung der Arrestierung von Verhafteten etc.

Wir halten es für sehr wichtig, daß (wie durch diesen Artikel der im Baskenland viel gelesenen Tageszeitung geschehen) das Bewußtsein über die Gefährlichkeit des „Modell Deutschland" doch einigermaßen verbreitet ist.

Spanien-Kommission

Faschistenführer beim Papst?

Die linke italienische Zeitung „il manifesto" meldete am 15.12.: *„Der Papst hat gestern Blas Pinar, den Führer von Fuerza Nueva (der spanischen MSI) in Privataudienz empfangen, der von einer Demonstration der „europäischen Rechten" auf Sizilien kam. Der Neofaschistenführer überbrachte Papst Johannes Paul II. im Namen seiner Organisation „den Ausdruck brüderlicher Unterwerfung". Der Papst fand Worte der Ermunterung und wies vor allem auf die Erhaltung des Prinzips der Unlösbarkeit der christlichen Ehe und der Erhaltung des Lebens hin..."*.

Diese Meldung wurde vom vatikanischen Pressesprecher energisch dementiert. Möglicherweise habe Blas Pinar bei der öffentlichen Papstaudienz, wie viele andere, die Hand des Papstes geküßt (davon gibt es ein Foto!), von einer Privataudienz könne jedoch keine Rede sein... (El Pais, 19.12.78).

Spanien-Kommission

Frauenfeindliche Verfassung

„Die Verfassung berücksichtigt in keiner Weise die Interessen der Frau", urteilte die Soziologin Fini Rubio, ein führendes Mitglied der Frauenorganisation „Frente de Liberacion de la mujer" (Front zur Befreiung der Frau). Ihre Organisation propagierte die Enthaltung im Referendum, und sie begründete warum: *„Obwohl der Artikel 14 festlegt, daß es keine Ungleichheit aufgrund des Geschlechtes geben darf, gibt die gleiche Verfassung Beispiele für das Gegenteil. So hält sie nach wie vor die Unterscheidung von ehelichen und unehelichen Kindern aufrecht, so wird der Frau nachwievor das Recht verwehrt, über ihren eigenen Körper selber zu entscheiden, sowohl hinsichtlich der Verhütungsmittel, als auch hinsichtlich der Abtreibung. So regelt sie immer noch nicht eindeutig das Recht auf Scheidung, obwohl 70% der spanischen Bevölkerung sich eindeutig dafür ausgesprochen haben...* (Es muß sich hier um das Ergebnis einer Meinungsumfrage handeln AK). *Da für uns der Kampf um die Befreiung der Frau eng mit der Erkämpfung politischer Rechte allgemein zusammenhängt, sind wir erstmal grundsätzlich für die Abschaffung der reaktionären klerikalen Monarchie. Diese kann natürlich nur eine sexistische Verfassung zulassen, die weder die Privilegien der Kirche noch die der Kapitalisten antastet."* (El Pais, 15.11.78)

Spanien-Kommission



„Argala", einer der wichtigsten Führer des militärischen ETA-Flügels wurde am 21.12.78 durch ein Bombenattentat faschistischer Kreise im französischen Teil des Baskenlandes ermordet. „Argala" galt als einer der Organisatoren des Attentats auf den ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco. Aus Protest gegen die Ermordung „Argalas" kam es im Baskenland zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. U.a. legte die Fußballmannschaft von Bilbao bei einem Spiel mit Real Madrid eine Trauergedenkminute für „Argala" ein.





Militär - gouverneur von Madrid erschossen

Offenbar als Vergeltung für die Ermordung des führenden ETA-Genossen „Argala" im französischen Teil des Baskenlandes erschoß ein Kommando des militärischen ETA-Flügels am 3.1. den Militärgouverneur von Madrid, General Ortin Gil. Wenige Tage zuvor hatte ETA(m) den Adjutanten des Militärgouverneurs von Guipuzcoa erschossen. Der Madrider General soll nach Aufrechnungen der bürgerlichen Medien das 137. Opfer tödlicher Attentate von ETA sein (und das 5. innerhalb einer Woche). Der spanische Innenminister Villa hat in einer dramatischen Fernsehansprache die zu erwartenden drastischen Maßnahmen der Regierung so angekündigt: *„Entweder wir erledigen die ETA oder sie erledigt uns"*.

An westdeutschen Gepflogenheiten erinnert das Verbot des spanischen Innenministers, das Kommunique von ETA(m) in den Informationsmedien zu veröffentlichen; es droht sonst Strafanklage wegen Unterstützung des Terrorismus bzw. wegen Beleidigung der Armee („Frankfurter Rundschau", 5.1.79). Bisher haben die bürgerlichen Tageszeitungen in Spanien ohne Umstände ausführliche Erklärungen u.a. von ETA veröffentlicht...

Bei der Beerdigung des Generals kam es zu militanten Ausschreitungen rechtsextremer Demonstranten. Sprechchöre aufgebrachter Faschisten forderten „Die Armee an die Macht" und „ETA an die Wand" sowie den Rücktritt der „Verräterregierung".

Spanien-Kommission

wie den Rücktritt der „Verräterregierung".

Spanien-Kommission

Belgien

Neuwahlen in Belgien — leichte Gewinne für die Linke

Am 17. Dezember fanden in Belgien die vorgezogenen Neuwahlen statt, die notwendig geworden waren, nachdem die Christliche Volkspartei von Ministerpräsident Tindemans die alte Koalition mit den Sozialdemokraten und den „Sprachenparteien" FDF und VU hatte platzen lassen.

Das Wahlergebnis brachte für die CVP nicht die angestrebte absolute Mehrheit. Für die Sozialdemokraten verlief die Wahl erwartungsgemäß ebenfalls enttäuschend; sie hat die Quittung für die Beteiligung an der Tindemans'schen „Krisenpolitik" bekommen. Besonders hervorzuheben ist die stark gestiegene Anzahl der ungültigen Stimmen, die mit 8% um 3% höher als bei der letzten Wahl lag. In Belgien besteht Wahlpflicht, die ungültigen Stimmen sind daher ein wichtiges Indiz für die Parteienmüdigkeit der Belgier. In Couvin, wo die Bevölkerung sich militant gegen ein Staudammprojekt zur Wehr setzt, betrugen die ungültigen Stimmen sogar 17%!

Eine weitere Tendenz ist eine in Stimmengewinnen der Linken und Umweltschützer deutlich werdende gewisse Radikalisierung der Bevölkerung. Allerdings konnten auch rechtsradikale Strömungen von der teilweisen Abwendung von den etablierten Parteien profitieren.

Für die beiden großen Regierungsparteien, die CVP und die PSB, brachte die Wahl Rückschläge. Das Ziel der CVP, mit nationalistischer Demagogie der flämischen Sprachenpartei „Volksunie" (VU) die Stimmen abzujagen, die ihr zur absoluten Mehrheit in Flandern fehlten, wurde nicht erreicht. Die 6 Sitze, die die VU verlor, gingen an die rechtsliberale PVV, deren massive Steuerdemagogie sich

zujagen, die ihr zur absoluten Mehrheit in Flandern fehlten, wurde nicht erreicht. Die 6 Sitze, die die VU verlor, gingen an die rechtsliberale PVV, deren massive Steuerdemagogie sich

besser auszahlte als Tindemans Show à la de Gaulle. Nebenbei: als Vorbild für seine Vorstellungen von einem „starken Staat" benannte Tindemans das bundesrepublikanische Modell der „Kanzlerdemokratie" („Standaard", 20.11. 78).

Die Sozialdemokratie mußte in ihrer Hochburg, der Wallonie, den Verlust von 3 Mandaten einstecken. Diese Reaktion der Werktätigen auf die Beteiligung der PSB an der arbeiterfeindlichen Politik der Regierung konnte auch nicht durch eine starke nationalistisch gefärbte Wahlkampfführung (unter dem Motto „Einheit der Frankophonen") ausgeglichen werden.

Die „rechtsliberale" PVV war nicht die einzige Strömung, die versuchte, mit massiver Demagogie an der Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts ständig steigender Steuerlasten anzuknüpfen. So gelang es der Gruppe „Demokratische Union für die Achtung der Arbeit" um das rechtsradikale Blättchen „Die soziale Verteidigung" unter der Parole „50% Steuern – ein Verbrechen", ein Mandat in Brüssel zu ergattern. Noch weiter rechts ist der neue Abgeordnete des „Vlaams Blok", einer Rechtsabspaltung der VU um den Exkollaborateur und Bankier Lode Claes anzusiedeln: Karel Dillen ist Vorsitzender der militanten Faschistengruppen „Were Di". Er war mit der Forderung nach Amnestie (für Nazikollaborateure), nach einem „Gewerkschaftsgesetz" und mit starker rassistischer Hetze gegen die ausländischen Kollegen angetreten.

Die Verschiebungen im Lager der bürgerlichen Parteien werden voraussichtlich zu einem Umbau der Koalition dergestalt führen, daß die VU durch die PVV ersetzt wird; ansonsten sind keine größeren Veränderungen zu erwarten.

Das Abschneiden der Linken

Stimmengewinne der Revisionisten auf nationaler Ebene, der Zuwachs bei Amada in Flandern und bei den Umweltschützern in der Wallonie zeigen, daß das Abwirtschaften der Sozialdemokratie in einem gewissen – insgesamt natürlich geringen – Grad zum Bruch mit den etablierten Parteien geführt hat und von den Linken aufgefangen werden konnte. Die Revisionisten konnten die 2 Mandate zurückgewinnen, die sie bei der letzten Wahl im März 77 verloren hatten. Eine Stagnation gab es lediglich in Liège, einer traditionellen Hochburg der Revis, die hier allerdings in Opposition zur inzwischen mehr eurokommunistisch ausgerichteten Gesamtpartei stehen. Bündnisangebote hatte die PCB zurückgewiesen und war aus bestehenden Bündnissen ausgestiegen.

Die Amada, die sich zum dritten Mal an den Wahlen beteiligte konnte in Flandern einen unbestreitbaren Erfolg verzeichnen. Teilweise erreichte sie fast ebensoviele Stimmen wie die KPB (1,8% in der Provinz Antwerpen; KPB: 2,3%) oder sogar mehr (in Limburg 1,2% gegenüber 0,75% der KPB). In ihrer Hochburg Antwerpen konnte die Amada 3,5% erreichen. Sie hat damit die Verluste der vergangenen Wahl mehr als ausgeglichen. Das ist sicherlich mit darauf zurückzuführen, daß die extrem vaterländischen Parolen der letzen Wahlkampagne vollkommen verschwanden und abstrakte Propagandaforderungen einem – jedenfalls teilweise – auf die aktuelle Bewegung zugeschnittenen Aktionsprogramm Platz machten. Man darf gespannt sein, wie sich der Widerspruch zwischen diesem Programm (in dem vaterländische Essentials wie „der Sowjetunion als gefährlicherer Supermacht" z.B. fehlten) und der bisher vertretenen Linie der vollständigen Anpassung an die Politik der KP-Chinas entwickelt.

Die Amada selbst führt den Wahlerfolg im wesentlichen auf ihre in „kontinuierlicher Basisarbeit" in den Betrieben und Stadtteilen erreichte Verankerung zurück. In der Wallonie konnte Amada ihren Einfluß allerdings nicht erweitern (bestes Ergebnis 0,3% in Hainaut), trotzdem sie ihre Liste für „unabhängige" Kandidaten öffnete.

Die Trotzkisten der RAL-LRT hatten sich trotz erheblichen Widerstands in der Organisation zur Kandidatur entschlossen, waren aber nicht willens oder in der Lage, eine mehr als halbherzige Kampagne zu organisieren, die zudem mit der Losung „Für eine Arbeiterregierung von BSP und christlicher Arbeiterbewegung" eine reichlich unrealistische Stoßrichtung hatte. Die bei der letzten Wahl den Revisionisten abgewonnenen Stimmen gingen verloren, sie kamen nirgendwo über 0,3% hinaus. In Liège, wo Ernest Mandel als Spitzenkandidat aufgestellt war, fiel die LRT auf 0,06% zurück! Die „Pour" kommentierte: *„Der Prophet gilt nichts im eigenen Land, sagt man, zweifellos, aber das ist noch kein Grund für eine derartige Bedeutungslosigkeit"* („Pour", 21.12.78).

Die LRT-RAL selbst sprach von einem „großen Verlust" und kündigte eine breite innerorganisatorische Diskussion an.

Der relative Erfolg der Ökologielisten kann trotz der auch hier bekannten Widersprüchlichkeiten in ihren Programmen insgesamt auf das Konto einer „linken" Radikalisierung geschrieben werden. Die insgesamt 7 Listen konnten fast überall ihre Stimmen verdoppeln, ihre besten Ergebnisse erzielten sie in Namur mit 5,21%, in Andenne mit 3,52% und in Liège mit 2,1%; also in Gegenden, in denen die Bevölkerung über den Kampf gegen Atomkraftwerke für die Umweltproblematik sensibilisiert wurde.

Linke Einzelerfolge gab es in Mouscron für das Bündnis UDP/MAS (Christliche Linke und „Basissozialisten") mit 4,7% und für die „Sozialistische Aktionsgruppe" (einer Abspaltung von der PSB in Fontaine Leveque) mit 1,6%.

Die PCR („Parti Communiste Revolutionaire" – MLer auf Albanien-Kurs), eine trotzkistische Splittergruppe und die PFU („Vereinigte feministische Partei") kamen bei ihren lokalen Kandidaturen nicht über 1%. Spontis aus Brüssel organisierten eine Boykott-Kampagne unter dem – sehr romantischen – Motto „Veränder Dein Leben, stimm für Dich selbst".

Die PLS („Pour le Socialisme") beteiligte sich nicht an der Wahl. Stattdessen präsentierten die Genossen das Projekt des Aufbaus einer „Bewegung der Volkseinheit", eines breiten antikapitalistichen Bündnisses mit Massencharakter, das im Gegensatz zur bisherigen Praxis der belgischen Linken ohne sektiererische Abgrenzungen und Hegemoniebestrebungen arbeiten soll. Ein Ansatz in dieser Richtung soll anläßlich der Kampagne zu den Europawahlen im Sommer geschaffen werden, aber über diese hinaus reichen („Pour", 14.12.78).

Belgien-Kommission

Partei	Sitze	Diff.
CVP (Christliche Volkspartei)	57	+1

Partei	Sitze	Diff.
CVP (Christliche Volkspartei)	57	+1
PSC (Christlich-Soziale Partei, wallonische Schwesterpartei der CVP)	25	–1
BSP (flämische Sozialdemokraten)	26	–1
PSB (wallonische Sozialdemokraten)	32	–3
PVV (flämische Rechtsliberale)	22	+5
PL (Brüsseler Rechtsliberale)	1	–1
PRLW (Wallonische Rechtsliberale)	14	0
VU (Volksunie, flämische Sprachenpartei)	14	–6
FDF (Brüsseler Frankophone Sprachenpartei)	11	+1
RW (Rassemblement Wallon, reformistische wallonische Sprachenpartei	4	–1
KPB/PCB (Revisionisten)	4	+2
RAD-UDRT (rechte Steuerpartei)	1	+1
Vlaams Blok (Rechtsradikale)	1	+1

PCE: Protest führender Mitglieder

Ende November traten 72 bekannte Mitglieder der eurorevisionistischen PCE mit einem Protestschreiben an die Öffentlichkeit, in dem sie die eigene Parteiführung wegen mangelnder innerer Demokratie scharf kritisieren. Ausgelöst hatte diesen Protest der vom Regionalkomitee Asturiens der PCE verfügte Ausschluß gegen ihren früheren asturischen Generalsekretär Areces. Weitere asturische PCE-Mitglieder waren ihrem drohenden Ausschluß durch Austritt zuvorgekommen. Ausschlußbegründung war angebliche Fraktionsbildung in der Partei. Areces soll sich gegen die unmögliche Form gewehrt haben, mit der speziell Carrillo vor etwa einem Jahr eine Reihe leninistischer Prinzipien – ohne demokratische Diskussion der ganzen Partei – über Bord gworfen hatte.

Zu den Unterzeichnern des Protestschreibens gehört sogar das ZK-Mitglied Cristina Almeida, der persönliche Anwalt von Carrillo (Ex-ZK-Mitglied), Lopez, sowie einer der einflußreichsten Parteiführer, der Rechtsanwalt Mohedano (Frankf. Allg. Ztg., 29.11.78). Auch führende Mitglieder der Comisiones Obreras, der Dichter Carlos Alvarez, Journalisten (u.a. der Direktor der Zeitschrift „Argumentos") gehören zu den Unterzeichnern. In der Erklärung wird bestritten, daß Areces Fraktionsbildung betrieben habe, sondern es wird die Erfindung von „Geisterfraktionen mit dem Zweck der Verhinderung des Austragens von Meinungsdifferenzen" gekennzeichnet. Die Unterzeichner erklären sich solidarisch mit ihren ausgeschlossenen asturischen Genossen und fordern die Rücknahme des Ausschlusses (El Pais, 26.11.78). Inzwischen sind 82 Mitglieder der PCE Asturiens aus Protest ausgetreten (El Pais, 22.12.78).

Spanien-Kommission

Schweiz

Regierungswahlen im Kanton Jura

Die Bevölkerung des Nordjura, dem schweizerischen Landesteil, der mit einer Volksabstimmung im September 78 die Unabhängigkeit vom Kanton Bern errang, hat in zwei Wahlgängen eine eigene Kantonsregierung gewählt.

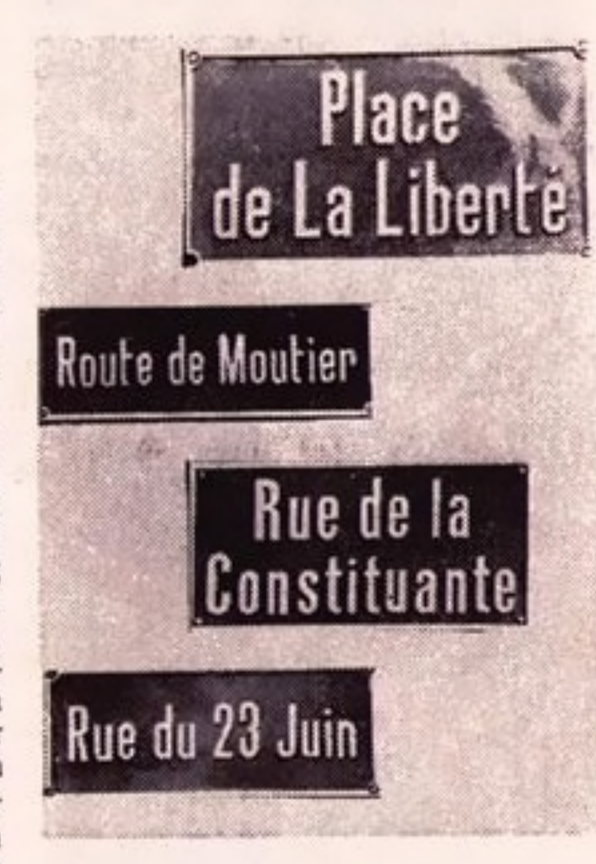
Im ersten Wahlgang wurde gleichzeitig das Kantonsparlament gewählt (anders als z.B. in der BRD wird die Regierung nicht vom Parlament, sondern direkt gewählt).

Die Wahl der 5köpfigen Regierung brachte einen vollen Erfolg für die überparteiliche Unabhängigkeitsbewegung „Rassemblement Jurassien" (RJ): die gewählten Regierungsmitglieder sind alle gleichzeitig im „Direktionskomitee" des RJ und haben am langjährigen Kampf der Jurassier um die Autonomie des gesamten Jura teilgenommen, obwohl sie recht unterschiedlichen Parteien angehören. Zwei der fünf „Regierungsräte" sind Vertreter der Christlichen Volkspartei, die übrigen verteilen sich auf Christlich-Soziale (sozialdemokratisch orientiert), Sozialdemokraten, Reform-Freisinnige (fortschrittlich-liberal); der Kandidat der Freisinnig-Demokratischen Partei (vergleichbar mit unserer FDP) fiel durch, obwohl die „Freisinnigen" die zweitstärkste Partei im Jura sind, da sie bis 1974 noch gegen die Unabhängigkeit des Jura gearbeitet hatte und nun die geballte Opposition des „Rassemblement" zu spüren bekam. Damit ist aus der Wahl eine christdemokratisch-sozialdemokratische Koalitionsregierung hervorgegangen.

Die Linke, die in der Unabhängigkeitsbewegung eine untergeordnete Rolle spielt(e), fiel auch bei der Regierungswahl nicht ins Gewicht: nur die revisionistische Partei der Arbeit (PdA) beteiligte sich am ersten Wahlgang erfolglos mit einem eigenen Kandidaten.

Die Ergebnisse der ersten Jura-Parlamentswahl lassen die politischen Kräfteverhältnisse unter der meist katholischen Bevölkerung des Nordjura besser erkennen. Für die 60 Parlamentssitze hatten sich 338 Kandidaten zur Wahl gestellt. In Prozentzahlen bekamen die Christdemokraten 31,22, die Freisinnigen 23,22, die Schweizerische Volkspartei (konservativ) 3,36, die Sozialdemokraten 18,7, die christlich-sozialen 13,43, die Reform-Freisinnigen 6,19 und die PdA 3,90. Gegenüber der Abstimmung zum Verfassungsrat des Jura im März 1976 hat sich nichts wesentliches geändert; lediglich die PdA kann sich freuen, sie kletterte von 1,38 auf die jetzigen 3,90% (Angaben aus der „Baseler Zeitung" vom 22.11.78). Zum ersten Parlamentspräsidenten wurde der Vorsitzende des RJ, Roland Beguelin (SP) gewählt, der gleich nach der erfolgreichen Volksabstimmung in Berner Regierungskreisen erheblichen Unmut ausgelöst hatte, da er die Fortsetzung des Kampfes um die Unabhängigkeit des Südjura und die Wiedervereinigung beider Teile proklamiert hatte.

Schweiz-Kommission



Auch in den Strassenbezeichnungen kommt die jurassische Neuordnung zum Ausdruck. Da gibt es den «Platz der Freiheit», die «Moutier-Strasse», die «Strasse des Verfassungsrats» und die «Strasse des 23. Juni».



lateinamerika



Nicaragua: Die Kämpfe gehen weiter

Kämpfer der FSLN bei einer Übung

„Wir wählen den Krieg.

für unsere Freiheit gehen wir jetzt ins letzte Gefecht. Und an dieser Offensive werden alle Sektoren der Opposition teilnehmen". (Interview mit Eden Pastora, „General Zero", dem militärischen Oberbefehlshaber der FSLN, im „Spiegel v. 4.12.78). Unterdessen sind die Kampfhandlungen durchaus nicht eingestellt, sondern werden in Form von Guerilla-Aktionen weitergeführt:

— Am 14. November 78 wurde ein Störunternehmen gegen eine Sonderbrigade und gegen Angriffspatrouillen in Leon geführt („Monitordienst", MD, 7.12.78).

— Am 17. November wurde ein Propagandaunternehmen zur Erinnerung an den Tod eines Mitglieds der nationalen Führung der FSLN durchgeführt, mit der Stoßrichtung: „*Organisiert Euch, um zu kämpfen, kämpft um Euch zu organisieren, es wird keine menschliche Kraft geben, die imstande ist, uns Einhalt zu gebieten.*" In den folgenden Tagen wurden Unternehmen durchgeführt, um Waffen zu erbeuten und die Störkampagne gegen den Feind fortzusetzen („MD, 7.12.78).

— Ebenfalls am 17. November wurde die Exekution von Venancio L. Vegas durchgeführt. Er war ausgewählt worden, weil er für viele Verbrechen verantwortlich war und ein Spitzel der Regierung Somoza („MD", 7.12.78).

— Bereits am 9. November wurde der frühere Feldwebel Pablo E. Tellez hingerichtet, nachdem ihn ein Volksgericht für schuldig befunden hat, für die Ermordung von 23 männlichen Einwohnern der Stadt Leon und von Barrio Nueva verantwortlich zu sein. Für diese Aktion hat die GPP, die Fraktion „Langandauernder Volkskrieg" der FSLN die Verantwortung übernommen („MD", 7.12.78).

— Neun Kämpfer der FSLN sollen bei Gefechten an der Grenze nach Costa Rica erschossen worden sein. Die Nationalgarde verlor nach eigenen Angaben nur einen Mann („SZ", 20.12.78).

— In der Gegend von Leon haben sich weitere Teile der Bevölkerung dem Kampf der FSLN angeschlossen. Darauf wurde die Gegend von Somozas Luftwaffe mit Napalm bombardiert (nach einem Flugblatt des deutschen Solidaritätskomitees mit Nicaragua, Göttingen, 7.12.78).

— Am 26. November attackierte die FSLN ein Lager der Streitkräfte Somozas. Angesichts der Überlegenheit der Sandinisten forderten die Somoza-Truppen Verstärkung an. Als die Truppen des nicaraguanischen Diktators eintrafen, wurden sie von den Sandinisten aus dem Hinterhalt angegriffen und viele Gardisten getötet. An dieser Aktion sollen Freiwillige aus Panama teilgenommen haben („MD", 29.11.78).

— Bei bewaffneten Auseinandersetzungen in der Stadt Achuapa gelang es den Sandinisten, 30 Nationalgardisten zu töten („MD", 8.12.78).

— In der Nähe der Grenze nach Costa Rica wurde der spanische Priester Gaspar Garcia von Angehörigen der Nationalgarde erschossen. Garcia hatte sich vor einem Jahr der FSLN angeschlossen. „*Mit einem Gewehr in der Hand will ich für die Herrschaft der Gerechtigkeit kämpfen*", hatte Garcia damals erklärt, als er Gleichgesinnte zu den Waffen rief („FAZ", 13.12.78).

Ein neuer Höhepunkt der Volkskämpfe wird für den 10. Januar erwartet. An diesem Tag soll mit Demonstrationen und Streiks der Ermordung von Joaquim Chamorro gedacht werden, der vor einem Jahr von Schergen Somozas umgebracht wurde. Dieser Mord brachte das Faß zum Überlaufen und wurde Auslöser des Bürgerkriegs im Frühjahr 1978.

Richtigstellung?

Wir hatten im letzten ARBEITERKAMPF eine Meldung der „Nicaragua Nachrichten" übernommen, nach der die Bundesregierung nun doch einen 10,5 Millionen Kredit an Somoza weitergeleitet hat. Ein Journalist hatte in Managua während eines Interviews Somoza selbst auf den Kredit angesprochen und Somoza hatte betont, den Kredit bekommen zu haben. Die Nachricht wurde danach von der deutschen Botschaft in Managua bestätigt.

Inzwischen hat das zuständige Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dementiert, daß die 10,5 Mio. gezahlt worden seien. Projekte über rund 5 Mio. werden geprüft, und 5 Mio. DM seien zurückgezogen worden. Wir haben natürlich keinerlei Anlaß, die Angaben des Ministers zu bezweifeln (siehe „Nicaragua Nachrichten 8/78).

Panama und Costa Rica an der Seite der FSLN?

Glaubt man der bürgerlichen Presse, glaubt man vor allem der Propaganda von Somoza, so wird die FSLN massiv von Costa Rica und Panama (sowie Venezuela) unterstützt. Durch folgende Meldungen wird dieser Eindruck vielleicht ein wenig zurecht gerückt.

Nach Berichten des Journalisten Joaquin Loria, daß in Costa Rica in der Nähe zur Grenze nach Nicaragua ca. 5.000 Kämpfer in Lagern ausgebildet werden, wurde dieser Journalist dienstverpflichtet, um den Regierungsstellen die Lager zu zeigen. „*Die Regierung besteht auf ihrer festen Haltung, Beweise für den Bericht zu verlangen, um unverzüglich einzugreifen, da sie das Bestehen solcher Ausbildungslager auf ihrem Territorium nicht gestatten will*" („MD", 8.12.78).

Die panamaische Regierung hat es abgelehnt, ungefähr 98 nicaraguanische sandinistische Guerillas aufzunehmen, die im September von der honduranischen Armee gefangen worden waren. Honduras hatte vor, die Guerillas nach Panama zu schikken. Diese Information wurde vom Pressesekretär der honduranischen Streitkräfte bekannt gegeben („MD", 3.11.78).

In den letzten Monaten war es immer wieder zu Grenzprovokationen der Nationalgarde Nicaraguas gegen das Staatsgebiet von Costa Rica gekommen. „Bei der Verfolgung von Guerillas" drangen nicaraguanische Bodentruppen und Flugzeuge mehrmals auf das Gebiet Costa Ricas vor und töteten und verschleppten Bürger Costa Ricas. Nachdem Costa Rica daraufhin die diplomatischen Beziehungen abbrach, wurden von Nicaragua die Grenzen gesperrt und offene Kriegsdrohungen ausgesprochen: Somoza erklärte am 26.12. in Managua gegenüber Journalisten, er werde möglicherweise „sehr bald" seiner Nationalgarde den Befehl zum Einmarsch in den Nachbarstaat geben. Sollte Costa Rica es weiterhin zulassen, daß die Verbände der FSLN sein Staatsgebiet als Ausgang für Guerillaaktionen benutzen, könnte Nicaragua „*sich von allen internationalen Verpflichtungen frei fühlen und eine Truppenintervention vornehmen*" („Neue Zürcher Zeitung", 30.12.78).

Daß Costa Rica mit allen Mitteln nachweisen will, daß sich auf costaricanischem Boden keine Guerilla-Lager befinden, daß Panama die Aufnahme sandinistischer Kämpfer aus Honduras verweigert, zeigt doch die Grenzen der Unterstützung dieser Länder für die FSLN auf. Daß die, wenn auch halbherzige, so doch überwiegend neutrale Haltung dieser Länder für die Volkskräfte Nicaraguas notwendig und wertvoll ist, ist trotzdem nicht bestritten.

China begrüßt Rebellion in Nicaragua!

Die Volksrepublik China hat seit langem zum ersten mal wieder Partei für eine bewaffnete Rebellion ergriffen. Die Nachrichtenagentur Hsinhua kritisierte in einer Jahresbilanz „*über den Kampf des nicaraguanischen Volkes gegen die Somozadiktatur*" die „*Schreckensherrschaft der Somozas*" und die „*niederträchtigen Bedingungen für das Volk*". Gleichzeitig wurde die sandinistische Rebellion gewürdigt. Die Opposition zum Somozaregime wurde als lebendiges Beispiel für die „*Integrierung einer Massenbewegung in den bewaffneten Aufstand*" bezeichnet (nach „Süddeutsche Zeitung", 23 - 26.12.78).

Lateinamerikakommission



Waffen für die FSLN

Erfolgreiche Guerilla in El Salvador

Ende November war es Mitgliedern der FARN (Bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstandes) gelungen, mehrere ausländische Geschäftsleute als Geiseln zu nehmen: Die beiden britischen Direktoren der Bank of London und Montreal in El Salvador, den Direktor eines japanisch-el-salvadorianischen Textilunternehmens und den niederländischen Leiter von Phillips El Salvador. Gefordert wurde im Austausch für die Geiseln ein Lösegeld, die Freilassung politischer Gefangener und die Veröffentlichung eines Manifestes der FARN in Zeitungen von 40 Ländern der Welt.

Der Philips-Konzern hat sich offenbar sehr für die Freilassung seines Direktors eingesetzt. Es wurde ein Lösegeld von einer Million Dollar gezahlt und das Manifest der FARN in zahlreiche Zeitungen als Anzeige gesetzt. Leider war diese Anzeige in bundesdeutschen Zeitungen nicht zu finden, der Faksimile-Abdruck stammt aus „de Volkskrant"; außerdem erschien die Anzeige in den Niederlanden in „Telegraaf" und „Algemeen Dagblad", zwar in spanischer Sprache, aber immerhin eine recht außergewöhnliche und lesenswerte Anzeige (siehe nebenstehende Auszüge). Der Philips-Direktor wurde inzwischen freigelassen. Anfang Januar wurde er wenige Kilometer vor der Hauptstadt unversehrt gefunden. Die übrigen Geiseln waren bis Ende Dezember noch in Händen der Guerilla. Das Schicksal der beiden britischen Entführten liegt in der Hand der Bank of London und der britischen und salvadorianischen Regierung, hieß es in einem Kommunique der FARN („SZ", 28.12.78).

Ende Dezember wurde die fünfte spektakuläre Entführung durchgeführt, es handelt sich um den Sohn eines reichen Kaffee-Plantagenbesitzers („SZ", 30./31.12.78).

Lateinamerikakommission

führt, es handelt sich um den Sohn eines reichen Kaffee-Plantagenbesitzers („SZ", 30./31.12.78).

Lateinamerikakommission

Erklärung der Leitung des nationalen Widerstandes der FARN El Salvador

Proclamación de la Dirección Nacional de la Resistencia Nacional

Operación: Anastasi

Die FARN geht in der Anzeige sehr ausführlich auf die Geschichte des Terrors und der Repression in El Salvador ein. Die Wahrnehmung primitivster demokratischer Rechte gilt bereits als Subversion und zieht Verfolgung nach sich. So heißt es z. B. in der Anzeige, daß heute in El Salvador Gewerkschafter zu sein, an einem Streik teilzunehmen, eine Versammlung abzuhalten als „Initiativen für die Rebellion" ausgelegt wird. Universitätsprofessoren, Pastoren und Priester, die sich für demokratische Rechte einsetzen, werden ebenso verfolgt.

Über diese Situation wird weder in der internationalen Presse, noch über die UNO und schon gar nicht über die Gremien der OAS berichtet. Stattdessen tragen diese Organisationen zu der breit angelegten Antiterrorismus-Kampagne bei, die in El Salvador und ganz Mittelamerika gegen die FARN und ähnliche Kräfte sehr massiv geführt wird.

Deswegen ist die Taktik der Entführungen für die FARN ein wesentliches Mittel, um sich vor der Weltöffentlichkeit Gehör zu verschaffen, um die Situation des Volkes bekannt zu machen und die Verbrechen der Regierung und des Imperialismus zu verurteilen. Die Entführungen — so erklärt die FARN — werden sich auch in Zukunft gegen ausländische Geschäftsleute und Manager richten, wobei berücksichtigt wird, daß insbesondere Staaten wie Israel, Japan, BRD und USA das Militärregime durch Waffenlieferungen und wirt-

schaftsleute und Manager richten, wobei berücksichtigt wird, daß insbesondere Staaten wie Israel, Japan, BRD und USA das Militärregime durch Waffenlieferungen und wirt-

schaftliche „Zusammenarbeit" unterstützen. Die Entführungen werden eingestellt — kündigt die FARN an — wenn das salvadorianische Volk die grundlegenden demokratischen Freiheiten erhält bzw. wenn diese Staaten ihre Unterstützung der Militärregierung einstellen.

Einen Abschnitt des Manifestes, in dem die FARN etwas genauer auf ihre Aufgaben und Ziele eingeht, haben wir wörtlich übersetzt.

1. Wir wollen die Avantgarde des gesamten salvadorianischen Volkes schaffen.

2. Wir bauen die bewaffneten revolutionären Streitkräfte auf. Auf der Basis
a] der Guerilla-Armee
b] der Volksmilizen
c] der Infiltration der bürgerlichen Armee, um Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zu rekrutieren, damit sie auf unserer Seite arbeiten.

3. Wir bauen die Revolutionäre Front auf, auf der Basis der Vereinigung mit dem ganzen Volk und des gemeinsamen Kampfes um alle seine Forderungen.

4. Mit dem Mittel der Entführung von Vertretern der Bourgeoisie bekommen wir die Geldmittel für den Volkskrieg zurück. Dieses Geld wird uns zum Kauf von Waffen, zum Aufbau einer Infrastruktur, zum Unterhalt unserer Kämpfer und zur internationalen Solidarität mit anderen Befreiungsbewegungen dienen.

5. Wir bereiten eine neue Offensive gegen die Militärdiktatur vor, konkret werden wir die Nationalgarde angreifen und den Geheimdienstapparat zerstören, der das Komitee für psychologische Operation leitet, dessen Vorsitz Suvillaga innehat.

6. Wir respektieren die religiösen Anschauungen der Völker. Wir glauben, daß es ein Teil der Freiheiten ist, die die Völker haben sollen, daß wir in keinem Moment irgendjemand wegen seiner religiösen Anschauung verfolgen.

7. Wir unterstützen das sozialistische Weltlager und sind zu seiner Verteidigung bereit, wenn es nötig ist. Wir wissen, daß es Widersprüche im sozialistischen Lager gibt, die es dem Imperialismus gegenüber schwächen, wir glauben, daß diese Widersprüche durch die jeweiligen Staaten im Rahmen brüderlicher Beziehungen gelöst werden sollen. Wir nennen uns weder pro-sowjetisch, noch pro-chinesisch, noch pro-kubanisch, noch pro irgendeines Miniblocks im sozialistischen Lager, sondern wir werden immer unsere unabhängige Position gegenüber den verschiedenen Staaten aufrechterhalten.

Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter" kommentierte den Abdruck des Manifestes der FARN mit einem eigenen Artikel. Darin heißt es u.a.:

„... *40 Zeitungen in der ganzen Welt veröffentlichen Anzeigen. Das war die Bedingung der Entführer, um Fritz Schuitema* (Philipsdirektor, AK) *nicht zu erschießen. Wenn Sie dieses lesen, sind bereits 10 Exemplare von ‚Dagens Nyheter' nach Amsterdam geflogen worden, um von dort aus zu einem unbekannten Platz in Zentralamerika weitergeflogen zu werden. Gleichzeitig fliegt Philips andere Zeitungen aus Nord- und Südamerika, Asien und Europa — New York Times, Le Monde, Daily Telegraph etc. — alles das, um der Guerilla zu beweisen, daß man seinen Teil der Vereinbarung einhält. Philips muß*te *ca. 3 Mio Schweden-Kronen* (ca. 1,3 Mio. DM, Anm. AK) *Announcen-Kosten bezahlen... In ihrem Aufruf erklärt FARN: ‚Wir haben keine andere Möglichkeit, uns Gehör zu verschaffen.' FARN verspricht, mit der Entführung ausländischer Geschäftsleute weiterzumachen, bis die Regierung El Salvadors ihre Verbrechen gegen die Menschenrechte, die in der Anzeige ausführlich beschrieben werden, einstellt ... Das Geld, das FARN durch seine Entführungen bekommen hat, ... sind eigentlich Gelder des Volkes, heißt es in der Anzeige. ‚Wir führen solche Aktionen auch deshalb durch, damit die multinationalen Konzerne dem Volk von El Salvador einen Teil ihrer saftigen Profite zurückgeben, die sie sich durch Ausbeutung verschafft haben.'* "

Diese durchweg wohlwollende Kommentierung in einer großen schwedischen Tageszeitung fällt vor allem dem an die BRD-Einheitspresse gewöhnten Leser auf. Warum die Anzeige der FARN in westdeutschen Zeitungen nicht erschien, ist uns nicht bekannt. Bekannt ist allerdings, daß auch von den „liberalen" Blättern, wie „Frankfurter Rundschau", schon viel „harmlosere" Anzeigen (mit Prominentenunterschriften zu Iran u.a.) abgelehnt wurden.

Lateinamerikakommission

Argentinien-Solidarität

Über die Weihnachtstage fanden in ... Flüchtlingen fehlt das Personal für die

Argentinien-Solidarität

Über die Weihnachtstage fanden in Westberlin und Bonn fünftägige Hungerstreiks statt. Diese Aktion sollte ebenso wie die Informationsstände in zahlreichen Städten der BRD zum internationalen Tag der Menschenrechte und eine Postkarten- und Telefonaktion Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit endlich die Einreise politischer Gefangener aus Argentinien zugelassen wird.

Seit der Argentinien-Kampagne anläßlich der Fußball-WM „Fußball ja — Folter nein" wird die Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Verfolgten relativ breit und massiv vertreten.

Die bisherige Behandlung dieser Angelegenheit durch die Bundesregierung und ihre Behörden ist allerdings — gemessen an der blitzartigen „Hilfe" für die vietnamesischen Flüchtlinge — ein reiner Zynismus.

Seit Monaten hat die Bundesregierung die Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien prinzipiell zugesagt. Seit Monaten wird diese Zusage allerdings auch hinausgezögert und verschleppt.

Die Aufnahme der Argentinier wurde gegen die Aufnahme von Chilenen ausgespielt. Argentinische politische Gefangene sollen an Stelle von chilenischen Flüchtlingen aufgenommen werden. Dann ging ein Feilschen um die Aufnahmezahlen los. Man wollte nicht 500 politische Gefangene, sondern nur 500 Personen aufnehmen (da man zu jedem politisch Verfolgten einige seiner Angehörigen dazurechnen muß, wurde das die Zahl der politisch Verfolgten, die aufgenommen werden kann, erheblich verringern). Inzwischen sollen 400 (nicht 500) politische Häftlinge einreisen dürfen.

Auf eine Anfrage von SPD-Abgeordneten, warum immer noch kein argentinischer Verfolgter in der BRD eingetroffen ist, wurde erklärt, daß für die Verzögerung die argentinische Regierung verantwortlich sei. Tatsache ist aber, daß in den USA, Frankreich, Großbritannien, Spanien und der Schweiz längst politisch Verfolgte aus Argentinien eingetroffen sind. Amnesty erklärte außerdem, daß aus der Namensliste der Gefangenen bei der BRD-üblichen Sicherheitsüberprüfung von Bonner Vertretern 260 Häftlinge als „Terroristen" ausgesiebt worden seien. Weitere lange Befragungsaktionen eines jeden Häftlings waren Bedingung für ein Visum in die BRD. Erst daraufhin sei es den argentinischen Behörden „*schließlich zu dumm geworden*" („FR", 21.12.78).

Auf eine Anfrage, warum die Sicherheitsüberprüfungen bei den vietnamesischen Flüchtlingen nicht durchgeführt werden mußten, wurde mit dem Hinweis auf Personalmangel geantwortet (nach Informationen der ila). D.h. bei den vietnamesischen Flüchtlingen fehlt das Personal für die Sicherheitsüberprüfung, die für die argentinischen Häftlinge unverzichtbar ist.

Die Hungerstreikaktionen in Westberlin und Bonn waren insgesamt recht erfolgreich, weil sie einiges Echo in der Presse und auch im Fernsehen ausgelöst haben. Die Kampagne für die Aufnahme der argentinischen Gefangenen wird auch 1979 weitergeführt.

Die ila (Informationsstelle Lateinamerika, Bonn), die die Argentiniensolidarität koordiniert und wesentlich mitgetragen hat, hat dafür den Schalom-Preis erhalten, der von der katholischen Friedensbewegung Pax Christi und der evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden ausgeschrieben und alle zwei Jahre verliehen wird. In einer Pressemitteilung schrieb die ila: „*Anläßlich der Verleihung des Schalom-Preises 1978 weist die ila daraufhin, daß das Ziel der Kampagne nicht erreicht ist ... So will die ila den mit 3.000 DM dotierten Preis dafür verwenden, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um über die Bewußtseinsbildung bei der Bevölkerung in der BRD, die zur Solidarität mit den Unterdrückten in Argentinien, in Nicaragua und in anderen Ländern Lateinamerikas führen soll, bei der Befreiung der Menschen in Lateinamerika beizutragen.*"

Demonstration in Buenos Aires

In Argentinien selber haben die Angehörigen der Verschwundenen einen wichtigen Teilerfolg errungen. Seit Monaten demonstrieren jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo Angehörige, vor allem die Frauen von Verschwundenen, und fordern Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen. Diese regelmäßige Aktion, die oftmals mit Repressionen, Verhaftungen etc. zu verhindern versucht wurde, wurde Ende Dezember zu einer großen Demonstration. 2.000 Menschen versammelten sich auf der Plaza de Mayo und übergaben an Regierungsvertreter eine Petition, die von 37.000 Menschen unterschrieben worden war. Außer Informationen über das Schicksal der Verschwundenen wurde darin ordentliche Gerichtsverfahren für die politischen Gefangenen und für die ohne Anklage einsitzenden politischen Häftlinge gefordert. Vertreter der argentinischen Sicherheitspolizei erklärten jetzt zum ersten Mal gegenüber einer Delegation der Angehörigen, „daß eine bedeutende Anzahl als verschollen gemeldeter Argentinier sich in Wirklichkeit im Gewahrsam der exekutiven Gewalt befinde" und gab damit erstmalig die übliche Entführungspraxis der argentinischen „Sicherheitsdienste" zu („SZ", 23./24./25./26.12.78).

Lateinamerikakommission

CSU baut faschistische Arbeitsfront in Chile mit auf

„*Deutsche Beteiligung bei der Schulung der Gewerkschaftsführer*"

So heißt die Überschrift eines Artikels im chilenischen „El Mercurio" (15.11.78), der über den Besuch von Siegfried Lengl, Generalbevollmächtigter der CSU-eigenen Hanns-Seidl-Stiftung für gewerkschaftliche Fragen, berichtet.

Lengl war im November in Chile, um „*dem Präsidenten der Republik, General Augusto Pinochet, eine persönliche Botschaft des bayerischen Ministerpräsidenten und Führer der deutschen Christdemokratie, Franz Josef Strauß, zu übergeben sowie um die Einzelheiten eines Projekts zur gewerkschaftlichen Schulung der neuen, kürzlich gewählten Gewerkschaftsführer im Privatsektor zu besprechen*" („El Mercurio", a.a.O.). Was da von der chilenischen Presse gelobt wird, sind mehr als freundschaftliche Grüße von Strauß an den Faschisten Pinochet, das ist die direkte ideologische Unterstützung der CSU für die Junta.

Es wurde ein Abkommen geschlossen zwischen der Hanns-Seidl-Stiftung und dem eigens dafür gegründeten „Institut für gewerkschaftliche Studien" in Chile. Die Seidl-Stiftung finanziert die Schulungen, es werden Stipendien, Seminare und Kurse durchgeführt, ein Repräsentant und Experte der Stiftung, Malte Radmann, wird die Unterstützung in Chile durchführen.

Diese Zusammenarbeit läuft vor dem Hintergrund der gerade durchgeführten Gewerkschaftswahlen in Chile. Diese Wahlen waren eine so offene Farce, daß es weltweite Proteste dagegen gegeben hatte. Kandidieren durfte z.B. nur, wer seit Jahren kein gewerkschaftliches Amt ausgeübt hat und nicht Mitglied einer politischen Partei gewesen ist (vergl. AK 144). Erklärtes Ziel dieser sogenannten Wahlen war, „*die Bildung einer neuen Generation entpolitisierter Gewerkschaftsführer*" voranzutreiben. Genau in diesem Sinne sind auch die Schulungen der Hanns-Seidl-Stiftung angelegt. Lengl erklärte in Chile zur Funktion gewerkschaftlicher Gremien: „*Es genügt nicht nur, ihre Abhängigkeit von Parteipolitik auszumerzen, sondern im wesentlichen geht es darum, daß ihr soziales Handeln wirksam ist, mit dem Ziel, ein höchstmögliches Wohlbefinden für alle zu erreichen und dies in einem harmonischen Ablauf und ohne Brüche mit den anderen Beteiligten im Arbeitsverhältnis, d.h. mit den Unternehmen und dem Staat*".

Deswegen sollen an den Schulungen auch Unternehmensvertreter teilnehmen, „*damit diese verstehen lernen, daß die Gewerkschaftsvertreter keine Gegenelemente gegen sie sind*" (Originalton Lengl). Faschistische Arbeitsfront in Chile mit aktiver ideologischer Schützenhilfe durch die CSU. Krönung des Chilebesuches von Lengl, die auch zugleich die Bedeutung aufzeigt, die man von chilenischer Seite aus dem Besuch beimaß, war ein halbstündiges Gespräch mit Pinochet.

Für volle gewerkschaftliche Rechte und Organisationsfreiheit in Chile!

Lateinamerikakommission

Bremer CDU gegen Ehrung von Allende

Der Beschluß der SPD-Mehrheit in der Bremer Baudeputation, eine Straße in „Allende-Straße" umzubenennen, hat wilde Proteste der CDU ausgelöst. In der CDU-nahen Sonntagszeitung „Weser-Report" heißt es dazu unter der Überschrift „*Ein Diktator wird geehrt*" u.a., es lasse sich „*dokomentarisch lückenlos beweisen*", daß Allende „*Unterprivilegierte seines Volkes — als »kleine Leute« — rigoros und rücksichtslos unterdrückt hat*" und daß er „*kritische Bürger — vor allem Journalisten — illegal verhaften und foltern ließ*" („WR", 5.11.78). Der Bremer CDU-Sprecher Peter Kudella krönte die Hetzkampagne mit dem Satz: „*Eine völlig neue Bremer Praxis, Straßen nach Diktatoren zu benennen!*" (ebda.)

Es ließe sich wohl eher mit einem christlich-demokratischen Gewissen vereinbaren, wenn eine Straße nach Pinochet benannt würde, dessen Verdienst es ja schließlich ist, das chilenische Volk von dem „marxistischen Diktator" erlöst zu haben.

Eine KB-Sympathisantin aus Bremen

Hanns-Seidel-Stiftung
Kontakte zu Pinochet-Faschisten

Die CSU-nahe „Hanns-Seidl-Stiftung" hat laut Dortmunder Chileko-mitee mit dem chilenischen „Institut für gewerkschaftliche Studien" ein Abkommen geschlossen, um chilenische „Gewerkschafter" zu schulen („UZ", 29.11.78). Zu diesem Zweck soll in Santiago „eine Schule zur Heranbildung neuer Gewerkschaftsfunktionäre" aufgebaut werden („stern", 27.12.78).

Anstelle der von den Faschisten gehetzten und gemordeten illegalen Gewerkschafter sollen jetzt neue Leute die Arbeiter „vertreten", die aus „Gewerkschaftswahlen" am 31.10.78 hervorgegangen waren. „*Ausgeschlossen von der Wahl blieb jeder, der bisher gewerkschaftlich aktiv war*" („stern", 27.12.78). Diese „Gewerkschafter", die einen Treueeid auf die Junta abgelegt haben, sollen nun nach „CSU-nahen" Richtlinien für den Beschiß an der chilenischen Arbeiterklasse ausgebildet werden, das wünschen sich die Faschisten-Generäle. „*Siegfried Lengl* (Stiftung-Geschäftsführer), *vom ‚ersten Beauftragten' Pinochets in Santiago empfangen, stellte sich voll hinter die Überzeugung ‚unserer chilenischen Freunde', daß politisch motivierte Gewerkschaften aufhörten, ‚die Arbeiter zu vertreten und zu verteidigen'* " („stern").

Diese Unterstützung der Faschisten soll nun „der Bund" „aus Mitteln der Entwicklungshilfe mit 2,4 Millionen Mark bezahlen", das wünschen sich die „demokratischen Stifter". Zwar will Entwicklungshilfe-Minister Rainer Offergeld „keinen Pfennig" für das Projekt geben. Man sollte der SPD aber nicht trauen. Aus Mitteln des Bundesetats sind der Stiftung 4,72 Mio. DM überwiesen worden (nach: „Woche im Bundestag", Bonn, 27.12.1974). Das kann nur mit den Stimmen der SPD gebilligt worden sein. Dabei ist hinlänglich bekannt, daß die „Hanns-Seidl-Stiftung" schon lange Zeit Beziehungen zu extremen Reaktionären in Ländern wie Portugal, Spanien usw. pflegt.

Die Aktivitäten der Stiftung werfen erneut ein braunes Licht auf die CSU-Spitze. Vorsitzender der Stiftung ist der bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung Pirkl, gleichzeitig bayerischer Landesvorsitzender der „Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft" (CSA). Schriftleiter ist CSU-MdB Althammer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mindestens bis zum 21.12.77, Befürworter einer landesweiten CSU-Ausdehnung. Beisitzer sind Strauß und dessen Innenminister Tandler. Vorsitzender des „Beirats für außenpolitische Fragen" der Stiftung ist Otto (v.) Habsburg. (Aufzählung nach H.D. Bamberg).

Antifa-Kommission Hamburg

nahost

Interview mit Bahman Nirumand



„Wir werden die Yankee-Macht im Iran zerstören!“ Text eines Transparents

Frage: Wie charakterisiert Du die Bewegung im Iran? Und weshalb ist diese Bewegung gerade jetzt zum Ausbruch gekommen?

Antwort: Der Volksaufstand im Iran wird vor allem in der westlichen Presse bewußt als eine religiöse Bewegung, als eine Art Glaubenskrieg der Mullahs gegen die „fortschrittliche“, westlich orientiert Politik des Schahregimes dargestellt. Um dieser falschen Behauptung entgegentreten zu können, muß man fragen, welche Klassen und Schichten an der Bewegung teilnehmen und wo die sozialen und ökonomischen Gründe liegen, die zu den politischen Aktionen der letzten eineinhalb Jahre geführt haben.

Es sind Bauern, die durch die sog. Bodenreform des Schah ruiniert worden sind, Slumbewohner, die aus den Abfällen der Wohlhabenden sich ernähren müssen, Arbeiter, die durch die massive Ausbeutung des in- und ausländischen Kapitals ein Hungerdasein zu führen haben, kleine und mittlere Produzenten und Händler, die unter dem Druck des in- und ausländischen Kapitals und der Überschwemmung des Marktes durch ausländische Waren zum Teil bereits zusammengebrochen sind, Intellektuelle, Lehrer, Schüler, Studenten, Schriftsteller, Künstler, die unter der alles überragenden Herrschaft der Diktatur, der totalen Zensur der Presse und Meinungsäußerung und der Bespitzelung durch SAVAK-Beamte auf die elementarsten demokratischen Rechte verzichten müssen. Um diese Zustände abzuschaffen sind die Massen gegen das Schahregime und die Straße gegangen. Die Religion ist also nur ein Gewand, unter dem sich die ökonomischen, sozialen und politischen Interessen verschiedener Schichten und Klassen verbergen.

die ökonomischen, sozialen und politischen Interessen verschiedener Schichten und Klassen verbergen.

Zu fragen bleibt noch, weshalb die schon seit längerer Zeit bestehenden Zustände gerade vor anderhalb Jahren zu einer Bewegung geführt haben, die schließlich in einem Volksaufstand mündete.

Zunächst muß man berücksichtigen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik des korrupten und despotischen Regimes die für die breiten Massen noch zu ertragenden Grenzen längst überschritten hatte. Die Jagd des in- und ausländischen Großkapitals nach einem immer größerem Extraprofit hatte ergeben, daß andere Kapitalisten, vor allem mittlere und kleine, daran gehindert wurden, die gesellschaftlich relative Profitrate zu erzielen. Das Regime schaffte alle gesetzlichen und materiellen Voraussetzungen zur Unterstützung des Großkapitals: Billigkredite, fünf Jahre Steuerfreiheit, Zollfreiheit für teure Maschinen und Anlagen etc. Weiterhin wurde zur Unterstützung des Großkapitals mit Hilfe von staatlichen Investitionen und Kreditvergaben die Entstehung kleinerer Konkurrenzbetriebe verhindert und unzählige vorhandene Betriebe wurden zur Fusion gezwungen.

Dieser Ruinierungsprozeß der kleinen und mittleren Bourgeoisie wurde 1975 durch die Abnahme der Öleinnahmen stark beschleunigt. Bis dahin waren die Öleinnahmen kontinuierlich gestiegen (von 2,4 Mrd. Dollar 1965 auf 22 Mrd. 1975). Der Schah hatte das große Los gewonnen. Die ständige Steigerung des Ölbedarfs und des Ölpreises auf dem internationalen Markt füllten immer wieder die Devisenkassen des Regimes. Der Geldrausch stieg den Monarchen in den Kopf. Es wurden große Feten gefeiert: die Krönung des Schahs, 2500 Jahresfeier des Kaisertums, 50 Jahre Pahlawi-Dynastie, internation le Festivals ...) und Prunkbauten wurden errichtet. Modernste und teuerste Waffen wurden zum Vergnügen seiner Majestät und dem Wohle der Rüstungsindustrie imperialistischer Länder herbeigeschafft. Atomkraftwerke durften natürlich in einem so hoch industrialisierten Land wie dem Iran und bei dem großen Mangel an Öl auch nicht fehlen. Mit dem anderen Teil des Devisenfonds konnte die Reproduktion des Kapitals subventioniert und der immer höher steigenden Inflationsrate entgegen gewirkt werden.

Doch dann kam der Katzenjammer. Innerhalb eines Jahres fielen die Öleinnahmen um 2 1/2 Mrd. Dollar. Hinzu kam auch noch die ständige Abwertung des Dollars, was die realen Einnahmen ständig einschränkte. Die Inflationsrate war auch auf 40 % angestiegen. Aus war der Traum. Aus dem reichen orientalischen Kaiser wurde ein großer Schuldner. Der stolze Gang seiner Majestät in die von ihm angekündigte große Zivilisation mit der Hoffnung auf die Herrschaft über die 5. Großmacht der Erde endete im Graben. Da weder der Hof noch das Großkapital in ihrer Profitgier zu stoppen waren, mußte die Last der Krise und Inflation auf die Massen abgewälzt werden. Die Regierung erließ Lohn- und Preisstopp, wobei der Preisstopp nur auf bestimmte Waren angewandt wurde. Gemüsehändler und Obstverkäufer wurden auf offener Straße ausgepeitscht, sie sollten nun zusammen mit allen Kleinhändlern und Kleinproduzenten die Zeche zahlen. Dieser neue Peitschenhieb gab den letzten Schlag zum Ruin der kleinen und mittleren Bourgeoise. Das Maß der Geduld war bereits übergelaufen. Eine Bewegung kam ins Rollen, die schließlich innerhalb von wenigen

mittleren Bourgeoise. Das Maß der Geduld war bereits übergelaufen. Eine Bewegung kam ins Rollen, die schließlich innerhalb von wenigen

Monaten alle Bereiche der Gesellschaft umfaßte.

Frage: Weshalb hat die Religion einen so großen Einfluß auf die Bewegung?

Antwort: Der große Einfluß religiöser Führer innerhalb der Bewegung hat meiner Ansicht nach zwei Gründe.

Der erste Grund liegt darin, daß die Bewegung, wie ich schon erwähnte, zunächst vor allem von kleinbürgerlichen und mittelbürgerlichen Schichten getragen wurde, und das sind bekanntlich die Schichten, bei denen die Religion in allen Ländern die größte Basis hat. Die im Islam vorhandenen sozialen Aspekte haben auf diese Schichten, die kurz vor ihrem Ruin standen, mobilisierend gewirkt.

Zum zweiten muß man bedenken, daß sich unter der despotischen Herrschaft der Pahlawi-Diktatur keine Organisation bilden konnte, die imstande gewesen wäre, die im allgemeinen religiös orientierten Massen mit anderen Ideen und Vorstellungen vertraut zu machen. Die religiösen Einrichtungen (Schulen und Moscheen) wurden als einzige Versammlungsstätten der Massen außerhalb der vom Staat kontrollierten Einrichtungen geduldet. So bildeten die Moscheen den einzigen Ort, an dem überhaupt politische Kritik geäußert werden konnte, allerdings in einer metaphorisch-religiösen Sprache. Kein Wunder, daß auch jetzt die Religion für den überwiegenden Teil der Massen die Sprache und Kultur bildet, die als Instrument für die Artikulation der sozialen und ökonomischen Interessen der Volksmassen dient. Diejenigen, die in Europa und nicht zuletzt in der BRD über diesen Umstand erstaunt sind, mögen doch in die eigene Geschichte zurückblättern. Kaum einer würde Thomas Münzer als Reaktionär bezeichnen. Büchners „Hessischer Landbote“ ist mit Bibelzitaten durchsetzt. Auch Marx und Engels haben sich nicht selten der religiösen Sprache bedient. Man kann nicht über die Köpfe der Massen hinwegreden. Jede Emanzipation, jeder politische Kampf muß von dem vorhandenen geistigen Instrumentarium der Massen ausgehen und dieses zu verändern versuchen.

Frage: Ist die religiöse Führung einheitlich oder gibt es verschiedene

Frage: Ist die religiöse Führung einheitlich oder gibt es verschiedene religiöse Strömungen, die versuchen, ihren Einfluß geltend zu machen?

Antwort: Aus dem, was ich bereits über den Charakter und die Struktur der Bewegung gesagt habe, geht, glaube ich, schon hervor, daß es sich bei der Bewegung im Iran um einen Klassenkampf handelt, einen Klassenkampf, an dem nicht eine, sondern verschiedene Klassen und Schichten beteiligt sind, die gemeinsam gegen das Regime und den Imperialismus kämpfen. Dieser Umstand impliziert zugleich, daß die Bewegung von Kräften getragen wird, die aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Position bestimmte sich zum Teil widersprechende Interessen vertreten. Davon ist auch der religiös orientierte Teil der Bewegung nicht ausgeschlossen. Abgesehen von jenen religiösen Führern, die schon immer als Handlanger des Regimes fungiert haben, kann man innerhalb der Opposition drei verschiedene Strömungen beobachten.

Die erste Strömung, die vor allem unter der Führung von Schariat Madari steht, richtet sich zwar gegen die Alleinherrschaft des Schahs, ist aber bereit, mit dem Hof Kompromisse einzugehen und im Rahmen der bestehenden Verfassung, die die Monarchie als Staatsform anerkennt, zu arbeiten. Zwar sind die Vertreter dieses Flügels in den letzten Monaten, im Zuge der Radikalisierung der Bewegung, dem Regime gegenüber härter aufgetreten, jedoch unterscheiden sie sich in ihren Ansichten kaum von der wohlhabenden Bourgeoisie, die vor allem an der Teilung der Macht und nicht an der grundlegenden Änderung des Systems interessiert ist.

Die zweite Strömung, die von Khomeiny geführt wird, ist im Gegensatz zu dem konservativen Flügel zu keinerlei Kompromissen mit dem Regime bereit. Sie widerspiegelt vorwiegend die Interessen des Kleinkapitals und des Kleinbürgertums. Khomeiny konnte nur zu einer Symbolfigur der Bewegung werden, weil er tatsächlich seit Jahren kompromißlos den Sturz des Regimes gefordert hat, eine Forderung, die von allen unterdrückten Schichten und Klassen erhoben wird. Als Alternative zum gegenwärtigen Regime wird von Khomeiny und seinen Anhängern, die zur Zeit den stärksten Flügel bilden, die islamische Republik proklamiert. Über den Inhalt und Charakter dieser Republik gibt es unterschiedliche und

islamische Republik proklamiert. Über den Inhalt und Charakter dieser Republik gibt es unterschiedliche und

zum Teil widersprüchliche Aussagen. Es ist ein Gemisch von progressiven und konservativen, zum Teil undemokratischen Ideen, die einerseits Maßnahmen zur Belebung einer nationalen Wirtschaft beinhalten, andererseits jedoch die dazu notwendigen demokratischen Rechte und Freiheiten zum Teil unberücksichtigt lassen. Hierzu beruft man sich auf islamische Gesetze und Überlieferungen, die teilweise den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft entgegengesetzt sind. Außerdem wäre der Absolutheitsanspruch, den die Religion erhebt, kaum dazu geeignet, die mehr als zweitausendjährige Diktatur, die in der gesellschaftlichen Pyramide ihre Wurzeln geschlagen hat, aus den politischen und sozialen Bereichen der Gesellschaft auszurotten.

Die dritte Strömung innerhalb der religiös orientierten Bewegung wird von den Volksmodjahedin geführt, eine Organisation, die auch bewaffnet gegen das Regime kämpft und deren Theoretiker vieles vom marxistischem Gedankengut übernommen haben. Die Modjahedin lehnen z.B. das Privateigentum ab und interpretieren den Islam als eine Religion, die die Interessen der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Beleidigten vertritt. Wie man sieht, ist der Islam, wie alle Religionen interpretierbar. Der Koran, die Worte des Propheten und die Überlieferungen werden von jeder Strömung ihren Wünschen und Interessen entsprechend unterschiedlich interpretiert. Es ist eindeutig, daß die Modjahedin auf der Seite der Werktätigen und Lohnabhängigen stehen, und es ist ebenso eindeutig, daß sie zu einer wichtigen Kraft einer wirklich demokratischen Revolution und somit zu den engsten Verbündeten der Linken im Iran gehören.

Frage: Kommen die Widersprüche zwischen den verschiedenen religiösen Strömungen im gegenwärtigen Kampf zum Ausdruck?

Antwort: Nicht so deutlich. Solange der gemeinsame Feind herrscht, sind diese Widersprüche nicht aktuell. Aber ich bin davon überzeugt, daß sie nach dem Sturz des Schahregimes zum Ausbruch kommen werden. Der Klassenkampf, der hinter der religiös gefärbten Schale verborgen geblieben ist, wird dann offener ausgetragen werden. Hier muß ich vielleicht bemerken, daß jeder Versuch, diese Widersprüche schon heute zu aktualisieren und in den Vordergrund zu

werden. Hier muß ich vielleicht bemerken, daß jeder Versuch, diese Widersprüche schon heute zu aktualisieren und in den Vordergrund zu

schieben, meiner Ansicht nach der Bewegung großen Schaden zufügen würde. Eine Spaltung der Massenbewegung gegen das Regime würde nicht dem Volk, sondern dem Regime und den Imperialisten nutzen.

Frage: Du hast bisher über den religiös orientierten Teil der Bewegung gesprochen. Gibt es auch andere Strömungen?

Antwort: Da gibt es zunächst die „Nationale Front“. Sie wurde von Mossadegh als führende Organisation des Volksaufstands gegen den britischen Imperialismus im Iran gegründet. Nach dem CIA-Putsch von 1953, bei dem ihre wichtigsten Führer, darunter auch Mossadegh, festgenommen wurden, versuchte sie sich später wieder zu formieren, was ihr kaum gelang. In den letzten Jahren war sie, jedenfalls im Inland nicht mehr präsent. Einige noch lebenden Mitlgieder hatten der Politik mehr oder minder den Rücken gekehrt. Erst vor etwa zwei Jahren wurden sie durch Carters Lippenbekenntnisse zur Durchsetzung der Menschenrechte in den peripher-kapitalistischen Ländern aus ihren Häusern herausgelockt. Zunächst richteten sie Bittbriefe an den Schah, er möge doch die Zügel etwas lockern und dem Volk gewisse demokratische Rechte einräumen. Ihre ersten politischen Schritte waren von der für die Vertreter der iranischen Bourgeoisie so chrakterischen Ängstlichkeit gezeichnet. Die Entwicklung der Volksbewegung verlieh ihnen jedoch später mehr Mut. In späteren Veröffentlichungen wagten sie sogar, die Schah-Diktatur auf die Mißachtung der Verfassung hinzuweisen und forderten die strikte Einhaltung der Verfassung.

Fortsetzung auf Seite 53

Fortsetzung von Seite 52

(Dessin de CHENEZ.)

„Für ein frohes Weihnachtsfest, gebt dem Mörder Schah den Rest!", „Bald tanzt Schah mit Franco Cha-Cha-Cha!" – Spontane Parolen auf der Hamburger Demo vom 20.12.78.

Inzwischen hat ein Teil von ihnen, vor allem ihr Führer Sandjabi, unter dem Druck der Massen auch diese Schwelle überschritten. Sandjabi fordert nun den Rücktritt des Schahs und die Auflösung der Monarchie zugunsten einer demokratischen Republik.

Die Nationale Front, die zu Mossadeghs Zeit als Vertreterin der nationalen Bourgeoisie an die Macht gelangt war und nun die mittlere Bourgeoisie vertritt, trägt selbst nach der starken Schwächung der Nationalen Bourgeoisie noch gewisse antiimperialistische Züge. Da die Existenz der mittleren Bourgeoisie durch die in- und ausländischen Monopole bedroht ist, richtet sich ihr Kampf in erster Linie gegen diese. Insofern ist sie antiimperialistisch und antidiktatorisch eingestellt. Auf der anderen Seite ist sie natürlich selbst vor allem technologisch, durch den Handel und die Banken etc. von den imperialistischen Ländern abhängig. Ihre antiimperialistischen Tendenzen sind also nicht konsequent, sie beschränken sich auf den Kampf gegen das staatliche, in- und ausländische Monopolkapital. Ihr Demokratieverständnis bleibt dementsprechend in dem engen Rahmen, der eine freie Marktwirtschaft gewährleistet, eingeschränkt.

Erst in den letzten Monaten konnte die Nationale Front aufgrund ihrer radikaleren Forderung eine Basis unter den Massen finden. Wenn sie bei diesen Forderungen bleibt, hat sie durchaus eine Chance, vorerst die politische Macht im Land zu übernehmen.

Frage: Welche Rolle spielt die Streikbewegung?

Antwort: Wie ich schon anfangs ausführte, wurde die Bewegung zunächst von den Schichten der kleinen und mittleren Bourgeoisie getragen. Nach dem blutigen Freitag vom 8. September gab es einen Wendepunkt. Nach diesem Datum traten in vielen Teilen des Landes die Arbeiter, und allen voran die Arbeiter der Ölindustrie, in den Streik. Ihnen schlossen sich die Eisenbahner, das Personal der staatlichen Fluggesellschaft, Zollbeamte, Ingenieure und Arbeiter der Elektrizitätswerke, Postangestellte, untere Beamte der staatlichen Verwaltung und privater Gesellschaften, Professoren, Studenten, Lehrer und Schüler an. Und gerade diese Streikbewegung, die die Wirtschaft und den Verkehr des Landes völlig lahmlegt, hat dazu geführt, daß die zunächst als total erscheinende Rolle der Religion erheblich relativiert wurde und die eigentlichen sozialen, ökonomischen und politischen Hintergründe der Bewegung mehr in den Vordergrund traten. Die streikenden Arbeiter und Angestellten sind natürlich nicht gegen die Religion, aber sie verleihen den politischen und sozialen Aspekten des Volksaufstandes ein anderes Gewicht und verstärken mit ihrer Teilnahme an der Bewegung die linken Positionen.

Ich muß weiter hinzufügen, daß es sich zwar bei diesen Arbeiterstreiks im großen und ganzen um eine immer noch spontane Arbeiterbewegung handelt, aber innerhalb dieser Spontanität haben sich schon Organisationszellen gebildet, die im Grunde die beste Basis und den eigentlichen Kern einer selbständigen Arbeiterorganisation bilden. Wer das nicht sieht, und wer glaubt, vom Ausland oder von außen her, voluntaristisch durch den Zusammenschluß einiger Intellektueller die Partei des Proletariats ausrufen zu können, geht an den realen Gegebenheiten vorbei und wird Schiffbruch erleiden.

Frage: Wie beurteilst Du den Einfluß der Linken in der jetzigen Bewegung im Iran und welches sind da die Hauptkräfte?

Antwort: Der Einfluß der Linken ist in der jetzigen Bewegung leider noch ziemlich gering, vor allem, weil sie zersplittert ist. Die Linke mußte sich zunächst jahrelang mit ihrer eigenen Geschichte und insbesondere mit der falschen, von Moskau diktierten Strategie der Tudeh-Partei kritisch auseinandersetzen und eigene revolutionäre Strategien ausarbeiten. Dieser Prozeß, der durch die ideologischen Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene zusätzlich erschwert wurde, ist längst nicht abgeschlossen. Die Meinungen über den Charakter der bevorstehenden Revolution, über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Bewegung, über die Gründung der Kommunistischen Partei, über die Taktik und Strategie des Kampfes etc. gehen noch weit auseinander.

Vor etwa acht Jahren, als im Iran noch Friedhofsruhe herrschte, haben bewaffnete Organisationen, vor allem die Volksfedayin und die Volksmodjahedin dem Regime den Kampf angesagt. Mit ihrem heldenhaften Kampf haben sie nicht nur dazu beigetragen, daß die Übermacht des Regimes geschwächt und Teile der Bevölkerung aus ihrer Passivität herausgerissen wurden, sie haben auch innerhalb von wenigen Jahren durch ihre theoretischen Schriften und konkreten Analysen die Diskussion unter den Linken neu belebt und in Bezug auf politische Aufklärung grosse Leistungen vollbracht.

Die Organisation der Modjahedin, die zunächst religiös orientiert war, hat sich später gespalten. Über die Entwicklung der religiös orientierten Fraktion, die nach der Spaltung zunächst erheblich geschwächt, sich aber in den letzten zwei Jahren neu formiert hat, habe ich bereits im Zusammenhang mit den religiösen Strömungen gesprochen. Die andere Fraktion, die sich zum Marxismus bekannte, lehnte später den Guerillakampf als Strategie und Taktik der Kommunisten ab und setzte sich die Aufklärung und Organisierung des Proletariats zur Aufgabe. Die Art der Spaltung, die Methoden der Auseinandersetzung mit den eigenen, noch religiös orientierten oder kritisch eingestellten Mitgliedern oder anderen linken Organisationen, die z.T. übereilten und fehlerhaften Einschätzungen der an der gegenwärtigen Bewegung beteiligten Schichten und Klassen und schließlich die Änderung ihrer Taktik und Strategie haben zur Schwächung dieser Organisation beigetragen. Eine von den Modjahedin kürzlich herausgegebene selbstkritische Schrift läßt jedoch die Hoffnung zu, daß diese Organisation aufgrund der neugewonnenen Einsichten sich abermals formieren und zur Stärkung der Linken beitragen kann.

Auch die Volksfedayin, die nach wie vor den bewaffneten Kampf und die bewaffneten Guerillaorganisationen als Garant und Kernpunkt aller politischen Aktivitäten ansehen, haben einige zuvor herrschende Ansichten, die zur Verabsolutierung des Guerillakampfes neigten und anderen politischen Aktivitäten zuwenig Bedeutung beimaßen, korrigiert. Dazu gehören auch die Koordinierung bewaffneter Aktionen mit dem Kampf der Massen und Versuche, durch Sympathisanten in den bestehenden politischen und syndikalistischen Gruppierungen und Organisationen Fuß zu fassen. Diese neue Strategie hat in der Tat den Einfluß der Volksfedayin innerhalb der Bewegung gestärkt und die Zahl ihrer Sympathisanten, vor allem unter den Linken, erheblich vergrößert. Es besteht kein Zweifel, daß der Kampf der Volksfedayin zur Radikalisierung der gesamten Bewegung beigetragen und die Einsicht in die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt im Kampf gegen den Imperialismus und die innere Reaktion verbreitet und verstärkt hat. Was aber trotz dieser für die gesamte Linke positiveri Entwicklung in den Konzepten der Volksfedayin unbeantwortet bleibt, ist die Frage nach der Mobilisierung und Organisierung des Proletariats als selbständige Klasse und das Problem, aufgrund welcher Strategie der bewaffnete Kampf einer oder mehrerer Guerillaorganisationen, der ja zwangsläufig, zwar in Ergänzung, aber getrennt von dem Kampf der Massen geführt werden muß, schließlich in den bewaffneten Kampf des ganzen Volkes umschlagen kann und wie in diesem Kampf das Proletariat ohne eine selbständige politische Organisation oder Partei die Führung der demokratischen Revolution übernehmen soll. Trotz dieser unklaren Vorstellungen, die den gegenwärtigen Entwicklungsstand des sozialistischen Bewußtseins innerhalb der Linken im Iran widerspiegeln, könnten die Volksfedayin bei Fortsetzung und Verstärkung ihrer politischen Aktivitäten unter den Massen sich zu einem wichtigen Integrationsfaktor innerhalb der Linken entwickeln.

Frage: Gibt es noch andere linke Organisationen und glaubst Du, daß eine Einheit der Linken in nächster Zeit möglich wäre?

Antwort: Neben den genannten Organisationen gibt es natürlich auch andere Gruppierungen, die je nach ihren Konzepten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft tätig sind. Sie alle nun auf ein langfristiges Programm vereinheitlichen zu wollen, wäre erstens nicht möglich, zweitens falsch. Man würde damit der notwendigen ideologischen Auseinandersetzung vorgreifen und sich auf ein Programm einigen müssen, das zwangsläufig unklar und voller Kompromisse wäre. Was aber meiner Ansicht nach dringend notwendig und auch realistisch wäre, ist die Vereinheitlichung der Linken auf ein Minimalprogramm, das kurzfristig realisierbare Ziele beinhalten müßte, so eine Art Aktionseinheit bei gleichzeitiger Wahrung der Selbständigkeit der Organisationen und Gruppen. Ich meine, daß die Linke im Augenblick zwei wichtige Aufgaben hat. Erstens alle in ihrer Macht stehenden Mittel einzusetzen, um die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf als selbständige Klasse zu unterstützen – und dies ist eine wichtige, langfristige Aufgabe. Und zweitens den zur Zeit stattfindenden Kampf der Volksmassen mit demokratischen, linken Forderungen zu unterstützen. Für diese zweite aufgabe wäre meiner Ansicht nach eine Vereinheitlichung der Linken möglich. Forderungen wie Freiheit aller Parteien und Organisationen, also auch der kommunistischen, Freiheit des Glaubens, Trennung der Religion vom Staat, Selbständigkeit der Nationalitäten, Autonomie der Gewerkschaften, Gleichberechtigung der Frauen sind zwar ausnahmslos bürgerliche Forderungen, aber für das Überleben der Linken und für die Durchführung der bereits genannten langfristigen Aufgaben unentbehrlich. Selbstverständlich sind diese Forderungen als Ergänzung zu den allgemeinen Forderungen gemeint, Forderungen wie Sturz des Schah-Regimes und der Monarchie, Freiheit aller politischen Gefangenen, Auflösung der SAVAK, Entlassung aller Agenten des Imperialismus, die als Berater beim Militär, in der Industrie oder Wirtschaft tätig sind und andere Forderungen, die ohnehin von den Massen erhoben werden. Die Linke müßte eine Konfliktstrategie entwickeln, mit deren Hilfe sie in allen Bereichen der Gesellschaft autonome und demokratische Bestrebungen unterstützt und vorantreibt.

Frage: Wie erklärst Du Dir eigentlich, daß bisher in der Bewegung keinerlei sozialistische Forderungen erhoben worden sind? Würdest Du es für zu früh halten, daß die Linken sie jetzt erheben oder hängt das mit der Schwäche oder dem geringen Einfluß der Linken zusammen?

Antwort: Ich würde nicht sagen, daß da keinerlei sozialistische Forderungen erhoben worden sind. Die Forderung nach der Gründung einer demokratischen Volksrepublik, die hier und da erhoben wird, ist meiner Ansicht nach eine Parole der Kommunisten für die gegenwärtige Phase. Wer glaubt, in der nächsten Zeit im Iran eine sozialistische Revolution durchführen zu können, läßt die Realitäten außer acht und hat vom Marxismus nichts verstanden. Zwar muß diese demokratische Revolution von der Arbeiterklasse geführt werden, weil die Bourgeoisie aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus dazu nicht imstande wäre, aber das wäre noch keine sozialistische Revolution. Im Augenblick sind wir auch für diese Revolution noch nicht gerüstet. Die organisatorischen und politischen Vorbereitungen müssen noch getroffen werden, dazu braucht man viel Zeit. Heute muß die Linke versuchen, möglichst viel an bürgerlich-demokratischen Rechten durchzusetzen, um im Rahmen dieser Rechte die notwendigen Instrumente für den bevorstehenden Kampf schaffen zu können. Wenn in den nächsten Tagen oder Wochen das Schahregime gestürzt und eine Koalitionsregierung zwischen den Religiösen und Bürgerlich-Liberalen zustand käme, was durchaus eine denkbare Möglichkeit wäre, würde meiner Ansicht nach diese Herrschaft nicht von langer Dauer sein, vielleicht sechs Monate, ein Jahr, zwei Jahre, wenn es hoch kommt drei Jahre, dann würde wieder eine Diktatur an die Macht kommen. Wir haben also nicht viel Zeit, gerade während dieser für die Linke so lebenswichtigen Periode müssen wichtige Vorbereitungen für die bevorstehende Revolution getroffen werden.

Frage: Bist Du der Meinung, daß der US-Imperialismus so ein taktisches Zugeständnis wie z.B. eine Koalitionsregierung im Iran zulassen wird?

Antwort: Unter gewissen Umständen ja. Der Volksaufstand im Iran zwingt die Imperialisten zu gewissen Zugeständnissen, vorausgesetzt, daß diese Zugeständnisse das Land nicht aus ihrer Kontrolle geraten lassen. Mit dem Schah können sie im Iran nicht mehr regieren und eine Intervention wäre vor allem in Anbetracht der geographischen Lage Irans kaum denkbar. Als Ausweg für die Imperialisten bliebe eben nur noch die Einberufung einer Koalitionsregierung. Das Problem besteht im Augenblick darin, den Massen gegenüber so viele Zugeständnisse zu machen, um sie von der Fortsetzung des Kampfes abzuhalten und zum anderen den Rahmen dieser Zugeständnisse so weit einzuschränken, um die langfristigen und lebenswichtigen Interessen der Imperialisten nicht zu gefährden. Das ist insofern eine äußerst schwierige Aufgabe, weil die Volksmassen genügend radikalisiert sind, um sich mit dem Zuckerbrot aus der Hand der Imperialisten nicht zufrieden zu geben.

Frage: Weshalb hältst Du eine Intervention der Imperialisten nicht für möglich bzw. die Möglichkeit für gering?

Antwort: Die Schlappe, die die USA in Vietnam erlitten haben, liegt noch nicht so weit zurück. Abgesehen davon ist, wie ich schon sagte, die geographische Lage Irans für eine Intervention denkbar ungünstig. Die lange Grenze mit der Sowjetunion, die Nachbarschaft mit den Staaten und

Fortsetzung auf Seite 54



Demonstranten in Teheran verbrennen die Bilder des verhaßten Mörder-Schah!



Schwerbewaffnetes Militär im Einsatz gegen Anti-Schah-Demonstranten.

Fortsetzung von Seite 53



Mit Gasmasken (!) patroullieren (!) „iranische" Soldaten durch die Straßen Teherans! Am blutigen Freitag verbargen sich israelische Elitesoldaten hinter diesen Masken.

Völkern des Nahen Ostens, die Gefahr einer Panislamischen Bewegung und nicht zuletzt die Gefahr der Entstehung eines bewaffneten Volkskriegs im Iran sind die Gründe, die eine Intervention im Iran nur für den äußersten Fall ratsam erscheinen lassen würden. Man muß bedenken, daß weder die USA noch die Sowjets an weiteren und langfristigen Unruhen im Nahen- und Mittleren Osten interessiert sind. Die gesamte Energieversorgung vieler Länder, Milliarden Investitionen, lukrative Märkte würden gefährdet werden. Wenn also die Amerikaner nicht völlig überschnappen, werden sie einen solchen Schritt im Iran nicht wagen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß das Regime vor seiner Abdankung noch eine Säuberung durchführt. Auf ein paar tausend Tote mehr oder weniger kommt es diesen Verbrechern nicht an. Diese Säuberung würde sich natürlich vor allem gegen die Linke richten. Die Gerüchte, die besagen, daß die politischen Gefangenen – d.h. die für das Regime gefährlichsten Linken seit kurzem zusammengelegt worden sind, haben sich bestätigt. Dies ist sicherlich nicht ohne Absicht geschehen. In Brandstiftungen hat ja der SAVAK genügend Erfahrungen. Ähnliche Vermutungen wurden in einem in Teheran kürzlich erschienen Flugblatt geäußert.

Frage: Ich möchte Dich zum Schluß noch fragen, worin Du die Aufgaben einer Solidaritätsbewegung hier in Westdeutschland siehst.

Antwort: Um es frei heraus zu sagen, halte ich die Solidarität der Linken in Westdeutschland, die erst in den letzten Wochen zugenommen hat, noch nicht für ausreichend. Die internationale Solidarität, die in den sechziger Jahren eine große Rolle spielte, ist durch die nationalen und persönlichen Probleme stark verdrängt worden, obwohl sie mir auch für den nationalen Kampf hier unverzichtbar erscheinen. Wenn ausländischen Organisationen hier in der BRD die demokratischen Rechte abgesprochen werden, wenn sie, wie im Fall der CIS/NU im Interesse einer Handvoll Kapitalisten verboten werden sollen, dann gehört das genauso zum Abbau demokratischer Rechte wie die Berufsverbote. Und es ist auch nicht unsere Angelegenheit allein, wenn die Bundesregierung ein faschistisches Regime wie das im Iran unterstützt, Atomkraftwerke und Waffen in den Iran liefert und – sagen wir es offen – auf dem Rücken der iranischen Arbeiter und Bauern den hiesigen Wohlstand aufbaut.

Die Arbeiter der iranischen Ölindustrie, die seit Monaten, ohne finanzielle Rückendeckung, unter unerträglichen Umständen ihren Kampf führen, kämpfen nicht nur für ein freies Iran. Wie man sieht, hat ihr Kampf weitreichende internationale Folgen, von Südafrika, über Israel bis nach Westeuropa, Japan und Amerika sind die Auswirkungen ihres Kampfes zu spüren. Es ist ein Schlag gegen die internationalen und nationalen Interessen des Imperialismus. Wo bleibt die materielle und politische Unterstützung, die sie in diesen Tagen so nötig hätten? Ist diese Unterstützung immer noch abstrakter Internationalismus? Ein konkreter Vorschlag: Wir könnten in der gesamten Bundesrepublik eine Sammlung zur Unterstützung dieser Arbeiter durchführen. Ferner müßte man alles versuchen, damit sich auch die Gewerkschaften mit den Ölarbeitern im Iran solidarisieren. An Vorschlägen mangelt es nicht. ■

(aus „Newsweek")
1. Armee und Luftwaffen-Einrichtungen
2. Marine-Basen
3. Öl-Felder
4. Natur-Gas
5. Kämpfe und Streiks
6. Pipelines
7. Gas-Pipelines
8. Konzentration von Amerikanern

Über die Lage und den Kampf der Frauen im Iran

An den Kämpfen im Iran gegen die Terrorherrschaft des Schah sind Tausende von Frauen aktiv beteiligt. Wie die Männer riskieren sie es, erschossen zu werden; sie kämpfen gegen ein Regime, das die Frauen per Gesetz zu Menschen zweiter Klasse erklärt.

Die rechtlose Stellung der iranischen Frauen

Die besondere Unterdrückung der Frauen und ihre Unterwerfung unter den Mann ist im Iran weitgehend in Gesetzen verankert. Die Diskriminierung wird zugleich religiös legitimiert, da sich die diesbezügliche Gesetzgebung an der islamischen Ideologie und islamisch-religiösen Rechtsvorschriften orientiert. Durch Gesetze wird im einzelnen geregelt:

- Der Mann ist das Familienoberhaupt, d.h. jegliche die Familie betreffende Entscheidung fällt der Mann allein.
- Bei der Heirat geht die bisherige Vormundschaft des Vaters, Onkels oder Bruders über die Frau auf den Ehemann über.
- Ohne die Erlaubnis des (männlichen) Vormunds kann keine Frau – egal welchen Alters – heiraten.
- Wenn die Frau zustimmt, darf der Mann sich eine weitere Frau "anschaffen"; diese Zustimmung kann die Frau kaum verweigern, sie ist durch Drohungen, Druck etc. vom Mann erzwingbar.
- Die Frau hat ihrem Mann unbedingten Gehorsam zu leisten im häuslichen und im sexuellen Bereich.
- Ohne Zustimmung des Vormundes darf keine Frau das Land verlassen oder erhält auch nur einen Reisepaß.
- Der Erbteil für Töchter ist halb so groß wie für Söhne.
- In Strafprozessen können Frauen nicht als Zeugen auftreten; im Zivilrecht gelten die Aussagen von zwei Frauen soviel wie die von einem Mann.
- Bei einer Scheidung werden die Kinder in der Regel dem Mann zugesprochen.
- Der Mann kann seiner Frau die Ausübung eines Berufes verweigern, wenn er ihn für unvereinbar mit ihren häuslichen Pflichten oder der Familienehre hält.
- Frauen dürfen nur mit staatlicher Ausnahmegenehmigung einen nichtmuslimischen Ausländer heiraten.
- Überrascht ein Mann seine Frau, Schwester oder Tochter bei außer- bzw. vorehelichem Verkehr und tötet sie zwecks "Wiederherstellung der Familienehre" kann er laut Strafgesetzbuch mit Freispruch rechnen, wenn eine Frau im umgekehrten Fall mit einer Todesstrafe wegen "Mordes".

Als eigenständige Menschen tauchen Frauen im iranischen Familienrecht überhaupt nicht auf, sie haben Untergebene des Mannes zu sein. Dieser gesetzlich geregelten Herrschaft des Mannes über die Frau entspricht auch die relativ (!) bessere Ausbildung der Männer. Während die Analphabetenrate 1972 bei den Männern "nur" 53% betrug, lag sie für die Frauen bei 75%. Besonders schlimm dran sind die Frauen in den ländlichen Gebieten, hier konnten 1972 nur 8% der Mädchen und Frauen (ab 6 Jahre) lesen und schreiben, bei den Jungen und Männern immerhin 32%. Entsprechend dem noch miserableren Bildungsstand der Frauen als dem der Männer haben sie auch noch schlechtere Arbeitsmöglichkeiten. Rund 10% der weiblichen Bevölkerung sind erwerbstätig (bei den Männern 50%), davon leben 1/3 in städtischen Gebieten. Die Haupttätigkeitsbereiche der städtischen Arbeiterinnen liegen in der traditionellen Textil-, Lebensmittel- und Teppichindustrie, neuerdings auch in der Elektronikindustrie. Diese "weiblichen" Arbeitsplätze sind extrem gesundheitsschädlich. Tuberkulose, Augenleiden und Rheuma sind die typischen Berufskrankheiten in den Teppichknüpfereien; zudem führt die gebeugte Haltung zu derartigen Verkrüppelungen, daß die hier beschäftigten Frauen häufiger als andere bei Entbindungen sterben. Obgleich nach dem iranischen Arbeitsgesetz wie hier der Grundsatz gilt: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", werden die Frauen hier wie dort mit Niedriglöhnen abgespeist. Die iranischen Arbeiterinnen bekommen im Schnitt 50-66% der Hungerlöhne der Männer. Für dieses geringe Geld, das sie obendrein an ihren Mann abführen müssen, schuften die Frauen in der Regel 12 Stunden am Tag (trotz offiziellen 8-Stundentag) und versorgen zusätzlich Haushalt und Familie.

Nicht minder hart ist der Arbeitstag der Frauen auf dem Lande, der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen, die – immer zusätzlich zu ihrer "eigentlichen" Aufgabe, der Hausarbeit – Knochenarbeit auf dem Feld oder in der Heimindustrie zu leisten haben. Hierbei muß man sich vergegenwärtigen, daß die iranischen Frauen – besonders auf dem Land – keinerlei technische Hilfsmittel zur Erledigung der Hausarbeit haben, wie Warmwasserboiler, Waschmaschine, Elektroherd etc., daß nicht einmal Stromversorgung und fließendes Wasser die Regel sind.

Die iranischen Frauen sind rechtlich und ökonomisch total abhängig von Männern, sei es nun der Ehemann, der Vater, Onkel oder Bruder. In armen Familien – und das sind die meisten – stellen die Töchter eine finanzielle Belastung dar, sie werden möglichst früh, d.h. noch im Kindesalter verheiratet. Nach der "Reform" des Familienrechts von 1967 haben jetzt zwar auch Frauen das Recht, eine Scheidung einzureichen, doch wovon sollten sie leben? Wenn sie nicht gerade einen reichen Vater, Bruder, Onkel haben bleibt nur eine rasche Wiederheirat, die Annahme einer schlechtest bezahlten Dreckarbeit (die keine selbständige Existenz sichern kann) oder die Prostitution.

Der Kampf der iranischen Frauen

Bereits in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts nahmen verschleierte Frauen am "Tabakaufstand" teil, der sich gegen den Verkauf des Tabakmonopols durch den damaligen iranischen Herrscher an einen englischen Kapitalisten richtete. Die "Frauen im Tschador" (iranischer Schleier) beteiligten sich auch 1906 - 1909 an der ersten bürgerlichen Revolution, der "konstitutionellen Revolution". 1909 drangen verschleierte Frauen nach einem Protestmarsch durch die Straßen Teherans in das Parlament ein und warfen den versammelten Männern ihre Feigheit vor dem Imperialismus vor. Zu Anfang dieses Jahrhunderts entstanden verschiedene bürgerliche Frauenorganisationen, die sich vor allem für eine Verbesserung der Mädchenbildung und des Familienrechts einsetzten, z.T. aber auch schon das Frauenwahlrecht forderten. Nach der Oktoberrevolution verstärkten die Frauen ihren Kampf, gaben verschiedene Zeitschriften heraus, gründeten Abendschulen etc. Die 1920 gegründete kommunistische Partei forderte in ihrem Programm die völlige Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen (Wahlrecht, Abschaffung der Polygamie, Recht der Frauen auf Scheidung, Aufhebung des Verschleierungszwangs u.a.). Die Machtergreifung Reza Schahs beendete vorerst die Aktivitäten der Frauen. Stattdessen wurde 1936 ein "Verschleierungsverbot" erlassen, eine Voraussetzung um Frauen als billige Arbeitskräfte in der expandierenden Industrie zu beschäftigen. Erst 1941 bis zum CIA-Putsch 1953 entwickelten die Frauen neue Aktivitäten. Seit Beginn der 70er Jahre beteiligen sich Frauen an den militärischen Kämpfen gegen das Schah-Regime, viele von ihnen sitzen in Gefängnissen, wurden und werden gefoltert.

An den aktuellen Demonstrationen und Kämpfen beteiligen sich Frauen aller Schichten. Manche von ihnen tragen den Tschador: zum Zeichen der Trauer, um Flugblätter

und Waffen darunter zu verstecken

und Waffen darunter zu verstecken oder auch zu Zeichen der kulturellen Identität des islamischen Iran gegenüber dem US-Kulturimperialismus. Sie alle verdienen unsere Bewunderung und Solidarität, denn alle, ob mit oder ohne Tschador setzen ihr Leben ein gegen das Schah-Regime, das für sie nur Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung bedeutet. Wenn das faschistische Regime gestürzt ist, wird der Kampf der Frauen gegen ihre spezifische Unterdrückung, gegen die traditionelle Herrschaft der Männer, erst richtig beginnen. In diesem Zusammenhang wird dann auch der Tschador als Symbol für die Ausschließung der Frauen aus allen öffentlichen Lebensbereichen für immer verschwinden!

* * *

(Der Artikel wurde auf der Grundlage des Referats einer CISNU-Genossis "Über die Lager der Frauen im Iran" und eines Papiers "Zur Lage der Frauen im Iran" der Westberliner Frauengruppe "Arbeitskreis Iran" und der persischen Frauengruppe in der CISNU geschrieben. Beide Papiere geben wir insbesondere interessierten Frauengruppen gern weiter. Die Frauengruppe "Arbeitskreis Iran" hat sich vor etwa einem halben Jahr aus Frauen und Freundinnen iranischer Genossen gebildet, die es gerade angesichts der politischen Entwicklung im Iran satt hatten, nur die politischen "Brosamen" zu essen, die vom Tisch ihrer Männer fielen, und die selbständig und eigeninitiativ die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden iranischen Volk unterstützen und stärken wollten. Vor kurzem hat der Arbeitskreis eine "Iran-Information", Nr. 1, herausgegeben.

Wir danken den Genossinnen für ihre Untersuchungsarbeiten und würden uns freuen, wenn sich möglichst schon die nächste "Iran-Information" ausführlich mit der Lage, dem Kampf und der besonderen Unterdrückung der iranischen Frauen auseinandersetzen würde.)

Genossinnen der Nahost-Kommission





afrika

Namibia vor dem Bürgerkrieg

Unter den Gewehrmündungen schwerbewaffneter Polizisten, unter Androhung des Verlustes des Arbeitsplatzes (u.a. bei Mobil, South Africa Railway) gingen Anfang Dezember in Namibia „freie und faire Wahlen" (Originalton „Frankfurter Allgemeine") über die Bühne.

Wie nicht anders zu erwarten, machte die von den südafrikanischen Rassisten und der CDU/CSU favorisierte „Demokratische Turnhallen Allianz" unter Führung des Südafrikaners Dirk Mudge das Rennen. Die DTA erkaufte sich 41 von 50 Mandatssitzen.

Die CDU/CSU, die sich bekanntlich nicht lumpen läßt, wenn es um öffentliche Sympathiebekundungen für ihre braunen Kumpanen in Südafrika geht, erklärte prompt, die Wahl sei „korrekt" verlaufen und *„das über die jetzt gewählten Führer von Südwestafrika/Namibia nicht hinweggehandelt werden darf. Sie sind von allen Rassen und Gruppierungen demokratisch legitimiert worden, bei der Gestaltung der Zukunft des Landes mitzuwirken"* („SZ", 14.12.).

Die offen zur Schau getragene undemokratische Durchführung dieser Scheinwahlen, die Repressionen, mit denen die Bevölkerung an die Urnen getrieben wurde, der Boykott durch die SWAPO und totale materielle und politische Abhängigkeit der DTA vom südafrikanischen Rassistenregime, haben selbst die Imperialisten gezwungen, wenigstens verbal dieser Marionettenregierung die Anerkennung abzusprechen.

De facto verleiht damit jede Lösung, die auf einen Ausschluß der SWAPO von der politischen Machtausübung zielt, Namibia den Status eines sog. Homelands, wie z.B. der Transkei.

Der imperialistische Block fordert deshalb von der RSA zumindest auf diplomatischer Ebene eine flexiblere, scheinbar kompromißbereite Haltung in bezug zu einer zweiten Wahl unter Aufsicht der UNO. Die erste Amtshandlung der neuen Regierung war deshalb die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung, mit dem einzigen Punkt UNO-Wahlen. Premierminister Botha kam eigens zu diesem Anlaß aus der RSA angereist
sunggebenden Versammlung, mit dem einzigen Punkt UNO-Wahlen. Premierminister Botha kam eigens zu diesem Anlaß aus der RSA angereist,
um die Kontinuität der rassistischen Politik zu gewährleisten.

Diese massive Einflußnahme kleidete Botha in die vornehme Formel, *„die Regierung fühle sich auch weiterhin verpflichtet, sich zu bemühen, die gewählten Führer zu überzeugen; internationale Anerkennung anzustreben"*. Es wäre allerdings „moralisch und anderweitig falsch", wenn Südafrika der Versammlung ihren Willen aufzwingen würde („FAZ", 13.12.).

Die DTA machte schließlich in einer Resolution ihre Zustimmung zu den UNO-Wahlen von der Einstellung der Unterstützung der SWAPO durch die UNO abhängig („FR", 25.12.). Mit dieser Forderung ist von der DTA eine klare Aussage gegen die Abhaltung der Wahlen unter UNO-Aufsicht getroffen. Auf einer Pressekonferenz in Windhoek beschwichtigte Botha deshalb scheinheilig, die alleinige Entscheidung in der Wahlfrage liege in Pretoria („FR", 25.12.), womit er allerdings unfreiwillig auch auf den Marionetten-Status der DTA hinwies. Die RSA und ihr frischgekürter Kronprinz, Dirk Mudge, machen schließlich ihre Zustimmung von fünf Bedingungen abhängig:

1. Der UNO-Sonderbeauftragte Ahtisaari und der südafrikanische Generaladministrator Steyn müssen sich bis Ende Januar auf einen Wahltermin geeinigt haben.
2. Die Zahl der UNO-Truppen (lt. Plan 7.500 plus 1.600 Berater) soll heruntergesetzt werden, gleichzeitig sollen sie über die Stützpunkte der SWAPO in Angola „Feststellungen treffen".
3. Die Polizeikräfte müssen weiterhin unter südafrikanischer Kontrolle bleiben.
4. Bis zur Unabhängigkeit Ende September 1979 bleibt die Verwaltung und Gesetzgebung in Händen des Generaladministrators.
5. Die südafrikanischen Truppen werden entgegen dem ursprünglichen Plan nicht auf 1.500 Mann reduziert, sondern bleiben bis zur „umfassenden Einstellung aller Gewalttätigkeiten" im Land.

Somit ist der ursprüngliche, von den fünf imperialistischen Mitgliedern ausgearbeitete Plan, dem auch die SWAPO zugestimmt hatte, in allen wesentlichen Punkten von den Rassisten revidiert, bzw. nicht akzeptiert worden.

Obgleich der Versuch der Imperialisten, dem Namibia-„Debakel" durch die Schaffung einer „internen Lösung" unter Einschluß der SWAPO offensichtlich gescheitert ist, wird in der Presse der Eindruck erweckt, als gebe es keine grundlegenden Differenzen und als hätten die Rassisten praktisch ihre Zustimmung gegeben. Hodding Carter, Sprecher des US-Außenministeriums, bejubelte die Stellung-
nahme des Botha-Regimes gar als tisch ihre Zustimmung gegeben. Hodding Carter, Sprecher des US-Außenministeriums, bejubelte die Stellung-
nahme des Botha-Regimes gar als „Schritt nach vorn" auf dem Weg der Verwirklichung des Namibia-Plans und als „ermutigend" („SZ", 30.12.).

Dazu erklärte der Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der SWAPO in Dar es Salaam (Tanzania): *„Wir sind absolut sicher, daß die Befreiung Namibias nur durch den bewaffneten Kampf erreicht wird, ganz egal, wie lange er dauert."* Mweshihauge bezeichnete den Westmächteplan als „großen Bluff". *„Sie alle versuchen, Zeit zu gewinnen mit dem Ziel, das Voranschreiten des bewaffneten Kampfes zu verhindern. Ihre einzige Aufgabe war es, ihren wirtschaftlichen Einfluß in der Mineralölindustrie sicherzustellen."* Das Scheitern des UNO-Plans habe jeden Verhandlungsweg verbaut, das Problem werde jetzt auf dem Schlachtfeld gelöst („Tanzania Daily News", 26.12.). SWAPO-Chef Noujouma hat bei einem Zusammentreffen mit Nyerere international zu verstärkter Waffenhilfe für die SWAPO aufgerufen („SZ", 30.12.).

Derzeit verdichten sich die Anzeichen, daß die südafrikanischen Rassisten Vorkehrungen für eine militärische Lösung des Namibia-Problems treffen. Ein Hauptelement in diesem politischen Konzept ist die Zerschlagung der SWAPO im Innern, militärische Aktionen gegen ihre logistischen Basen sowie der Versuch der internationalen Isolierung. Letzteres soll vor allem durch die Inszenierung provokatorischer Bombenanschläge erreicht werden, die der SWAPO in die Schuhe geschoben werden. In Winhoek wurde erst vor kurzem ein Mitglied der SWAPO und vier weitere Schwarze verhaftet, weil sie angeblich eine Bombe in ein Café geworfen und 37 Menschen verletzt hätten („SZ", 2.1.79). Den jüngsten Anschlag auf ein Café in Swakopmund — ebenfalls eine Provokation der Rassisten — hat das Botha-Regime zum willkommenen Vorwand genommen, die Ablehnung von Wahlen unter UNO-Kontrolle vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren.

Außenminister Botha erklärte, die Wahlen seien ausgeschlossen, solange die SWAPO ihre „brutalen Einschüchterungsaktionen" fortführe. Die Verwirklichung des Westmächteplans werde damit unmöglich („SZ", 2.1.79). Mit diesem Schachzug versuchen die Rassisten der SWAPO den Schwarzen Peter zuzuspielen und sich selbst einen möglichst eleganten Ausstieg aus der heiklen Situation zu schaffen. Gleichzeitig wird Namibia immer mehr zu einer waffenstarrenden Wagenburg ausgebaut; die Truppenstärke der RSA-Streitkräfte ist auf 60.000 angestiegen, die spanische Zeitung „La Voz de Laicia" berichtet, daß ein spanischer Frachter mit 1.240 t Waffen an Bord auf dem Weg
in die RSA sei („SZ", 21.12.78). Mirage-Düsenjäger und Bomber vom Typ „Bucaneer" sind auf namibi- 1.240 t Waffen an Bord auf dem Weg
in die RSA sei („SZ", 21.12.78). Mirage-Düsenjäger und Bomber vom Typ „Bucaneer" sind auf namibischem Territorium stationiert. Unter dem Vorwand, die SWAPO konzentriere sich im Südwesten Sambias, hat die RSA militärische Aktionen gegen SWAPO-Basen angekündigt („Daily News", 7.12.78).

Damit scheinen alle Voraussetzungen für einen blutigen Krieg gegeben, der mit Sicherheit nicht nur auf Namibia begrenzt sein wird.

Afrika-Kommission

Krieg Uganda — Tansania beendet

Der tansanische Ministerpräsident Nyerere gab in einer Ansprache anläßlich des 17. Jahrestages der Unabhängigkeit die vollständige Befreiung des von ugandischen Truppen besetzten nordwesttansanischen Gebietes bekannt. Nyerere forderte nochmals alle afrikanischen Staaten auf, *„Amin öffentlich zu verurteilen"*. Die Bedrohung Tansanias durch eine neue ugandische Invasion bestehe allerdings weiter („FR", 11.12.). Den Beweis für diese Vermutung lieferte Feldmarschall Amin bereits einige Tage später, als ein Mig-Düsenjäger der ugandischen Luftwaffe in den tansanischen Luftraum eindrang und elf Raketen abfeuerte („Guardian", 13.12.). Am 21.12. wurde ein erneuter Invasionsversuch Ugandas gemeldet, der unter schweren Verlusten für Amins Streitkräfte zurückgeschlagen werden konnte („SZ", 21.12.).

Amin lobt Israel

Laut einer Meldung der „SZ" vom 15.12.78 hat Idi Amin Israel überschwengliches Lob gespendet. Amin erklärte, er habe im Krieg gegen Tansania „israelische Waffen" eingesetzt und allein durch sie „den Sieg über Tansania" errungen. Er sei Israel „dankbar". Amin hob lobend hervor, daß Israel der einzige Staat gewesen sei, der Uganda Waffen kostenlos überlassen habe, während die MIG-Düsenjäger aus der UdSSR bezahlt werden mußten. Die „wirkungsvollen Waffen" habe Uganda vom damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dayan, dem Ex-Premier Rabin und dem einstigen Chef der israelischen Militärmission in Uganda, Bar-Lev (Mitverantwortlicher der Entebbe-Aktion), erhalten. Amin sei diesen drei Männern, aber auch der verstorbenen Golda Meir „dankbar".

Vor dem Abbruch der Beziehungen 1972 ist die ugandische Armee und der Geheimdienst von israelischen Spezialisten aufgebaut und ausgebildet worden. Die gesamte waffentechnische Ausrüstung des Landes wurde damals von den Zionisten geliefert.

Nach der „Befreiung" von 103 jüdischen Geiseln aus einer entführten französischen Maschine durch ein israelisches Spezialkommando (Entebbe) und nach Vernichtung eines Teils der ugandischen Luftwaffe brach Amin mit Israel, wurde sogar verbal zu einem der härtesten Anti-Zionisten. Er erhielt dafür Finanzspritzen von arabischen Staaten und Waffenlieferungen aus der „realsozialistischen" Sowjetunion. Saudi-Arabien hat beispielsweise dem Amin-Regime mit 32 Mio. Dollar unter die Arme gegriffen; nur so konnte Uganda die Kosten für Treibstoff an Kenia bezahlen und den Krieg gegen Tansania überhaupt weiterführen („FAZ", 27.12. und Radio Kampala 28.11. nach „Monitor Dienst").

Saudi-Arabien soll sich jetzt auch bereit erklärt haben, Reparationszahlungen an Tansania in Höhe von 50 Mio. Dollar zu übernehmen. Vermutlich soll mit dieser Zahlung das ohnehin finanziell bankrotte Uganda entlastet und durch die direkte Zahlung Saudi-Arabiens der Peinlichkeit enthoben werden, Entschädigungszahlungen zugeben zu müssen (nach „FAZ", 27.12.).

Während das fortschrittliche Afrika sich geschlossen hinter Tansania stellte, findet sich ausgerechnet Libyen — sonst Bündnispartner der Palästinenser im Kampf gegen Zionismus und arabische Reaktion — im Lager der Unterstützer Amins. Kurz nach der ugandischen Invasion hatte Libyen sich bereit erklärt, Uganda militärisch zu unterstützen, laut „FAZ" vom 27.12. hat Tansania 100 Mio. Dollar Lösegeld für einige libysche Funker gefordert, die während der Kämpfe gefangen genommen wurden! Mit politischer Logik ist das libysche Engagement für Amin kaum erklärbar. Ob gewisse persönliche Ähnlichkeiten des libyschen Oberst mit dem ugandischen Feldmarschall den Ausschlag gaben, sei dahingestellt.

Afrika-Kommission

Milliardenkredite für Zaire

Milliardenkredite für Zaire

Die wichtigsten imperialistischen Länder, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD, werden die total zerrütteten Finanzen des neokolonialistischen Zaire mit einer Finanzhilfe von 1,115 Milliarden ein wenig aufzubessern versuchen. Diese **„Hilfe" soll vor allem das Zahlungsdefizit Zaïres ausgleichen und die Infrastruktur zur Ausbeutung der Boden**schätze zugunsten der Imperialisten verbessern. Ein entsprechender Plan soll vor allem für die Gebiete Landwirtschaft, Verkehr und Bergwerke erstellt werden. Ein Drittel der „Hilfe", die aus verbilligten Krediten und verlorenen Zuschüssen bestehen soll, wird vom Internationalen Währungsfonds zur Verfügung gestellt werden. Der Währungsfonds hat die Kreditgewährung mit weitgehenden „Sparauflagen" für Zaire verbunden, die auf die verelendeten Schichten abgewälzt werden. Bereits Mitte des Jahres wurde die Zairische Nationalbank de facto mittels „Spezialisten" vom Währungsfonds übernommen. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes im Sommer d. J. versuchen die Imperialisten nun, ihren Brückenkopf im Herzen Afrikas noch fester an die imperialistische Kette zu schmieden.

Afrika-Kommission



RSA: BRD-Konzerne praktizieren Rassendiskriminierung

Mit Hilfe eines Teams von südafrikanischen Wissenschaftlern, Journalisten und Gewerkschaftern hat ein westdeutscher Soziologe eine Studie über Rassendiskriminierung in den südafrikanischen Zweigniederlassungen westdeutscher Konzerne angefertigt.

In der Studie wird nachgewiesen, daß das mit 450 Firmen und über 5 Mrd. DM Investitionsvolumen in der RSA engagierte BRD-Kapital die Tätigkeit schwarzer Gewerkschaften in den Firmen unterdrückt, die von der EG geforderten Mindestlöhne weit unterschreitet, die Rassentrennung nicht aufhebt. Ein schwarzer Vorarbeiter bei Henkel gab beispielsweise an, sein weißer Kollege verdiene im Monat 600 Rand (1 Rand = 2,50 DM) mehr — bei gleicher Arbeit.

In der Auto-Fabrik Car Distributors Assembly in East London (Daimler-Benz-Beteiligung 26,7 %) gab ein anderer seinen Stundenlohn mit 97 Cents an, aber: *„Ein Weißer, den ich selbst ausgebildet habe, bekommt das Doppelte"*. Bei Linde berichtete ein weißer leitender Angestellter, ein technischer Zeichner (weiß) verdiene 800 Rand im Monat, sein schwarzer Kollege dagegen nur 198 Rand.

Mißachtet werde auch die Klausel aus dem EG-Kodex, der Mindestlohn müsse um 50 % über der südafrikanischen Untergrenze liegen. Bei Lindes Johannesburger Waschmaschinenfabrik müßten das ca. 232 Rand monatlich sein. Gezahlt werden aber nur 95,50 Rand, was noch 59,50 Rand unter der südafrikanischen Minimumsgrenze liegt.

Schwarze Gewerkschaften werden lt. Studie bedroht, behindert oder einfach ignoriert. Der BMW-Manager Rogers erklärte der SPD-Abgeordneten Brigitte Erler in Pretora unverblümt: *„Gewerkschaftsarbeit innerhalb des Werkgeländes erlauben wir nicht."* Und ein Hoechst-Manager: *„Warum soll man sich Unruhe in den Betrieb holen?"* BRD-Manager sollen im Werk schwarze Gewerkschafter ausfindig gemacht und sie beim südafrikanischen Geheimdienst denunziert haben. Logischerweise hagelte es auf die Studie hin von den entsprechenden Konzernen nur so Dementis.

Afrika-Kommission

Eritrea: Internationale Solidarität

Gegen die äthiopisch-sowjetische Kriegswalze in Eritrea hat die EPLF Anfang Dezember in mehreren Ländern zu Solidaritäts-Aktionstagen aufgerufen.

Italien: In Italien, der ehemaligen Kolonialmacht, leben etwa 10.000 Eritreer — vor allem Frauen, die als Hausangestellte arbeiten. Seit den Zeiten des gemeinsamen Kampfes gegen den Mussolini-Faschismus bestehen traditionell gute Beziehungen zur italienischen Linken, nicht zuletzt auch zur PCI.

Eine von der EPLF in Rom angemeldete Demonstration wurde verboten unter dem Vorwand, daß sonst Spannungen zu in Rom lebenden Äthiopiern zu befürchten seien (!). Die EPLF konnte daraufhin in Räumen der Gewerkschaftszentrale CGIL-CISL-UIL eine sehr gut besuchte Pressekonferenz abhalten. Neben zahlreichen Journalisten nahmen daran auch Delegationen der PSI, der PDUP, der Democracia Proletaria und sogar der Democracia Christiana teil. Die Gewerkschaftszentrale erklärte sich bereit, anstelle der EPLF noch einmal zu der Demonstration aufzurufen! (Über die Demonstration ist uns leider noch nichts bekannt).

Die PCI allerdings glänzte — unentschuldigt — durch Abwesenheit und unterstützt somit als einzige linke Organisation nicht diesen Protest der Eritreer. Sie ließ sich lediglich dazu herab, in ihrem Zentralorgan „Unita“ eine Erklärung von Giancarlo Pajetta abzudrucken, in der heftig beklagt wird, daß Äthiopien in Eritrea nun doch „den militärischen Lösungsversuch gewählt“ habe („il manifesto“, „Lotta Continua“ 7.12.; „Le Monde“, 12.12.).

Frankreich: In Paris organisierte auf Initiative der EPLF das „Komitee zur Unterstützung des Befreiungskampfes des eritreischen Volkes“ (CSLLPE) in den Räumen der Jussieu-Universität in Paris am 9.12. einen „Tag des Lernens und der Solidarität mit dem Befreiungskampf des eritreischen Volkes“. Auch hier gab es eine breite Unterstützung: Neben Prominenten wie dem italienischen Senator Lelio Basso und dem ehemaligen Minister Michel Jobert nahmen Delegationen der PSU, der großen Gewerkschaften CGT und CFDT sowie der FEN an der Veranstaltung teil. Es wurden Themen diskutiert wie: „Eritrea und das Grenzproblem in Afrika“, „Die UNO und Eritrea“, „Die Organisation der befreiten Gebiete“ („Le Monde“, 12.12.).

Auch die PCF unterstützte diesen Solidaritätstag mit einer Delegation. In ihrem Zentralorgan „Humanité“ erklärte das PCF-Politbüro-Mitglied Maxime Gremetz am 8.12.: Es sei schon immer die Position der PCF gewesen, daß ... „*eine gerechte und dauerhafte Lösung die Erfüllung der gerechtfertigten Bestrebungen des eritreischen Volkes nach nationaler Identität und Selbstbestimmung erfordert, damit das eritreische Volk sein Schicksal frei und ohne Einmischung von außen wählen kann*“. Ein direkter Protest der PCF gegen die gegenwärtige sowjetische Offensive in Eritrea ist allerdings nur — wenn überhaupt — ganz „durch die Blume“ in dieser Erklärung von Gremetz zu spüren: „*Der Wille, auf militärischem Feld Vorteile zu erringen — wodurch das Problem allerdings nicht grundlegend gelöst werden kann — scheint abzulenken von der notwendigen Suche nach einer politischen Lösung*“ („Le Monde“, 9.12.).

BRD: Vergleichsweise bescheiden — auch, was die Breite des beteiligten politischen Spektrums betrifft — ist dagegen bisher die Eritrea-Solidarität bei uns verlaufen.

Für den 16.12. riefen die EPLF-Massenorganisationen (Frauen, Arbeiter, Studenten) in der BRD zu einer zentralen Demonstration in Bonn auf. Unterstützt wurde dieser Aufruf von KBW, „KPD“, Liga gegen den Imperialismus, der CISNU und dem Türkischen Arbeiter- und Studentenverein. Die Demonstration hatte etwa 400 Teilnehmer — vor allem Eritreer — nachmittags fand eine Solidaritätsveranstaltung statt. Über die Teilnahme des KB an dieser Aktion hatte es zuvor einige Mißverständnisse gegeben, so gerieten wir auch irrtümlich als Unterstützer mit unter das Aufrufflugblatt. Wir stehen allerdings — beim gegenwärtig niedrigen Entwicklungsstand der westdeutschen Linken — so einer „nationalen Demo“ nach wie vor skeptisch gegenüber, was deren Mobilisierungs- und Öffentlichkeitswert betrifft. Trotzdem brachten wir durch eine Grußadresse unsere Solidarität mit der Demonstration zum Ausdruck. Darin heißt es unter anderem:

„*Die eritreische Revolution ist von besonderer Bedeutung, weil sie in dem weltweiten Kampf der Völker gegen den Imperialismus den gegenwärtig am weitesten entwickelten Volkskrieg führt. (...) Die revolutionäre Mobilisierung des eritreischen Volkes unter Führung der EPLF ist eine mächtige Kraft gegen jede ausländische Aggression! Der äthiopische koloniale Krieg gegen Eritrea wäre längst zusammengebrochen ohne das massive Eingreifen der Sowjetunion zur Stützung des DERG-Regimes. Die Entsendung sowjetischer Truppen gegen Eritrea ist ein besonders scharfer Ausdruck der konterrevolutionären Großmachtpolitik der Sowjetunion. Es ist notwendig, diese sowjetische Aggression anzuprangern und eine breite internationale Solidarität aller Demokraten und Antiimperialisten mit dem gerechten Kampf des eritreischen Volkes herzustellen! Nieder mit Imperialismus, Neokolonialismus, Reaktion und Zionismus! Sowjetische und äthiopische Truppen raus aus Eritrea! Es lebe der revolutionäre Kampf des eritreischen Volkes unter der Führung der EPLF! Für den Sieg im Volkskrieg!*“

Afrika-Kommission

Zimbabwe: Ölvorräte der Rassisten vernichtet

„Das ist der größte Rückschlag in den letzten sechs Jahren des Guerillakampfes“. Mit diesen Worten kennzeichnete der Rassistenchef Ian Smith in Salisbury einen großartigen Erfolg der Befreiungskämpfer: Ihnen gelang es, weit über die Hälfte der in Rhodesien gelagerten Ölvorräte in die Luft zu sprengen bzw. in Brand zu setzen. Das Öl war auf illegalem Weg unter Bruch der UNO-Sanktionen über die RSA nach Rhodesien geschafft worden. Lieferanten waren Shell-BP, Mobil Oil, Total und Caltex. Zwölf Stunden verbrachten die rhodesischen Feuerwehrleute in relativer Hilflosigkeit angesichts des Infernos, bis aus der RSA eingeflogene Spezialisten den Brand unter ihre Kontrolle bekamen.

Die Erfolge der Befreiungskämpfer beantwortete der Imperialismus mit verstärkter militärischer Aufrüstung seiner rassistischen Bastion. Hin und wieder gelangten Einzelheiten an die Öffentlichkeit — unfreiwillig, versteht sich. Bekannt wurde Mitte Dezember, daß Rhodesien kürzlich elf US-Hubschrauber erhalten hatte — wovon sich die US-Regierung natürlich distanzierte, u ' ihre diplomatischen Reisenden in Sachen Zimbabwe nicht unnötig zu diskreditieren. Dieser Hubschraubertyp war bereits im Vietnamkrieg zu „search and destroy“-Aktionen eingesetzt worden, es handelt sich um eine Spezialausführung zur Aufstandsbekämpfung. Seit Dezember 1972 hat sich überdies der Bestand der rhodesischen Luftwaffe an französischen Aloutee-Hubschraubern von neun auf über 60 Exemplare erhöht. Den Kern dieser Streitmacht bilden Bomber vom Typ Canberra und Jagdflugzeuge vom Typ Hawker Hunter und Vampire. Inzwischen verfügen die Rassisten auch über französische Mirage-Bomber, die sie aus der RSA erhielten. Die Ausbildung der Piloten unternahm u. a. die US-Firma „United Airlines“ in Denver, die mit den Rassisten 1974 einen diesbezüglichen Vertrag abgeschlossen hat — wieder einmal unter Bruch der Sanktionen.

Die Folgen dieser massiven Aufrüstung bekamen kürzlich — zum wiederholten Mal — die Frontstaaten **Mosambik und Sambia zu spüren. Bei einem rhodesischen Überfall auf Mosambik** Ende November 1978 wurden nach mosambikanischen Angaben 26 Menschen getötet und 73 verletzt. Zwei rhodesische Flugzeuge konnten von den Befreiungskämpfern abgeschossen werden. In den Weihnachtsfeiertagen drangen rhodesische Truppen mit Kampfflugzeugen und Fallschirmjägern 130 km tief in sambisches Gebiet ein. Sie ermordeten 51 Menschen. Dies ist bereits der dritte Überfall nach den Massenmorden am 19. Oktober und 2. November des vergangenen Jahres, die weit über 1.000 Menschen das Leben kosteten. Während des ersten Überfalls umkreiste eine rhodesische Maschine eine halbe Stunde den Flughafen von Lusaka, deren Pilot „im Befehlston“ Anweisung gab, die rhodesische Mordaktion nicht zu stören. Er wurde nicht angegriffen. Ein Tonband dieses Gespräches zwischen dem Piloten und dem sambischen „Tower“ wurde triumphierend über den rhodesischen Rundfunk ausgestrahlt.

In Salisbury ist unterdessen der Wahltermin für die „interne Lösung“ auf den 20. April festgelegt worden. Wichtigster Punkt in der neuen Vereinbarung zwischen Rassisten und Marionetten: Die Weißen bekommen nicht nur eine Sperrminorität von 28 Sitzen (von 100) auf fünf und ein Vetorecht auf zehn Jahre zugesagt, sie erhalten auch zusätzlich weiße Ministerposten. In den Bereichen Verwaltung, Polizei, Militär und Justiz sind Qualifikationsmerkmale in einer Weise ausgeschrieben worden, daß eine weiße Vorherrschaft in diesen lebenswichtigen Bereichen für lange Zeit vorprogrammiert ist. Tatsächlich wissen die Marionetten, daß die einzige (wenn auch fragwürdige) Chance ihres Überlebens darin besteht, sich bis zur Preisgabe auch der letzten Eigenständigkeit den weißen Rassisten unterzuordnen und mit ihnen gemeinsam den Krieg gegen den Befreiungskampf im südlichen Afrika zu entfachen. So „begründete“ Sithole die Zusage zu den neuen Vereinbarungen mit den um die eigene Existenz besorgten Worten: „*Wir wollen nach der Unabhängigkeit keinen Staatsstreich, dann nach einer Woche einen Gegenstaatsstreich und dann einen Gegen-Gegenstaatsstreich*“.

Über die innere Situation in Rhodesien berichtete der südafrikanische Rundfunk mit bemerkenswerter Offenheit folgendes: „*Hauptgrund für den Aufschub* (der „Wahlen“ bis zum 20. April 1979 — AK) *ist jedoch der Krieg der Terroristen, der es praktisch unmöglich macht, Wahlen zu organisieren, die diesen Namen verdienen. Viele ländliche Gebiete sind für die Regierungsbeamten nicht erreichbar, weil die Terroristen dort die Kontrolle ausüben ... Um sich gegen die terroristischen Streitkräfte der Patriotischen Front zu verteidigen, haben die schwarzen politischen Parteien, die an der internen Regelung teilnehmen, ihre eigenen Privatarmeen gebildet, deren Soldaten Hilfstruppen genannt werden. Diese nehmen auf wenig sanfte Art an der Kampagne teil. Gruppen bewaffneter Männer fallen in Dörfer ein und erklären der Bevölkerung, warum sie ihre politischen Führer wählen sollen*“ („MD“, 23.11.78).

Auch der Weltkirchenrat hält die schwarzen Marionetten in der gegenwärtigen Übergangsregierung für „*mitverantwortlich ... für die Gewaltakte der rhodesischen Sicherheitskräfte innerhalb und außerhalb des Landes*“. Die „Justitia et Pax“-Kommission des Rates kommt zu dem Schluß: „*Die Unterzeichnung des Abkommens von Salisbury hat nicht zu einem Waffenstillstand, sondern zu einer Eskalation des Krieges geführt*“, jeden Tag kämen etwa 100 Menschen ums Leben und die Wehrdörferstrategie, wodurch Schwarze zwangsumgesiedelt werden, werde unverändert fortgesetzt. 40 % des Landes kontrollieren inzwischen die Patriotische Front, die Zahl der Flüchtlinge habe sich monatlich von 1.000 auf 2.000 verdoppelt. Ferner hätten die rhodesischen Sicherheitskräfte Hunderte von Söldnern angeworben („Frankfurter Rundschau“, 20.12.78, alle anderen Informationen aus „New York Times“, 15.12.78, „Guardian“ vom 11., 14., 15. und 16.12.78, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9., 12., 13., 15. und 27.12.78).

Afrika-Kommission



KURZMELDUNGEN

Vietnam's Absage an den thailändischen Widerstand nun offiziell

Was wir im letzten ARBEITER-KAMPF aufgrund bestimmter Aussagen und Entwicklungen als logische Konsequenz der derzeitigen vietnamesischen Außenpolitik analysierten, nämlich die Absage Vietnams an die südostasiatischen Befreiungs- und Widerstandsbewegungen ist inzwischen regierungsoffiziell bestätigt worden.

Die Vietnamesische Nachrichtenagentur (VNA) wurde *"authorisiert"* einen *"falschen und irrigen Artikel zurückzuweisen"* (Radio Hanoi, 9.12.78 lt. "SWB", 11.12.78). Es handelt sich dabei um einen Artikel der thailändischen Zeitung "Business Times", in dem gesagt wurde, *"Premier Pham Van Dong hätte während eines Gesprächs mit mehreren Mitgliedern der Thai Patriotischen Front Vietnams Unterstützung für diese Front wiederholt"* ("Radio Hanoi", 9.12. lt. "SWB", 11.12.).

Diese internationalistische Haltung wurde als "falsch und irrig" zurückgewiesen, denn **"wie jedermann weiß, ist es Vietnams Politik, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Thailands einzumischen."** (ebenda)

Das heißt inzwischen offensichtlich, den thailändischen Widerstand weder materiell noch propagandistisch zu unterstützen?!

Die Absage an die KP Thailands ist ein rein taktischer Schritt gegen die an die VR China angelehnten Bewegungen in Südostasien. Oder weshalb sonst mißt Vietnam inzwischen mit zweierlei Maß, rühmt sich, die vor kurzem gegründete kambodschanische Befreiungsbewegung nach Kräften zu unterstützen? Wir halten es da mit Onkel Ho, der sagte:

"Der Kapitalismus ist ein Blutegel.

"Der Kapitalismus ist ein Blutegel, der mit einem Saugnapf das großstädtische Proletariat und mit dem anderen das Kolonialproletariat aussaugt. Weil man dieses böse Tier töten, muß man beide Saugnäpfe auf einmal abschneiden. Wenn man nur den einen entfernt, wird der andere das Blut des Proletariats weiter aussaugen, das Tier wird weiterleben und der abgeschnittene Saugnapf wird nachwachsen. Die russische Revolution hat dies wohl verstanden. Daher hat sie sich nicht damit begnügt, schöne platonische Reden zu halten und 'humanitäre' Resolutionen zugunsten der unterdrückten Völker abzufassen, sondern sie lehrt sie kämpfen, sie hilft ihnen geistig und materiell...'. **'Nach diesem historischen Kongreß** (gemeint ist der Kongreß von 21 Nationalitäten 1920 in Baku, Red.) **hat das revolutionäre Rußland ungeachtet der inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen es zu ringen hatte, keinen Augenblick gezögert, den Völkern zu Hilfe zu kommen, die es schon durch die Tatsache seiner heroischen und siegreichen Revolution aus seiner Lethargie aufgerüttelt hatte"** (Ho Chi Minh, "Anklage gegen die französiche Kolonialherrschaft", ausgew. Werke, Band 1, S. 208; Hervorhebungen von uns).

***

Thailändische Überfälle auf laotisches Grenzgebiet

Jüngste Grenzzwischenfälle an der thailändisch/laotischen Grenze machen deutlich, wohin der thailändische Faschismus steuert – aggressiv gegen Indochina!

Die laotischen Behörden veröffentlichten jetzt eine Darstellung der Zwischenfälle: Am 13.12. eröffneten zwei thailändische Militärboote vom Mekong aus das Feuer auf laotische Grenzsoldaten, gleichzeitig flogen zwei T -28 Flugzeuge Thailands Bombenangriffe gegen naheliegende Dörfer. Am 14.12. feuerten erneut thailändische Militärboote auf die laotische Grenzseite. Ein thailändisches Boot wurde auf laotischer Flußseite von laotischen Grenzsoldaten versenkt. Als Antwort griff Thailand mit drei Kanonenbooten Laos an. Ein C-47 Flugzeug und mehrere T-28 Flugzeuge feuerten Bomben und Raketen auf laotische Dörfer. Ähnliche Zwischenfälle erfolgten nach laotischen Angaben kurz darauf (alle Angaben lt. "Vientiane Home Service" 19.12. lt. "SWB", 20.12.)

Thailand hat diese Angriffe indirekt zugegeben: In einer Vereinbarung erklärte der thailändische Distriktoffizier für die Region die Bereitschaft Thailands, die durch die Bombardierungen entstandenen Schäden zu bezahlen ("SWB", 20.12.). Dieses offensichtliche Mißgeschick des zuständigen thailändischen Offiziers läßt keineswegs auf eine entschuldigende Haltung der thailändischen Faschisten schließen – der Besuch des thailändischen Juntachefs Kriangsak in Laos wurde ganz offensichtlich wegen des Zwischenfalls abgesagt – obwohl Laos die Einladung aufrechterhielt!

Auch die laotischen Behörden gehen offenbar nicht davon aus, daß es sich um Aktionen übergeschnappter Offiziere handelt: *"Die Koordination dieser Aktionen ... beweisen, daß die thailändischen Militärbehörden einen vorsätzlichen Plan hatten"* ("SWB", 20.12.).

Das aggressive Gesicht des thailändischen Faschismus ist geblieben wie es war, von Friedfertigkeit, Nichtaggression oder Nichteinmischung ist da nichts zu finden!

***

Australiens Uranabbau und Export rücken in bedrohliche Nähe

Nach monatelangen Auseinandersetzungen, zahlreichen Erpressungsversuchen usw. haben die Führer der Ureinwohner in den australischen Nordterritorien dem Uranabbau in ihrem Gebiet zugestimmt. Die Bedingungen, zu denen der "Northern Land Council" dem Uranabbau zustimmte, werden noch geheimgehalten ("Nachrichten für Außenhandel", 31.8.78).

Endgültig wurde das Abkommen auf einer Sitzung des "Northern Land Council" am 2.11.78 angenommen ("Anti Uranium News", Nr. 8/ November 78). Die entsprechende Sitzung des "NLC" war nach Angaben mehrerer Delegierter
nach Angaben mehrerer Delegierter mehr ein Putsch als eine ernsthafte Auseinandersetzung. So wußten die meisten Delegierten vor der Sitzung nichts von der bevorstehenden Abstimmung über den Uranabbau und waren noch in dem Glauben, vor irgenwelchen Abstimmungen solle die Frage in den Gemeinschaften der Ureinwohner diskutiert werden ("Direct Action", 23.11.78). Trotzdem konnte das Abkommen mit Verfahrenstricks und Überrumpelungsmanövern durchkommen. Allerdings – eine endgültige Abstimmung bzw. Ratifizierung des Abkommens muß im September 1979 noch folgen. Nach diesem Erfolg der Uranexport-Befürworter bereiten sich die Urangesellschaften auf den Abbau vor. Der "Ranger-Uranmine" wurden bereits finanzielle Zusagen in Höhe von insgesamt 44 Mio. australische Dollar gemacht ("Nachrichten für Außenhandel", 31.8.78).

Gleichzeitig stehen neue Gesellschaften bereit, um den Uranabbau aufzunehmen. Auch die BRD ist hier mit von der Partie. Am Projekt Yeelirrie in Westaustralien hat die bundeseigene Urangesellschaft eine Beteiligung von 10% erhalten. In Yeelirrie sollen in Kürze jährlich mindestens 2.500 Tonnen Uranoxyd produziert und gleich in Australien aufbereitet werden ("Nachrichten für Außenhandel", 1.9.78).

***

Radioaktive Verseuchung nach französischem Nukleartest

Die bis in die jüngste Vergangenheit andauernden französischen Wasserstoff-Bomben-Tests haben nach Angaben des 'japanischen Kongress gegen Atom -und Wasserstoffbomben' zu schweren radioaktiven Verseuchungen unter der Bevölkerung der Inselgruppe Polynesiens geführt. Mindestens 15 Inselbewohner und 20 Franzosen werden nach diesen Angaben in einem französischen Militärhospital auf Muroroa (Südpazifik) isoliert gehalten. Der Präsident der Polynesischen Befreiungsfront (FLP), Oscar Temaru, erklärte, daß *"angenommen wird, daß mehrere Personen infolge radioaktiver Verseuchung gestorben sind"* ("Japan Times", 7.11.78).

Es wird vermutet, daß die Verseuchung über den Verzehr von verseuchtem Fisch erfolgte ("Japan Times", 22.10. und 7.11.78).

Frankreich führte bis heute in dem Gebiet mehr als 40 Atomtests durch, in einem Gebiet mit 520 kleinen Inseln auf denen ca. 140.000 Menschen leben!!

Asien-Australien-Kommission

Kambodscha: Okkupation oder Befreiung?

Fortsetzung von Seite 1

Vietnamesische Großinvasion?

Nach kambodschanischer Darstellung haben *„Vietnam, der sowjetische internationale Expansionismus und der Warschauer Militärpakt massive Angriffe in den südwestlichen, östlichen und nordöstlichen Regionen Kambodschas"* gestartet („Pnom Penh Home Service", 1.1. lt. „SWB", 3.1. Vietnam soll am 25.12.78 *„mit einer Großzahl von Infanterie, Panzern, Artillerie und Luftwaffe"* eine Invasion gegen Kambodscha gestartet haben („Pnom Penh Home Service", 11.1. lt. „SWB", 3.1.). Kambodscha hat lt. „Süddeutscher Zeitung" - „SZ" vom 5.1.79 *„auch Bombardierungen durch Flugzeuge mit sowjetischen Piloten gemeldet"*. Die bürgerlichen Militärbeobachter sowie die entsprechenden Presseagenturen sind voll auf diese Linie eingeschwenkt. Die Rede ist von *„mehr als hunderttausend Mann regulärer vietnamesischer Truppen"* („Hamburger Abendblatt", 6.1.), von zwölf vietnamesischen Divisionen und von Luftbombardements gegen kambodschanische Ortschaften („FAZ", 3.1. und 30.12.78). Im Gegensatz zur offiziellen Darstellung des Regimes erwähnt die bürgerliche Presse allerdings auch die „kambodschanische Befreiungsfront". Die Meldungen pendeln sich inzwischen auf ein gemeinsames militärisches Vorgehen von *„Rebellen und Vietnamesen"* („Frankfurter Rundschau" — „FR", 6.1.79) ein.

o.1.79) ein.

Tatsächlich gibt es aber bisher keinen Beleg für eine direkte militärische Offensive Vietnams.

Vietnam selber hat jede Invasion dementiert, ebenso wie die Vorwürfe, Bombenangriffe gegen Kambodscha zu fliegen („VNA", 29.12. lt. „SWB", 3.1.79). Weder Kambodscha noch die berüchtigten westlichen Militärbeobachter sind bisher in der Lage gewesen, auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen — und dies, obwohl Kambodscha von *„10.000 toten oder verwundeten"* vietnamesischen Soldaten spricht, von *„zerstörten Panzern, Artillerie ... und LKWs"* („Pnom Penh Home Service", 28.12. lt. „SWB", 30.12.). Auch den Beweis für ein Engagement von Warschauer-Pakt-Truppen blieb Kambodscha schuldig. Die Vorwürfe gegen Vietnam befinden sich somit auf derselben Ebene wie alle vorangegangenen Beschuldigungen wegen angeblicher Invasionen.

Vietnam hat zur Lösung des von Kambodscha provozierten Grenzkrieges stets auf Verhandlungen gesetzt und nur Maßnahmen zur Verteidigung seiner Landesgrenzen unternommen. Dies ist von uns in der Vergangenheit ausführlich belegt worden. Zudem orientiert Vietnams derzeitige Außenpolitik in eine ganz andere Richtung, nämlich sich selbst als Garant des Friedens und als Bündnispartner für die ASEAN-Staaten anzupreisen (siehe auch AK Nr. 143). Einer solchen Politik würde jede direkte militärische Einmischung in Kambodscha zuwiderlaufen.

Aufmerksamkeit verdient daher die neugegründete „Kambodschanische Vereinigte Nationale Front für die Nationale Rettung" (CNUFNS) und ihre Rolle in den inneren Auseinandersetzungen in Kambodscha.

Die Rolle der CNUFNS

Die am 2.12.78 gegründete CNUFNS reklamiert die Befreiung genau der Gebiete, die angeblich von der vietnamesischen Großinvasion betroffen sind: *„Vor kurzem haben unsere Landsleute ... in verschiedenen Regionen, im Osten, Westen und Nordzonen sowie in der besonderen Region Modolkiri revoltiert und den Kampf gegen die barbarische Herrschaft und Unterdrückung der Pol Pot-Ieng Sary Clique geführt"* (so der ebenfalls neue Radiosender der Front (SPK am 14.12. lt. „SWB", 18.12.). Am 30.12. wird die Befreiung großer Teile der Provinz Ratanakiri gemeldet („SPK", 30.12. lt. „SWB", 3.1.) sowie Eroberung der Stadt Kratie nordöstlich von Phnom Penh („SPK" vom 1.1. lt. „SWB", 3.1.) sowie Eroberung in der Provinz Prey Veng („SPK", 9.12. lt. „SWB", 11.12.). Das sind die angeblich von Vietnam besetzten Gebiete, die insgesamt die „neun östlichen Provinzen" umfassen sollen (so der kambodschanische Präsident Sanphan lt. „FAZ", 3.1.).

Die CNUFNS wurde am 2.12. *„in einer befreiten Zone Kambodschas"* von ca. *„200 Vertretern aller Schichten der kambodschanischen patriotischen Öffentlichkeit wie Arbeiter, Bauern, Kleinkapitalisten, Intellektuelle, buddhistische Mönche und Nonnen, Jugendliche, Frauen, kambodschanische Minderheiten und patriotische Guerillas"* gegründet („SPK", 3.12. lt. „SWB", 5.12.). In dem auf diesem Gründungskongreß gewählten vierzehnköpfigen ZK finden sich etliche Kader der alten Befreiungsfront sowie der Kommunistischen Partei wieder. U. a. Heng Samrin (ehemaliges Mitglied des Exekutivkomitees der KP für die Ostregionen und ehemaliger politischer Kommissar und Kommandeur der 4. Division) als Präsident; Chea Sim (ehemaliges Mitglied der kambodschanischen Nationalversammlung nach 1975 und Parteisekretär in den Ostregionen) als Vizepräsident; Mat Ly (ehemaliges Mitglied des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung nach 1975) u.a. Chea Sim scheint nach unseren Materialien zudem hoher Kader der damaligen FUNK (Befreiungsfront Kambodschas bis 1975) gewesen zu sein. Inzwischen hat sich nach Meldung des Senders „SPK" auch eine Jugendorganisation der CNUFNS gebildet („SPK", 18.12. lt. „SWB", 22.12.) und Teile des buddhistischen Klerus haben zur Unterstützung der CNUFNS aufgerufen („SPK", 16.12. lt. „SWB", 22.12.).

Die CNUFNS konnte sich nach eigenen Angaben auf Massenproteste, Aufstände etc. stützen, bzw. die Existenz dieser Proteste wird als Ursache stenz dieser Proteste wird als Ursache und Notwendigkeit der CNUFNS eingeschätzt. *„Angesichts dieser Situation sind Hunderttausende gegen sie* (die kambodschanische Führung, Red.) *aufgestanden ..."* („SPK", 3.12. lt. „SWB", 5.12.). Vietnam spricht sogar davon, daß sich *„diese Aufstände ... in einen breiten, bewaffneten, revolutionären Kampf entwickelt"* haben („Hanoi Home Service", 3.12. lt. „SWB", 5.12.).

Tatsächlich hat es schon in der Vergangenheit größere Proteste gegen den Kurs der kambodschanischen Machthaber gegeben. Nicht nur über den vietnamesischen Rundfunk wurden in der Vergangenheit Aufrufe kambodschanischer Oppositioneller verlesen (siehe auch „SWB", 12.7., 23.6.), auch Kambodscha selbst hat den Widerstand im eigenen Land in der Vergangenheit bestätigt (siehe auch „Radio Pnom Penh" lt. „SWB", 3.5.78 und Erklärung Kambodschas vom 31.12.77). So in den Erklärungen über angebliche Putschversuche Vietnams in Kambodscha, die Auseinandersetzungen in der KP Kambodschas usw. (Wir haben diese Sachen in der Vergangenheit mehrmals dokumentiert). Insofern halten wir den Versuch der kambodschanischen Führung, die Existenz der CNUFNS schlichtweg abzustreiten, für einen Versuch, die inneren Auseinandersetzungen auf eine „ausländische Invasion" abzuschieben. Wenn Kambodscha ausführt: *„Die Le Duan - Pham Van Dong Clique hat kürzlich eine vietnamesische politische Organisation mit kambodschanischem Namen gebildet. Diese Organisation hat ihren Sitz in Saigon"* („Pnom Penh Home Service", 8.12. lt. „SWB", 11.12.), so steht das in unlösbarem Widerspruch zu den Tatsachen über die Existenz der CNUFNS und des Widerstandes in Kambodscha.

CNUFNS eine nationaldemokratische Front

Das politische Programm der CNUFNS (das wir auszugsweise nebenstehend dokumentieren, Red.) geht aus von der Existenz eines *„diktatorischen, militaristischen und faschistischen Regimes"* in Kambodscha („SPK", 3.12. lt. „SWB", 5.12.) und erhebt in erster Linie demokratische Forderungen wie den Aufbau einer volksdemokratischen Gesellschaft, einer nationalen Wirtschaftspolitik usw. Die Front orientiert hierbei auf die „Politik der großen nationalen Einheit", d.h. auf den Zusammenschluß „aller demokratischen und patriotischen Kräfte" — von der o.a. Zusammensetzung her vergleichbar mit dem Bündnis der nationalen Befreiungsfront vor 1975.

Die konkreten Forderungen der CNUFNS und die Tatsache, daß diese offenbar bei größeren Teilen der kambodschanischen Bevölkerung Anklang finden, lassen Rückschlüsse auf den Zustand der kambodschanischen Gesellschaft zweifellos zu.

Wenn in Punkt 1 die Forderung nach *„allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung"* und *„Reorganisation der volksdemokratischen Macht auf allen Ebenen"* erhoben wird, so trifft sie nach unseren Informationen tatsächlich die Situation. Die Nationalversammlung wurde 1976 gewählt, tagte einmal (am 14.4.1976) und danach nie wieder! Dies, obwohl auf dem Kongreß der Nationalversammlung festgelegt wurde, daß dieser mindestens einmal pro Jahr tagen solle (lt. „Communiqué du Presse", Kambodscha, 14.4.76). Die Tatsache, daß ein Führungsmitglied der CNUFNS im ständigen Ausschuß der Nationalversammlung war, läßt überdies die Frage zu, ob dieses Gremium überhaupt noch existiert (zumal seit zwei Jahren in der kambodschanischen Presse/Rundfunk auch hierüber nichts mehr zu hören war).

Wenn in Punkt 5 die *„Eröffnung von Banken, Herausgabe von Geld, Wiederaufbau und Entwicklung des Warenumlaufs"* gefordert wird, und die Forderung nach Einführung eines Lohnsystems erhoben wird, so trifft auch dies die von der kambodschanischen Führung selbst bekanntgegebenen Zustände (so Pol Pot in seiner Rede vom 30.9.77 lt. „SWB", 5.10. 1977). Gehen wir daher davon aus, daß auch die anderen Programmforderungen, wie *„Abschaffung der Zwangsehe"* (Punkt 6) u.ä. der realen Situation Kambodschas entspringen, dann haben alle diese Zustände nichts mit dem revolutionären Anspruch zu tun, den sich die kambodschanischen Führer selbst gestellt haben.

Es drängt sich eher der begründete Verdacht auf, daß die *„radikale soziale Revolution"*, das *„Experiment ohne Beispiel"*, wie Ieng Sary es nannte, zur Beseitigung fundamentaler Bestandteile des neudemokratischen Kambodschas führte.

Vietnams Interesse an einem Machtwechsel in Kambodscha

Vietnam unterstützt die CNUFNS: *„Vietnam hat jetzt seine Unterstützung für die CNUFNS als wirkliche Vertretung des kambodschanischen Volkes deutlich gemacht"* („Radio Hanoi", 8.12.78, lt. „SWB", 11.12.).

Vietnam hat in der Tat berechtigte Gründe, einen politischen Kurswechsel in Kambodscha zu befürworten und zu unterstützen:

Seit langem, insbesondere seit Ende 1977, hat das kambodschanische Regime gegen Vietnam eine Politik der blutigen Provokationen betrieben. Kambodschanische Truppen drangen immer wieder nach Vietnam ein, verübten dort grauenvolle Massaker an der Zivilbevölkerung und zogen sich nach vollbrachter Tat schnell nach Kambodscha zurück. All das ist durch Augenzeugenberichte, auch von westlichen Journalisten, vielfältig und glaubwürdig belegt. Folgten vietnamesische Truppen dann gelegentlich den flüchtenden Mordbanden bis auf kambodschanisches Gebiet nach, so erhob das Regime von Pnom Penh, angefeuert aus China, ein lautes Geschrei über eine „vietnamesische Invasion".

Angesichts der Länge und Art der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze war Vietnam unmöglich in der Lage, diese überraschenden kambodschanischen Vorstöße und Massaker völlig abzuwehren. Unzweifelhaft ist es aber nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der vietnamesischen Regierung, diese Massaker an ihrer Bevölkerung zu verhindern. Vietnam hat daher volles Recht, einen Sturz des kambodschanischen Regimes zu unterstützen.

Lächerlich nimmt sich demgegenüber die vom kambodschanischen Regime sowie von Peking und von den „ML"ern seit langem verbreitete Version aus: Vietnam greife Kambodscha ständig mit starken Truppenverbänden an, die aber von Kambodscha ständig zurückgeschlagen würden. Hätte Vietnam in den letzten Monaten tatsächlich ernsthaft einen Angriff auf Kambodscha unternommen, so wäre der Widerstand des Regimes gewiß schnell zusammengebrochen — was durch die jetzigen Ereignisse noch bestätigt wird.

Hinter der kambodschanischen Politik der Überfälle und Massaker stand die chinesische Regierung, die alles tat und tut, um Vietnam größtmögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Es sei nur daran erinnert, daß China seine aus Vietnam flüchtenden Landsleute lieber ersaufen, erfrieren, verhungern oder bei Albrecht in Niedersachsen landen läßt, statt ihnen Asyl anzubieten. Und dies nur, weil das Flüchtlingselend vorher für eine anti-vietnamesische Kampagne auszuschlachten ist.

Vietnam hat viele Versuche unternommen, den Konflikt mit dem Regime von Pnom Penh auf friedlichem Wege beizulegen.

In AK 129 schrieben wir nach dem Scheitern eines erneuten vietnamesischen Friedensangebotes: *„Kampuchea behauptet nach wie vor, Vietnam habe das Land angegriffen und wolle es einer ‚Indochinesischen Föderation' einverleiben. Vietnam wird als Hauptfeind Nr. 1 angesehen. Die derzeitigen Führer Kampucheas leugnen völlig die gemeinsame kämpferische Vergangenheit der indochinesischen Völker und revolutionären Parteien. Sie schrecken dabei auch nicht davor zurück, offensichtliche Geschichtsfälschung zu betreiben und vietnamesische Angriffe auf Kampuchea einfach zu erfinden..."*. Die Unmöglichkeit, mit Kambodscha zu einer friedlichen Lösung zu kommen, führte unbestreitbar zur Vernachlässigung dringend notwendiger Aufbauarbeiten zugunsten der militärischen Verteidigungsaufgaben.

Verschärft hat sich diese Situation für Vietnam durch die Eröffnung der chinesischen Provokationspolitik, beginnend mit der Hilfseinstellung über das Hochpowern der Flüchtlingsbewegung bis hin zu den Grenzzwischenfällen.

Insofern ist die derzeitige Unterstützung Vietnams für die CNUFNS und einen Machtwechsel in Kambodscha völlig logisch und ist der kambodschanisch/chinesischen Politik der letzten Monate zuzuschreiben.

Stürzt die kambodschanische Führung?

Die Entwicklung in Kambodscha entwickelt sich in einer derartigen Geschwindigkeit, daß keineswegs abzusehen ist, ob die kambodschanische Führung den Januar noch überdauert. Die derzeitige Unterstützung in der Bevölkerung für die CNUFNS läßt auch die von den kambodschanischen Führern erwogene Möglichkeit eines Guerillakrieges gegen Vietnam oder die CNUFNS als höchst fragwürdig erscheinen.

Eine Bereicherung wäre es zweifellos, wenn die nächste Zeit nicht nur den Sturz der kambodschanischen Machthaber, die Beendigung des Konfliktes mit Vietnam, Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse usw. bringt, sondern wenn auch einiges Licht in die Entwicklung Kambodschas in den letzten drei Jahren fällt.

Asien-Australien-Kommission

Das Programm der CNUFNS

Nachstehend veröffentlichen wir die wesentlichen Punkte des 11-Punkte-Programms der CNUFNS im Wortlaut.

1) Durchführung einer Politik der großen nationalen Einheit und Sturz des diktatorischen, militaristischen und barbarischen Regimes der reaktionären Pol Pot-Ieng Sary Clique. Auflösung der Volksvertretungsversammlung, die von Pol Pot-Ieng Sary kreiert wurde. Durchführung allgemeiner Wahlen zur Nationalversammlung; Reorganisierung der volksdemokratischen Macht auf allen Ebenen, Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit Garantien für die Rechte der Menschen auf Gleichheit, wirkliche Freiheit, Demokratie (...)

2) Bildung kambodschanischer revolutionärer Massenorganisationen, die eng mit der CNUFNS verbunden sind (es folgen Aussagen zu speziellen Massenorganisationen)

3) Aufbau und Entwicklung der kambodschanischen revolutionären Armee zusammen mit dem Volk (...)

4) Realisierung der Rechte der Menschen an wirklicher Freiheit und Demokratie und Achtung ihrer Würde. Alle Kambodschaner haben das Recht, in ihr altes Heimatland zurückzukehren, und ihr Familienleben in Freude aufzubauen. Alle Kambodschaner genießen die Freizügigkeit des Wohnortes, der Organisierung, Meinungsfreiheit und der Religion; und haben das Recht auf Arbeit, Erholung und Ausbildung, unter garantierter persönlicher Freiheit. Alle ethnischen Gruppen in der kambodschanischen sozialen Gemeinschaft haben das Recht auf Freiheit und Gleichheit, sie genießen dieselben Rechte und Pflichten.

5) Durchführung einer unabhängigen und souveränen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, wirklichen Sozialismus aufzubauen. Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes (...) Die neue Ökonomie soll den Menschen auf der Basis der Landwirtschaft und der industriellen Entwicklung dienen. Es wird eine Wirtschaft mit Märkten geplant, um die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung zu befriedigen. (...) Unterstützung und Ermutigung der gegenseitigen Hilfe und Formen von Kooperativen auf der Basis eigenen Willens der Bauern (...) Eröffnung von Banken, Herausgabe von Geld, Wiederaufbau und Entwicklung des Warenumlaufs. (...) Verwirklichung des 8-Stunden-Tages und Bezahlung entsprechend der Arbeit.

6) Abschaffung der Zwangsheirat und Verwirklichung der freien Heiratswahl, Erneuerung des glücklichen Lebens jeder Familie. Realisierung der geschlechtlichen Gleichheit und Einführung vorteilhafter Bedingungen für Frauen, um Ausbildung zu erhalten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, um einem Mann gesellschaftlich gleichgestellt zu sein. (...)

7) Abschaffung der reaktionären Kultur der Pol Pot-Ieng Sary Clique (...)

8) Herzliche Aufnahme von Offizieren, Soldaten und Beamten der reaktionären Verwaltung und Armee (...)

9) Durchführung einer Außenpolitik des Friedens, Freundschaft und Bündnisfreiheit mit allen Staaten unabhängig ihrer politischen und sozialen Systeme auf der Basis der friedlichen Koexistenz (...)

10) Beilegung aller Streitigkeiten mit Nachbarstaaten durch friedliche Verhandlungen (...) Beendigung des Grenzkrieges mit Vietnam (...) Restaurierung der Beziehungen von Freundschaft, Kooperation und guter Nachbarschaft mit anderen südostasiatischen Staaten und Unterstützung der Bildung Südostasiens in eine Region von Frieden, Unabhängigkeit, Freiheit, Neutralität, Stabilität und Wohlstand. Kambodscha wird keiner Militärallianz beitreten und keinem Land erlauben, Militärstützpunkte auf seinem Territorium zu errichten oder Militärmaterial nach Kambodscha zu senden.

11) Stärkung der Solidarität mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Welt. Die Unterstützung des gemeinsamen Kampfes aller Nationen für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

(zitiert nach „SPK", 3.12. lt. „SWB", 5.12.78)



Nachrichten aus Schule und Hochschule



SP-Wahlen nach neuem Hochschulrecht

Das am 1.10.78 in Kraft getretene Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) schreibt die Durchführung von Wahlen zu den Organen der Verfaßten Studentenschaft (VS) im Wintersemester vor.

Den Wahlen vorhergehen soll nach dem Willen von Eduard Pestel, dem Minister für Wissenschaft und Kunst, die Anpassung der jeweiligen Satzungen, Wahlordnungen etc. an die Bestimmungen und Grundsätze des NHG.

Während die Masse der Studenten von den daraus resultierenden Problemen mehr passiv Notiz nimmt, ist es unter den aktiven Kommilitonen zu einer lebhaften Diskussion gekommen, wobei auch einige prinzipielle Überlegungen zur weiteren Arbeit in der VS unter NHG-Bedingungen eine Rolle spielen. Im wesentlichen geht es um folgende Fragen:

- **Soll die Linke der Aufforderung Pestels zur Anpassung der Satzungen etc. nachkommen?**
- **Sollen eigenständige („illegale“) Wahlen nach dem bisherigen Modus durchgeführt werden?**
- **Ist ein Boykott der offiziellen Wahlen sinnvoll?**
- **Welche Chancen für linke Politik bestehen in den legalen Organen nach dem NHG überhaupt noch; welchen Stellenwert haben dabei Satzungen, Wahlen usw.?**

Bevor wir auf einige dieser Fragen näher eingehen, wollen wir zunächst einen kurzen Überblick nach uns bislang vorliegenden Informationen geben.

Das NHG schreibt eine personengebundene Listenwahl vor, durch die ein Studentenparlament (SP) gewählt wird, welches dann über die ASTA–Bildung entscheidet.

An den **Universitäten** (mit Ausnahme der TU Braunschweig) wurde bisher auch schon nach diesem System verfahren. Änderungen ergeben sich hier v.a. durch die Zulassung der Briefwahl und der Übertragung des Amtes des Hauptwahlleiters an den Kanzler bzw. den Präsidenten der jeweiligen Uni. Generell soll eine Angleichung des Verfahrens an das der

stem verfahren. Änderungen ergeben sich hier v.a. durch die Zulassung der Briefwahl und der Übertragung des Amtes des Hauptwahlleiters an den Kanzler bzw. den Präsidenten der jeweiligen Uni. Generell soll eine Angleichung des Verfahrens an das der

Wahlen zu den Kollegialorganen durchgesetzt werden: Die Studenten sollen nicht mehr wie z.B. bisher in Göttingen unter Vorlage des Studentenausweises (der abgestempelt wird) wählen können, sondern nur noch an einem Ort pro Bereich, nach einem dort vorliegenden Wählerverzeichnis. D.h. die Möglichkeit dezentrale Wahlorte einzurichten, mit Urnen in Institute zu gehen etc. fallen weg. Desweiteren wird teilweise der zeitliche Rahmen enger gezogen (z.B. 3 Tage statt einer Woche), was insgesamt eine erheblich niedrigere Wahlbeteiligung zur Folge haben kann.

Die bisherige **Pädagogische Hochschule** (PH) ist durch das NHG seit dem 1.10.78 offiziell aufgelöst und in die örtlichen Unis integriert (Gö., Han., Bs.), bzw. zur Hochschule umgewandelt (Lüneburg) worden.

Die zunächst formal vollzogene Integration hat zur Folge, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die SP- und FSRäte-Wahlen auch für die PH-Studenten gelten, sie sich daran also beteiligen. Die 'ehemaligen' PH-ASten sollen demzufolge zu Fachschaftsräten umgewandelt werden, was erhebliche finanzielle Einbußen bedeutet. Dagegen wurde zwischen den Uni-und PH-ASten in Hannover und Göttingen vereinbart, daß die PH-ASten weiterhin ihre Funktionen und Autonomie behalten, über das volle Beitragsvolumen der PH-Stundenten verfügen können etc.

An den **Fachhochschulen** (FHS) würde die Durchsetzung der NHG-Bestimmungen die bisherige Praxis völlig umkrempeln. Dort haben die Studentenschaften in weitgehender Autonomie gegenüber der Hochschulverwaltung ihre Organe in der Regel auf Vollversammlungen gewählt und größtenteils auch die Finanzierung der AStA-Arbeit durch selbstständiges Kassieren der Beiträge gewährleistet.

Aufgrund dieser, landesweit sehr uneinheitlichen Situation, aber auch der unterschiedlich starken politischen und organisatorischen Kontrolle der ASten und FSRäte durch die Uni-Bürokratie, haben die einzelnen Studentenschaften, wie auch die Hochschul-Präsidenten verschieden reagiert:

Wo rechte Kräfte die ASten halten, wurde nach Kungeleien mit der Verwaltung die Anpassung der Wahlordnung (z.T. auch der Satzung) durch die SP's vorgenommen (TU Claustal, Tiermedizinische Hochschule Hannover).

An der Uni Oldenburg (Juso/ Basisgruppen-AStA) hat das SP in Übereinstimmung mit dem Präsidenten eine Wahlordnung verabschiedet, deren Bestimmungen mit der bisherigen Wahlpraxis weitgehend übereinstimmen (sollen).

Die Juso/LHV-Mehrheit im SP der TU Hannover hatte ähnliches vor, wovon sie jedoch nach massiven Protesten der anderen Gruppen und zahlreicher FSRäte wieder Abstand nahmen. Der Präsident hat daraufhin eine Wahlordnung erlassen. „Mit Verfügung vom ...“ sind mittlerweile an den meisten Unis solche Ordnungen erlassen worden (Göttingen, Osnabrück, Braunschweig).

In Göttingen (Uni und PH), Hannover (TU und PH), Oldenburg (Uni) und Osnabrück werden sich die verschiedenen Gruppen an den nun stattfindenden offiziellen Wahlen im Januar/Februar beteiligen.

An den Fachhochschulen werden Wahlen von der Studentenschaft autonom durchgeführt, ohne daß NHG-Wahlen ausgeschrieben wurden (Braunschweig/Wolfenbüttel, Hannover, Hildesheim, Holzminden, Oldenburg, Emden, Buxtehude und ect. FHS Hannover).

Die Durchführung eigener und den Boykott der NHG-Wahlen haben die Studenten der TU und PH Braunschweig (per Urabstimmung) sowie die der FHS Wilhelmshaven beschlossen.

An der PH Lüneburg fanden die

Die Durchführung eigener und den Boykott der NHG-Wahlen haben die Studenten der TU und PH Braunschweig (per Urabstimmung) sowie die der FHS Wilhelmshaven beschlossen.

An der PH Lüneburg fanden die

Wahlen bislang immer im Sommersemester statt. Für den Fall, daß der Präsident gemäß NHG noch in diesem Semester Wahlen ausschreibt, sollen diese boykottiert werden.

Wir wollen im folgenden auf die wichtigsten politischen Unterschiede sowie örtlichen Besonderheiten eingehen.

Wahlordnungen anpassen?

Verschiedene Kräfte an den niedersächsischen Unis haben im Zuge der Wahldiskussion vorgeschlagen, daß die Studentenschaften selbst die Anpassungen der Wahlordnungen und Studentenschaftssatzungen vornehmen; kurz, sich an der juristischen Ausformulierung jenes strategischen Ziels beteiligen, daß das NHG für die Studentenschaften so bestimmt: Sie sollen daran mitwirken, *„daß die Hochschule und ihre Organe ihre Aufgabe erfüllen können und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an der Hochschule wahrzunehmen.“* (§ 45,2 NHG).

Für Anpassung traten in Göttingen das auch im AStA vertretene Sozialistische Büro (SB) und in Hannover der Juso/LHV AStA ein. Die Argumentation für eine Anpassung begründete sich aus der Feststellung: *„Das NHG existiert und der Staat hat im Augenblick auch die Macht es umzusetzen“* (SB Flugblatt in Göttingen). Kurz, *„es ist so wie es ist“* (ebenda), nämlich Scheiße. Die Konsequenz aus der Einschätzung, daß an der Uni nichts mehr möglich ist, und es darum geht zu verhindern, *„daß die Wahlproblematik zu einer erneut hirnrissigen Aktion dient“* (ebenda), ist für diese Kräfte die Wahlordnungen selbst anzupassen und gar nicht erst mögliche Zwangsverordnungen abzuwarten.

Man mag die Lage der Studentenbewegung so oder so einschätzen, warum man deswegen daran gehen sollte, selbst an den juristischen Hilfsmitteln zu basteln, mit denen diese noch weiter auf den Hund gebracht werden soll, ist allerdings nicht einsichtig. Die hannoverschen wie die göttinger Anpasser haben dann auch erleben müssen, daß ihre Strategie bei aller „Abgeschlafftheit“ nicht mehrheitsfähig ist. In Hannover hat der AStA dann die Konsequenz gezogen und *„das NHG und die Neuordnung der Studentenschaft zum Anlaß genommen“* (Flugblatt Hannover), eine basisorientierte Wahlordnung vorzulegen, in der sich der Studentenrat ähnlich wie bisher in Braunschweig aus den Fachschaften heraus zusammensetzt. Allein, sie mußten erleben, daß der Staat ein Entgegenkommen durch Ausarbeitung von Wahlordnungen offensichtlich nicht durch Zugeständnisse honoriert. Der Präsident der TU Hannover hat inzwischen ebenfalls eine NHG-konforme zentralistische Wahlordnung erlassen.

Nach dem NHG: Nichts geht mehr?

Wo das Göttinger SB die Studentenbewegung am Ende sieht und von daher zu dem Schluß kommt, daß an der Hochschule wohl nichts mehr läuft, so konstatieren andere Sackgassenpropheten das Ende allein aus der Lektüre des NHG-Textes und kommen dann auch zu gänzlich anderen Schlüssen über das weitere Vorgehen.

Als Beispiel sei hier das AStA-Info der Hochschule Hildesheim vom 20.11.78 angeführt. Hier begründen drei Genossen ihren Vorschlag der Durchführung eigenständiger Wahlen und des Boykotts der Pestel-Wahlen folgendermaßen: Unter der Überschrift „Teilnahme an NHG-Wahlen heißt ja zum NHG“ schreiben sie: *„Es gibt dann (bei Beteiligung an den Pestel-Wahlen, Anm. AK) keine Allgemeine Studentische Vollversammlung (ASV) als oberstes beschluß-*

folgendermaßen: Unter der Überschrift „Teilnahme an NHG-Wahlen heißt ja zum NHG“ schreiben sie: „Es gibt dann (bei Beteiligung an den Pestel-Wahlen, Anm. AK) keine Allgemeine Studentische Vollversammlung (ASV) als oberstes beschluß-

fassendes Organ mehr. Des weiteren gibt es kein Imperatives Mandat mehr und das politische Mandat k a n n n i c h t w a h r g e n o m m e n w e r d e n .“ (Hervorhebungen von uns).

Am deutlichsten wird die Unhaltbarkeit dieser Argumentation an der Frage des Politischen Mandats. Dies ist seit dem Zeitpunkt, als die Linke im Zuge der Studentenbewegung die Burschenschaftler und RCDSler aus diesen Organen jagte und begann diese reaktionären Institutionen für eine demokratische Politik zu instrumentalisieren, Mittelpunkt politischer, juristischer und administrativer Angriffe von Seiten des Staates, der mit Zwangsgeldern und Kriminalisierungen versuchte, die Wahrnehmung des politischen Mandats zu unterbinden. Und genau so lange wird dies Mandat von der Studentenbewegung praktisch wahrgenommen, obwohl es juristisch verboten ist.

Wieso die Verabschiedung und das In-Kraft-Treten des NHG hieran etwas ändern soll, ist völlig unerfindlich, genauso wie die Behauptung: *„ I m m e r , wenn wir... vom politischen Mandat Gebrauch machen, wird der Staat eingreifen“* (ebenda, Hervorhebungen von uns). Der AStA Uni Göttingen hat z.B. seit dem In-Kraft-Treten des NHG diverse Flugblätter und auch Zeitungen zu allgemeinpolitischen Fragen, vom Berufsverbot bis hin zum Aufruf zur Iransolidarität veröffentlicht, ohne daß, mit Ausnahme einer ‚lauen‘ Ermahnung wegen der Iran-Demo, irgendeine Reaktion des Staates daraufhin erfolgte. Offensichtlich befindet sich die Kultusbürokratie momentan nicht in jedem Fall auf Konfrontationskurs.

Es ist also prinzipiell falsch, die Frage nach den Möglichkeiten von Politik an der Hochschule allein aus dem Text von Gesetzen heraus einzuschätzen. Da zählt immer noch das konkrete Kräfteverhältnis vor Ort eine ganze Menge. Das gleiche gilt für einen Boykott der Pestel-Wahlen. Hier zählt nicht so sehr, was das Gesetz vorschreibt, sondern was konkret mit den Kräften vor Ort durchsetzbar ist.

> **SP-Wahlen nach neuem Hochschulrecht**
>
> Auf eine ganz „raffinierte“ Art und Weise hat sich der MSB an der Fachhochschule Niederrhein aus dem Studentenparlament manövriert. Der Erfolg des von MSB und SHB probagierten Wahlboykotts ließ, wie auch andernorts, den RCDS in die studentischen Vertretungsorgane einziehen. Bei einer Wahlbeteiligung von nur annähernd 9% erhielt der RCDS ca. 80% der abgegebenen Stimmen und stellt somit für das kommende Jahr den AStA der FHN.

MSB: Schaumschläger am Werk

An die Spitze einer spontanen Boykottstimmung haben sich die Revisionisten des MSB zu stellen versucht. In ungewohnter Radikalität behauptet er: *„ Ein aus Pestel-Wahlen hervorgegangener AStA – und mag er sich noch so links gebärden – ist ein AStA, der sich bereits bei seiner Wahl Pestel gebeugt hat“* (MSB Flugblatt aus Göttingen vom 30.11.78). Ihre These, die sie allerdings nicht näher begründen, ist, daß in einem solchen AStA nichts mehr möglich ist, weil er durch die Teilnahme an den Wahlen *„ bereits geschwächt in den ersten Konflikt (hineingeht)“* (ebenda).

Wer nun erwartet, daß der MSB seiner Argumentation zum Boykott der Pestel–Wahlen eine Einschätzung über das Kräfteverhältnis folgen läßt, kennt den MSB schlecht.

Wer nun gar erwartet, daß der MSB Vorschläge macht, wie der MSB sich die aktive Durchführung des Boykotts vorstellt (durch Gewalt? oder durch Posten an den Briefkästen, um

über das Kräfteverhältnis folgen läßt, kennt den MSB schlecht.
Wer nun gar erwartet, daß der MSB Vorschläge macht, wie der MSB sich die aktive Durchführung des Boykotts vorstellt (durch Gewalt? oder durch Posten an den Briefkästen, um

die Briefwahl zu verhindern?), ist ein Phantast.

Nein, nur wenige Zeilen nachdem sich die Revisionisten p r i n z i p i e l l gegen eine Beteiligung an Pestel-Wahlen ausgesprochen haben und die Durchführung eigenständiger Wahlen auf Basis der alten, teilweise nicht minder reaktionären Wahlordnungen gefordert haben, schreiben sie: *„ Was liegt da näher, als den von Pestel aufgezwungenen Wahlrahmen zu einer Urabstimmung und zu einem Boykott genau dieser Pestel-Wahlen umzufunktionieren?“* (ebenda). Sie schlagen vor, daß die "Linkskräfte" auf der Basis eines Urabstimmungstextes kandidieren, in dem erklärt wird, daß die Wähler dieser Gruppen einzig den aus den „illegalen“, in eigener studentischer Regie abgehaltenen Wahlen hervorgegangenen AStA anerkennen. Also doch Teilnahme an den Pestel-Wahlen. Nur wollen sie vorher eine Wahl durchführen, an der sich aller Erfahrung nach höchstens die Linken, wahrscheinlich sogar noch weniger, beteiligen. So entstände die für die Linke äußerst ungünstige Situation, daß einmal ein von allen Studenten gewählter AStA existiert und andererseits ein nur von Linken gewählter.Das würde in der Frage der Legitimation große Schwierigkeiten bedeuten.

Wenn schon Boykott, was möglich ist, dann richtig! D.h. letzlich auch die Verhinderung der NHG-Wahlen. Aber das ist dem MSB natürlich zu radikal.

Braunschweig: Es geht eine ganze Menge

In Braunschweig steht sowohl an der TU wie an PH und FHS der Boykott auf der Tagesordnung, so wollen es die mit guter Beteiligung (36 %) gelaufenen Urabstimmungen. Die Bedingungen für diesen Boykott sind nicht schlecht. Dafür spricht nicht nur die Beteiligung an der Urabstimmung, sondern insbesondere die Bereitschaft der unterlegenen Befürworter einer Beteiligung an Pestel-Wahlen auf Basis einer Einheitsliste (KB, KSV, BG Minderheit und Jusos) sich auch für die Durchsetzung des Boykott-Beschlusses einzusetzen. Dafür spricht auch die hektische Reaktion der Uni-Bürokratie auf den Boykottbeschluß. Hatte der Präsident in seiner aufgezwungenen Wahlordnung den Fachschaften noch 25 Sitze im 60-köpfigen Studentenparlament zugestanden, so deutete er nach der Urabstimmung an, möglicherweise doch alle Sitze so zu besetzen (wie bisher), damit der Boykott abgeblasen wird.

Wenn es gelingt, den Boykott durchzusetzen (geplant ist ein „argumentatives“ Verhindern der Stimmabgabe an den Urnen), wenn es gelingt, die Wahlbeteiligung weit unter die bisherige Wahlbeteiligung zu drücken und somit einem rechten Pestel-AStA für jedermann sichtbar die Legitimationsbasis in der Studentenschaft zu rauben, und wenn es gelingt, zu der eigenständigen AStA-Wahl eine Beteiligung ähnlich der der Urabstimmung zu erreichen, dann ist der Weg erstmal frei für ein breit in der Studentenschaft verankertes staatsunabhängiges Organ. Wichtig wird hierbei auch die Finanzierung dieses Organs durch seine Wähler und

Wahl eine Beteiligung ähnlich der der Urabstimmung zu erreichen, dann ist der Weg erstmal frei für ein breit in der Studentenschaft verankertes staatsunabhängiges Organ. Wichtig wird hierbei auch die Finanzierung dieses Organs durch seine Wähler und

der Boykott des Pestel-AStA sein.

Ob und wieweit sich dieser staatsunabhängige AStA über Jahre halten lassen wird, darüber zu spekulieren ist heute mehr als fehl am Platze. Es kann durchaus sein, ja es ist fast sicher nach den Erfahrungen aus Westberlin, Bayern und Baden Würtemberg, daß sich die Frage der Beteiligung an den reaktionären Institutionen wie NHG-AStA in ein oder zwei Jahren neu stellt. Nur ist dies eben keine prinzipielle Frage, wie es auch der Boykott nicht ist, auch wenn es bestimmte Boykottbefürworter von Anfang an so darstellten, sondern eine Frage der Einschätzung des Kräfteverhältnisses an der Hochschule.

Hier ist kein Platz einem mehr oder weniger netten Kommentatorentum zu frönen, sondern für die Braunschweiger Studenten steht momentan die Frage Erfolg oder Nicht-Erfolg des Boykotts auf der Tagesordnung. Für einen Erfolg sollten alle Kräfte mobilisiert werden.

KHB/Göttingen in Zusammenarbeit mit KB Genossen an anderen niedersächsischen Hochschulen

Studentenparlamentswahlen

Nach den im Dezember gelaufenen Studentenparlamentswahlen an der Fachhochschule Münster/Burgsteinfurt besteht die Möglichkeit, den „gewerkschaftlich-orientierten“ AStA (MSB/SHB) durch einen AStA aus Jusos und Basisgruppen zu ersetzen. Das Wahlergebnis im einzelnen:

RCDS	33,5%	8 Sitze (bisher 3)
Jusos	33,3%	7 (4)
MSB	8,7%	2 (8)
Basisgruppen	9,3%	2 (3)
SHB	10,6%	2
GO	3,6%	0 (5)

Der Wahlaufruf des RCDS erklärt sich daraus, daß an der Fachhochschule (im Gegensatz zur Uni) die Zwangsmitgliedschaft in der Verfaßten Studentenschaft erst nach der Verabschiedung des Studentenschaftsgesetzes im Frühjahr 78 eingeführt worden ist und viele Rechte somit erstmals wählten.

Das Studentenparlament wird am 11. Januar über die Zusammensetzung des neuen AStA entscheiden.

KB-Sympathisanten Münster

SP-Wahlen in Kassel „ohne Rechtswirkung"

Vier Tage vor Beginn der Weihnachtsferien flatterte dem Basisgruppen-AStA der Gesamthochschule Kassel ein Weihnachtsgeschenk des hessischen Kultusministers ins Haus: ein Erlaß, der die letzten Wahlen zum Studentenparlament und damit die Wahl des AStA für ungültig erklärt und sofortige Neuwahlen fordert. Die geringere Wahlbeteiligung dieses Semesters im Vergleich zum Vorjahr hatte ein Ex-RCDS'ler und heutiger Beamter im Kultusministerium namens Pfaffendorf im August zum Anlaß genommen, bei der Zentralverwaltung der Hochschule zu erkunden, warum es keine Briefwahlmöglichkeit gegeben und keine Gleichzeitigkeit mit anderen Gremienwahlen stattgefunden habe. Diese beiden Vorschriften sind mit der Verabschiedung des neuen Landeshochschulgesetzes im Juni in Kraft getreten. Die Zentralverwaltung und der AStA hatten diese Anfrage mit dem Hinweis beantwortet, daß Gremienwahlen erst im Februar 79 stattfinden würden und die Einleitung der SP-Wahlen schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes erfolgt wäre. Die Briefwahl sollte aus technischen Gründen erstmalig im Sommersemester 80 erfolgen.

Es schien, als sei die Sache erledigt - bis dann der besagte Erlaß kam. Der vom AStA eingelegte Widerspruch hat aufschiebende Wirkung; somit bleiben AStA und Studentenparlament vorerst im Amt.

Der Präsident der Gesamthochschule „erklärte sich bereit", die bisherigen AStA- und Studentenparlamentsmitglieder kommissarisch im Amt zu belassen, *„um die Funktionsfähigkeit der Studentenschaft weiter zu gewährleisten"*. Allerdings nur *„unter der Voraussetzung, daß Sie sich bereit erklären, die für die Durchführung der Wahlen zum Studentenparlament und den Fachschaftsräten erforderlichen Maßnahmen zu treffen"*. (Brief des Präsidenten an den AStA)

Der Basisgruppen-AStA hat beschlossen, alle möglichen rechtlichen Maßnahmen gegen den Erlaß einzuleiten und einer kommissarischen Einsetzung durch die Zentralverwaltung einschließlich der geforderten Bedingungen zuzustimmen. Der AStA schlägt für die Neuwahlen eine Beteiligung aller politischen Hoch Hochschulgruppen auf einer Einheitsliste „Für autonomes Studentenparlament, AStA und Fachschaftsräte" vor. Die Verteilung der Sitze soll danach entsprechend dem wahlergebnis vom Juli 78 erfolgen, so daß die Mehrheitsverhältnisse und die Besetzung des AStA sich nicht ändern (nach einem Info des AStA).

RCDS und SLH gegen „Volksfrontpolitik" des VDS

Seit einiger Zeit rührt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), unterstützt von „FAZ" und „Welt", die Werbetrommel gegen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und für die *„Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Bundesstudentenkonferenz, die ein entsprechendes Mitspracherecht bei den politischen Entscheidungsträgern erhält und sich entsprechend den Mehrheitsverhältnissen der einzelnen Studentenparlamente zusammensetzt"* (1). Die Begründung: *„Die VDS (haben) in den vergangenen Jahren studentische Interessen permanent in den Wind geschrieben und sich nur noch mit Volksfrontpolitik und Klassenkampfproblemen beschäftigt"*, sie seien *„völlig unrepräsentativ"* zusammengesetzt, *„die Volksfront verlangt einen antipluralistischen Alleinvertretungsanspruch"* und werfe das Geld zum Fenster raus (1).

Auch der Sozial-Liberale Hochschulbund (SLH) beklagt sich über die *„undemokratischen Zustände"* in den VDS. Die Gründung eines Gegenverbandes hält er zwar für *„völlig fehl am Platze"*, sieht es aber als notwendig an, der Studentenschaft *„weitgehende Reformvorschläge"* zu unterbreiten, die die Wahl der VDS-Delegierten nach hochschulweiten Listen durch die Studenten der einzelnen Hochschulen fordern. (2)

RCDS und SLH unterrepräsentiert?

Der Hauptvorwurf von RCDS und SLH richtet sich gegen die *„undemokratischen Zustände"* in den VDS, gegen die *„unrepräsentative Zusammensetzung"*, womit sie nichts anderes beklagen, als daß die Rechten in den VDS nur eine kleine Minderheit darstellen. Die Mitgliederversammlung der VDS besteht heute aus Ver

den VDS nur eine kleine Minderheit darstellen. Die Mitgliederversammlung der VDS besteht heute aus Ver

tretern der einzelnen ASten. Da es nur sehr wenige rechte ASten in der BRD gibt, ist der RCDS folgerichtig nur mit wenigen Mitgliedern in den VDS vertreten.

Dies zu ändern, versprechen sich RCDS und SLH durch die Einführung neuer Wahlverfahren. Der SLH durch Direktwahl der VDS-Vertreter durch die Studenten der einzelnen Hochschulen – bloß, warum sollten die Studenten eine größere Bereitschaft zeigen, Rechte in die VDS zu wählen, als bisher in die ASten? Der RCDS verlangt, anstatt wie bisher Vertreter der ASten zu entsenden, eine Repräsentation auch der Minderheiten der Studentenparlamente in einem zentralen Studentenverband – und vergißt, daß auch dadurch sich nichts wesentliches an den Mehrheitsverhältnissen ändern würde, denn die rechten Minderheiten in den bundesdeutschen Studentenparlamenten sind meist verschwindend klein. Auch RCDS und SLH wissen genau, sie mußten in der letzten Zeit immer wieder die Erfahrung machen, nicht „undemokratische" Wahlverfahren oder „kommunistische Machtpolitik" sind die Ursache dafür, daß rechte Organisationen in studentischen Vertretungsorganen und Gremien kaum oder gar nicht vertreten sind, sondern die Ablehnung ihrer reaktionären Politik in breiten Teilen der Studentenschaft. Nicht zuletzt die „FAZ" selbst mußte dies nach einer Umfrage erklären. Demnach geht es ihnen nicht um mehr Demokratie, sondern darum, der für die „Machtpolitik der K-Gruppen" zu liefern. Es geht ihnen darum, einen politischen Einfluß rechter Organisationen vorzutäuschen, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, und sich als Sprecher der Studentenschaft, besonders der vielzitierten „schweigenden Mehrheit" aufzuspielen. Keine andere Organisation ist heute weniger legitimiert für die Mehrheit der Studenten zu sprechen als RCDS und SLH!

Bundesstudentenkonferenz statt VDS?

Da in den Augen des RCDS die VDS *„jegliche politische Legitimation zur Vertretung aller deutschen Studenten verwirkt"* haben (3), schlägt er nun die *„Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Bundesstudentenkonferenz, die ein entsprechendes Mitspracherecht bei den politischen Entscheidungsträgern erhält"*, vor.

Eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist definiert als „Verband von Mitgliedern, der ... **unter staatlicher Aufsicht (!)** selbständig Verwaltungsaufgaben wahrnimmt"(4). Heute sind die VDS eine Vereinigung der einzelnen ASten, der zwar das Recht auf finanzielle Förderung aberkannt werden konnte, die ansonsten aber tun und lassen kann, was s i e will. Diesem Treiben will der RCDS mit seinem Vorschlag durch staatlichen Eingriff und Aufsicht ein Ende setzen. Es ist geradezu pervers, ein Verband, der die Interessen seiner Mitglieder erfahrungsgemäß gerade immer **gegen den Staat** vertreten muß, soll dies in Zukunft unter Aufsicht desselben tun.

Dieser Vorschlag deutet gleichzeitig an, daß der RCDS die Aufgaben dieser Bundesstudentenkonferenz zu beschränken gedenkt auf „Mitspracherecht" in der Diskussion um Gesetzentwürfe, was nichts anderes heißt, als die bestehende linke Studentenvertretung durch eine bundesweite Schwatzbude zu ersetzen, in der der „demokratische Dialog" mit Politikern bis hin zur CSU geübt wird.

Die Begründung, die der SLH für die Notwendigkeit einer bundesweiten Studentenvertretung angibt, ist ebenso bezeichnend: *„Gesamtstaatlich organisierte Verbände, Parteien, die politischen Entscheidungsträger etc. brauchen dringend einen funktionsfähigen Ansprechpartner auf studentischer Ebene."* (2) Dies bezeichnet nicht das Interesse der Studentenbewegung an einem Dachverband, sondern das der Bourgeoisie!

Die Studentenbewegung braucht ein Vertretungsorgan, das unabhängig ist vom Staat und den bürgerlichen Parteien, das sich darauf konzentriert, den Widerstand gegen die Angriffe – die ja bekanntlich gerade vom Staat und diesen Parteien ausgehen – zu organisieren.

Angriffe – die ja bekanntlich gerade vom Staat und diesen Parteien ausgehen – zu organisieren.

Feldzug gegen die „Volksfront"

Besondere Vorwürfe erheben die Rechten gegen Jungsozialisten und Jungdemokraten bzw. den Liberalen Hochschulverband (LHV): *„Jungsozialisten und Jungdemokraten werden zu 'Totengräbern studentischer Interessen', wenn sie nicht sofort aus den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) 'aussteigen'."* Denn, so meinte RCDS-Vorsitzender Heckelmann, *„für die Tatsache, daß Kommunisten an den deutschen Hochschulen dennoch 'solch starke Bastionen' hätten, trügen die Jungsozialisten und Jungdemokraten durch ihre Bündnispolitik ... die alleinige Verantwortung"*. (5)

Es war von jeher innigstes Anliegen des RCDS, die „Volksfrontkoalitionen" von Jusos, teilweise auch LHV und Kommunisten aufzubrechen, an deren Stelle die gleiche „Einheit der Demokraten" zu setzen, die die Mutterparteien CDU, SPD und FDP praktizieren. Denn allein wird es RCDS und SLH nicht gelingen, die Linken an den Hochschulen zurückzudrängen.

Da sowohl Jusos als auch Judos und LHV bisher nicht zu bewegen waren, ihre grundsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem RCDS aufzugeben (dabei sollte es auch bleiben!), legt der RCDS seit einigen Jahren sein Hauptaugenmerk darauf, SPD und FDP aufzufordern, stärker auf ihre Jugendorganisationen einzuwirken, *„demokratische Koalitionen einzugehen, anstatt mit Verfassungsfeinden zu koalieren"*.(6) Um dies zu erreichen geht der RCDS bis zur namentlichen Denunziation von Juso-Mitgliedern, um der SPD-Führung *„Gelegenheit zu geben, die Abgrenzungsbeschlüsse der Partei zu praktizieren"*. (7) Die Hoffnung aufgegeben, den Einfluß der Linken in absehbarer Zeit auf einigermaßen demokratischem Wege eindämmen zu können, ist dem RCDS jedes Mittel recht: Diffamierung, Denunziation und der Ruf nach mehr Repression der Linken durch den Staat.

Anmerkungen:
(1) „FAZ", 6.11.78
(2) SLH-Magazin, Winter 78/79
(3) Flugblatt des RCDS, LV/HH
(4) Bertelsmann Handlexikon
(5) „Welt", 26.7.78
(6) RCDS-Magazin, 1/77, S.11
(7) „SZ", 5.4.77

SSB/Hamburg

Landesastensprecherin wegen „Nötigung" verurteilt

Hamburg: Am 14. Dezember 78 wurde Corinna Hauswedell, z.Zt. im SP-Präsidium an der Uni Hamburg, in erster Instanz vor dem Amtsgericht Hamburg zu einer Geldstrafe in Höhe von 500 DM verurteilt, da der vorsitzende Richter Brüggeman den Tatbestand der „Nötigung" als erfüllt ansah.

Der Grund: „... *sie habe eine Minorität von studierwilligen Studenten durch Aufzwingen einer Diskussion vom Studium abgehalten"* (aus einem AStA Info, Uni Hamburg). Man ist versucht, anzunehmen, daß dies eigentlich nicht strafbar sein kann, wenn man zudem erfährt, daß das Seminar, um das es hier geht, bereits eine Woche vorher beschlossen hatte, diese Diskussion am 2.12.77 während des bundesweiten Streiks zu führen. Wenn man darüber hinaus weiß, daß der akademische Senat seiner Zeit die Parole ausgab: „Diskussion statt Konfrontation", so bohrt sich das Fragezeichen schier durch die Schädeldecke. Bei genauerer Beleuchtung der Umstände jedoch dürfte so manches klar werden.

So bestanden die „studierwilligen Studenten" zum größten Teil aus fachbereichsfremden JUlern und RCDSlern, sowie deren großen Brüdern aus Bundestag und Hamburger Bürgerschaft. Nämlich dem CDU-Bundestagsabgeordneten Reimers und dem nicht ganz soviel Diäten beziehenden Mitglied der HHer Bürgerschaft Peter Schmidt.

Diese hatten, nachdem sie durch lautes Gepöbel die Veranstaltung praktisch gesprengt hatten, noch die ihnen eigene Dreistigkeit, Strafantrag gegen Corinna zu stellen, bzw. dies von der Uni-Verwaltung zu fordern. Selbst die sonst nicht gerade pingelige Uni-Verwaltung kam dieser Forderung erst drei Monate später nach, nachdem MdBü Peter Schuld (CDU) massiv bei der Uni-Verwaltung mit flankierender Unterstützung der „Bildzeitung" interveniert hatte.

In dem Verfahren und während des Prozesses trat dieser „studierwillige" CDU-Mop als Zeuge gegen Corinna auf. Alle wußten das gleiche zu berichten: der normale Lehrbetrieb sei gestört worden, es hätte Krawalle gegeben und unter Gewalt seien sie gewichen. Diese Darstellung ist so richtig, wie es richtig ist, eine Fläche die zu 90% weiß und zu 10% schwarz ist als schwarze Fläche zu bezeichnen. Daß Staatsanwalt und Richter sich dieser Logik anschlossen, verwundert jedoch nicht, entspricht sie doch voll einem vom Oberverwaltungsgericht am Anfang letzten Jahres gefällten Urteil, in dem ausgeführt wird, daß ein Diskussionsbegehren dann als Störung zu betrachten ist, wenn der Seminarleiter dieses Begehren nicht unterstützt.

Prozeßgruppe SSB/Hamburg

Freispruch für Studenten in dritter Instanz aufgehoben

Westberlin: Ende November 1978 hob der Dritte Strafsenat des Kammergerichtes in Westberlin Urteile des Schöffengerichtes Tiergarten und der vierten Großen Strafkammer des Landgerichtes auf. Beide Instanzen hatten zuvor drei Studenten der FU vom Vorwurf der „Nötigung" freigesprochen, die diese an dem Historiker Prof. Zipfel im Zuge eines Diskussionsbegehrens „begangen" haben sollen.

Zipfel hatte, nachdem während eines uniweiten Vorlesungsboykotts auf den Klo's Sprüche auftauchten, die u.a. empfahlen, seinen Kollegen Möller zu kastrieren, dies mit dem Geschrei der SA und SS wie „Juda verrecke" verglichen, worauf ihn einige Tage später Studenten in seinem Seminar aufforderten zu diesem Vergleich Stellung zu beziehen und mit ihnen darüber zu diskutieren.

Daran dachte aber Herr Prof. Zipfel überhaupt nicht und verzog sich stattdessen in sein Arbeitszimmer, allerdings wurde er von einer Anzahl Studenten begleitet, die aber sein Arbeitszimmer ziemlich bald wieder verließen, sodaß der Herr Professor sogar seine Lehrveranstaltung weiter abhalten konnte.

Hierin nun sahen weder erste noch zweite Instanz einen strafrechtlich relevanten Tatbestand begründet, zwar räumte das Landgericht als zweite Instanz ein, daß es zu dem Versuch der Nötigung gekommen sei, es jedoch an der Rechtswidrigkeit fehle, zumal der Vergleich mit dem Nationalsozialismus geeignet sei, „böses Blut" zu schaffen.

Dem nun widersprach das Kammergericht, das das Urteil aufhob und zur erneuten Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichtes verwies. Es führte in seiner Begründung aus, daß die Störung einer Lehrveranstaltung durch die zum Abbruch derselben führt, immer als „verwerflich" anzusehen ist. Ebenso wies das Kammergericht jede Kritik an Zipfel zurück, denn dieser habe ja nur auf die „geschmacklosen" Toilettensprüche der Studenten reagiert.

Wie hätte wohl das gleiche Kammergericht entschieden, wenn auf der Toilette nicht Sprüche geschrieben worden wären, sondern im Zuge der Terroristenfahndung ein Student von der Westberliner Polizei in „putativer Notwehr" erschossen worden wäre und in eben diesem Zusammenhang der Vergleich zum Nationalsozialismus gezogen worden wäre?

Prozeßgruppe SSB/Hamburg

Berufsverbot und Wissenschaft

Die 1975 entstandene „Initiative Hamburger Hochschullehrer gegen Berufsverbote", die sich seit ihrer Gründung mit Berufsverboten aus allen Bereichen befaßt und auch schon Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt hat, veranstaltet jetzt eine Vortrags- (bzw. Diskussions-)reihe über „Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit. - Zum gegenwärtigen Verhältnis von Politik und Wissenschaftsentwicklung".

Unter diesem Thema sollen Wissenschaftler aus verschiedenen Fachbereichen über Tendenzen in ihrem Fachgebiet berichten, die mit der allgemeinen politischen Entwicklung, insbesondere den Auswirkungen der Berufsverbote, Zusammenhängen, und die bereits jetzt - sei es durch unmittelbare Einwirkungen oder indirekter über den Umweg der Selbstzensur - zu erheblichen Einschränkungen der „Wissenschaftsfreiheit" geführt haben und führen. Die Veranstaltungen finden jeweils Donnerstags um 19.30 Uhr im Hörsaal G des Philosophenturms (Uni Hamburg) statt. Das Programm sieht folgendermaßen aus:

11.1.1979	Prof. Dr. Norman Paech *Die Wissenschaftsfreiheit der Rechtswissenschaft*
18.1.1979	Prof. Dr. Wolfgang Detel, *Philosophische Begründungsprobleme des Radikalenbeschlusses*
25.1.1979	Prof. Dr. Klaus Dörner, Prof. Dr. Heiner, Prof. Dorum Kaupen-Haas, *Irren ist menschlich*
1.2.1979	Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel, *Friedensforschung und gesellschaftliche Widersprüche*
8.2.1979	Prof. Dr. Peter Cornehl, *Schwierigkeiten mit der Freiheit in Theologie und Kirche - Auch eine Selbstkritik*
15.2.1979	Dr. Horst Bredekamp, Prof. Dr. Klaus Herding, *Kunstgeschichtliche Alternativen*

Freispruch und Einstellung im BGH-Prozeß

Bremen: Unter Anwesenheit von gut 50 Kommilitonen der Bremer Uni, wurden am 14.12.78 der Student H.J.Lukow von dem Vorwurf des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" freigesprochen (er soll sich vor ein Polizeiauto gelegt haben, um den Abtransport von Festgenommenen zu verhindern), gegen den Mitangeklagten G.Kempe wurde das Verfahren eingestellt. Ihm wurde von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, er hätte einen fotographierenden Spitzel behindert und geschlagen.

Vor dem Prozeß hatte die INITIATIVE GEGEN HOCHSCHULPROZESSE ein Solidaritätsfest organisiert, auf dem über das anstehende Verfahren berichtet wurde; und so ist es wohl auch zu erklären, daß dieser Prozeß recht gut besucht war.

Prozeßgruppe SSB/Hamburg

Berufsschüler wehren sich

In Kassels Berufsschulen herrscht seit Jahren eine akute Raumnot. In der Martin-Luther-King-Schule wird sogar auf dem Boden und im Keller unterrichtet. Die P.J.v.Reuter-Schule hat wegen Raummangel 4 Außenstellen, die Hecker-Schule 7. In Lärm und Gestank von Hauptverkehrsstraßen oder auch "am Ende der Welt", ohne Unterrichtsmaterial und Fachräume, ohne Parkmöglichkeiten und mit weiten Anfahrtswegen wird dort "unterrrichtet". Es gibt keine Räume und keinen Hof für die Pausen und z.T. nicht mal ausreichend Toiletten. Das Gesundheitsamt hat in einem Fall sogar schon – erfolglos – verboten, dort Unterricht abzuhalten. Die Berufsschüler fordern deshalb die sofortige Schließung aller Außenstellen und den kurzfristigen Pavillionbau nahe der Hauptgebäude. Die Reuterschule fordert die sofortige Anmietung und den Ausbau (Kosten ca. 825.000,- DM) eines Privatgebäudes in der Nähe ihres Hauptgebäudes.

Für den 13. und 14.12.78 planten die Schülervertretungen der Reuter- und der Heckerschule 2 Aktionstage. Hierzu wurde Flugblätter für die Berufsschulen und ein Flugblatt zur Information aller Kasseler Schüler erstellt und verteilt. In der Reuterschule wurden an diesen Tagen die Außenstellen geschlossen und zu verschiedenen Themen alternativer Unterricht angeboten. Eine Podiumsdiskussion, an der Vertreter der 3 bürgerlichen Parteien, des DGB und der Industrie- und Handelskammer teilnahmen, fand statt.

Am Mittwochvormittag zogen Schüler der Reuterschule mit Transparenten und Schulstühlen durch die Innenstadt, auf der "Suche nach geeigneten Räumen". Diese "fanden" sie dann im Stadtschulamt vor, wo sie ihren Unterricht demonstrativ fortsetzten. Am Donnerstag, den 14.12., fand eine Demo mit 600 Berufsschülern statt.

Am Montag, dem 19.12., wurden in den 3 Berufsschulen Vollversammlungen abgehalten und eine erneute Demo bei der Polizei angemeldet. Diese verbot einen Demo-Zug durch die Stadt, genehmigte allerdings eine Kundgebung am Rathaus. So zogen dann am gleichen Tag wieder 500 Schüler zum Rathaus, wo sie lautstark „Wir sind wieder da" im die sind munter!" sollten Becker und Co. zu einer Stellungnahme zwingen. Daraufhin schlug Becker vor, am nächsten Tag mit 200 Schülern im Rathaus zu reden. Es kamen 300 Berufsschüler, denen 3 Vertreter der Stadt gegenüber saßen (u.a. Becker und Oberbürgermeister Eichel). Die Diskussion brachte nichts Neues. Den Forderungen der Schüler wurde vom OB Eichel nur entgegengehalten, daß es „Dank" des Druckes der Berufsschüler einen Durchbruch in ‚Sachen' 3. Berufsschulzentrum gebe (dessen Bau schon jeahrelang geplant war und demnächst endlich in Angriff genommen werden soll). Allerdings wird dieses Zentrum nicht die Raumprobleme an den Kasseler Berufsschulen lösen, da mit einem Anstieg der Schülerzahl gerechnet wird. Ansonsten wurden die Schüler darauf vertröstet, daß 2 Außenstellen der Hecker- und der Reuterschule ab 1.2.79 geschlossen werden sollen.

Nach den Ferien sind bereits von den SV'en Termine geplant, auf denen sie die Lage und über eventuelle weitere Aktionen beraten wollen.

Ein Lehrlingsgenosse des KB/Gruppe Kassel

Schülerstreik gegen Prüfungsverschärfungen



Bremen: 2.000 Schüler demonstrierten gegen Prüfungsverschärfungen


Bremen: 2.000 Schüler demonstrierten gegen Prüfungsverschärfungen



Schülerversammlung vor einer Außenstelle

Am 14. Dezember demonstrierten in Bremen über 2000 Schülerinnen und Schüler gegen den angedrohten Abbau der "Reform – NGO" (Oberstufe des Gymnasiums). Diese Demonstration war der Höhepunkt eines Schulstreiks, der an drei von vier aller Bremer Gymnasien durchgeführt wurde.
durchgeführt wurde.

Es ging um das sog. "Tossens-Papier" der Bremer Schulbehörde, das eine grundlegende Verschlechterung der Lernbedingungen ankündigte:

1. Bisher hatten die Schüler der Oberstufe die Möglichkeit, jedes Semester einen Kurs nach ihren Interessenschwerpunkten neu zu wählen und auch inhaltlich mitzubestimmen. In Zukunft sollen Folgekurse, die aufeinander aufbauen, eingerichtet werden. D.h. ein einmal gewählter Kurs kann nicht mehr

vier aller Bremer Gymnasien durchgeführt wurde.
durchgeführt wurde.
Es ging um das sog. "Tossens-Papier" der Bremer Schulbehörde, das eine grundlegende Verschlechterung der Lernbedingungen ankündigte:
1. Bisher hatten die Schüler der Oberstufe die Möglichkeit, jedes Semester einen Kurs nach ihren Interessenschwerpunkten neu zu wählen und auch inhaltlich mitzubestimmen. In Zukunft sollen Folgekurse, die aufeinander aufbauen, eingerichtet werden. D.h. ein einmal gewählter Kurs kann nicht mehr
gewechselt werden.

2. Die Prüfungsbedingungen werden verschärft. Bisher haben die Schüler in der Prüfungsphase nur Unterrricht in 4 Prüfungsfächern. d.h. eine konzentrierte Vorbereitung aufs Abi ist i n der Schule möglich. Dies soll geändert werden. Die Prüfung wird ans Ende des letzten Semesters gelegt. Die Schüler werden aufgefordert, sich zu Hause auf die Prüfung vorzubereiten, denn in der Schule ist keine Zeit dazu: es wird benoteter Unterricht in 8 - 9 Fächern erteilt.

Dagegen setzen sich die Schüler zur Wehr. Nachdem sie im Dezember die Eltern informiert und vergeblich mit der Behörde verhandelt hatten, sagten sie schließlich mit Streik und Demonstration den Verschlechterungen im Bildungsbereich den Kampf an. Im Januar soll es weitergehn!

Eine Genossin aus Bremen

Polizeieinsatz im Saarbrücker Jugendzentrum
Leserbrief

Am Samstag, dem 16. Dezember fand in den Räumen des Saarbrücker Jugendzentrums in der Försterstraße ein großes Fest statt. Veranstalter war die ARBEITERSELBSTHILFE (ASH) Saarbrücken. Sinn des um 17 Uhr beginnenden Festes war, auf die erst seit kurzer Zeit existierende Initiative ASH aufmerksam zu machen.

Aufgrund der zahlreichen künstlerischen Beiträge erstreckte sich das Fest bis weit über Mitternacht. Kurz vor zwei Uhr tauchte die Polizei auf, alarmiert durch einen Anrufer. Die beiden Künstler, die beim Eintreffen der Polizei dabei waren, ihre Lieder vorzutragen, bekommen eine Anzeige wegen nächtlicher Ruhestörung. Daraufhin entsteht ein Auflauf von ca. 100 Leuten vor dem Jugendzentrum. Zu den zwei anwesenden Streifenwagen gesellt sich noch ein VW-Bus der Polizei. Derweil macht sich die aufgebrachte Menge in Sprechchören über die Polizei lustig. Ein in die Menge eingekeiltes Polizeifahrzeug wird an der Abfahrt gehindert.

Ein offensichtlich betrunkener Jugendlicher tritt gegen die Tür eines Polizeifahrzeuges, woraufhin ein paar Polizisten aus dem Wagen springen und den „Störenfried" zusammenschlagen. Schreie, Flüche, blitzschnell ist eine Schlägerei in Gange: Vereinzelte Rufe: „Aufhören"!

Mit einer Schnelligkeit, die ich nie für möglich gehalten hätte, tauchen von allen Seiten Polizeifahrzeuge auf. Blaulichter, Martinshörner. Auch der letzte Anwohner und die halbe Bevölkerung des Nauwieserviertels dürfte nun endgültig in ihrer Ruhe gestört sein.

Hundegebell und Schlagstöcke. Zwei Leute werden verhaftet und abgekarrt. Leute, die sich vor die Polizeifahrzeuge auf den Boden setzen, werden weggeschleift. Die Menschen sind verstört durch die Brutalität der Beamten. Eine Frau kriegt einen Weinkrampf. Auch andere fangen an zu heulen.

Sicherlich war es nicht nötig, die Polizisten daran zu hindern, gleich abzuhauen. Dennoch ist es mir verständlich, daß die Leute sich ohnmächtig fühlen, weil sie die Beendigung ihres Festes einfach hinnehmen müssen, ebenso wie die Anzeige gegen die Liedermacher. Kein klärendes Gespräch, kein Versuch , eine Lösung zu suchen, nur Gesetze, Vorschriften, Strafe. Als wenn's davon nicht übergenug für Jugendliche gäbe.

Der Betrunkene hätte auch sicherlich nicht unbedingt gegen das Polizeiauto treten müssen. Muß er aber deshalb gleich zusammengeschlagen werden? Hat der denn einen Polizisten verprügelt? Und nun schlägt auch der Zorn und die Ohnmacht der Zuschauer in offene Gewalt um. Bestimmt nicht nur wegen der Brutalität der Beamten, sondern auch aus Zorn darüber, daß die Beamten sowas machen können, ohne daß sich für sie Konsequenzen aus ihrem Verhalten ergeben. Im Gegenteil. Der Betrunkene wird wohl zu seinem körperlichen und seelischen Schaden auch noch ein Verfahren an den Hals kriegen.

Ein Freund aus Saarbrücken

Abendgymnasium: Erneuter Polizeiüberfall

Frankfurt. Mit einem wiederholten Polizeieinsatz gegen die Abendgymnasiasten, wurde die Auseinandersetzung um den Weiterbestand der AG von Neuem angeheizt. Am Nachmittag des 14.12. (ein Tag zuvor war das Ultimatum, den Unterricht wieder aufzunehmen, andernfalls zumindest ein Semester zu verlieren, abgelaufen) versammelten sich ca. 150 Schüler des AG (darunter auch Stu-

berichtet weiter, und Personalratsvorsitzender Wimmer unterstützt ihn als Zeuge, dann hätten ihn Beamte mit Fäusten traktiert. Freudel hat davon (wie sollte es auch anders sein – Anm. AK) *nichts gesehen".* 73 wurden festgenommen, und zur „erkennungsdienstlichen Behandlung" daraufhin ins Polizeipräsidium verschleppt. (Zitate und Informationen alle „FR", 15.12.78).

Abendgymnasium: Erneuter Polizeiüberfall

Frankfurt. Mit einem wiederholten Polizeieinsatz gegen die Abendgymnasiasten, wurde die Auseinandersetzung um den Weiterbestand der AG von Neuem angeheizt. Am Nachmittag des 14.12. (ein Tag zuvor war das Ultimatum, den Unterricht wieder aufzunehmen, andernfalls zumindest ein Semester zu verlieren, abgelaufen) versammelten sich ca. 150 Schüler des AG (darunter auch Studenten der Fachhochschule, die sich im Solidaritätsstreik befinden) im Lehrerzimmer, um *„ihre Streiklage vor dem Hintergrund der Aufforderung des Kultusministers (zu) diskutieren, den Unterricht wiederaufzunehmen"* („FR", 15.12.78).

Als der „Aufforderung" des kommissarischen Schulleiters Freudel, den Raum zu verlassen, nicht sofort Folge geleistet wurde, erstattete er Anzeige wegen „Hausfriedensbruch" und lud die Polizei erneut zur, mittlerweile gewohnten „Personalienfeststellung" ein.

Als diese erschien, befanden sich die Versammelten schon längst auf dem Hof vor der Schule. Trotzdem wurde *„knapp die Hälfte der Studierenden (...) von den Uniformierten umzingelt. Danach kam es, so Augenzeugenberichte, zu polizeilichen Übergriffen. Der Physiklehrer Ali Olumi sah, wie eine am Boden liegende Frau geschlagen wurde. Er habe den Schulleiter aufgefordert, dies zu unterbinden. Der habe sich jedoch abgewendet. Olumi: ‚Ich packte ihn an den Schultern, um ihm die Szene zu zeigen'. Freudel: ‚Der Lehrer hat mich angesprungen'. Olumi berichtet weiter, und Personalratsvorsitzender Wimmer unterstützt ihn als Zeuge, dann hätten ihn Beamte mit Fäusten traktiert. Freudel hat davon* (wie sollte es auch anders sein – Anm. AK) *nichts gesehen".* 73 wurden festgenommen, und zur „erkennungsdienstlichen Behandlung" daraufhin ins Polizeipräsidium verschleppt. (Zitate und Informationen alle „FR", 15.12.78).

Aus Protest gegen den vom Schulleiter hervorgerufenen Polizeieinsatz und „solange Helmut Freudel ihr Chef ist" weigerten sich daraufhin 13 der insgesamt 30 Lehrer am AG 1, weiterhin Dienst zu tun.

Daraufhin ließ der Schulleiter das Abendgymnasium bis auf weiteres schließen.

Gegen Freudel läuft eine Anzeige wegen *„mittelbarer Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung sowie eine Dienstaufsichtsbeschwerde"* („FR", 16.12.). Außerdem erstattete der Physiklehrer Ali Olumi über einen Rechtsanwalt Strafanzeige gegen fünf Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt („FR", 18.12.).

Die Reaktion des Kultusministeriums auf die Vorfälle: *„Was am AG 1 geschah"* sei ein erneuter Beweis dafür, daß es einer *„bestimmten Gruppe nicht darum geht, die Konflikte auf eine vertretbare Weise zu lösen"*. Vielmehr solle die Situation eskaliert und „Rabbatz" gemacht werden (Ochs, Pressesprecher des KuMi's, „FR", 16.12.78).

Von welcher „bestimmten Gruppe" wird hier eigentlich eskaliert?!!

Ein Genosse aus Frankfurt

Leserbrief zu ‚Politik und Freizeit im Jugendzentrum'

Zu Beginn möchte ich sagen, daß es endlich Zeit wird die Diskussion um Ziele und Perspektiven unserer Jugendpolitik, gerade auch im JZ-Bereich, öffentlich zu führen. Zu lange ist dies mehr oder weniger hinter "verschlossenen Türen" geschehen. Ergebnis – Fehlanzeige!

Doch jetzt konkret zum Artikel. Es werden meiner Ansicht nach mehrere wichtige Punkte angesprochen:

1. Was heißt KB-Politik im JZ? Bisherige Praxis war, wie es richtig im Artikel genannt wird, möglichst viele unserer Themen an den/die Mann/Frau zu bringen, ohne Blick für die konkreten Verhältnisse und Bedingungen. Alles andere wurde als nicht so wichtig oder bei organisatorischen Sachen, die auch zur JZ-Arbeit gehören, als "Bürokratentum", mit dem wir nicht zu tun haben wollen, abgetan. Wir waren ja die "großen Politiker" im JZ. Ergebnis dieses blinden Sektierertums waren oft Niederlagen und Frust. Entweder, und das war meistens der Fall, hatten die Jugendlichen keinen Nerv mehr auf uns, oder wir sind ausgestiegen, weil es "für uns nichts zu holen gab".

Ich bin der Meinung, daß Jugend- bzw. Kommunikationszentren für uns Kommunisten die Chance bieten, Möglichkeiten zu schaffen, aus unserer Isolation und über unseren berühmten Dunstkreis hinauszukommen, um an viele Menschen, seien es nun Jugendliche oder andere, heranzugehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Voraussetzung dafür ist aber, daß Schluß gemacht werden muß mit unserem bisherigen Sektierertum. KB-Politik in diesen Zentren heißt eben nicht nur, wie bringe ich die nächste Kampagne unter die Leute, sondern dazu gehört einiges mehr. Auch und gerade wir, meine ich, müssen uns mit dem täglichen Kleinkram im JZ befassen. Also nicht mehr nach dem Motto "Wir machen Politik, den alltäglichen Scheiß machen schon die anderen". Wir müssen das JZ als wirklichen Arbeitsansatz begreifen und nicht nur, wie die Gen. im Artikel richtig sagen, "einmal in der Woche auf dem Plenum erscheinen". Nur so können wir u.a. auch das Vertrauen der anderen JZ'ler gewinnen und nicht "zwei Meter über dem Boden schweben".

Welchen Stellenwert hat ein JZ in der heutigen Gesellschaft? Die These vom JZ als "Stützpunkt im Klassenkampf" halte ich für ausgemachten Unsinn. Diese Forderung, bei der momentanen Schwäche der Jugendbewegung in der BRD aufzustellen, scheint mir wirklich an den Realitäten vorbei gedacht zu sein. Meiner Ansicht nach kann ein JZ heute nicht viel verändern. Es kann, wenn es gut läuft, die Lebensbedingungen in der betreffenden Stadt bzw. Stadtteil vielleicht ein wenig verbessern. Mehr nicht.

2. Zu groß ist doch zum einen die finanzielle Abhängigkeit von der Stadt. Ob nun eine Initiative Zuschüsse oder ein Haus bekommt, hängt doch vom "Haushaltssäckl" der "Stadtväter" ab. Und hier ist es doch ziemlich willkürlich (von Ausnahmen abgesehen), wer Geld bekommt und wer nicht.

Eine Schwierigkeit der bisherigen Arbeit war die Rangehensweise an die sog. "unpolitischen Leute". Ich glaube auch wie die Artikelschreiber, daß die Masse der JZ-Besucher keine "Discohopper" oder politisch völlig hohl sind. Trotzdem ist es Fakt, daß der größte Teil der Besucher erst einmal ins JZ kommt, weil z.B. das Bier 40 Pf billiger ist als in der Kneipe nebenan. Andere Bedürfnisse sind erst mal nicht in den Köpfen. (Etwa bei uns?) Woher auch. Wie soll in einer Gesellschaft, deren Freizeitmaschinerie nur auf Konsum, Abschalten und Profit ausgerichtet ist, mit einem Mal das Interesse oder Bedürfnis herkommen, in einer Arbeitslosengruppe, Videogruppe oder ähnlichen Sachen mitzumachen? Hier heißt es für uns ansetzen. Um Interesse zu wekken, braucht man nicht große Diskussionsfilmabende, Veranstaltungen etc. Das schreckt erst einmal mehr ab als es nützt. Eine Wandzeitung, eine Photoaustellung in der Teestube usw. genügt meist schon, um den einen oder anderen zu interessieren.

Wir müssen endlich runter kommen von zu hochgesteckten Ansprüchen. JZ's oder andere Einrichtungen sind weder "Stützpunkte des Klassenkampfes" noch ändern sie was am System. Sie schaffen für uns aber die Möglickeit (wie schon oben gesagt), neue Menschen zu gewinnen und kleine Verbesserungen der Lebensbedingungen, wenn auch nur für wenige, zu schaffen. Denn auch dafür kämpfen wir im Kapitalismus.

So, das wärs erst einmal.

Viele Grüße und mit Hoffnung auf eine breite Diskussion um dieses Thema
Ein W'burger Genosse!

Super SV-Fete in Niebüll

Für Samstag, den 2. Dezember, hatte sich die Schülervertretung der berufsbildenden Schulen in Niebüll, ein Ort an der Westküste mit ca. 15.000 Einwohnern, etwas einfallen lassen. Ein gebotenes 10-stündiges Alternativprogramm bestehend aus mehreren Musikgruppen, einer Agit-Theatergruppe, Filmen und Infoständen wurde von ca. 2500 Jugendlichen (weitaus mehr als erwartet) besucht. Die Teilnehmer kamen aus ganz Nordfriesland. Die Fülle der politischen Informationen sorgte auch prompt für einigen Wirbel. So versuchte der Rektor mit Unterstützung eifriger Lehrer, noch bevor die Veranstaltung richtig begonnen hatte, vergeblich das Ausmaß der Infostände einzugrenzen. Die Bürgerinitiativen gegen AKWs, der antifaschistische Arbeitskreis, das örtliche JZ, der Deutsche Bund für Vogelschutz, die Kriegsdienstverweigerergruppe und die Frauengruppe hatten sich gut auf's informieren vorbereitet.

Die zur Verfügung stehenden Wände und Flächen wurden voll ausgenutzt, und die Informationen stießen auf reges Interesse. Auch das Stück der Theatergruppe „Deichtraum" war nicht ohne „politisches Niveau". Es verdeutlichte in lustiger und ansprechender Weise, daß sich das aktuelle Klima der Terroristenhetze gegen jede Form der alternativen, emanzipierten Denk- und Lebensweise richtet.

Die örtliche Presse berichtete tags darauf von der SV-Fete: Sie sei nur durch die die aktive Unterstützung der Lehrer ermöglicht worden, zudem hatten auch nur deshalb außer einigen „Grünen, Umweltschützern und AKW-Gegnern" keinerlei „Trittbrettfahrer" oder gar Extremisten unter den Jugendlichen eine Chance gehabt(!?)

Wahrscheinlich soll die „Unaufmerksamkeit" der Schulleitung bei der Genehmigung der Info-Stände in Kürze noch im Magistrat der Stadt zur Sprache kommen!

KB-Gruppe Niebüll

Die Gedanken sind frei

„Gedanken sind nicht Sache der Justiz"

UdSSR-Justizminister zu Menschenrechten

Moskau. UZ — Die Sowjetunion hat in den drei Jahrzehnten seit Verkündung der UNO-Menschenrechtsdeklaration auf allen Gebieten zur Verwirklichung der dort verankerten Prinzipien beigetragen. Sie ist Initiator vieler bedeutender internationaler Dokumente, die sich auf deren Empfehlungen gründen, und Teilnehmer aller wichtigen internationalen Abkommen zum Menschenrecht. Das betonte der 1. Stellvertreter des Justizministers der UdSSR, Alexander Sucherew, in der letzten Woche vor der Presse in Moskau.

Die Sowjetunion und alle sozialistischen Staaten könnten mit Recht stolz auf das sein, was sie zur Realisierung der Menschenrechte getan haben. Die im vergan-

Übereinstimmung von Gesetz und gesellschaftlicher Wirklichkeit charakterisierte der Minister als Wesenszug des Sozialismus.

Entschieden verwahrte er sich ge-

„Die G e d a n k e n sind frei", heißt es – wohl etwas ironisch gemeint – in einem bekannten Lied der bürgerlich-demokratischen deutschen Bewegung des 19. Jahrhunderts. „Gedanken sind nicht Sache der Justiz", so heißt es – offensichtlich ganz bierernst gemeint – in der „UZ" vom 11.12.78 über die Menschenrechte in der Sowjetunion. Gedanken, so erfährt der Leser erfreut, werden in der Sowjetunion (noch?) nicht juristisch verfolgt. Vielleicht nur deshalb nicht, weil es noch an zuverlässigen Geräten zur Erforschung der Gedanken fehlt?...

So kommt die „UZ" im Brustton der Überzeugung zu der gewagten These: **„Die Sowjetunion und alle sozialistischen Staaten können mit Recht stolz auf das sein, was sie zur Realisierung der Menschenrechte getan haben"**. Sogar die *„Teilnahme an der Leitung des Staates"* sei dort *„jedem Bürger"* in der Verfassung garantiert.

Daß indessen in der Sowjetunion *„politisch Andersdenkende"* verfolgt würden, sei nur **„ein aussichtsloser Versuch, Lügen für Wahrheit auszugeben"**. Denn: *„Das sowjetische Gesetz bestraft eindeutig nur Menschen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben"*.

Das ist so sonnenklar, daß es offenbar dem „UZ"-Leser immer wieder auf's Neue eingetrichtert werden muß.

„Nationale Frage" — Linke und Demokraten auf Abwegen

Die „Nationale Frage", noch vor ein paar Jahren nur von CDU/CSU und „ML"ern gepflegt, erfreut sich seit einiger Zeit unter Linken und Demokraten zunehmender Aufmerksamkeit und Beliebtheit. Erinnert sei nur an Biermann, Dutschke, Diskussionen in „das da-avanti"...

Eine besonders interessante Initiative auf diesem Gebiet ist die **„Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten"**. Die „Schirmherrschaft' dieser Initiative haben die Schriftstellerin **Ingeborg Drewitz** und der Pastor **Heinrich Albertz** übernommen. Ansonsten weist der Kreis der Erstunterstützer dieser Initiative auffallend viel „KPD"-Bündnis-Prominenz auf - darunter auch **Rudolf Wagner**, Teilnehmer der berüchtigten „Lissabonner Konferenz" Ende Mai 1978.

Die „Aktion 18. März ..." setzt sich dafür ein, den 18. März (ein wichtiger Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848) künftig in beiden deutschen Staaten als Nationalfeiertag zu begehen. In der Bundesrepublik soll er an die Stelle des 17. Juni treten, dessen Abschaffung die „Aktion 18. März ..." fordert. **Insoweit scheint das Anliegen dieser Initiative durchaus unterstützenswert.**

Aber eben auch nur i n s o w e i t. Denn der „Aktion 18. März" geht es nach eigenem Bekunden nicht bloß um die d e m o k r a t i s c h e Tradition der Revolution von 1848, sondern zugleich auch um die n a t i o n a l e. Der 18. März solle, so heißt es im Wortlaut eines Aufrufs der Initiative, der zur Unterschriftensammlung dient, als **„Feiertag für Demokratie und E i n h e i t in Deutschland"** begangen werden. Diesem Anliegen entsprechend verbreitet die „Aktion 18. März ..." ein in Schwarz-Rot-Gold gehaltenes Plakat, das u.a. auch *„Konservative"* (ganz im Ungeist der Lissabonner Konferenz?) ausdrücklich zur Mitarbeit einlädt.

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Heinrich Heine - einer der sehr wenigen Demokraten, die damals dem Nationalismus mit dem gebührenden Mißtrauen begegneten - schrieb 1840 über die Reihen der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland: *„Sind diese dunklen Narren, die sogenannten D e u t s c h t ü m l e r, ganz vom Schauplatz verschwunden? Nein. Sie haben bloß ihre schwarzen Röcke, die Livree* (Uniform - Anm. AK) *ihres Wahnsinns, abgelegt. Die meisten entledigten sich sogar ihres weinerlich brutalen Jargons, und vermummt in den Farben und Redensarten des L i b e r a l i s m u s war'n sie der neuen Opposition desto g e f ä h r l i c h e r... Ja, im Heere der deutschen Revolutionsmänner wimmelte es von ehe-*
tion desto g e f ä h r l i c h e r... Ja, im Heere der deutschen Revolutionsmänner wimmelte es von ehe-
maligen Deutschtümlern, die mit sauren Lippen die moderne Parole nachlallten und sogar die Marseillaise sangen ..." (aus „Ludwig Börne").

Die nationalen Parolen der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland sind in Wirklichkeit kaum von der Konkretisierung zu trennen, die die „nationale Einheit" kaum 25 Jahre später mit der Reichsgründung (1871) annahm und die konsequent zu den Eroberungskriegen von 1870/71, 1914-18 und 1939-45 hinführte.

Wir erleben heute v i e l e Versuche von bürgerlicher Seite, die Tradition der „Befreiungskriege" gegen die Heere Napoleons (1813/14) und der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 heranzuziehen - nicht wegen ihrer d e m o k r a t i s c h e n Inhalte, sondern zur Wiederbelebung n a t i o n a l e n Denkens. Die bürgerliche Propaganda knüpft gerade an diesen teilweise fortschrittlichen Traditionen an, um für ihre Forderung nach „mehr Geschichtsbewußtsein", nach „Besinnung auf unsere deutsche Geschichte" usw. den Boden zu bereiten.

Es ist durchaus im Sinn dieser Propaganda, wenn die „Aktion 18. März" in einer Schrift („Material zur Diskussion") im Leitartikel u.a. davon spricht, daß *„dem Einzelnen"* in „Deutschland" heute seine *„Identität als Teil seines Volkes"* fehle; daß man *„das ganze deutsche Volk als etwas Positives anzusehen"* habe; daß man *„heute wieder die Frage nach der Einheit unseres Landes auf der Grundlinie des Volkswillens aufwerfen"* solle; daß man *„Geschichtsbewußtsein fördern"* wolle; daß man dem „deutschen Volk" ein **„gesundes Selbstbewußtsein"** geben müsse; daß **„in Deutschland eine Art Schuldkomplex und Minderwertigkeitsgefühl entstanden"** sei; vom **„Duckmäusertum als Nation"** ist in bezug auf „Deutschland" die Rede, und daß *„jeder einzelne sein Leben mehr begreifen"* müsse *„als Teil des Lebens seines Volkes"*.

Die „KPD" mochte sich aber nicht mit solch allgemeinem „patriotischen" Gejammer und Gelaber begnügen, sondern zieht innerhalb der „Aktion 18. März ..." auch alle Register ihres „Kampfes gegen den Sozialimperialismus". Da beginnt man 1848, als der russische Zar als Gendarm der Reaktion in Europa auftrat - und ist natürlich im Nu bei den 'Neuen Zaren': **„So wie 1848 jede patriotisch-demokratische Bewegung für ein einheitliches, unabhängiges und demokratisches Deutschland mit der Gegnerschaft des zaristischen Rußlands rechnen mußte, so muß heute jede derartige Bewegung damit rechnen, von der Sowjetunion unterdrückt und bekämpft zu werden"**. („Material zur Diskussion" - der Artikel ist natürlich nicht als Stellungnahme der „KPD" kenntlich gemacht, sondern anonym).

Die „Aktion 18. März ..." paßt - sicher nicht in der Absicht demokratischer Unterstützer wie Frau Drewitz und Herr Albertz, aber in ihrer realen Propaganda - allzu genau in die Kampagne bürgerlicher Kreise zur Wiederbelebung „nationalen" Denkens. **Diese Kampagne ist ihrem Wesen nach ideologische Begleitmusik für die immer offenere Orientierung des bundesdeutschen Großkapitals auf nicht mehr bloß wirtschaftliche, sondern auch politische Expansion nach außen.** Es entspricht schlimmsten Traditionen deutscher Geschichte, wenn wiedererwachender Chauvinismus („Wir sind wieder wer"), bemäntelt wird mit wehleidigem Gegreine über „Schuldkomplexe" und „Minderwertigkeitsgefühle", an denen das „deutsche Volk" angeblich leide.

Daß die „KPD" sich gerade an diesem Punkt einzuklinken versucht, entspricht der Logik ihrer Politik. Mit ihren anfänglichen allzu direkten Rufen nach Stärkung der Bundeswehr, nach Verbleib der US-Besatzungstruppen in der Bundesrepublik, mit ihrer Bündnispolitik a la Lissabon (soll heißen: Richtung CDU & Co.), mit ihrer Lügenhetze gegen die Sowjetunion usw. hat die „KPD" in fortschrittlichen Kreisen keine Freunde gewinnen können. Also versucht man es - in der Taktik durchaus der Bourgeoisie folgend - durch die Hintertür,
gewinnen können. Also versucht man es - in der Taktik durchaus der Bourgeoisie folgend - durch die Hintertür,
indem man an einige ehemals fortschrittliche Elemente der „nationalen Frage" in Deutschland anknüpft - um am Ende vielleicht doch noch bei der ganz breiten „Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus" zu landen.

Das Problem ist allerdings nicht so sehr die „KPD", sondern die sich entwickelnde zwiespältige Haltung ernstzunehmender Linker und Demokraten zur „nationalen Frage". Hier herrscht die Vorstellung vor, daß es möglich sein müsse, ein **„anderes Deutschland"** (natürlich „wiedervereinigt") zu schaffen, das nicht mehr der Schrecken seiner Nachbarn sein wird, sondern das, demokratisch nach innen, friedliebend nach außen, einen Beitrag zum Fortschritt der gesamten Menschheit zu leisten vermag.

Linke und Demokraten, die s o denken, berücksichtigen dabei nicht, daß unser Land nur selten so weit wie heute von jenem „anderen Deutschland" entfernt war, das s i e sich erträumen. Die Bundesrepublik ist ganz im Gegenteil wieder dabei, zum S c h r e c k e n unserer Nachbarvölker zu werden, kleinere Staaten mit Füßen zu treten (man erinnere sich an das widerwärtige Verhalten der Bundesregierung gegenüber Jugoslawien), reaktionären Regimes in aller Welt Rückhalt zu bieten.

Wäre es a n d e r s, ginge unser Land heute in Richtung Fortschritt, so könnte man ohne Sorge auch die „nationale Frage" wieder in die Diskussion bringen. Sie aber unter den tatsächlichen heutigen Bedingungen zu stellen, ist ein gefährlicher Irrweg, für den Linke und Demokraten eines Tages die Rechnung bezahlen müssen.

Um die Sache und unseren Standpunkt nicht im falschen Licht erscheinen zu lassen: die I n i t i a t i v e zu dieser „Aktion 18. März ..." ist offenbar n i c h t von der „KPD" ausgegangen, sondern u.a. von Frau Drewitz, die auch schon mit der DKP in Bündnissen zusammengearbeitet hat und bei der man kaum „antisozialimperialistische" Hintergedanken zu vermuten braucht. Ihr und anderen Initiatoren ging es darum, einen 'Nationalfeiertag' anzuregen, der vom Anspruch b e i d e r deutscher Staaten her akzeptabel sein soll. Dabei habe man dann, so Frau Drewitz, nur die Tradition der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 und des 18. März gefunden. Indessen: Absicht und Wirkung sind zweierlei. **Sicher ist, daß sich inzwischen die „KPD" schon tief in die „Aktion 18. März" eingenistet hat und dort derzeit faktisch weitgehend die Propaganda-Linie mitbestimmt.** Das setzt das von Frau Drewitz und Herrn Albertz proklamierte Anliegen, mit ihrer I n i t i a t i v e in b e i d e deutsche Staaten hineinzuwirken, von vornherein der Lächerlichkeit aus.

Lissabon-Nachlese

Revi-Presse entdeckt Lissabon

Erstaunlich, daß die berüchtigte 'Lissaboner Konferenz' zwischen rechtsbürgerlichen Politikern und „ML"ern (Mai 1978) erst im Dezember Erwähnung in der DKP-beeinflußten Presse fand. Wahrscheinlich war die recht intensive Presse-Arbeit des KB ein Grund für die Revis, sich ihrerseits zurückzuhalten - sozusagen aus kindischem Trotz? Oder hatten sie das Ereignis und die Auseinandersetzung darum tatsächlich verschlafen?

Jedenfalls: Am 15.12.78 berichtete „die tat", Wochenzeitung der DKP-nahen VVN, erstmals über die ‚Lissaboner Konferenz', geriet allerdings gleich in der Unterüberschrift ins Phantasieren: *„CDUler und BRD-Maoisten einigten sich auf gemeinsame Strategie"*. Immerhin informiert dieser relativ lange Artikel einigermaßen umfassend über das Spektrum der Teilnehmer, nennt Namen und Funktionen etc. und erwähnt sogar den Zeitpunkt der Konferenz. Keine Selbstverständlichkeit, wie sich zeigen sollte! Treuherzig mutet es allerdings an, wenn es im Artikel-Vorspann der „tat" - natürlich ohne Erwähnung der KB-Veröffentlichungen - heißt: *„Stück für Stück ist mehr bekanntgeworden"*, nämlich über die ‚Konferenz'. Immerhin waren die meisten Informationen, die die „tat" im D e z e m b e r veröffentlichte, dem AK-Leser schon im J u n i bekannt. Na ja...

Ebenfalls am 15.12. erschien der linkssozialdemokratisch-revisionistische Pressedienst PDI mit einer Meldung über die ‚Lissaboner Konferenz' - allerdings erheblich schlechter als die Meldung der „tat". Namen von Teilnehmern wurden kaum erwähnt, die Beteiligung der „KPD" wurde schlicht vergessen (nur die „MLD" wurde erwähnt), und über den Zeitpunkt hieß es lediglich, die ‚Konferenz' habe *„vor einiger Zeit"* stattgefunden. Diese Mager-Meldung wurde künstlich aufgepeppt mit der sensationellen Behauptung: *„Der Redaktion des PDI-Hintergrunddienstes liegt ein internes Protokoll...* (der ‚Konferenz') *vor"* - was offenkundig ein leerer Bluff ist. Jedenfalls spiegelte sich davon nichts in der Meldung wider.

Am 19.12.78 erschien die DKP-Tageszeitung „UZ" auf der Titelseite (!) mit der Meldung *„Konferenz in Lissabon - CDU und Maoisten Hand in Hand"*. Das Datum der ‚Konferenz' wurde gar nicht mehr erwähnt (Der „UZ"-Leser mußte das für eine ganz heiße Meldung halten). Die kleinflächige „UZ"-Meldung war im Übrigen nur ein noch weiter verpanschter Aufguß der PDI-Meldung vom 15.12.78. Dem Schreiber war offensichtlich noch nicht einmal der „tat"-Artikel vom 15.12.78 bekannt - von weitergehenden KB- und anderen Veröffentlichungen natürlich ganz zu schweigen. So ließ sich die „UZ" sogar die Gelegenheit entgehen, die Teilnahme der „KPD" an der ‚Lissaboner Konferenz' zu erwähnen...

Ein weiterer Teilnehmer nimmt Stellung

In der Nr. 14 (Dez.78) der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Befreiung" nimmt Dr. Rudolf Wagner Stellung zu seiner Teilnahme an der ‚Lissaboner Konferenz'. Dort, und zudem in einem Brief an uns, hat Dr. Wagner dagegen protestiert, daß wir ihn in früheren Veröffentlichungen einfach der „KPD"-Delegation zugeschlagen hatten. Es gebe, so schrieb uns Dr. Wagner (20.12.78), k e i n e *„organisatorische Verbindung zur KPD"*. Wir wollen darüber nicht spekulieren, sondern beschränken uns darauf, die Zeitschrift „Befreiung" als politisch der „KPD" nahestehend zu kennzeichnen. Das wird wohl nicht dementiert werden.

Erfrischend ist immerhin, daß sich Dr. Wagner in seinem Konferenzbericht für die „Befreiung" nicht an die „KPD"-interne schematisch ausgerichtete und inhaltlich magere Informationspolitik zur ‚Lissaboner Konferenz' gehalten hat, sondern recht locker drauf los plaudert, Meinungsverschiedenheiten nicht mit stalinistischer Attitüde kaschiert usw. So berichtet er beispielsweise, daß auf drei Redaktionssitzungen der „Befreiung" über die Teilnahme an der ‚Konferenz' *„sehr kontrovers"* diskutiert worden sei; ebenso berichtet er - was die „KPD" bisher peinlichst verschwieg - von „Kontroversen" auch auf der zweiten internationalen Vorbereitungssitzung vor der ‚Lissaboner Konferenz' (Rom, Januar 1978), wobei er besonders die Positionen der PCUd'I (Bruderpartei der „KPD" in Italien!) kritisch eingeht. Er erwähnt auch erstmals eine kontroverse Abstimmung auf dem Treffen von Rom: *„Der auch von uns unterstützte Versuch, im Schlußdokument die Solidarität mit dem Unabhängigkeitskampf der 3. Welt ausdrücklich zu erwähnen, wurde von einer Reihe von Vertretern marxistischer* (oho!- Anm. AK) *und bürgerlicher Organisationen mit einer Stimme Mehrheit zugunsten eines Vorschlags abgelehnt, der sich nur mit dem Widerstand gegen die sowjetische Rolle in der 3. Welt solidarisierte"*. Bereits v o r dem zweiten Vorbereitungstreffen (Rom) waren, so schreibt Dr. Wagner, *„einige Teilnehmer"* des ersten Vorbereitungstreffens (Lissabon, 1977) ausgestiegen, weil sie sich nicht mit ihrer Auffassung durchsetzen konnten, daß in den Dokumenten zum ‚Kongreß' auch der US-Imperialismus angegriffen werden sollte. W e r diese ausgestiegenen Kräfte waren, schreibt Dr. Wagner leider nicht - wahrscheinlich handelt es sich um einige „ML"-Organisationen. (Wie in AK 137 detailliert ausgeführt, beteiligte sich nur ein sehr eingeschränktes Spektrum von „ML"-Gruppen an der ‚Lissaboner Konferenz').

Weiterhin bemängelt Dr. Wagner den Ablauf der ‚Konferenz': *„In den beiden ersten Tagen hatte es zwar eine endlose Zahl von Vorträgen gegeben, jedoch keine Minute der Diskussion über die Vorträge. Dadurch konnte eine wirkliche Kontroverse über die verschiedenen Auffassungen nicht geführt werden..... Für mich war jedoch...die weitere Teilnahme nicht mehr sinnvoll"*.

Wes Geistes Kind Dr. Wagner allerdings trotz aller frischen Plauderei ist, zeigt sich daran, daß er es kurzerhand für *„wenig originell"* erklärt, die CDU-Teilnehmer der ‚Konferenz' als *„besonders reaktionär einzustufen"*. Sie stimmen nämlich in der Frage der Berufsverbote, wie sie dem Dr. Wagner in Lissabon auf Befragen verrieten, im wesentlichen mit den Auffassungen des Bundeskanzlers überein. Ansonsten haben sie einfach, so Dr. Wagner, *„eine realistischere Einschätzung der Sowjetunion"*. Will heißen, sie verbreiten zu diesem Thema ähnliche Märchen wie „Befreiung", „Rote Fahne" oder „Neue Welt".

Immerhin macht der Artikel von Dr. Wagner in der „Befreiung" Nr. 14 durch seinen deutlichen Kontrast zur offiziellen Hofberichterstattung der „KPD" über die ‚Lissaboner Konferenz' noch einmal deutlich, wieviel Dreck und Widersprüche (auch innerhalb der internationalen „ML"-scene und in den eigenen Reihen) die „KPD"-Spitze mit ihrem bisherigen Verhalten unter den Teppich zu kehren versucht. Es ist ihr nicht gelungen.

Drogen in der Linken · Leserbriefe

Ich will hier ein paar Gedanken niederschreiben zu den zwei Artikeln im AK (143-144). Ich bin ein ehemaliger Drogenabhängiger, der im letzten Augenblick die Kurve bekommen hat. (...) Das Problem Drogen scheint mir in der Linken sehr liberal behandelt zu werden (bei einigen). Das heißt, wenn es um politische Diskussionen geht, wird voller Einsatz gezeigt — mit Forderungen verbunden (Flugblatt, Büchertisch...). Wenn es aber darum geht, über Drogen (Alkohol) zu reden — mit Konsequenzen verbunden — wird gesagt: „Ich könnte jederzeit aufhören, aber ich habe es im Griff und außerdem braucht jeder ein Ventil". — Damit will ich sagen, daß das Problem mit den Drogen verdrängt wird. Was sich auch in der Debatte „Wie geht's weiter im KB?" widerspiegelt. Weil ich davon ausgehe, daß die Drogen-Problematik auch da mit reinspielt. Aber keiner ist auf dieses Problem eingegangen.

Ich möchte kurz erzählen, wie es bei mir war. Nachdem ich fünf Jahre gedrückt habe und dann eine Therapie mit einer Gruppe und Sozialarbeitern gemacht habe (...), fing ich an, mich mit „normalen Leuten" auseinanderzusetzen. Doch ich merkte bald, daß über den emotionalen Bereich nicht gesprochen wurde. Und wenn, so wurde es fast immer auf die rationale Ebene gebracht, wo es sehr schnell abgehoben wird. Ich bin mittlerweile so weit, daß ich an mir alte Verhaltensweisen beobachte, die mich damals zur Droge führten: Abkapselung von Menschen; Angst, auf Schwierigkeiten angesprochen zu werden. Die beiden Genossen gaben mir ein gutes Gefühl, doch gleichzeitig bestätigten sie meine Ängste, wenn der Genosse aus Landshut schreibt: „Leider glaube ich, daß der Artikel zwar ‚registriert' wird — wenn's hochkommt vielleicht ansatzweise diskutiert wird, aber im Prinzipiellen nicht weiter darauf eingegangen wird". Für mich drückt sich da eine große Angst aus, die dort angesprochen wird. Wenn man vergleicht, wieviel Artikel zu „Wie geht's weiter?" erschienen sind, und dann sieht, wieviel zu Drogen, ... (unverständlich in der Handschrift — Anm. AK). Doch ich glaube, daß sich da sehr viele angesprochen fühlen, aber das nicht zeigen. Die Genossen haben eigentlich das Wichtigste gesagt. Auch ohne konkrete Forderungen. Ich könnte mir vorstellen, ein „Projekt" zu gründen, wo über diese spezielle Thematik gesprochen wird. Denn nur, wenn wir uns auch in diesem wichtigen Punkt helfen, kommen wir weiter in unserer Entwicklung.

Ich würde mich sehr freuen, wenn andere dazu Stellung nehmen würden. Nur durch eine ständige Auseinandersetzung können wir die Droge in den Griff bekommen.

Ein Genosse aus Hamburg, der Solidarität fordert

In die Kneipe auf 'ne Brause

Ermutigt durch den Artikel „Drogen in der Linken..." in AK 143 haben wir in unserer Lesegruppe das Thema Drogen diskutiert. Konkreter Anlaß war das Genervtsein einer Frau in unserer Gruppe nach einem Wochenende, an dem von einigen Leuten Shit geraucht worden war.

Eine Diskussion dieses Themas ist nötig, da auf den Genuß von Drogen nicht sensibel genug reagiert wird. In der Diskussion, was alles unter den Begriff Droge fällt, vertraten einige den Standpunkt, daß auch „Abfahren" auf Musik oder Blumen als Droge anzusehen ist. Wir einigten uns jedoch darauf, dieses nicht unter dem Begriff Drogen einzuordnen, da die Gesundheit davon nicht kaputtgemacht werden kann.

Unsere Diskussion dauerte 3 1/2 Stunden und wurde teilweise sehr emotional geführt, denn alle Leute hatten persönliches Interesse an dem Thema und beteiligten sich dementsprechend. Auf die Frage, wieso überhaupt Drogen genommen werden, kamen u.a. folgende Antworten:

1. wenn man gemütlich zusammensitzt;
2. nach dem Termin in der Kneipe;
3. abends vor der Flimmerkiste;
4. auf Feten;
5. bei Zahn- und Magenschmerzen etc.;
6. man/frau greift viel zu oft zu Tabletten bei kleinen „Wehwehchen";
7. um sich zu betäuben, wenn man/frau mit den Problemen (Beziehung, Arbeit etc.) nicht mehr fertig wird;
8. Langeweile;
9. Appetit;
10. wenn man sich gut fühlt, um das gute Gefühl zu steigern (Shit

„Und warum auch nicht? Schließlich kann das jeder kontrollieren, und wegen der paar Drogen ist man/frau noch lange nicht abhängig!", sagen alle, vom gelegentlichen Weintrinker hin bis zum total kaputten Heroin-Abhängigen. Und das dürfte wohl klar sein: in den seltensten Fällen gesteht sich ein Drogen-Konsument ein, daß er abhängig ist – und wenn er es tut, ist es meistens zu spät! Durch diese Selbstüberschätzung ist doch erst die Drogenszene entstanden! Der Drogenkonsum bei sich und anderen wird als völlig normal angesehen; oder hast du dir schon mal Gedanken gemacht, wenn sich auf einer Fete jemand mit Bier vollaufen ließ? Gehst du nach dem Termin auf 'ne Brause oder auf'n Bier in die Kneipe?

In unserer Diskussion stellte sich heraus, daß eine Genossin, sobald größere Probleme auftauchen, Alkohol als Streßlöser einsetzt. (Es bleibt noch anzumerken, daß sie dies seit der Diskussion nicht mehr getan hat...) Statt die Probleme mit ihr zu diskutieren und ihr zu helfen, förderten wir dieses Verhalten durch Mitsaufen, und somit auch die Gefahr des Abhängigwerdens.

Man/frau sollte sich hierbei folgende drei Aspekte vor Augen halten:

1. eigener Drogenkonsum kann Gefährdete in Versuchung bringen;
2. durch einen gemeinsamen Joint (z.B.)auf einer Fete, kann bei Leuten, die eigentlich keine Drogen nehmen wollen, und dies ohne Anstoß auch nicht tun würden, die Hemmschwelle durchbrochen werden (Gruppenerlebnis);
3. durch Drogengenuß werden Probleme verdrängt, anstatt sie mit Freunden zu diskutieren und damit zu ihrer Lösung beizutragen.

Wir stimmen dem Genossen aus Altona zu, daß Drogen dafür eingesetzt werden, von konkreter Unzufriedenheit abzulenken und als scheinbarer Streßlöser zu fungieren. Sie begünstigen ein Arrangement mit den bestehenden Ungerechtigkeiten und sind grundsätzlich abzulehnen. Drogen setzen die Belastbarkeitsgrenze herab, während wir versuchen müssen, unsere Belstbarkeit gegenüber „Nerv" zu erhöhen. Es bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, denn Arbeitslosigkeit, Gesinnungsterror, Beziehungsprobleme, Unterdrückung am Arbeitsplatz etc. werden am wenigsten dadurch bekämpft, daß wir uns betäuben, und mit beduseltem Kopf alles erträglicher finden! Es muß uns darum gehen, bewußt abzuspannen und die Wirklichkeit nicht mit Drogen zu verschleyern!

Jugendlesekreis II Hamburg

Wieder mal gehört: „Lotta Continua"



Vor fünf bis sechs Jahren gehörte das im KB in der Regel zum ‚täglichen Brot': Die Musik von Lotta Continua! Und heute? Ich glaube, beim Stichwort „Lotta Continua" fallen den meisten, wenn überhaupt, heute ganz andere Dinge ein als Arbeiterklasse, Klassenkampf, Kommunismus, bewaffneter Kampf, Organisiertheit und „lotta dura"... **Heute mal wieder die Musik von Lotta Continua zu hören und miteinander darüber zu sprechen, das kann ganz gut in die „Krisen-Debatte" hineinpassen.**

Die Musik von Lotta Continua, das ist offensichtlich, spricht vom Kampf für den Kommunismus, von der Kraft der Arbeiterklasse, von der begeisterten Spontaneität mobilisierter Jugendlicher, von der revolutionären Gewalt. Sie spricht von der wütenden Trauer um tote Genossen und von der Gewißheit, daß wir den Kampf gewinnen werden. Sie spricht von der momentanen Willkür des Staatsapparats ebenso wie von der fröhlichen Zuversicht in die eigene Stärke.

Da ist zum Beispiel die Ballata della Fiat, entstanden während der wilden Streiks bei FIAT in Turin (1969). *„Signor padrone, diesmal geht's bestimmt schlecht für dich aus, denn wir haben es satt, abzuwarten bis du uns umbringen läßt. ... Diesmal gibt's Kampf und wie gekämpft wird, das entscheiden w i r allein. ...*

mal gibt's Kampf und wie gekämpft wird, das entscheiden w i r allein. ...

Diesmal kaufst du uns nicht mit deinen 10 Lire Lohnerhöhung. ... Wir wollen ALLES!"

Und im Lied „Prendiamoci la citta" (Nehmen wir uns die Stadt!): *„Von den rebellierenden Fabriken weht ein Wind. ... Das ist ein roter Wind, den keiner aufhalten kann; er vereint die, die sich zum Kämpfen entschlossen haben. - Für den Kommunismus, für die Freiheit, nehmen wir uns die Stadt!"*

Oder im neuen Text der Internationale: *„Wir sind die Klasse, die der Meinung ist, daß die wahre Freiheit mit dem Gewehr zu erobern ist. ... Wir sind die Haupttendenz, wir sind die Revolution. ... Gegen den Reformismus, der verhandelt, aber uns die M a c h t nicht gibt – wir sind die Klasse, die vorangeht und den Sozialismus aufbaut!"*

Es ist, hört man das alles heute erneut, die Musik der revolutionären U n g e d u l d. **„Es ist die Zeit zum Kämpfen und nicht der Moment zum Abwarten"** (Prendamoci la citta). Am klarsten, direktesten kommt das in dem Lied „Cosa vuoi di piu, compagno? ..." (Was willst du noch mehr, Genosse? ...) zum Ausdruck: Von den bewaffneten Kämpfen in der Dritten Welt ist da die Rede, von Barrikaden und Straßenkämpfen in Italien, von der Arbeiterrevolte in Polen – und der Refrain fragt anklagend: **„Was willst du noch mehr, Genosse, um zu begreifen, daß die Stunde des Gewehrs geschlagen hat?!"** Von Gewalt, vom bewaffneten Kampf und vom Gewehr ist überhaupt viel die Rede. Im neuen Text der Internationale, im Lotta Continua-Lied ..., und sogar die FIAT-Arbeiter kündigen in der Ballata della Fiat dem Signor Padrone an: *„Morgen wirst du vielleicht nur das Geräusch der Maschinenpistole hören!"* • Hoffnungen, die der Realität weit vorauseilen.

weit vorauseilen.

Eine Musik, die vielleicht manchem heute wieder Mut machen kann, aber auch eine Musik des kurzem Atems, der vorprogrammierten Resignation und des individuellen Rückzugs. Lieder also, die auch mit der Geschichte des KB viel zu tun haben. Lieder zum Nachdenken. Und zum Wiederhören, damit uns nicht heute n e u e musikalische Scheuklappen wachsen. Laßt 100 Platten blühen!

Ein Genosse der AK-Redaktion

Leserbrief zum Artikel „Herr Matzen und seine Auftraggeber" (AK 144)

„Enthüllungen" ja, aber nicht so:

„In diese Situation (gemeint sind Rückschläge für die linke und kommunistische Bewegung national und international und die daraus resultierende Unsicherheit und Resignation bei Genoss(inn)en, Anm. des Verf.) *sollen sie reinknallen, die Produkte einer 'psychologischen Kriegsführung,' wie etwa das Buch 'Wir war'n die Stärkste der Partei'n' oder die immer schauerlicheren Beichten und Erfindungen des Ex-Terroristen Klein"* (AK 144, S. 63). Diese Einschätzung des Buchs „Wir war'n..." steht in völligem Widerspruch zu allen anderen vorherigen Wertungen, die das Buch im AK erfahren hat, sowohl in der anfänglichen Rezension, als auch im Zusammenhang mit der „Wie geht's weiter?"-Debatte, siehe z.B. im selben AK 144 zwei Seiten vorher: *„Tatsächlich hat bei 'KPD' und KBW die Krise, um die es hier geht, schon früher begonnen, wovon die Vielzahl von Ex-KBWlern und Ex-'KPD'lern (...) zeugt (siehe dazu auch das Buch 'Wir war'n die Stärksten der Partei'n')".* Ausdruck der Krise in 'KPD' und KBW oder Produkt der psychologischen Kriegsführung des Verfassungsschutzes? Der Verfasser des Artikels „Herr 'Matzen' und seine Auftraggeber" stellt Autoren und/oder Verleger des Buchs „Wir war'n ..." auf eine Stufe mit vom Verfassungsschutz präparierten Leuten. Ich halte diesen Vorwurf gemessen am Inhalt des Buches – bei aller politischen Kritik, die man daran haben kann – nicht nur für absurd, sondern darüber hinaus das Vorgehen des Verfassers für äußerst schädlich. Anläßlich von „Enthüllungen" der DKP, daß ein KBW-Funktionär im Dienste des Verfassungsschutzes stehe, fand der AK (Nr.89, S. 48) schon einmal die richtigen Worte für ein solches Vorgehen: *„Alle derartigen Behauptungen müssen hieb- und stichfest bewiesen werden, wenn sie nicht auf den Urheber zurückfallen sollen".*

Ru. aus West-Berlin

Antwort der Redaktion

Die Kritik des Genossen Ru. ist berechtigt. Die von ihm zitierte Aussage aus AK 144 war in diesem Zusammenhang und in dieser Verkürzung leichtfertig und schädlich. Dies umso mehr, weil wir inzwischen erfahren haben, daß einige der Autoren, die in dem Buch von den "Stärksten der Partei'n" zu Wort kommen, heute in der demokratischen Bewegung der BRD und Westberlins, namentlich in der Russell-Unterstützerbewegung, aktiv sind. Es war auch nicht die Absicht des Artikels in AK 144, die Autoren des Buches als präparierte Hampelmänner des VS hinzustellen – auch wenn dieser fatale Eindruck im AK 144 in der Tat erweckt wird.

Woran wir festhalten, ist die Einschätzung, daß Bücher wie dieses (verfaßt von Menschen, die der 'kommunistischen Bewegung' frustriert den Rücken gekehrt haben) unabhängig von den subjektiven Absichten der einzelnen Autoren zum Bestandteil der psychologischen Kriegsführung der Bourgeoisie w e r d e n.

D a ß sie dazu werden können, liegt an einem momentanen Zustand dieser Autoren und an einer sehr einseitigen Zusammenstellung von Texten, die bruchlos das gewünschte Bild ergeben. Und der Herr Mahler möge es uns nachsehen, daß wir ihn im AK 144 vergessen hatten. Selbstverständlich gehört auch er in diesen Rahmen.

Leserbrief: Spontis auf Schlägerkurs

Gingen wir bisher davon aus, daß es der DKP und ihren Ablegern vorbehalten war, links von ihnen stehende Menschen zusammenzuprügeln, scheint es derzeit so, daß einige Hamburger Spontis sich in dieses schmutzige Geschäft einreihen wollen. Kurz einige Anmerkungen zur Vorgeschichte:

Während des Hamburger Wahlkampfes bezogen zwei Spontis Prügel von einem Genossen. Der erste, weil er einen Packen Bunte-Liste-Plaketten (ca. 90 Stück) klauen wollte und sie trotz mehrmaliger Aufforderung nicht rausrückte; der andere, als er einen Tag später anscheinend seinen Freund „rächen" wollte und den Genossen tätlich angriff.

Das Ganze wurde von den Spontis dann kurzerhand umgelogen: ein KBler habe Spontis grundlos geschlagen. Das gelang ihnen Anfangs auch nicht schlecht, sodaß sogar einigen KB-Genossen, die nicht von dem Vorfall wußten, „solche Methoden" verurteilten. Welche? Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Jüngster Vorfall nun ereignete sich bei einem Kneipengespräch mit einem Mitglied der BI-Hoheluft über anstehende Antifa-Prozesse. Ein halbwilder Sponti sprang plötzlich auf, drohte dem Genossen Schläge an und pöbelte, mit dem KB werde nichts zusammen gemacht.

Einige Tage später war dann der Spruch „Haut Schläger E... vom KB endlich was auf die Nuß" auf der Toilettenwand der Kneipe zu lesen. Wir nehmen diese Drohung sehr ernst, auch wenn sie auf den ersten Blick lächerlich wirkt. Nicht vergessen ist die Progromhetze gegen den KB, als Ihr z.B. nach Brokdorf III die Lüge in die Welt gesetzt habt, der KB hätte Euch die Schlüssel für einen LKW geklaut. Diese Lüge habt Ihr nie zurückgenommen. Immer nach dem Motto: irgendwas wird von dieser Lüge in der Bewegung schon hängen bleiben! Zum Zusammenschlagen von KB-Genossen zu hetzen, das sei an dieser Stelle versichert, sollte von Eurer Seite mit Vorsicht behandelt werden!

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

1. Kongreß des KB für 1979 beschlossen

Der KB wird zu Pfingsten 1979 seinen 1. Kongreß durchführen. So beschlossen es mehr als 400 Delegierte auf einem mehrtägigen Vor-Kongreß im Dezember 1978.

Auf dem 1. Kongreß sollen programmatische Resolutionen und Thesen-Papiere zu grundlegenden politischen Fragen und Bereichen unserer Arbeit abschließend beraten und abgestimmt werden. Ferner sollen Leitungsgremien wie LG und ZRK gewählt werden. Auch über ein neues Statut soll auf dem Kongreß beraten und beschlossen werden.

Mit dem 1. Kongreß des KB soll eine Zwischenbilanz der im Sommer 1978 begonnenen Perspektiven-Diskussion gezogen werden. Wesentliche Positionen des KB sollen – erstmals im Zusammenhang – schriftlich festgehalten werden. Bestehende Minderheitsmeinungen sollen dabei als solche ebenfalls berücksichtigt werden. Ein 2. Kongreß des KB soll 1980 das Erreichte überprüfen und die programmatischen Positionen des 1. Kongresses erneut diskutieren.

Der Ablauf des Vor-Kongresses

Die Tagesordnung des Vor-Kongresses im Dezember – dessen einzige Aufgabe die Vorbereitung der 1. KB-Konferenz war – bestand aus folgenden Punkten:

- *Rechenschaftsbericht des LG und Rechenschaftsberichte der ZRK und der zentralen AG Frauen des KB.*
- *Diskussion in einzelnen Arbeitsgruppen; hierzu lagen teilweise schon Diskussions-Papiere vor, anhand deren diskutiert werden konnte.*
- *Kurzberichte über die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen im Plenum des Vor-Kongresses.*
- *Beratung und Beschlußfassung über den Zeitpunkt und die Modalitäten des 1. KB-Kongresses.*

Noch im Januar werden die Texte des Vor-Kongresses als „Unser Weg"-Broschüren veröffentlicht werden: Die Rechenschaftsberichte, die zum Vor-Kongreß vorliegenden Diskussions-Papiere, Berichte über die einzelnen Arbeitsgruppen, Protokoll über den Verlauf und die einzelnen Abstimmungen des Vor-Kongresses. Diese Dokumentation soll als Diskussionsmaterial bei der Vorbereitung des 1. KB-Kongresses dienen. Das gilt auch für die Rechenschaftsberichte, die als Entwürfe zu verstehen sind und zu denen in den Wochen und Monaten bis zum 1. Kongreß Änderungs- und Ergänzungsanträge gestellt werden können. Erst auf dem 1. Kongreß soll dann über die Rechenschaftsberichte und die einzelnen programmatischen Resolutionen entschieden werden.

Die Arbeitsgruppen auf dem Vor-Kongreß

Die Arbeitsgruppen auf dem Vor-Kongreß

Die Arbeitsgruppen auf dem Vor-Kongreß hatten im wesentlichen die Aufgabe, die weitere Vorbereitung des 1. Kongresses zu strukturieren, einen ersten Überblick über unterschiedliche Meinungen zu verschiedensten Fragen zu ermöglichen und – soweit schon vorliegend – eine erste Diskussion über die Thesen-Papiere u.ä. zu führen.

1. AG Frauen. Dies war mit rund 70 Genossinnen wohl die größte AG des Vor-Kongresses. Das hatte die Schattenseite, daß in den übrigen Arbeitsgruppen die Frauen z. T. erheblich unterrepräsentiert waren, besonders in scheinbaren „Spezialisten"-AGs wie Antifa oder „Realer Sozialismus"/Stalinismus. Einige Frauen hatten in richtiger Sicht dieser Dinge vorher beantragt, die AG Frauen zeitlich so zu legen, daß sie nicht mit anderen Arbeitsgruppen zusammenfällt. Das wäre bei der beschränkten Zeit des Vor-Kongresses schwierig gewesen, sollte aber bei der Planung des 1. Kongresses mit in die Überlegungen eingehen.

Besondere Diskussionspunkte in der AG Frauen auf dem Vor-Kongreß waren die – bisher kaum entwickelte!! – Massenarbeit des KB unter Frauen und das Selbstverständnis der Frauen im KB. Einzelne Genossinnen fühlen sich im KB entweder fehl am Platz oder fühlen sich zumindest mit einem Teil ihrer politischen Person der autonomen Frauenbewegung zugehörig. Einige Genossinnen sehen den KB als das „kleinere Übel", in dem frau sich mangels einer starken autonomen Frauenbewegung in der BRD derzeit vielleicht noch am ehesten organisieren sollte. Teilweise fällt auch schon das Stichwort „Lotta Continua".

2. AG „Realer Sozialismus"/Stalinismus. Es wurde im wesentlichen entlang eines Thesen-Papiers (Resolutionsentwurfs) der RGW-Kommission diskutiert. Dabei schälten sich drei größere Diskussions-Komplexe für die nächste Zeit heraus:

- **„Stalinismus-Kritik";**
- **Unsere Einschätzung und Politik gegenüber der Opposition im „realen Sozialismus";**
- **Die Frage des möglicherweise „sozialimperialistischen" Charakters der Sowjetunion.**

Zum Thema „Stalinismus-Kritik", das die Hauptzeit der AG in Anspruch nahm, deutet sich als Mehrheitsposition im KB eine deutlichere und systematischere Kritik der mit dem Namen Stalins verbundenen Politik an. Daneben dürfte es eine (nicht unbeträchtliche) Minderheitsposition geben, der diese „Stalinismus-Kritik" als zu weitgehend erscheint, während eine weitere (wohl nicht sehr bedeutende) Minderheitsposition die auf dem Vor-Kongreß skizzierte „Stalinismus-Kritik" für noch zu zaghaft hält.

Das Thema „Sozialimperialismus" wurde erstmals auf diesem Vor-Kongreß von zwei Genossen in die Diskussion geworfen Es wäre gut, wenn diese Genossen ihre Thesen recht bald schriftlich zur Diskussion stellen.

3. AG Kinder. Diese AG war im ursprünglichen Tagesordnungs-Vorschlag des LG für den Vor-Kongreß nicht vorgesehen, sondern bildete sich spontan auf dem Kongreß. Mit etwa 10 Teilnehmern blieb dies eine der kleinsten Arbeitsgruppen. Daß es sich dabei durchweg um Eltern-Genoss(inn)en handelte, zeigt einerseits das zunehmende Interesse der unmittelbar Betroffenen an diesem Thema; andererseits aber auch, daß „Kinder" bisher noch allzu sehr nur Thema der Betroffenen geblieben ist. So bildete die Diskussion über „Kinder im KB" einen der Hauptpunkte der Diskussion: **Wie weit ist die Kindererziehung auch Sache der ganzen Organisation?**

Beschlossen wurde als Ergebnis der Diskussion u. a.: Die AG Kinder des Vor-Kongresses wird sich künftig regelmäßig – erweitert um Genoss(inn)en aus noch nicht vertretenen Ortsgruppen – treffen, um Kinderarbeit zu initiieren und voranzutreiben. Insbesondere soll das seinen Niederschlag in einer intensiveren pädagogischen Diskussion im AK, Berichten über Aktivitäten von Kinderinitiativen usw. finden. Die Ortsgruppen sind aufgefordert, für diese Aufgabe Kinderverantwortliche zu benennen und diese bei ihrer Arbeit ernstzunehmen und zu unterstützen.

4. AG Innerorganisatorische Strukturen. Hauptaufgabe dieser AG sollte es sein, Kritiken an der Organisationsstruktur des KB zusammenzufassen und die Diskussion über ein

sollte es sein, Kritiken an der Organisationsstruktur des KB zusammenzufassen und die Diskussion über ein

neues KB-Statut vorzubereiten. Dazu lag ein Struktur-Entwurf eines LG-Mitglieds vor. Bei den Kritikpunkten wurde u. a. ausgeführt: mangelnde Transparenz der Anleitungsorgane (Nicht-Wahl der Anleitungsorgane, mangelnde Kontrollmöglichkeiten); Bürokratismus (z. B. Beschlußfassungen ohne Kenntnis der Lage und ohne Einbeziehung der Organisation); zu große Anforderungen an das Privatleben; Aufnahmepolitik ohne entsprechende Qualifikation; Disziplin (Anforderungen ohne politische Vereinheitlichung); mehr oder weniger grundsätzliches Mißtrauen einzelner gegenüber der Organisation bzw. Anleitung.

Daran an schloß sich eine Diskussion über den vorliegenden Struktur-Entwurf, wobei noch einmal kontrovers über die kommunistischen Organisationsprinzipien (Demokratischer Zentralismus) diskutiert wurde.

Es bildete sich eine kleinere Gruppe, die einen Statuten-Vorschlag für die weitere Diskussion zum 1. Kongreß ausformulieren soll.

5. AG Betrieb und Gewerkschaft. Auffallend war in dieser AG der starke Anteil von Genossinnen (22 von 30 Teilnehmern!).

Diskutiert wurde u. a. über die Fragen: Was sind die Ursachen der Zusammenbrüche unserer Arbeit in einer Reihe von Betrieben und Gewerkschaften? Was sind die Ursachen für Anpassung, Resignation und individuellen Rückzug? Drei Thesen standen sich gegenüber:

- daß es sich dabei um eine vom LG und der ZRK propagierte Linie handele, die Betriebsarbeit zu liquidieren (Äußerung aus der Ortsgruppe Westberlin), was im Zusammenhang mit der „Kampagnen-Politik" stehe;
- daß es sich überwiegend um objektive Entwicklungen handle (Repression in Betrieb und Gewerkschaft), durch die unsere schwachen Ansätze sich nicht halten konnten;
- daß wir an zu hoch geschraubten Ansprüchen und der Erwartung kurzfristiger Erfolge gescheitert seien, was noch ein Relikt unserer Gründungsphase sei.

Als Fazit der Diskussion wurde festgehalten, daß es notwendig ist, die Diskussion um die Frage „Wie gehts weiter in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit?" im KB zu verstärken. Das soll sich auch in einer „Wiederentdeckung des AK als Forum und Diskussionsorgan für Schwierigkeiten und Differenzen in dieser Arbeit" niederschlagen.

6. AG Demokratischer Kampf und Bündnispolitik. Dies war mit rund 70 Teilnehmern die größte neben der AG Frauen, was das besondere Interesse für diesen Aspekt unserer Politik zeigt. Es lag ein Arbeitspapier eines Genossen der AK-Redaktion vor, das als Diskussionsgrundlage diente. Nach ausführlicher kontroverser Diskussion gab es in der AG einen allgemeinen Konsens für dieses Papier. Diskussionsthemen waren u. a.:

- Unsere Politik der Offenen Briefe gegenüber SPD und DGB 1971 - 72.
- Bündnispolitische Aufgaben gegenüber dem bisherigen Bündnisbereich und Umfeld der DKP.
- Die Haltung des KB zu einer möglichen „Euro-KP" oder linkssozialdemokratischen Partei. In der Diskussion wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Herausbildung einer solchen Partei ein kaum zu überspringendes Zwischenstadium bei der Lösung von SPD und DKP sein wird, daß daher der KB der Herausbildung einer solchen Partei grundsätzlich positiv gegenüberstehen wird, ohne deren politischen Charakter zu beschönigen.
- Fehler bisheriger Bündnisarbeit, insbesondere Versuche, Bündnispartner zu „instrumentalisieren" und das Aufbauschen von Bündnissen (hinsichtlich der Zahl und Breite der Beteiligten) in Veröffentlichungen.

7. AG Internationalismus. Hierzu lag ein Diskussionspapier der Nahost-Kommission vor. In dem Papier wird eine Einschätzung der Weltlage und der Entwicklung etwa der letzten Jahre gegeben. **Dabei wird besonders auf die Einschätzung und strategische Linie Bezug genommen, die der Genosse Lin Biao in seiner heute weitgehend vergessenen Schrift „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" (1965) dargelegt hat.** Ferner wird die wachsende Kriegsgefahr und die Notwendigkeit des Kampfes dagegen hervorgehoben. (Ein schriftlicher Bericht über die Diskussion der AG lag uns bei Red.-Schluß noch nicht vor.)

8. AG Jugend. Die Diskussion wurde anhand von einigen Kritikpa-

Red.-Schluß noch nicht vor.)
8. AG Jugend. Die Diskussion wurde anhand von einigen Kritikpa-

pieren von Mitgliedern der Jugendleitung des KB/Gruppe Hamburg und Genossen des SSB(Schüler) (siehe hierzu die Erklärung des LG in AK 139) geführt. Sie stellen hierin den weitgehenden Zusammenbruch einer eigenständigen Jugendpolitik des KB fest. Als Ursache benennen sie, daß es bisher keine einheitliche Jugendorganisation des KB gebe und die zu enge Bindung der Jugendpolitik an die Politik des KB. Sie schlagen in Anlehnung an den KJV der zwanziger Jahre eine Jugendmassenorganisation vor, deren Schwerpunkte „Freizeit – Kultur – Schulung" sein sollte.

Dies wurde von anderer Seite als organisatorische Konzeptemacherei kritisiert. Nicht an einer neuen organisatorischen Form mangele es, sondern an einer umfassenden Einschätzung der Lage im Jugendbereich. Weder über eine Einschätzung der zentralen Angriffspunkte der Bourgeoisie auf die Jugend noch über die politische Entwicklung der Jugendbewegung verfügen wir heute. Dies ist verantwortlich dafür, daß vom KB keine planmäßige Jugendpolitik entwickelt wird. Vorgeworfen wurde den Genossen, daß ihr Vorschlag einer Jugendmassenorganisation völlig an den realen Bedingungen vorbeigeht, da im Gegensatz zu den zwanziger Jahren heute keine massenhafte Zustimmung zum Kommunismus besteht.

Es konnte über die differenten Punkte keine Einigung erzielt werden. Die große Mehrheit vertrat jedoch die zweite Position.

Vereinbart wurde, über die verschiedenen Bereiche der Jugendarbeit des KB Berichte zusammenzufassen, Untersuchungsarbeiten einzuleiten, um auf dieser Grundlage auf einem weiteren Treffen Grundsätze für die Jugendpolitik des KB zu diskutieren. Dies soll in Form eines Referats über Jugendpolitik für den Kongreß geschehen.

Gebilligt wurde der Beschluß des LG, den REBELL vorläufig auf Eis zu legen. Mit der Entwicklung der Jugendarbeit sollen die Voraussetzungen für eine möglichst schnelle Wiederherausgabe geschaffen werden.

9. AG Antifa. An der AG Antifa nahmen 26 Genoss(inn)en teil, wobei die Frauen mit nur 3 Teilnehmerinnen sehr unterrepräsentiert waren. Der AG lag ein Arbeits-Papier („Resolutions-entwurf") der Antifa-Kommission Hamburg und ein Arbeitsbericht aus Westberlin vor.

Der Resolutions-Entwurf, der ziemlich ausführlich angelegt ist, besteht im Wesentlichen aus folgenden Teilen: historischer Faschismus/Nazismus; Restaurationsphase nach 1945; Entwicklung seit Antritt der SPD-FDP-Regierung und heutiger Stand; Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Abwehrfront und deren Aufgaben.

Neben verschiedenen Ergänzungsvorschlägen wurden auch Differenzen zum Entwurf diskutiert. So etwa die Kritik, daß die terroristische Nazi-Strömung im Entwurf zu verharmlosend dargestellt sei, oder die Frage, ob die Bourgeoisie derzeit überhaupt am Aufbau einer Massenpartei nach Art der NSDAP interessiert sei.

Da die Diskussion nicht abgeschlossen werden konnte, will sich die AG erneut treffen, zunächst Ende Januar. Es wurde vereinbart, daß zu den vorgeschlagenen Ergänzungen und aufgetretenen Widersprüchen Diskussionspapiere gemacht werden.

Soweit die Arbeitsgruppen in Stichworten. **Ausführlichere Berichte werden in der demnächst erscheinenden UW-Dokumentation zum Vor-Kongreß veröffentlicht werden.** – Zum Vor-Kongreß waren von einigen Genoss(inn)en noch zwei weitere Arbeitsgruppen vorgeschlagen worden, nämlich Imperialismus und Studenten/Hochschulpolitik. Diese AGs wurden mangels Vorbereitung und Interesse von den Delegierten abgelehnt. Das Thema Imperialismus deckt sich weitgehend mit dem der AG Internationalismus; zum Thema Hochschulpolitik soll demnächst ein Seminar stattfinden, um diesen Aspekt des 1. Kongresses vorzubereiten.

Die Diskussion um den Zeitpunkt des Kongresses

Es gab (und gibt) in der Organisation einige Stimmen, die den 1. Kongreß für verfrüht halten und die für einen späteren Zeitpunkt als Pfingsten 1979 plädierten – etwa konkret für einen Termin im Herbst 1979. Das widerspiegelte sich auch in der Diskussion auf dem Vor-Kongreß. In diesem Sinne lagen Anträge

1979. Das widerspiegelte sich auch in der Diskussion auf dem Vor-Kongreß. In diesem Sinne lagen Anträge

aus Bielefeld und aus einer Zelle des Hamburger ÖTV-Bereichs vor.

Begründet wurden diese Anträge in erster Linie damit, daß die verbleibende Zeit bis Pfingsten (Anfang Juni, also rund sechs Monate) zu kurz sei, um eine gründliche Diskussion der anstehenden Fragen unter Beteiligung aller Genoss(inn)en zu ermöglichen.

Unabhängig von Anträgen und Stimmen in diese Richtung ist vereinzelt auch ein grundsätzliches Mißtrauen (insbesondere in kleineren Ortsgruppen) einiger (insgesamt nicht sehr vieler) Genoss(inn)en gegenüber den Leitungsgremien des KB festzustellen. Dies drückt sich hinsichtlich des 1. Kongresses (und schon des Vorkongresses) in der Unterstellung aus, das LG wolle mit dem Kongreß lediglich die innerorganisatorische Diskussion „abwürgen".

Die Absurdität dieser Unterstellung zeigt sich schon darin, daß zum Zeitpunkt der Einberufung des Vor-Kongresses die im Sommer begonnene „Krisen-Diskussion" praktisch zum Stillstand gekommen war. Weit davon entfernt, irgendwas „abzuwürgen", wird die Vorbereitung zum 1. Kongreß des KB zweifellos die Diskussion im KB erneut beleben und ihr – indem sie ihr zeitlich ein klares Ziel setzt – eine gewisse Kontinuität und Systematik geben.., die der bisherigen Diskussion noch fehlte.

Für falsch wurden daher auch die Argumente für eine Verschiebung des 1. KB-Kongresses gehalten. Die bisherige Erfahrung zeigt bereits, daß mehr Vorbereitungszeit durchaus nicht gleichbedeutend mit gründlicherer Diskussion ist, sondern eher ein Zerflattern und Abflauen der Diskussion begünstigt. Hierzu wurde außerdem von seiten des LG klargestellt: **Der 1. KB-Kongreß soll nicht dazu dienen, eine vorschnelle und unechte „Vereinheitlichung" nach außen hin darzustellen. Die Planung eines 2. KB-Kongresses für 1980 soll diesen gewissen provisorischen Charakter des 1. Kongresses unterstreichen.**

In diesem Sinne stimmte auf dem Vor-Kongreß die große Mehrheit der über 400 Delegierten (bei 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen) für das Stattfinden des 1. KB-Kongresses zu Pfingsten 1979.

Die Diskussion um die Beteiligung am 1. Kongreß

Vor allem aus der Ecke des prinzipiellen Mißtrauens kommend gab es Stimmen, die statt eines Delegierten-Kongresses eine Mitgliederversammlung forderten, da dies ihrer Meinung nach demokratischer sei.

Da praktische Gründe (Räumlichkeiten, Aufwand) gegen diesen Vorschlag sprechen und da andererseits der Hinweis auf die Demokratie für nicht stichhaltig gehalten wurde, wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Es wurde stattdessen betont, **daß bei der Wahl der Delegierten Minderheitstendenzen proportional zu berücksichtigen sind.** Dies soll verbindlich so gehandhabt werden. Auf dieser Grundlage stimmte die große Mehrheit der Teilnehmer des Vor-Kongresses (bei 7 Für-Stimmen und 5 Enthaltungen) gegen den Antrag auf Durchführung des 1. KB-Kongresses als Mitgliederversammlung.

Eine weitere kontroverse Diskussion gab es auf dem Vor-Kongreß um die mögliche Beteiligung von Sympathisanten-Gruppen des KB (an Orten, wo es außerdem Ortsgruppen des KB gibt) mit Gastdelegierten am 1. KB-Kongreß (d.h. mit dem Recht, an der Diskussion teilzunehmen, aber ohne Stimmrecht). Die Delegierten des Vor-Kongresses stimmten mit knapper Mehrheit für die Teilnahme solcher Gastdelegierten.

Linke Öffentlichkeit beim Kongreß

Im Gegensatz zu landläufigen westdeutschen Parteitagen, Kongressen etc., aber in bester Tradition linker Organisationen des Auslands, sollen verschiedenste Organisationen der westdeutschen Linken eingeladen werden, Gastdelegierte zur Beobachtung der Diskussion des 1. KB-Kongresses sowie zu Ansprachen bei Beginn des Kongresses und nach Abschluß der Arbeiten des Kongresses zu schicken. Ob hiervon breiter Gebrauch gemacht wird, ist angesichts der bekannten Zustände in der BRD-Linken zumindest zweifelhaft. **Immerhin verbinden wir mit dieser Einladung aber die Hoffnung, einen**

Linken zumindest zweifelhaft. Immerhin verbinden wir mit dieser Einladung aber die Hoffnung, einen

ersten Anstoß zum Einreißen traditioneller Schranken zwischen den Organisationen und Strömungen der BRD-Linken zu geben.

Zum 1. Kongreß des KB sollen auch ausländische Delegationen eingeladen werden, ebenfalls unter Berücksichtigung eines breiteren linken Spektrums.

Sehr wenig Wert legen wir hingegen auf bürgerliche Journalisten, die dort wahrscheinlich doch nur ihre Zeit absitzen würden, ohne – selbst bei subjektiv gutem Willen – in ihren Zeitungen über den inhaltlichen Ablauf des Kongresses etwas schreiben zu können.

Soweit linke Organisationen der BRD zu der Diskussion zum 1. Kongreß des KB Stellung nehmen werden (z.B. in Auseinandersetzung mit den demnächst veröffentlichten Arbeitspapieren, Rechenschaftsberichten etc.), werden diese Stellungnahmen in unsere Diskussion einfließen.

Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des KB

Dies wird der erste Kongreß unserer Organisation sein, obwohl der KB schon seit November/Dezember 1971 existiert und es vorher schon Vorläuferorganisationen gab. Nach siebeneinhalb Jahren also der erste Kongreß?

Dazu ist zu sagen, daß es im KB traditionell demokratische und kontinuierliche Strukturen gibt, die bisher einen förmlichen Kongreß als ziemlich überflüssig erscheinen ließen:

- Die Hamburger „Anleiterrunde" ist praktisch eine Hamburger Delegiertenversammlung. Sie versammelt sich mehrmals im Jahr, um über anstehende Fragen (z.B. Wahlen, Brokdorf etc.) zu diskutieren und Be-

Fortsetzung auf Seite 64

Fortsetzung von Seite 63

schlüsse zu fassen. (Die Hamburger Organisation macht immer noch über 50% des KB aus; früher war der Anteil noch größer).

– Die DK (Delegierten-Konferenz) ist die Delegiertenversammlung der KB-Gruppen außerhalb Hamburgs. Auch sie hat sich bisher immer in regelmäßigen Abständen, zumindest mehrmals jährlich, getroffen.

Insofern kann man ohne Übertreibung sagen, daß es in der BRD keine linke Organisation gibt, die so d i c h t e und häufig zusammentretende Strukturen hat wie der KB – und Strukturen zudem, in denen tatsächlich d i s k u t i e r t wird.

Eine weitere Besonderheit des KB ist bekanntermaßen die Tatsache, daß die Leitungsgremien (LG, ZRK) bisher nicht g e w ä h l t sind. Angesichts der realen Dichte der demokratischen Strukturen im KB ist das bisher eigentlich niemals ein echtes Problem gewesen, da nicht ernsthaft bezweifelt zu werden brauchte, daß die Leitungsgremien das Vertrauen der Organisation hatten.

Negativ war allerdings, daß diese Tatsache von verschiedensten Organisationen, die allesamt dem KB in puncto innerorganisatorischer Demokratie (z.B. offene Diskussion von Meinungsverschiedenheiten in der Presse) gar nicht das Wasser reichen können, immer wieder zu demagogischen Polemiken gegen den KB aufgewärmt wurde, um den KB als eine autokratisch und selbstherrlich von oben verwaltete Organisation darzustellen. Außerdem gab es ähnliche Diskussionen mit neuen Genossen und insbesondere Sympathisanten, überhaupt Vorbehalte bei Freunden des KB wegen dieses Punktes.

Die „Krisen-Debatte" seit Sommer 1978 hat zu der Entscheidung geführt, daß die bisherigen Zustände den Bedingungen nicht mehr entsprechen, dies insbesondere auch angesichts eines prinzipiellen Mißtrauens gegenüber den Leitungsgremien, das zwar nur von insgesamt sehr kleinen Teilen der Organisation geteilt wird, immerhin aber vereinzelt zu Boykott und Sabotage gegenüber der KB-Politik geführt hat (Wir wissen, daß hier die Aasgeier von DKP und „KPD" die Ohren spitzen. Sie wären wahrscheinlich enttäuscht, wenn sie wüßten, w i e gering die Zahl dieser Strömung im KB tatsächlich ist). Schwerer wirkt sich aus, daß wichtige Aspekte unserer Politik zwar äußerlich 'vereinheitlicht' waren (d.h. es gab dazu kaum Kritik-Papiere), in der Praxis aber diese Politik nicht oder nur unwillig durchgeführt wurde. Das gilt besonders für die Bündnispolitik, wo es sehr starke und sehr tief sitzende sektiererische Vorbehalte gibt – was sich manchmal so auswirkt, daß ein Beschluß zwar akzeptiert, aber nicht durchgeführt wird.

Aus all diesen Gründen kam das LG zu der Entscheidung, mit der Einberufung eines ersten KB-Kongresses, mit der Durchführung von Wahlen der Leitungsgremien, mit der Beratung und Verabschiedung eines neuen Statuts (das jetzige Statut von 1971 entspricht den heutigen organisatorischen Anforderungen überhaupt nicht), mit dem Übergang zu geregelteren Formen des Organisationslebens (siehe Statut) und mit der Ausrichtung der Perspektiven-Diskussion auf programmatische Beschlüsse einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des KB „einzuläuten".

Der AK wird über den Verlauf der Vorbereitungen zum 1. KB-Kongreß regelmäßig informieren.



DDR verbietet Mitführung sozialistischer Literatur für Durchreisende

Als wir Ende Juli 1978 durch die DDR nach Polen reisen wollten, wurde uns an der Grenze zur DDR ein großer Teil unserer antifaschistischen Literatur ohne Quittung und Ersatz beschlagnahmt, mit der Begründung, diese Bücher enthielten „Hetze gegen die DDR" (siehe AK Nr. 137, S. 41).

Auf unseren Protest hin erhielten wir einen Teil der Bücher zurück (z.B. „Aufstand im Warschauer Ghetto" von Arie Goral und das Russell-Buch No. 3). Jedoch wurden neben unseren AKs folgende Bücher weiterhin einbehalten: Willi Münzenberg's „Propaganda als Waffe"; Rudolf Bahro's „Eine Dokumentation"; der Roman des DDR-Autors Stefan Heym „5 Tage im Juni"; Reinhard Kühnl's „Der deutsche Faschismus".

Nachdem wir uns bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn über diesen Vorfall schriftlich beschwerten, erhielten wir nach Verweisung an die zuständige Zollverwaltung ein Antwortschreiben, in dem es heißt:

„Im Ergebnis unserer Prüfung zu dem von Ihnen dargelegten Sachver-

„Im Ergebnis unserer Prüfung zu dem von Ihnen dargelegten Sachver-

halt stellten wir fest, daß die Ihnen gegenüber getroffenen Entscheidungen rechtmäßig erfolgten und keine Gründe für eine Aufhebung oder Abänderung bestehen... Ergänzend dazu möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Prüfung und Entscheidung zu der ihr vorliegenden Literatur von der jeweiligen Zolldienststelle selbständig vorgenommen wird. Vorabentscheidungen sind daher nicht möglich".

In einem beigefügten Merkblatt heißt es zur Durchfuhr von Druckerzeugnissen:

„Literatur und sonstige Druckerzeugnisse, deren Inhalt gegen die Erhaltung des Friedens ist oder deren Einfuhr in anderer Weise den Interessen des sozialistischen Staates und seiner Bürger widerspricht...", seien nicht zulässig.

Daß dies auf die beschlagnahmten Bücher zutreffen soll, will uns allerdings nicht in den Kopf. Deshalb haben wir uns erneut bei den DDR-Behörden schriftlich beschwert, diesmal eine Instanz höher. Die Spannung wächst.

Spannung wächst.

Drei Polen-Urlauber

Drei Polen-Urlauber



Revolutionäre Linke gegen ein imperialistisches Europa

2. Treffen in Turin

Am 25./26. November 1978 fand in Turin das 2. internationale Treffen der westeuropäischen revolutionären Linken statt, auf dem das gemeinsame Vorgehen zu den Europa-Wahlen diskutiert werden sollte. Circa 50 Vertreter aus zehn verschiedenen Ländern waren anwesend – so aus **Frankreich**: OCT, PSU Cedetim und das Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa: **Dänemark**: Venstre Socialisterne, **Griechenland**: PASOK; **Spanien**: MC, PTE und OIC; **Belgien**: Pour le Socialisme; **England**: Socialist Workers Party; **Irland**: Sinn Fein (Provisional); **BRD**: KB und SB als Beobachter; **Italien**: DP und Lotta Continua als Beobachter.

Auf dem vorherigen Treffen in Paris am 15. Oktober 78 war bereits der Vorschlag einer gemeinsamen Kampagne gegen ein imperialistisches Europa gemacht worden, als deren Grundlage in Turin eine gemeinsame Plattform ausgearbeitet werden sollte. Man erwartete für das Turiner Treffen besonders eine kontroverse Diskussion der Frage, ob es sinnvoll sei, als westeuropäische revolutionäre Linke gemeinsam auf einer Liste direkt an dieser Wahl teilzunehmen. Zu dieser Frage wurde in einigen Papieren, die jedoch erst auf dem Treffen selber vorgelegt wurden, Stellung genommen. So befürwortet die Democracia Proletaria (DP) die Teilnahme an den Wahlen für die italienischen Genossen, machte aber auch den Vorschlag für eine gemeinsame west-

an den Wahlen für die italienischen Genossen, machte aber auch den Vorschlag für eine gemeinsame west-

europäische Liste. Die Cedetim aus Paris sah ebenfalls in der Wahlbeteiligung eine geeignete Methode, gegen ein imperialistisches Europa zu arbeiten. Venstre Socialisterne hatte bereits auf ihrem Kongreß im November mit großer Mehrheit für die Beteiligung gestimmt.

Schriftlich waren Gegenargumente und eine Ablehnung der Wahlbeteiligung von uns (siehe AK 143) und dem SB eingebracht worden. Andere Organisationen äußerten sich inoffiziell dagegen, so die spanische MC und die englische Socialist Workers Party. Die OCT und auch das Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa zeigten sich zumindest enttäuscht über unsere ablehnende Haltung, äußerten sich aber nicht direkt hierzu. Die PSU enthielt sich jeder Stellungnahme, da dieser Punkt erst im Januar auf ihrem Kongreß entschieden werden soll. Interessant war jedoch, daß diese Frage keineswegs auf dem Plenum des Treffens Gegenstand einer zentralen Diskussion war, sondern von vornherein von den Veranstaltern – PSU und DP – ausgeklammert wurde, nachdem die Diskussionspapiere zu Beginn vorgelegt worden waren.

Das Treffen konzentrierte sich dann auf die gemeinsame Erarbeitung einer Plattform, die neun Punkte enthält:

1. Für die Freiheit der Person und die Menschenrechte, gegen autoritäre Tendenzen.
2. Kampf für Arbeitsplätze und gegen die Restriktion.
3. Für die Unterstützung des Kampfes der Bauern.

gen die Restriktion.
3. Für die Unterstützung des Kampfes der Bauern.

4. Für die Freiheit und das Recht auf nationale Identität.
5. Für die Befreiung der Frau.
6. Für die Rettung der Natur – gegen ein nukleares Europa.
7. Gegen ein militaristisches Europa – für die demokratischen Rechte der Soldaten.
8. Für die Unterstützung des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus.
9. Die Verbindung dieser Kampagne mit dem Kampf der Völker der Welt.

Diese ausführliche Resolution wurde von allen Organisationen (Sinn Fein nur bedingt) als Plattform für eine Kampagne angenommen. Vorgeschlagen wurde für die kommenden Monate, verschiedene Veranstaltungen und Seminare mit internationalem Charakter vorzubereiten und in allen Ländern durchzuführen. Dazu wurden die Schwerpunkte der Themen auf die verschiedenen Organisationen und Länder verteilt, die ihre schon inhaltlich vorbereiteten Vorstellungen zum nächsten Treffen am 20./21.1.1979 in Brüssel vorlegen sollen. Beschlossen wurde darüber hinaus der Text zu einem einheitlichen Plakat, das in den verschiedenen Sprachen gedruckt werden soll.

Insgesamt herrschte relativ große Übereinstimmung zu den inhaltlichen Punkten der Plattform und zu der Frage, wie eine solche Kampagne zu gestalten ist. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich das Treffen in Brüssel mit den heiklen Kontroversen zur Frage der Wahlbeteiligung beschäftigt.

Italien-Kommission

beschäftigt.

Italien-Kommission

Artikelaustausch: Wir lassen nicht locker!

Ja, natürlich hängt es uns selbst schon zum Hals heraus, aber es muß wieder einmal daran erinnert werden: Seit nunmehr drei Monaten zögert die „KPD" mit immer neuen Dummheiten den Beginn des Artikelaustausches hinaus, den wir am 6. Oktober 1978 vereinbart haben. Seit wir im AK 144 (11.12.78) die „KPD" noch einmal dringend aufgefordert haben, zu unseren konkreten Vorschlägen zur Verwirklichung des vereinbarten Artikelaustausches Stellung zu nehmen, hat es keinerlei Reaktion der „KPD" mehr gegeben.

Wir haben daher, weil wir der „KPD"-Spitze das Entwischen nicht ganz so leicht machen möchten, Anfang Januar noch einmal einen (nunmehr den dritten!) Brief an die „KPD" geschrieben. Darin schlagen wir vor, sich auf Leitungsebene zu einem Gespräch zu treffen, um endlich Einzelheiten über den Artikelaustausch abzusprechen. Unserer Meinung nach sollte es dann Ende Januar losgehen mit dem ersten Thema, dem politisch-militärischen Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt. Wir meinen, daß die „KPD" sich auf Dauer nicht dem Druck entziehen kann, diesen Artikelaustausch, den sie übrigens ursprünglich selbst vorgeschlagen hatte (!), endlich anzupacken.

Unser Interesse an einem solchen Artikelaustausch beruht vor allem auf zwei Überlegungen:

1. Wir halten einen Artikelaustausch zwischen Zeitungen mit linkem Anspruch für ein ausgezeichnetes Mittel, die Diskussion i n s g e s a m t zu versachlichen (damit meinen wir keinesfalls ein diplomatisches Abschwächen tatsächlicher Widersprüche!) und zu größerer Klarheit über die unterschiedlichen politischen Linien in der linken und demokratischen Bewegung zu kommen. Wir sind also sehr dafür, daß solche Auseinandersetzungen vor einer breiteren Öffentlichkeit geführt werden und daß Bedingungen geschaffen werden, die eine platte, verzerrende Polemik erschweren und den Austausch von Sach-Argumenten begünstigen. Wir sind beispielsweise 100 %ig sicher, daß die „KPD" sehr alt aussehen wird, wenn sie endlich einmal anhand von F a k t e n über ihre Theorie vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" diskutieren muß.

Ein Artikelaustausch zwischen AK und „Roter Fahne" könnte überdies, käme er zustande, beispielhaft wirken und eine Ausweitung solcher Versuche in der westdeutschen Linkken fördern. Das wäre aus unserer Sicht sehr zu begrüssen!

2. Wir gehen von der Einschätzung aus, daß die „KPD" sich mehr und mehr, und trotz teilweise verzweifelter Manöver der „KPD"-Führung, einem Punkt der politischen Entscheidung nähert. Eine Entscheidung, so meinen wir, die durchaus zu einer Spaltung der „KPD" führen könnte. Äussere Faktoren dieser Entwicklung sind vor allem der Weg Chinas (den die „KPD" immer weniger zu rechtfertigen vermag und der ihr immer mehr hohles Kopfnicken abverlangt) und die sich andeutende Spaltung in der bisherigen pro-chinesischen „ML"-Internationale. Die Entscheidung steht an, der chinesichen Entwicklung auf Gedeih und Verderb zu folgen (Was bei dem sprunghaften Tempo der revisionistischen Versumpfung in China ein halsbrecherisches Unternehmen werden mag), oder vorsichtig auf Distanz zu gehen. Die Entscheidung steht an, in Sachen Vaterlandsverteidigung und antihegemonistischer Einheitsfront konsequent weiter nach rechts zu gehen (und sich der Gruppe „MLD" mehr und mehr politisch-ideologisch anzunähern) oder einen gewissen Rückzug anzutreten. Wir vermuten, daß über diese Entscheidung nicht n u r an der Basis der „KPD" diskutiert wird, sondern bis in die Leitungsgremien hinein. Ein Artikelaustausch könnte unter diesen Bedingungen helfen, die politische Polarisierung in der „KPD" voranzutreiben und deren Widerspruchsentwicklung voranzutreiben.

Insbesondere aus den genannten Gründen lassen wir uns von der Totstellerei und den Ablenkungsversuchen der „KPD" gar nicht anmachen, sondern werden weiterhin immer wieder auf die rasche Verwirklichung des vereinbarten Artikelaustausches drängen.

Brief an die „KPD"

Liebe Genossen, 5. Januar 1979

Nunmehr sind bald drei Monate vergangen, seit wir am 6.10.78 mit Eurem Genossen A.v.P. den Rahmen für einen Artikelaustausch festlegten. Seither blieben unsere Versuche, diese Absprache zu konkretisieren und den Artikelautausch zu beginnen, von Euch unbeantwortet. Hiermit unternehmen wir einen weiteren Versuch.

Wir schlagen Gespräche zwischen unseren Organisationen auf Leitungsebene vor, mit dem Ziel, konkrete Vereinbarungen für den Artikelaustausch zu beraten und diese in Form einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung festzulegen. Wir schlagen vor, daß eine solche Erklärung folgende Punkte beinhalten sollte:

I. Die zu behandelnden Themen und ihre Reihenfolge. Wir schlagen vor, mit den Themen „Kräfteverhältnis" und „Strategische Schlußfolgerungen" zu beginnen und wären bei der Reihenfolge der weiteren Themen sehr weitgehend bereit, uns nach Euren Vorschlägen zu richten.

II. Länge der Artikel. Wir schlagen vor, daß die Artikel jeweils nicht länger als 2 Seiten (reine-Textmasse) sein sollten.

III.Zeitpunkt des Erscheinens. Wir schlagen vor, daß die Artikel im Abstand von jeweils einem Monat erscheinen sollten, beginnend Ende Januar 1979.

IV.Umstände des Austausches. Wir schlagen vor, die Artikel jeweils g l e i c h z e i t i g an einem zu vereinbarenden Ort zu übergeben.

Wir möchten Euch abschließend darauf hinweisen, daß wir großen Wert auf diesen Artikelaustausch legen und keinesfalls zulassen werden, daß Ihr Euch stillschweigend davonzumachen versucht.

Mit freundlichen Grüßen

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes